C 21734 D

Libanon: Offensive gegen Faschisten S.2



Arbeiterkampf

Jg.6 Nr.77 29.3.76
Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes
DM 1,–



Italien Seite 5

Am 25. März fand in Italien ein von den Gewerkschaften organisierter vierstündiger Generalstreik statt. Er sollte vor allem die noch laufenden Tarifverhandlungen unterstützen, dem Kampf gegen Arbeitslosigkeit und Entlassungen Ausdruck verleihen; er richtete sich auch gegen die ständige Verteuerung der Lebenshaltung. Zugleich brachten der Streik und die während dieser Zeit stattfindenden Demonstrationen den Willen breiter Massen des italienischen Volkes zum Ausdruck, mit der 30jährigen Herrschaft der Christdemokraten Schluß zu machen und eine „Linksregierung" durchzusetzen, die den Interessen des arbeitenden Volkes mehr entspricht.
In Mailand demonstrierten 100.000 Menschen, in Neapel 50.000, Zehntausende auch in Turin, 15.000 in Venedig, ebenso viele in Bergamo, 10.000 in Taranto (Süditalien), Tausende auch in Genua.

Putsch in Argentinien

Am 24.3. führten die argentinischen Streitkräfte den von der Bourgeoisie lange erwarteten und intensiv vorbereiteten Putsch gegen die Regierung Isabel durch. Die Befehlshaber der drei Waffengattungen übernahmen die Regierung, Emilio Massera (Marine), Orlando Agosti (Luftwaffe) und an der Spitze Jorge Videla (Heer). Ihre wesentlichsten Sofortmaßnahmen waren:

Isabel wurde aus Buenos Aires entfernt, peronistische Gewerkschaftsfunktionäre wurden verhaftet und die Gewerkschaftszentrale in Buenos Aires von Soldaten besetzt. Der Ausnahmezustand, den Isabel schon vor 16 Monaten über das Land verhängte, bleibt bestehen; zusätzlich wurde die Todesstrafe eingeführt gegen alle, die sich Polizei oder Militärs widersetzen und insbesondere gegen alle, denen Guerillatätigkeit vorgeworfen werden kann. Parlament und Oberster Gerichtshof wurden aufgelöst, alle noch zivilen Provinzgouverneure wurden durch Offiziere ersetzt und alle Personen aus dem Öffentlichen Dienst entlassen, die mit „subversiven Aktionen" zu tun gehabt haben sollen. („Frankfurter Rundschau" – „FR" – 27.3.) Schulen und Universitäten wurden bis auf weiteres geschlossen, jegliche Streiks, Kundgebungen, Demonstrationen, gewerkschaftliche und parteipolitische Betätigung sind verboten. In einer sofort verhängten Pressezensur wurde insbesondere jegliche Berichterstattung über Guerillaaktivität untersagt („FR", 26.3.).

Fünf „linksextremistische" Parteien wurden völlig verboten. Die revisionistische KPA fällt nicht darunter, für sie gilt aber – wie für die übrigen bürgerlichen Parteien – ein völliges Betätigungsverbot („Neue Zürcher Zeitung" – „NZZ" – 27.3.) Gleich in den ersten Tagen nach dem Putsch wurden – nach offiziellen Angaben – 2.000 Menschen im ganzen Land verhaftet; ähnlich wie beim faschistischen Putsch Pinochets in Chile, wo auch in den ersten Tagen die Gefängnisse überfüllt wurden.

In einem nach dem Putsch veröffentlichten Kommunique erklärte die Junta, ihr wesentliches Ziel sei die *„Ausrottung der Subversion und jeglichen Extremismus"* („NZZ", 26.3.), den *„christlichen Moralprinzipien soll ebenso Geltung verschafft werden wie der Wiederbelebung der ‚echten argentinischen Mentalität'"* („NZZ", 26.3.). Die Junta erklärte weiter, daß sie drei Jahre an der Macht bleiben werde – man weiß, was von solchen Ankündigungen faschistischer Militärs zu halten ist. Die Rechte und Interessen des Auslandskapitals in Argentinien würden dagegen geschützt ... („Süddeutsche Zeitung" – „SZ" – 25.3.).

Insgesamt hat es bisher keinen breiten Widerstand gegen den Militärputsch gegeben. Die Arbeiterklasse ist nicht bereit für eine Isabel Peron, die während ihrer Amtszeit die Ausbeutung und Unterdrückung des Volkes immer weiter verschärfte, die Kohlen aus dem Feuer zu holen. In den klassenkämpferischen Zentren der argentinischen Arbeiterbewegung, wie Cordoba und Mendoza, haben die Arbeiter aber Generalstreiks durchgeführt (Norddeutscher Rundfunk, „Kurier am Mittag", 26.3.). Die Kirche hat sich offenbar sofort an die Seite der Faschisten gestellt – bei der Vereidigung der Junta war jedenfalls ein hoher kirchlicher Würdenträger anwesend („Frankfurter Allgemeine Zeitung" – „FAZ" – 25.3.). Von den bürgerlichen Parteien, die sich noch vor wenigen Tagen um eine „Vielparteienversammlung" zur gemeinsamen Lösung der Krise bemühten – übrigens einschließlich der KPA – gingen keinerlei Widerstandsaktionen aus („SZ", 26.3.). Die rechtsperonistischen Gewerkschaftsführer, die noch vor wenigen Tagen mit einem Generalstreik und Kampfaktionen „drohten" haben sich entweder noch rechtzeitig ins Ausland abgesetzt (wahrscheinlich – wie in solchen Fällen üblich – mitsamt den Gewerkschaftskassen) oder sind inzwischen verhaftet worden („NZZ", 27.3.).

FORTSETZUNG S.24

SPD-"Linke" kaltgestellt!

Die reaktionäre Formierung der SPD nimmt immer schärfere Formen an: Einen neuen Höhepunkt dieser Entwicklung stellen zweifellos die Vorgänge im Münchener Parteiverband der SPD dar, wo Oberbürgermeister Kronawitter (SPD) mit Vertretern der schwarz-braunen CSU in Geheimverhandlungen vereinbarte, **„die SPD-Linke in der Rathausspitze zu eliminieren"** (auszuschalten, Anm. AK)" („SZ", 23. 3. 76).

„Eliminiert" werden sollen die dem ‚linken' Flügel ihrer Partei zugerechneten SPD-Kandidaten für die im April oder Mai anstehenden Referentenwahlen im Rathaus – Münchens neuer SPD-Vorsitzender Heckel und Kreisverwaltungsreferent Hahnzog. **„Zwei CSU-Mitglieder (!) sollen Referentenposten erhalten"** („SZ", ebenda).

Wichtig zu wissen: die SPD verfügt im Münchener Stadtrat mit 80 Sitzen über die absolute Mehrheit, die CSU-Opposition hat lediglich 33 Sitze inne.

Vordergründig gesehen, kann der geplante Coup des ‚CSU-Freundeskreises' in der Münchener SPD als Reaktion *„auf die Nichtwahl von Oberbürgermeister Kronawitter zum stellvertretenden Parteivorsitzenden* (auf dem letzten SPD-Unterbezirksparteitag, Anm. AK)" („SZ") gewertet werden.

Tatsächlich wollen die SPD-Rechten jedoch wesentlich mehr, als nur einen ‚Denkzettel' austeilen. Ihnen geht es, wie OB Kronawitter in einem Interview mit der „Welt" offen zugibt, darum, daß diejenigen, *„die extreme, mit unserem Programm nicht mehr vereinbare Positionen beziehen, schneller als bisher (!) aus der Partei entfernt werden"* (27. März).

Um den sich selbst als „sozialistisch" verstehenden Münchener SPD-Flügel nicht nur aus der Partei sondern auch von allen verantwortlichen politischen Funktionen des Regierungsapparats auszuschalten, ist Kronawitter und Konsorten gerade die Hilfe einer Partei wie der CSU recht – hatte doch deren Parteivorsitzender, Strauß, in seiner berüchtigten Sonthofener Rede angekündigt, so aufzuräumen, **„daß bis zum Rest dieses Jahrhunderts von diesen Banditen** (womit einschließlich der Jusos etc. alle Linken gemeint sind, Anm. AK) **keiner es mehr wagt, in Deutschland sein Maul aufzumachen".**

Die Stellung von Kronawitter und Konsorten in Münchens SPD scheint bereits jetzt – nach der „Enthüllung" der rechten Verschwörung – gestärkt zu sein: Ein Antrag in der sozialdemokratischen Stadtratsfraktion, Parteiordnungsverfahren gegen die Faschistenfreunde in der SPD einzuleiten, wurde gar nicht erst zur Abstimmung zugelassen. Das gleiche wiederholte sich im Unterbezirksvorstand der Münchener SPD.

Mit der Anschuldigung, er sei mitverantwortlich für die Niederlage Kronawitters bei der Wahl zum stellvertretenden Landesvorsitzenden, wurde vielmehr der SPD-‚Linke' Rudolf Schöfberger vom Landesausschuß seiner Partei aufgefordert, sein Amt im Landesvorstand niederzulegen. Schöfberger trat daraufhin zurück!

Unterstützung erhalten Münchens SPD-Rechte auch vom Bundesvorstand ihrer Partei, der zwar vorgibt, als „neutraler Makler" in dem Streit zu „vermitteln", tatsächlich aber alles in seinen Kräften Stehende unternehmen wird, die ‚Linken' zu „eliminieren". Oder sollte die Drohung von Herbert Wehner, daß es eine *„Trennung von Parteimitgliedern"* geben könne („Mopo", 27. 3.), etwa an Kronawitter gerichtet sein?!

Daß in der SPD eine massive reaktionäre Formierung im Gange ist, zeigen auch die Vorgänge in deren Frankfurter Organisation, wo die ‚Linken' (vor allem aus den Reihen der Jusos) mit Drohungen, Parteiordnungsverfahren und Tricks kaltgestellt werden (siehe dazu den Artikel in dieser Ausgabe des AK).

Geführt wird diese Kampagne von rechten Vorstandsmitgliedern und eigens dafür eingesetzten „Gesellschaften". Um die Partei – auch im Hinblick auf die bevorstehenden Bundestagswahlen – 'auf Vordermann' zu bringen, wurden vor kurzem die verschiedenen rechten Gesinnungsvereine in der SPD (die sogenannten „Kurt-Schumacher-Kreise", die „Godesberger Kreise" und die „Julius-Leber-Gesellschaft") in der „Fritz-Erler-Gesellschaft" zusammengeschlossen.

Der Vorsitzende der neugegründeten „Fritz-Erler-Gesellschaft", W. Döbertin, erläuterte in einem Interview die Ziele seines Verbandes:

Ihnen gehe es um
- *„die Wiederwahl Helmut Schmidts"*;
- *„die Fortsetzung der sozialliberalen Koalition"*;
- die *„unumschränkte"* Anerkennung des Godesberger Programms *„in der SPD"*;
- die kathegorische Ablehnung *„jeglicher Tendenz zur Volksfront..."* („Welt", 27. 3.).

Diese rechten Vögel sind *„gegen ein Wiederaufflackern des Spätmarxismus"* in der SPD und lehnen deshalb *„die Verteufelung der Unternehmer (!) ebenso ab wie die modischen Verstaatlichungs-Tendenzen (!)"* („Welt", ebenda).

Döbertin bestätigt an gleicher Stelle, daß das SPD-Präsidium *„keine Einwendungen"* gegen die Gründung der „Gesellschaft" gehabt habe und daß Helmut Schmidts Verhältnis zur „Gesellschaft" „sehr gut" sei.

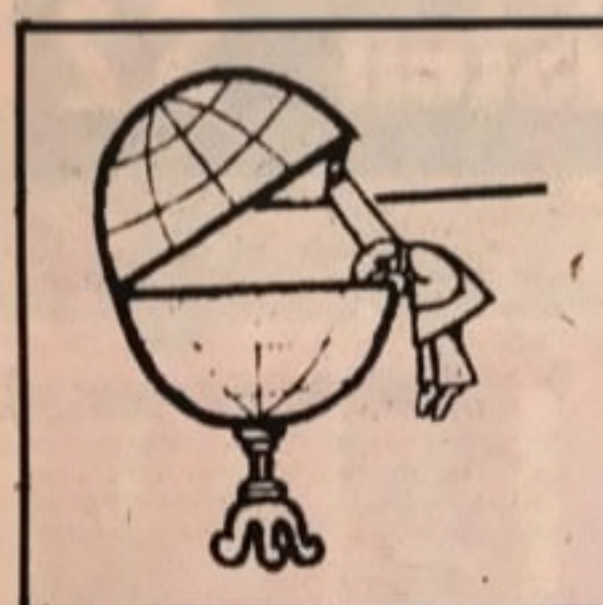
Zu den Gründungsmitgliedern der „Fritz-Erler-Gesellschaft" gehört u. a. übrigens auch Münchens OB Kronawitter. *„Für ihn"* werde man – so verrät Döbertin – *„eine Solidaritätserklärung abgeben"* („Welt", ebenda).

Woher angesichts dieser reaktionären Formierung, der zunehmenden Disziplinierungen und Ausschlüsse gegen die ehrlichen Vertreter eines „demokratischen Sozialismus" die Juso-Vorsitzende Wieczorek-Zeul den traurigen Mut hernimmt, vor dem Bundeskongreß ihrer Organisation zu erklären, daß *„der Kampf gegen konservative Erstarrung und reaktionäre Fehlentwicklungen ... nur in und mit der SPD möglich* (ist)" („Mopo", 27. 3.), bleibt schleierhaft!

Was muß eigentlich noch alles passieren, damit den ehrlichen Sozialdemokraten ein Licht aufgeht, daß „in und mit der SPD" eben nichts im Sinne des demokratischen Kampfes geht?!

Dämmert diese Erkenntnis einigen SPD-Linken nach den Münchener Ereignissen? Nach einer Meldung der „Frankfurter Rundschau" (vom 27. 3.) sind jedenfalls 80 Parteimitglieder, die *„größtenteils dem linken Flügel zugerechnet werden"*, aus der SPD ausgetreten! ●

**SPD-Kommission
KB/Gruppe Hamburg**



Blick in die Welt

Kriegsgeschrei ... und —Vorbereitungen des US-Imperialismus gegen Kuba

Der amerikanische Imperialismus wird von Tag zu Tag kriegslüsterner.

Hatte jüngst Kissinger der Sowjetunion gedroht, „kein zweites Angola zu dulden", so hat er jetzt unverhüllte Kriegsdrohungen gegen das kubanische Volk ausgesprochen, die bereits das Stadium direkter Kriegsvorbereitung erreicht haben!

In Texas erklärte Kissinger: *„Die Vereinigten Staaten werden ein weiteres militärisches Eingreifen Kubas im Ausland* (gemeint ist die Unterstützung der Befreiungskämpfe durch das kubanische Volk – d. Red.) *nicht dulden ... Eine Reihe von Möglichkeiten des Eingreifens gegen Kuba wird erwogen"* („Frankfurter Allgemeine Zeitung", 24. 3. 1976).

Im US-Kriegsministerium wird gegenwärtig *„die Möglichkeit einer militärischen Aktion gegen Kuba geprüft"* („SZ", 27.3.1976). Im einzelnen planen die US-Imperialisten gegen Kuba:

– eine Seeblockade der Insel durch die US-Kriegsflotte; um eine Versorgung Kubas über den Luftweg für diesen Fall auszuschließen, wird *„über den Abschuß dieser Maschinen oder die Bombardierung kubanischer Flughäfen in Washington schon offen spekuliert."*

– Bombardierungen kubanischer Städte und anderer Einrichtungen durch US-Flugzeuge und Raketen. Als eine direkt gegen das kubanische Volk gerichtete Drohung muß es verstanden werden, als Präsident Ford Ende letzter Woche erklärte, daß sich *„die USA die Tür für den begrenzten Einsatz atomarer Waffen (!) zur Erreichung begrenzter politischer und militärischer Ziele offenhalten"* („SZ", 27.3.1976).

– Einbezogen in die militärischen Planungen der USA gegen Kuba sind darüber hinaus Erwägungen, den kubanischen US-Stützpunkt Guantanamo zu verstärken und von ihm aus „Strafexpeditionen" zu unternehmen.

– Als letzter „Höhepunkt" der US-Aggression wird eine Invasion Kubas durch amerikanische Truppen erwogen, um ein terroristisches proamerikanisches Marionettenregime zu errichten! (wenn nicht anders angegeben, aus „SZ", 24.3.76).

Daß es hierbei keineswegs um bloße „Überlegungen" geht, sondern diese Planungen bereits das Stadium der unmittelbaren Kriegsvorbereitungen erreicht haben, wurde auch von einem US-Senator jüngst bestätigt: *„Ihm sei aus zuverlässigen Quellen bekannt, daß die Regierung eine Blockade gegen Kuba plane"*. Ford selbst erklärte dazu, er sei *„zu einer ‚direkten Aktion gegen Kuba bereit'"* („SZ", 27.3.76).

Der US-Imperialismus hat aus seinen bisherigen Niederlagen in der Welt keineswegs die richtigen „Lehren" gezogen. Im Gegenteil versucht er heute alles, sich der immer stärker werdenden Tendenz in der Welt nach Befreiung von Imperialismus und Kolonialismus mit aller Gewalt entgegenzustemmen, ist zu jeder Bluttat, zu jedem Verbrechen bereit und schreckt nicht einmal davor zurück, durch seine militärischen Abenteuer die Menschheit an den Rand eines Atomkrieges zu bringen. Dem kubanischen Volk gilt angesichts dieser aggressiven Absichten unsere besondere Solidarität! ●

Solschenazi

Solschenizyn – bekannt durch seinen Gruselroman „Arschipel Gulasch" (=Rußland sei ein einziges Konzentrationslager), für den er den Literatur-Nobelpreis für Antikommunismus bekam – erhielt im spanischen Staatsfernsehen Gelegenheit zu einer schmierigen Hetzrede gegen die spanische Opposition.

Die spanische Presse machte sich vorsichtig darüber lustig, daß er ausgerechnet im Sonnabend-Spätprogramm auftreten drufte, das sonst für oberflächliche Unterhaltungssendungen mit Uri Geller, Schnulzensängern und Filmsternchen reserviert ist. Nun, so konnte der Schmierenkomödiant in Sachen Antikommunismus in geeignetem Rahmen loslegen:

Solschenizyn rechnete die Toten des spanischen Bürgerkrieges und die Toten der russischen Revolution von 1917 gegeneinander auf. Im spanischen Bürgerkrieg sei es eine halbe Million gewesen (sicher stark untertrieben), in der UdSSR hingegen habe der Bürgerkrieg 66 Millionen Menschen das Leben gekostet! Wie human waren doch die faschistischen Franco-Truppen gegenüber den „Mörderbanden" der Bauern- und Soldatenräte . . . *„Einschließlich der Gefallenen im Zweiten Weltkrieg haben wir durch das sozialistische Regime 110 Millionen Menschen verloren"*.

Mal ganz abgesehen von diesen vollkommen abenteuerlichen Hochrechnungen, ist es doch wohl der Gipfel der Abgebrühtheit und läßt auf das

Mal ganz abgesehen von diesen vollkommen abenteuerlichen Hochrechnungen, ist es doch wohl der Gipfel der Abgebrühtheit und läßt auf das Zustandekommen dieser Zahlen schließen, daß die Morde und Greuel der Nazi-Truppen gegen das russische Volk im Zweiten Weltkrieg dem „sozialistischen Regime" der UdSSR angelastet werden!

Solschenizyn legte sich dann in widerlicher Weise für die faschistischen „Reformer" im Kabinett des Königs Juan Carlos ins Zeug. Er sagte:

„In Rußland herrscht die Sklaverei. Alles was heute hier passiert, geschah bei uns schon in den sechziger Jahren des letzten Jahrhunderts; der Zar Alexander II (sprich Juan Carlos) versuchte einige allmähliche Reformen durchzuführen, um Freiheit und Fortschritt zu gewährleisten. Aber eine Gruppe von Revolutionären erklärte, daß sie nicht warten könne . . Den Zar Alexander verfolgten sie wie ein wildes Tier. Jeder Mord an den Regierungschefs oder Ministern rief Freudenapplaus hervor, die Gesellschaft unterstützte die Terroristen. Wir waren zuletzt Zeugen, wie die Bevölkerung, die internationale Öffentlichkeit sich um die spanischen Terroristen sorgte . . . " (das Schwein Solschenyzin verteidigt hier offenbar die Hinrichtung von fünf spanischen Antifaschisten im September letzten Jahres, gegen die es internationale Proteste gegeben hatte). *„Heute sehen wir, wie die Progressiven sofortige Reformen fordern und die terroristischen Taten begrüßen; dasselbe geschah vor hundert Jahren in unserem Land. Ich kann euch sagen, wie es endete: Alles endete mit der fürchterlichen Bilanz von 65 Millionen Toten"*.

Solschenizyn bekam in Spanien den Applaus von der rechten Seite. Die Altfalangisten und Chefs der Schlägerbanden„Christkönigskrieger" und des „Frontkämpferbundes" lobten seine Rede sehr. Es heißt, daß Solschenizyn aber schon den spanischen Ministerpräsidenten Arias in Verlegenheit brachte, der gerade bemüht ist, Handelsbeziehungen zur „mörderischen Sowjetunion" herzustellen . . . (Zitate nach „La Vanguardia", 21. 3. 76).

Angesichts dieser Vorgänge machstellen . . . (Zitate nach „La Vanguardia", 21. 3. 76).

Angesichts dieser Vorgänge machte sich ein westdeutscher Rundfunksprecher seine eigenen Gedanken: Der Solschenizyn verteidige ja derart offensichtlich den Faschismus, daß er möglicherweise ein Agent des KGB (sowjetischer Geheimdienst) sei, der den Auftrag hat, die sowjetische „Opposition" in Verruf zu bringen . . Sei es nun wie es sei – ob Faschist oder KGB-Agent – erinnert sei Solschenizyn an seinen Wahlspruch: **„Ich habe mein Leben lang den Standpunkt eingenommen, lieber tot als ein Schuft zu sein"** (lt. „Bild", 3.3.76). Spätestens nach diesem Spanien-Ausflug sollte sich Solschenizyn eine Kugel in den Kopf jagen! . . . ●

Spanien-Kommission KB/Gruppe Hamburg

Also doch: HIAG von Bundeswehr, Polizei und SPD unterstützt!

In der jüngsten Ausgabe des SS-HIAG-Organs, „Der Freiwillige", plauderten die *„Kameraden der ehemaligen Waffen-SS"* über ihre stillen und offenen Gönner. *„Aus ihrem Artikel geht hervor, daß der ‚Herren der' (Hamburger) Polizei/Kripo', wie es wörtlich im ‚Freiwilligen' (Nr. 3/76) heißt, an der Jahreshauptversammlung der SS-HIAG teilnahmen und am Abend mit ihren Damen eifrige Tänzer waren und immer wieder* **unsere einwandfreie Haltung** *lobend herausstellten"* („die Tat", 26.3.76).

Die „Kontakte" zur Bundeswehr sind entsprechend. Anfang März wollte die HIAG in der Hamburger Standortkommandantur der Bundeswehr eine „Gedenkfeier" für den SS-Faschisten Skorzeny abhalten. Auf der HIAG-Jahreshauptversammlung wurde ein Film über die Beteiligung von HIAG-Faschisten an Bundeswehr-Manövern gezeigt. Die Bundeswehr-Offiziere sind eben der alten faschistischen Tradition verpflichtet! Aber auch die SPD darf in diesem finsteren Kreis nicht fehlen. Die HIAG lobte ausdrücklich die Hamburger „Messe GmbH", insbesondere deren Vorsitzenden, Wirtschaftssenator Kern (SPD): *„Sie hätten es der SS-HIAG ‚in harten, aber fairen Verhandlungen' ermöglicht, all ihre Veranstaltungen, darunter das ‚Fest der Kameradschaft' im Juni 1975 im Kongreßzentrum durchzuführen"* („die Tat", 26.3.76). Für den Schutz der Faschisten-Zusammenrottungen wurde gleich mit gesorgt: **„Keine rot angehauchte oder gar rote Figur ließ sich sehen, um unsere Veranstaltungen zu stören"**, lobte die HIAG-Zeitung „Der Freiwillige", 3/76. ●

Maulkorb verpaßt!

Maulkorb verpaßt!

„Zensur funktioniert hierzulande nicht mit dem Rotstift – wie in anständigen Diktaturen – sondern unter Zuhilfenahme der Gerichtskasse".

Zu dieser Feststellung sah sich die in München erscheinende Zeitung „Blatt" veranlaßt, nachdem die linksliberale Zeitung, die als „Alternative" zur bürgerlichen Presse zur Herstellung von „Gegenöffentlichkeiten" beitragen will, in einem gerichtlichen Schnellverfahren am 10. März zu einer Geldstrafe von 1.600,-Mark (ersatzweise 80 Tage Haft) verurteilt worden war.

In seiner 41. Ausgabe (Mitte März 76) hatte „Blatt" einen Artikel über die Lorenz-Entführung veröffentlicht. Die darin enthaltene Formulierung: *„die bisher glänzend gelungene Befreiung der politischen Gefangenen . . ."*, nahm die Klassenjustiz zum Vorwand, den „Blatt"-Machern mit dem § 140 des Strafgesetzbuches die „Billigung von Straftaten" anzuhängen.

Während der „Spiegel" seinerzeit die Lorenz-Entführung ungeniert als **„bilderbuchhaft abgelaufen"** und **„wirklich stark und wohlgekonnt"** unter Berufung auf Polizeiquellen darstellen konnte, befanden die Richter und Staatsanwalt einmütig über das „Blatt": Allein der Begriff *„politische Gefangene"* beweise (!), daß die „Blatt"-Redakteure eines der *„verabscheuungswürdigsten Verbrechen"* befürworten.

Diese Gesinnung paßt diesem Richter und Staatsanwalt nicht.

So wird das „Blatt" mit entsprechender Verurteilung überhäuft: Wegen angeblicher *„Verunglimpfung", „Beleidigung", „öffentlicher Aufforderung zu Straftaten"* und *„böswilliger Verächtlichmachung und Beschimpfung der Bundesrepublik Deutschland und ihrer verfassungsmäßigen Ordnung"* wurden gegen das „Blatt" im letzten Jahr mehrere Ermittlungsverfahren eingeleitet, bisher in vier Fällen Anklage erhoben und drei Strafbefehle über insgesamt 6.700,- Mark ausgestellt (Fakten nach „ID" vom 13.3.76 und „Blatt", vom 19.3.76). ●

Journalisten-Zelle KB/Gruppe Hamburg

Libanon

Offensive gegen Faschisten

In den letzten Wochen hat sich die Entwicklung des libanesischen Bürgerkrieges weiter beschleunigt. Der Staatsapparat zerfällt, die Armee geht zu den Kräften des Fortschritts über, der Staatspräsident flüchtete bei Nacht aus seiner Residenz. Die mit Vermittlung der syrischen Regierung zustande gekommene Kompromißregelung hat sich in den Augen der libanesischen und palästinensischen Massen schnell als erneutes Betrugsmanöver entlarvt: die alten Familienclans und dieselben verbrecherischen Politiker waren nach wie vor an der Regierung, die Reformen blieben bloße Versprechungen.

Jede Maßnahme der Herrschenden löst nun bei den Massen nur noch Wut und Enttäuschung aus und schlägt sich in einer Verstärkung der Unterstützung für die fortschrittlichen, demokratischen Kräfte nieder. Mit anderen Worten: Im Libanon findet ein revolutionärer Prozeß statt, der auf eine demokratische Umgestaltung des gesamten Landes zielt.

Wichtigstes Ereignis der letzten Wochen war die Auflösung der libanesischen Armee und die Entstehung der fortschrittlichen „Libanesischen Arabischen Armee" (LAA) unter Führung des Leutnants Achmed Chatib. Sie ist inzwischen auf eine Stärke von 6.000 Mann angewachsen und wächst täglich weiter durch Überläufer aus den Reihen der einfachen Soldaten und Unteroffiziere. Inzwischen kontrolliert die LAA den größten Teil des Nordens, den gesamten Osten und Süden des Landes. Der Rest der Armee ist – bis auf einen kleinen Teil von Elitetruppen und Offizieren, die sich den Faschisten angeschlossen haben – außer Kontrolle der Regierung. Als die LAA (die als Zeichen ihrer politischen Verbundenheit mit dem palästinensischen Widerstand deren rotkarierte Kopftücher zur Uniform trägt) in Beirut einmarschierte, ergaben sich kampflos mehrere Garnisonen. Leutnant Chatib schlug sein Hauptquartier in der Nähe der Beiruter Kampflinie auf und begann, den Präsidentenpalast und die Stellungen der Faschisten anzugreifen. Die Faschisten wurden in gemeinsamer Aktion der LAA und anderer fortschrittlicher bewaffneter Kräfte aus ihren Hochhausstützpunkten vertrieben und auf zwei von ihnen traditionell beherrschte Stadtteile Beiruts zurückgedrängt. Die Bourgeoisie sieht düster in die Zukunft: *„Die Lage ist außer jeder Kontrolle"*, sagte Ministerpräsident Karami, *„keiner weiß, wohin wir treiben und welches Schicksal uns erwartet"* („FR", 27. 3.1976). Durch den Abfall der Armee sind die Fortschrittskräfte nun – wie das in einer Revolution so geht – mit schweren Waffen ausgerüstet und bereiten die Beschießung der letzten Schlupflöcher der Faschisten und reaktionären Politiker in der Nähe von Beirut vor.

Lächerlichstes Beispiel für die Ohnmacht des alten libanesischen Staates ist, wie Staatspräsident Frandschiah sich an seinem Amt festklammert, obwohl selbst das libanesische Parlament mit den Stimmen aller Parteien seinen Rücktritt gefordert hatte. Frandschiah ist Vertreter eines der reichsten Familienclans des Libanon und Symbolfigur für die Ausbeuterherrschaft dieser korrupten Familien über den libanesischen Staat. Er kann nicht zurücktreten ohne zu offenbaren, daß von dieser Herrschaft im Moment nur noch dieses Symbol geblieben ist. So war er, Christ und Hasser der Palästinenser, nur noch durch seine Leibgarde und ausgerechnet die aus Syrien einmarschierte palästinensische Befreiungsarmee PLA von seinen Gegnern getrennt, als die Beschießung seines Palastes begann. Auf Betreiben der PLA wurde er im Schutze der Nacht und in einem kugelsicheren Mercedes durch die feindlichen Truppen geschleust. Die LAA kündigte an, er werde in seinem Zufluchtsort, dem „christlichen" Stützpunkt Dschunijah, der eigentlich zur neuen faschistischen Hauptstadt Libanons ausersehen war, nicht lange Ruhe haben.

Die hinter Frandschiah stehenden reaktionären Kräfte befürchten zu Recht, daß es nach seinem Rücktritt nicht gelingen würde, einen Vertreter der alten Politikergarde zu ernennen, sondern daß die Macht gleich an Kamal Dschumblat, Führer der „Progressiven Sozialistischen Partei" übergehen könnte. Dschumblat ist allerdings nur der rechteste der Linken. Man traut ihm nicht zu, daß er seine Macht gegen die nachdrängenden tatsächlich linken Kräfte lange wird verteidigen können.

Angesichts der demokratischen Massenbewegung hatte Dschumblat jedoch gar nicht die Wahl, den Rücktritt Frandschiahs oder weitere syrische Vermittlungen abzuwarten. Unter seiner selbsternannten „Führung" gingen die demokratischen Kräfte von sich aus zur politischen und militärischen Offensive über.

Was im folgenden als demokratische Kräfte bezeichnet wird, ist das Bündnis aus LAA, verschiedenen nationalen arabischen Gruppen, der palästinensischen Ablehnungsfront (dem linken, radikalen Flügel des palästinensischen Widerstandes, der in Opposition zur kompromißlerischen PLO-Führung des Yassir Arafat steht) sowie der „Reformbewegung" von General Ahdab. Dieses Bündnis hat ein gemeinsames Nahziel: Den Sturz von Frandschiah und die Zurückdrängung der reaktionären Teile der libanesischen „christlichen" Bourgeoisie. Leutnant Chatib erklär-

te: *„Wir kämpfen für Gerechtigkeit und Gleichheit, für die Schaffung eines arabischen Libanon"*.

Dschumblat ergänzte, es komme darauf an, die Gebiete der „Christen" zu öffnen, den Faschisten die Waffen abzunehmen und demokratische Vertretungsorgane der Bevölkerung zu schaffen.

Es muß allerdings ganz klar gesagt werden, daß die LAA und Dschumblat, die zur Zeit die Führung der demokratischen Kräfte bilden, nicht für den Sozialismus, sondern allenfalls für einen „arabischen Sozialismus" eintreten. Ihr Ziel ist also die Durchführung demokratischer Umgestaltungen und die Eingliederung des libanesischen Volkes in die „Einheit der arabischen Völker". Es ist zu hoffen, daß auch noch die „gemäßigte" Position von Dschumblat im Laufe der nächsten Zeit von der revolutionären Welle überrollt werden wird.

Währenddessen haben die Massen am Beispiel des faschistischen Massakers im Armenviertel Qarantina (ca. 5.000 Tote) die Herrschaft der Faschisten erlebt und in den Volksräten der Beiruter Stadtteile Schiah und Schatilia sowie der Städte Tripoli, Saida und Baalbekk den Geschmack von Freiheit und Demokratie probiert. Auch die Demagogie vom Religionskrieg bröckelt, seit sich herausstellt, daß es auch unter den Palästinensern der Flüchtlingslager Christen gibt und daß reaktionäre arabische und islamische Staaten wie Saudi-Arabien direkt die christlichen Faschisten unterstützen. Die moslemischen Teile der libanesischen Bourgeoisie, die massiv von Syrien unterstützt werden, klüngeln in den letzten Wochen wieder intensiv mit den christlichen Politikern um die Machtverteilung. Sie haben naturgemäß mehr Angst vor den in Bewegung geratenen „arabischen" Massen, als vor den Machtansprüchen der „christlichen" Bourgeoisie und deren faschistischer Horden.

der „christlichen" Bourgeoisie und deren faschistischer Horden.

Während die Reichen, Christen wie Moslems, ihren Prunk in die zu Festungen ausgebauten Bergdörfer verlegten und vom Bürgerkrieg direkt nicht berührt wurden, standen die Massen unter dem Terror der von den Reichen bezahlten Privatarmeen und ihre Lage verschlechterte sich durch den Zusammenbruch der Wirtschaft von Tag zu Tag mehr.

Die libanesischen Massen haben das Vorbild der Massenbewegung der palästinensischen Revolution vor Augen. Sie halten die Sache aller arabischen Völker für ihre Sache. 250.000 Menschen demonstrierten in Beirut,

als ein zionistisches Terrorkommando Büros der Palästinenser in Beirut angegriffen hatte. Die „arabische nationale Revolution" hat sich bisher in den verschiedenen arabischen Ländern nur unter der Führung der arabischen Bourgeoisie und Kleinbourgeoisie (gegen die imperialistische Bevormundung) und in Form von Militärputschen ausgedrückt. Der Machtantritt Nassers in Ägypten war z.B. ein solcher Putsch und er löste die größte Massenbewegung der neueren arabischen Geschichte aus. Noch heute spielen die Nasseristen auch im Libanon eine wichtige fortschrittliche Rolle. Zwanzig Jahre, horrende Dollar-Milliarden und mehrere Kriege, brauchte der Imperialismus, um mit dem Nasser-Regime in Ägypten einigermaßen fertig zu werden.

Im Libanon macht die „arabische Revolution" jedoch nun einen neuen Schritt. Hier werden die Fesseln des Imperialismus und der einheimischen Reaktion abgeworfen, und ein neuer arabischer Staat entsteht in einer demokratischen Massenbewegung und in einem bewaffneten Kampf. Das ist ein Ereignis von größter Bedeutung. Der Libanon ist heute das schwächste Glied der Kette, mit der der Nahe Osten an den Imperialismus gefesselt ist. Ein Erfolg im libanesischen Klassenkrieg wird auf die Entwicklung im gesamten arabischen Raum ausstrahlen!

Die Faschisten wollen mit aller Kraft den Vormarsch der demokratischen Kräfte aufhalten. Sie haben am Freitag (26.3.) zur „Mobilisierung aller Kräfte" aufgerufen. Ob es jetzt zum entscheidenden Kampf, oder ob es zu einem neuen Kompromiß kommt, eines steht in jedem Fall fest: **Es gibt zur Zeit im Libanon keine Kraft, die dauerhaft verhindern könnte, daß sich die politische Bewegung bis zu radikalen demokratischen Umwälzungen fortsetzt.** ●

Programm der LAA

„Wir kämpfen für Gerechtigkeit und Gleichheit, für die Schaffung eines arabischen Libanon"

Schon der Name „Libanesische Arabische Armee" ist ein Ausdruck der nationalen Zielsetzung. Dem entspricht das äußere Erscheinungsbild: Über der libanesischen Uniform tragen die Soldaten der LAA das rote gemusterte Tuch der arabischen Bauern, Symbol der Verbundenheit mit den nationalen und antiimperialistischen Wünschen des arabischen Volkes, weltweit bekannt geworden als Kopftuch der palästinensischen Freiheitskämpfer. Die Panzerwagen mit ihrer roten Aufschrift werden von der Bevölkerung begeistert begrüßt. In der LAA herrscht eine Atmosphäre der Kameradschaftlichkeit, die durch das gemeinsame demokratische Ziel erzeugt wird.

Es ist bezeichnend, daß der Führer der LAA ein Leutnant ist, denn höhere Offiziersränge waren in der libanesischen Armee den Christen oder sicheren Vertretern der arabischen Bourgeoisie vorbehalten. Das höhere Offizierskorps war das durch Korruption und Machtwillkür privilegierte Verbindungsstück zwischen der Bourgeoisie und den Massen der Soldaten, die der armen Bevölkerung entstammen. Die niederen Offiziere einer solchen Armee haben schon häufig die glühenden Nationalisten gestellt, die die Sache des Volkes, wie sie sie verstehen, irgendwann in die eigene Hand nehmen. Nasser war Oberst.

Die Armee der Rebellen um Leutnant Chatib hat sich ein demokratisches Programm gegeben. Im Vorwort wird betont, daß sich die Libanesische Arabische Armee als einen Teil der fortschrittlichen Kräfte zur Verteidigung eines arabischen Libanons und zur Sicherung der palästinensischen Revolution betrachtet. Ihr Programm stelle nur eine Übergangslösung dar. Es enthält politische, soziale und wirtschaftliche Forderungen, fordert die Zerschlagung der faschistischen Milizen und die Unterstützung der palästinensischen Revolution. Wir haben einige der wichtigsten Forderungen entnommen und wollen sie kommentieren (Informationen aus „Al Hadaf", Organ der PFLP).

Libanon soll ein demokratisches arabisches Land werden, in dem Staat und Religion getrennt sind. Die herrschenden Schichten der christlichen und muslimischen Bourgeoisie haben ihre Zusammenarbeit mit den Imperialisten immer dadurch zum Ausdruck gebracht, daß sie Libanon als ein europäisches Land darstellten und selbst europäische „Kultur" und Sprache übernahmen. Die Forderung nach einem arabischen Libanon ist also eine antiimperialistische Forderung. Zur Verschleierung der Klassengegensätze diente die Betonung des Religionsgegensatzes. Mit der Begründung, man wolle keine Religionsgruppe benachteiligen, wurden sämtliche Verwaltungs- und Regierungsposten nach einem komplizierten Proporzsystem unter die Anhänger der verschiedenen reichen Familien aufgeteilt (vergl. AK 76, S. 38), die als „natürliche Führer" der jeweiligen „Religionsgruppen" hingestellt wurden. Die Forderung nach der Trennung von Staat und Religion soll also die veralteten feudalen Herrschaftsverhältnisse verdrängen und einem modernen bürgerlichen Staatsapparat Platz machen. Infolgedessen wird unter anderem eine Reform des Wahlrechts, Wahl des Präsidenten direkt durch das Volk und die Schaffung eines Verfassungsgerichts gefordert, das über die Handlungen der Regierung wachen soll.

Gerechte Verteilung des Volkseinkommens, wirtschaftliche Entwicklung im Interesse und zum Nutzen der Arbeiter und Bauern. Hierunter folgen Punkte wie die Schaffung einer wirksamen Sozialversicherung, kostenlose medizinische Behandlung, Änderung der Steuergesetzgebung, Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung, Einführung der allgemeinen Schulpflicht und ein gemeinsames Schulprogramm für alle Schulen im Sinne eines arabischen Libanons. Diesen Forderungen liegen soziale Mißstände zugrunde, wie sie hier in der Kürze gar nicht geschildert werden können. So war bisher z. B. die ärztliche Behandlung von der Zahlung entsprechender Schmiergelder und Arzthonorare abhängig. Gute Versorgung durch Ärzte und Krankenhäuser bestand nur für die Reichen. Die riesigen Arbeitslosenzahlen sind nur durch eine Änderung der gesellschaftlichen Verhältnisse und eine wirtschaftliche Entwicklung zu beseitigen.

Sozialbeiträge wurden zwar vom Lohn abgezogen, flossen jedoch in die Taschen der Kapitalisten. Zur Schule gehen konnte nur, wessen Eltern die hohen Beträge für Schulgeld und Lehrmaterial aufbringen konnten. Zur Aufnahme aller Kinder hätten die Schulen sowieso nicht ausgereicht. Kinder reicher Eltern konnten spezielle Schulen besuchen, in denen sie im europäischen Geist erzogen, d. h. zu Verrätern und Ausbeutern ausgebildet wurden.

Besondere Bedeutung hat die Forderung nach einer gerechten Lösung der Frage der Einbürgerung. Bisher lebten in Libanon außer der libanesischen Bevölkerung von 3 Millionen Menschen ca. 1,5 Millionen „Ausländer", unter ihnen fast 400.000 Palästinenser. Obwohl sie zum Teil schon 20 Jahre im Land sind und dort – wenn auch meist in den Elendsvierteln und Flüchtlingslagern – fest wohnhaft sind, erhielten sie nicht die libanesische Staatsbürgerschaft und sind oft völlig ohne Papiere, d. h. ohne Freizügigkeit, bürgerliche Rechte, Wahlrecht oder soziale Versorgung, und jeder Ausbeutung schutzlos ausgeliefert. Sie wurden nicht eingebürgert, um eine billige Arbeitskräftearmee zu erhalten und um nicht allzu deutlich zu zeigen, daß die Christen nur eine Minderheit bilden.

Bildung einer nationalen fortschrittlichen Armee und Auflösung der Milizen. Bisher wirkte sich die Regierungs- und Clanherrschaft in Libanon am augenfälligsten in der jeweiligen Uniform der Inhaber von Straßensperren aus. Jede Gruppe sicherte ihr Gebiet (darunter die Palästinenser die Lager, den Südlibanon und bestimmte Beiruter Stadtteile) durch eigene schwer bewaffnete Posten. Die Armee hatte die Funktion, die dazwischen liegenden Gebiete zu bewachen, gegen Demonstrationen der Bevölkerung vorzugehen, Palästinenserlager und Armenviertel zu belagern und sich bei jedem zionistischen Angriff rechtzeitig zurückzuziehen. Die Auflösung der Milizen ist u. a. eine antifaschistische Forderung und die Voraussetzung für die Errichtung eines funktionierenden Staatsapparates. Ihr muß jedoch eine Entscheidung im Kampf gegen das Clansystem und den Einfluß der Imperialisten vorausgehen.

Die Durchführung nur eines Teils dieser Reformen würde, und das ist zunächst das wichtigste, die elende Lebenslage des Großteils der libanesischen Bevölkerung verbessern. Obwohl diese Maßnahmen keinen sozialistischen Charakterhaben, würden sie dennoch die Ausgangsbedingungen für den Kampf der sozialistischen Kräfte im Libanon erheblich verbessern. Libanon würde zu einer besseren Basis für die palästinensische und die gesamte arabische Revolution werden.

Aus allen diesen Gründen werden die libanesischen demokratischen Kräfte von den Imperialisten, der arabischen Reaktion und den Kompromißlern der einheimischen Bourgeoisie und Kleinbourgeoisie erbittert bekämpft werden. Aus denselben Gründen wird jedoch die weitere Entwicklung im Libanon das Bündnis zwischen den armen Volksmassen und der palästinensischen Revolution stärken und die Basis der linken und revolutionären Kräfte verbreitern. ●

Nahost-Kommission
KB/Gruppe Hamburg



Chronik der Kämpfe

Wir wollen nun zunächst einen Überblick über die Entwicklung des libanesischen Bürgerkriegs geben und dann die Revolte und die demokratischen Forderungen der Armee beschreiben.

Der libanesische Bürgerkrieg

Anfang 1975: Israelische Truppen eroberten und zerstörten den südlibanesischen Ort Kfar Schuba und vertrieben die Bevölkerung. Libanesische Armee- oder Polizeikräfte griffen nicht ein. Die Israelis wurden schließlich von palästinensischen Widerstandskämpfern zurückgeschlagen.

Wachsendes Chaos und Korruption der hohen Staatsrepräsentanten und die sich ständig verschlechternde Lebenslage der Menschen führten zu Streiks und Demonstrationen in zahlreichen Städten. Gegen die Demonstranten wurde die Armee eingesetzt.

März 1975: Die Fischer von Saida protestierten dagegen, daß die Fischfanggesellschaft des reichen Christen Schamun neue staatliche Konzessionen erhalten sollte, die ihre Lebensgrundlage zerstören würde. Die Armee wurde gegen die protestierenden Fischer eingesetzt. Der auf der Seite des Volkes stehende Abgeordnete Maaruw Saad wurde dabei erschossen. Die Bevölkerung lieferte sich mit der Armee tagelange Feuergefechte. Da sich in der Regierung niemand fand, der für das Vorgehen der Armee die Verantwortung übernehmen wollte, traten mehrere fortschrittliche Minister aus Protest zurück. Seitdem ist die Regierung allein in der Hand der größten Reaktionäre.

13. April: Faschisten (Falange) überfielen einen Bus mit Palästinensern und ermordeten dabei 27 Menschen. Der Bürgerkrieg begann und wurde bis heute nur kurzzeitig durch verschiedene Waffenstillstände unterbrochen.

Der Überfall der Faschisten war eine bewußte Provokation. Imperialisten und libanesische Reaktion gingen dazu über, eine faschistische Lösung der Widersprüche im Libanon zu versuchen. Die Lüge vom Religionskrieg wurde verbreitet. Durch israelische Überfälle (27. Mai, 7. Juli, 5. August, 4. September 1975), wurde die Situation weiter angeheizt. Die Falangisten erhielten umfangreiche Waffenlieferungen aus den USA, der BRD sowie Jordanien und Saudi-Arabien. Führungskader der Falangisten wurden in USA und Jordanien in militärischen Schnellkursen für den Bürgerkrieg ausgebildet. Die libanesischen Bourgeois zogen

sich in ihre größtenteils befestigten und militärisch gesicherten Bergdörfer und ins

sich in ihre größtenteils befestigten und militärisch gesicherten Bergdörfer und ins Ausland zurück. Das Libanon-Gebirge ist seitdem ein einziger Ausbildungsplatz für Tausende von bezahlten Kämpfern und Söldnern der verschiedenen Milizen, darunter ausländische Söldner.

Waffenstillstandsabkommen wurden durch immer grausamere Angriffe der Faschisten gebrochen. Die PLO betätigte sich erfolglos als „Friedensstifter", wobei immer wieder Zugeständnisse an die Faschisten gemacht wurden. In verschiedenen Städten und Stadtteilen von Beirut bildeten sich demokratische Volksräte, die die Versorgung und Verwaltung übernahmen.

Januar 1976: Nach Überfällen der Faschisten auf mehrere Flüchtlingslager und einem faschistischen Massaker im Armenviertel Qarantina bahnte sich eine explosive Zuspitzung an. Die unter syrischer Kontrolle stehenden Einheiten der PLA marschierten im Libanon ein, unter syrischer Vermittlung wurde ein Waffenstillstand ausgehandelt (siehe AK 73). Unter Beteiligung der PLO und Syriens wurde ein „Oberster Militärrat" gebildet, der den Waffenstillstand überwachen und angeblich die Einleitung demokratischer Reformen bewirken sollte. Er unterstand dem Oberkommandierenden der libanesischen Armee, General Said. Im „Obersten Militärrat" waren nur die Rechten und die Kompromißkräfte (PLO und Syrien) vertreten, nicht aber die Linken.

Februar 1976: Ein „Reformprogramm" wurde ausgearbeitet, das nur geringfügige

Veränderungen im Staatsapparat vorsah und den Massen gar nichts gab (siehe AK

Veränderungen im Staatsapparat vorsah und den Massen gar nichts gab (siehe AK 76, Seite 38 sowie die Analysen von DFLP und PFLP in dl 20). Es stellte sich heraus, daß der Eingriff der PLO und Syriens nichts weiter bewirkt hatte, als eine Verbreiterung der Machtstellung der arabischen libanesischen Bourgeoisie zu Lasten der mit den Imperialisten verbündeten christlichen Teile der libanesischen Bourgeoisie.

Die libanesische Armee zersetzte sich, wodurch dem komplizierten Gleichgewicht des Waffenstillstands der Boden entzogen wurde. Die demokratischen Kräfte forderten echte Reformen und den sofortigen Rücktritt von Staatspräsident Frandschiah (siehe AK 76, S. 4). Frandschiah weigerte sich zurückzutreten, auch nachdem eine Parlamentsmehrheit von Abgeordneten aller Parteien seinen Abgang forderte.

18.3.: Die Gefängnisse in Beirut und anderen Städten wurden gestürmt und tausende von politischen Gefangenen befreit.

Die arabische libanesische Bourgeoisie schob mit Unterstützung Syriens eine Marionette in den Vordergrund: Der ranghöchste muslimische Offizier der libanesischen Armee, General Ahdab, eine bisher völlig unbekannte Figur, trat als Anführer einer rasch zusammengebastelten „Reformbewegung" auf, die den Rücktritt von Frandschiah angeblich erzwingen wollte. Unter Abdabs Führung sollten sich LAA, libanesische Armee und PLA zur Unterstützung der arabischen Bourgeoisie wieder zusammenschließen. Dieses Manöver mißlang aber.

19.3.: Die demokratischen Kräfte beschlossen, daß nun Schluß mit der Hinhaltetaktik gemacht werden soll. Unter Führung von Dschumblat kam ein Bündnis zustande. Dschumblat erklärte ultimativ: *„Es ist unumgänglich, daß der Weg frei gemacht wird für die Libanesen, die die Realisierung ihrer Forderungen verlangen ... Es ist bedauerlich, daß sich gewisse Organisationen* (er meint die PLA) *und arabische Staaten* (Syrien) *gegen eine Armee stellen, die, zum ersten Mal im Libanon, die Parole eines ‚arabischen Libanon' erhoben hat. Wir wünschen, daß der Rücktritt von Präsident Frandschiah unverzüglich erfolgt, andernfalls unvermeidlich ein Blutvergießen stattfinden wird, für das niemand anders als er die Verantwortung tragen wird"* („Al Mudschahid", 17.3.).

Am 19.3. wurde das Flugzeug, mit dem wieder einmal eine Verhandlungsdelegation der muslimischen Bourgeoisie nach Syrien fliegen wollte, von einer Rakete getroffen.

Der Präsidentenpalast wurde durch Truppen der LAA und der fortschrittlichen Milizen von mehreren Seiten angegriffen und mit Artillerie beschossen. Einheiten der PLA verhinderten eine sofortige Stürmung des Palastes und ermöglichten es Frandschiah zu flüchten.

22.3.: Ein syrischer Vermittlungsvorschlag, Frandschiah einen „ehrenvollen Rücktritt" zu ermöglichen (d.h. die Herrschaft der Bourgeoisie nicht zu stürzen) wurde mit einem Angriff auf die Stellungen der Faschisten beantwortet.

27.3.: Dschumblat traf sich mit dem syrischen Präsidenten Assad zu neuen Verhandlungen. Dschumblat ist Großgrundbesitzer und an sich ein Angehöriger der libanesischen Bourgeoisie. Er versucht nun, unter demokratischen Parolen, den Sieg der demokratischen Kräfte gegen die Faschisten auf das Konto seiner Macht zu verbuchen. ●



China 2. Teil

Kampf zweier Linien?

In der VR China geht die Kampagne gegen den „Wind von rechts", insbesondere gegen **Deng Hsiao-ping** (Stellvertretender Ministerpräsident und Stellvertretender Vorsitzender der KP Chinas) sowie gegen **weitere, bisher ungenannte, „Parteimachthaber auf dem kapitalistischen Weg"** weiter.

Die gegenwärtige Situation ist durch zwei Erscheinungen gekennzeichnet:

1. Die Angriffe auf Deng Hsiao-ping haben einen sehr konkreten Charakter angenommen; zahlreiche Zitate von Deng Hsiao-ping aus der Zeit seit etwa Mai 1975 wurden in letzter Zeit veröffentlicht, um den Vorwurf zu untermauern, er habe in China den kapitalistischen Weg eingeschlagen und letztlich den Kapitalismus restaurieren wollen.
2. Es wird die Tendenz sichtbar, Deng Hsiao-ping dennoch nochmals „eine Chance zu geben". So heißt es in einem Artikel der „Renmin Ribao" (Volkszeitung): „*Wir werden ihn behandeln wie in der Kulturrevolution, ihm auf den Rükken hauen, ihm wie ein Arzt Arznei geben und dann sehen, wie er sich verhält*" (zit. nach „Kommunistische Volkszeitung", 25.3.76). Es wird dazu aufgerufen: „*Den wenigen führenden Funktionären, die die falsche Linie durchgeführt haben, muß man helfen, ihren Standpunkt zu ändern, und es begrüßen, wenn sie ihre Fehler korrigieren*" („Renmin Ribao", 10.3.76, zit. nach „Peking Rundschau" 11/76, S. 5).

Zugleich wird gefordert, daß die Kampagne „*unter der Führung der Parteikomitees der verschiedenen Ebenen*" bleiben müsse. „*Es sollen*"
● im Unterschied zur Großen Proletarischen Kulturrevolution 1966/67
● „*keine Verbindungen zwischen einzelnen Einheiten hergestellt und keine Kampfgruppen gebildet werden*". Warnungen vor „*Unruhestiftung von seiten des Klassenfeindes*" und vor dem „*Versuch, durch Sabotage der Produktion die Revolution zu unterminieren*" richten sich offenbar gegen die Möglichkeiten von Streiks und ähnlichen Massen-Kampfformen (Zitate wie eben)
sich offenbar gegen die Möglichkeiten von Streiks und ähnlichen Massen-Kampfformen (Zitate wie eben).

Nach den bisher vorliegenden Informationen stellt sich die Entwicklung der Ereignisse folgendermaßen dar:

„*Etwa im Sommer vorigen Jahres erhob sich in der Gesellschaft ein Wind von rechts, der die gefällten Urteile umstoßen sollte* (d.h. vor allem die Ergebnisse der Kulturrevolution – Anm. AK). *Diejenigen, die diesen Wind schürten, waren dagegen, den Klassenkampf als das Hauptkettenglied zu betrachten, sie revidierten die grundlegende Linie der Partei, verneinten die Revolution im Bildungswesen und in Literatur und Kunst, die sozialistische Revolution auf dem Gebiet der Wissenschaft und Technik, verneinten die Dreierverbindung von Älteren, Mittelaltrigen und Jüngeren, die an den verschiedenen Fronten aufgetauchten neuen Dinge und die Große Proletarische Kulturrevolution. Sie versuchten, die richtige Bewertung der Großen Kulturrevolution zu revidieren und mit dieser abzurechnen. Sie hatten Theorie und ein Programm für ihre Aktivitäten zur Revision der gefällten Urteile, und diese Aktivitäten waren organisiert. Sie richteten ihre Speerspitze gegen unseren großen Führer, den Vorsitzenden Mao, gegen seine revolutionäre Linie und gegen die revolutionären Massen*" („Renmin Ribao", 10.3.76, zit. nach „PR" 11/76, S. 4).

Angeblich trat am 7. Mai 1975 der Erziehungsminister Tschu Dschung-hsin auf einer Konferenz mit der Erklärung auf, „das Problem der Orientierung der Erziehung" sei „noch nicht gelöst", wobei es darum ging, bestimmte Reformen des Erziehungswesens, die vor allem durch die Kulturrevolution erreicht wurden, rückgängig zu machen.

Außerdem soll der Rektor der Pekinger Tschinghua-Universität am 18. August und am 10. Oktober Briefe an Mao geschrieben haben, in denen er sich über die Auswirkungen der Reformen im Erziehungswesen beschwerte.

Offenbar handelte es sich hierbei nur um die „Spitzen des Eisbergs" innerhalb einer breit angelegten Bewegung zur Liquidierung bestimmter Reformen im Erziehungswesen. Die Urheber dieses „rechten Winds" behaupteten, durch die Reformen, insbesondere durch die Verbindung von körperlicher und geistiger Arbeit und durch die enge Beteiligung der Studenten an der Produktion, sei das Bildungsniveau gesunken, die Qualität der Ausbildung habe abgenommen. Sie behaupteten, das sei „allzuviel Praxis", sie wandten sich gegen eine Rolle der Arbeiter im Bildungswesen, sie forderten, daß „Experten" an der Spitze stehen müßten usw.

Gegen diesen „rechten Wind" im Erziehungs- und Bildungswesen begann Anfang November an der Pekinger Tsinghua-Universität eine Gegenströmung. Wandzeitungen wurden veröffentlicht, in denen Erziehungsminister Tschu Dschung-hsin und der Universitäts-Rektor Lu Ping scharf kritisiert wurden: Sie wollten den Kapitalismus restaurieren, sie hätten die revolutionäre Linie Mao Tsetungs direkt angegriffen usw.

Beide waren im Zusammenhang mit der Großen Proletarischen Kulturrevolution „gestürzt" und erst vor kurzem „rehabilitiert" worden.

Die Kampagne „gegen den rechten Wind" im Bildungswesen breitete sich auch auf andere Universitäten und schließlich auf die Presse aus. Es scheint jedoch, als seien die persönlichen Angriffe gegen Tschu Dschung-hsin und Lu Ping etwa ab Mitte Januar eingestellt worden:

Dazu wurde erklärt, die in Gang gekommene Bewegung habe schon „große Veränderungen" hervorgerufen; jetzt müßten den angegriffenen Rechten nach dem Prinzip „Die Krankheit heilen, um den Patienten zu retten" (Mao) Zeit gegeben werden, sich zu bessern.

Unterdessen war am 8. Januar nach langem Leiden an Krebs Ministerpräsident Tschu En-lai gestorben. Bei der Beisetzung am 15. Januar hielt der Erste Stellvertretende Ministerpräsident Deng Hsiao-ping die Trauerrede. Er hatte in den letzten Monaten praktisch anstelle von Tschu En-lai weitgehend dessen Amtsgeschäfte geführt und galt als sein sicherer Nachfolger. Etwa drei Wochen später wurde jedoch durch eine winzige Meldung bekannt, daß am 7. Februar Hua Guo-fang als „am-
eine winzige Meldung bekannt, daß am 7. Februar Hua Guo-fang als „am-
tierender Ministerpräsident" den venezolanischen Botschafter empfangen habe. Hua Guo-feng ist Minister für Öffentliche Sicherheit (Polizei, Gerichte etc.) und gilt gleichzeitig als Wirtschaftsfachmann.

Mittlerweile sind aus chinesischen Wandzeitungen zahlreiche Zitate Deng Hsiao-pings bekannt geworden, die zeigen, daß die zugrunde liegenden Auseinandersetzungen schon im letzten Jahr begonnen haben. So habe er sich schon im Mai 1975 für „*strengere Regelungen und Verordnungen*" in den Fabriken eingesetzt, sowie auf der anderen Seite für materielle Anreize und Fabrikprofite. Bezugnehmend offenbar auf Kritik an einer Rede, die er kurz zuvor auf einer Industriekonferenz gehalten hatte, soll Deng Hsiao-ping am 29.5.75 gesagt haben: „*Manche Leute meinten, das sei ein Restaurationsprogramm. Es gibt solche Leute, das ist klar; vor ihnen braucht man sich nicht zu fürchten*" (lt. „KVZ", 25.3.76).

Die Auseinandersetzungen haben sich dann offenbar insbesondere in Zusammenhang mit der Kritikbewegung an dem historischen Roman „Geschichten vom Liang-schan-Moor" verschärft. Am 4. September 1975 veröffentlichte die „Renmin Ribao" einen Leitartikel, in dem eine „Weisung" des Vorsitzenden Mao bekannt gemacht wurde: Dieser Roman sei ein Beispiel für Kapitulantentum. Als Lehrmaterial durch negatives Beispiel könne er es dem Volk ermöglichen, diejenigen zu erkennen, die vor dem Klassenfeind im Inneren und vor dem äußeren Feind kapitulieren wollen (lt. „Neue Zürcher Zeitung", 20./21.9.75). Diese Kampagne gegen das „Kapitulantentum" wurde bis in den November hinein fortgesetzt. So hieß es z.B. in der „Hongqi" (Rote Fahne), wer im Inneren vor der bürgerlichen Linie kapituliere, der „*sucht im internationalen Maßstab Rückhalt beim sowjetischen Sozialimperialismus und praktiziert damit nationales Kapitulantentum*" (lt. „FAZ", 26.11.75).

Deng Hsiao-ping, so heißt es heute in Wandzeitungen, habe sich damals der Kritikkampagne um den Roman „Geschichten vom Liang-schan-Moor" und gegen das „Kapitulantentum" widersetzt: Er habe behauptet, diese Bewegung diene dazu „*Intrigen zu schmieden*" (10.9.75). Mao Tse-tung habe den Roman gelesen und darüber private Bemerkungen gemacht, und einige Mitglieder des Zentralkomitees hätten daraus eine Bewegung entstehen lassen (29.9.75
● beide Zitate lt. „KVZ", 25.3.76).

Anfang Februar setzt dann, zunächst zurückhaltend, dann immer offener und umfassender, der Angriff auf Deng Hsiao-ping in Wandzeitungen und in der Presse ein. Besonders bemerkenswert ist dabei, daß ihm u.a. der Vorwurf gemacht wird, er habe das ZK spalten wollen, sowie daß an verschiedenen Stellen von m e h r e r e n „Parteimachthabern auf dem kapitalistischen Weg" die Rede ist.

Zum Charakter der jetzigen Kampagne

Deng Hsiao-ping war in der Großen Proletarischen Kulturrevolution „gestürzt" worden (zuvor war er Generalsekretär der KP Chinas), war im Frühjahr 1973 wieder in der Öffentlichkeit aufgetaucht und hatte seit dem X. Parteitag (August 1973) einen ungeheuer raschen Aufstieg gemacht – er wurde Erster Stellvertretender Ministerpräsident, einer der Stellvertreter des Parteivorsitzenden Mao sowie Generalstabschef der chinesischen Armee. Diese Posten hat er nach letzten Meldungen immer noch inne („FAZ", 26.3.76).

Insbesondere einige der Vorwürfe gegen Deng Hsiao-ping sind es wert, näher betrachtet zu werden:

● Deng Hsiao-ping habe „*sich immer (!) geweigert, den Klassenkampf als Hauptkettenglied zu nehmen. Schon zur Zeit des anti-japanischen Widerstandskriegs hat sich dieser Mann für enge Zusammenarbeit aller Klassen eingesetzt und Kapitulationismus gepredigt*" („Renmin Ribao", 28.2:76, nach „Monitor-Dienst").
● Deng Hsiao-ping habe nach der Kulturrevolution zwar versprochen, sich zu ändern, „*verfiel aber, kaum daß er wieder zu arbeiten begonnen hatte (!!) in die alte Krankheit und ging wieder den kapitalistischen Weg*" („Renmin Ribao", 10.3.76, lt. „PR", S. 5).
● Deng Hsiao-ping und andere „*reuelose Personen innerhalb der Partei, die den kapitalistischen Weg gehen*", hätten „**weder Bücher gelesen noch den Marxismus begriffen**" („Renmin Ribao", 28.2.76, „Monitor-Dienst").
● **„Menschen wie er sind niemals (!!) Marxisten gewesen, sondern, wie der Vorsitzende Mao einmal gesagt hat, bürgerliche Demokraten, deren Denken bei der demokratischen Revolution stehen geblieben ist"** („Renmin Ribao", 10.3.76, lt. „PR", S. 5).

Behauptungen wie letztere zählen offensichtlich zur demagogischen Deformierung der Auseinandersetzung. Andernfalls wäre es mehr als ein schlechter Witz, daß Deng Hsiao-ping nicht nur jahrelang Generalsekretär der KP Chinas war, sondern daß er sogar heute noch Stellvertretender Vorsitzender der Partei ist!

Sicher ist hingegen, daß Deng Hsiao-ping einer der wesentlichen Führer der rechten Fraktion war, die sich in den 50er Jahren der Linie Mao Tse-tungs widersetzte, die der Volkskommunebewegung Widerstand leistete und die vorübergehend innerhalb der Partei sogar die Oberhand gewann.

In der Großen Proletarischen Kulturrevolution 1966 - 68 wurden zahlreiche Vertreter dieser Fraktion und ihrer Strömung auf allen Ebenen „entmachtet".

Die Rückkehr Deng Hsiao-pings im Frühjahr 1973 und sein unaufhaltsamer Aufstieg signalisierte die Rückkehr der meisten „entmachteten" Funktionäre auf hohe Posten. Die letzte größere Welle von „Rehabilitierungen" erfolgte anläßlich des chinesischen Nationalfeiertages (1. Oktober) 1975: 49 hohe Funktionäre, die während der Kulturrevolution „entmachtet" worden waren, traten erstmals wieder öffentlich auf, darunter allein 16 Stellvertretende Minister
● davon vier stellvertretende Kulturminister –, vier ehemalige Mitglieder oder Kandidaten des ZK und zehn hohe militärische Funktionäre.

In einer Kritik an den „*reuelosen Personen innerhalb der Partei, die den kapitalistischen Weg gehen*" heißt es: Sie „*setzten im Namen der Durchführung der Politik diejenigen wieder in Amt und Würden ein, die in Vergessenheit geraten waren*" und „*sie wollten diejenigen Personen, die den kapitalistischen Weg gehen, die mit der großen Proletarischen Kulturrevolution unzufrieden sind und alte Rechnungen begleichen wollen, in wichtige Positionen bringen.*" Außerdem hätten sie „*verschiedene Vorwände*" benutzt, um „*alte und neue Kader, die sich an die revolutionäre Linie des Vorsitzenden Mao halten, abzulehnen und ihnen Schläge zu versetzen*" („Renmin Ribao", 28.2.76, nach „Monitor-Dienst").

Hier wird eine gewisse Kritik an der Politik der „Rehabilitierungen" geübt – ohne daß jedoch erkennbar wäre, wer konkret gemeint ist und wo die Grenze zu dem Prinzip „Die Krankheit bekämpfen, um den Patienten zu retten" gezogen wird.

Insgesamt hat es den Anschein, als sei es bisher noch nicht gelungen, diese rechte Fraktion entscheidend zu treffen, wobei die Meinungen, o b man diese Fraktion überhaupt dauerhaft „entmachten" soll oder nicht, offenbar geteilt sind.

In dem eben zitierten Artikel der „Renmin Ribao" wird sehr klar die W a r n u n g ausgesprochen: „*Da die Personen in der Partei, die den kapitalistischen Weg gehen, enorme Macht in ihren Händen halten, ist ihre Art von Revisionismus sehr wild, intensiv und äußerst gefährlich*". Auf Deng Hsiao-ping bezogen, wurde gewarnt: „*Man kann sich nicht darauf verlassen, daß er niemals versuchen wird, frühere Urteile aufzuheben*" (eine Warnung, die sich auf die Versuche von anderer Seite zu beziehen scheint, Deng Hsiao-ping und seiner

FORTSETZUNG SEITE 5

So sehens die anderen

KBW: Deng war nie Marxist!

Der KBW nahm erstmals (!) in der „KVZ" vom 18. März zu der Kampagne gegen Deng Hsiao-ping Stellung: Er druckte einen Artikel der „Renmin Ribao" vom 10. März nach. Vorangestellt waren ganze 21 (!) Zeilen „Kommentar", die sich praktisch auf den dürftigen Hinweis beschränkten, in der VR China gebe es derzeit eine „*Kampagne zur Sicherung der Ergebnisse der Kulturrevolution, zum Studium der Theorie der Diktatur des Proletariats*". Deng Hsiao-ping wurde überhaupt nicht namentlich erwähnt. Eine Woche später dann die große Überraschung: Über eine Seite weg wurde von Uwe Kräuter (derzeit Peking!) in der „KVZ" vom 25. März gegen Deng Hsiao-ping voll vom Leder gezogen. Der Verfasser zeigte sich über die Auseinandersetzung sehr gut informiert und zitierte sogar aus Wandzeitungen, immer unter namentlicher Nennung Deng Hsiao-pings.

Im AK 76 hatten wir über diese Sorte von „China-Freunden" geschrieben: „**Gestern haben sie noch die rechten Sprüche von Deng Hsiao-ping verteidigt und gelobt, heute warten sie feige ab, was passiert, und morgen werden sie mit Sicherheit in die Verdammung Deng Hsiao-pings einstimmen, sobald diese eindeutig feststeht**". Der KBW hat diese Voraussage als erster bestätigt: Selbst offensichtlich demagogische und unsinnige Vorwürfe – z.B., daß Deng Hsiao-ping n i e m a l s Marxist-Leninist gewesen sei – werden jetzt von der „KVZ" blind nachgebetet!

Der Artikel der „KVZ" übernimmt z.B. auch solche Behauptungen wie: Deng Hsiao-ping habe im Mai 1975 (!) falsche Direktiven aufgestellt (die er dann auch mehrere Monate lang verbreitete!), was „**eine Entscheidung alleine von Deng**" gewesen sei, „**die weder im Zentralkomitee noch im Staatsrat diskutiert worden war**".

Derartige Thesen scheinen uns tatsächlich sogar die Gutgläubigkeit der „KVZ"-Leser zu überfordern: Daß jemand so etwas tun könnte, ohne u m g e h e n d vom ZK zur Rechenschaft gezogen zu werden und ohne daß s o f o r t die falschen Direktiven korrigiert werden!!

Sehr viel Gutgläubigkeit erfordert auch die plötzliche Darstellung der „KVZ", Deng habe sich nach seiner „Entmachtung" während der Kulturrevolution „*später wieder in hohe Posten hineinmanövrieren*" (!) können; auch „*andere Machthaber auf dem kapitalistischen Weg*" hätten „*nach ihrem Sturz wieder hochkommen können*". Auf welche Weise?! **Wir erinnern uns noch gut, daß der KBW seinerzeit den Wiederaufstieg all dieser Gestalten als Beweis für die „Konsolidierung (Festigung) der Ergebnisse der Kulturrevolution" uns gegenüber verteidigt hat!**

„KPD/ML" zensiert „Peking Rundschau"

Die „KPD/ML" hat sich nach ihrer ersten „Stellungnahme" im „Roten Morgen" vom 6. März nicht wieder zu den Vorgängen in der VR China zu Wort gemeldet.

Die damalige „Stellungnahme" bestand aus einem „auszugsweise" veröffentlichten Artikel aus der „Peking Rundschau" 6/76. Diese „auszugsweise" Veröffentlichung war praktisch eine F ä l s c h u n g: Es fehlte zum einen der ganze erste Teil, der den Widerstand von Deng Hsiao-ping gegen die landwirtschaftliche Vergenossenschaftung und gegen die Kommune-Bewegung behandelte. Zum zweiten waren an insgesamt sechs Stellen des veröffentlichten Teils kleine Passagen „herausgekürzt". Da es im „Roten Morgen" durchaus üblich ist, die Clownerien von Ernst Aust über drei Seiten weg abzudrucken, sind „Platzgründe" für diese „Kürzungen" (insgesamt handelt es sich lediglich um etwa 10 Sätze!) nicht überzeugend.

Ein Vergleich des Originaltextes der „Peking Rundschau" mit der „gekürzten" Fassung des „Roten Morgen" beweist, daß ausgerechnet die wesentlichen, gegen Deng und seine Anhänger gerichteten, Sätze gestrichen wurden, wie beispielsweise: „*Da sie einen Wind von rechts entfachten, mit der Absicht, die bereits gefällten Urteile zu revidieren, da sie revisionistisches Zeug verbreiten, wie es nun aus dem Mund gewisser Leute im Bildungswesen quillt, muß das Proletariat, müssen die Revolutionäre, selbstverständlich kompromißlos dagegen angehen*"...

Derartige Sätze sind sicher nicht sehr sensationell, aber offenbar sollte im „Roten Morgen" nicht einmal ein Begriff wie „Wind von rechts" gedruckt erscheinen, bevor wirklich garantiert ist, welche Linie sich in der VR China durchsetzen wird.

Seit dieser Veröffentlichung herrscht im „Roten Morgen" totales Schweigen zu diesem Thema. Wir zweifeln aber nicht, daß die pflichtschuldige Verdammung Deng Hsiao-pings demnächst auch im „Roten Morgen" erscheinen wird...

„KPD": Nichts Neues

Die „KPD" hat sich gleichfalls seit ihrer ersten „Stellungnahme" in der „Roten Fahne" vom 10. März (eine Aneinanderreihung von Zitaten aus der „Peking Rundschau") nicht wieder gemeldet.

Merke: Je „bruderparteilicher", umso schweigsamer!

KAB„D" schweigt total

Die „Rote Fahne" des KAB„D" hat als einzige „linke" Zeitung überhaupt noch kein Wort über die Vorgänge verloren!! Letztes Lebenszeichen war der Abdruck der „Trauerrede des Genossen Deng Hsiao-ping" auf der Titelseite der „Roten Fahne" vom 23. Januar!

„Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD"

Der „Arbeiterbund..." ist erstmals in seiner „KAZ" vom 7. März auf die gegenwärtige Bewegung eingegangen. Irgendwelche Informationen oder Zitate enthält die nicht einmal 100 Zeilen lange Notiz nicht. Dem Leser wird lediglich treuherzig versichert, in China sei es nun mal so, daß die „*Arbeiter und Volksmassen*" gern mal „*direkt in die Staatsgeschäfte eingreifen*" und „*Korrekturen in der Regierungspolitik*" herbeiführen. Da sei halt sogar „*Deng Hsiao Ping, der als Außenminister (??!!) den Mächtigen der Welt die Hand schüttelt, vor Kritik nicht sicher*".

Das ist so unheimlich lieb gesagt, daß uns jedes weitere Wort überflüssig erscheint!....

Milliarden-Dollar-Kredit an Italien:
„Deutsche jetzt Bankiers Europas"

Während sich fast in der gesamten kapitalistischen Welt ein langsamer aber stetiger Aufschwung der Konjunktur mit einem Anstieg der Investitionen und Industrieproduktion abzeichnet, verschlechtert sich die Lage des italienischen Kapitalismus immer mehr. In den letzten Monaten hat sowohl die Arbeitslosigkeit als auch die Zahl der Kurzarbeiter zugenommen. Die Industrieproduktion fiel 1975 auf den Stand von 1972 zurück. Die Verschuldung des Staates gegenüber dem Ausland hat astronomische Höhen angenommen: Anfang 1976 hatte Italien ohne die neu aufgenommenen Kredite zur Stützung der Lira-Währung bereits 14,2 Milliarden US-Dollar Schulden an das Ausland zu zahlen („Handelsblatt", 16.3.76). Die Außenhandelsbilanz Italiens ist weiterhin negativ. Deutlich wurde die Schwächeposition des italienischen Kapitalismus in der neuerlichen Lira-Krise, die zu einem raschen Kursverfall der Lira gegenüber allen anderen Währungen führte.

Begleitet wird diese tiefste Wirtschaftskrise der Nachkriegsjahre von einer sich vertiefenden politischen Krise: Immer deutlicher tritt das Unvermögen der herrschenden Christdemokraten zutage, das Krisen„management" zu bewältigen. In dieser Situation bietet sich die revisionistische „KP" (PCI) den Kapitalisten mit dem Angebot, den „sozialen Frieden" zu schaffen, als Partner für die Regierungsverantwortung an.

Sollte sich diese Krise weiterhin verschärfen – und alle Zeichen deuten darauf hin – dann scheint eine offene Beteiligung der Revisionisten an der Regierung kaum noch zu umgehen. In dieser Situation hat das imperialistische Ausland – vor allem die USA durch den Mund Kissingers – bereits mehrmals davor gewarnt, die „KP" an der Regierung zu beteiligen, da die USA dies nicht „ohne Konsequenzen" hinnehmen würden. Auch der BRD-Imperialismus hat jüngst erneut vor einem Vormarsch der „Volksfront" in Frankreich und Italien gewarnt.

Zugleich haben die EG-Staaten in diesem Monat im Zeichen imperialistischer „Solidarität" dem italienischen Staat den bisher größten EG-Kredit in einer Gesamtsumme von 1 Mrd. Dollar zugesagt, um so eine Verschärfung der wirtschaftlichen Krise, die zwangsläufig eine weitere Verschärfung der politischen Krise zur Folge hätte, zu verhindern. Vorbedingung für die Aufnahme dieses Kredits sind allerdings erhebliche Auflagen, die von den EG-Imperialisten, speziell der BRD, Italien diktiert werden und eine grobe Einmischung in seine Innenpolitik darstellen. Die italienische Regierung hat – ihr blieb aufgrund ihrer ausweglosen Lage auch kaum eine andere Wahl – alle Bedingungen angenommen.

In den Bedingungen für den Kredit wird von Italien verlangt, gegenüber der Arbeiterklasse ein radikales „Spar"programm durchzusetzen und ihren Lebensstandard durch Streichen staatlicher Leistungen und Steuererhöhungen weiter einzuschränken. U.a. wird eine Begrenzung der Staatsausgaben für 1976 auf 39.700 Milliarden Lira verlangt, dem italienischen Staat wird vorgeschrieben, die Gesamtschulden nicht über 13.800 Milliarden Lira zu erhöhen. Einfuhren sollen nicht beschränkt werden bzw. durch höhere Zölle erschwert werden, Ausfuhren der italienischen Industrie dürfen nicht durch Subventionen des Staates unterstützt werden. (In beiden Fällen würde sich die Konkurrenzsituation der übrigen EG-Staaten verschlechtern – Angaben nach „FAZ", 13.3.76).

Diese Auflagen, in denen Italien praktisch ein sehr wesentlicher Teil der Innen- und Außenwirtschaftspolitik von den EG-Imperialisten d i k t i e r t wird, entlarven das ganze Gerede der Imperialisten von der sog. Souveränität der Völker und Staaten. Auch unter den imperialistischen Staaten und innerhalb der Europäischen „Gemeinschaft" herrscht das Gesetz des Stärkeren, nach dem der Kapitalkräftigere und Mächtigere dem Schwächeren seine Politik aufzwingt.

Durch diesen neuen Kredit hat sich die Verschuldung Italiens gegenüber dem Ausland weiter erhöht und beträgt heute rund 17 Mrd. Dollar. Die italienische Zeitung „Il Corriere della Sera" schrieb zu dem EG-Kredit: *„Es ist eine Anleihe, die wir sehr teuer bezahlen müssen."* **Schon heute muß der italienische Staat allein für Zinsen der im Ausland aufgenommenen Kredite täglich (!) drei Millionen Dollar bezahlen.** („Handelsblatt", 15.3.76)

Der BRD-Beauftragte in der EG-Kommission, die den Italien-Kredit beschloß, äußerte sich wenige Tage nach seinem Zustandekommen: Italien solle *„den Kredit von einer Milliarde nutzen, die wirtschaftlichen Grundlagen im Lande wieder in Ordnung zu bringen. Der Kredit verschafft Italien einen Zeitgewinn, unter Beachtung der dafür erteilten wirtschaftspolitischen Auflagen (!), zur Disziplin in der Inanspruchnahme des Sozialprodukts durch Staat und Sozialpartner zurückzukehren".* („Handelsblatt", 23.3.76)

Das ist eine klare Aufforderung und Warnung dieses Vertreters des westdeutschen Imperialismus, einen noch stärkeren Generalangriff auf die Lebensgrundlagen der italienischen Werktätigen nach BRD-Vorbild zu starten. Derart gestärkt, spurteten die italienischen Kapitalisten gleich los: Von der Regierung wurden drastische „Spar"maßnahmen, Steuererhöhungen und andere Maßnahmen angekündigt, die selbst die westdeutsche „FAZ" als **„Notstandsmaßnahmen"** richtig charakterisierte: U.a. wurden die Benzinpreise zum zweitenmal innerhalb kürzester Zeit drastisch erhöht, die Mehrwertsteuer für Dinge des täglichen Lebens, Rundfunkgebühren usw. werden erheblich angehoben. Insgesamt sollen dadurch 1.500 Milliarden Lira (4,5 Mrd. DM) aus den Werktätigen gepreßt werden.

Im Laufe des Jahres sollen weitere Steuererhöhungen folgen, die abermals 1,4 Mrd. zusätzlicher Gelder aus den Arbeitern quetschen. In der Lohnpolitik soll den Werktätigen ein riesiger Lohnraub aufgezwungen werden. *„In diesem Jahr steht die Regierung voll auf seiten der Arbeitgeber."* Geplant ist, die Lohnsteigerungen in diesem Jahr nur um ein bis zwei (!) Prozent zunehmen zu lassen (nach „Welt" und „SZ", 18.3.76, „FAZ", 19.3.76).

Diese Raubpolitik an den Werktätigen trägt unverkennbar die Handschrift des westdeutschen Imperialismus!

EG-Position der BRD weiter gefestigt

Das Kredit-Diktat hat nicht nur die führende Position des BRD-Imperialismus einmal mehr bestätigt, sondern insgesamt seinen Einfluß auf den italienischen Kapitalismus wie auf dem EG-Finanzmarkt erheblich gestärkt. Zwar wird der Kredit für Italien von insgesamt 280 privaten Banken (davon allein rund 50 aus der BRD) in Form verschieden gestalteter Anleihen auf den Finanzmärkten besorgt, die Führung dieses Konsortiums liegt allerdings allein in Händen der BRD-Monopolbank „Deutsche Bank", obwohl sich *„während der vergangenen Wochen mehrere internationale Bankengruppen über entsprechende Offerten bemühten . . . Damit wird die Deutsche Bank zum Manager der größten Transaktion, die je am Euro-Kapitalmarkt abgewickelt wurde".* („Handelsblatt", 10.3.76)

Die „Frankfurter Rundschau" berichtet, daß die kreditvergebende EG-Kommission von seiten der internationalen Bankengruppen *„massiven politischen Pressionen"* (Erpressungen) ausgesetzt war, allerdings der „Deutschen Bank", *„schon seit über einem Jahr Finanzberater* (!!) *der Kommission . . ., der Milliarden-Deal nicht mehr zu entreißen war". (18.3)*

Die *„Bundesrepublik ist"* – schreibt die „FAZ" – *„durch die Mammutanleihe der Europäischen Gemeinschaft . . . mit einem Schlage der ,Bankier Europas' geworden"* (20.3.76).

Das ist umso mehr von Bedeutung, als im Imperialismus die Banken längst nicht mehr nur die Rolle des bloßen Geldvermittlers spielen, sondern aufgrund ihrer überragenden Monopolstellung auf den Finanzmärkten über das Schicksal ganzer Konzerne und sogar Staaten entscheiden können, da letztlich sie es sind, die über Milliarden von Krediten, Anleihen usw. entscheiden.

Daß bei derartigen Transaktionen des Finanzkapitals auch riesige Profite erzielt werden, versteht sich von selbst. Die an dem Italien-Kredit und einer 300 Millionen Dollar-Anleihe für Irland (ebenfalls über die EG und unter Führung der „Deutschen Bank", verbunden mit ähnlichen wirtschaftspolitischen Auflagen) beteiligten Banken dürften insgesamt einen Gewinn von sage und schreibe 670 Mio. DM erzielen („Frankfurter Rundschau", 18.3.76). ●

Wirtschaftskommission,
KB/Gruppe Hamburg

Millionen in der EG ohne Arbeit!

Die Europäische Gemeinschaft, die nach den Sonntagsreden vor allem der sozialdemokratischen und „sozialistischen" Politiker auch eine „soziale Gemeinschaft" sein soll, entpuppt immer stärker ihr in Wirklichkeit zutiefst unsoziales Gesicht.

Nach Angaben der Europäischen Kommission in Brüssel waren Ende Dezember 1975 in den EG-Mitgliedsstaaten *„weit über fünf Millionen Personen arbeitslos"* („Nachrichten für Außenhandel", Nfa, 30.1.76)

Der für Arbeitsfragen in der EG zuständige Kommissar Thomson gab auf einem Treffen der „Europäischen Bewegung" an, daß die Arbeitslosenzahl zu Anfang des Jahres bei etwa 5,3 Millionen gelegen habe. („FAZ", 3.3.76)

Im einzelnen veröffentlichte die EG-Kommission für Ende Dezember folgende Arbeitslosenzahlen und -raten:

- Belgien: 229.025 (8,7%);
- BRD: 1 223 396 (5,3%);
- Irland: 107 079 (9,5%);
- Niederlande: 229 631 (5,8%);
- Großbritannien: 1 163 016 (5,1%)
- Dänemark: 127 300 (6,2%);
- Frankreich: 1 020 100 (6,1%);
- Italien: 1 158 400 (6,0%).

Wie auch in der BRD ist in den anderen EG-Ländern auf kürzere Sicht kaum mit einem größeren Rückgang dieser Arbeitslosenzahlen zu rechnen; zugleich wird für die Zukunft mit einer hohen strukturellen Arbeitslosenrate gerechnet. Thomsom gibt an, daß selbst unter günstigen Voraussetzungen *„die Arbeitslosenzahlen in den neun Mitgliedsländern nicht unter etwa drei Millionen sinken werde".* („FAZ") ●

Forts. **Kampf zweier Linien?**

Fraktion unter dem Motto „Die Krankheit bekämpfen, um den Patienten zu retten" goldene Brücken zu bauen – was sich auch darin ausdrückt, daß Deng bisher nicht aus seinen Machtpositionen entfernt wurde). Es heißt weiter: *„Der gegenwärtige Kampf sagt den Menschen, daß die Personen, die den kapitalistischen Weg gehen, noch immer den gleichen Weg nehmen. Unser Kampf gegen die Personen, die den kapitalistischen Weg gehen, wird weiterhin lange dauern und mehrmals geführt werden".*

Im Gegensatz zu solchen Stimmen stehen Tendenzen, den Kampf der Massen abzubremsen, den Massen Kampfformen der Kulturrevolution (Bildung von „Kampfgruppen", Herstellung von Verbindungen zwischen einzelnen Gruppen durch „Märsche" oder Reisen) zu v e r b i e t e n, schwerpunktmäßige Orientierung auf „Stabilität und Einheit" und Steigerung der Produktion, Warnung vor „Unruhe" und „Produktionssabotage" (= Streiks) in den Betrieben, Versöhnungsangebote an die Anhänger Deng Hsiao-pings. Angesichts der Hinweise, Deng Hsiao-ping habe s o f o r t nach seiner „Rehabilitierung" (Frühjahr 1973) wieder seinen alten „kapitalistischen Weg" eingeschlagen, und zumal angesichts der jetzt veröffentlichten Zitate von Deng Hsiao-ping aus dem vorigen Jahr, fällt ausserdem auf, daß die Massen erst zu einem recht späten Zeitpunkt in die Auseinandersetzungen einbezogen wurden; und eine volle Mobilisierung der Massen zum Angriff auf die „kapitalistischen Machthaber", die immer noch „enorme Macht" in Händen halten, ist bisher nicht erfolgt. Wie schon in der Anfangsphase der Kulturrevolution 1966 wird außerdem versucht, die Debatte im wesentlichen auf die Universitäten und anderen Bildungseinrichtungen einzugrenzen und die Werktätigen, insbesondere das Proletariat, nicht die Führung übernehmen zu lassen.

Wie schon in AK 76 eingeschätzt, handelt es sich bei den gegenwärtigen Auseinandersetzungen zum einen um einen Angriff der Linken auf die Anhänger Deng Hsiao-pings, d.h. des „kapitalistischen Wegs" (Förderung „materieller Anreize" etc.); dieser Angriff nimmt praktisch die alte, immer noch nicht beglichene Rechnung aus der Zeit der Kulturrevolution wieder auf.

Zum anderen steht die Linie Deng Hsiao-pings aber auch denjenigen R e c h t e n im Wege, die in der Politik des „kapitalistischen Weges" derzeit ein wesentliches Hindernis für die beabsichtigte stürmische Entwicklung der Produktivkräfte (als Voraussetzung für ihre bürgerliche Großmachtspolitik nach außen), gestützt auf eine S t ä r k u n g des zentralen Plans und eine „politische" Mobilisierung der Werktätigen zu erheblich gesteigerter Mehrarbeit, sehen. Diese Rechten, als deren Vertreter wir den amtierenden Ministerpräsidenten Hua Guo-feng eingeschätzt haben, sind zwar daran interessiert, die Anhänger des „kapitalistischen Wegs" zu dämpfen und sich mit ihren Vorstellungen ihnen gegenüber durchzusetzen; nicht interessiert sind sie aber an deren „Entmachtung" und an einer wirklichen Mobilisierung der Massen. ●

Konjunktur:
Es geht wieder aufwärts – für die Kapitalisten

Schon seit einiger Zeit strahlen die Wirtschaftsinstitute und kapitalistischen Regierungen wieder Optimismus aus, wenn es um die Beurteilung der Konjunktur geht.

Das Sekretariat des allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) rechnet für 1976 mit einem *„langsamen Wirtschaftsaufschwung in den* (kapitalistischen) *Industrieländern".* Nach dem relativ starken Rückgang des Welthandelsvolumens 1975 (minus 6% gegenüber dem Vorjahr) werde es in diesem Jahr wieder wachsen.

Von diesem Wirtschaftsaufschwung werden allerdings allein die hochentwickelten kapitalistischen Staaten (und hier auch in unterschiedlichem Maße) profitieren: Die Lage der meisten Staaten der „3. Welt" wird sich auch 1976 gegenüber den Imperialisten verschlechtern. Diese Staaten werden gezwungen sein, aufgrund ihrer hohen Zahlungsbilanzdefizite, der gestiegenen Preise für industrielle Waren und für Erdöl, ihre Importe weiter einzuschränken. (nach „SZ", 27.2.76)

Ein relativ starker Wirtschaftsaufschwung wird in der Bundesrepublik erwartet. Nach einer Vorausschätzung der Brüsseler EG-Kommission wird die BRD mit einer Zuwachsrate des Brutto-Sozialprodukts zwischen vier und 4,5% *„in der Spitzengruppe der Staaten der Gemeinschaft stehen".* Es sei zu *„einer deutlichen Wende des Konjunkturverlaufs in der BRD"* gekommen. („FAZ", 10.3.76)

Das Ifo-Institut (München) erwartet für 1976 einen Anstieg der Industrieproduktion um fünf bis sechs Prozent; im vergangenen Jahr war sie um 7,5% zurückgegangen. (nach „FAZ", 26.2.76) Bestätigt werden diese Prognosen durch die jüngsten Zahlen des Bundeswirtschaftsministeriums, wonach sich die Industrieproduktion in der BRD saisonbereinigt von Dezember '75 auf den Januar um knapp 3% erhöht hat („FAZ", 9.3.)

Gegenüber diesen positiven Zukunftsaussichten für die Kapitalisten wird sich die Lage der Arbeiterklasse, vor allem die Lage der Arbeitslosen, kaum verbessern. In allen Gutachten wird weiterhin mit einer hohen Arbeitslosenrate gerechnet, die lediglich im Frühjahr und Sommer etwas zurückgeht und dann erneut im Herbst und Winter 1976 ansteigt. Selbst von einem Berufsoptimisten wie „Arbeitsminister" Arendt (SPD) werden die *„mittelfristigen Perspektiven nicht optimistisch bewertet".* Auf das Gesamtjahr umgerechnet wird mit einer Arbeitslosenrate von rund 4,5% gerechnet, was etwa einer Million entspricht. („FAZ", 6.3.76)

Arendts Arbeitsministerium macht in einer anderen Prognose deutlich, daß es die Arbeiter und Angestellten sind, die beim erwarteten Wirtschaftsaufschwung das Nachsehen haben werden: Während für die kommenden drei Jahre mit einem stolzen Wirtschaftswachstum von 5,5% jährlich (für die Kapitalisten) gerechnet wird, soll es erst 1978 einen größeren Rückgang der Arbeitslosigkeit in der BRD geben, und zwar auf 750.000! (nach „FR", 28.2.76) Von Kapitalisten und Politikern wird dies bereits als eine „optimistische" Prognose angesehen.

Die Kapitalisten planen, die erhöhte Nachfrage nicht durch Neueinstellung von Arbeitslosen, sondern durch verstärkte Ausbeutung der jetzt noch in den Betrieben Beschäftigten nachzukommen. Nach einer Umfrage des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) in 35 Unternehmensbereichen beschränken sich die Investitionspläne der Kapitalisten *„weitgehend auf Ersatz- und Rationalisierungsinvestitionen. Neueinstellungen werden kaum geplant. Die Industrie sieht allenfalls die Möglichkeit, Kurzarbeit allmählich abzubauen".* („SZ", 26.1.76)

Deutlicher kann man es kaum noch sagen: Für die Arbeiterklasse ist die bisherige Rationalisierungswelle in den Betrieben keineswegs mit dem nunmehr einsetzenden Konjunkturaufschwung vorbei, sondern wird unvermindert weiterlaufen. ●

Wirtschaftskommission,
KB/Gruppe Hamburg

Kapitalisten lehnen Gesetz gegen Wirtschaftkriminalität ab!

Energisch wurde bei einem Hearing des Bundestages im Februar von den Kapitalistenverbänden ein neuer Gesetzentwurf der Bundesregierung gegen Wirtschaftskriminalität abgelehnt. Die Kapitalisten, sonst immer schnell mit dem Ruf nach „law and order" zur Stelle, sehen eine Verschärfung oder auch nur eine Präzisierung der hier bestehenden gesetzlichen Bestimmungen nur sehr ungern.

Diese Haltung kommt nicht von ungefähr: Durch die vielfältigen Formen der Wirtschaftskriminalität ergaunern sich die Kapitalisten jährliche Extraprofite von mindestens 20 Milliarden DM (zum Vergleich: durch Diebstahl, Raub usw. wird ein jährlicher „Schaden" von 2 Mrd. DM angerichtet!).

Bemerkenswert ist, daß dieser neue Entwurf der Regierung keineswegs radikal gegen alle Formen der Wirtschaftskriminalität vorgeht, sondern lediglich die o f f e n kriminellen Delikte stärker verfolgen will. So ist ein Kernpunkt des Entwurfs, der den entschiedenen Widerstand der Kapitalisten fand, die Einführung eines neuen Strafbestandes: Subventions- und Kreditbetrug.

Ein anderer Punkt ist die kriminelle Erschleichung von staatlichen Subventionen. Kriterium für eine Strafverfolgung sollten bewußt falsche Angaben sein. Besonders hiergegen wandten sich die Industriebosse mit dem sinnigen „Argument", die Strafbestimmungen seien „unklar", grenzten den Täterkreis nicht genügend ein und ließen deshalb befürchten, daß die „Falschen" (!) getroffen würden. Gegen eine Verschärfung des Wucherparagraphen und des Konkursstrafrechts wandten die Kapitalisten dann sogar ein, daß hierdurch *„die Bereitschaft zum Unternehmerrisiko"* gemindert würde. Im Klartext heißt das nichts andres als daß es in diesen Kreisen üblich ist, sich mit Gangstermethoden Vorteile zu verschaffen.

Auch gegen eine Aufnahme von Umweltdelikten in das Strafrecht machten die Kapitalisten Front: *„So was wird bei den betroffenen kein Verständnis finden".* Es ist zu erwarten, daß das Justizministerium unter dem SPD-Rechten Vogel, derart von den Kapitalisten abgebürstet, den Gesetzentwurf weiter entschärfen oder begraben wird. ●

Italienische Parteitage im Zeichen wachsender Massenkämpfe

Im März fanden die Parteitage der italienischen Sozialdemokraten (PSDI), Sozialisten (PSI) und Christdemokraten (DC) statt. Auf den Parteitagen ging es um die Festlegung der politischen Linie in den nächsten Monaten und um die Wahl der Parteiführer. Die Parteitage standen im Zeichen breiter Kämpfe der italienischen Arbeiterklasse, die sich gegen die massiven Angriffe zur Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen zur Wehr setzt. Diese Situation spiegelte sich auch auf den drei Parteitagen wider, auf denen es zu scheinbaren „Linkswendungen" kam, durch die die Arbeiterklasse weiter mit schönen Sprüchen geködert werden soll.

PSI propagiert „linke Alternative"

Am einheitlichsten präsentierte sich die PSI, die Ende letzten Jahres eine schwere Regierungskrise herbeigeführt hatten, als sie der christdemokratischen Regierung Moro die Unterstützung verweigerte.

Auf dem Parteitag wurde folgende Linie für die nächsten Monate festgelegt: Die PSI strebt eine „linke Alternative" an, d. h. eine feste Zusammenarbeit und ein Regierungsbündnis mit der revisionistischen „KP" (PCI). Ein Bündnis mit der DC wurde ausgeschlossen, es sei denn in Form einer Notstandsregierung, die alle Parteien von den Liberalen bis zur PCI umfassen müßte. Den von der PCI propagierten „historischen Kompromiß" zwischen Christdemokraten und Kommunisten lehnen die Sozialisten ab. Dahinter steht die Befürchtung, daß sich PCI und DC unter Ausklammerung der Sozialisten einigen. Die PSI wiederholte auf dem Parteitag ihre Forderung nach vorzeitigen Neuwahlen, wovon sie sich einen Stimmenzuwachs verspricht. (bei den Regionalwahlen 1975 erhielt sie 12 %)

Im neuen Parteivorstand haben jetzt die Vertreter des linken Flügels ein größeres Gewicht.

Insgesamt versuchen sich die Sozialisten als Alternative zur PCI zu profilieren, die sie in einigen Fragen von links angreifen. So brachte die PSI in die Auseinandersetzung über die Abtreibung den Vorschlag einer

PSI in die Auseinandersetzung über die Abtreibung den Vorschlag einer

Fristenregelung (mit weitgehender Entscheidungsfreiheit der Frau selbst) ein, während die PCI in der ersten Abstimmung zusammen mit der DC und den Faschisten dagegen stimmte und sich in den folgenden Debatten und Abstimmungen der Stimme enthielt.

Sozialdemokraten kämpfen um ihre Existenz

Angesichts der Verschärfung der Klassenkämpfe und des parteipolitischen Konkurrenzkampfes ringen die teilweise noch rechts von der DC stehenden italienischen Sozialdemokraten um ihr Überleben. Auf dem Parteitag versuchte die PSDI, die bis vor kurzem unter dem früheren Parteiführer Tanassi einen stramm antikommunistischen Kurs fuhr, der Linkswendung der Massen Rechnung zu tragen. Als Parteiführer wurde der innerhalb der PSDI mehr „links" stehende Alt-Staatspräsident Saragat gewählt. Die Differenzen auf dem Parteitag über den künftigen Kurs der PSDI (bei den letzten Parlamentswahlen 1972 bekam sie 5 % der Stimmen) wurden zeitweise sehr handgreiflich unter den Delegierten ausgetragen. Die Mehrheit der Delegierten sprach sich für eine Zusammenarbeit mit der PSI aus.

Mauro Ferri, Sprecher des „linken Flügels", forderte eine Notstandsregierung unter Einschluß der PCI. Saragat widmete der PCI zwar einige freundliche Worte, schloß aber, zumindest für den gegenwärtigen Zeitpunkt, eine politische Allianz aus. Der Tanassi-Flügel hielt weiter an dem bedingungslosen antikommunistischen Kurs fest.

Der Parteitag wird kaum etwas daran ändern, daß die Sozialdemokraten in der nächsten Zukunft keine politische Rolle spielen werden und ihre Wählerbasis wahrscheinlich noch mehr schwinden wird.

DC in der Krise

Zweifellos am interessantesten war der Parteitag der italienischen Christdemokraten. Das Abwirtschaften der seit 30 Jahren regierenden DC ist in den letzten Jahren offenkundig geworden: Die Niederlagen beim Ehescheidungsreferendum 1974 und bei den Regionalwahlen 1975,

beim Ehescheidungsreferendum 1974 und bei den Regionalwahlen 1975,

Korruptionsskandale am laufenden Band (zuletzt die Lockheed-Affäre, in die einige christdemokratische Politiker verwickelt waren), und die Enthüllungen über die Finanzspritzen des CIA vor allem an christdemokratische Politiker haben die DC schwer in Mißkredit gebracht. „Via, via, i governi della CIA" (Weg, weg mit den CIA-Regierungen) war eine der meistgerufensten Parolen auf den Demonstrationen der letzten Wochen.

Diese Tatsachen und die wachsende Unzufriedenheit der Massen, angesichts des sich ständig verschlechternden Lebensstandards, stellte die DC vor die Aufgabe, ihr angekratztes Image etwas aufzupolieren und sich mehr als „arbeitnehmerfreundlich" zu profilieren. Zaccagnini, der nach der Wahlniederlage im letzten Sommer vorläufig zum Parteisekretär ernannt worden war, bot sich dafür als der rechte Mann an. Der als liberal geltende und öffentlich noch nicht in Korruptionsgeschichten verwickelte Zaccagnini sollte die DC aus der Isolation herausführen. Der Parteitag zeigte, daß sich die traditionelle Partei der italienischen Bourgeoisie über den künftig einzuschlagenden Kurs noch uneins ist. Dem Parteitag vorausgegangen waren scharfe Warnungen der Vertreter des amerikanischen und des westdeutschen Imperialismus, Kissinger und Schmidt, vor einer Regierungsbeteiligung der PCI.

So gab es auf dem Parteitag zwei große Pole: Die Gruppe um den Rechtsaußen Fanfani und Forlani forderte einen „kämpferischen und offensiven Kurs" gegen die PCI und eine klare Profilierung als „Partei der rechten Mitte". Zaccagnini und Regierungschef Moro sprachen sich für eine vorsichtige „Öffnung nach links" aus. Zaccagnini machte wiederholt Bündnisangebote an die PSI und schloß eine Zusammenarbeit mit der PCI in einigen Fragen nicht aus, wenngleich auch er den „historischen Kompromiß" ablehnte.

In seiner Abschlußrede versuchte Zaccagnini die DC ganz als „Volkspartei" darzustellen: „*Sie ist nicht eine konservative Partei, die dem Willen ihrer bürgerlichen Beschützer unterworfen ist oder gar das Geschäftskomitees des italienischen Kapitalismus, oder bloß eine Organisation zur Besetzung von Machtpositionen*" (lt. „FAZ", 25. 3. 76).

Der Parteitag endete in einer makabren „antifaschistischen" Pose mit dem Singen von alten Partisanenliedern, wie „Bella Ciao". Mit knapper Mehrheit (53 % der Stimmen) wurde Zaccagnini als Parteisekretär bestätigt, sein Gegenkandidat Forlani unterlag nur knapp.

Von der „Linkswendung" der DC und der anderen Parteien ist genau so viel zu halten, wie vom Ahlener Programm der CDU nach dem 2. Weltkrieg: Sinkt die Kampfbereitschaft der Massen und verbessert sich das Kräfteverhältnis zu Gunsten der Bourgeoisie, dann ist von den „arbeitnehmerfreundlichen" Schnacks nicht mehr die Rede!

„Historischer Kompromiß" auf dem Rücken der Arbeiterklasse

Die drei Parteitage standen auch im Zeichen des beständigen Liebeswerbens der PCI um die Christdemokratie. Am Vorabend des DC-Parteitages wiederholte die PCI-Führung ihr Angebot des „historischen Kompromisses". An mehreren Tagen waren prominente PCI-Führer, darunter auch der Vorsitzende Berlinguer, auf dem DC-Kongreß anwesend.

Salonfähig gemacht hatte sich die PCI-Führung durch ein besonders Gaunerstück: Ein EG-Kredit von einer Milliarde Dollar für Italien war verbunden mit klaren Auflagen der EG, vor allem des BRD-Imperialismus, wie Lohnstopp und Verminderung der öffentlichen Ausgaben für Beschäftigung, Einfrierung des gegenwärtigen Haushaltsvolumens, Unterlassung von importhinderlichen und exportstützenden Maßnahmen.

Das heißt, daß auf die italienische Bevölkerung, die unter den wachsenden Preissteigerungen, Arbeitslosigkeit und Entlassungen schon jetzt sehr zu leiden hat, noch größere Belastungen zukommen. Die DC-Regierung verfügte auch gleich eine Reihe drastischer Sparmaßnahmen, die sie vorher mit allen Parteien, einschließlich der PCI, abgesprochen hatte.

Auf einem Wirtschaftskongreß in Rom gab der PCI-Wirtschaftsexperte Eugenio Peggio der Bourgeoisie Ratschläge zur Wirtschaftspolitik. Ein Ausgleich der Zahlungsbilanz durch Förderung der Landwirtschaft und mehr Importe von „Billigwaren" aus den Ostblockländern und den Entwicklungsländern sei anzustreben („FAZ", 25.3.76). Unter diesen Voraussetzungen, so Peggio, wolle die PCI auch dafür sorgen, daß über eine Begrenzung der Lohnerhöhungen „gesprochen" werden kann.

Wachsende Massenaktionen

In den letzten Wochen haben sich die Tarifkämpfe der Industriearbeiter mit den Kämpfen gegen die Teuerungen, die vor allem von den Hausfrauen und der Bevölkerung in den Stadtteilen geführt werden, verbunden.

Am 16. 3. kam es im Fiat-Werk Mirafiori zu zahlreichen spontanen Streiks und Demonstrationen der Kollegen aus der Presse und der Karosserie. Die Arbeiter besetzten für kurze Zeit die Fabriktore und riefen Parolen gegen die Preissteigerungen und für eine sofortige einheitliche Lohnerhöhung um 50.000 Lire (ca. 200 DM).

Am 17.3. wurden alle Turiner Fiat-Werke drei Stunden lang bestreikt. 20.000 Studenten demonstrierten am selben Tag in Rom gegen die Reaktion und die DC-Regierung.

Über 20.000 Arbeiter legten zur gleichen Zeit in Palermo den gesamten Verkehr der Innenstadt lahm. Alle Sektoren der Industrie, des Handels und des Dienstleistungsgewerbes Palermos waren in einen mehrstündigen Generalstreik getreten und über 20.000 Proletarier waren zur gemeinsamen Demonstration und Kundgebung gekommen.

Am 18. 3. nahmen 20.000 Vertreter aller besetzten Fabriken Italiens in Genua an einer Demonstration und Kundgebung gegen die Entlassungen teil. An diesem Tag fanden in ganz Italien hunderte von spontanen Streiks in den Fabriken statt. In Mailand, Neapel, Pozzuoli, Pordenone, Genua, Bologna, Macerata, Bergamon, Ivrea strömten die Arbeiter aus den Fabriken auf die Straßen, errichteten Straßensperren und marschierten zu den Rathäusern.

Im Süden Italiens, vor allem in der Gegend um Neapel, errichteten Arbeiter mehrere mehrstündige Straßensperren.

In Pordenone belagerten 4.000 Arbeiter das Rathaus und forderten sofortige Preissenkungen.

Den Höhepunkt dieses Tages bildeten die Kämpfe der Mailänder Arbeiter. Aus allen Richtungen zogen sie zum Rathaus. Parolen gegen die Teuerungen und gegen die Regierung standen im Mittelpunkt: „Wir werden immer wütender, wir wollen, daß die Preise endlich gesenkt werden", „DC-Regierung, Räuber-Regierung, die Arbeiterklasse wird dir zum Verhängnis werden." Auf den Demonstrationen wurde auch ein sofortiger achtstündiger Generalstreik gefordert. (Die drei Gewerkschaftszentralen CGIL-CISL-UIL haben für den 25. 3. einen vierstündigen Generalstreik gegen die „Sparmaßnahmen" der Regierung ausgerufen.)

Auf dem Rathausplatz angekommen, hallten dann die Sprechchöre: „Steuererhöhungen, Benzinerhöhungen – DC-Regierung, Räuberregierung", „Diebe, Diebe".

Die italienische Arbeiterklasse hat mit ihren Aktionen gezeigt, daß sie die massiven Angriffe auf ihre Lebensbedingungen nicht einfach hinnehmen wird. •

Italien-Kommission KB/Gruppe Hamburg



„Beschäftigung – ja; Lohn – ja; Spaltung – nein".



„Diese Krise müssen wir mit unserem Kampf beantworten. Wir können nicht länger eine Regierung dulden, die unsere Bedürfnisse vernachlässigt. Eine Regierung von Feiglingen, die uns das Leben stiehlt".

Eine der vier kleineren besetzten Fabriken. Streikposten werden durch alle Familienmitglieder organisiert.

Gegen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit

Mit einem menschenverachtenden Zynismus ohnegleichen werden derzeit in der bürgerlichen Presse der BRD die Argumente für und wider die massenhafte Abschiebung ausländischer Kollegen erörtert, als ob es um das Verladen von zehn Tonnen Schmierseife geht.

Nachdem Altnazi Filbinger seinen aufsehenerregenden Gesetzentwurf zur Abschiebung von 900.000 ausländischen Arbeitern (nach Zahlung einer „Abfindungssumme") im Bundesrat eingebracht hatte, und die „17 Thesen" zur Ausländerpolitik ebenfalls Staub aufgewirbelt hatten, kamen erst einmal wieder beruhigende Töne seitens der Bundesregierung. *„Eine soziale Zwangsvertreibung aus der Bundesrepublik darf und wird es nicht geben"*, tönte Bundeskanzler Schmidt auf einer Veranstaltung der IG-Bau, Steine, Erden („Süddeutsche Zeitung", 16.3.76).

Das DGB-Organ „Welt der Arbeit" schrieb: *„Nach Informationen des DGB besteht kein Anlaß zur Befürchtung, daß sich die Politik der Bundesregierung in Bezug auf die Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer in der Bundesrepublik grundsätzlich ändern wird."* Das Thesenpapier stelle nur gewisse „Überlegungen" ohne politische Bedeutung dar („WdA", 23.1.76).

Die Argumente der „sozial"liberalen Bundesregierung sowie des DGB gegen spektakuläre Zwangsausweisungen haben jedoch nicht das geringste mit Humanität und Achtung der Menschenwürde zu tun, sondern es wird eine kalte Rechnung aufgemacht, nach der der im Herbst 1973 verhängte Anwerbungsstop ausländischer Arbeiter bereits zur Reduzierung der Ausländer um eine halbe Million (auf 2,1 Mio.) geführt hat.

Außerdem seien die Rückkehr-„hilfen" viel zu teuer – so der Haushaltsausschuß der Bundesregierung – denn für 100.000 offizielle Ausweisungen müßten 750 Mio. DM aufgebracht werden. Da gibt es doch sparsamere Wege, die ausländischen Arbeiter loszuwerden, die man raus haben will.

Zum Beispiel **Zuzugssperren**: Mit Wirkung vom 1.4. haben die Städte Köln und Westberlin sich zum Sperrgebiet für ausländische Arbeiter (außerhalb der EG-Länder) erklärt. Damit soll die „Wanderungsbewegung" aus Süddeutschland gestoppt werden, wo die Zuzugssperren bereits in den größten Industriestädten seit längerem existieren.

Die „automatische Sperre", von der ab eine Stadt, eine Gemeinde oder auch einzelne Stadtteile für Ausländer tabu werden, liegt bei 12% Anteil an der Gesamtbevölkerung des jeweiligen Gebietes. Dies ist die sogenannte „kritische Grenze" („FAZ"). Man ist geneigt zu fragen: Für die „Überfremdung des deutschen Volkskörpers" (um im Nazi-Jargon zu bleiben) ?? Oder ist mit „kritische Grenze" vielleicht gemeint, daß ab 12% die Gefahren sozialer „Unruhen" wegen Diskriminierung, Ghettoisierung, katastrophaler Schulbildung usw. in den Gebieten zu groß werden?!

Der Dezernent der Ordnungs-Verwaltung, Köln, ein Dr. Schäfer, erklärte, *„daß mit der Zuzugssperre keine unzumutbaren Härten auftreten werden, da lediglich neu anreisende Ausländer und Gastarbeiter betroffen würden, deren Aufenthaltsgenehmigung in diesem Jahr abläuft"*. Wenn solche Leute schon beteuern, daß keine Härten auftreten, dann muß man erfahrungsgemäß annehmen, daß sie bestehende „Härten" verleugnen wollen.

Im Grunde sind nämlich die Zuzugssperren nur zusätzliche Maßnahmen zu der ohnehin bestehenden Praxis der Ausländerbehörden, abgelaufene Aufenthaltsgenehmigungen nicht zu verlängern und zu bestehenden Praktiken der Arbeitsämter, abgelaufene Arbeitserlaubnisse zum Anlaß zu nehmen, um an dem betreffenden Arbeitsplatz einen deutschen oder – doch auch das ist graue Theorie – einen Arbeiter aus einem Land der EG vorrangig zu vermitteln. Das sozialdemokratische Parteiorgan „Vorwärts" schreibt, daß von dieser Möglichkeit „nur" in 44.000 Fällen Gebrauch gemacht worden sei („Vorwärts", 18.3.76).

Das schlagende Argument gegen eine „überstürzte" Ausweisung von ausländischen Kollegen ist von DGB- und SPD-Seite jedoch, daß die miserablen Arbeits- und Entlohnungsbedingungen, die man den ausländischen Arbeitern hier zumutet, von kaum einem deutschen Arbeiter zur Zeit hingenommen würden.

Sätze wie „Wer könnte sich unsere Gastronomie noch ohne die sympathischen Italiener vorstellen?" („FAZ", 23.3.76) oder *„Wir sind der Auffasssung, daß die deutschen und ausländischen Arbeitnehmer nicht einfach austauschbar sind, weil die Deutschen nachgewiesen relativ immobil sind"* (ein Sekretär des DGB-Bundesvorstandes gegenüber der „FAZ", 27.1.76) und viele ähnliche Äußerungen bedeuten nichts anderes, als daß man die „Gast"arbeiter für alle Dreckarbeiten, vor den Hochöfen, in der unterbezahlten Fisch- und Torfindustrie und außerdem überall, wo es gerade brennt, weiterhin als billige Manipuliermasse zur Verfügung haben möchte.

Solange die deutschen Arbeiter der systematisch betriebenen Ausländerhetze und -diskriminierung aufsitzen, werden sie ihre eigenen Interessen als ausgebeutete Klasse nicht richtig wahrnehmen können.

**Deutsche Arbeiter – ausländische Arbeiter
gemeinsamer Feind – gemeinsamer Kampf!** ●

**Emigranten-Zelle,
KB/Gruppe Hamburg**

Für die sofortige Freilassung der türkischen Arbeiter von Dynamit-Nobel!

Die „Türkischen Arbeitervereine" hatten zum 6. März zu einer nationalen Protestdemonstration gegen die Verurteilung von zwei türkischen Arbeitern im Dynamit-Nobel-Prozeß aufgerufen. Im Mai letzten Jahres war bei Dynamit-Nobel in Fürth ein überwiegend von türkischen Kollegen getragener Streik gegen Massenentlassungen gewaltsam von den Bullen zusammengeknüppelt worden. Mit Hunden und Schlagstöcken hatten sich die Bullen auf die Streikenden gestürzt und 31 – darunter vier deutsche – Kollegen festgenommen. Wenig später wurden 26 Türken in die Türkei ausgewiesen, wo wegen derartiger „Verbrechen" mehrjährige Haftstrafen mit Folter an der Tagesordnung sind. Auch ein Hungerstreik, in den die in Abschiebehaft sitzenden Türken aus Protest gegen ihre Abschiebung traten sowie ein Solidaritätshungerstreik von Deutschen und Türken außerhalb des Knastes konnten die Ausweisung nicht verhindern. Bis heute sitzen immer noch zwei türkische Kollegen, die nicht mit abgeschoben wurden, im Knast! Die beiden sollen in dem bevorstehenden Prozeß zu kriminellen Rädelsführern gestempelt werden.



Gegen dieses Vorgehen der westdeutschen Klassenjustiz protestierten etwa 800 bis 1.000 klassenbewußte Türken am 6. März in Nürnberg. Ein bekannter Nürnberger Polizeifotograf, der in provozierender Weise für die Polizeiakten filmte, holte sich bei der Demo eine gehörige Tracht Prügel. Die Polizei nahm während der kurzen Prügelei vier türkische Kollegen fest, die aber am selben Tag wieder freikamen. Die Demonstranten besetzten zehn Minuten lang eine verkehrsreiche Kreuzung, um die Freilassung ihrer Kollegen zu erreichen. Durch die systematisch betriebene Ausländerhetze aufgestachelte Passanten beschimpften vielfach die türkischen Demonstranten; ein rasender Autofahrer fuhr mit Vollgas fast in die Demonstration rein.

Betrugspolitik von „KPD" und „KPD/ML"

Offensichtlich ohne Kenntnis der Mehrzahl der türkischen Kollegen war zu dieser Demonstration eine Aktionseinheit mit den beiden „Parteien der Arbeiterklasse", „KPD" und „KPD/ML", eingegangen worden. Was besonders den Zorn und die Empörung der Türken erregte, war die Tatsache, daß sie erst am Sammlungsort der Demonstration erfuhren, daß die beiden „Parteien" keineswegs gegen den Dynamit-Nobel-Prozeß demonstrieren wollten, sondern ihren „traditionellen internationalen Kampftag gegen Arbeitslosigkeit" begehen wollten. Sowohl der Lautsprecherwagen als auch die Spruchbänder von beiden „ML"-Parteien zeigten fast ausschließlich Parolen gegen „Spar"-Politik und Krisenprogramm der Bundesregierung. Einige versprengte „Arbeitslosenkomitees" hatten zu diesem „Kampftag" in verschiedenen Städten der BRD aufgerufen. Nach Nürnberg hatten die beiden glorreichen „Parteien" ganze 150 Anhänger aus ganz Süddeutschland mobilisieren können. Wie praktisch, sich da 900 türkische Kollegen ins Schlepptau zu nehmen. Doch eine solche Mißachtung ihrer berechtigten Interessen nahmen die Türken nicht hin. Sie verlangten, daß die Krisenplakate nach hinten in den Zug kamen und sie selbst die Führung der Demonstration übernahmen. „KPD" und „KPD/ML" drängelten jedoch immer wieder nach vorn.

Da es „KPD" und „KPD/ML" seit ihrer Gründung in erster Linie um die „Profilierung" ihres Parteiladens und nicht um solidarische Unterstützung antifaschistischer Forderungen geht, ist solch ein Verhalten nicht überraschend. ●

**Emigranten-Zelle
KB-Gruppe Hamburg**

Gegen die Schlechterstellung der ausländischen Kinder in der BRD!



Die Lage der Kinder der ausländischen Kollegen in der BRD ist besonders hoffnungslos. Das arbeiterfeindliche Schulsystem bekommen diese Kinder noch mehr zu spüren als deutsche Arbeiterkinder, weil bei ihnen zusätzlich noch die Sprachschwierigkeiten dazukommen. Die Ausländerkinder haben in diesem Schulsystem kaum die Möglichkeit, über Sonderschulniveau hinauszukommen:

In Essen z.B. schaffen derzeit 80% der ausländischen Kinder den Hauptschulabschluß nicht, in Bochum sind es sogar 90%!

Von allen griechischen Kindern in Hamburg, die überhaupt zur Schule gehen, besuchen nur 5,6% das Gymnasium.

Für die jüngeren Kinder, die in Hamburg die Schule besuchen, ist ein Schultag eine einzige Quälerei: vormittags müssen sie die Grundschule besuchen, wo sie aufgrund der Sprachschwierigkeiten kaum etwas mitbekommen. Nachmittags sitzen die Kinder in der griechischen Schule. Dazu kommen noch die Hausaufgaben für den nächsten Tag.

Insgesamt sind die Kinder zehn Stunden täglich unterwegs, nicht einmal Mittag können sie essen. Hinzu kommt die nicht ungefährliche Fahrerei, für viele durch ganz Hamburg und zurück. Angesichts dieser Belastung geht der größere Teil der griechischen Kinder entweder nur zur griechischen oder zur deutschen Schule – bei beiden lernen sie so

stung geht der größere Teil der griechischen Kinder entweder nur zur griechischen oder zur deutschen Schule – bei beiden lernen sie so

gut wie nichts, bleiben halbe Analphabeten.

Der Abschluß der griechischen Schule wird von der Hamburger Behörde nicht anerkannt (!!), die deutsche Schule schaffen die meisten Kinder nicht. Das Schicksal dieser Kinder ist es, als ungelernte und billige Arbeitskräfte in der BRD ausgebeutet zu werden. Ähnliches blüht ihnen bei der Rückkehr in ihre Heimatländer, denn sie beherrschen dort meist nicht einmal die Rechtschreibung ihrer Muttersprache, ganz abgesehen von anderen Anpassungsschwierigkeiten.

Griechische Eltern organisieren sich

Gegen die miserable Schulsituation der griechischen Kinder wurde im Herbst 1975 ein „Komitee griechischer Eltern und Erziehungsberechtigter Hamburgs und Umgebung" gegründet. Auf der Vollversammlung des Komitees am 13.3.76 wurde mit deutlicher Mehrheit nach einer sehr heftigen Debatte folgender Forderungskatalog verabschiedet:

1) Griechische Volksschulen mit neun Pflichtjahren und vollständigem Unterrichtsprogramm, das vormittags abläuft und verwaltungstechnisch der deutschen Schulbehörde untergeordnet wird.
2) Gleichzeitige Abschaffung der griechischen Nachmittagsschulen.
3) Hauptfächer in griechischer Sprache
4) Sport, Musik, Werken, Zeichnen, Erdkunde usw. innerhalb der deutschen Klassen
5) Gesonderte Klassen für den Deutschunterricht als erste Fremdsprache. Die Leistungen in den anderen Fächern dürfen keinerlei Einfluß darauf haben, in welche Deutschklasse das griechische Kind kommt. Ausschlaggebend sind allein seine Deutschkenntnisse. Der Unterricht dort soll ausschließlich von deutchen Lehrern gegeben werden.
6) Für die Hauptfächer sollen speziell dafür ausgebildete griechische Lehrer in die BRD kommen, die dann der westdeutschen Schulbürokratie unterstehen.
7) Die Unterrichtsinhalte sollen den hiesigen angepaßt und selbstverständlich in der griechischen Volkssprache gelehrt werden.

Dem Komitee ist es bisher noch nicht gelungen, die Mehrheit der griechischen Eltern in die Arbeit mit einzubeziehen. Die Ursachen liegen in der Isolation der griechischen Kollegen und in der Furcht vieler Eltern, sich durch irgendwelche Aktivitäten „den Mund zu verbrennen".

Im griechischen Konsulat sitzen weiterhin die alten Faschisten, die über ein gut geknüpftes Spitzelnetz verfügen und deren Zusammenarbeit mit der westdeutschen Ausländerpolizei bestens funktioniert.

Das gemeinsame Handeln a l l e r ausländischen Eltern und Schüler zusammen mit den westdeutschen, die ebenfalls von der reaktionären Bildungspolitik betroffen sind, kann die Zersplitterung aufheben und Erfolge im Kampf der Arbeiterklasse für ihre elementaren Rechte garantieren. ●

**Griechenland-Türkei-Kommission,
KB/Gruppe Hamburg**

Klassenjustiz

Hamburg:

In einem der „kleineren" RAF-Prozesse, dem Prozeß gegen Gerhard Müller und Irmgard Möller in Hamburg, wurden jetzt die Urteile gesprochen. Irmgard Möller erhielt eine Freiheitsstrafe von viereinhalb Jahren wegen Mitgliedschaft in einer „kriminellen Vereinigung", wegen Waffenbesitzes und schwerer Urkundenfälschung. Gerhard Müller wurde wegen derselben Delikte und darüber hinaus wegen „Beihilfe zum Mord" (er soll an mehreren Sprengstoffanschlägen beteiligt gewesen sein) zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt. Die vierjährige Untersuchungshaft wird beiden Angeklagten angerechnet. Der anfangs von der Staatsanwaltschaft erhobene Vorwurf des gemeinschaftlichen und des versuchten Mordes mußte noch während des Prozesses fallengelassen werden.

Gerhard Müller hatte sich vor über einem Jahr von der RAF losgesagt und sich als Kronzeuge gegen die prominenten RAF-Mitglieder angeboten und auch schon einiges ausgepackt. Er schwieg allerdings, als offensichtlich wurde, daß ihm keine Straffreiheit gewährt werden würde, da nach wie vor unklar ist, ob und zu welchem Zeitpunkt das Kronzeugen-Gesetz eingeführt wird. Mit zehn Jahren Knast hat Gerhard Müller seinen Verrat ganz schön teuer bezahlt!

Stuttgart-Stammheim:

Der Frankfurter Rechtsanwalt Gerd Temming wurde vom Zweiten Strafsenat des Stuttgarter Oberlandesgerichts als Wahlverteidiger von Andreas Baader abgelehnt. Als Begründung wurde angegeben, daß Temming im Herbst 1975 für kurze Zeit Ulrike Meinhof und anschließend Gudrun Ensslin verteidigt habe und die Verteidigung mehrerer Angeklagter durch einen Anwalt unzulässig sei. Von Ulrike Meinhof und Jan Carl Raspe wurde daraufhin ein Ablehnungsantrag gegen den gesamten Zweiten Strafsenat gestellt, da Temming bereits der sechste (!) Anwalt von Andreas Baader ist, der auf diese Weise von Prinzing rausgefeuert wurde. Bundesanwalt Wunder verwarf diesen Antrag mit der Begründung, dies sei zwar eine „einschneidende Maßnahme", die jedoch dem Gesetz entspreche und deshalb „hingenommen" werden müsse („Süddeutsche Zeitung", 12.3.76).

Stuttgart-Stammheim:

Der Gerichtsvorsitzende Prinzing ist im Suttgarter Prozeß gegen Baader, Meinhof, Ensslin und Raspe dabei, auch die „Ruinen der Verteidigung" zu zerschlagen. Nach dem Ausschluß von mehr als einem Dutzend Rechtsanwälten wies Prinzing jetzt in einem Brief an die Angeklagten auf den (seit 1.1.75 bestehenden) § 146 der Strafprozeßordnung hin, der die Verteidigung mehrerer Beschuldigter durch denselben Verteidiger untersagt. Prinzing erklärte darüber hinaus, daß das Gesetz auch verbiete, daß Verteidiger im Gerichtssaal mit Angeklagten sprechen, die sie nicht selbst vertreten. Gemeint war damit Rechtsanwalt Heldmann, der sich des öfteren mit Raspe unterhalten hatte. Als die Verteidigung aufgrund dieser neuerlichen Unverschämtheiten einen Befangenheitsantrag stellte, wurde dieser nach zehnminütiger Beratung abgelehnt. Begründung: Prozeßverschleppung!

Köln:

Der durch seine Terrorurteile berühmt-berüchtigt gewordene Richter Somoskeoy (sein letztes Terrorurteil sprach er gegen die vier türkischen Antifaschisten,(siehe AK 74) soll von der Großen Strafkammer zum Schwurgericht in Köln versetzt werden (nach „Kommunistische Volkszeitung", 4.3.76). Die Umsetzung dieses Scharfrichters wurde offensichtlich vorgenommen, weil vor dem Schwurgericht demnächst der Prozeß gegen Karl-Heinz Roth stattfinden soll. Ob Somoskeoy ein weiteres Terrorurteil fällen kann, ist allerdings fraglich. Der Gesundheitszustand von Karl-Heinz Roth ist dermaßen angegriffen, daß unmittelbare Gefahr für sein Leben droht, wenn ihm nicht Haftverschonung gegeben wird. ●

IKAH
(Initiativkomitee Arbeiterhilfe)

Anwaltstreffen in Frankfurt

Am 20. und 21. März 1976 fand in Frankfurt ein Treffen der linken Rechtsanwälte der BRD statt. Der Einladung, die von Büros aus Hamburg, Westberlin, München und aus dem Ruhrgebiet ausgesprochen war, folgten ca. 80 bis 100 Rechtsanwälte und einige Referendare. Ziel des Anwaltstreffens sollte laut Einladungsschreiben die Koordination des Vorgehens gegen die Disziplinierung und Verfolgung fortschrittlicher Rechtsanwälte und gegen die „Anti-Terrorgesetze" sein.

Die Diskussion begann mit einem Referat über die Verteidigerbehinderung in Stuttgart-Stammheim. Ein Rechtsanwalt, der dort tätig gewesen ist, zeigte die verschiedenen Methoden der Verteidigerbehinderung auf:

- Notwendige Unterbrechungen der Verhandlungen, z.B. wenn sich ein Verteidiger mit seinem Mandanten beraten will, werden ohne Begründung nicht gewährt.
- Wenn der Vorsitzende Prinzing keine Lust hat, sich die Begründung von Anträgen der Verteidigung oder sonstige Ausführungen der Verteidiger anzuhören, wird entweder das Mikrophon abgestellt oder die Herren Richter gehen einfach raus. In jedem Fall ist es den Rechtsanwälten nicht möglich, ihre Anträge zu begründen.
- Die Beiträge der Verteidiger werden durch den Gerichtsvorsitzenden zensiert, indem dieser z.B. die Verteidiger unterbricht, wenn er meint, die Ausführungen gehörten nicht in den „Sachzusammenhang".

Die meisten Rechtsanwälte, die seit Eröffnung des Verfahrens in Stuttgart oder vorher dort tätig gewesen sind, haben zwischenzeitlich ein Ehrengerichtsverfahren angehängt bekommen.

Von zwölf Verteidigern sind überhaupt noch zwei in Stuttgart tätig, alle anderen sind rausgeflogen. Ausserdem haben alle dort jemals tätig gewesenen Verteidiger außer den Rechtsanwälten Schily und Heldmann ein Ehrengerichtsverfahren.



Im Zentrum der nachfolgenden Auseinandersetzung stand die Frage nach den aktuellen Aufgaben der Verteidiger. Eine Gruppe von Stuttgarter und Frankfurter Anwälten vertrat die Auffassung, die vordringliche Aufgabe der linken Anwälte bestehe gegenwärtig darin, die Gefangenen aus der RAF in Stuttgart zu verteidigen. Die Kollegen vertraten die Auffassung, es müßten in der nächsten Zeit eine Reihe neuer Anwälte gefunden werden, die bereit seien, in Stuttgart-Stammheim zu verteidigen. Zu diesem Zweck gründeten die Verteidiger, die sich vorwiegend mit der RAF beschäftigen, einen „Rechtshilfefond für die Verteidigung politischer Gefangener" dieser Fond soll sich vorläufig auf den Suttgarter Prozeß und den in Düsseldorf demnächst anlaufenden Prozeß gegen das „Kommando Holger Meins" beschränken. Neben der Finanzierung der Prozesse soll dadurch die Gegeninformation im In- und Ausland organisiert werden.

Gegenüber dieser Position vertrat die Mehrheit der anwesenden Rechtsanwälte die Auffassung, daß es in erster Linie darum gehe, die Angriffe über Stuttgart hinaus, also auf die Rechte der Angeklagten und Verteidiger insgesamt, zu enthüllen. Von der Minderheit wurde diese Auffassung als Ausweichen vor den konkreten Aufgaben im Stuttgarter Verfahren kritisiert.

Trotz der relativ scharf geführten Kontroverse wurde am Ende des Kongresses noch eine Resolution mit relativ großer Mehrheit verabschiedet, die den Abbau der Rechtsstaatlichkeit anprangerte und die Unterstützung der Verteidiger im Stuttgarter RAF-Prozeß unterstrich.

Im Mai soll ein weiterer Erfahrungsaustausch der linken Anwälte der BRD stattfinden, auf dem das weitere Vorgehen gegen die Verteidigerausschlüsse und gegen die „Anti-Terrorgesetze" besprochen werden soll. ●

IKAH

Italienische Juristen besorgt über die politische Situation in der BRD

In Mailand fand Ende Februar eine Konferenz des „Circolo De Amicis" statt zum Thema „Kriminalität und politischer Kampf", auf der auch die politische Situation in der Bundesrepublik erörtert wurde. In einer Resolution stellten die Teilnehmer fest, *„daß durch die Berufsverbote und den damit in Zusammenhang stehenden Gesinnungsüberprüfungen tausender Menschen in der BRD ein Klima der Angst, des Schweigens und der Unterdrückung entstanden ist".* Die Teilnehmer prangerten die an politischen Gefangenen in der BRD verübte Isolationshaft genauso an, wie die zahllosen Beschränkungen, Überwachungen und Schikanen, denen heute Verteidiger politischer Gefangener unterworfen sind. Die dazu eingeführten neuen Prozeßgesetze seien dadurch gekennzeichnet, „daß sich der spanische Staatschef Franco auf sie berief, als er sein berüchtigtes Anti-Terror-Gesetz vom 28.6.1975 in Kraft setzte".

Aufgrund dieser Tatsachen und der geplanten Einführung weiterer Unterdrückungsgesetze (Überwachung der Gespräche und des Schriftwechsels zwischen Gefangenen und Verteidigern; Hausdurchsuchungsrecht soll auf ganze Stadtviertel ausgedehnt werden; zentrale Datenanlage des Bundeskriminalamtes) forderte die Konferenz das Russel-Tribunal auf, die Situation in der BRD zu untersuchen und eventuell eine besondere Kommission oder Konferenz darüber zu organisieren. ●

IKAH

solution stellten die Teilnehmer fest, *„daß durch die Berufsverbote und den damit in Zusammenhang stehenden Gesinnungsüberprüfungen tausender Menschen in der BRD ein Klima der Angst, des Schweigens und der Unterdrückung entstanden ist".* Die Teilnehmer prangerten die an po-
eingeführten neuen Prozeßgesetze seien dadurch gekennzeichnet, „daß sich der spanische Staatschef Franco auf sie berief, als er sein berüchtigtes Anti-Terror-Gesetz vom 28.6.1975 in Kraft setzte".
Aufgrund dieser Tatsachen und der geplanten Einführung weiterer
lage des Bundeskriminalamtes) forderte die Konferenz das Russel-Tribunal auf, die Situation in der BRD zu untersuchen und eventuell eine besondere Kommission oder Konferenz darüber zu organisieren. ●
IKAH

Arbeitslosengeld gesperrt – weil er auf Socken lief!
Ein kurioses Urteil leistete sich kürzlich das Hamburger Sozialgericht in
wurde vom Gericht kein Glauben geschenkt. Er war damals wegen einer

Arbeitslosengeld gesperrt – weil er auf Socken lief!

Ein kurioses Urteil leistete sich kürzlich das Hamburger Sozialgericht in einem Prozeß gegen das Arbeitsamt Hamburg.

Ein Laborant war Anfang 1975 wegen vertragswidrigen Verhaltens von einem Metallbetrieb gekündigt worden und meldete sich arbeitslos. Reaktion des Arbeitsamts auf die Kündigungsbegründung des Arbeitgebers: Sperrung des Arbeitslosengeldes für vier Wochen! Als das Arbeitsamt weder im Sperrzeitbescheid noch nach dem Widerspruch des Kollegen ernsthaft auf die Argumente des Kollegen einging, erhob dieser Klage. Nach mehr als einem dreiviertel Jahr (!) bekam er endlich seinen Termin.

Das Arbeitsamt hatte als „unparteiischen" Zeugen einen leitenden Angestellten der früheren Firma des Kollegen geladen. Dieser „bezeugte", daß er den Kollegen am Tag seiner Kündigung kurz vor Schichtablösung „untätig" habe rumsitzen sehen, mit den Füßen auf dem Tisch und ohne Schuhe. Den Angaben des Kollegen wurde vom Gericht kein Glauben geschenkt. Er war damals wegen einer empfindlichen Handverletzung für mehrere Tage arbeitsunfähig und die Firma hatte ihm an dem besagten Tag ohne konkreten Arbeitsauftrag die Spätschicht absitzen lassen, damit die erforderliche Schichtbesetzung im Labor formal eingehalten war. Der Sozialrichter, der vor der Verhandlung mit dem Prozeßbevollmächtigten des Arbeitsamts vertraut bei Kaffee und Kuchen zusammensaß, wertete das Verhalten des Kollegen als *„grob fahrlässige Herbeiführung seiner Arbeitslosigkeit"* und stimmte der vierwöchigen Sperrzeit zu.

Wer also auf Socken im Labor herumläuft, hat nach dieser Rechtsprechung nicht nur eine Kündigung verdient, sondern noch eine Sperrzeit obendrein. Ein fürwahr perfektes Zusammenspiel zwischen Sozialgericht, Arbeitsamt und Kapitalisten! ●

Ein Genosse der
IKAH-Arbeitslosen-Info-Gruppe

Eine „neue" Art von Pressezensur

Wegen des Abdruckes eines Halbsatzes ist jetzt in München der verantwortliche Redakteur der linken Zeitung „Blatt" zu einer Geldstrafe von 1.600 DM verurteilt worden. Der Halbsatz, in einem Artikel zur Lorenz-Entführung, lautet: „ ... *die bisher glänzend gelungene Befreiung der politischen Gefangenen ...*" Nach Meinung der Klassenjustiz erfüllt das Wort „glänzend" in diesem Satz den Tatbestand der „Billigung von Straftaten" (§ 140). Alle Anträge des Verteidigers, den „Blatt"-Artikel vollständig vor Gericht zu verlesen und Gutachter und Leser heranzuziehen, wurden vom Gericht abgeblockt.

Dies ist der jüngste Fall in einer regelrechten Kampagne der Münchner Klassenjustiz zur finanziellen Aushungerung und Kriminalisierung des „Blatt". In einer Presseerklärung schreibt das „Blatt"-Kollektiv: *„Gegen das Blatt wurden in einem Jahr mehrere Ermittlungsverfahren eingeleitet. In vier Fällen wurde bisher Anklage erhoben. Drei Strafbefehle über insgesamt 6.700 DM sind ausgestellt, weitere Prozesse stehen unmittelbar bevor. Mit zunehmender Regelmäßigkeit und in immer kürzeren Abständen werden Blatt-Artikel und sogar Cartoons auf Verunglimpfung, Beleidigung, Billigung von Straftaten usw. durchleuchtet. Wir befürchten, daß diese Art Nachzensur durch Staatsanwalt und Richter zu der Institution wird, die über die Kriterien der Pressefreiheit befindet"* (nach „Informationsdienst" 116). ●

IKAH

Billig davongekommen

Nach einjähriger Verschleppung fand in Westberlin die Verhandlung auf Schadensersatz gegen das Land Berlin als Verantwortlichen für die Verwüstung im Thomas-Weisbecker-Haus statt. Die Bullen hatten im Zuge der Fahndung nach den Lorenz-Entführern (übrigens die größte Fahndung der Nachkriegszeit) 1975 eine „Durchsuchungsaktion" in allen Häusern, in denen Linke vermutet wurden, durchgeführt. Mit unglaublicher Brutalität zerstörten und beschmierten die etwa 4.000 beteiligten Bullen zahllose Wohnungen und nahmen willkürlich Unbeteiligte fest (siehe AK 57). Im Thomas-Weisbecker-Haus entstand durch die Polizeiaktion – besser Strafexpedition – ein Schaden von etwa 15.000 DM.

Das Westberliner Landgericht verlangte im Prozeß von den Geschädigten, daß sie jede einzelne Beschädigung detailliert beschreiben und den Wert jedes einzelnen Gegenstandes mit Rechnungen (!) belegen sollten. Angesichts der Tatsache, daß die Klassenjustiz den Prozeß ein Jahr lang verschleppte, ist das ein (sehr schlechter) Witz! Dieses Urteil, das eine Entschädigung praktisch ablehnt, kann nur als Ermunterung für jeden Bullen aufgefaßt werden, bei Hausdurchsuchungen künftig noch brutaler vorzugehen! ●

IKAH



Westberlin, Justizvollzugsanstalt Tegel: Der 36-jährige Helmut K. wurde wegen Totschlags an seinem Mitgefangenen Manfred M. zu zehn Jahren verknackt. Er hatte 1973 des öfteren um Verlegung in eine neurologisch-psychiatrische Abteilung gebeten, weil er es in seiner Zelle nicht mehr aushielt und glaubte, seine Handlungen nicht mehr kontrollieren zu können. Er hatte schon mehrfach gedroht, Manfred M. umzubringen.

Die Anstalts„ärzte" Borz und Hiob kümmerte das wenig.

Im Juni '73 war es dann so weit: Es kam zu einer Schlägerei, bei der Manfred M. lebensgefährlich verletzt wurde. Der „Arzt" Borz stellt telefonisch die „Diagnose" Simulant und leistete deshalb auch keine Hilfe. Nach einigen Stunden kam der Verletzte dann doch noch in ein Krankenhaus. Aus der Bewußtlosigkeit wachte er allerdings nicht mehr auf, bis er nach mehreren Monaten starb. Die alleinige Schuld daran gaben die Richter Helmut K., während die sogenannten Ärzte reingewaschen wurden, denn angeblich können sie nur bei nachweislich vorsätzlicher unterlassener Hilfeleistung verurteilt werden. Eine Krähe hackt der anderen kein Auge aus.

Westberlin, Haftanstalt Moabit: Wie schon berichtet sitzt Jürgen Bäcker seit über fünf Jahren in Untersuchungshaft. Wegen des angegriffenen Gesundheitszustandes und der „Rekordhaftzeit" hatte der Anwalt Bäckers Antrag auf Haftverschonung gestellt. Wie erwartet wurde diese von den Herren Richtern Kubsch, Seidler und Rejewski abgelehnt.

Aus der „Begründung": *„Die von der Verteidigung vorgetragenen Auffälligkeiten wie ‚akute Atem- und Herzbeschwerden, Schweißausbrüche, unkontrollierbares Zittern der Glieder, schließlich völlige Bewegungsunfähigkeit, Momente der Besinnungslosigkeit und Erinnerungslükken' bestehen ebensowenig wie die behaupteten Anfälle. ... Die Angeklagte befindet sich in einem körperlich guten Allgemeinzustand; die organischen Befunde sind negativ. Seine Beschwerden sind allein psychosomatischer (!) Natur. Die Haftfähigkeit ist hierdurch aber nicht berührt".*

Man sieht den „Vorteil" moderner Zermürbungsfolter: Die Folgen sind „bloß" „rein" psychosomatischer Art, der Häftling geht eben „nur" seelisch am Krückstock.

Hilfsweise hatte der Anwalt eine Verlegung in die Strafanstalt Tegel beantragt, weil der Gefangene dort bessere Haftbedingungen hätte. Dieser Antrag wurde mit der zynischen Begründung abgelehnt, dann könne in der Öffentlichkeit fälschlicherweise der Eindruck entstehen, U-Häftlinge würden vor ihrer Verurteilung bereits wie Strafgefangene behandelt! ●

IKAH

Nazistische Terrorgruppen in der BRD

Im Klima der von der Bourgeoisie betriebener Rechtsentwicklung konnten sich gerade in letzter Zeit verstärkt faschistische Banden bilden – unbeachtet von der Öffentlichkeit und ungestört von der Justiz.

Im folgenden die bekanntesten:

Die „NSDAP/AO":

Nachdem sie als „Auslandsorganisation" lange Zeit in den USA ungestört „arbeiten" durfte, wurde sie 1970 in München als „Aufbauorganisation" gegründet, unter der Tarnung eines Pfingstlagers der Jungen Nationaldemokraten (JN), Jugendorganisation der NPD und des Bund heimattreuer Jugend (BHJ). Zu den Gründern zählt u.a. Hans-Joachim NEUMANN, ehemaliger Polizeischüler und Offiziersanwärter, vorbestraft wegen Schändung von jüdischen Friedhöfen, Waffendiebstahl usw., und der Bundeswehroffizier Willi WEGENER, („Zündelwilli"), ebenfalls vorbestraft wegen derartiger Verbrechen. Vor seinem Übertritt war NEUMANN Bezirksvorsitzender der JN in Gelsenkirchen.

In diesen 6 Jahren gelang es der NSDAP/AO unbehelligt von Polizei und Justiz, in zahlreichen Städten der BRD geheime Gruppen und Tarnorganisationen aufzubauen. Aktivitäten dieser Hitleranhänger und ihre Spuren (Hakenkreuzplakate, Schmierereien, Flugzettel etc.) sind in Hamburg, München, Frankfurt, Kassel, Kiel, Mannheim, Mainz und anderen Orten festzustellen.

Wichtigstes faschistisches Anleitungsorgan ist der „NS-Kampfruf", der mittlerweile nicht mehr aus den USA kommt, sondern in der BRD hergestellt wird. Außerdem gibt es den „NS-Pressedienst" und „Mitteilungsblätter", die der Nazi Wolf-Dieter ECKART herausgibt.

Feste Auslandskontakte unterhalten diese Faschisten vor allem nach USA:

US-Nazi G.R. Lauck hat in Hamburg und Neumünster provokatorische Faschistentreffen, mit Reichsadler und Hakenkreuzfahne, abgehalten (im „Haus des Sports" in Hamburg, zusammen mit der „Bauernschaft" von CHRISTOPHERSEN);

Wilfried KERNBACH, Chef der US-deutschen Nazigruppe „Germania International" und Herausgeber der „Brücke", hat allein im letzten Jahr in mehreren Städten faschistische Veranstaltungen, zusammen mit der "NSDAP/AO" und dem „Kampfbund Deutscher Soldaten" SCHÖNBORN's, inszenieren können. KERNBACH rief unter anderem dazu auf, „das großdeutsche Vaterland wiederzugewinnen" und die „verlausten Muschiks" dort an die Arbeit zu holen!!

Auch in Österreich existiert ein „Freundeskreis der NSDAP", unter Führung eines OTTO ERLACH, der gute Kontakte auch zu ECKART pflegt. ERLACH ist außerdem Mitglied im „Ständigen politischen Ausschuß" des „Nationalen Forums der volkssozialistischen Bewegungen Deutschlands", in dem die „NSDAP/AO" untere Tarngruppierungen wie „Aktion Deutscher Sozialismus", „Deutsche Arbeitsgemeindschaft", und „Nationalrevolutionäre Bewegung" teilnimmt.

Das „Nationale Forum":

1970 gegründet, dient es als Dachverband für militante Faschistenbanden. Bei der Tagung im September 75, die in Frankfurt abgehalten wurde, waren Deligierte aus ca. 30 Gruppen anwesend. Nicht zu vergessen „liebe Gäste" aus Italien („Unione Socialista Nazionale") aus der Schweiz die „ENO-Europäische Neuordnung". Andere faschistische Terrorgruppen aus Irland, England, Frankreich, Belgien und Spanien schickten Grußadressen.

Es wurde eine „Ständige politische Kommission" gewählt, in der vor allem NSDAP-Vertreter dominieren: Hans-Achim HOLTZ, Erna BELBE-HINDENBURG, Friedhelm BUSSE, Heinrich von HIRSCHHAUSEN, Werner KOSBAB, Bruno MEIER (Schweiz), Otto ERLACH und Josef HAFFNER (Österreich).

Die „Bürgerinitiative Deutsches Reich"

Ihr Initiator, der faschistische Anwalt ROEDER, unternimmt seit Jahren mit seiner Bande die frechsten Provokationen („Reichstage", Zusammenrottungen vor antifaschistischen Zentralen, Diffamierung jüdischer Menschen etc.), ohne daß man ihm das Handwerk legt. Auch in seinem letzten Prozeß wurde er mit 7 Monaten auf Bewährung (!!) gleich wieder auf Antifaschisten losgelassen. ROEDER ist Mit-Herausgeber der „Ausschwitz-Lüge", in der Thies CHRISTOPHERSEN die KZ's als Erholungsheime schildert. (Zum faschistisch-rassistischen Südafrika hat ROEDER beste Kontakte: 2 bis 3 mal pro Jahr wird er dort „jubelnd empfangen".)

ECKART über ROEDER: „Der Anwalt des DEUTSCHEN VOLKES".

In UELZEN gibt es seit kurzem einen Ableger, die „Deutsche Bürgerinitiative Lüneburger Heide", deren offen faschistisches Auftreten durch eine breite Aktionseinheit gestört werden konnte.

Die „Bauernschaft für Recht und Gerechtigkeit"

Bauernführer Thies CHRISTOPHERSEN, vom Gericht mit einem „Jagdschein" ausgestattet, war Veranstalter der Nazi-Zusammenrottung um Haus des Sports (mit dem Nazi ECKART). Seine Verbindung zu ROEDER und zur NSDAP sind ebenso gut wie zum „KAMPFBUND Deutscher Soldaten" SCHÖNBORN's.

Aber auch so „offizielle" Organisationen wie der „Bund volkstreuer Jugend" (BVJ) und die JN sind bei seinen Unternehmungen beteiligt (so an seinem Buchladen „Nordwind" in Kiel). CHRISTOPHERSEN besitzt einen eigenen Verlag, in dem er seinen „theoretisch"-faschistischen Kram veröffentlicht („Kritik-Verlag").

So gerüstet, veranstaltet er ca. zweimal jährlich „Tagungen" für Akademiker, zwecks faschistischer Schulung. Unterstützt wird er dabei

zweimal jährlich „Tagungen" für Akademiker, zwecks faschistischer Schulung. Unterstützt wird er dabei

auch vom „DKEG-Deutschen Kulturwerk Europäischen Geistes".

Der „Kampfbund Deutscher Soldaten"

Neben der faschistischen Verhetzung wird hier mehr „Praxis" betrieben, d.h. militärischer Drill, um Terroraktionen starten zu können. Der Leiter, Erwin SCHÖNBORN, ist in beidem bewandert:

Neben seinen ROEDER/CHRISTOPHERSEN-Kontakten ist er Vorstandsmitglied in der „VVK-Vereinigung Verfassungstreuer Kräfte" (jetzt „Aktionsgemeinschaft Demokratische Neuordnung-ADN"). Mit der „Kampfgruppe PRIEN" in Freiburg führt er Schießübungen durch und mit der NSDAP/AO und dem US-Nazi KERNBACH hat er gemeinsame Veranstaltungen arrangiert.

Die „Kampfgruppe PRIEN" in Freiburg

Sie hat ähnlichen Charakter wie der „KDS". Unter Führung von W. PRIEN („Hitlerjonny") wurden bereits etliche Hakenkreuz-und Friedhofsschändungsaktionen durchgezogen. Übelste Aktion war der Überfall auf eine antifaschistische Anti-Franco-Demonstration, die natürlich von der Polizei nicht verhindert wurde.

Die „Nationalsozialistische Kampfgruppe Groß-Deutschland

Mitglieder in der „NSKG", sowie der zugehörenden „Kampfgruppe Adolf Hitler" in Bayern sind etliche Bundeswehrangehörige. Diese Bande hatte sich, wie sich beim Prozeß im Februar 76 in Düsseldorf herausstellte, umfangreiche Waffenlager angelegt. Vor Gericht erklärten sie, wozu: „Gegen Linke"! Derart rechte Gesinnung stieß auf Verständnis: Alle konnten, mit geringen „Strafen" versehen, freien Fußes das Gericht verlassen.

Der „Führer" der NSKG, Manfred KNAUBER, ist selbst Mirglied in der „NSDAP-Auslandsorganisation", unterhält aber auch in der BRD gute Kontakte zu den übrigen Banden (ECKART).

Die „Faschistische Front"

Ansässig in Hamburg/Altona, Nöltingstr. 47, unter dem Namen Michael BORCHARDT. Diese Vögel (die „Demokratie in jeder Form" kategorisch ablehnen), haben eine „Aktionseinheit" mit dem „Freundeskreis der NSDAP" ECKART's und der „Demokratisch-Nationalsozialistischen Gemeinschaft" eines Georg BANSZERUS geschlossen. Bekannt machten sie sich bisher durch ihr Schmierblatt „Der Aufmarsch" und durch Verbreitung ihrer Propaganda in Briefkästen.

Die „Demokratisch Nationalsozialistische Gemeinschaft" (Banszerus)

Außer von besagter Aktionseinheit ist von dieser Bande bekannt, daß sie im Februar ein „Schulungsseminar" in HÖXTER durchgeführt hat, an dem Vertreter der beiden anderen Faschistengruppen anwesend waren.

Die „Deutsch-Völkische Gemeinschaft"

Sie gibt unter dem Verantwortlichen Jochen FLOTH, 86 Bamberg, Neuerbstr. 23/0, die übelsten Hetzblätter heraus, die man sich denken kann: „Der Anti-Kommunist" (!) und „Der Angriff".

(Kostprobe: „... *Eine kleine Clique von Schmarotzern war damals – wie heute auch – zusammen mit artfremden, von Ostgalizien zugewanderten, verlausten und stinkenden Plattfußtypen, der Nutznießer, während das deutsche Volk in Not und Elend darbte ..."!!!*)

Die „Kampfgruppe des Deutschen Nationalen Sozialismus"

Sie wurde im Februar 75 in Essen gegründet. Der „Gründungsausschuß" besteht aus dem ehemaligen Brigadekommandeur Wolf v. HIRSCHHEYDT, Herbert BORMANN und Edmund HUBER („Landesleiter für Österreich").

„Arbeitskreis der Wählergemeinschaften, unabhängiger Parteien und Bürgerinitiativen"

In dieser kürzlich gegründeten Verbindung sind allein 8 rechtsradikale und faschistische Gruppen zusammengeschlossen. Die Bandbreite geht vom „Weltfriedensbund" (?) über die „EFP-Europäisch-Föderalistische Partei" bis zur „VVK-Vereinigung Verfassungstreuer Kräfte", in deren Vorstand SCHÖNBORN, Chef des „KDS", thront.

Die „Wiking-Jugend"

Diese Gruppe hat eine längere Tradition: Als Jugendorganisation versucht sie, gerade Kinder und Jugendliche militant faschistisch zu drillen. Sie besitzt mehrere Trainingscamps, wo militärische Ausbildungen stattfinden (z.B. den ROHWERHOF in DÖRPSTEDT, Schleswig-Holstein, wo Absingen von Faschistenliedern ebenso zum Programm gehört wie „Flucht vor Tieffliegern"). Die „Wiking-Jugend" ist überall zu finden, wo faschistische Aktionen stattfinden: Auch bei der jüngsten „Reichstagsfeier" beim Bismarckdenkmal in Hamburg, zusammen mit dem „BVJ-Bund Volkstreuer Jugend" und der NPD.

Charakteristisch für alle diese Faschistenbanden ist einmal der gute Kontakt untereinander (keine „isolierten Einzelgänger"!). Zum anderen laufen zahlreiche Fäden hinüber zu den „bürgerlichen" und „ordentlichen" Gruppen und Parteien, vor allem zur NPD und den JN.

Diese Verbindungen werden meist nach außen hin geleugnet, damit die Fassade der „Wohlanständigkeit" erhalten bleibt.

Dies ist ganz im Sinn der Arbeitsteilung zwischen „bürgerlichen" und „terroristischen" Faschisten, wobei letztere die Zutreiberdienste leisten. ●

Antifa-Kommission

Bremen: Nazi-Plunder in der Stadthalle



Am 13./14. März fand in der Bremer Stadthalle ein sogenannter „Modell-Fan-Treff" statt. Zu besichtigen gab es original nachgestellte Kriegsschauplätze, Kriegsmodellspielzeug, Nachdrucke von Nazi-Literatur in englischer Sprache (so etwa das „Organisationsbuch der NSDAP", „Waffen SS in Action") und ähnlichen Plunder mehr.

Ganz offensichtlich wollten die „Fans" unter sich bleiben, denn die „Ausstellung" war nicht öffentlich angekündigt und kostete zudem für die Nazi-„Liebhaber" 5,-DM Eintritt.

„Nostalgie und Kriegsschwärmerei", so bezeichnete der „Weser-Kurier" solche Propagandaausstellungen für den faschistischen Terror. Solche Verniedlichungen müssen dafür herhalten, daß in Wahrheit faschistische Ideologie und Nazipropaganda durch die Hintertür wieder salonfähig gemacht werden. ●

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Bremen



Solche Nazi-Propaganda darf heute bereits wieder öffentlich angeboten werden

Gesucht

Faschist Wolf Dieter Eckart

wohnhaft:
2 Hamburg 73
Altenhagener Weg 6 d
bei Dagobert Weiße
Tel. 647 25 91

angeklagt:
in 24 Punkten wegen provokativer Nazi-propaganda und Neugründung von terroristischen Nazi-Nachfolge-organisationen

verurteilt:
zu 8 Monaten mit Bewährung!!! (Januar 1976)

ECKART MACHT WEITER:

Auch nach seiner Verurteilung gibt er ungestört seinen NS Pressedienst heraus. Sein Kommentar zum Prozeßausgang: „Es kommt der Tag der Rache"

WAS WILL ECKART ?

Eckart zu Adolf Hitler: „Er war '33 nicht radikal genug" – Eckart zu den Massenmorden an Juden: „Die Juden haben ja Hitler den Krieg erklärt". Eckart fordert zur Zerstörung antifaschistischer Gedenkstätten auf: „So etwas Niedriges und Gemeines hat es seit 1933 in Deutschland nicht mehr gegeben". Eckart fordert die Errichtung eines Adolf Hitler Denkmals. Dazu die Justiz: „Keine Bedenken – da keine NS-Propaganda"

ECKART HAT SICH MIT ANDEREN FASCHISTEN IN MEHREREN BANDEN ZUSAMMENGEROTTET

IN HAMBURG
- in der „Nationalsozialistischen Aufbauorganisation (NSDAP AO)"
- in der „Faschistischen Front" Michael Borchardt, Hbg Altona, Nöltingstraße 47
- in der „Demokratisch Nationalsozialistischen Gemeinschaft" Georg Banzerus

AUSSERDEM IN DER BRD
- mit den berüchtigten KZ Verherrlichern, Rechtsanwalt Roeder und seinen Kumpanen von der „Deutschen Bürgerinitiative"
- mit der „Nationalsozialistischen Kampfgruppe Großdeutschland" und viele andere mehr,

SIE UNTERNEHMEN „AKTIONEN ZUR WIEDERERRICHTUNG DES DRITTEN REICHES". IN ITALIEN KANN MAN SEHEN, WOHIN DAS FÜHREN SOLL. DORT VERÜBEN ÄHNLICHE FASCHISTENBANDEN ATTENTATE AUF DIE BEVÖLKERUNG. SO LEGTEN SIE BEI EINER GEWERKSCHAFTSKUNDGEBUNG IN BRESCIA BOMBEN, DIE 7 MENSCHEN ZERRISSEN UND ÜBER 80 SCHWERVERLETZTE FORDERTEN.

ECKART – EIN SPINNER ?

Begründung für Eckarts Bewährung: Er ist ein harmloser, versponnener Einzelgänger. ... GEGEN DIE GESINNUNG DES ANGEKLAGTEN HABE MAN NICHTS.

DER STAAT HAT OFFENBAR INTERESSE DARAN, FASCHISTISCHES GESINDEL HERANZUZÜCHTEN

WIR ANTIFASCHISTEN HABEN DARAN KEIN INTERESSE

DARUM:

VERMASSELN WIR ECKART DIE BEWÄHRUNG!

DECKEN WIR DIE STAATSANWALTSCHAFT MIT NEUEN ANZEIGEN ZU SEINEM FASCHISTISCHEN TREIBEN EIN

VERÖFFENTLICHEN WIR IN UNSEREN ZEITUNGEN DIE UMTRIEBE DER FASCHISTISCHEN BANDEN!

Dieser Steckbrief empörter Antifaschisten wurde vor wenigen Tagen in Hamburg verbreitet. Wir halten einen solchen Versuch, dem Treiben der offen militanten Neo-Nazis und ihrer Duldung durch den bürgerlichen Staatsapparat entgegenzutreten für eine begrüßenswerte Initiative. Sie kann dazu genutzt werden, die Wachsamkeit der demokratischen und liberalen Öffentlichkeit darauf hinzulenken, wie weit die Faschisierung des allgemeinen gesellschaftlichen Klimas seitens der Staatsorgane und bürgerlichen Parteien, besonders CDU/CSU, und wie weit die von den bürgerlichen Massenmedien betriebene Nazi-„Nostalgie" bereits vorangeschritten ist.
WEHRET DEN ANFÄNGEN – EINMAL FASCHISMUS, DAS REICHT

Antifa-Genossen, Hamburg

„Vierte Partei" – Wahlkampfhelfer für die CDU/CSU

Am 25.3.76 meldete die „Frankfurter Rundschau", daß die AVP (Aktionsgemeinschaft Vierte Partei) ihren Wählern und Freunden in Baden-Württemberg bei den zum 4. April stattfindenden Landtagswahlen in Baden-Württemberg die Wahl der CDU empfehlen werde.

Diese Empfehlung steht im Widerspruch zu allen Verlautbarungen und Aktionen, mit denen die AVP, vor allem zu Beginn dieses Jahres, an die Öffentlichkeit getreten ist.

Zunächst hatte sich die AVP als eigenständige Partei präsentiert, „die ganz klar in das Vakuum stößt, das durch den Verzicht der CSU, auf die Bundesebene zu gehen, entstanden ist" (AVP-Präsident Bahner im „Spiegel", 6/76).

So verkündete die AVP gleich zu Beginn des Jahres in großformatigen Zeitungsanzeigen „*Wir vertreten bundesweit die Ziele der CSU*" und propagierte angebliche „Umfrageergebnisse", denen zufolge zwischen sechs und neun Prozent der Wählerstimmen dieser Partei bei den Bundestagswahlen zufallen würden. Es folgten weitere Anzeigen wie „Aufruf an die deutschen Ärzte" und „Stellungnahme zu den Polenverträgen", in denen eine noch reaktionärere Ausrichtung der Politik der CDU/CSU gefordert wurde (Wahlspruch der AVP: „*Wir sagen, was sich in der CDU/CSU noch nicht durchsetzen kann*"!)

Auch wir hatten zunächst die AVP als eine relativ eigenständige Gruppierung eingeschätzt: „*Wir können davon ausgehen, daß dieser Bürgerblock der Mitte nicht d i e endgültige „Vierte Partei" ist. Er ist aber ein weitgehend vereinheitlichter organisatorischer Grundstock und Auffangbecken für eine antikommunistisch-chauvinistische Sammlungsbewegung*" (AK 69).

AVP: Propagandist der reaktionären Ausrichtung

Die Aktivitäten der AVP beschränkten sich bisher wesentlich auf ihre Anzeigenkampagnen (die übrigens von Wilfried Ahrens, einem ehemaligen Quick-Chefredakteur und Chefstrategen der reaktionären Propagandakampagnen anläßlich der Bundestagswahl 1972, geschaltet wurden) und auf „Gründungsversammlungen" in nahezu allen Bundesländern. Von einer Massenarbeit der AVP war bislang nichts zu sehen, und mit ihrer Wahlkampfempfehlung in Baden-Württemberg wird auch deutlich, warum die AVP bisher nur auf Propagandaebene aufgetreten ist: Sie hat offensichtlich die Aufgabe, sowohl ein von der CDU nicht abgedecktes Wählerpotential zu erfassen und dieser zuzuführen, als auch von außen propagandistisch den reaktionären Ausrichtungsprozeß in diesen Parteien voranzutreiben.

Dieselbe Funktion hatten bislang alle Ansätze einer „Vierten Partei" vor Bundes- bzw. Landtagswahlen, so die Nationalliberale Union (NLA), Deutsche Union (DU), Deutsch Soziale Union (DSU), der BFD in Westberlin.

Durch die breiteste Propagandakampagne, die um die AVP entfacht wurde, ist es der Bourgeoisie zum Teil gelungen, von der zur Zeit i n n e r h a l b der CDU/CSU betriebenen reaktionären Ausrichtung unter Führung von Strauß, Dregger und Filbinger abzulenken.

Es wird bei unserem Eingreifen in der schon angelaufenen Kampagne der Bourgeoisie zur Bundestagswahl eine wesentliche Aufgabe sein, unsere Kräfte auf den Motor dieser Entwicklung zu konzentrieren, der heute nach wie vor in CSU und CDU zu suchen ist. •

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Frankfurt: Protestaktion gegen Schönborn-Veranstaltung

Am 9. März führte die faschistische „Bürgerinitiative: Wählt NPD!" eine Veranstaltung in einer Kneipe in Frankfurt-Bornheim durch. Redner war der Nazi Schönborn. (Mitglied des berüchtigten Nazi-Trios Roeder-Christophersen-Schönborn.)

Im Saal hatten sich etwa 30 Faschisten versammelt. Eine Zeugin berichtete, daß drinnen eine Faschistin offen ihren Revolver trug. Ein ziviler Bulle betrachtete sich das Ding und gab es ihr grinsend mit der Bemerkung zurück, daß es „eigentlich" ja verboten sei, so ein Ding zu tragen.

Vor dem Saal wurde mittlerweile Polizei postiert gegen die Proteste von 30 bis 40 Antifaschisten, die in der Nähe der Kneipe kleine Kundgebungen abhielten. •

Bezirksgruppe Bornheim
KB/Gruppe Frankfurt

Faschisten im Stader Jugendzentrum

Am 11.3.75 kamen zehn Faschisten der „Jungen Nationaldemokraten" in das Stader Jugendzentrum. Schon eine Woche vorher waren sie in schwächerer Besetzung aufgetaucht und wollten ein Plakat aufhängen. Diesmal jedoch gingen sie daran, SdAJ-Plakate von der Wand zu reißen.

Es wäre fast zu einer Schlägerei gekommen, als die braunen Ratten nicht freiwillig verschwinden wollten. Der Sozialarbeiter im Jugendzentrum erteilte zwei Hausverbote gegen die Plakatabreißer. Alle anderen Faschisten dürfen noch ein und aus gehen.

Bei vielen Jugendlichen stieß das Auftreten der Faschisten auf starke Ablehnung. Teile der Frauengruppe im JZ wollen einen Wandzeitung über die Lage der Frauen unter dem Faschismus machen. •

KB/Gruppe Stade

Antisemitische Schöffin beim Roeder-Prozeß

„*Juden erkenne ich bereits am Gang*" – diese Bemerkung ließ eine Schöffin beim Amtsgericht Darmstadt während einer Gerichtsverhandlung im Prozeß gegen den berüchtigten Antisemiten Manfred Roeder fallen.

In Augen von Landgerichtspräsident Wenzel war das allerdings nur eine „ungeschickte Äußerung", die „keineswegs antisemitisch gemeint gewesen" sei. Seine Konsequenz: Alle Schöffen wurden schriftlich davor gewarnt, „auf dem Gang zu schwätzen". .. (nach: „die tat", 12.3.76). •

Antifa-Kommission KB Kiel

NSDAP–Wahlplakate beschlagnahmt

Bei einer von der Polizei durchgeführten Hausdurchsuchung wurden am 19.3. in Soltau bei Lothar Hartung (42), selbsternannter „Sachverständiger für das 3. Reich" und „Geschäftsführer des Deutschen Wehrmachtsmuseums", mehrere hundert frischgedruckte NSDAP-Wahlplakate mit dem Titel „Bekenntnisse zum Führer", Flugblätter mit Hitlerbildern sowie **Waffen** gefunden. Die „Hamburger Morgenpost" vom 20. März hatte für diesen Vorfall lediglich eine sehr kurze Notiz (4 x 4 cm) übrig und dann noch mit der provokatorischen Überschrift: „*Manche lernen es nie . . .*"

Für den „MoPo"-Journalisten ist der Faschist Hartung mal wieder einer von den kleinen harmlosen Spinnern, die völlig realitätsfremd umhergeistern. Bleibt abzuwarten, ob der Faschist Hartung überhaupt eine Anklage wegen nationalsozialistischer Propaganda erhält oder ob die Staatsanwaltschaft in diesem Fall mal wieder von vornherein auf dem rechten Auge blind ist. •

Ein Genosse aus Pinneberg

England: Licht auf die Faschistenszene – die „Nationale Front" mitten drin!

Über mehrere Monate beteiligte sich John Marshall, neues Mitglied der „Nationalen Front" (NF) an allen Untaten seiner Partei – der faschistischen Sammelpartei Englands. Dann wurde er mit zwei seiner „Parteifreunde" dabei geschnappt, wie sie gerade ins Büro der KP in Birmingham einbrechen wollten oder (die Aussagen unterscheiden sich hier) einen Anschlag auf das Personal eines indischen Restaurants vorbereiteten.

Da stellte sich heraus: John Marshall ist in Wirklichkeit Richard David Roberts, Mitglied der KP, und hat gezielt die NF ausspioniert. So abenteuerlich die Umstände auch sein

vid Roberts, Mitglied der KP, und hat gezielt die NF ausspioniert. So abenteuerlich die Umstände auch sein

mögen, auf diese Weise kamen einige bemerkenswerte Einzelheiten, durch Material belegt, das Roberts gesammelt hat, zum Vorschein:

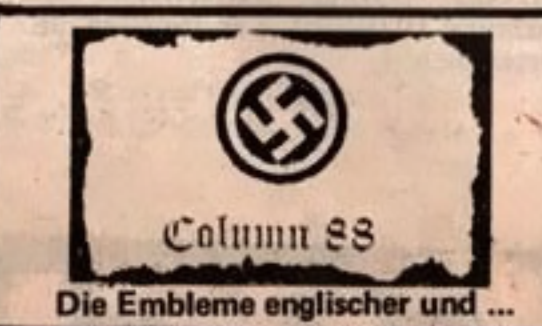
– So unterhält die NF u.a. Kontakt zu einem paramilitärischen Lager mit Ausbildern in Naziuniform; Gewehre für 120, - DM werden angeboten;
– zu der einschlägig wegen ihrer internationalen Verbindungen und Hitlerfeiern bekannten „Column 88" aus Hitlerfanatikern (88 steht für HH = „Heil Hitler", weil H der achte Buchstabe des Alphabets ist);
– auch zu dem Gründer des Birminghamer Zweigs der US-Rassistenorganisation Ku-Klux-Klan;
– und zu den „National Socialists", einer weiteren Hitlergruppe in Großbritannien, Aus den Angaben eines Mitglieds der „National Socialists" geht hervor, daß Faschisten der belgischen Terrorgruppe „Flämische Neue Ordnung" bei der reaktionären irischen Kampfgruppe „Ulster Defece Army" in Belfast „Arbeitsferien" verbringen, wobei ihnen ein „Todesschuß" garantiert wird!

Für die Aktivitäten dieser Faschistenbande aufschlußreich ist außerdem der Brief eines Robert Neubour (Mitglied in drei Faschistengruppen gleichzeitig), der im Gerichtssaal verhaftet wurde und bei seiner Abführung „Heil Hitler" schrie. Er berichtet von zwei Jungen, 14 und zwölf Jahre alt, die als sehr „vielversprechend" beschrieben werden. Auch ihrer siebenjähriger Bruder sei ein junger Nazi.

„*Seine Eltern sind keine Nazis, das ist das einzige Problem dabei. Zum Glück konnte ich sie eher als ihre Eltern beeinflussen. Sie haben sich eigene Uniformen gemacht und jeder hat in den Sommerferien jeden Tag 20 Pfennig in eine Klubkasse gezahlt, damit sie sich ein richtiges braunes Hemd und schwarzes Halstuch kaufen können. In einem Wochenendlager haben sie auch ein paar Nazi-Lieder in englischer Übersetzung gesungen, die ich ihnen vorher aufgeschrieben hatte*" („Observer", 21.3.76).

An dem Schlaglicht, das durch diese Aktion auf den britischen Naziuntergrund geworfen wird, ist besonders wichtig, daß es die „Nationale Front" ausleuchtet, die ständig versucht – gerade auch, nachdem eine innerparteiliche, „populistische" Opposition sich stark gemacht hat (vgl. AK 73) – sich als konservative und demokratische Partei zu profilieren und es weit von sich weist, auch nur irgendwas mit Faschisten zu tun zu haben . . . •

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg





Die Embleme englischer und ... amerikanischer Faschistengruppen

Die Embleme englischer und ... amerikanischer Faschistengruppen

Kiel: Staatsanwalt verurteilt!

Vor kurzem wurde in Kiel Staatsanwalt Böckmann zu einer Geldtrafe von 9000DM verurteilt, wegen vollendeter und versuchter Strafvereitelung in 12 Fällen (s. AK 75). Er hatte Akten von anhängigen Verfahren unbearbeitet im Kofferraum seines Privatwagens versteckt und somit zahlreiche Personen vor einer Überschreitung der Verjährungsfrist vor der Bestrafung bewahrt. Da der Staatsanwalt auch mit NS-Strafsachen betraut war, ist anzunehmen, daß zumindest einige Nazi-Verbrecher zu den Begünstigen zählen.

So bemühte man sich mit vereinten Kräften alle möglichen „mildernden Umstände" an den Haaren herbeizuziehen:

- Das Gericht konstatierte eine „*zur Tatzeit verminderte Zurechnungsfähigkeit*", „*ernsthafte psychische Störungen*", „*eheliche Schwierigkeiten*" und *Überforderung*" (Kieler Nachrichten, 16.3.76);
- der herangekarrte Prominenzanwalt Bossi aus München und sein „Sachverständiger" Prof. Hartmann erkannten, „*es sei zu verneinen, daß er* (der Staatsanwalt) *es vorsätzlich tat. Verminderung der Schuldfähigkeit sei klar gegeben*". („KN", 5.3.).
- Beim Vorgesetzten des Angeklagten, hier als Entlastungszeuge geladen, war sein Untergebener nur Opfer der schlechten Personalsituation: „*Etwa 20% der benötigten Staatsanwälte existiern zur Zeit nur auf dem Papier*".(KN, 27.2.)

Noch offener nutzt der Kreisverband Kiel der AsJ (Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen) die kriminellen Taten des Verurteilten zur Propaganda für den weiteren Ausbau der Justiz: „*Viele Staatsanwälte* (seien) *an der Grenze ihres LEISTUNGSVERMÖGENS angelangt. Der Verband habe seit Jahren auf die mangelnde Personalausstattung bei den Staatsanwaltschaften hingewiesen.*"Die Landesregierung solle „*nicht nur über innere Sicherheit reden, sondern .. auch durch sachgerechte Personalausstattung diesem Problem Rechnung tragen*" (KN, 16.3.) Auch SPD-MdL Klingner forderte „*unverzügliche personelle Verstärkung der Staatsanwaltschaften*" (KN, 16.3.).

Trotz des milden Urteils kündigte die Verteidigung Berufung an. Außerdem ist ein weiteres Verfahren gegen einen Lübecker Staatsanwalt wegen ähnlicher Delikte anhängig. Für diese Prozesse ist ein ähnliches Urteil wie jüngst in Westberlin zu erwarten. Dort war ein Staatsanwalt, der jahrelang Verfahren verschleppt hatte, wegen „fehlenden Vorsatzes" freigesprochen worden. •

Antifa Kommission
KB/ Gruppe Kiel

Bremen: Polizeiprügelei beim Duwe-Prozeß

Am 16. März begann vor dem Bremer Amtsgericht der Prozeß des reaktionären Professors Duwe gegen vier Studenten. Die Studenten hatten als Mitglieder des Studiengangsausschusses Kommunikation und Ästhetik Duwe als „notorischen Querulanten" bezeichnet und ihm die Fälschung eines Sitzungsprotokolls vorgeworfen. Duwe – in seiner „Ehre" verletzt – erstattete Strafanzeige.

Das Gerichtsgebäude war bei diesem Prozeß von Polizei abgeschirmt, Prozeßbesucher mußten Leibesvisitationen über sich ergehen lassen.

Der Gerichtssaal war viel zu klein, um die Prozeßbesucher aufzunehmen.

Diese forderten daraufhin einen größeren Raum. Richter Marx lehnte ab und ließ den Saal durch Polizei räumen: drei Studenten wurden vorläufig festgenommen („Hausfriedensbruch und Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte"). Vor dem Gerichtssaal prügelten die Bullen mit Gummiknüppeln los, setzten Schäferhunde ein und versprühten das Giftgas „chemical mace".

Am zweiten Prozeßtag riegelte Polizei ebenfalls das Gerichtsgebäude ab. Richter Marx ließ durch Polizei einen der Zuhörer als „Oberschreier" rausgreifen und verknackte ihn zu 200,–DM Geldstrafe und Hausverbot.

Der Prozeß ist noch nicht beendet. •

Hochschulgruppe
KB/Gruppe Bremen

Mit Schäferhunden und „Chemical Mace" wird die „verlorene Ehre" des Professor Duwe wiederhergestellt.

Polizeiüberfall auf Westdeutsches Irland-Solidaritätskomitee

Am Morgen des 1. März wurden bei Mitgliedern des Westdeutschen Irland–Solidaritätskomitees (WISK) in drei Wohnungen Hausdurchsuchungen durchgeführt. Zwei Genossen wurden wegen „Verdunkelungsgefahr" festgenommen, einer davon wurde in Untersuchungshaft behalten. Als Grund gab die Polizei „Verdacht auf Betrug" an; Haftbefehle wurden nicht vorgelegt. Bei den Durchsuchungen wurden ca. 350 (!) Bücher beschlagnahmt, ferner einige Broschüren, Archivmaterial und eine elektrische Schreibmaschine.

Das WISK hat in einer Erklärung den „Verdacht auf Betrug" als bloßen Vorwand bezeichnet und daran erinnert, daß bereits im Mai 75 mit der Begründung „Verdacht auf Unterstützung einer kriminellen Vereinigung" ein Polizeiüberfall auf das WISK stattgefunden hat. Beweise hat die Staatsanwaltschaft dazu nicht vorlegen können, aber das Ermittlungsverfahren läuft weiter. Die politische Polizei habe jetzt ihren Versuch, „*die politische Solidaritätsarbeit für die irischen kämpfenden Massen zu verhindern, den Kollegen vom Betrugsdezernat (übertragen), unter deren Regie die ganze Angelegenheit offensichtlich als konstruierte Betrugsaffaire abgewikkelt werden soll*" – heißt es weiter in der Erklärung des WISK.

Das WISK fordert in seiner Erklärung dazu auf, gerade unter diesen verschärften Bedingungen den Nachrichten größeres Interesse zu schenken, die das WISK verbreitet. Dazu gehört ein Interview mit dem UDA-Faschisten Sammy Smith, in dem dieser ein blutiges Massaker gegen die Republikanische Bewegung ankündigt. •

KB/Gruppe Frankfurt

Bundesweite Kampagne gegen Raubdrucke

In der zweiten März-Woche kam es zu einer bundesweiten Fahndungskampagne (Giessen, Göttingen, Frankfurt, Hamburg, Gaiganz, Westberlin) des Bundeskriminalamtes gegen die Hersteller und Vertreiber von Raubdrucken. Verschiedene linke Buchhandlungen, Verlage und Druckereien wurden mit der Begründung *„Gefahr im Verzug"* durchsucht. Nicht unerheblich war die Beute für die Polizei.

Laut „Kieler Nachrichten" (13.3.) sollen allein in Göttingen *„10.000 Bücher mit 40 verschiedenen Titeln beschlagnahmt"* worden sein, *„mit denen ein Gewinn von 50.000 bis 100.000 DM zu erzielen gewesen sei."* „Bild" (10.3.) spricht von der doppelten Menge aus einem Hamburger Raubdrucklager.

Erst vor einigen Wochen gelang es der Polizei auf Veranlassung des Börsenvereins, ein Raubdruckunternehmen in Frankfurt auszunehmen. Druckmaschinen, Schneidemaschinen, Papier etc. und ca. 10.000 Bücher wurden von dem Oberstaatsanwalt beschlagnahmt. *„Ein Privatdetektiv des Börsenvereins konnte die Spur der in der Mensa der Frankfurter Universität verkauften Freud-Bände bis in die illegale Sachsenhausener Produktionsstätte verfolgen"* („FAZ", 11.3.).

In **Hamburg** wurden Privatwohnungen ohne Durchsuchungsbefehl nach Raubdrucken durchsucht und fotografiert. Am gleichen Tage wurden die angemieteten Räume des „Arbeiterbuchs" in der Rappstraße beschattet. Die Räume sind vom „Arbeiterbuch" an Dritte weitervermietet worden. Dennoch befand es die Polizei nicht für nötig, die eigentlichen Mieter über ihre Durchsuchungsaktion zu informieren. Sie warteten vielmehr ab, bis ein Raum von Mitarbeitern aufgeschlossen wurde, um dann gleich die Räume zu durchsuchen.

Da es aber zwei abgeschlossene Räume mit unterschiedlichen Untermietern gibt, brachen sie die Tür zu dem Raum mit dem großen Raubdrucklager mit der Feuerwehr auf. Eineinhalb Lastwagen voll wurde von der Polizei beschlagnahmt.

Ein Angestellter des „Arbeiterbuches" steckte den herumliegenden Schriftverkehr in die Tasche, weil ein Fotograf sich anscheinend befugt fühlte, alles Herumliegende aufzunehmen. Daraufhin schlug der Einsatzleiter der Bullen auf ihn ein und ließ ihn festnehmen wegen „Störung einer Amtshandlung". Erst als die Aktion beendet war, wurde er wieder frei gelassen.

In **Frankfurt** wurde die SOVA (Sozialistische Verlagsauslieferung) durchsucht. Völlig willkürlich rissen die Polizisten Bücher aus den Regalen und nahmen Einsicht in die Geschäftsunterlagen. Ihr Durchsuchungsbefehl enthielt nicht einmal konkrete Angaben über gesuchte Raubdrucke, was juristisch erforderlich gewesen wäre.

Da die Aktion scheinbar nicht erfolgreich ausging, kamen sie am folgenden Tag mit einem *„sachverständigen Zeugen"* wieder, *„der dreizehn raudruckverdächtige Titel mitzunehmen entschied und Analphabet sein muß, weil es sich bei allen dreizehn Titeln nicht um Raubdrucke handelt"* („ID", 13.3.).

Von diesen Titeln nahmen sie gleich die gesamte Auflage mit, was ebenfalls juristisch nicht zulässig ist. Eine Frechheit sondergleichen ist, daß die Bücher erst dann wieder herausgerückt werden, wenn SOVA nachgewiesen hat, wer die Urheberrechte für die nachgedruckten Bücher hat.

Der Witz ist, daß laut Gesetz nach dem Tod eines Autors keine Urheberrechte mehr bestehen, soweit keine Verwandten etc. mehr existieren, was auf alle dreizehn Bücher zutraf.

Diese Beispiele zeigen, daß es bei dieser Aktion nicht nur darum geht, die Raubdrucker bzw. Vertreiber zu suchen, sondern daß versucht wird, dies zum Anlaß zu nehmen, um *„Raubdrucke als eine Sache der Linken, Studenten und Kommunisten"* (laut „Bild") darzustellen und gleichzeitig durch willkürliche Beschlagnahmungsaktionen von Büchern, Materialien und Verhaftungen von Personen die Betroffenen einzuschüchtern.

Eine Genossin des Arbeiterbuches

Lübeck: Verfassungsschutz flieht vor Krankenhauskollegen!

Seit mehr als einem halben Jahr versuchte ein Verfassungsschutzmann unter dem angeblichen Namen Zieske in Lübeck einen politisch aktiven Krankenpflegeschüler zu kaufen. Er ging dabei einen üblichen Weg, indem er über den Vater des Kollegen Kontakt aufnahm. Sein Sohn habe „schlechten Umgang" in „kommunistischen Kreisen". Der Beweis: Sein Motorrad sei im Ferienhaus eines inzwischen durch Berufsverbot entlassenen Kinderarzt gesichtet worden. Zunächst versuchte der VS die sanfte Tour: Der Sohn könne doch sicher 200,– bis 300,– DM Spesen monatlich gebrauchen, und falls er nochmal Medizin studieren wolle: Ein Studienplatz sei ihm sicher (!!), wenn er sich mit dem VS einlasse... Als das nicht zog, kamen andere Töne: Der Kollege würde fliegen, wenn er jetzt nicht bald zur „Zusammenarbeit" mit dem VS bereit sei.

Ein Treff wurde vereinbart, vor dem Lübecker Restaurant „Kulmbacher" in der Innenstadt, zu dem ein VS-Mann mit dem angeblichen Namen Lohmann aus Kiel erschien, der aus einem braunroten BMW 520 mit polizeilichen Kennzeichen RZ-P-997 gestiegen war. Nichts Gutes ahnend wollte sich dieser Herr Lohmann nur ungerne in's „Kulmbacher" locken lassen – doch vor die Wahl gestellt: „Entweder hier oder gar nicht", ging er in die Falle: Kaum war er im Lokal verschwunden, alarmierte eine Kollegin, die Posten gestanden hatte, 25 weitere Krankenhauskollegen, die in einem nahe gelegenen Cafe warteten.

Herr Lohmann machte gerade seine ersten schüchternen Anbiederungsversuche („Na, was hat Ihnen denn Ihr Vater erzählt?"), als eine Kollegin vorweg sich dazu setzte: Sie sei auch aus dem Krankenhaus und würde sich gerne mit unterhalten.



Dieser Spitzel wurde draußen entdeckt und suchte das Weite, nachdem die Kollegen ihn fotografierten

Er willigte sichtlich sauer ein, als der bespitzelte Kollege trocken meinte: „Es sind aber noch mehr Kollegen hier, die wollten Sie alle gerne kennenlernen und Sie mal fragen, warum man uns eigentlich bespitzelt".

„Lohmann" drehte sich um und sah den ganzen Haufen hinter sich stehen; ein Aufschrei, Griff zum Mantel und in gebückter Haltung wie der Blitz durch's Lokal in die Küche war eins! Die Kollegen mit Kameras hinter ihm her, wurden aber vom Wirt nicht durch die Küche gelassen, wo sich „Lohmann" in der Telefonzelle versteckt hielt.

Doch die Köche und auch Gäste aus dem Lokal stellten sich gleich auf die Seite der Krankenhauskollegen, als sie hörten, was für ein Vogel sich dort versteckte: So erfuhren die Krankenhauskollegen, daß sie getrost vor der Tür warten könnten, da das Lokal nur einen Ausgang hätte. Auch waren sie bestens informiert, daß Herr Lohmann per Funk (!!) Verstärkung angefordert hatte. Draußen vor der Tür nutzten die Kollegen die Zeit, in dem sie verdächtige Personen fotografierten und mit vorbeikommenden Menschen über die Methoden des Verfassungsschutz diskutierten. So hatte sich nach einer halben Stunde eine richtige Menschentraube angesammelt, als drei Bullenwagen ankamen; Herr Lohmann wurde in einen Bullenmantel völlig eingehüllt und diese wahrhaft dunkle Gestalt unter Polizeischutz in „Sicherheit" gebracht.

Für die aktiven Krankenhauskollegen und Genossen war diese gelungene Aktion ein wichtiger Schritt gegen den Opportunismus: Die Tatsache, daß Kollegen bespitzelt werden, daß Eltern erpreßt werden, daß aktive Demokraten kriminalisiert werden sollen, hat natürlich einschüchternden Effekt.

Die Erfahrung, daß man sich gegen solche faschistischen Methoden wehren kann, die von den Kollegen auch noch in einem Flugblatt veröffentlicht wurden, gibt den verdienten Aufschwung.

Hoffen wir, daß dies Beispiel Schule macht und dem VS das Leben immer schwerer wird.

Krankenhauszelle
KB/Gruppe Lübeck

„Der Russe ist in seiner Seele zügellos"
Üble rassistische Hetze im „Spiegel"
Der „Spiegel" veröffentlicht seit einigen Wochen eine ziemlich verlogene und gehässige Artikel-Serie unter dem Titel: „So leben die Russen".
Den bisherigen Höhepunkt bil-
Jahrhunderte der autoritären Herrschaft seit Iwan dem Schrecklichen haben die Russen zu waschechten Monarchisten gemacht" und daher fühlen sie sich ohne den „starken Mann" im Nacken und
halb nach dem „starken Mann", weil er seit Jahrhunderten daran gewöhnt ist. Sondern „der Russe" b r a u c h t den „starken Mann" auch ganz einfach, um

mietet worden. Dennoch befand es die Polizei nicht für nötig, die eigentlichen Mieter über ihre Durchsuchungsaktion zu informieren. Sie warteten vielmehr ab, bis ein Raum von Mitarbeitern aufgeschlossen wurde, um dann gleich die Räume zu durchsuchen.
Da es aber zwei abgeschlossene Räume mit unterschiedlichen Untermietern gibt, brachen sie die Tür zu dem Raum mit dem großen Raubdrucklager mit der Feuerwehr auf. Eineinhalb Lastwagen voll wurde von der Polizei beschlagnahmt.
Diese Beispiele zeigen, daß es bei dieser Aktion nicht nur darum geht, die Raubdrucker bzw. Vertreiber zu suchen, sondern daß versucht wird, dies zum Anlaß zu nehmen, um „Raubdrucke als eine Sache der Linken, Studenten und Kommunisten" (laut „Bild") darzustellen und gleichzeitig durch willkürliche Beschlagnahmungsaktionen von Büchern, Materialien und Verhaftungen von Personen die Betroffenen einzuschüchtern.
Eine Genossin des Arbeiterbuches

„Der Russe ist in seiner Seele zügellos"

Üble rassistische Hetze im „Spiegel"

Der „Spiegel" veröffentlicht seit einigen Wochen eine ziemlich verlogene und gehässige Artikel-Serie unter dem Titel: **„So leben die Russen"**.

Den bisherigen Höhepunkt bildet der Artikel „Sehnsucht nach dem starken Mann: Der Stalin-Kult lebt wieder auf" von Hedrick Smith in „Spiegel" Nr. 13 (22.3.76). Wesentlicher Inhalt ist die Behauptung, daß *„die Russen"* nicht zufrieden sind, wenn ihnen nicht ein *„mächtiger Führer"* und *„starker Chef"* im Nacken sitzt – sei es nun der Zar Iwan der Schreckliche oder Stalin.

So behauptet Smith z.B.: *„Der Durchschnittsrusse ... macht das Beste aus allem, wie es kommt, er genießt ruhige politische Zeitläufe und sucht in den unfreundlichen Zeiten Unterschlupf. Kein Wunder, daß die meisten Russen unpolitisch sind".*

„Die russische Lebensweisheit besteht darin, der Macht nicht zu widersprechen, nicht zu versuchen, das System zu reformieren, sondern zurückzuweichen, geduldig zu warten, und sich nach einem Schlupfloch umzusehen". „Die Russen ertragen dieses regulierte Leben besser als Amerikaner, Briten oder Franzosen können".

Als Grund gibt Smith an: „Vier Jahrhunderte der autoritären Herrschaft seit Iwan dem Schrecklichen haben die Russen zu waschechten Monarchisten gemacht" und daher fühlen sie sich ohne den „starken Mann" im Nacken und die Knute auf dem Rücken einfach nicht mehr wohl ...

Aber Smith lotet sogleich noch tiefer in die „russische Seele" hinein: **„Der Russe ist in seiner Seele zügellos"**, neigt zur *„Schlamperei"* und zu *„wilden, zusammenhanglosen, vom Hundertsten ins Tausendste führenden Redereien"* und zur *„Unterwürfigkeit"* gegenüber Vorgesetzten – aber wehe, man überträgt einem Russen Verantwortung, *„und er wird sein bißchen Macht dazu benutzen, um anderen das Leben schwer zu machen".*

„Die Russen" gelten als *„diszipliniertes Volk"*, aber Smith sieht das anders: **„Die Russen sind keine Deutschen. Disziplin wird ihnen aufgezwungen, sie ist kein Ethos, keine innere, selbst auferlegte Verpflichtung ... Der Russe gehorcht der Macht, nicht dem Gesetz. Und wenn die Macht den Blick abwendet oder den einzelnen nicht beachtet, dann tut der Russe alles, womit er durchzukommen glaubt".**

Die Schlußfolgerung: „Der Russe" sehnt sich nicht nur deshalb nach dem „starken Mann", weil er seit Jahrhunderten daran gewöhnt ist. Sondern „der Russe" b r a u c h t den „starken Mann" auch ganz einfach, um irgendwie mit seiner „zügellosen Seele" klarzukommen. Laut Smith ist „der Russe" auch selbst von dieser Notwendigkeit überzeugt: *„Nicht nur das Chaos im Lande, auch die Anarchie in ihnen selbst scheinen die Russen zu fürchten".*

Das ist nicht mehr einfach rassistischer Humbug, sondern das sind offen faschistische Theorien, die hier verbreitet werden: Der „Herrenmensch" (beispielsweise „der Deutsche"), dem die „Disziplin" eine „innere, selbst auferlegte Verpflichtung" ist – und auf der anderen Seite der halb tierische „Untermensch", der „innerlich „zügellos", „schlampig", aber auch „unterwürfig" ist, und der unbedingt einen „festen Daumen" über sich spüren muß.

Der „Spiegel" ist ganz schön auf den Hund gekommen, seit er Anfang der 60-er Jahre von der Reaktion als eine fortschrittliche und informative Zeitung verfolgt wurde!!

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Weiterer Ausbau des zentralen Computersystems

Kernpunkt der Berichterstattung in der bürgerlichen Presse zum 25-jährigen Bestehen des Bundeskriminalamtes (BKA) in Wiesbaden Mitte März war das Computersystem, durch das zentrale Karteien über Personen- und Kfz-Fahndungen im BKA eingerichtet werden und mit ihm über das EDV-System „Inpol" die einzelnen Polizeistationen der Bundesländer verbunden werden. Anläßlich des Jubiläums rollte sogar ein Bus durch die BRD, in dem der Bevölkerung vorgeführt wurde, wie auf Datensichtgeräten die Angaben vom BKA in wenigen Sekunden abgefordert werden können.

Im ARBEITERKAMPF 66 (September 1975) haben wir in einem ausführlichen Artikel aufgezeigt, daß nicht dabei stehengeblieben werden soll, „Straftäter" zu erfassen, Fahndungslisten zu zentralisieren, sondern daß die Entwicklung sein wird, möglichst jeden Bürger per Magnetband zu erfassen und „abrufbar" in allen Einzelheiten zu machen.

Vor kurzem wurde als Beispiel erst wieder bekannt, daß nicht nur die Fahrer von Personenwagen, die in Westberlin in eine Polizeikontrolle geraten, zur „Auswertung" an die zentrale Kartei nach Wiesbaden durchgegeben werden, sondern die der anderen Insassen des jeweiligen Autos gleich mit (nach „FR", 19.3.76).

Diese Daten der zufällig in irgendeine Polizeikontrolle hineingeratenen Leute werden nicht nur an dem Computer durchgegeben, sondern gleich gespeichert und aufbewahrt.

Nach einer Woche „Probelauf" soll diese Art der persönlichen Datensammlung vorerst wieder eingestellt werden.

Jeder Bulle an den „Big Brother" angeschlossen

Des weiteren wurde zum „Jubiläum" bekanntgegeben, daß demnächst jeder Funkwagen ein „Funkterminal" installiert bekommt, von dem aus *„ohne Zwischenschaltung Fahndungsbeamte vom Auto aus im BKA Tag und Nacht über Computer und Bildschirm erfragen können, ob der von ihnen gestellte Verdächtige nach seinen live übertragenen Lichtbild, Fingerabdruck und besonderen Kennzeichen der Gesuchte ist"* („FAZ", 19.3.76).

Zur Zeit wird an einem Datensichtgerät gearbeitet, das die Größe eines Taschenrechners haben soll und somit von jedem Polizisten in der Uniformtasche mitgeführt werden kann! (laut „FR", 19.3.76)

Das wird dann wohl dazu führen, daß bald jeder Bulle auf der Straße Fingerabdrücke etc. abnehmen kann, um „Überprüfungen" durchzuführen. Die großbürgerliche „FAZ" beklagte sich schon vor einem Jahr: *„Höhere Polizeistäbe weisen darauf hin, daß das einzige Erkennungszeichen, das ein Täter nicht abändern kann, der Fingerabdruck, aus den Personalausweisen verbannt worden sei".* In der ersten Nachkriegszeit seien damit beachtliche Fahndungserfolge erzielt worden (8.3.76); Und weiter: *„Die Kriminologen beklagen, daß nicht die Fingerabdrücke aller Bürger erfaßt werden können".*

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Faschismus ist kein Spiel!

Ein Reich für Kinder sollte die Spielwarenmesse in Nürnberg eigentlich sein. Bei der im Januar gelaufenen diesjährigen Messe ist jedoch laut dem bayrischen Justizminister Karl Hillermeier „Der Eindruck entstanden, daß die Hersteller von Kriegsspielzeug jeder Art einen Freibrief für Verwendung von NS-Symbolen wie Hakenkreuz und SS-Runen erhalten" („Nürnberger Zeitung", 26. 2.76).

So wurden auf acht Ständen der Messe Hakenkreuze auf Modellen deutscher Kriegsflugzeuge unbeanstandet gelassen; das gleiche gilt für eine Vielzahl von anderem Kriegsmaterial. In dem „Reich für Kinder" ist „zeitgemäß" ein „III. Reich für Kinder" entstanden.

Die Staatsanwälte beim Landgericht Nürnberg-Fürth vertraten die Auffassung, daß *„bei der naturgetreuen Wiedergabe erkennbar historischer Modelle nicht der auf den Nationalsozialismus bezogene Symbolgehalt im Vordergrund steht, sondern das Kriegsflugzeug als Ganzes".*

Offensichtlich sind diese Herren mit ähnlichem „Spielzeug" aufgezogen worden.

Auch wenn im Strafgesetzbuch § 86 das Verbreiten von nationalsozialistischen Zeichen ausdrücklich verboten ist, so kommt es wohl in erster Linie darauf an, daß diese Hakenkreuze und SS-Runen naturgetreu und historisch richtig sind.

Kein Wunder, daß der mit ehemaligen NS-Richtern durchtränkte Justizapparat Wert auf naturgetreue Wiedergabe seiner Zeichen legt.

Gruppe Nürnberger Kommunisten

IMPRESSUM
Arbeiterkampf
Herausgeber – Druck – Verlag J. Reents, Verlag ARBEITERKAMPF, 2 Hamburg 13, Rutschbahn 35, verantw. Redakteur: Kai Ehlers, Auflage: 18.000
Erscheinungsweise: 14-tägig
Verkaufspreis 1,- DM. Verlagskonten: Dresdner Bank, Kto.-Nr.: 461 8378 J. Reents, und Postscheckkonto Hamburg Nr.: 240 595, J. Reents.
In einem Teil dieser Auflage ist eine Beilage vom Verlag Arbeiterkampf enthalten.



MILITARISMUS



BRD-Militär„hilfe" für „3. Welt"

Der BRD-Imperialismus stellt offiziell zwischen 1976 und 1978 zwanzig Staaten der „Dritten Welt" sogenannte „Ausrüstungshilfe" zur Verfügung. Die Gesamtsumme dieser „Hilfen" soll zusammen 72 Millionen DM betragen. „Ausrüstungshilfen" sind Schenkungen aus öffentlichen Mitteln, die an „befreundete Staaten" vergeben werden. Daneben gibt es die ebenfalls von der BRD (über das Bundesinnenministerium) vergebene „Polizeihilfe" sowie die kommerziellen Waffenexporte. Folgende Länder sind laut dpa für die westdeutsche „Ausrüstungshilfe" vorgesehen:

Äthiopien (5 Mio DM), Nordjemen (2 Mio), Jordanien (1,6 Mio), Kenia (3 Mio), Mali (5 Mio), Niger (6 Mio), Somalia (6 Mio), Togo (2 Mio), Tunesien (0,8 Mio), Afghanistan (2 Mio), Algerien (3 Mio), Kamerun (3 Mio), Volksrepublik Kongo (0,6 Mio), Obervolta (4 Mio), Ruanda (4 Mio).

Daneben werden noch einige weitere Länder im arabischen Raum mit kleineren Posten unterstützt. Zusätzlich werden „überschüssige" 3,9 Mio DM für den Iran freigehalten.

Bei der „Ausrüstungshilfe" handelt es sich zumeist um Radfahrzeuge, Pionier- und Straßenbaumaschinen, Werkstatteinrichtungen für die Reparatur militärischen Geräts, ausrangierte Flugzeuge der westdeutschen Luftwaffe, Funkgerät und Lazaretteinrichtungen (nach „SZ", 9.3.76). ●

Faschisten lernen bei der Bundeswehr

Aus einem internen Schreiben der „Führungsakademie der Bundeswehr" geht sehr eindrucksvoll hervor, welche Offiziere aus dem Ausland bei der Bundeswehr ausgebildet werden. Als sich diese faschistischen Gäste zu einem Besuch des „Norddeutschen Rundfunks" anmelden wollten, lehnten dies sieben (von 45) „Tagesschau"-Redakteuren ab, weil sie nicht mit dem faschistischen Offizier Kraushaar aus Chile zusammentreffen wollten.

Hier die Liste der Teilnehmer des Lehrgangs:

Hamburg, den 7. 1. 1976

Abteilung Verwendungslehrgänge
VerwLehrg GenStDst A 75
Hörsaal 9

Betr.: Besuch des GenStLehrg für ausländische Offiziere der FüAkBw am 15. Januar 1976

Dienstgrad	Name	
OiG	Eberhardt	Lehrgangsleiter
OTL	Ariosa	(Philipp.)
Maj	Bär	(Schweiz)
Maj	Byun	(Korea)
Maj	Djalali	(Iran)
Maj	Durrani	(Pakistan)
Maj	Fiuzi	(Iran)
Maj	Gurung	(Nepal)
Maj	Harun	(Indones.)
Maj	Katsumata	(Japan)
OTL	Kodani	(Japan)
OTL	Kraushaar	(Chile)
OTL	Kurz	(Brasilien)
Hptm	Ndigo Nzie	(Kamerun)
OTL	Oliveros	(Venezuela)
Maj	Rachmansyah	(Indonesien)
OTL	Rech	(Brasilien)
Maj	Schwammberger	(Schweiz)
Maj	Tito	(Argentinien)
OTL	Arndt	(Bundesrep.)
OTL	Blume	(..)
OTL	Colditz	(..)
OTL	Hospach	(..)
OTL	Möhnle	(..)
Maj	Hübner	Doz. TF

aus: „Konkret" 3/76 ●

Maj Djalali (Iran) OTL Colditz (..)
Maj Durrani (Pakistan) OTL Hospach (..)
Maj Fiuzi (Iran) OTL Möhnle (..)
Maj Gurung (Nepal) Maj Hübner Doz. TF
aus: „Konkret" 3/76 ●

Leopard-Panzer für die Türkei

Die BRD will nach einem Bericht der türkischen Zeitung „Cumhuriyet" zufolge
- 114 „Leopard-Panzer",
- 50 „Exocet"-Raketen,
- je 50 „Milan"- und „Sarpac"-Raketen sowie
- 40 „Alpha-Jet"-Erdkampfbomber

an die Türkei liefern.

In der Zeit von 1964 - 1974 lieferte die BRD Waffen im Werte von 500 Mio DM in das Nato-Land. Nach der Zypern-Krise wurde die imperialistische Hilfe vorübergehend „eingefroren" und erst seit Mitte 1975 wieder aufgenommen (nach: „Frankfurter Allgemeine", 9.3.76). ●

Repression gegen demokratische Soldaten

Am 23. April soll in Flensburg ein Prozeß gegen Ansgar Knolle, einem Wehrpflichtigen, beginnen. Anklagepunkt: Knolle soll *„versucht haben, die pflichtmäßige Bereitschaft ... zum Schutze der Sicherheit der BRD* (zu) *untergraben"*. Knolle habe sich *„das von Angehörigen linksradikaler Gruppen verfolgte Ziel zu eigen gemacht, die Bundeswehr durch zersetzende Agitation von innen her auszuhöhlen"*. (Zitate aus: „Extra-Dienst" vom 9.3.76).

Die „Beweise" der Bundeswehrführung sind Schriften des „Arbeitskreises Demokratischer Soldaten", die Studie „Soldat '74" und ein offener Brief Knolles an den Kommandeur. Der genannte „Arbeitskreis" und die „Soldat '74"-Studie sind DKP-nahe Projekte. Die Anklageschrift gegen Knolle mutmaßt, daß er *„zumindest Sympathisant der DKP"* sei. ●

„Kasernierter Arbeitsdienst" von Arbeitslosen für US-Militärmacht

Am 24.2.1976 wurden vom Arbeitsamt in Neustadt an der Weinstraße 50 arbeitslose Schlosser und Angehörige ähnlicher Berufe in Gegenwart eines US-Offiziers an die Panzerreparaturwerkstatt „vermittelt". Sie sollten dort zu einem Lohn von DM 1.200,- (für diesen Beruf extrem niedrig) arbeiten und als Unterkunft Militärbaracken mit sechs bis acht Betten pro Raum beziehen. Als Verpflegung war die Kasernenkantine vorgesehen. Neinsagern wurde verkündet, daß sie die Arbeitslosenunterstützung gestrichen bekämen. Von Bartträgern wurde verlangt, daß sie ihn abnehmen. Sollte der *„Arbeitsvertrag daran scheitern, so drohe auch hier Streichung der Unterstützung. Vor Arbeitsantritt wurden die Kollegen erst noch einmal auf ihre Tauglichkeit hin untersucht, was üblicherweise Musterung genannt wird"* („Extra-Dienst" vom 2.3.76). Der Übergang zum militärischen Arbeitsdienst ist fließend. ●

Italien: Proteste in den Kasernen!

Die Protestbewegung innerhalb der italienischen Streitkräfte dehnt sich immer weiter aus: in Pisa fand ein Treffen von 600 Unteroffizieren der Luftwaffenregion I statt, die sich mit streikenden Soldaten solidarisierten. Die Soldaten verlangen vor allem *„mehr Demokratie in den Kasernen"*, die *„Abschaffung der Militärgerichte"*, eine *„Reform der Besoldungsordnung"* und *"Mitbestimmung der Soldaten"*. An den Parolen wird ersichtlich, daß die revisionistische KP Italiens einen politischen Einfluß besitzt.

In Norditalien kam es zur Bildung einer „Demokratischen Bewegung" von etwa 100 Offizieren, die u.a. die Aufhebung der „reaktionären Disziplinarordnung" forderten. Die Offiziere erklärten sich mit Soldaten solidarisch, die wegen „aufrührerischen Verhaltens" verurteilt worden waren. ●

780 Milliarden DM für die Rüstung!

Die Militärausgaben in der gesamten Welt sind nach einer Studie dreier amerikanischer Organisationen 1975 auf annähernd 300 Milliarden US-Dollar (rund 780 Mrd. DM) gestiegen. Noch ein Jahr zuvor waren es 270 Milliarden Dollar.

Rund 60 % dieser riesigen Summe wird dabei von den USA und der UdSSR für das Wettrüsten ausgegeben; beide sollen auch einen Anteil von 75 % an den internationalen Waffengeschäften haben.

Die sogenannten „Entwicklungsländer" erhöhten der Studie zufolge ihre Militärausgaben von 15 Mrd. Dollar 1960 auf 39 Mrd. Dollar 1974. Die höchsten Steigerungsraten weisen dabei die imperialistischen Statthalterregimes im Nahen Osten aus: Sie gaben 1974 achtmal soviel für Rüstung aus wie 1960 (nach „SZ", 2.3.1976). ●

Fetter Auftrag für US-Rüstungskonzerne

Wie das US-Kriegsministerium Anfang März mitteilte, haben die

Fetter Auftrag für US-Rüstungskonzerne

Wie das US-Kriegsministerium Anfang März mitteilte, haben die westeuropäischen NATO-Staaten in den USA für 2,2 Milliarden US-Dollar Systeme zur Koordinierung der Luftverteidigung und -überwachung gekauft. In den Kosten sind 32 fliegende AWACS (Airborne Warning and Control System – s. letzten AK, Militarismus – aktuell) sowie Ersatzteile und Ausbildungskosten für die Mannschaften der Flugzeuge vom Typ Boeing E 3 A enthalten. Ein einziges Flugzeug dieser Art kostet den Werktätigen in den NATO-Staaten 200 Mio DM (nach „SZ", 2.3.76)! ●

Ungewollter „Ernstfall" ...

Ein besoffener Oberstleutnant der westdeutschen Luftwaffe brachte an den Tag, was im Kriegsfall alles passieren wird: Er rief den wachhabenden Offizier in der Kaserne an und teilte ihm ein Nato-Kodewort mit. Daraufhin lief dann folgendes Nato-Programm wie am Schnürchen ab:

– 18 amerikanische „Phantom"-Jäger fuhren aus ihren Bunkern und wurden startklar gemacht. Die Piloten waren eine halbe Stunde in ihren Maschinen praktisch einsatzbereit.

– die Sicherungssoldaten nahmen ihre für den „Ernstfall" vorgesehenen Stellungen ein.

– innerhalb von nur einer Stunde wurden auch „Zivilisten", also Arbeiter, Beamte usw. nachts um zwei aus dem Schlaf gerissen, Urlauber in ihren „Standort" zurückbeordert.

An diesem Beispiel wird deutlich, daß die Bundeswehr über einen genauen und umfassenden Plan zur Generalmobilmachung verfügt und auch sog. „Zivilisten" für die kriegerischen Zwecke rekrutiert werden. Die Bundeswehrführung versuchte ihrerseits, die ganze Sache zu vertuschen und versetzte den ‚Alarmauslöser' nach Rendsburg (nach „Spiegel", 8.3.76). ●

SPD-Betriebsräte fordern Lockerung der Waffenexportbestimmungen

16 Betriebsratsvorsitzende und Stellvertreter von neun westdeutschen Rüstungsbetrieben forderten in einem Schreiben an Kanzler Schmidt, die Waffenexportbestimmungen nicht mehr so eng auszulegen und auch in „Spannungsgebiete" zu liefern, um die *„Arbeitsplätze in ihren Betrieben nicht zu gefährden"*. (Nach „Welt", 17.3.76). Dabei handelt es sich um folgende Betriebsräte, deren Namen man sich gut merken sollte:

+ Werner Knödler, Blohm + Voss AG
+ K. Fischer und K. Weber, Rheinstahl AG
+ K. Flohr und W. Heß, Rheinmetall AG
+ G. Buckley und K. Königer, Diehl
+ L. Roth und H. Fischer, MTU-Motoren- und Turbinenunion
+ H. Pfeil, IWKA
+ G. Deiselmann und H. Bettinghausen, Wegmann und Co.
+ P. Rodewald und G. Lott, MAK-Maschinenbau und
+ H. Kondolet und E. Fischer von Krauss-Maffai.

Wie die „Welt" im gleichen Artikel schrieb, sind *„geheime Aktionen bisher ohne Wirkung"* geblieben und die Betriebsräte wollen nun eine Eingabe an den Bundestag machen. Wie der „Spiegel" (15.3.76) enthüllte, war das Schreiben mit IGM-Chef Loderer abgesprochen. Loderer traf sich deswegen mit seinem „Kollegen" Leber in Bonn, um dort die Sorgen der Betriebsräte vorzutragen.

Der IGM-Vorstand distanzierte sich zwar offiziell laut Meldung der „Frankfurter Rundschau" (18.3.76) von den „sozialimperialistischen..." imperialistischen „Vaterlandsverteidigern". Daraufhin erklärten die Betriebsräte hartnäckig, nicht von ihrem Ziel abzurücken. Die Demagogie um die „Sicherheit der Arbeitsplätze" ist noch ein besonderer Gipfel, weil die Rationalisierung auch vor den Rüstungstoren nicht Halt macht.

Daß diese rechten Sozialdemokraten nun auch noch voll für die westdeutsche Rüstungsindustrie in die Bresche springen, wirft ein weiteres bezeichnendes Licht auf diese Herren. ●

Antimilitarismuskommission, KB/Gruppe Hamburg

Rüstungsexport der BRD: Wieder ein Schlupfloch gefunden!

Die Hersteller des Rüstungsschlagers „Leopard" (Kampfpanzer), Hersteller „Krauss Maffei", „Blohm + Voss" und „Diehl und Jung" sind mit der italienischen Waffenschmiede „OTO Melara" in La Spezia übereingekommen, eine „Leopard"-Kopie, den nun italienischen „Löwe" in Italien zu montieren.

Wie der „Spiegel" (12.-15.3.76) berichtet, sind einige westdeutsche Rüstungskonzerne, nachdem eine kurzfristige „Lockerung" der Waffenexportbeschränkungen durch die Regierung nicht erfolgte, eigene Wege gegangen.

Motor, Getriebe, Wanne, Laufwerk und Ketten werden von der BRD nach Italien geliefert. Die Bewaffnung, sowie optische- und elektronische Geräte werden dort, zum größten Teil unter BRD-Lizenz, gefertigt. Die Nachfrage ist, insbesondere im Nahen-Osten, nach Angaben italienischer Kreise sehr groß (ca. 3000 zum Stückpreis von 1,5 Millionen DM), so daß sich hier ein „gutes Geschäft" anbahnt.

Auch „Rheinstahl", Hersteller des Schützenpanzer „Marder", hat sich laut „Spiegel" nach „Vertragspartnern" in Frankreich und Italien umgesehen. ●

Katastrophenschutz jetzt unter militärischer Führung

Das niedersächsische Innenministerium legte jüngst die Analyse über die Waldbrandkatastrophe im Regierungsbezirk Lüneburg vom August '75 vor. Darin wird dem Katastrophenschutz vorgehalten, *„Aufgaben dieser Größenordnung nicht gewachsen zu sein"*, wohingegen Bundeswehr, Grenzschutz und Polizei über *„gute Organisationsstrukturen"* verfügen.

Die Schlußfolgerung: *„In Katastrophenfällen sollten möglichst früh Verbindungsoffiziere von Bundeswehr und Grenzschutz zu den zivilen Stäben treten."* Der jetzt schon paramilitärisch organisierte Katastrophenschutz soll also noch weiter unter militärischen Oberbefehl gestellt werden. (nach „Hamburger Abendblatt" vom 17.3.76). ●

Ächtung von Napalm abgelehnt!

Bundeswehr, Grenzschutz und Polizei über „gute Organisationsstrukturen" verfügen.

den. (nach „Hamburger Abendblatt" vom 17.3.76). ●

Ächtung von Napalm abgelehnt!

Die „Konferenz über Ächtung von Waffen" in Lugano ist nach einem Monat ohne eine eindeutige Ächtung von Napalm zu Ende gegangen. *„Die Vertreter der führenden Militärmächte machten...geltend, daß Napalm nicht grausamer sei als die Druck- und Splitterbomben, die im Falle eines Napalm-Verbots dessen Nachfolge antreten würden"* („FR", 27.2.76). Auf einer folgenden Konferenz will man den Anwendungsbereich von Napalm auf einen „gezielten militärischen Einsatz" eingrenzen. Was darunter zu verstehen ist, wurde in einem von den Niederlanden ausgearbeiteten NATO-Papier dargelegt: Der Einsatz von Napalm wäre möglich:

- zur Unterstützung der Truppen im Nahkampf,
- Angriffe auf befestigte Stellungen und Militärflugplätze,
- zur Abwehr eines Landungsversuches,
- zur Unterstützung im „Anti-Guerillakrieg" (!).

Die bisherigen Erfahrungen mit dem Einsatz von Napalm durch imperialistische Staaten, vor allem der Einsatz von Napalm in Vietnam durch die US-Imperialisten beweisen eindeutig, daß Napalm bisher zum Terror gegen die Zivilbevölkerung eingesetzt wurde.

Weiterhin ist bekannt, daß gerade unter dem Vorwand, Guerilleros seien dort versteckt, unzählige Dörfer von den US-Imperialisten mit Napalm angegriffen wurden, worunter gerade die Zivilbevölkerung zu leiden hatte! Auf der Konferenz wurde selbst ein Vorschlag Schwedens, in fünf Jahren Napalm zu ächten, abgelehnt. Wie lange die Imperialisten gern noch Zeit hätten, um ungestört einen Napalm-Ersatz zu entwickeln, wird an folgendem deutlich: *„Nach Ansicht von Experten aus dem NATO-Bereich (!) könne ein Napalmverbot in etwa 10 Jahren (!) ins Auge gefaßt werden"* („FR", 27.2.76). Erst dann, wenn noch grausamere „Ersatzwaffen" vorhanden sind. ●



Weg mit den Berufsverboten

Proteste in Westeuropa gegen Berufsverbote in der BRD

SPD und CDU:

HÜ oder Hott – aber immer feste druff !!

Der einzige Passus im stockreaktionären BVG-Urteil zu den Berufsverboten, der nicht den Vorstellungen der CDU/CSU entsprach, betrifft den Ausbildungsbereich. Es wird dort ausgeführt, daß in den Ausbildungsgängen, in denen der Staat das Ausbildungsmonopol hat, auch „Verfassungsfeinden" der Abschluß ihrer Ausbildung zu ermöglichen sei – notfalls auf „Sonderausbildungsstätten für Verfassungsfeinde". Dieses Urteil wird jetzt in der Praxis interpretiert:

– Die schleswig-holsteinische CDU-Landesregierung wird sich – laut Flensburger Tageblatt vom 27.2.76 – *„den notwendigen Konsequenzen aus dem Spruch (!?) des BVG nicht entziehen"*. Allerdings sei sie nicht bereit, *„mit der Änderung der Referendarausbildung einen Freipaß für Verfassungsfeinde im öffentlichen Dienst auszustellen"*. Dabei läßt die CDU folgende „Argumentation" vom Stapel: der Vorbereitungsdienst könne *„entweder im Beamtenverhältnis auf Widerruf oder – auf Antrag – ohne Begründung eines Beamtenverhältnisses in einem öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnis abgeleistet werden"*. Nun sei aber *„zwischen den Beamten auf Widerruf und den Auszubildenden im öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnis ... eine weitgehende rechtliche und soziale Gleichstellung vorgesehen." „Voraussetzung für die weitgehende Gleichstellung"* – und nun kommt der Trick – *„seien jedoch gewisse Mindestanforderungen an die Verfassungstreue und Verfassungsloyalität, die auch an die Auszubildenden im öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnis gestellt werden müßten"*.

Im Klartext: Wir werden auch weiterhin Ausbildungsverbote verhängen – ob Beamter auf Widerruf oder Angestellter!

– Eine „ganz andere" Vorstellung – so scheint's – haben die führenden SPD-„Genossen" in Stadt, Land und Bund.

Nach Überlegungen der SPD-Bundestagsfraktion soll es keinen „gespaltenen" Vorbereitungsdienst geben. Sie setzt sich *„für ein Ausbildungsverhältnis ohne jeden Beamtenstatus"* (!) ein („FR" vom 25.9.75). Oder konkret: Der (großzügige) „Verzicht" auf ‚Diskriminierung' einzelner soll durch die politische und soziale Entrechtung aller Referendare erkauft werden. Politische Entrechtung unter dem Deckmantel der Liberalisierung = typisch sozialdemokratische Reform.

In NRW wartet die sozialdemokratische Landesregierung mit einer unkonventionellen Neuerung auf. Schon im nächsten Jahr soll eine Art Probezeit generell für alle (!!) eingeführt werden, die in den öffentlichen Dienst übernommen werden wollen. Mit diesem nicht-beamteten Vorbereitungsdienst soll der Einstellungsbehörde nach Worten des Düsseldorfer Innenministers B. Hirsch die Möglichkeit gegeben werden, *„die Verfassungstreue eines Bewerbers nicht nur (!!) aus irgendwelchen Dossiers und Papieren beurteilen zu können."* („FR", 2.10.75). Oder konkret: Das gesamte Referendariat und jede Tätigkeit im ersten Jahr öffentlicher Dienst soll verstärkt als „Teststrecke für die Verfassungstreue" ausgebaut werden. Neben dem Verfassungsschutz sollen die gesamten Aktivitäten des Bewerbers durch Seminarleiter, Schulleiter auf „Verfassungstreue" durchleuchtet werden, der gesamte Ausbildungsapparat soll zu Spitzeldiensten und Gesinnungsschnüffelei herangebildet werden.

Die Methoden sind verschieden, die Ziele aber die gleichen: Erzeugung eines Klimas der ständigen Angst und Ungewißheit, um ein loyales Beamtenheer aufzubauen. ●

Berufsverbotekommission
KB/Gruppe Hamburg

Weg mit den Berufsverboten
Proteste in Westeuropa gegen Berufsverbote in der BRD

Gleichstellung vorgesehen." „Voraussetzung für die weitgehende Gleichstellung" – und nun kommt der Trick – „seien jedoch gewisse Mindestanforderungen an die Verfassungstreue und Verfassungsloyalität, die auch an die Auszubildenden im öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnis gestellt werden müßten".
Im Klartext: Wir werden auch weiterhin Ausbildungsverbote verhängen – ob Beamter auf Widerruf oder Angestellter!
– Eine „ganz andere" Vorstellung – so scheint's – haben die führenden SPD-„Genossen" in Stadt, Land und Bund.
dem Verfassungsschutz sollen die gesamten Aktivitäten des Bewerbers durch Seminarleiter, Schulleiter auf „Verfassungstreue" durchleuchtet werden, der gesamte Ausbildungsapparat soll zu Spitzeldiensten und Gesinnungsschnüffelei herangebildet werden.
Die Methoden sind verschieden, die Ziele aber die gleichen: Erzeugung eines Klimas der ständigen Angst und Ungewißheit, um ein loyales Beamtenheer aufzubauen. ●
Berufsverbotekommission
KB/Gruppe Hamburg

In zahlreichen westeuropäischen Ländern gibt es ein neues Fremdwort: Berufsverbot. Nur in Spanien und der BRD ist das Berufsverbot gegen Demokraten und Kommunisten politische Praxis, in den anderen europäischen Ländern sind Berufsverbote in dieser Form weitgehend unbekannt. Mit Empörung und Besorgnis reagieren in Schweden, Holland, Frankreich, Dänemark und Großbritannien breite Kreise der Bevölkerung: Zeitungen, Rundfunk und Fernsehen mobilisieren gegen die Berufsverbote, der Protest reicht in diesen Ländern bis weit in die Sozialdemokratie hinein.

„A bas les Berufsverbote", unter dieser Parole fand am 13. März in Straßburg der bisher größte internationale Protest gegen die Berufsverbote in der BRD statt. 9.000 Menschen aus der BRD, aus Frankreich, Belgien, Holland und Luxemburg demonstrierten hier gegen die Rechtsentwicklung in der BRD. In einem zweisprachig verfaßten Flugblatt hieß es: *„Gestützt auf unsere schmerzlichen Erfahrungen alarmieren wir die öffentliche Meinung: Solche Praktiken dulden wäre gefährlich für alle Länder Europas."*

Diese „schmerzlichen Erfahrungen", die Erfahrungen mit einem faschistischen Deutschland, daß unter Ausschaltung aller demokratischen Freiheiten ganz Europa mit einem Krieg überzog, haben auch in anderen westeuropäischen Ländern den Protest gegen die aktuelle politische Entwicklung in der BRD laut werden lassen.

Schon seit längerem wird in Schweden in Zeitungen, Rundfunk und Fernsehen kontinuierlich über die Berufsverbotepraxis berichtet. Unter der Überschrift *„Westdeutschlands verlorene Ehre"* griff die Zeitung „Dagens Nyheter" in die Diskussion ein, und wies besonders auf die schändliche Rolle der Sozialdemokratie hin, die im SPD-regierten Hamburg die Berufsverbote zuerst einführte, und sich damit an die Spitze setzte. In derselben Zeitung schrieb der internationale Sekretär der schwedischen Sozialdemokratie, Carlsson, daß *„die Lage, die jetzt in Westdeutschland im Hinblick auf die Berufsverbote herrscht, nicht mit Verhältnissen zu vereinbaren ist, die in einem Rechtsstaat herrschen sollen"* (nach „FAZ", 24.3.76).



Ehemalige KZ-Häftlinge demonstrierten in Straßburg in Lagerkleidung gegen die Berufsverbote in der BRD. Sie haben am eigenen Leibe erfahren müssen, wie weit der Abbau demokratischer Rechte gehen kann...

Ebenfalls in „Dagens Nyheter" beschrieb der schwedische Journalist Hirschfeldt die BRD als ein *„zum Polizeistaat abgleitendes Land"* (ebd.). Zu einer Art Sprecher der Anti-Berufsverbote-Bewegung in Schweden ist der ehemalige Handelsminister, Nobelpreisträger und Schriftsteller Gunnar Myrdal geworden. Er gründete eine „Aktionsgruppe für demokratische Freiheiten und Rechte in Westdeutschland" innerhalb des schwedischen Schriftstellerverbandes, die kontinuierlich durch Veranstaltungen und Veröffentlichungen gegen die Berufsverbote mobilisiert. In der Rundfunksendung „OBS: Kulrurkvarten" (Aufgepaßt: Kulturviertelstunde) geißelte er jüngst die Bedrohung der politischen Freiheit in der BRD, im schwedischen Fernsehen wurde sogar die Frage aufgeworfen, *„ob nicht die Berufsverbotepolitik auf dem gleichen Wege sei, ‚wie das Hitlerreich'"*. („UZ", 12.3.76).

Auch in anderen westeuropäischen Ländern entwickelt sich der Protest gegen die Polizeistaatsmethoden in der BRD. In Dänemark bestehen Komitees gegen die Berufsverbote, die schon mehrere Veranstaltungen mit Betroffenen aus der BRD organisiert haben. In den Niederlanden und in Großbritannien wird mit besonderer Aufmerksamkeit die Entwicklung der Justiz im Zuge der Baader-Meinhof-Prozesse verfolgt. Selbst bürgerliche Zeitungen vergleichen diese Praxis mit der Verfolgung unter dem Faschismus.

Die Breite und Schärfe des internationalen Protests hat eine einfache Erklärung: Dahinter steckt die Befürchtung, daß die BRD ihre ökonomische Spitzenposition innerhalb der EG bald auch zu einer politischen macht, was für diese Staaten bedeutet, daß die BRD-Imperialisten die innenpolitische Absicherung der Expansionspolitik, also den Abbau der demokratischen Rechte, im Zuge der „europäischen Einigung" auch den anderen Ländern aufdrücken. Ein Polizeistaat BRD würde früher oder später einen Polizeistaat Europa nach sich ziehen.

SPD unter Beschuß ihrer sozialdemokratischen Freunde

Die – auch von ihren sozialdemokratischen Freunden aus anderen Ländern – unter Beschuß genommene SPD wehrt sich gegen die Vorwürfe mit Lügen und frechen Verdrehungen. Anläßlich eines Treffens der Führungen der SPD und der niederländischen „Partei der Arbeit" antwortete Brandt auf Journalistenfragen: **„Es gibt keinen solchen ‚Erlaß', zumal nicht einen, der sich auf ‚Radikale' bezieht. Sie denken offenbar an den Beschluß der Ministerpräsidenten von Anfang 1972, dem sich damals die Bundesregierung angeschlossen hatte und mit dem sich die Erwartung verband, für die Aufnahme von Extremisten in den Öffentlichen Dienst ein einheitliches Verfahren zu entwickeln."** (nach „Extra-Dienst", 5. 3. 76). Erste Lüge: Der Beschluß der Ministerkonferenz vom 28. 1. 1972, die *„Grundsätze zur Frage der Verfassungsfeindlichen Kräfte im öffentlichen Dienst"*, haben als Erlaß für alle Bundesländer Gültigkeit. Aber Brandt kann noch dicker lügen: *„In der Zeit vom April 1973 bis Juni 1975 (habe es) nur acht Ablehnungen von Bewerbern für den Öffentlichen Dienst gegeben, nachdem 32.185 Anfragen vorgelegen hätten und rund 500 junge Leute überprüft worden seien."* („ED", 76). Tatsächlich sind nach offiziellen Angaben zwischen 1973 und 1975 über eine halbe Million Bewerber für den öffentlichen Dienst „überprüft" worden. Etwa 300 Bewerber wurden nicht eingestellt („Süddeutsche Zeitung", 2. 3. 76). Die „Welt" spricht inzwischen von 430 abgelehnten Bewerbern (23.3.76), wir sprechen von mindestens der doppelten Zahl, da die Dunkelziffer in den bürgerlichen Berechnungen meist unter den Tisch fällt. (Noch was zu Herrn Brandts Argument: Allein die Zahl der vom Berufsverbot betroffenen SPD-Mitglieder beträgt mehr als acht!).

Brandt war auch schnell mit einer Begründung dafür bei der Hand, daß die BRD – neben Spanien – als einziges westeuropäisches Land „Radikalenerlasse" und „Berufsverbote" hat: *„Er wolle doch einmal sehen, . . . wie man sich in Holland verhalten würde, wenn ‚ein Drittel des Landes von Kommunisten besetzt' wäre."* („ED", 5. 3. 76).

Ganz offensichtlich macht Brandt diese Äußerung mit Blick auf Frankreich und Italien, wo nach den Vorstellungen der BRD-Imperialisten sicherlich genau dieses Drittel aus dem Staatsapparat „hinausgesäubert" werden müßte.

Brandt, der gerade an seinem Image als „großer Europäer" arbeitet, zeigt Perspektive . . . . . ●

Bremen:

Demonstration gegen politische Entlassung an der Universität

Etwa 600 Hochschulangehörige und Studenten protestierten am 17.3. mit einer Demonstration in der Innenstadt gegen die Entlassung des Personalrats Mützelburg von der Universität. Mützelburgs Entlassung wird mit dem „Eintreten für die Ziele des KBW" begründet (vgl. AK 76).

Nachdem der Personalrat die Entlassung ablehnte, protestierten auch die Betriebsgruppe der GEW, der ÖTV-Vertrauenskörper, der AStA und eine Reihe von Hochschullehrern gegen den Rausschmiß. SPD-Hochschulsenator Franke hat mittlerweile die fristlose in eine fristgemäße Kündigung umgewandelt. Franke muß nun versuchen, da der Personalrat nicht zustimmte, diese Kündigung gerichtlich durchzusetzen.

Eine besonders üble Rolle spielen die ÖTV-Führer: sie unterstützen das Vorgehen Frankes, indem sie mittlerweile gegen Mützelburg den Gewerkschaftsausschluß wegen „gewerkschaftsschädigenden Verhaltens" eingeleitet haben. Sie ignorieren dabei auch den Beschluß des ÖTV-Vertrauenskörpers, der in einer Stellungnahme zum juristischen und politischen Widerstand aufgefordert hat.

Der Kampf gegen die Entlassung wird weitergeführt. Keine Entlassung von D. Mützelburg!

Weg mit dem Gewerkschaftsausschlußverfahren! ●

Hochschulgruppe
KB/Gruppe Bremen

Frankfurter SPD weiter auf Rechtskurs

Am 13. und 14. März fand der Unterbezirkstag der Frankfurter SPD statt.Auf diesem Parteitag mußten die Vertreter des „linken Flügels" empfindliche Niederlagen hinnehmen. Mit dieser „Kurskorrektur" wurde auch in der Frankfurter SPD, die als traditionelle Hochburg der „Linken" innerhalb der Gesamtpartei gilt, der „Geist des Mannheimer Parteitages" verwirklicht, d.h. Einschwenken auf die vorbehaltlose Unterstützung der Schmidtschen Partei- und Regierungspolitik.

Ungestraft konnte der Chef-Einpeitscher, Oberbürgermeister Rudi Arndt, drohen, „*daß er mit aller Schärfe und Energie auch weiterhin gegen all jene Sozialdemokraten antreten werde, die die Brücke des Mannheimer Parteitages nicht betreten wollten*" („FR", 18.3.).

Die innerhalb der SPD strittigen Punkte wurden auf dem Parteitag ausgeklammert, wahrscheinlich soll der Marsch in die rechte Richtung häppchenweise verabreicht werden. Eine Diskussion über die drohenden Ausschlüsse von sechs Jusos, die gegen die kritiklose Unterstützung der portugiesischen Soares-Sozialdemokraten protestiert hatten, wurde vertagt!

Drei Vertreter des „linken Flügels" wurden aus dem 15 Mitglieder starken Vorstand herausgewählt (Dorothee Vorbeck, Anita Breithaupt und Gerhard Schelbert), nur zwei Plätze haben sie behalten. Vier andere hatten sich gar nicht erst zur Wahl gestellt. Fred Gebhardt, der außer Konkurrenz wiedergewählte Vorsitzende und „gemäßigter" SPD-Mann, war's zufrieden. Auch für einen „Linken" im Vorstand hat er Verwendung:

„*Von ... Günther Dürr schließlich erhofft sich Gebhardt einen ‚integrativen Beitrag' bei möglichen Konflikten mit den Jungsozialisten,deren Führungsgremien Dürr in Frankfurt angehörte, bis er jetzt wegen der Altersgrenze dort ausschied*" („FR", 18.3.).

Durch den Verlauf des Unterbezirkstages gestärkt, können Arndt und Co. künftig noch härter gegen SPD-„Linke" vorgehen.

Jusos, was nun?

Wer vielleicht die Hoffnung hatte, die Jusos würden aus dieser Entwicklung lernen, sah sich durch die etwas später, am 20. und 21. März stattfindende Bezirkskonferenz der südhessischen Jusos getäuscht. Zwar sprachen sich die Delegierten dafür aus „*parteiinterne Disziplinierungsversuche ... mit allen Mitteln zu verhindern*" („Frankfurter Rundschau", 22.3.67), aber gleichzeitig schlossen sie ihren Frieden mit Arndt. „*Wenn Arndt auch nicht den Idealvorstellungen der Jusos (!) entspräche*", erklärte scheinheilig ihr ehemaliger Vorsitzender, Fritzsche, „*so seien sie mit ihm als Bezirksvorsitzenden in Südhessen doch wesentlich besser gefahren, als dies andere an seiner Stelle für die Zukunft garantieren würden. ... Arndt habe zwar gelegentlich (?) ‚Bockmist' gemacht, aber die Jungsozialisten in ihrer organisatorischen Arbeit nicht unterdrückt*" („Frankfurter Allgemeine Zeitung", 22.3.76). Daß der Umgang mit der Wahrheit von den SPD-Führern sehr locker gehandhabt wird, ist bekannt. An Fritzsches Worten merkt man, daß das auch auf die Juso-Führer abfärbt.

Das Ergebnis dieses Debakels ist ebenfalls makaber: Die Delegierten gaben sich nach Arndts „großem Auftritt" mit seinem „Angebot" zufrieden, daß die wegen der „Portugal-Erklärung" Angegriffenen bis zum 26. März ihre Unterschrift zurückziehen können...

SPD-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

SPD-Marburg gemeinsam mit Dregger und Co.

Schwierigkeiten bereitet in Marburg die ursprünglich für den 3. März vorgesehene Neu- bzw. Wiederwahl des Bürgermeisters sowie der hauptamtlichen Stadträte. Nach einigem Hin und Her, nach Spekulationen, daß man die Entscheidung über die Besetzung dieser Ämter gar bis Frühjahr nächsten Jahres verschieben wolle, da dann die Kommunalwahlen stattgefunden und im Stadtparlament neue Mehrheitsverhältnisse geschaffen seien, ist jetzt eine „Lösung" gefunden worden.

Grund für die Querelen ist die in der BRD einmalige Pattsituation im Stadtparlament. Seit der Kommunalwahl im Herbst 1974 verfügt die SPD- (24 Sitze) und FDP- (3 Sitze) Regierungskoalition über die gleiche Sitzanzahl, wie die CDU (27 Sitze). Die DKP hat 5 Sitze im Stadtparlament. Während man sich bisher „um die DKP-Stimmen stets herummogeln" („Südd. Zeitung", 13./14.3.76) konnte, mußten jetzt alle Fraktionen Farbe bekennen; und prompt setzte die SPD-Führung auf schwarz.

Schon rechtzeitig lehnte sie jede Wahl ihrer Kandidaten „*mit den Stimmen der Kommunisten*" ab, um „*im kommenden Wahlkampf von der CDU nicht das ‚Volksfront'-Geschrei hören*" zu müssen („Frankfurter Rundschau", 4.2.76). Ex-Justizminister und Stadtverordneter Gerhard Jahn wollte von Anfang an eine große Koalition mit der CDU. Die DKP hatte wiederholt erklärt, sie werde die Kandidaten der SPD und FDP wählen. Im Stadtrat stellte die DKP-Fraktion den Antrag, die bisherigen hauptamtlichen Magistratsmitglieder von SPD und FDP wiederzuwählen, um eine „*Machtübernahme der CDU gegen den Wählerwillen zu verhindern*" („Unsere Zeit", 27.2.76).

Inzwischen hat sich die SPD festgelegt. Ein Sonderparteitag der Marburger SPD hat sich am 13./14. März „*zu einer begrenzten Zusammenarbeit mit der CDU im Marburger Stadtparlament entschlossen*" („Frankfurter Rundschau", 15.3.76). 50 von 84 Delegierten entschieden sich für ein „Zwei-zu-zwei-Modell".



„*Nach diesem Modell soll die SPD den Oberbürgermeister sowie einen Stadtrat stellen, während die CDU den Bürgermeisterposten und ebenso einen Stadtrat im Magistrat zugesprochen bekommt*" (ebenda).

Scheinheilig betonte der SPD-Pressesprecher, der dieses Modell vorstellte, daß man eine große Koalition nicht eingehen wolle ...

Die SPD-Basis und die Jusos sind schwer sauer über diesen Beschluß. Jusos und SPD-Ortsvereine hatten sich seit Aufkommen der Diskussion gegen eine „*Annäherung an die CDU*" gewandt („Südd. Zeitung", 13./14.3.76). Nach dem Parteitag verurteilten die Jusos ihre SPD-Oberen, „*eine Art ‚große Koalition' mit der CDU vorzubereiten*" („Frankfurter Rundschau", 16.3.76).

Immerhin handelt es sich bei der Marburger CDU um einen Verein, der „*lupenrein' auf Dregger-Kurs steuere*" („Südd. Zeitung", 13./14.3.76).

Doch auch bei den Kritikern wird, wie vorauszusehen ist, schließlich doch die „Parteidisziplin" siegen ...

KB Sympathisantengruppe Marburg
Und SPD-Kommission

Diskutierverbot für fränkische Jusos

Der fränkische SPD-Bezirksvorstand hat seinen Jusos die Veröffentlichung von drei Artikeln in einer Informationsschrift für Juso-Funktionäre (!) verboten, da in ihnen die „Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien und Banken" gefordert wurde. („Sozialistisches Nachrichtenmagazin", 2. Märzausgabe, 1976). Durch derlei Zensurmaßnahmen wird den Jusos die Möglichkeit genommen, sich selbst intern und auf „Funktionärsebene" über ihre durch Bundeskongresse etc. festgelegte Programmatik zu verbreiten. Damit bleibt den Jusos vollends nur noch die Möglichkeit der Aufgabe ihrer Positionen und der Anpassung oder eben des Austritts, was das Vernünftigste wäre.

Die fränkischen Jusos haben wegen der Zensurmaßnahmen erst einmal Protest „*gegen die Unterdrückung antikapitalistischer Forderungen innerhalb der SPD*" bei ihrer Bezirkskonferenz in Nürnberg angemeldet (SK, ebenda) ...

SPD-Kommission
KB/ Gruppe Hamburg

Alter Antifaschist soll VVN oder SPD verlassen



Der 76jährige antifaschistische Arbeiterschriftsteller W. Schroers, SPD-Mitglied seit 1945, wurde vom SPD-Bezirksvorstand aufgefordert, „*innerhalb von acht Tagen aus der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) – Bund der Antifaschisten auszutreten; wegen eines bestehenden Unvereinbarkeitsbeschlusses werde er andernfalls automatisch aus der SPD ausgeschlossen*" („Frankfurter Rundschau", 28.2.76) ! Schroers, wegen seiner antimilitaristischen und antifaschistischen Gesinnung von den Nazis verfolgt, verhaftet und in das Moor-Straflager der SA geworfen, war schon 1945 in die VVN eingetreten. 1950 trat er wieder aus, schloß sich aber 1972 aufgrund verstärkter Aktivitäten der NPD-Faschisten erneut an.

In einem Antwortschreiben erklärte Schroers, „*man könne Überzeugungen ‚nicht so schnell wie Hemden' wechseln*" („FR", 28.2.76). Gleichzeitig beschwerte er sich darüber, „*daß der SPD-Bezirksgeschäftsführer Fred Cordes ... nicht für ihn zu sprechen gewesen sei*" (ebenda). Die SPD-Fürsten zeigen eben in der Praxis immer wieder ihre widerwärtige Arroganz gegenüber alten Antifaschisten und sie beweisen, wie wenig ihnen am Antifaschismus liegt.

Das Verfahren gegen Schroers ist bisher nicht vom Tisch, sondern wegen einer Operation Schroers nur aufgeschoben.

SPD-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Wyhl: Neue Provokationen der Landesregierung

In den letzten Nummern des ARBEITERKAMPF berichteten wir darüber, daß das „Angebot" der baden-württembergischen Landesregierung zur „friedlichen Beilegung" des Konflikts um den Bau des Kernkraftwerks in Wyhl, die sog. Offenbacher Vereinbarung, abgelehnt wurde. Am 22.2. lehnte die Mehrheit der 10.000 Teilnehmer einer Großkundgebung ab, ebenso fiel die Abstimmung der Bürgerinitiativen (BI's) am 26.2. negativ für die Landesregierung aus.

Nachdem die Landesregierung zuerst gedroht hatte, zusätzliche Vereinbarungen, ja auch nur Verhandlungen über die „Vereinbarung" lehne sie ab, der „*rechtsstaatliche Rahmen*" sei „*voll ausgeschöpft*" usw., empfahl sie jetzt den Bürgerinitiativen, sich die Sache noch einmal bis zum 1. April zu überlegen. Die „Kernkraftwerk Süd G.m.b.H." (der Bauherr des Kernkraftwerkes) erklärte, sie fühle sich an keinerlei Abmachungen mehr gebunden.

Es wurde auch wieder mit Strafverfahren und Schadensersatzklagen gedroht.

Die „gemäßigten Kräfte" innerhalb der BI's, die alles getan hatten, um die Annahme der Vereinbarung schmackhaft zu machen, machten die Ablehnung zu einem Coup von „linken auswärtigen Stänkerern".

Ihrer Ansicht nach kann ein „Kaiserstühler" die Vereinbarung offenbar nur ablehnen, wenn er von „Auswärtigen" aufgehetzt worden ist. Dieser Unsinn wurde dann von der überregionalen, „auswärtigen" bürgerlichen Presse liebend gern breitgetreten.

Noch während die BI's an einer öffentlichen Erklärung arbeiteten, die dieser Berichterstattung entgegentreten sollte, schob die Landesregierung ein neues „Angebot" nach.

Durch einen Brief des Wirtschaftsministeriums an den Weisweiler Pfarrer sollte nun auf einmal „*eine völlig veränderte Situation*" entstanden sein, die die Ablehnung der Vereinbarung am 27.2. hinfällig machen würde.

Dieser Brief macht das „*großartige Angebot*" an BI's, „*weitere Gutachten einzuholen und sie im Rahmen der Gesetze nach eigenem Ermessen zu verwenden*". An sich sollte man meinen, daß es selbstverständlich ist, daß die BI's das



bürgerliche Recht für sich in Anspruch nehmen können – nämlich Gutachten zu erstellen, aber offenbar muß die Landesregierung erst betonen, daß sie dieses Recht zu respektieren gedenke. Gleichzeitig macht die Landesregierung klar, daß sie sich nach wie vor um die Gutachten einen Dreck zu kümmern gedenke, denn im „Vetorecht" – so nennt sie das – könne den BI's nicht eingeräumt werden.

Damit sind von der Landesregierung die Weichen auf eine neue Kraftprobe mit der kaiserstühler Bevölkerung gestellt. Führende Vertreter der „Badenwerk AG", die das KKW bauen lassen will, prahlen bereits damit, daß sofort nach dem 1. November, wenn der von der Landesregierung in der „Offenbacher Vereinbarung" zugestandene Baustopp abläuft, mit dem Bau begonnen werde.

Damit wird der Zweck des ganzen Gefasels von einer „*friedlichen und vernünftigen* " Lösung des Konflikts deutlich. Offensichtlich glaubt sich die Landesregierung stark genug, bei dem sich abzeichnenden Zusammenstoß die „*Unvernunft*" und „*Uneinsichtigkeit*" den Kaiserstühlern bzw. sog. „*Drahtziehern*" von außen in die Schuhe schieben zu können.

Nach einem Bericht von
Freiburger Genossen

Tory-Führung umwirbt Gewerkschaften

Seit Anfang März versuchen die Tories verstärkt, gegenüber den Gewerkschaften einen versöhnlicheren Ton anzuschlagen. Die Vorsitzende Margaret Thatcher betont auf jeder größeren Parteiveranstaltung, daß auch *„eine Tory-Regierung mit den sehr verantwortungsbewußten Gewerkschaftsführern zusammenarbeiten kann"* („Guardian", 9.2.).

Ihre Hauptstütze ist der Schattenarbeitsminister James Prior, der kürzlich in die Angestelltengewerkschaft APEX eintrat. Dort möchte er darauf hinwirken, daß die finanzielle Unterstützung der Gewerkschaft für Labour-Abgeordnete künftig auch den Tories zugute kommt („Guardian", 12.2.).

Das entspricht den Beschlüssen des letzten Tory-Parteitags: den „Kampf gegen links" in den Gewerkschaften stärker zu führen und insgesamt mehr Schwerpunkt auf die Gewerkschaftsarbeit zu legen. (vgl. AK 69)

Auf der „Konferenz Konservativer Gewerkschafter" erklärte Thatcher Ende Februar, sie wolle mit dem „Irrglauben" aufräumen, die Tory-Partei sei den Gewerkschaften feindlich gesonnen. Unter Anspielung auf die Auseinandersetzung der Heath-Regierung mit den Gewerkschaften, die diese 1974 zum Rücktritt zwangen, meinte sie, dieser „Irrglaube" sei schädlich für die Partei und das Land gewesen, weil er *„falsche Fronten (?) geschaffen"* habe. Vielmehr glaube die Partei an eine starke und verantwortungsvolle Gewerkschaftsbewegung. Nach ihrer Regierungsübernahme würde sie auch die Gewerkschaften um Rat fragen und Gelder für Gewerkschaftszusammenschlüsse, die Abschaffung der Urabstimmungen und die Durchführung von Briefwahlen(!) bereitstellen („Guardian", 1.3.).

Der Stärkung der „verantwortungsbewußten" Kräfte in den Gewerkschaften soll wohl auch das von den Tories angekündigte Mitbestimmungsmodell dienen. Zu diesen Grundprinzipien gehört die Forderung, daß die *„Rechte von Kunden, Lieferanten und Verbrauchern genauso berücksichtigt werden sollen, wie die der Arbeitnehmer und Aktionäre"*.(Guardian, 11.3.).

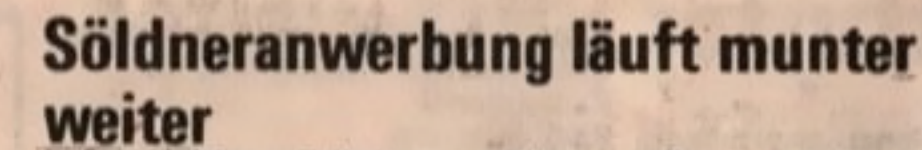
Gewerkschaftsführung zögert noch

Die neue Linie findet – noch – nicht die Unterstützung der Gewerkschaftsführung. Der Vorsitzende der Transportarbeitergewerkschaft TGWU, Jack Jones, Vorkämpfer des Sechs-Pfund-Lohndiktats der Labour-Regierung, wehrte ab: *„Die Zahl der Streiktage ist auf das Niveau von vor 8 Jahren gesunken, als unsere Arbeiterbeziehungen die besten (!) der Welt waren. Das liegt an der konstruktiven Haltung der Labour-Regierung in Zusammenarbeit mit dem TUC"* (Gewerkschaftsdachverband); („Guardian", 1.3.).

Auch innerhalb der Tory-Führung bestehen noch Widersprüche, da einige Rechte die neue Taktik noch nicht kapiert haben und auf der letzten Zentralratssitzung der Tories die Vorsitzende des *„Kniefalls vor den Gewerkschaften"* bezichtigten („Guardian", 20.3.).

Für die Stärkung der britischen Imperialisten innerhalb der EG ist die Sicherung der Klassenzusammenarbeit über die Gewerkschaftsführung jedoch ein entscheidendes Problem. Diese möchten sie heute angesichts des raschen Abwirtschaftens der Labour-Regierung auch für die kommende Tory-Regierung sicherstellen. ●

England-Kommission
KB/Gruppe Lübeck



Söldneranwerbung läuft munter weiter

Außenminister Callaghan erklärte Mitte März, daß die Aufnahme von Gesprächen zwischen der englischen Regierung und der Smith-Regierung in Rhodesien davon abhängig gemacht werde, ob dieser sich bereit erkläre, daß Prinzip der Mehrheitsregierung zu akzeptieren und innerhalb der nächsten 2 Jahre Wahlen anzusetzen.

Zur gleichen Zeit, als diese Äußerungen getan wurden, berichtete die englische Presse breit darüber, daß die Anwerbung von Söldnern in England für den Einsatz im südlichen Afrika munter floriert.

Ein gewisser Leslie Aspin, der bereits für die faschistische Organisation FNLA gearbeitet hat, wirbt über seine neugegründete Firma BAB in England Söldner für andere Einsätze an.

Aspin sagt von sich selbst, er sei im Dienst des britischen Geheimdienstes agent provocateur in der IRA gewesen und stehe auf der Gesuchten-Liste der IRA und auch der palästinensischen Befreiungsorganisation PLO ganz oben. Er habe bereits im Kongo und auch in Kambodscha „gegen die Kommunisten" gekämpft und sei in drei Ländern in Mordfälle (natürlich „Notwehr"!) verwickelt gewesen. Der „Guardian" schreibt, Aspin sei auch Waffenhändler.

In einem Interview, das Aspin am 11.3. dem holländischen Fernsehsender VARA im Esso Motor Hotel in Amsterdam gab, erklärte er, daß er bereits 40 holländische Ex-Marines, 2 Helikopterpiloten der königlichen Luftwaffe Hollands und 4 Engländer nach Afrika geflogen hätte.

Einige Tage später erzählte er von einer neuen Liste von 3.000 Mann, „die bereit sind, ins südliche Afrika zu fliegen" („Guardian", 18.3.76).

Zusätzlich habe er einen Vertrag mit Einheiten der südafrikanischen Armee („with South African armies") über 100 „security Guards" – soviel wie bewaffnete Leibwächter. Die meisten von diesen seien schon ausgeflogen worden, mit 6-Monats-Verträgen und Wochenlöhnen von 80 Pfund (ca. 500,-DM). Diese „security Guards" sind nach Aspin für die Verteidigung weißer Farmer in Rhodesien und Namibia gegen die Befreiungsbewegungen gedacht. Seine Geschäftsdevise beschreibt dieser Kriminelle so: *„Ich arbeite in erster Linie für Geld, in zweiter Linie für solche Länder, die ,anti-russisch' sind."* („Guardian", 18.3.76).

Gegen Aspin ist seitens der Behörden noch nichts unternommen worden, obwohl sein Treiben eindeutig gegen die von den UN 1968 verhängten Sanktionen gegen das faschistische Smith-Regime in Rhodesien verstößt und dies auch mehrfach in der Presse festgestellt worden ist.

Auf Anfragen stellte zwar das Außenministerium fest, man sei dabei, gegen Anzeigenkampagnen für die Anwerbung von Söldnern zu ermitteln. Scotland Yard allerdings erklärte, ihm sei nicht bekannt, daß das Außenministerium eine Untersuchung angeordnet habe!! („Guardian", 16.3.76)

Man muß sagen, daß die Söldner-Anwerbung sozusagen unter den Augen der Labour-Regierung und offensichtlich mit deren unausgesprochener Billigung betrieben wird.

Der „Guardian" gibt dies auch ganz offen zu: *„Es ist seit mehreren Jahren bekannt, daß ehemalige britische Soldaten wegen der relativ hohen Gehälter der dortigen Armee nach ihrem Dienst nach Rhodesien auswandern. Allein 1970 waren es nach Verlautbarungen der Armee in Aldershot ca. 50 Fallschirmjäger. Inoffiziell geben Armeeoffiziere zu, daß das auch weiter so läuft. Und letzte Woche lockte der ,Deputy-Minister' der Regierung Ian Smith ganz offen ausländische Soldaten mit einem Wochengrundlohn von 50 Pfund, mit der Möglichkeit, sich bis auf 80 Pfund zu steigern, und ,Frontprämien'."* („Guardian", 16.3.76) ●

England-Kommission
KB / Gruppe Hamburg



Gegen Sparpolitik in Schottland: 8.000 Demonstranten in Dundee

Wilson zurückgetreten

Am 16. März erklärte Premierminister Wilson überraschend seinen Rücktritt vom Parteivorstand und auch vom Amt des Premierministers. Bis die Unterhausfraktion der Labour rauf gestellten Vertrauensfrage im Parlament für Wilson. Seit dem Sturz der Tories 1974 ist der Einfluß der Linken in der Partei und Gewerkschaft zurück-

Schottische Arbeiter

Gegen Sparpolitik in Schottland: 8.000 Demonstranten in Dundee



Schottische Arbeiter nehmen Kampf gegen Sparpolitik auf

In Dundee, einer Industrie-und Hafenstadt an der schottischen Westküste, beginnen die Arbeiter, den Kampf gegen die Sparpolitik zu organisieren, die diese Gegend besonders hart betrifft.

Am 5.3. streikten hier 30.000 Kollegen gegen die Sparmaßnahmen und führten mit 8.000 Mann die seit Jahren größte Demonstration in dieser Stadt durch. (s. Fotos)

Die reformistischen Gewerkschaftsführer hatten die Abschlußkundgebung zwar noch gut unter Kontrolle und konnten z.B. eine Abstimmung darüber verhindern, daß sich die Busfahrer weigern sollten, die erhöhten Fahrpreise von den Rentnern zu kassieren. Aus den Äußerungen mehrerer Shop Stewards ging jedoch hervor, daß sie es nicht bei dieser einen Demonstration bewenden lassen, sondern in den Betrieben und Wohnsiedlungen verstärkte Überzeugungsarbeit leisten wollen, um zu noch wesentlich breiteren Aktionen zu kommen. ●

England-Kommission
KB/Gruppe Lübeck

Wilson zurückgetreten

Am 16. März erklärte Premierminister Wilson überraschend seinen Rücktritt vom Parteivorstand und auch vom Amt des Premierministers. Bis die Unterhausfraktion der Labour Party einen Nachfolger bestimmt hat, bleibt Wilson noch im Amt.

Als Gründe für diesen Schritt wurden ausschließlich solche persönlicher Natur angeführt: Wilson sei „amtsmüde"; er habe mal gesagt, mit 60 solle ein Politiker abtreten und nun sei er Anfang März 60 Jahre alt geworden... Wilson selbst betont in seiner Erklärung aber, weder seine Gesundheit noch sein Alter seien Gründe für seinen Rücktritt, er sei einfach lange genug Premierminister (8Jahre, von 1964 bis 1970, und dann wieder ab 1974) gewesen, es bestehe die Gefahr, daß er den Problemen nicht mehr genauso frisch gegenüberstehe wie früher usw.

Wilson betonte auf einer Pressekonferenz auch, sein Rücktritt habe mit der aktuellen politischen Situation nichts zu tun. In der Woche zuvor hatte die Stimmenthaltung von 37 Tribune-Labour-Abgeordneten (die Partei-Linke) zum Sparprogramm der Labour-Regierung – gemeinsam mit den Neinstimmen der Tories, denen natürlich zuwenig gespart worden war! – zur Abstimmungsniederlage der Regierung geführt.

Über die tatsächlichen politischen Hintergründe des Rücktritts läßt sich zur Zeit noch wenig sagen. Keinesfalls ist Wilson auf Druck linker Kräfte zurückgetreten: so spektakulär die Stimmenthaltung der Tribune-Abgeordneten war, so brav stimmten sie bei der darauf gestellten Vertrauensfrage im Parlament für Wilson.

Seit dem Sturz der Tories 1974 ist der Einfluß der Linken in der Partei und Gewerkschaft zurückgegangen. Die Zeit der großen nationalen Streiks für politische Forderungen ist zumindest vorerst vorbei, das Sechs-Pfund-Lohndiktat konnte durchgesetzt werden usw.

Fest steht allerdings, daß der Rücktritt von den rechten Kräften in der Labour-Bewegung genutzt wird, ihren Einfluß zu stärken. Bestimmt nicht ohne Zusammenhang veröffentlichten die Führer der drei größten Gewerkschaften, Jones (Transportarbeiter), Scanlon (Elektriker, Maschinenschlosser u.a.) und Basnett (städtische und staatliche Arbeiter und Angestellte) einen Tag, bevor Wilson seinen Rücktritt erklärte, eine Stellungnahme, in der sie die *„Arbeiterbewegung dazu aufrufen, sich um die Regierung zu scharen und sie zu retten."* („Guardian", 16.3.76).

Mit dem Hinweis auf die Stärkung der Tory-Position (aus drei Nachwahlen sind die Tories mit hohen Erfolgen hervorgegangen), werden die Aktionen der Linken als „Spaltung" bezeichnet. In diesen „schweren Zeiten" gelte es, angesichts des „größeren Übels" einer Torry-Regierung zusammenzuhalten. Jede Kritik an dem arbeiterfeindlichen Kurs bedeute angeblich eine Schwächung der Labour-Regierung – diese Logik soll verstärkt die Linken binden. ●

England-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Abtreibungsgegner schmoren im eigenen Saft

Sechs fortschrittliche Labour-Abgeordnete haben ihre Mitarbeit im parlamentarischen Untersuchungsausschuß eingestellt, der die Verschärfung der englischen Abtreibungsgesetzgebung vorbereiten soll (vgl. AK 75). Danach haben fast alle Organisationen, die sich mit Abtreibungen beschäftigen oder den Kampf gegen deren Einschränkung führen, einen Boykott dieses Ausschusses beschlossen. Darunter die „Nationale Abtreibungskampagne"(NAC), die „Gesellschaft für Familienplanung" (FPA), der „Nationalrat für Bürgerliche Freiheiten" (NCCL), der „Britische Schwangerschaftsberatungsdienst" (BPAS), „Release", „Brook Beratungszentren" (BAC) und die „Gesellschaft zur Reform des Abtreibungsgesetzes" (ALRA). („Socialist Worker", 13.3.).

Lediglich die reaktionäre „Gesellschaft zum Schutz des ungeborenen Kindes" (SPUC) gab sich mit den im Ausschuß verbliebenen Abtreibungsgegnern weiter ein Stelldichein.

Prompt beschwerte sich der Tory-Abgeordnete Sir Bernard Braine beim zuständigen „Komitee zum Schutz parlamentarischer Privilegien", das die fortschrittlichen Organisationen wegen „Nichtachtung des Parlaments" belangen und notfalls zwangsweise vorführen lassen soll.

Angela Phillips, Sprecherin von NAC, zeigte sich von dieser Drohung wenig beeindruckt. Mit Hinblick auf eine geplante Demonstration am 3. April sagte sie: *„Wenn die das vorhaben, sollen sie es doch am 3. April machen, wenn NAC und andere Kräfte durch London marschieren. Die sollten der gesamten NAC eine Zwangsvorladung schicken und zum Trafalgar Square (zentraler Platz in London) kommen, wo die Abschlußkundgebung unserer Demonstration stattfindet, und sich anhören, was wir zu sagen haben. – Werden die sich überhaupt um unsere Aussagen scheren? Für uns ist es viel besser, wenn wir unsere Aussagen über die Massenmedien, vor einer großen Menschenmenge machen, damit wenigstens alle Leute wissen, was wir sagen."* („Guardian", 2.3.). ●

England-Kommission
KB/Gruppe Lübeck

Nordirland weiterhin unter der direkten Herrschaft Englands

Am 5. März gab Nordirlandminister Rees offiziell das Scheitern der nordirischen „Verfassungsgebenden Versammlung" bekannt. Das heißt, Nordirland bleibt weiterhin unter direkter Kontrolle der englischen Regierung.

Die Wahlen zur „Verfassungsgebenden Versammlung" am 1. Mai 1975 war nach dem gescheiterten „Sunningdale Abkommen", das die protestantischen Arbeiter im Mai 74 zu Fall brachten, der zweite Versuch der englischen Imperialisten, mit „politischen Lösungen" ihre Herrschaft in Nordirland aufrecht zu erhalten. Die „Versammlung" sollte binnen sechs Monaten eine Regierungsform für Nordirland ausarbeiten, mit dem Ziel einer Selbstverwaltung Nordirlands. In der zukünftigen Regierung sollten Katholiken und Protestanten sich die *„Macht teilen"* (power sharing).

Das Scheitern des Konzepts war schon am Wahltag klar, als 46 der insgesamt 78 Sitze an die rechte Fraktion der Protestanten ging.

Von Anfang an lehnte die Fraktion der Protestanten jegliche Zusammenarbeit mit der katholischen SDLP ab und setzte ihr in den Anfang November 75 vorgelegten Regierungsvorschlag lediglich Beobachter und Beraterstatus zu.

Forts. Seite 16

Forts. von S. 15

Es wäre sicherlich naiv zu glauben, daß die englische Regierung mit einem Zustandekommen eines nordirischen Marionettenparlaments tatsächlich gerechnet hat oder irgendwann die Absicht hatte, die Truppen aus Nordirland zurückzuziehen. Dieses Versprechen wurde von Nordirlandminister Rees gemacht, in Verbindung mit dem Zustandekommen einer „politischen Lösung".
In England selber hat es Rees durch seine scheinbare „Verhandlungsbereitschaft", zumindest in den Reihen der Labour Partei, geschafft, die Proteste gegen die Stationierung britischer Truppen in Nordirland zurückzudrängen. So heißt es im „Guardian" vom 8.3.76 in einer Bilanz von Rees' Nordirlandpolitik. *„Er hat es bemerkenswert geschafft zu verhindern, daß das „Truppen raus" Element in der Labour Partei in größerem Umfang aufgetaucht ist."* Und der Außenminister der Republik Irland, Fitzgerald, stellt in einem Radiointerviiew richtig fest, daß
Radiointervii
Radiointerview
Radiointerview richtig fest, daß *„in diesem Punkt die britische Regierung keine Absicht hat rauszugehen. Es sind da zwar ein paar verrückte Leute in der Labour Partei, ... aber 95% der englischen Politiker sind standhaft dagegen."* (Guardian", 8.3.76)

Daran wird deutlich, welche Illusionen sich die IRA Provisional mach-
te, als sie sagte, daß die englische Regierung durch das Scheitern der „Verfassunggebenden Versammlung" *„an einem Pukt ist, wo Westminster die Kontrolle über die Situation verloren hat"* (Informationsdienst der IRA (P) vom 4.9.75), oder wenn sie sagten, *„die Unvermeidlichkeit des Abzugs der Briten aus Irland ist nun sicher ..."* (Informationsdienst der IRA (P) vom 24.9.75) •

Irlandkommission
KB/ Gruppe Hamburg

Neofaschistische Musik-Umtriebe in Schweden

Eine von MRA (Moral Re-Armament (Moralische Aufrüstung), neofaschistisch, vom CIA finanziert) organisierte Musikveranstaltung treibt zur Zeit in Schweden ihr Unwesen. In deren Programm „Song of Asia" wird die Geschichte Asiens als farbenfrohes Idyll gefeiert. Banditen tragen grundsätzlich kubanische Guerillauniform und russische Waffen. Zukunftsprobleme löst man durch Händchenhalten.

In Umea, wo die Bande am 7. 3. auftrat, wurden Karten im Warenhaus „Domus" verkauft. „Domus" entspricht dem deutschen Konsum, Pro und Coop. Auf die Tatsache aufmerksam gemacht, daß es sich um neofaschistische Propaganda handelt, gab sich der Warenhausleiter überrascht, stellte den Verkauf aber nicht ein. Noch übler führte sich der Vorsitzende des Stadtrates in Umea, Gustav Vidman (Sozialdemokrat) auf. Er lud sogar das MRA-Pack zum Mittag ein. Dazu Vidman: *„Es wird gesagt, MRA sei neofaschistisch. Na und, das Politische ist uns egal."* Zum Glück gab es aber genug, denen es nicht egal war. Demonstrationen und Flugblätter führten dazu, daß viele ihr Eintrittsgeld zurückverlangten. Dadurch wurde die Veranstaltung – wie in anderen Orten zuvor – zu einem Fiasko. (Angaben nach „Dagens Nyheter" vom 9. 3. 1976). •

Skandinavien-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

MEK in Schweden geplant

Nach westdeutschem Vorbild soll nun auch in Schweden ein hartgedrilltes Spezialkommando für „Sonderfälle" gebildet werden. Selbst der
Jahre 1975 ein MEK eingesetzt worden wäre, wenn es ein solches gegeben hätte: 249 Bombendrohungen, 15 Bank- und Postüberfälle, 29 andere bewaffnete Überfälle, sechs „ern-

MEK in Schweden geplant

Nach westdeutschem Vorbild soll nun auch in Schweden ein hartgedrilltes Spezialkommando für „Sonderfälle" gebildet werden. Selbst der Name ist fast identisch: Bewegliche Polizeitruppe.

Die Planungen sind bereits soweit gediehen, daß die oberste Polizeiführung bei der Regierung einen Antrag auf Genehmigung gestellt hat. Geplant ist folgendes: Durch Zusammenschluß dreier Überfallkommandos der Stockholmer Polizei soll eine Truppe von 130 Mann gebildet werden, die einem Kommissar der Führungszentrale unterstellt wird. Dieser straff geführte Trupp soll mit Maschinenpistolen ausgerüstet werden. Zur Spezial ausbildung dieser Leute gehört u. a. der Umgang mit Gasen, Schutzausrüstung, sogenannten Verstärkungswaffen und anderer Ausrüstung.

Die Leitung der Polizeigewerkschaft hat diese Pläne unter dem Aspekt des Arbeitsschutzes (der Bullen) geprüft und für gut befunden.

Die Polizei in Stockholm hat untersucht, bei welchen Ereignissen im Jahre 1975 ein MEK eingesetzt worden wäre, wenn es ein solches gegeben hätte: 249 Bombendrohungen, 15 Bank- und Postüberfälle, 29 andere bewaffnete Überfälle, sechs „ernste Ereignisse mit gefährlichen Gütern", sieben „ernste Brände", dreizehnmal Gefahr einer Flugzeugkatastrophe, 18 Eingriffe gegen „gefährliche Personen" und – last not least – bei 161 Demonstrationen verschiedener Art.

Es ist geplant, die bewegliche Truppe mit Ortskenntnissen für solche Objekte zu versehen wie Rundfunkhaus, Flugplätze, Reichstagshaus, Sitz des Regierungschefs, Reichsbank und gewisse Botschaften.

Tatsache ist, daß die MEK-Pläne praktisch gleichzeitig mit dem Sparhaushaltsplan der Regierung kommen. Mit der weiteren Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage Schwedens beugt die Bourgeoisie etwaigen Protesten vor. Der Arbeiterklasse soll die Last der Krisenpolitik mit Gewalt aufgeladen werden und die Sozialdemokratie übernimmt auch in Schweden die Aufgabe, dazu die Machtmittel zu schaffen. •

Finnland

Streiks gegen die Inflation und kapitalistische Krise

70.000 finnische Metallarbeiter haben am 11.2. dieses Jahres einen eintägigen Streik durchgeführt. Dieser Streik stellte eine der größten Kampfaktionen der finnischen Arbeiterklasse seit den Streiks der Metall- und Bauarbeiter zu Beginn der 70-iger Jahre dar. Er richtet sich gegen ein neues zentrales Tarifabkommen, das demnächst verabschiedet werden soll. Die finnischen Arbeiter forderten Verbesserungen für dieses Abkommen. Diese Übereinkunft sieht nur eine geringe Lohnerhöhung und einen 5-monatigen Preisstop vor. Eine von großen Teilen des 900.000 Mitglieder zählenden zentralen Gewerkschaftsbundes SAK geforderte Reallohnerhöhung wird dieses Abkommen jedoch nicht bringen. So schrieb die finnische Zeitung „Folktidningen-Ny Tid": *„Die erreichte Lösung stellt die Arbeiter nicht zufrieden ... man kann nicht von einem Sieg sprechen."*

Dieser Streik muß vor dem Hintergrund einer ständig wachsenden Inflation, einer Erhöhung der Steuer und anderer sozialer Leistungen gesehen werden.

So stiegen die Lebenshaltungskosten 1974 um 17 %. 1975 wurden die Preise durchschnittlich um 18 %, bei Lebensmitteln sogar um 22 % (!) erhöht. Im Januar dieses Jahres fanden Mieterhöhungen für hunderttausende Haushalte statt. Zusätzlich wurden die Post- und Verkehrstarife erhöht.

Die Zahl der Arbeitslosen ist in den letzten Wochen sprunghaft auf die Zahl von 90.000 gestiegen.

Diese Entwicklung bildet den Hintergrund für die Kampfaktionen der finnischen Arbeiterklasse. So sind auch die Arbeiter und Angestellten der Inlandslinien der Finnair in den Streik getreten. Ihnen sind die Angestellten des Öffentlichen Dienstes gefolgt. Alles spricht dafür, daß sich diese Kämpfe weiter verbreiten, wenn man bedenkt, daß allein 1975 die Metallarbeiter 600 Mal zur Waffe des Streiks griffen („N.D.", vom 12.2.76). •

Skandinavienkommission
KB/Gruppe Hamburg

Spenden für den proletarischen Internationalismus

Wie üblich, veröffentlichen wir hier die laufenden, in den letzten zwei Wochen eingegangenen Spenden für ausländische revolutionäre Organisationen. Diese Veröffentlichung schließt an diejenige im letzten Arbeiterkampf an.

Wir sind grundsätzlich bereit, Geld- und Sachspenden an alle revolutionären Organisationen, Institutionen und Staaten auf der Welt zu überweisen bzw. zu überbringen. Dasselbe gilt für Projekte, die dem Aufbau des Sozialismus, sowie dem Kampf der Arbeiterklassen und fortschrittlichen Bewegungen dienen.

Wir bitten alle Spender bei Überweisungen deutlich sichtbar den Empfänger zu vermerken, ebenso den Absender, damit wir ihn den Spendeneingang quittieren können.

Die regelmäßige Veröffentlichung der eingegangenen Spenden soll der Kontrolle der Spender und Empfänger dienen. Wir werden alle Spenden ohne jeden Abzug weiterleiten.

Für MPLA, Angola

J.H., Marburg	15,00
H., Hamburg-Harburg	100,00
H.P.,R., Göttingen, Wohngemeinschaft	110,00
P.U., München	70,00
Teilsammlung Frauenfest 12.3.76	40,80
KB-Druckbereich, Hamburg	11,55
Frauengruppe CPG, Hamburg	37,78
D.M., München	25,00
Spendentopf von Genossen, Frankfurt	50,00
BO St. Pauli/Neustadt, Hamburg	30,00
Sammeltopf Arbeiterbuch, Hamburg	250,00
Betriebszelle III, Blohm + Voss, Hamburg	35,00
Branchenzelle Post, KB/Gruppe Hamburg	53,98
BO Altona, KB/Gruppe Hamburg	90,00
KB/Gruppe Bremen	34,25
AK-Lesekreis, Elmshorn	35,00
Weinrunde Itzehoe	10,00
Summe	998,36

Damit erhöht sich unser Spendenaufkommen für MPLA auf DM 99.017,31

Für O.M.A., Angola (Frauenorganisation der MPLA)

Sammlung auf der Frauenveranstaltung 8.3.76, Bremerhaven	296,01
Eine HDW-Angestellte, Hamburg	50,00
Arbeitskreis Transport und Verkehr, Hamburg – Stand beim Frauenfest	325,61
Teilsammlung Frauenfest, 12.3.76, Hamburg	20,70
Sammlung Frauenfest, Hamburg	2.819,91
Sammeltopf Arbeiterbuch, Hamburg	300,00
Valvo/Hamburg, Frauengruppe Verkauf Frauenfest	99,57
Frauenveranstaltung 8.3.76, Bremen	218,61
Solidaritätsbasar, Bremen	187,69
Bilderverkauf, Bremen	252,40
Plakatverkauf, Hamburg	220,70
SSB, Bremen – Überschuß Frauenfest	93,32
Summe	4.897,52

Verkauf Frauenfest 99,57
Frauenveranstaltung 8.3.76, Bremen 218,61
Solidaritätsbasar, Bremen 187,69
Bilderverkauf, Bremen 252,40
Plakatverkauf, Hamburg 220,70
SSB, Bremen – Überschuß Frauenfest 93,32
Summe 4.897,52

Für O.P.A, Angola (Jugendorganisation der MPLA)

Sammlung des Schulkollektiv Bettinaschule in Frankfurt	13,00

Für MIR, Chile

Spendendose Arbeiterbuch, Bremerhaven	16,00
K.H., Kassel, Sammlung auf Rock- und Blues-Fest 6.3.76	50,00
E.B., Hamburg, Büsumer Feriengruppe	36,00
IKAH, Hamburg	40,00
KB/Gruppe Pinneberg/Steinburg	15,00
Summe	157,00

Für ZANU, Zimbabwe

KB/Gruppe Stade	900,00

Für Vietnam

Sammlung Frauenfest KB, Hamburg, 12.3.76	2.819,90
Frauengruppe des Charlotte-Paulsen-Gymnasium, Hamburg	37,78
KB, Hamburg St. Pauli	30,00
Summe	2.887,68

Für Frente Polisario, West Sahara

Sammlung auf Frauenfest, KB, Hamburg	2.819,90
Frauengruppe C.P.G., Hamburg	37,79
Chemie-Bereich, KB/Gruppe Hamburg	60,00
Summe	2.917,69

Damit erhöht sich unser Spendenaufkommen für die Frente Polisario auf DM 3.098,51

Für PFLP, Palästina

Hamburger HDW-Genosse	100,00

Für FUR, Portugal

KB/Gruppe Lüneburg, Straßensammlung	60,00
Spendendose Arbeiterbuch, Bremerhaven	80,00
Sammlung auf Portugal-Solidaritätsfete 26.12.75 in kirchl. Jugend Horn	150,00
W.M., Hamburg-Harburg Sammlung JZI in Harburg	13,50
KB/Gruppe Salzgitter	25,00
BO Hamburg Altona	80,00
BO Hamburg St. Pauli/Neustadt	10,00
Bez.gruppe Hoheluft, Hamburg Sammlung unter Freunden und Kontakten	38,48
Sammlung von Kollegen der Fa. Hoechst AG, Hamburg	36,50
Betriebszelle Beiersdorf, Werk I, Hamburg	30,00
Betriebszelle Beiersdorf, Werk I, Hamburg, Straßensammlung	32,50
BO Hamburg-Harburg, Spende beim AK-Verkauf	5,00
Sammeltopf Arbeiterbuch, Hamburg	250,00
BO Hamburg Altona	75,00
H.W., Bremen	5,00
Sammlung HfSS, Bremen	12,00
Kneipensammlung Bremen	5,80
Straßensammlung Bremen	12,95
Summe	921,73

Damit erhöht sich unser Spendenaufkommen für FUR auf DM 67.256,86

BO Hamburg Altona 75,00
H.W., Bremen 5,00
Sammlung HfSS, Bremen 12,00
Kneipensammlung Bremen 5,80
Straßensammlung Bremen 12,95
Summe 921,73
Damit erhöht sich unser Spendenaufkommen für FUR auf DM 67.256,86

Für MES, Portugal

Straßensammlung KB/Gruppe Lüneburg	15,00
BO Hamburg-Harburg	10,00
H-J.S., Hannover, Fotografieverkauf	37,50
KB-Gruppe Salzgitter	25,00
BO Hamburg St. Pauli	20,00
KB-Gruppe Reinbeck	100,00
Betriebszelle Beiersdorf Hamburg, Werk I	100,00
Bez.gruppe Hamburg Eimsbüttel Nord I	40,00
Betriebszelle Reynolds, Hamburg	20,00
Betriebszelle Blohm + Voss II	35,00
Lesekreis Hamburg-Eimsbüttel	5,00
KB-Gruppe Pinneberg/Steinburg	65,00
Summe	DM 472,50

Damit erhöht sich unser Spendenaufkommen für MES auf DM 74.243,64

Für div. Land-Kooperativen, Portugal

Unbekannt	20,00
Veranstaltung Bremerhaven	1.020,00
Veranstaltung Bremen	1.563,00
Veranstaltung Lüneburg	650,00
Veranstaltung Hannover	540,00
Veranstaltung Westberlin	2.400,00
Veranstaltung Frankfurt	1.575,00
Veranstaltung Karlsruhe	740,00
Summe	DM 8.508,00

Damit erhöht sich das Spendenaufkommen unserer Portugal-Kampagne auf insgesamt 170.147,43 DM.

Diskriminierung der Frauen in Dänemark

Die wachsende Arbeitslosigkeit, hervorgerufen durch die imperialistische Krise trifft wie in allen anderen kapitalistischen Ländern auch in Dänemark in erster Linie die Frauen. So waren zu Beginn dieses Jahres ca. 52.000 dänische Frauen arbeitslos. (Diese und andere Zahlen aus „Neues Deutschland" v. 17.2.76). Allein 1975 stieg die Frauenarbeitslosigkeit um 42 %. Dieses muß vor dem Hintergrund gesehen werden, daß während der kapitalistischen Krise in den 60-iger Jahren verstärkt Frauen als billige und bequeme Arbeitskräfte in die Produktion eingegliedert wurden. So waren bis 1974 rund 55,2 % der dänischen Frauen berufstätig.

Seit 1973 wird ihnen formal gleicher Lohn für gleiche Arbeit zugesichert. Doch dieses Recht existiert nur auf dem Papier. So hob die stellvertretende Vorsitzende der weiblichen Metallarbeitergewerkschaft, Petra Christensen hervor, daß die dänischen Frauen nur 75 % des Lohnes der männlichen Facharbeiter erhalten. Im Rahmen kapitalistischer Sparmaßnahmen im Bildungs- und Sozialbereich wurden insbesondere wiederum die Frauen betroffen. So geht aus einer offiziellen Untersuchung hervor, daß nur 37 % der Mädchen eine Berufs- bzw. eine höhere Schulausbildung genießen. Auf der einen Seite wird den Frauen eine qualifizierte Berufsausbildung verwehrt, auf der anderen Seite sind sie es, die als sog. ungelernte Arbeitskräfte als erste auf die Straße geschmissen werden.

Im Rahmen der „Spar"politik wurde die Herabsetzung der Kinderzuschüsse beschlossen, während man natürlich gleichzeitig eine Erhöhung der Tarife für die Betreuung der Kinder durchführte. D.h., daß viele Frauen ihre Arbeit zugunsten ihrer Kinder aufgeben mußten. Die Forderung der dänischen Frauen, genügend Kinderkrippen zu schaffen und die Anzahl der Kindergartenplätze zu erhöhen, beantwortete das Kopenhagener Parlament mit der Schließung von 10 Kindereinrichtungen mit insgesamt 10.000 Plätzen! •

Skandinavien-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Spanien: Streikentwicklung

Die Ermordung von acht Arbeitern und Studenten während der Demonstrationen innerhalb nur einer Woche (s. AK 76) – selbst in den letzten Jahren der Franco-Diktatur war das nicht mehr vorgekommen – haben den Haß des spanischen Volkes gegen das verkommene Regime zusätzlich verstärkt.

Zu diesen Handlungen offener und zynischer Brutalität gegen die berechtigten Forderungen der spanischen Arbeiterklasse kommen die provokatorischen sog. „Reformen" des Versammlungs- und Demonstrationsrechts, des Vereinsrechts, usw. durch die Fraga-Regierung, die lediglich den offenen Rechten und Faschisten Bewegungsspielraum zugestehen und für die Arbeiter und ihre Organisationen nach wie vor Verfolgung, Schießbefehl, Haft und Folter bedeuten (s. AK 76).

Seit Anfang des Jahres hat es in Spanien immer wieder große Streikwellen gegeben, die auf ihrem Höhepunkt mehrere hunderttausend Menschen umfaßten. Die letzten nationalen Streiks der Transportarbeiter und der Bauarbeiter wurden Anfang März vorläufig beigelegt. Doch es ist ganz offensichtlich, daß angesichts der Krisenpolitik der spanischen Oligarchie (Abwertung der Peseta, 25 %ige Inflation, schockartige Erhöhung des Benzinpreises und wichtiger Grundnahrungsmittel ...) die Gründe für weitere Kämpfe des spanischen Volkes nicht ab- sondern zunehmen. Welche Durchhaltekraft die spanische Arbeiterklasse entwickelt hat, haben zuletzt wieder die asturischen Bergarbeiter bewiesen, die über zwei Monate – bis zum totalen finanziellen und physischen Zusammenbruch – für Lohnerhöhungen, Wiedereinstellung Entlassener und Freilassung verhafteter Kollegen gestreikt haben. Ihre Forderungen sind nicht erfüllt worden!

Die Streiks der U-Bahn und Postarbeiter von Anfang Januar wurden durch Militarisierung und Dienstverpflichtung der Arbeiter vorläufig unterdrückt. Die militärische Dienstverpflichtung für die Postarbeiter wurde erst am 18. März aufgehoben.

Auch die Feuerwehrleute, die städtische Polizei von Barcelona, die im Februar große Demonstrationen gegen skandalöse Entlohnung im öffentlichen Dienst durchführten, sind noch militarisiert. Die Unzufriedenheit wächst jedoch weiter. An Schulen, Krankenhäusern, in allen öffentlichen Dienststellen Barcelonas wird wieder „Dienst nach Vorschrift" gemacht oder gestreikt.

Wenn es in Spanien eine politische Partei gäbe, die diese tausend Ströme des Widerstandes zu einer Kraft zusammenfassen könnte (bzw. wollte), dann gäbe es in Spanien keinen Hampelmann-König mehr und keinen zy-

pelmann-König mehr und keinen zy-nischen Polizeiminister Fraga. An Mut und kämpferischem Klassenhaß fehlt es der spanischen Arbeiterklasse weniger denn je. Leider ist die politische Führung der Kämpfe noch weitgehend in Händen der revisionistischen PC, die nicht müde wird, der spanischen Oligarchie immer neue Paktangebote zu machen, um ihr einen friedlichen Übergang in die bürgerliche „Demokratie" zu sichern.

Zu einzelnen Kämpfen der letzten Wochen:

– Aus Protest gegen die Morde der Guardia Civil (am 3.3.) in Vitoria kam es in ganz Spanien zu Demonstrationen und kurzen Streiks oder Schweigeminuten. In Barcelona beteiligten sich nach Angaben der spanischen Presse die Arbeiter aus 36 Betrieben an solchen Aktionen. In Madrid wurde bei Pegaso und Kelvinator eine Stunde gestreikt, die Fiat-Arbeiter riefen eine Arbeiter-Vollversammlung in den Werkshallen ein. Bei Standard und anderen Betrieben standen die Kollegen eine Viertelstunde schweigend an ihren Arbeitsplätzen.

– Der zweimonatige Vollstreik von 5.000 Arbeitern in Vitoria für die Wiedereinstellung von 22 Entlassenen der „Schmiedewerke Alava", mit dem sich Anfang März alle Bewohner Vitorias in einem Generalstreik solidarisierten, wurde durch Erfüllung der Forderung am 10. März beigelegt. Beim Generalstreik in Vitoria spielten die Forderungen nach Versammlungsfreiheit sowie das Recht der Arbeiter auf direkte Verhandlungen mit den Kapitalisten (auf Arbeiter-Vollversammlungen) und die Ausschaltung des faschistischen Syndikates eine hervorragende Rolle.

– Am 12.3. traten die 70.000 Textilarbeiter im Industriebereich Barcelona in einen unbefristeten Generalstreik, nachdem ein dreitägiger Generalstreik nicht zu dem gewünschten Erfolg geführt hatte.

– In verschiedenen Hafenstädten Nordspaniens (La Coruna, El Ferrol ...) streikten Mitte März tausende Werftarbeiter.

– Die Bauarbeiter von Madrid begannen am 12.3. wieder mit Warnstreiks, weil die Regierung das zwischen Arbeitern und Kapitalisten ausgehandelte Tarifabkommen nicht billigte. Auch in Zaragoza riefen die Bauarbeiter wieder zum Generalstreik und Demonstrationen auf wegen der Verhaftung von drei führenden Arbeiterkommissions-Mitgliedern und neuer Lohnforderungen.

– Die SEAT-Arbeiter von Madrid hatten schon im Januar angekündigt, daß sie zur unabdingbaren Forderung bei den diesjährigen Lohnerhöhungen die Wiedereinstellung der restlichen 300 von insgesamt 500 entlassenen Kollegen machen (sie waren während des mehrmonatigen Streiks 75 gekündigt worden).

Die Kapitalisten hatten sich bisher geweigert, unter diesen Bedingungen überhaupt zu verhandeln. Die SEAT-Arbeiter hatten die Forderung nach 2.500 Peseten Lohnerhöhung (nur 90 Mark), der 40 Stunden-Woche und Kontrolle der Unternehmensentscheidungen (!) aufgestellt („La Vanguardia, 12.3.76).

Während der Verhandlungsrunde Mitte März machten nun die SEAT-Arbeiter das spektakuläre Angebot, auf alle Lohnforderungen zu verzichten, wenn ihre entlassenen Kollegen wieder eingestellt werden! Die Kapitalisten brachen die Verhandlungen daraufhin ab.

– In einem der verschiedenen Pirelli-Werke (Manresa) wurde ein Abkommen abgeschlossen, das besonders aus dem Grund hervorsticht, weil hier die Angleichung der Frauenlöhne an die der Männer ab 1977 erkämpft wurde. Ab sofort werden die Löhne der Arbeiterinnen um 50 % (!) erhöht, was die enorme Unterbezahlung der Arbeiterinnen demonstriert („La Vanguardia", 13.3.76). Ferner wurde die Vereinheitlichung der verschiedenen Berufskategorien durchgesetzt. Diese erkämpften Ziele beweisen ein hohes politisches Bewußtsein.

– Aufschlußreich für die Haltung westdeutscher Konzerne in Spanien ist u.a. die Firma AEG (Tarrasa). Die AEG-Geschäftsleitung „bestrafte" ihre 1.800 Arbeiter mit Aussperrung für eine Woche wegen „Anormalitäten" (d.h. Streiks) in den vorhergehenden Tagen. Gegen 48 Vertrauensleute, die sich für die Interessen den Prozesse angestrengt und sie wurden für diesen Zeitraum von Arbeit und Lohn suspendiert! („La Vanguardia", 16.3.76).

Auch die spanische Mercedes-Volkswagen AG in Vitoria ließ am 9.3. eine Versammlung der Arbeiter dieses Betriebes durch die Polizei auflösen. Die Kollegen dieses Betriebes gehören zum „harten Kern" der neun seit zwei Monaten streikenden Betriebe in Vitoria.

Diese Haltung westdeutscher Kapitalisten in Spanien sind keine Ausnahme. Auch die Bosch-Filiale in Madrid erregte im letzten Jahr Aufsehen durch angeordnete brutale Polizeieinsätze gegen „ihre" Arbeiter. Im faschistischen Spanien fühlen sich diese Herren von allen lästigen Beschränkungen befreit.

Um sich die miserablen wirtschaftlichen Bedingungen der spanischen Arbeiter zu vergegenwärtigen seien noch zwei Tatsachen benannt:

Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung", die in dieser Hinsicht gewiß nicht zu falschen Übertreibungen neigt, schrieb, daß die Arbeiter von Vitoria, die fast ausschließlich in der Schwerindustrie tätig sind, einen Monatslohn von 15.000 Peseten erhalten. das sind ganze 575 Mark! („FAZ", 8.3.76).

Zweitens: Das spanische Kabinett hat am 18.3. den neuen Mindest-Tageslohn auf 345 Peseten täglich heraufgesetzt. Das sind 13,56 Mark, die ein ungelernter Arbeiter am Tag bekommen soll („Frankf. Rundschau", 19.3.76). ●

KAMPF DEM FASCHISMUS IN SPANIEN!

Spanien-Kommission

Spanien-Kommission
KB / Gruppe Hamburg



50.000 Menschen vor der Kathedrale in Vitoria, als die Totenmesse für drei von der Polizei Erschossene gelesen wurde.

Spanien: Hohe Gefängnisstrafen für demokratische Offiziere

Am 10.3. wurde das Urteil des Kriegsgerichts gegen neun Offiziere der spanischen Armee verkündet, die angeklagt sind, der „Demokratischen Militärunion" (UMD) anzugehören:

Acht Jahre Gefängnis für den „Anführer" Otero, ehemals Kybernetik-Spezialist im Heeresministerium. Weitere sechs Offiziere erhielten mehr als drei Jahre Gefängnis, was für sie den Ausstoß aus der Armee bedeutet. Zwei Offiziere kamen mit zweieinhalb bzw. drei Jahren davon und fallen unter die „Amnestie".

Alle angeklagten Offiziere verweigerten die Aussage zur Sache, weil nicht die geringsten Voraussetzungen eines „formaljuristisch" korrekten Prozesses gewährleistet waren. Die von den Angeklagten gewählten Zivilverteidiger, als auch die anschließend gewählten militärischen Verteidiger waren vom Gericht abgelehnt worden. Zu „Verteidigern" waren juristisch völlig ungeschulte, z.T. rechtsradikale Angehörige der spanischen Armee bestimmt worden; einige gehörten gar dem „Politischen Informationsdienst der Streitkräfte" (SIBE) an! Es waren nur drei Zeugen der Anklage (!) zugelassen.

Die angeklagten Offiziere beteuerten, keiner Partei oder politischen Gruppierung anzugehören und lediglich für Demokratie, Menschenrechte und soziale Gerechtigkeit in Spanien einzutreten. Sie wurden von rechtsradikalen Prozeßbesuchern als „Schweine, Dreckskerle", usw. beschimpft.

Die Neun wurden verurteilt wegen *„Verschwörung mit dem Ziel eines militärischen Aufstandes"*. Die Begründung für diese Anschuldigung ist mehr als verwegen: Bei einem der Angeklagten seien Dokumente der UMD gefunden worden, in denen von einem „Kampf mit allen Mitteln für das Vaterland und das spanische Volk" die Rede sei. Die normalen Mittel der Militärs seien Waffen ... Und was die Offiziere unter Vaterland, Volk und Demokratie verstehen, entspreche nicht der derzeitigen politischen Lage in Spanien ... („FAZ", 11.3.76).

Tatsächlich beinhaltet das Programm der UMD (in „die Internationale" Nr. 19 abgedruckt) nichts weiter als Forderungen nach einem bürgerlich-demokratischen Heer „westlicher" Prägung, die politischen Forderungen stimmen wesentlich mit dem Programm der „Junta Democratica" überein, d.h. „demokratischer Bruch" mit dem faschistischen Regime und Etablierung bürgerlich-demokratischer Freiheiten. Von einem geplanten militärischen Aufstand kann bei der UMD nicht die Rede sein. Die UMD grenzte sich ausdrücklich von der portugiesischen „Bewegung der Streitkräfte" (MFA) ab, mit der Begründung, daß die spanische Armee keine ausdrückliche politische Rolle übernehmen dürfe. Zudem sind sämtliche 500 Offiziere der UMD dem spanischen Geheimdienst bestens bekannt. Die spanische Armee ist gegen Einzelaktionen verschiedener Einheiten oder Kasernen eh gewappnet, durch ausgeklügelte Verteilung der Waffen etc.

Trotzdem dürften die ausgesprochenen Urteile gegen die neun Offiziere, die nichts weiter als die Abschaffung des Faschismus in Spanien fordern, die politische Diskussion innerhalb der spanischen Streitkräfte eher fördern und der UMD neue Anhänger zuführen. ●

Frankreichs Drucker: Der Kampf geht weiter!

15 Druckbetriebe werden zur Zeit in Frankreich von den Arbeitern besetzt gehalten. Die Arbeiter des „Parisien Libéré" harren bereits seit Anfang März letzten Jahres in den beiden Pariser Betrieben aus, ohne daß es allerdings bisher gelungen ist, dem Kampfziel – Erhaltung der rund 600 Arbeitsplätze – näherzukommen.

Am 3. März unternahmen sie einen neuen Vorstoß. Trotz ausdrücklichem schriftlichen Verbot des Polizeipräfekten zogen mehrere hundert mit Frauen und Kindern vor den Invaliden-Dom, während eine Delegation der Arbeiter samt Gewerkschaftssekretär beim Arbeitsminister vorsprach. Sie verlangten Verhandlungskontakte zwischen den Arbeitern und dem Zeitungszaren Amaury. Doch auch hier gab es zunächst kein konkretes Ergebnis.

Am 17. März besetzten 150 Arbeiter – zumeist von Parisien Libéré – den Luxusliner „France" im Hafen von Le Havre (dies Schiff war nach dem Stillegungsbeschluß von Reederei und Regierung vier Monate von der Besatzung besetzt worden). Diese Aktion geschah auf Initiative der revisionistischen Gewerkschaft CGT, die durch die Besetzung *„dieses Inbildes von Aufgabe im Namen der Verschwendung und des Profits"* (Le Monde, 19. 3.), die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit *„auf den Umstand lenken (will), daß das kapitalistische System es einigen Leuten erlaubt, mit der Stillegung von Betrieben oder Einrichtungen wie der ‚France' oder dem ‚Parisien Libere' mehr Geld zu machen als mit der Weiterführung der Unternehmen"* („FAZ" 19.3.76).

Am 20. 3. plant die CGT in Le Havre eine Großkundgebung vor der „France", auf der möglichst eine „Flut von Solidaritätsadressen" an die versammelten Druckarbeiter verlesen werden soll.

Am 26. März soll vor dem Rathaus von Amiens eine große Demonstration der Druckarbeiter stattfinden. In Amiens läßt Zar Amaury seit dem 1. März eine neugegründete Zeitung „Parisien Libéré - Le Franc Picard" herausgeben.

CGT will ihr revisionistisches Süppchen auf dem Kampf der Druckarbeiter kochen

In der letzten Zeit bemüht sich die CGT-Führung verstärkt, den konsequenten Kampf der französischen Druckarbeiter durch begrenzte Aktionen (siehe oben) zu unterstützen. Ihr Ziel ist es dabei, diesen Kampf für ihre Vorstellungen einer „parlamentarischen Lösung" in Frankreich auszunutzen. So heißt es beispielsweise in einem Flugblatt, das die CGT in der Nordwestregion Frankreichs verteilen ließ: *„Der Kampf der Arbeiter des ‚Parisien Libéré' und der Pariser Presse ist Bestandteil des Kampfes, den alle Lohnabhängigen des Landes führen gegen die katastrophale Politik der Unternehmerschaft und ihrer Giscard-Regierung und für ihre grundlegenden Forderungen"* („Rouge, 19. 3.). Doch die CGT weiß Rat: Ziel sei es, *„die Unternehmerschaft und die Regierung zu zwingen, die Forderungen positiv zu verhandeln und uns dem Zeitpunkt des politischen Umschwungs, den wir für unser Land wünschen (gemeint ist eine Regierung des Linksbündnisses" aus Revisionisten, Sozialisten und Radikaldemokraten – AK) näherzubringen"* („Rouge", 19. 3.).

Für Frankreichs Druckarbeiter wird es darauf ankommen, ihre wachsende Kampfstärke und Militanz nicht als Hebel für eine linke bürgerliche Regierung ausnutzen zu lassen, sondern vielmehr echte Erfolge in ihrem Kampf gegen die Kapitalistenherrschaft zu erreichen und mit beizutragen, daß die französische Arbeiterklasse diese Herrschaft stürzt! ●

Druckkomitee
KB/Gruppe Hamburg

Türkei „Es ist genau wie Krieg"

Bei Auseinandersetzungen mit der Polizei und Überfällen von faschistischen „Kommandos" sind in den letzten vier Monaten in der Türkei mindestens 40 Menschen getötet worden, hunderte wurden verletzt. Das Gros der Opfer geht auf das Konto der nach Nazi-Vorbild organisierten „Komman(do)s", auch bekannt als „Graue Wölfe" des Nationalistenführers und Faschisten Türkesch, der in der jetzigen Regierung Stellvertreter (!) von Ministerpräsident Demirel ist.

Zentrum der Auseinandersetzungen sind die Universitäten, von denen eine große Zahl geschlossen worden ist. Es ist Ziel und Aufgabe der Faschisten, den antifaschistischen und demokratischen Widerstand an den Universitäten zu zerschlagen, indem sie die Unis besetzen und allen, die sie nicht zu ihren Anhängern zählen, den Zutritt verweigern, zusammenschlagen oder erschießen.

Zudem nutzt die rechtsgerichtete Regierungskoalition diese Situation, indem sie mit der Verhängung des Kriegsrechtes droht. Das bedeutet die Drohung mit der offenen faschistischen Diktatur wie 1971, als nach Verhängung des Kriegsrechtes Tausende von Demokraten und Kommunisten in die Folterkammern wanderten und alle demokratischen und kommunistischen Organisationen verboten wurden. Die Situation ist heute im wesentlichen nicht anders, da alle sozialistischen Organisationen weiterhin in der Illegalität arbeiten müssen, mit Ausnahme der sozialdemokratischen Partei (CHP) Ecevits.

Im Gegensatz zu 1971 sind allerdings die faschistischen „Kommandos" zahlreicher und besser ausgerüstet. Ihr Treiben wird wie aus dem folgenden Augenzeugenbericht eines türkischen Studenten hervorgeht, nicht nur geduldet, sondern von den Spezialeinheiten der Polizei direkt noch unterstützt. Der türkischen Bourgeoisie und den Imperialisten scheinen sie ein Garant dafür zu sein, die antiimperialistische Bewegung in der Türkei, die vor 1971 zu Hunderttausenden gegen die USA, gegen die Anwesenheit ausländischer Truppen, gegen Arbeitslosigkeit und Armut demonstrierte, in Schach zu halten. Die erneuten Protestmärsche der Linken in der Türkei, die nicht ohne Opfer durchgeführt werden, lassen die Hoffnung, daß auch diese Pläne zum Scheitern verurteilt sind. Nachfolgend der Bericht eines türkischen Studenten, der schildert, wie die „Kommandos" die Studenten der „Beytepe"-Universität in Ankara terrorisieren und versuchten die Uni in ihre Gewalt zu bekommen. Die Universität liegt am Stadtrand von Ankara und ist ein Teil der „Hacettepe"-Universität. Es studieren dort etwa 5.000 Studenten.

„Eines Tages, als die Schule wieder anfing, kamen ungefähr hundert dieser „Kommandos" von außerhalb, mit Waffen, und es gab einen Kampf, bei dem sechs Genossen schwer verletzt worden sind. Als Antwort darauf machten wir natürlich eine Demonstration, wir sammelten alle Studenten und sagten: „Was sollen wir tun?" Und wir erklärten ihnen die allgemeine Situation in der Türkei, den Faschismus und Imperialismus, den Kapitalismus und was die „Kommandos" von uns wollen. Wir erklärten ihnen alles und wir fragten: „Wollen wir abstimmen, ob solche Leute an unsere Schule dürfen?" Die Abstimmung ergab „Raus mit den Faschisten" und es begann die nächste Etappe des Kampfes.

Wir bauten eine Organisation von Delegierten aus jeder Klasse und jeder Fakultät auf, die die Aufgabe haben, die Klassen zu mobilisieren, wenn die „Kommandos" anrücken und die ihre Klasse über alles informieren, was passiert.

Die „Kommandos" kamen später wieder zurück, immer wieder. Aber dann waren jedesmal Gendarmen da und bildeten eine Reihe zwischen uns und den „Kommandos". Nur ab und zu flogen Steine.

Und die Polizei durchsuchte das ganze Gebäude, konnte aber nichts finden. Sicher war da nicht nur eine Waffe, sicherlich hatte jeder von ihnen eine. Aber die Gendarmen wollten keine finden. Aber das Ergebnis war gut für uns: Alle Studenten, die noch nicht auf unserer Seite gestanden hatten, sahen, wie die Situation war und wir konnten ihnen erklären, daß jeder am Kampf teilnehmen muß, wenn wir sie schlagen wollen.



Mit aufgepflanzten Bajonetten stehen die Spezialeinheiten der Polizei den unbewaffneten Studenten gegenüber. Viele Tote gehen auf das Konto dieser Polizeieinheiten.

Einmal kamen sie zur Cafeteria und wir gingen aus der Cafeteria heraus. Wir waren nicht viele, wir waren ungefähr 60, höchstens 100 Leute und sie kamen uns direkt entgegen. Aber wir hatten vorher beschlossen, daß wir bis zuletzt kämpfen wollten. Es ist eine sehr schwierige Situation, es ist wie Krieg, du wirst sterben oder du wirst leben und wir entschlossen uns, daß wir bis zum Sieg kämpfen wollten.

Also nahmen wir Steine und Stöcke und plötzlich griffen wir an. Als wir sie angriffen, war es sehr komisch, sie hatten es nicht erwartet. Wir griffen sie mit den Steinen an und sie waren so erstaunt, daß sie die Bücher fallen ließen, zur Türe liefen (es spielte sich alles in einem großen Raum ab), und sie zerbrachen sogar die Tür um hinauszukommen. Der ganze Raum war völlig übersät mit Büchern, Notizbüchern etc. Dann begannen sie zu schießen, wir gingen zurück, denn wir hatten keine Waffen. Wir warteten und riefen die Polizei. Wir sagten zur Polizei: „Diese Typen haben Waffen und schießen auf uns, suchen Sie den, der die Waffe hat!"

Einmal passierte etwas, was sehr wichtig für die Studenten war. Sie kamen wieder in die Uni. Wir waren in der Cafeteria, sie wollten auch in die Cafeteria kommen, aber wir sagten: „Nein! Ihr dürft hier nicht essen, Ihr dürft hier nicht studieren, Ihr sollt weggehen."

Aber sie entschlossen sich, in die Cafeteria zu kommen. Als wir sie kommen sahen, stellten wir uns vorsichtshalber an den Türen auf und warteten dort auf sie. Aber dann kamen Gendarmen und sagten: „Macht auf, wir wollen hinein!" Und wir sagten: „Nein, Ihr könnt nicht rein." Der Offizier war sehr aggressiv. Aber man muß sich vorstellen: ein geschlossenes Gebäude, 1.000 Leute im Kampf, die riefen: „Faschisten, raus mit Euch!" Und dazwischen die Polizisten. Es war sehr laut. Und der Offizier wurde immer wilder. Und er griff einen unserer Genossen und sagte: „Komm, ich bring Dich auf die Wache, ich werde Dich festnehmen". Und wir drängten einfach weiter nach vorne und schon war der Genosse wieder in unserer Mitte. Der Offizier versuchte herauszukommen, er war sehr wütend und sagte: „Entweder geht Ihr zurück, oder ich befehle zu schießen."

Und wir sagten: „O.k., befehle ihnen zu schießen, wenn du kannst". Er wiederholte seine Drohung, aber erhielt wieder die gleiche Antwort und alle riefen: „Faschisten raus!" Er ließ nicht schießen, orderte aber weiter hundert Gendarmen, die uns zurückdrängen sollten. Sie schlugen uns mit den Gewehrläufen und wir mußten zurückweichen. Und am Schluß konnten wir nicht mehr zurückweichen. Er befahl ihnen: „Ihr müßt sie schlagen!" Sie fingen an, uns zu schlagen und schlugen auch die Mädchen. Es brach eine Panik aus unter den Studenten. Es war zum ersten Mal, daß sich die Polizisten so offen auf die Seite der Faschisten stellten. Für viele Studenten eine wichtige Erfahrung.

Bei diesen Kämpfen ist es den Faschisten nicht gelungen, die Universität einzunehmen bzw. die Studenten einzuschüchtern. Erst nach brutalen Polizeieinsätzen wurde unsere Universität geschlossen.

Nach einer Auseinandersetzung mit den Faschisten wurden denen von der Polizei etliche Waffen, wie Schwerter, Pistolen, Dynamit abgenommen. Aber die Faschisten wurden nicht etwa in Haft genommen. Dazu muß man wissen, wenn bei einem Studenten Bücher von Marx und Lenin gefunden werden, kommt er schon für mindestens 48 Stunden in Haft. Wenn sogar Waffen gefunden werden, sieht man diesen Genossen vorerst nicht mehr. Die Faschisten haben einen ganz anderen Spielraum.

Am folgenden Abend gegen 19 Uhr wurde dann ein Kommilitone beim Verlassen der Universität von „Kommandos" erschossen. Am nächsten Tag versammelten sich ca. 2.000 Studenten unserer Universität, um gegen die faschistischen Überfälle zu demonstrieren. Sofort kamen die Gendarmen und prügelten uns mit Gummiknüppeln und Gewehrkolben aus der Uni. Trotzdem ließen wir uns nicht einschüchtern und sammelten uns wieder und gingen zur Schule zurück. Plötzlich legten die Polizisten ohne Warnung ihre Gewehre an und schossen in die Menge. 25 unserer Freunde blieben verletzt liegen, eine Genossin starb. Einem anderen wurde durchs Auge geschossen, einem in die Leber, einem durch die Brust. Viele hatten Verletzungen an Armen und Beinen. Nach diesem mörderischen Überfall wurde die Universität geschlossen mit der Begründung, daß die Linken einen ordentlichen Universitätsbetrieb nicht zuließen. Mittlerweile waren alle Universiätten dichtgemacht, entweder weil die „Kommandos" sie besetzt hatten oder aber dort, wo es ihnen nicht gelungen war, hatte die Polizei die Aufgabe übernommen. Die Arbeit der Studenten wird im wesentlichen dadurch erschwert, daß keine politischen Organisationen außer den faschistischen legal sind." ●

Griechenland/Türkei-Kommission in Zusammenarbeit mit einem türkischen Genossen

Griechenland: Nur Putsch„gerüchte" ...?

Ende Februar gab es in Athen und anderen Teilen Griechenlands mehrfach Berichte über eine Verschwörung von aktiven und pensionierten Offizieren der griechischen Streitkräfte, die das Ziel haben, frühere Führer der Militärjunta wieder einzusetzen („Frankfurter Rundschau" („FR"), 1.3.76).

Die „FR" berichtete weiter, daß „nach Angaben gut informierter Kreise" daraufhin die Sicherheitsvorkehrungen verstärkt worden seien. So sei z.B, der berüchtigte ehemalige Chef der Militärpolizei Dimitrios Ioanides, der bisher zu fünffacher lebenslänglicher Haft verurteilt wurde, vorübergehend in Einzelhaft genommen und die Bewachung von Gefängnissen mit Juntaführern verstärkt worden. Auch wurden bestimmte Armeeeinheiten in Alarmbereitschaft versetzt.

Die griechische Regierung hat Zeitungsberichte dementiert, daß sich *„innerhalb der Streitkräfte des Landes eine Verschwörung zur Beseitigung der demokratischen Regierungsform ausbreite"* („Frankfurter Allgemeine Zeitung" („FAZ"), 5.3.76).

Was auch an diesen Berichten bzw. Gerüchten richtig oder falsch sein mag, fest steht: Während der 20 Monate der Karamanlis Regierung gab es immer wieder Berichte über konspirative Umtriebe faschistischer Kreise.

Vor etwa einem Jahr war eine Verschwörung aufgedeckt und 14 Offiziere zu Haftstrafen verurteilt worden.

Entnazifizierung – wie „Konservative" sie verstehen

Die amtliche Entnazifizierung wurde, bevor sie richtig in Gang kam, bereits wieder Schritt für Schritt zurückgenommen. Die gesamte linke und demokratische griechische Presse wirft Regierungschef Karamanlis mit Recht vor, die oft angekündigte Entnazifizierung zu verschleppen, denn „das Räderwerk der Junta funktioniert immer noch gut".

Bisher wurden lediglich einige kompromittierte führende Köpfe belangt (etwa 100 Personen).

Die Prozesse gegen diese Oberfaschisten fanden nicht auf Initiative der Karamanlis-Regierung statt. Sie wurden durchweg alle aufgrund von Privatklagen der Opfer oder ihrer Angehörigen vor Gericht gestellt und verurteilt.

Die Heeresstreitkräfte sind nach wie vor eine Domäne der extrem rechten Offiziere, Sicherheitskräfte (Gendarmerie, Geheimpolizei, politische Überwachung etc.) schwärmen nach wie vor *„nostalgisch von der Militärjunta"*. Regierungsvertreter sehen sehr widerwillig die Prozesse gegen ehemalige Folterer und Kollaborateure der Junta, weil diese *„eine kollektive Psychose"* hervorriefen. (!)

Ihrer Meinung nach dient dies alles nur dazu, die Regierung zu beschmutzen. Auf jeden Fall, so einer der engsten Mitarbeiter von Karamanlis, *„können wir nicht ewig entnazifizieren"* und weiter, *„wir dürfen nicht vergessen, daß die jetzt Angeklagten und Betroffenen immer n u r mit Griechen und nicht mit irgendeiner ausländischen Macht zusammengearbeitet haben. W ä h r e n d der sieben Jahre Junta ließ es sich gut leben (!!!). Wir müssen daher streng unterscheiden, wer mit den Colonels paktiert"*.

Der Verteidigungsminister Averoff gar, hofft, *„daß die Entnazifizierung sich nach den Notwendigkeiten"* des Militärs richte.

Er meinte: *„Wir haben Sorge um die Frische der Armee, oder besser, was dann noch (nach der Entnazifizierung d. Red.) von ihr übrig bleibt"*.

Für die „L'Hestia", eine der extrem rechten Zeitungen, *„liefert die Entnazifizierung Griechenland dem Kommunismus aus"*. Und der „Ethmikos Kirys", (nationaler Herold): *„Jene, die Entnazifizierung fordern, bereiten in Wirklichkeit das Leichenbegräbnis Griechenlands vor"*.

Faschisten werden freigesprochen

Bezeichnend für das die extreme Rechte begünstigende Klima ist der Ausgang zahlreicher Strafverfahren. So stellte beispielsweise der Athener Militärgerichtshof Ende Frebruar die Gerichtsverfahren gegen 89 ehemalige Junta-Offiziere ein, die des Hochverrats und des Verdachts der Zusammenarbeit mit dem Militärregime beschuldigt worden waren.

Diese Verfahren waren überhaupt erst im Januar bekannt geworden (s. AK 73). Der Sprecher des Gerichtshofs begründete die Einstellung der Verfahren damit, daß die 89 nicht für die Verschwörung 1967 und den Staatsstreich verantwortlich seien!!

Das Makabre ist, daß sich unter diesen Herren auch der „unschuldige" General Gizikis, der letzte Staatspräsident der faschistischen Junta, befindet! (nach „Herald Tribune" vom 1.3.76).

Die wenigen Verfahren gegen die Folterknechte und Faschisten, die bislang überhaupt stattgefunden haben, sind jetzt in der 2. und 3. Instanz, und da hagelt es nur so von Freisprüchen oder es kommen Ministräfchen von unter einem Jahr heraus, die zu allem Überfluß auch noch für einen Tagessatz von 10 oder 15 DM einzulösen sind.

Kriegsminister Averof hat schon öfter Versuche gestartet, die zu unter einem Jahr Verurteilten offiziell zu rehabilitieren.

Der letzte Hammer in Sachen Folterprozessen war der Freispruch in dritter Instanz eines Marineoffiziers.

Antifaschisten werden verurteilt

Während die Faschisten bereits wieder hochgepäppelt werden bzw. nach wie vor fest im Sattel sitzen, hagelt es Strafen gegen Kritiker dieser Praktiken.

Weil er in einem Artikel den Beschluß des Obersten Gerichtshofes kritisiert hat, die Verbrechen der Junta und ihres Anhangs als „verjährbar" (stigniäos) zu erklären, erhielt der Redakteur der „Christianikyi", Nikolaos Psaroudhakjis am 22.3. 16 Monate (!) Gefängnis unter dem hergeholten Vorwand der „Amtsbeleidigung durch die Presse". Er hatte geschrieben: *„Viele Mitglieder des obersten Gerichtshofes hatten kein Rückgrat (anastima) während der Diktatur"*. Er belegte diese milde Umschreibung der Tatsache, daß die alten Faschisten weiterhin in Amt und Würden sitzen, noch einmal während des Prozesses:

„Mein Verbannungsbeschluß (für Jaros) . . . hatte der Staatsanwalt Spyropoulos unterschrieben . . . wegen meiner „antinationalen Tätigkeit und verschwörerischen Propaganda". Derselbe Staatsanwalt hat mich auch jetzt verfolgt, wo die Demokratie wiederhergestellt ist."

Psaoudhakjis war eine Woche vorher schon einmal zu 11 Monaten Gefängnis verurteilt worden wegen *„verleumderischer Diffamierung durch die Presse"*. Er legte Berufung ein und wurde freigelassen („Athinaikji", 22.3.76).

Vor einigen Wochen wurde ein Soldat von einem Kriegsgericht verurteilt, weil er einige Exemplare der liberalen Zeitung „Vima" (EDIK) und der regierungsfreundlichen „Kathimerini" besaß.

Faschisten schlagen ungehindert ihre Werbetrommel

Ein weiteres Anzeichen für die Rechtsentwicklung in Griechenland ist das ungehinderte Treiben der „Christdemokratischen Partei Griechenlands" (CHRISTEL), die vor wenigen Wochen gegründet wurde (s.AK 75). Mit dieser faschistischen Partei pflegt die westdeutsche CSU Strauss' und die italienische faschistische Partei Almirantes lebhafte Kontakte. Präsident der CHRISTEL ist der Brigadegeneral a.D. S. Dhimaratos. Er war einer der führenden Junta-Köpfe unter Papadopoulos. Dhimaratos spricht offen davon, daß Oberfaschist Papadopoulos der „wahre Vorsitzende" der Partei sei (nach „Eleftherotipia, 7.3.76).

Mitte Mai kann die CHRISTEL in Thessaloniki wahrscheinlich ihren ersten gesamtgriechischen Kongreß abhalten, dessen Hauptinhalte die Forderung nach Neuwahlen mit Verbot der Teilnahme für die KKE („Kommunistische Partei Griechenlands") und die KKE/Inland, eine Volksabstimmung über die Rückkehr von König Konstantin und die Generalamnestie für alle Faschisten sein werden.

Karamanlis und seine Gefolgsleute schauen diesem Treiben nicht nur ungerührt zu, sondern schlagen in dieselbe Kerbe, wenn es gegen die Aktivitäten der antifaschistischen Bevölkerung geht.

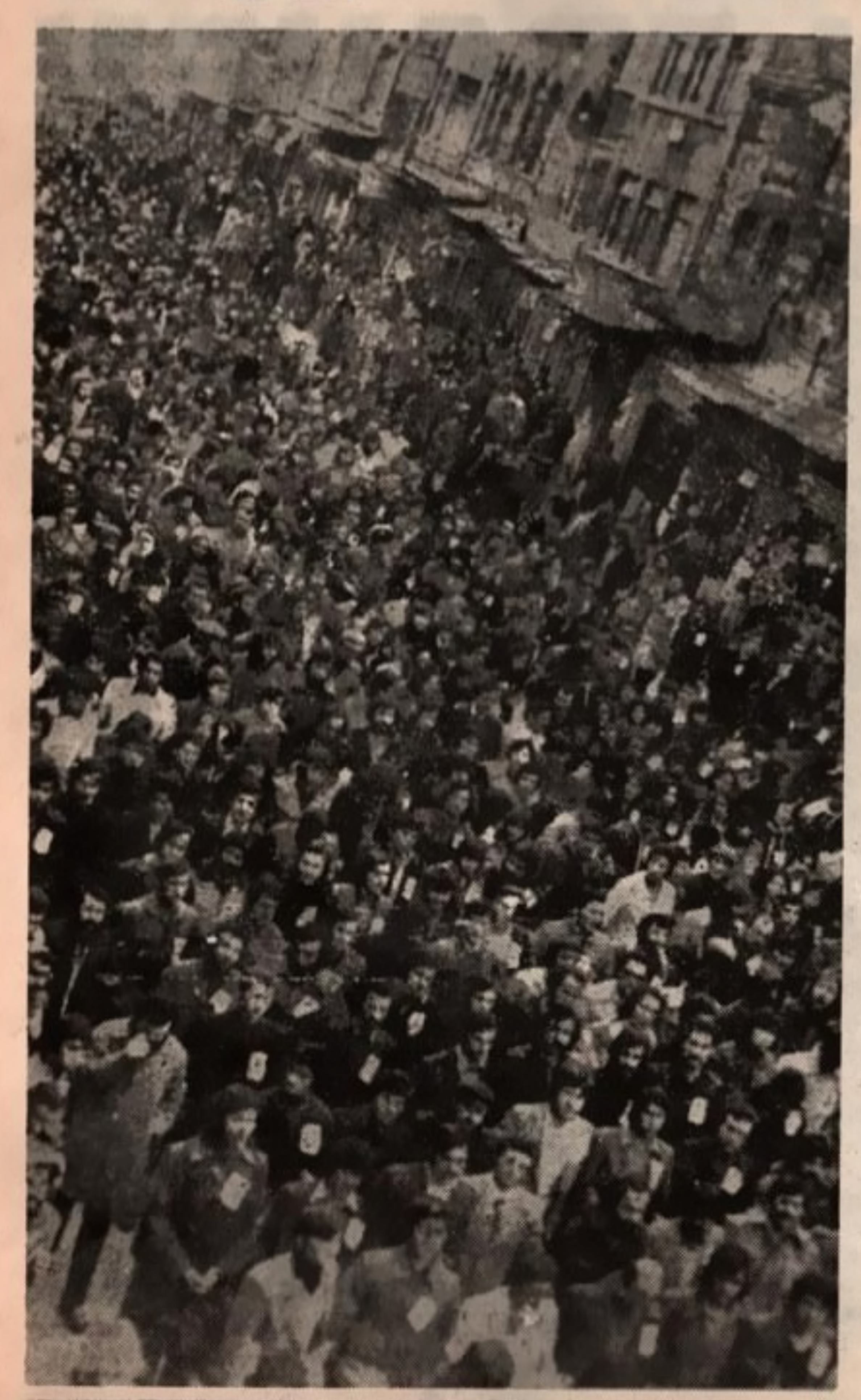
So gab die Nea Demokratika, die Partei Karamanlis, folgende Einschätzung der Situation in Griechenland: *„Wenn man in einer Klasse der Oberschule ist, glaubt man sich auf dem Roten Platz in Moskau. Alles erinnert an Volksmacht in der schlimmsten Form"*.

Und der griechische Unternehmerverband hat an die Regierung gar ein „Ultimatum" gestellt, weil *„die Unterdrückung einiger Privilegien finanzieller Art inakzeptabel seien"* und das aktuelle Klima der sozialen (!) und politischen Freiheiten (!) als „extravagant" zu beklagen sei.

Sie forderten, daß die Regierung die wilden Streiks mit den dazu notwendigen Mitteln bricht (!). (Gegenwärtig streiken in Griechenland 500 000 Werktätige). ●

Griechenland/Türkei-Kommission

Antifaschistische Massendemonstrationen in der Türkei





Am 12. März nahmen etwa 60.000 Menschen an einer antifaschistischen Massendemonstration in Ankara teil. Auch in anderen Städten, wie z. B. Istanbul und Izmir demonstrierten viele Tausende. Zu den Demonstrationen hatten verschiedene politische und gewerkschaftliche Organisationen aufgerufen.

Die Demonstrationen fanden in Erinnerung des 12. März 1971 statt. An diesem Tag lösten die Militärs in Zusammenarbeit mit dem CIA und dem türkischen Geheimdienst MIT einen Putsch aus. Alle noch legalen demokratischen und sozialistischen Organisationen wurden verboten. Tausende kamen in die Kerker und wurden gefoltert. Mehrere Genossen wurden hingerichtet.

Ziel des faschistischen Putsches war es, die breite antiimperialistische Bewegung in der Türkei zu zerschlagen. Vor dem 12. März 1971 fanden Demonstrationen mit bis zu 150.000 Menschen gegen die Anwesenheit amerikanischer Truppen in der Türkei statt. Diese Demonstrationen waren auch gegen die Arbeitslosigkeit und Verelendung gerichtet.

Am diesjährigen 12. März hatten sich die Demonstranten Bilder von Genossen an ihre Kleider geheftet, die während der Zeit der faschistischen Militärregierung von 1971 bis 1973 ermordet wurden. Die Demonstranten riefen Parolen gegen die Gefahr eines neuen Faschismus. Damit sind vor allem die faschistischen „Kommandos" des Oberst a. D. Türkesch, Vizepräsident Demirels, gemeint. Über 40 Menschen haben diese „Kommandos" in den letzten Monaten umgebracht, mehrere hundert verletzt. Die „Kommandos" ähneln insgesamt sehr den argentinischen Terrortrupps der „Antikommunistischen Allianz".

Die antifaschistischen Massendemonstrationen wurden in allen Städten von einem riesigen Polizeiaufgebot und Polizeieinsätzen begleitet. Der aufstrebenden antiimperialistischen Bewegung wird heute, wie schon vor 1971 wiederum mit der Verhängung des Kriegsrechts gedroht.

Die westdeutsche Presse verlor natürlich kein Wort über den Anlaß der Massendemonstrationen, sondern sprach nur von „Auseinandersetzungen zwischen rechts- und linksgerichteten Studenten". Kein Wunder, bemüht sich doch der BRD-Imperialismus eifrig darum, der engste Verbündete der türkischen Machthaber zu werden. Und aufgrund der wichtigen militärischen Lage der Türkei kommt dem BRD-Imperialismus die „Law and Order"-Politik Demirels sehr gelegen. ●

Griechenland/Türkei-Kommission

mus eifrig darum, der engste Verbündete der türkischen Machthaber zu werden. Und aufgrund der wichtigen militärischen Lage der Türkei kommt dem BRD-Imperialismus die „Law and Order"-Politik Demirels sehr gelegen. ●

Griechenland/Türkei-Kommission

Unterdrückung der Frauen in der Türkei

Die RegierungskoalitionDemirel geht verstärkt dazu über, Teile der islamischen Kultur für seine faschistische Herrschaft nutzbar zu machen. Vor allem die armen Bauern sollen religiös ausgerichtet werden, damit sie ihr Schicksal „verstehen" und geduldig hinnehmen. So wird von Demirel der Bau von Moscheen gefördert und Koran-Schulen werden eingerichtet, um die vielen Arbeitslosen zu „religiösen Trägern" auszubilden.

Besonders die Frauen haben unter dieser „Heilslehre" zu leiden, die sie zur Sklavin des Mannes macht, während sie dem Mann die Vielweiberei gestattet.

In einer türkischen Zeitung ist zum Jahresende eine bezeichnende Karrikatur veröffentlicht worden: Ein anatolischer Bauer läuft mit einem jungen Mädchen auf dem Arm auf seine Frau zu und sagt: „Du hast das ganze Jahr gejammert über die viele Arbeit, die schwere Tätigkeit im Haus, auf dem Hof und mit den Kindern. Ich habe gehört, daß wir jetzt im Jahr der Frau Euch helfen sollen. Ich habe mir eine junge ausgesucht,die Dir Hilfe sein soll." („Neue Zürcher Zeitung", 6.3.76).

Eine „Hilfe" ganz im Sinn des Mannes, der dadurch seine Vielweiberei noch legitimiert. Die Verachtung und die Unterdrückung, die die Frauen durch den Islam erfahren, zeigt sich bereits daran, daß die Mädchen ab 14 Jahren zum Brautkauf angeboten werden. Ganze Trupps von Vermittlerinnen suchen nach Käufern, sobald die Mädchen im „blühenden" Alter sind. Heute noch kommt es vor, daß eine Frau ihren Ehemann zum ersten Mal im Ehebett zu Gesicht kriegt.

Wenn die Frau dem Mann nicht mehr paßt, dann kann er sie davonjagen durch ein schlichtes „gehe weg" – damit ist die Scheidung vollzogen. Den Frauen steht ein ähnliches Recht nicht zu. Sie sind außerdem in jedem Fall angeschissen, da sie ökonomisch voll vom Mann abhängig sind.

Gegen diese mittelalterliche Unterdrückung der Frauen soll jetzt eine „Türkische Nationale Frauenpartei" geschaffen werden („Neue Zürcher Zeitung", 6.3.76). Ziel dieser Frauenpartei ist es, die Aufklärung der türkischen Frauen voranzutreiben. Die Frauenpartei unterstützt auch die Forderungen nach kostenloser Vergabe von Verhütungsmitteln. Wie notwendig diese Aufklärungsaktionen sind, zeigt sich schon daran, daß in einigen Gebieten der Türkei auf 50.000 Menschen ein Arzt und ein Lehrer (!) kommen. Von den Frauen sind 70 % Analphabeten. Auch die türkischen Kolleginnen in der BRD sind dem „Frauen-Ideal" des Islam ausgesetzt. Bei der Arbeit mit den türkischen Kolleginnen sollten wir diesen Aspekt besonders beachten. ●

Griechenland/Türkei-Kommission

Poker um die Ägäis

Während der am 15. März 1976 stattgefundenen Seerechtskonferenz in New York kam es zwischen Griechenland und der Türkei wieder zu handfesten Drohungen. Der griechische Verteidigungsminister erklärte, daß *„die griechische Armee zum Krieg bereit"* sei. („Frankfurter Rundschau", 19.3.76). Der türkische Vertreter meinte: „Wir lassen uns im Ägäischen Meer nicht strangulieren" (nach „Frankfurter Allegemeine Zeitung", 18.3.76). Solange die Türkei „wirtschaftlich und militärisch dazu in der Lage „sei, würde sie ihre Rechte im Ägäischen Meer verteidigen bis zur Möglichkeit eines Krieges, der den Zypernkonflikt noch in den Schatten" stellen werde („Daily News", nach „FAZ", 18. 3.76).

Einher mit diesen Drohungen laufen Manöver beider Staaten im Ägäischen Meer Hintergrund dieses Machtkampfes ist der Entschluß Athens, die Hoheitsgewässer von sechs auf zwölf Seemeilen auszudehnen. Dies würde bedeuten, daß 64 % des Ägäischen Meeres an Griechenland fallen würden (wegen der zahlreichen Inseln), während der Türkei ganze 10 % zufallen würden. Damit wollen sich die Griechen gleichzeitig einen Großteil der Ägäis-Öl-Funde unter den Nagel reissen und zudem die Türkei weiter militärisch einkreisen. Die türkische Regierung droht Griechenland demgegenüber eine neue kriegerische Niederlage an, die noch schlimmer als die in Zypern ausfallen würde. ●

Griechenland/Türkei-Kommission

Untergrundarmee für die Befreiung Armeniens rechnet mit türkischen Geheimdienstleuten ab

Am 16.2.76 erschoß ein Mitglied der armenischen Untergrundarmee den türkischen Geheimdienstler Oktar Sirit („offiziell" Erster Sekretär der türkischen Botschaft in Beirut) in

militanter Organisationen, Maueraufschriften, Autoaufkleber etc., sowie die Kundgebungen zum Jahrestag des Blutbades in Armenien vom April

Untergrundarmee für die Befreiung Armeniens rechnet mit türkischen Geheimdienstleuten ab

Am 16.2.76 erschoß ein Mitglied der armenischen Untergrundarmee den türkischen Geheimdienstler Oktar Sirit („offiziell" Erster Sekretär der türkischen Botschaft in Beirut) in
einem Flipper-Lokal in Beirut. Wie es in der Erklärung der Untergrundarmee für die Befreiung Armeniens, die in der Beiruter Zeitung „al Moharrer" abgedruckt wurde, weiter hieß, war Sirit unmittelbar nach der Erschießung des türkischen „Botschafters" in Wien von dort nach Beirut versetzt worden. Hierfür, ebenso wie für die Erschießung des türkischen „Vertreters" in Paris zwei Tage später, erklärte sich die armenische Untergrundarmee verantwortlich („Frankfurter Rundschau", 18. 2.76). Die Versetzung Sirits in den Libanon sollte sicher der besseren Bespitzelung der dort lebenden 200.000 Exil-Armenen dienen, Nachkommen der durch die Türken nach blutigen Massakern im und nach dem 1. Weltkrieg aus ihrem Land Vertriebenen.

Gerade in den letzten Jahren haben sich die politischen Aktivitäten der Armenier im Libanon verstärkt – die Entwicklung des revolutionären palästinensischen Widerstandes ist dabei sicher Vorbild. Ausdruck dafür sind die Entstehung revolutionärer,

militanter Organisationen, Maueraufschriften, Autoaufkleber etc., sowie die Kundgebungen zum Jahrestag des Blutbades in Armenien vom April
1916. Mit Sicherheit ist in Beirut ein wichtiges Zentrum des armenischen Widerstandes. Zur Erschießung Sirits kann man nur sagen: saubere Arbeit!

Die Erschießungen sind nur ein kleiner Teil des politischen Kampfes der Armenier um Selbstbestimmung und nationale Unabhängigkeit. Wie üblich berichtet aber die bürgerliche Presse nur über sogenannte „terroristische" Aktionen.

So hat sich gerade in Armenien (Osttürkei, siehe Karte) in den letzter Jahren eine revolutionäre Gruppe herausgebildet, die „Untergrundarmee für die Befreiung Armeniens – Inländisches Kommando", *„die unabhängig von allen politischen Parteien und Organisationen Armeniens arbeitet und die voranschreiten wird, indem sie ihren Kampf um Befreiung auf einer revolutionären Politik gründet, die die sehr fruchtbare und einflußreiche Form des langdauernden bewaffneten Widerstandes annimmt"* (Aus: „Aufruf an das armenische Volk", dI Nr. 18, S. 23). ●

Nahost-Kommission
KB/Gruppe Hamburg



Das armenische Volk wurde jahrhundertelang von verschiedenen Großmächten blutig unterdrückt. 1919 gründete die armenische Nationalbewegung die Republik Armenien. Zu dieser Zeit war das osmanische Reich völlig zusammengebrochen. Im Friedensvertrag von Sevres wurde Armenien als selbständig von den Imperialisten anerkannt. Die nationaltürkische Bewegung (unter Atatürk) griff 1920 die armenische Republik an und gliederte den Westteil an die Türkei an. Im (viel kleineren) Ostteil wurde die Armenische Sozialistische Sowjetrepublik gegründet, die sich der Sowjetunion anschloß.

Erste Verhaftung eines Zypern-Putschisten zwei Jahre danach

Weder die griechische Regierung Karamanlis noch die griechisch-zyprische Inselregierung unter Makarios hatten bisher an eine strafrechtliche Verfolgung der Zypern-Putschisten vom Juli 74 gedacht.

Noch am 22.3.76 wurde Karamanlis von der griechischen Opposition zu einer umfassenden Parlamentsdebatte über Zypern aufgefordert. Mit „Rücksicht auf höhere Staatsinteressen" lehnte Karamanlis die Debatte ab und weigerte sich, eine Strafverfolgung gegen den Hauptverantwortlichen des Putsch-Abenteuers, Generalmajor a. D. Ioannides, einzuleiten (lt. „Frankf. Allg. Zeitung", vom 23.3.76).

Überraschend hob Makarios in der vorletzten Woche die Amnestie gegen den rechtsextremistischen Zeitungsverleger in Nikosia, Nicos Sampson, auf. Sampson, der nach dem Rechtsputsch 1974 für eine Woche die obristenabhängige Regierung auf Zypern führte, wurde verhaftet. Ob allerdings ein formelles Strafverfahren eingeleitet wird, ist noch nicht bekannt. Wie die Athener Zeitung „Vima" meldete, habe Sampson Makarios für den Fall einer neuerlichen Amnestierung zugesagt, „geheime Dokumente", die er in seiner Eigenschaft als Präsident erlangte, und mitgehen ließ, als Gegenleistung herauszugeben. ●

Griechenland-Türkei-Kommission
KB/ Gruppe Hamburg

Gefängnisstrafen im Prozeß gegen sechs Athener Tageszeitungen

Die Direktoren der sechs Athener Tageszeitungen „Athinaikji", „Ta Nea", „To Vima", „Eleftherotipia", „Kathimerini", und „Akropolis" sind zu je vier Monaten Gefängnis verurteilt worden. Sie hatten trotz des Verbotes der Staatsanwaltschaft weitere Informationen über die Erschiessungen des CIA-Chefagenten in Griechenland, Richard Welch, veröffentlicht.

Zynischerweise gestand ihnen das Gericht „mildernde Umstände" zu: Vorher „unbescholtenes Leben" und „keine niederen Tatmotive".

Sie legten Berufung ein und wurden vorerst freigelassen („Athinaikji" vom 16.3.76). ●

Griechenland/Türkei-Kommission

Verhandlungen USA-Türkei

Letzte Woche nahm der türkische Außenminister Caglayangil die Verhandlungen in den USA um die Gewährung einer Militärhilfe und die Öffnung der Militärbasen wieder auf.

Die türkische Regierung, gestärkt durch die harte Kritik Kriegsministers Leber an der Politik der USA (siehe AK 74), forderte 1,5 Milliarden Dollar Militärhilfe pro Jahr („Frankfurter Allgemeine Zeitung", 24.3.76). Die Militärhilfe dürfe nicht an Bedingungen geknüpft sein, die US-Basen müßten einen türkischen Oberbefehlshaber bekommen und „ausgewogen" mit türkischem und US-Personal besetzt werden.

Alle Informationen der Abhörbasen müßten der Türkei zur Verfügung gestellt werden! („FAZ", 24.3.76).

Natürlich werden die US-Imperialisten die Türkei nicht auf ihren Basen als gleichwertige „Partner" akzeptieren. Um die *„für die amerikanischen Interessen in Nahmen Osten notwendige Unterstützung"* zu erlangen (so eine Kommission des Auswärtigen Ausschusses im US-Repräsentantenhaus), wollen die US-Imperialisten der Türkei immerhin 1 Mrd. Dollar Militärhilfe anbieten („FAZ" 24. 3. 76) und haben auch sicher nichts gegen etwas mehr türkische Flagge einzuwenden.

Auch die türkische Regierung hat kein Interesse daran, die US-Unterstützung zu verlieren, auch wenn sie mit der Schließung der Stützpunkte um höhere Unterstützung gepokert hat. ●

Griechenland/Türkei-Kommission

Frauenkongreß in Brüssel

GEWALT GEGEN FRAUEN

Auf dem Brüsseler Tribunal „Gewalt gegen Frauen" haben die Vertreterinnen aus 29 Ländern das breite Spektrum von Gewalttätigkeiten gegen Frauen aufgezeigt und angeklagt.

Frauen aus den lateinamerikanischen Ländern klagten die Mißhandlungen an weiblichen politischen Gefangenen an. Frauen berichteten über sexuelle Mißhandlungen, von Vergewaltigungen, unfreiwilliger Prostitution, von Zwangssterilisation.

Angeklagt wurde auch die sexuell-pornographische Rolle von Frauen in Filmen und in der Werbung, die wirtschaftliche Diskriminierung, die Unterdrückung der Frau in der Familie. Wir wollen hier in diesem Artikel nur auf einen Aspekt eingehen, der in Brüssel angesprochen wurde: Die physische Gewaltanwendung gegen Frauen. Gleichzeitig möchten wir auf den Artikel über „Vergewaltigungen" im AK 72 hinweisen, der einen weiteren Aspekt von Gewalt gegen Frauen anspricht. Denn alle 15 Minuten wird in der BRD eine Frau vergewaltigt und nur schätzungsweise jede fünfte wagt eine Anzeige.



Unter Ausschluß des männlichen Teils der Öffentlichkeit hatte in Brüssel am Donnerstag ein internationales Frauentribunal begonnen. Das Thema lautete: „Verbrechen gegen Frauen". Fünf Tage lang haben die mehr als tausend Teilnehmerinnen zum Beispiel über Frauenklaverei in Indien, Brautkauf in Israel, Zwangssterilisierung in Puerto Rico, Verfolgung von Lesbierinnen, erzwungene Mutterschaft, erzwungene Prostitution, Mißbrauch von Frauen für Pornographie und Diskriminierung der Frauen am Arbeitsplatz diskutiert. Gesellschaftlicher Höhepunkt der Veranstaltung war ein Ball, bei dem die Männer ebenfalls ausgeschlossen waren. Das Bild zeigt die Teilnehmerinnen kurz nach der Ankunft.

Die bürgerliche Ehe – Herd von Gewalttätigkeit

Die Brutalität an Frauen spielt sich neben Vergewaltigung am stärksten in der Ehe ab.

Von Prügel und Gewaltanwendung bis hin zu Morden geht die Skala: Die Mordzahl, wie Gewalt überhaupt, ist gestiegen.

Eine Statistik besagt, daß allein in den letzen zehn Monaten des Jahres '75 in Hamburg 42 Morde zu verzeichnen waren (nach

Jahres '75 in Hamburg 42 Morde

zu verzeichnen waren (nach „Hamburger Abendblatt", 4.11. 75). Nur im Jahr 1970 wurden genausoviele Menschen umgebracht, allerdings auf zwölf Monate gerechnet.

Ein wesentliches Motiv des Mannes, die Frau zu ermorden, war, wenn die Frau sich scheiden lassen wollte bzw. wenn sie gerade geschieden wurden.

Ein weiteres, sehr häufig auftauchendes Motiv ist Eifersucht, ebenso Ehestreitigkeiten verschiedenster Art. Die Morde, die an Frauen von den Ehemännern begangen worden sind, werden ziemlich milde „bestraft": Hier nur zwei Fälle:

Im November '75 wurde ein Mann, der seine geschiedene Ehefrau umgebracht hatte, zu sechs Jahren Haft verurteilt. Die Anklage belief sich nicht auf Mord, sondern auf Totschlag.

Ebenfalls im November '75 wurde ein Mann zu dreieinhalb Jahren wegen „Körperverletzung" verurteilt, weil er seine Freundin totgeprügelt hatte.

Es ist dabei gängige Praxis ... gen Mord am Ehemann von Ma-

Es ist dabei gängige Praxis, daß die Ehemänner, die ihre Frauen umgebracht haben, oftmals direkt Strafmilderung bekommen. Als „mildernder Umstand" wird z.B. berücksichtigt, daß die Frau den Mann „zutiefst beleidigt" habe und er sich in einer „Notwehr"-Lage befand – Strafe zweieinhalb Jahre.

Oder Mord ist nicht mehr Mord, sondern „Totschlag", „Körperverletzung mit Todesfolge" etc. Nun geht es uns nicht darum, insgesamt höhere Strafen zu fordern, sondern es soll hier nur der Vergleich gezogen werden, z.B. mit den Haftstrafen, die politische Gefangene wie z.B. die RAF-Genossen bekommen, wegen Delikten im bürgerlichen Sinne, die nicht Mord sind, sondern höchstens Bankeinbruch. Und ein weiterer Vergleich soll mal gezogen werden mit Strafen, die Frauen bekommen, die gemordet haben. Erinnert sei hier nur an die beiden lesbischen Frauen Judy Andersen und Marion Ihns, die wegen Mord am Ehemann von Marion Ihns zu „lebenslänglich" verurteilt wurden.

Wird nun eine Frau umgebracht, dann versucht man, ihr auch noch die Schuld an ihrem Schicksal in die Schuhe zu schieben.

„Ehefrau erdrosselt – Sie war ein Putzteufel! Ich wollte doch nur in Frieden leben." („Bild", 29.1.75) Wer hat da nicht Verständnis für den armen Ehemann, wenn diese Frau mit dem Putzfimmel ihm zuviel wird und er sie eben mal schnell umbringt.

Ein anderer Ehemann rechtfertigt die Ermordung seiner Frau damit, daß er nur alle neun Monate „lieben durfte" (15.10.75, „Hamburger Morgenpost"). Oder der wohl wesentlichste „selbstverschuldete" Grund: Die Frauen machen die Männer eifersüchtig! Und dann fühlen sie sich eben in ihrer männlichen Eitelkeit „zu Recht" gekränkt und greifen zum Messer.

Auch der „Pantoffelheld", der 26 Jahre schweigt und sich dann endlich – „wie es sich in einer anständigen deutschen Familie gehört", – gegen die unterdrückerische Frau wehrt, ist dabei („Bild", 7.11.75).

Daß er sie nun gleich umbringen mußte, ist allerdings nicht ganz so schön. Aber schließlich hat sie es ja verdient. Den Frauen macht das alles anscheinend gar nichts aus, meint die Presse, denn selbst **„mit dem Messer im Bauch sagte sie: 'Ich liebe dich'"**. Kaputt, kann man da nur sagen!

Bei alledem hat natürlich ein Unternehmerehemann noch bessere Chancen, wie das Beispiel des Chefs einer Düsseldorfer Großbank zeigt. Er hatte seine angeblich „untreue" Ehefrau erdrosselt und wurde dafür freigesprochen!!

Jede dritte Ehefrau wird in der BRD geprügelt!

Es schein heute wie im Mittelalter ein unantastbares Recht des Mannes, vor allem des Ehemannes, zu sein, seine Frau zu prügeln: Vier Millionen westdeutsche Ehemänner sollen im letzten Jahr ihre Frauen verprügelt haben! Eine andere Zahl besagt sogar, daß es in knapp der Hälfte der westdeutschen Ehen (10 Millionen) einmal im Monat Krach gibt, und in fünf Millionen Ehen endet er mit einer Prügelei.

Die Dunkelziffer über geprügelte Ehefrauen liegt schätzungsweise sehr hoch. Unterschiedliche Zahlenangaben lassen das zumindest vermuten. Auch wenn die meisten Ehestreitigkeiten mit Prügel enden, so geht die Brutalität an Frauen oft noch darüber hinaus: *„Beim Ehestreit die Frau niedergestochen"* („Hamburger Abendblatt", 20.10.75). Oder nach einem Ehestreit hat ein Mann – die Frau wollte die Scheidung – seine Frau mit Benzin übergossen und angezündet („Bild", 27.10.75). An Perversität grenzt es wohl schon, wenn hier noch behauptet wird, die Frauen hätten es nicht anders verdient bzw. Frauen liebten Prügel!

So würden die Frauen sogar nach einer Abreibung vom Ehemann noch zur „Liebe" bereit sein, behauptet die „Bild".

Einer dieser Frauenfeinde ist auch der Kölner Psychologe Buff, aus der evangelischen Ehe- und Familienberatungsstelle.

Er weiß angeblich von einer *„ganzen Menge Frauen, die geprügelt werden"*. Doch er betont, daß ihn das *„nicht interessiert"*, denn *„Prügel gehört eben zur Kommunikation unter Eheleuten"*! Wie oft wohl der Herr Pfarrer seine Ehefrau zwecks besserer Kommunikation verprügelt?

Solche bemerkenswerten Erkenntnisse gehen einher mit der Überlegung, daß die Frau Prügel wohl schon zurecht verdient hat, denn „jede Ohrfeige hat ihre Vorgeschichte. Wenn sie ihn piesackt, kann man das ja verstehen" ?! ... Dieses Verständnis findet sich öfter in den Köpfen der Männer, zumal sie aufgrund ihrer körperlichen Überlegenheit meist besser dabei abschneiden. Einige Psychologen sehen die Sache dann auch ganz „wissenschaftlich", nämlich, daß Frauen „eher das Bedürfnis haben, geschlagen zu werden" – so der Psychologe und Frauenfeind Erwin Heep von der katholischen Eheberatungsstelle Köln.

Demnach haben sowohl das masochistische Opfer, als auch der sadistische Ehemann „etwas davon"?! ...

Unserer Meinung nach sind die Frauen nicht masochistisch und die Männer auch nicht sadistisch. Nur ist doch einfach zu sehen, daß den Männern diese Gesellschaft ständig das Bild vom starken Mann, der jede Frau kriegen kann und beliebig behandeln kann, vorgeführt wird, und ein Bild von der Frau, die dem Manne „untertan" ist, ihm gehorcht und schließlich auch noch sexuelle Lust empfindet, wenn er sie quält. Wir brauchen da gar nicht weit in wissenschaftliche Untersuchungen zu gehen,

Untersuchungen zu gehen,

sondern brauchen nur in die Bücher, Romane, Werbung und Film zu sehen, wo oftmals genau dieses Frauenbild und damit auch Männerbild gezeigt wird. Erinnert sei hier nur an die ganzen Porno-Filme, im besonderen an die „Geschichte der O". Die meisten Gewalttaten, die an Frauen von den Ehemännern oder Freunden verübt werden, geschehen unter dem Mantel der „Privatsache" und „Familienangelegenheit". Tatsächlich hat juristisch der bürgerliche Staat das Eingreifen in solchen Fällen nicht vorgesehen: Die Strafprozeßordnung erklärt Mißhandlungen zwischen Eheparnern zu einem Privatdelikt. Das bedeutet: Ruft eine bedrohte oder mißhandelte Ehefrau die Polizei, wird sie oft scheinheilig abgewiesen.

Die Polizei greift oft nur ein, „...wenn ein unmittelbarer Notstand besteht. Sie leben ja noch ..."

Welche Konsequenzen so ein Verhalten hat, zeigt z.B. eine Meldung vom 22.1.75:

„Nach einer vergeblichen Bitte um Polizeischutz wurde in München eine 22jährige Frau von ihrem Mann erschossen.

Das Verweigern des Polizeischutzes wurde vom Münchner Polizeipräsident damit begründet,

Forts. Seite 21

Kenia: Prügelnde Ehemänner!

„Durch die allgemeine Frauenbewegung" seien die Frauen *„überheblich"* geworden, *„ohne daß ihre Gleichwertigkeit bewiesen ist"*. Dieser Hammer könnte auch auf dem Mist von bundesrepublikanischen Frauenfeinden gewachsen sein, stammt diesmal aber aus Kenia: *„Der Anführer einer der größten Stammesorganisation, der Luo-Union hat den Generalstaatsanwalt des Landes aufgefordert, die täglichen ‚kleinen familiären Auseinandersetzungen' wieder in ‚traditioneller Art' erledigen zu lassen. Sein Argument: ‚Wir verlieren unsere Kultur, indem wir den Westen kopieren.' Denn: ‚Wenn heutzutage eine Frau verprügelt wird, rennt sie sofort zum Richter.'* " („Hamburger Abendblatt", 3. 2. 76).

Bestraft wird nur ...

1

DER TAGESSPIEGEL

Tierarzt in Bonn von Mordanklage freigesprochen

Bonn (ddp). Das Bonner Schwurgericht hat am Donnerstag den aus Lübeck stammenden 37jährigen Tierarzt Horst Witte von der Anklage des Mordes freigesprochen. Witte, gegen den die Staatsanwaltschaft acht Jahre Freiheitsentzug gefordert hatte, wurde nach dem Urteil sofort aus der Untersuchungshaft entlassen. Ihm war vorgeworfen worden, am 15. März 1972 im Parasitologischen Institut der Bonner Universitätsklinik seine Kollegin und langjährige Geliebte, die 26jährige Chemielaborantin Gerlinde Münch, mit neun Messerstichen getötet zu haben. Vor der Tat war es zu schweren Auseinandersetzungen zwischen beiden gekommen. Als die 26jährige ihrem Freund die Geschenke mit der Bemerkung „hier hast du deinen Kram" zurückgab, hatte sich Witte laut Beweisaufnahme mit einem Messer auf sie gestürzt und getötet. Das Gericht begründete sein Urteil auf Freispruch damit, daß nach ärztlichem Gutachten nicht ausgeschlossen werden könne, daß der 37jährige zum Zeitpunkt der Tat voll unzurechnungsfähig gewesen sei. Während des Prozesses hatte der Gutachter, Professor Witter, erklärt, die Tat sei eine „Primitivreaktion" gewesen, an der das Opfer mitschuldig gewesen sei. Der Mord sei für den Angeklagten „völlig wesensfremd".

Freispruch für den Mann, der seine geliebte Frau erschoß!



Erschossen: Brigitte Kasprowicz

Sichtlich erschüttert vernahm in Moabit der 35jährige Tiefbauarbeiter Peter Kasprowicz das Urteil des Schwurgerichts: Freispruch von der Anklage des Totschlags!

Am Abend des 9. Juni 1974 hatte Kasprowicz seine drei Jahre jüngere Ehefrau Brigitte, durch vier Schüsse aus einem Kleinkalibergewehr getötet.

„Es ist nicht auszuschließen, daß der Angeklagte die Tat im Zustande der Zurechnungsunfähigkeit beging", hieß es zur Begründung des Freispruchs.

„Infolge höchster Erregung war sein Hemmungsvermögen möglicherweise völlig ausgeschaltet."

Kasprowicz wurde sofort aus der Haft entlassen.

Für den unbefugten Waffenbesitz bekam er acht Monate Freiheitsstrafe mit Bewährung.

„Kastastrophale eheliche Verhältnisse führten zu der Tat. Die Verhältnisse gingen von der Frau aus", stellte das Schwurgericht fest. „Die Frau trank. Der Ehemann wusch, nähte, machte sauber. Die Frau griff ihn mit Beschimpfungen und Tätlichkeiten an. Er ließ alles über sich ergehen, um die Ehe zu retten. Er liebte seine Frau."

Der Tat war ein Streit vorangegangen, bei dem die Frau dem Mann die Brille wegnahm.

Das Schwurgericht: „Die tiefe Demütigung durch die Ehefrau verursachte bei dem angetrunkenen Angeklagten eine Bewußtseinsstörung." H. K.

Forts. von S. 20

daß das zerstrittene Paar zwar getrennt lebte, aber noch verheiratet gewesen ist. Bei einer solchen zivilrechtlichen Auseinandersetzung dürfte die Polizei nicht eingreifen".

Eine mißhandelte Ehefrau, will sie vor dem Gesetz Recht bekommen bzw. sich auch nur rechtlich gegen ihren Mann wehren, muß

... wer Tiere quält!

2

Katze aus dem 4. Stock geworfen

rb. **Berlin, 18. Februar**

Aus dem Fenster seiner Wohnung im vierten Stock warf im August 1974 ein 20jähriger Tierquäler eine kleine Katze in den Hof. Nachbarn alarmierten die Feuerwehr und ließen die schwer verletzte Mieze ins Tierheim Lankwitz bringen. Ob sie dort gerettet werden konnte, war gestern im Prozeß gegen den Hilfsarbeiter nicht mehr festzustellen. Der Richter aber machte etwas anderes klar: Der Angeklagte muß 400 Mark Buße an den Tierschutzverein zahlen. !

Tierquäler darf fünf Jahre keinen Hund mehr halten

ner. **Pirmasens,** 18. Februar

Ein 26jähriger Arbeiter aus Pirmasens muß einen Monatslohn (750 Mark netto) Strafe zahlen und darf fünf Jahre lang keinen Hund halten; er lang keinen Hund halten; er hat seinen Schäferhund „Greif" qualvoll verhungern lassen. Er kettete das Tier an die Laube in seinem Schrebergarten an und gab ihm drei Monate lang nichts zu fressen. Amtsrichter Gabler (57), Besitzer eines Dackels: → „Eigentlich dürfte so ein Mann nie wieder einen Hund haben."

sie schon diverse Bittgänge unternehmen. Mit ihren Klagen werden die Frauen an einen „Schiedsmann" verwiesen, der die Frage von Schuld letztlich zu entscheiden hat. Hier ein Beispiel: Eine Frau hatte sich von ihrem Arzt zwar die Würgemale attestieren lassen, die ihr Mann ihr zugefügt hatte, doch bemängelte der Schiedsmann im Rheinland das Fehlen von Fotos als „Beweismittel" ...

Nicht selten wird bei dem Schiedsmann ein „Sühnetermin" vereinbart, der in den meisten Fällen „Erfolg" hat – bis zum nächstenmal ...

Eine öffentliche Anklage gegen die Gewalt an Frauen wird immer dringender. Der Kongreß in Brüssel ist dazu ein Schritt gewesen.

Ansonsten versucht die bürgerliche Moral und mit ihr die Politiker, dieses Problem totzuschweigen.

In Hamburg erfuhr man erst von der Existenz eines Heimes für Frauen, die von prügelnden Ehemännern oder Vätern davongelaufen sind, als dieses Heim unter den Rotstift der Sparpolitik kam und geschlossen werden sollte (Uferstraße). Eine Reihe von Protesten hat diesen Plan vorläufig verhindert. Der „Vorwärts" vom 11. März weiß zu berichten, daß man in Köln erst nach mühsamen Umwegen von der Existenz dreier Heime erfährt, in denen hilfesuchende Frauen und Mädchen, darunter Ehefrauen mit Kindern, eine Bleibe finden können.

Im offiziellen Verzeichnis der Stadt über sämtliche Beratungsstellen in städtischen oder freien Trägerschaften, fehlen diese Heime....

In Westberlin und anderen Städten haben sich Frauengruppen dieses Problems angenommen. So haben z.B. in Westberlin engagierte Frauen dem Senat einen detaillierten Plan für ein Projekt „Frauenhaus" unterbreitet. In diesem Papier wird unter anderem beklagt, daß in der bundesdeutschen Forschung das Thema „psychische Gewalt gegen Frauen" bisher völlig ignoriert wurde.

Angeblich „aus Kostengründen" wurde dieses Projekt vom Senat abgelehnt! ●

Arbeitsgruppe Frauen
KB/Gruppe Hamburg

Im Fall Patrica Hearst: Ein Urteil, das nicht nur Patrica trifft

Im AK 75 berichteten wir über den Fall Patrica Hearst. Dort brachten wir die Einschätzung, daß der ganze Rummel, der von der Familie Hearst mit reichlich vielen Dollars gemacht wird, daß die ganze Publicity-Kampagne, daß die ganze Verlogenheit und Affenliebe der Eltern, daß die ganzen „wissenschaftlichen" Untersuchungen (bis hin zur Androhung, Patrica ins Irrenhaus zu bringen), und daß auch die ganze Anwalts-Mafia mit ihrem Aufwand, der Angeklagten nicht für fünf Pfennig weiter helfen können.

Sondern ganz im Gegenteil, daß dieser Prozeß auf Kosten von Patrica Hearst geführt wird.

Die Meinung, sie sei von ihren Entführern einer „Gehirnwäsche" unterzogen worden, trifft wohl eher auf die jetzige Situation zu.

Gleichzeitig wurde von uns darauf hingewiesen, daß dieser Trubel Patrica Hearst auch juristisch nicht viel bringen wird, sondern ganz im Gegenteil die kleinbürgerlichen Geschworenen mit ihrem ganzen scheindemokratischen -juristischen Gehabe sich durch diesen bourgeoisen Aufwand provoziert fühlen und daß angesichts des von der Hearst-Familie inszenierten Spektakels der bürgerliche Staat sich kaum ein „mildes" Urteil erlauben könnte.

Es wurde von uns ein hartes Urteil erwartet.

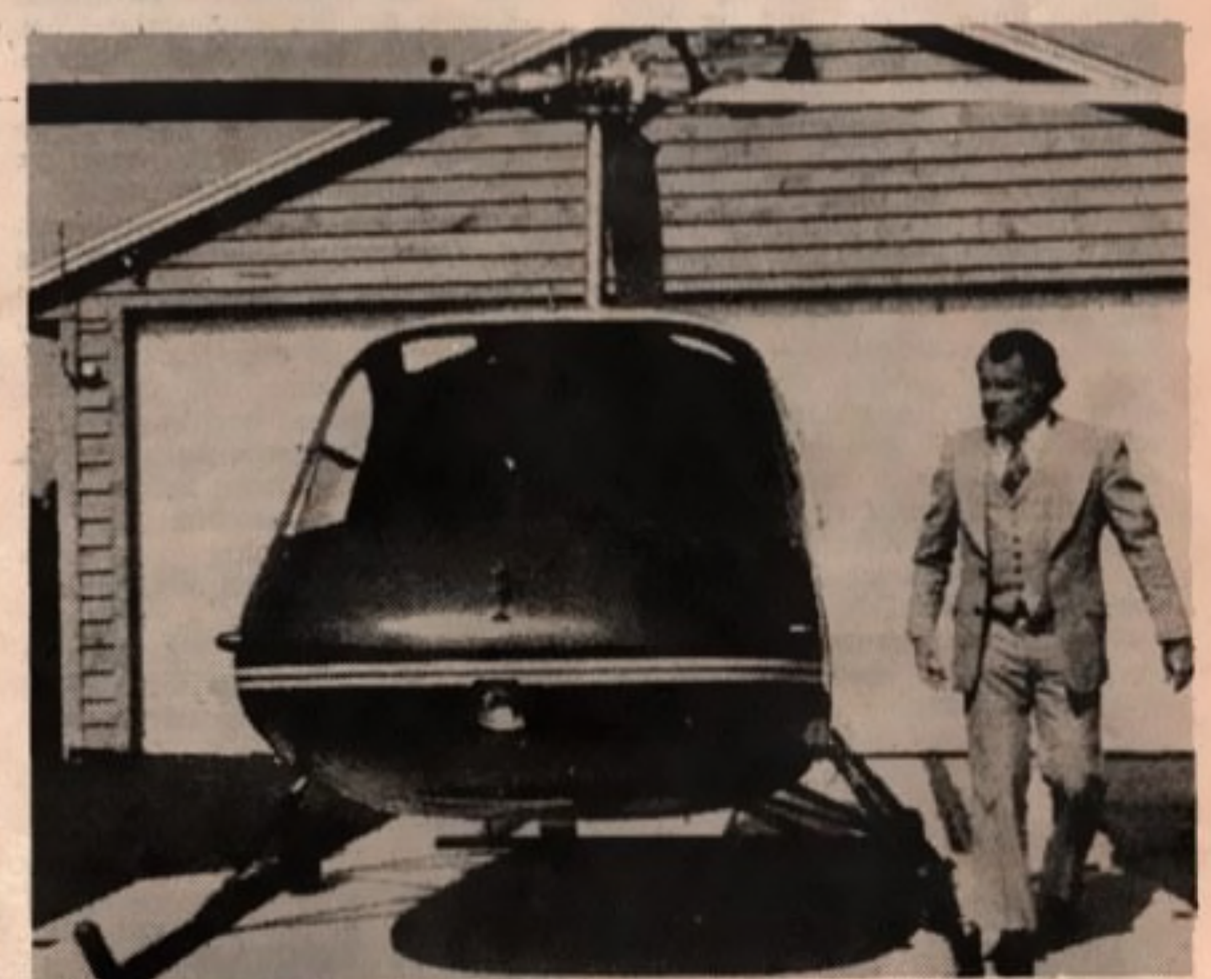
Am 21. März wurde der Spruch der Geschworenen verkündet. Die zwölf Geschworenen erklärten P. Hearst für „schuldig". Das heißt, ihr drohen für einen angeblichen Banküberfall 35 Jahre Haft. Das genaue Strafmaß soll im April verkündet werden. Über die unmittelbare Funktion hinaus, eine angebliche Revolutionärin zu verurteilen, ist dieses Urteil auch ein Urteil zur Einschüchterung der revolutionären Linken in den USA.

Der Prozeß

Die Anklage belief sich wesentlich auf den Punkt des bewaffneten Banküberfalls.

Der Angelpunkt dabei war die Frage, ob Patrica Hearst freiwillig an den Aktionen der SLA (Symbionistische Befreiungs-Armee) beteiligt war oder nicht.

Die Verteidigermafia, bestehend aus dem berüchtigten Anwalt Lee Barly und sechs weiteren „Staranwälten", hatten sich für den Prozeß ein ausgeklüngeltes „Konzept" ausgearbeitet: Sie trugen die altbekannte Story vor, daß Patrica Hearst einer Gehirnwäsche unterzogen und sexuell mißbraucht worden sei. Zu beiden Punkten mußte Pat Hearst in unmenschlicher Art und Weise Stellung nehmen.



Anwalt F. Lee Baily, ein berüchtigter Mann: Nach Ansicht der US-Presse ist der publicitybewußte Typ auf dem Wege, „der größte Strafverteidiger des Landes" zu werden. Sein Honorar ist auch entsprechend. Die Schätzungen gehen von einer bis zu zwei Millionen Dollar. Einer seiner letzten Kunden, den er vor Gericht „herauspaukte", hatte ihn kurzerhand zum Chef seiner Hubschrauberfirma gemacht. Es war der ranghöchste mitverantwortliche Armeeoffizier des US-Massakers von My Lai: Ernest Medina!





Die Schwimmhalle des Zeitungszaren: Es ist ein römisches Bassin (800.000 Liter), ganz ausgelegt mit Mosaiken aus blauem venezianischen Glas, das mit 22-karätigem Gold dekoriert ist. Irgendwo muß man sein Geld ja anlegen!

Drei „Experten" auf dem Sektor der Psychologie traten in dem Prozeß auf.

Professor West:
Er hatte amerikanische Piloten „studiert", die im Korea-Krieg in Kriegsgefangenschaft geraten waren (Die „Gehirnwäsche"-Märchen kommen aus dieser Tradition).

Professor Orne:
Er ist „Spezialist für die Entdeckung falscher Behauptungen".

Und Professor Lifton:
Er hat sich angeblich mit „chinesischen Methoden der Zwangsumkehrung" von Gefangenen beschäftigt.

In teilweise tagelangen verhörartigen Gesprächen, Tests usw. kamen die Gutachter dann zu dem Urteil: „Bei Patrica Hearst hat eine Auswaschung der Persönlichkeit durch Zwang und Folter stattgefunden"!

Der zweite Punkt der Verteidigung, die angebliche Vergewaltigung in einer Wäschekammer, wurde ebenfalls schweinisch behandelt: Nicht nur, daß Patrica H. diesen Vorgang immer wieder erzählen mußte – nein, die ganze Sache wurde sexgierig ausgemalt. So wurde sie gefragt, ob sie nun einmal oder 100 mal vergewaltigt worden sei, ob auf dem Fußboden oder wo sonst? Man einigte sich auf 100 mal und auf dem Fußboden ...

Offensichtlich reichte die Vorstellungskraft der Herren Richter und Geschworenen nicht aus; jedenfalls mußte man sich die besagte Wäschekammer noch einmal genau ansehen.

An die Kräfte der physischen Existenz von Patrica reichte wohl das 20minütige Feuergefecht, bei dem über 500 schwerbewaffnete Polizisten den angeblichen Unterschlupf der SLA überfallen hatten. Bei dem Polizeiüberfall brannte das Haus völlig nieder und sechs Menschen kamen dabei um.

Daß diese Filmaufzeichnung auch über alle Fernsehstationen nochmals lief, ist ein weiteres Zeichen dafür, daß mit dem Prozeß einher eine üble „Terroristen"hetze geht. Demnächst wird Patrica Hearst den Justizbehörden von Los Angelos überstellt werden.

Dort wartet eine elf Punkte umfassende Anklage auf sie.

Vor allem der Entführung, des bewaffneten Raubes und des tätlichen Angriffes wird sie beschuldigt.

Arbeitsgruppe Frauen
KB/Gruppe Hamburg ●

Diese Leute können es sich leisten!!!

Wer sind eigentlich die Hearst? Eines der reichsten und einflußreichsten Familien in den USA.

Schon der Großvater von P. Hearst war der „Zeitungskönig" Amerikas. Heute besitzen sie neben Rundfunk- und Fernsehanstalten sechs Tageszeitungen mit insgesamt 1,6 Mio Auflage sowie zehn Magazine mit 12,5 Mio Auflage.

Nicht nur in Europa gibt es Pomp und Prunk, selbst in den USA ist „barock" modern.



Ein Dom im spanischen Stil? Nein, es ist nur das Portal des Schlosses der Hearst an der Pazifischen Küste. 160 Mio. Mark kostete das Ding. Dieses 100-Zimmer-Schloß, in dem es mal 60 Diener gab, wurde von den Hearst so mal eben an den Staat Kalifornien verschenkt.



Am 17. Mai 74 überfielen 500 schwerbewaffnete Polizisten ein angebliches SLA-Lager und schossen es in Brand. Sechs Bewohner starben.

DruPa, Hamburg

Die Frauen austricksen? – Das läuft nicht!

Wir berichteten im AK 74, daß die Delegierten am 9.2. den Antrag fortschrittlicher Kolleginnen auf eine IG-Druck-Frauenveranstaltung mehrheitlich unterstützten und beschlossen. Die Freude darüber war zunächst nur kurz. Als am 25.2. die Frauen, die den Antrag eingebracht hatten, beim Frauenausschuß erschienen, trafen sie dort die Frauenverantwortliche der DruPa in einem kleineren Kreis älterer Kolleginnen.

Prompt entdeckte die Frauenverantwortliche ein „Generationsproblem" und kritisierte die „ungeduldige Jugend". Aber offensichtlich hatte Gertrud Hopp deren Kommen schon längst ungeduldig erwartet, denn sie hatte sich bereits mit dem Ortsvorstand darauf vorbereitet. Zur allgemeinen Verblüffung erklärte sie, daß der Frauenausschuß mit dem Vorstand beschlossen habe,

- daß der Frauenausschuß allein das Flugblatt mit dem Vorstand erstellen würde;
- daß der Kinderhort in Frage gestellt sei, angeblich wegen Versicherungsfragen .
- daß die Frauenverantwortliche Kessler das Einleitungsreferat halten würde; sie habe auf „alle Fragen eine Antwort";
- Frauen dürften nur an der Veranstaltung teilnehmen, wenn sie Gewerkschaftsmitglieder sind.

Dazu meinte G. Hopp arrogant: Eine Kollegin, die nicht über die Probleme am Arbeitsplatz, sondern erst durch eine solche Veranstaltung für die Gewerkschaft gewonnen werde, könne ihr leid tun!

Die Kolleginnen beantragten deshalb auf der Delegiertenversammlung am 15.3.76 nach diesen Erfahrungen mit dem Frauenausschuß, daß die Delegiertenversammlung einen Ausschuß zur Vorbereitung der Veranstaltung wählen solle.

Der Vorstand und die Rechten mochten sich allerdings nicht offen gegen eine Frauenveranstaltung stellen, sondern brachten „listig" den Antrag ein, daß die Delegiertenversammlung sich nicht mehr mit der Veranstaltung befassen solle, da dies ein „Eingriff" in die Arbeit des Frauenausschusses sei und daher nicht zulässig sei.

Dieser Antrag fand die Mehrheit der diesmal reichlich mobilisierten Rechten.

Die Gewerkschaftsführer hoffen offenbar, daß, wenn über den Frauenausschuß der Veranstaltung einige Steine in den Weg gelegt werden, die Frauen ablassen werden, auf der Durchführung zu beharren.

Hier dürften die Gewerkschaftsführer wohl ein Opfer ihrer Unterschätzung der Frauen werden!! ●

Genossinnen des Druckbereichs KB/Gruppe Hamburg

Sind ledige Mütter „Menschen 2. Klasse"?

Kürzlich erfuhr ich von den Schikanen, die eine nicht verheiratete Mutter über sich ergehen lassen mußte. Hierfür zwei Beispiele:

An den Kinderwagen hatte sie einen Aufkleber angebracht: „Mein fester Wille – nie ohne Pille!" Aufgrund einer Denunziation durch Nachbarn sah sich das Jugendamt veranlaßt, ihr deswegen einen Hausbesuch abzustatten, um das Kind auf „Verwahrlosung" zu überprüfen. Wenn in „gutsituierten", „normalen" Familien die Kinder geprügelt oder noch stärker mißhandelt werden, kümmern sich die Behörden noch lange nicht darum. Handelt es sich aber um eine ledige Mutter, die ihrer eigenen Mutterschaft zudem noch kritisch gegenübersteht, wird der geringste Anlaß genutzt, um ihr auf die Finger zu sehen – immer mit der Drohung im Hintergrund, ihr das Kind wegzunehmen und in ein Heim zu stecken, „da weitere Verwahrlosung droht".

Der Vater des Kindes erhielt von der Behörde einen Fragebogen „zur Feststellung der Vaterschaft". Diese stand nie in Frage und wurde auch nie angezweifelt. Der Fragebogen enthielt u.a. die Frage, wann der erste und der letzte Geschlechtsverkehr stattgefunden habe – eine Frage, die mit der Anerkennung der Vaterschaft hier überhaupt nichts zu tun hat und nur eine freche behördliche Einmischung in die allerprivatesten Angelegenheiten bedeutet. Offenbar geht die Behörde davon aus, daß ledige Mütter und Väter unehelicher Kinder kein Anrecht auf die sonst gern beschworene „Intimsphäre" haben?! ●

Eine Genossin aus Oldenburg

„Wehe den Männern"

Diesen Ausruf machte die Schriftstellerin und Lebensgefährtin des französischen Philosophen Satre, Simone de Beauvoir, und fügte hinzu: „Wehe, wenn sie sich einmal vor einem weiblichen Gericht verantworten müßten!" Über 300 Frauen werden jedes Jahr in Frankreich wegen Abtreibung verurteilt und niemals befanden sich unter den Angeklagten, die vor Gericht standen, Frauen von Richtern oder Ministern – immer waren es nur Arbeiterinnen, Angestellte oder Hausfrauen!

Auch für die französischen Frauen gilt:

„Fristenlösung hat kein' Zweck – der Klassen-Paragraph muß restlos weg"! ●

„Bundeswehr als Ehestifter"

„*Wehrunwillige Jünglinge*", so das „Hamburger Abendblatt" vom 4.2.76, sollten heute unbedingt heiraten, um sich vor der Einberufung zum Wehrdienst zu retten. Die Bundeswehr könne sich heute vor Wehrpflichtigen kaum retten und würde deshalb die „billigen Ledigen" vorziehen.

Aber: „*Schließlich dient auch der Ehemann dem Staat auf seine Weise: Je zahlreicher die Hochzeiten, desto zahlreicher die Babys. Mehr Babys aber bedeuten für den Staat weniger Sorge um die Überalterung*" (dto.). Wirklich tolle Tips, da schlagen sie gleich zwei Fliegen mit einer Klappe, denn sicher soll dieser „Trick" angeblich nicht sein!... ●

Lüneburg

Auseinandersetzung mit dem KBW zur Frauenfrage

Am 21.2. wurde in Lüneburg vom KBW-Komitee („Initiative") mit knapp 50 Menschen eine Demonstration gegen den § 218 durchgeführt. Vorausgegangen waren Aktionseinheitsgespräche. Dabei hatten die KBW'ler von vornherein auf ihrer spalterischen Forderung nach Ausschluß der Befürworter der Fristenlösung von der Demonstration bestanden. Außerdem wollten sie vereinbaren, daß keine teilnehmende Gruppe auch nur ein Wort der Kritik an der KBW-Forderung nach „Volksentscheid" äußern dürfe.

Dieses Vorgehen traf sogar bei den Mitgliedern der KBW-„Initiative gegen den § 218" auf Widerstand. Um diese Auseinandersetzung und auch weitergehende Fragen zu diesem Thema nicht nur auf Delegiertenebene zu führen, lud die KB-Gruppe **a l l e** Betroffenen und Interessierten ein. Die Diskussion kam sofort auf den Punkt: Frauengruppen.

In der „Initiative" hatten die KBW'ler das bislang so dargestellt, daß Frauen im KB ausschließlich **n u r** Frauengruppen bilden sollen.

Dazu steht in der Ortsbeilage der „KVZ": „*Der KB will die Frauen in Frauengruppen s t e c k e n (!!), diese sind ‚Diskussionsklüngel und Selbsterfahrungs(!)gruppen' – was anderes kann man sich darunter n i c h t vorstellen*".

Neben diesen Lügen haben die KBW'ler aber auch andere „Argumente":

Frauengruppen seien eine Spaltung der Arbeiterklasse, deren Einheit man ja gerade im Kampf herstellen müsse.

Ein anderes „Argument", bei dem es aber selbst unter den KBW'lern Widersprüche gab bzw. einige nicht wagten, es offen zu vertreten, war: **daß es die Unterdrückung der Frauen doch gar nicht mehr gibt.**

Hier das schlagende Beispiel eines KBW'lers:

„Jeden Samstag sieht man auf auf dem Markt Frauen die schwersten Taschen schleppen – da muß doch jeder Mann merken, wie stark Frauen sind und wird sie auch nicht unterdrücken".

Besonders entrüstet reagierte der KBW, als eine Frauengruppe den Vorschlag auf den Tisch brachte, gemeinsam etwas gegen den gerade angelaufenen „Geschichte der O."-Film zu unternehmen. Gegenargument: Da könnte man ja „gegen jeden Porno Sturm laufen"; außerdem: „Arbeiter gehen da nicht rein" und: „Ich habe hinterher keine gefolterte Frau in der Stadt schreien gehört"!

Zwei Frauen haben nach der Diskussion sofort die Konsequenzen gezogen – sie arbeiten jetzt fest mit uns zusammen. Weiter so! ●

KB-Gruppe Lüneburg

8. März in Italien

Am 8. März, internationaler Frauentag, fanden in zahlreichen Städten Italiens Demonstrationen, Kundgebungen und Saalveranstaltungen statt.

Im Zentrum der Demonstrationen stand der Kampf gegen das Abtreibungsverbot, unter der Parole „L'utero e mio e lo gestisco io" (etwa: Mein Bauch gehört mir, darüber entscheide **i c h !**). Es kamen auch sehr witzige Parolen auf, wie: „Se Paolo VI avesse l'utero l'aborto sarebbe un Sacramento" (etwa: Wenn der Papst Kinder kriegen könnte, wäre die Abtreibung ein Sakrament).

So waren es in Rom 5.000 Frauen, die sich an einer von Frauengruppen und linken Organisationen durchgeführten Demonstration beteiligten. Mehrere Tausend Menschen nahmen auch an einer Demonstration teil, zu der der revisionistische Jugendverband FGCI aufgerufen hatte.

In Mailand hatten die Gewerkschaften zur Demonstration und zu einem Proteststreik für das Recht der Frauen auf Arbeit aufgerufen.

In Turin demonstrierten 4.000 Frauen, in Neapel mehrere Tausend, in Verona 1.500, in Empoli bei Florenz 3.000, in Palermo (Sizilien) auf einer zentralen Demonstration über 2.000, in Genua auf einer vom revisionistischen Frauenverband UDI organisierten Demonstration 2.000, sowie zahlreiche kleinere Demonstrationen.

Weitgehend erwies es sich aber offensichtlich, daß a u ß e r h a l b der Revisionisten bzw. der Gewerkschaften fast keine proletarischen Frauen zu mobilisieren waren, sondern die Züge fast ausschließlich von Schülerinnen und Studentinnen gebildet wurden (soweit nicht Revisionisten und Gewerkschaften beteiligt waren). Zu Auseinandersetzungen kam es vielfach, weil männliche Kollegen und Genossen, die sich den Demonstrationen anschließen wollten, kurzerhand aus den Zügen entfernt wurden, oft handgreiflich von den weiblichen „Ordnungsdiensten". Bei den Frauengruppen bestand weitgehende Einigkeit, „reine Frauendemonstrationen" zu machen. So hatten diese Demonstrationen nicht nur (klassenmäßig) einen kleinbürgerlichen, sondern auch einen stark sektiererischen Aspekt.

Bemerkenswert ist die Haltung der linken Organisationen zu diesem Thema: „Feminismus" ist Trumpf. Was die PdUP („il manifesto") angeht, die ohnehin einen starken Stich ins kleinbürgerlich-intellektuelle Milieu hat, so kann man ohne Übertreibung sagen, daß sie sich in den „feministischen" Eskapaden geradezu suhlt und voll in ihrem Element ist.

Die kommunistische Organisation Lotta Continua hat am 6. Dezember letzten Jahres große Empörung verursacht, als sie unbedingt an einer als „reine Frauendemonstration" angekündigten zentralen Demonstration von Frauengruppen in Rom teilnehmen wollte, wobei es teilweise zu Prügeleien und üblen frauenfeindlichen Sprüchen männlicher LC-Genossen kam. Seit diesem 6. Dezember scheint die Führung von LC offenbar „Buße" getan zu haben (es wurde auch eine öffentliche Selbstkritik geübt), und seither toben sich ungehindert die „Feministinnen" auf den Seiten der Tageszeitung „Lotta Continua" aus, bis hin zur Forderung nach einer „Diktatur der Frauen über die Männer" als sozusagen zweite Phase nach der Diktatur des Proletariats.

So wird denn auch in der Berichterstattung von „Lotta Continua" zum 8. März ganz stolz vermeldet, wo es überall den weiblichen „Ordnern" gelungen ist, männliche Kollegen und Genossen aus den Demonstrationszügen zu jagen. Und über die Demonstration in Neapel findet sich gar der denkwürdige Kommentar: **„Die Teilnahme männlicher Genossen ist ein Anzeichen für die mangelnde Klarheit unter den Studentinnen".** Das steht in einer **k o m m u n i s t i s c h e n** Zeitung, die doch die Aufgabe hätte, an der **S p i t z e** zu gehen, statt im Nachtrab der letzten „feministischen" Eskapaden zu trotten!

Ganz sicher ist, daß der in Italien als letzter Schrei entdeckte „Feminismus" eine objektive Basis hat in der besonders starken Unterdrückung der



italienischen Frauen und Mädchen – gerade in den „gutbürgerlichen" Familien – und in der krass frauenfeindlichen Haltung vieler italienischer Männer, offenbar auch unter den Genossen. Was sich am 6. Dezember abgespielt hat, scheint auch zum Alltag nicht weniger italienischer Genossen-Paare zu gehören – Beschimpfungen und Schläge für die Frauen...

Insofern ist der 6. Dezember aber auch die andere Seite der Medaille zum totalen Gewährenlassen und Eingehen auf die die kleinbürgerlich-feministischen Modetorheiten, d. h. der Haltung, sich die Genossinnen jetzt erst einmal so richtig „austoben" zu lassen.

Zu befürchten ist, daß auf diese Weise die in Italien in Gang gekommene Frauenbewegung weitgehend als eine kleinbürgerlich-demokratische Selbstbefreiungs-Bewegung von Schülerinnen und Studentinnen ihre Grenzen finden wird, während die **p r o l e t a r i s c h e n** Frauen nicht aus dem Bannkreis des Reformismus und der revisionistischen Partei (bzw. häufig auch der katholischen Kirche) geholt werden können. ●



Internationaler Frauentag in Cuba

In allen Provinzen Cubas wurde am 8. März der Internationale Frauentag gefeiert.

Vorbereitet worden war er von der Frauen-Massenorganisation FMC, den lokalen Partei- und Gewerkschaftssektionen.

Die Hauptschwerpunkte bildeten:

- Solidarität mit den angolanischen Frauen
- Solidarität mit den Frauen in den Ländern Lateinamerikas, in denen die Faschisten besonders die Frauen knechten und unterdrücken (Chile, Uruguay, Paraguay, Haiti und andere).
- Breite Diskussionen über die Emanzipation der Frau in Cuba, die bei weitem noch nicht abgeschlossen ist.

Filmabende, Wandzeitungen, Geldsammlungen für den Wiederaufbau Angolas, Volksfeste gemeinsam mit afrikanischen Studenten, die in Cubas Universitäten und Fachschulen Stipendien bekommen, und unzählige Kundgebungen waren die Formen des Internationalen Frauentages in Cuba.

Arbeit, Unterricht und Vorlesungen ruhten am Nachmittag, die Geschäfte waren geschlossen. Die grosse Mehrheit aller cubanischen Frauen und Männer waren aktiv. ●

Lateinamerika-Kommission

Sterilisation – Notlösung, die erst noch erkämpft werden muß!

Während die Absicht einer Frau, eine Abtreibung vornehmen zu lassen, heute schon von einem großen Teil der Bevölkerung respektiert wird (nicht zuletzt durch die bundesweiten Aktionen und Demonstrationen sowie Veröffentlichungen zu diesem Thema) stößt sie bei der Äußerung, sie möchte sich sterilisieren lassen, auch heute noch auf starke Vorurteile und fast unüberwindbare Hindernisse.

Zur Zeit des Hitler-Faschismus war seit 1934 die Sterilisation verboten. Das Gesetz galt natürlich nur für sogenannte „reinrassige arische" Frauen. Hingegen wurden an Frauen in den KZs massenhaft Zwangssterilisationen – oft in Form grauenvoller „medizinischer Experimente" – vorgenommen!

Das faschistische Gesetz aus dem Jahre 1934 wurde bezeichnenderweise erst 1964 (!) vom Bundesgerichtshof für ungültig erklärt, und zwar auf Betreiben eines Arztes, der dafür fünf Jahres prozessieren mußte. Somit wurde jede vom Patienten gewünschte Sterilisation vom Gesetz her erlaubt.

Die frauenfeindliche Realität

Wer nun aber glaubt, daß durch die Aufhebung dieses Gesetzes jede Frau frei entscheiden kann, ob sie sich sterilisieren lassen will, der täuscht sich. Die Deutsche Ärzteschaft beruft sich nämlich nach wie vor auf ihren §4 der ärztlichen Berufsordnung, wonach eine Frau nur dann sterilisiert werden darf, wenn

1. medizinische Gründe vorliegen, durch die eine erneute Schwangerschaft Gefahr für das Leben der Patientin bedeutet;
2. vererbbare Krankheiten bestehen, durch die das Kind gefährdet ist;
3. „zwingende sozialmedizinische Gründe" vorliegen. Um diese Bedingung zu erfüllen, muß ein Ehepaar mindestens zwei Kinder haben und sich aus finanziellen Gründen keine weiteren Kinder mehr leisten können (ob sie sich weitere leisten können, entscheiden natürlich die Gutachter!).

Die Spitze der Demagogie zu diesem Thema bildet wohl die Stellungnahme der Freiburger Psychiater Dr. P. Petersen und U. Liedtke. Sie sahen sich zwölf in der Nazizeit zwangsweise sterilisierte Zigeunerinnen „genauer" an. Sie „diagnostizierten" Angstzustände, depressive Verstimmung, Antriebslosigkeit, Scheidungsängste und Selbstmordideen. Einige seien frigide gewesen.

Mit dieser „Diagnose" wird versucht, auf widerlichste Art, die Situation von Frauen, die von Faschisten ohne ihre Einwilligung unfruchtbar gemacht wurden, auf Frauen zu übertragen, die sich diesen Schritt wohl überlegt haben und sich freiwillig (soweit man im Kapitalismus von freiwillig sprechen kann) zur Sterilisation entschlossen haben.

So kann diese „Diagnose" auch einfach widerlegt werden: Eine Umfrage unter 2.000 freiwillig sterilisierten Frauen hat ergeben, daß 96% mit der Operation und den Auswirkungen „völlig zufrieden" sind; nur 0,06% dieser Frauen bedauern den Eingriff sehr.

„Reförmchen" Marke SPD/FDP

Deshalb wäre es eigentlich selbstverständlich, daß endlich ein Gesetz geschaffen wird, das die vom Patienten gewünschte Sterilisation freigibt und gleichzeitig die Ärzte zur Durchführung und die Krankenkassen zur Übernahme der Kosten verpflichtet.

Die Wirklichkeit sieht natürlich wieder einmal anders aus. So schlug die SPD/FDP-Koalition ein „Reförmchen" vor. Der frühere Justizminister Jahn brachte folgenden Gesetzentwurf ein:

1. Jeder Bundesbürger über 25 Jahre kann sich, wenn er will, sterilisieren lassen (allein schon diese Altersgrenze ist wohl ziemlich willkürlich gewählt);
2. Frauen und Männer unter 25 Jahren können sich sterilisieren lassen, wenn sie bereits vier Kinder haben oder aus gesundheitlichen sowie erblichen Gründen keine Kinder bekommen dürfen.

Die Beratung hierüber wurde auf unbestimmte Zeit vertagt. Bis heute ist unseres Wissens aus Presse, Rundfunk oder Fernsehen über diesen Gesetzentwurf nichts weiteres bekannt geworden.

Reaktion – immer dasselbe: Hetze gegen die Frauen

Die CDU/CSU kündigte bereits an, daß sie die Freigabe der Sterilisation überhaupt verhindern will.

Auch von der Kirche sind wohl wieder Hetztiraden zu erwarten. Die bisherigen Stellungnahmen der Kirche zum §218 zeigen deutlich, wo sie steht.

Auch zur Sterilisation gibt es schon eine Stellungnahme: „*Die Sterilisation muß aufgrund der Bedeutung der Geschlechtsorgane und der Ehrfurcht, die diesem Gebiet (?!) gebührt, als schwere Verstümmelung angesehen werden*".

Die zwangsweise Sterilisation in Ländern der „Dritten Welt" (z.B. Puerto Rico oder Indien) wird allerdings von diesen Kreisen als notwendige „Bevölkerungspolitik" bezeichnet.

Bei Männern gibt es oft Vorurteile zu diesem Thema: „Sterilisierte Frauen sind nicht erotisch anziehend, sie können keinen Orgasmus bekommen".

Das dies alles nur Vorurteile sind, zeigt Folgendes: Bei einer Sterilisation nach modernen Methoden werden die Eileiter an einer Stelle undurchlässig gemacht. Diese Unterbrechung verhindert weder den monatlichen Eisprung noch die Menstruation. Nur die Befruchtung kann nicht mehr stattfinden. Die Hormone funktionieren genau wie vorher. Die Frau ist weiterhin fähig, einen Orgasmus zu bekommen. Die Verschweißung der Eileiter, die entweder durch einen Schnitt in der Bauchdecke oder durch das Einführen eines Gerätes (Hysteroskop) durch die Vagina in die Gebärmutter vorgenommen wird, ist nicht wieder rückgängig zu machen. Bei örtlicher Betäubung ist es möglich, schon eine Stunde später nach Hause zu gehen.

In Saarlouis soll es allerdings einen Gynäkologen geben, der eine andere Methode anwendet: Die Eileiter werden mit Hilfe von Clips (die später wieder entfernt werden können) unterbrochen.

An diesem Beispiel wird deutlich, daß es durchaus schon bessere Methoden gibt, allerdings kaum etwas getan wird, damit sie weiterentwickelt werden.

Vor dem Eingriff sollte sich jede Frau genau nach der im Krankenhaus angewendeten Methode erkundigen, damit sie nicht etwa ohne Gebärmutter, Eierstöcke und Eileiter aus der Narkose aufwacht (dies ist aus den USA bekannt geworden).

Sterilisation – Nur eine Entscheidung der Frau!

Wir wollen mit diesem Artikel die Sterilisation nicht als „einzig wahres Mittel" hochjubeln und sind auch nicht der Meinung, daß sich jede Frau sterilisieren lassen sollte. Was wir jedoch meinen, ist, daß es jeder Frau selbst überlassen sein muß, ob sie diesen Weg wählt, wenn sie keine Kinder oder keine Kinder mehr haben möchte.

Diese Entscheidung muß sie selbst treffen – ohne die Zustimmung ihres Ehemanns, eines Gutachters oder sonstiger Stellen einholen zu müssen.

Denn für sie allein stellt sich die Frage: 20 Jahre die Pille (mit allen eventuellen gesundheitlichen Folgen) oder die Sterilisation. ●

Sympathisantin und Genosse aus Bergedorf

Schlagt die Frauenfeinde, wo ihr sie trefft!

Schlagt die Frauenfeinde, wo ihr sie trefft!

Brennt den Schweinsjournalisten eins an die richtige Stelle!

Mitte März ging eine Meldung durch die Presse, die mal wieder zeigen sollte, wie blöd Frauen angeblich sind und was sie sich alles gefallen lassen.

In der „Meldung" im „Hamburger Abendblatt" hatte der Ehemann auch noch eine Antwort parat: „*Das Brandzeichen macht jedem, der es zu Gesicht bekommen sollte, sofort klar, daß meine Frau mein Privateigentum ist*".

Frauen als Privateigentum – für solche Wunschträume dieser Journalisten haben wir nichts übrig, besonders dann nicht, wenn sie gezielt gegen Frauen zu Papier gebracht werden ●

Arbeitsgruppe Frauen

> **Ehefrau gebrandmarkt**
>
> BRISBANE, 14. März (Reuter). Ein australischer Viehzüchter hat den Besitzanspruch an seiner Frau verewigt: Er ließ ihr das Brandzeichen der Herde dorthin drücken, wo es auch seine Rinder tragen. Der Tätowierer, der die delikate Arbeit ausführte, wußte um Wochenende in Brisbane zu berichten, die 20jährige Frau habe die schmerzhafte Prozedur ohne Klagen über sich ergehen lassen. Auf die Frage, ob er denn befürchte, ein anderer Mann könne sich an sie heranmachen, antwortete der resolute Rancher angeblich nur mit einem vieldeutigen Lächeln.
>
> „FR"-Notiz vom 15.3.

Vatikan: Wer im Glashaus sitzt ...

Das Kirchenblatt des Vatikans, „Osservatore Romano", ließ zwei Tage bevor das italienische Parlament die Debatte über einen Gesetzentwurf zur Liberalisierung der Abtreibungsgesetze begann, verlauten, daß „*das zweite vatikanische Konzil die Abtreibung als ‚schreckliches Verbrechen' eingestuft habe, und vergleicht die Abtreibung mit der Tötung in Hitlers Gaskammern, der Sterilisierung von Geisteskranken, der Tötung unheilbar kranker Menschen und Völkermord im allgemeinen. Er vertritt die Ansicht, daß man von der Abtreibung fast notwendig zu allen anderen Formen der Lebensvernichtung gelange*" („Frankfurter Allgemeine Zeitung", 1.3.76). Abtreibung sei die „Rache Adolf Hitlers"!

Diese Worte vor dem Hintergrund der menschenfeindlichen Sexualmoral der katholischen Kirche, die gerade viele Frauen dazu treiben wird, ungewollte Kinder abzutreiben!

Diese Worte vor dem Hintergrund der vergangenen und heutigen Absegnung mörderischer Kriege; nicht zuletzt ist es auch der Vatikan, der seine Aktien in der Rüstungsindustrie hat!

Weg mit diesem Pack! ●

Sind Sie eine perfekte Geliebte (Sklavin)?

Die Schmierlinge der „Hamburger Morgenpost" haben sich mal wieder eine besondere frauenfeindliche Schweinerei geleistet.

Unter der Überschrift „*Testen Sie sich selbst*", „*Sind Sie eine perfekte Geliebte*" („MoPo", 24.3.76) sollen die Frauen prüfen, ob sie zu dem Typ von Frauen gehören, die „*mit der Fähigkeit geboren*" sind, „*Liebe zu geben und Liebe zu teilen*".

Denn: „*Die Männer reagieren automatisch darauf*", ob „*eine Frau diese Fähigkeit sowohl innerhalb als außerhalb des Schlafzimmers zeigt. Haben Sie diese Gabe?*". Dann kommen Schweinsfragen, die die von diesen Leuten gewünschte Rolle der Frau als Sklavin deutlich machen sollen. „*Er ist müde, erschöpft und schlecht gelaunt. Was tun Sie?*" oder „*Sie haben schönes Essen angerichtet. Er wird demnächst von der Arbeit nach Hause kommen. Wie wird er Sie vorfinden*".

Antwortmöglichkeiten sind dann z.B. „*Sie verhätscheln ihn – indem Sie ihm einen Drink bringen, sein Haar streicheln*" etc. ... oder: „*Ich empfange meinen Mann ... umgezogen, in einem neuen Kleid, nett aufgemacht und so*".

In diesem Stil läuft der ganze „Test" ab.

Die Spezialdemokraten und ihre Redakteure zeigen wieder einmal, daß ihr ganzes Gerede um Emanzipation reiner Schmutz ist. Letztlich unterstützen sie die Kampagne der Bourgeoisie der neuen „Heim und Herd"-Ideologie, nach der Devise des Frauenbildes: „Sind Sie eine gute Sklavin Ihres Herrn? !". ●

HBV-Komitee KB/Gruppe Hamburg

DKP bietet Cubas Frauen als Sex-Objekte an

In der letzten Zeit wurde des öfteren die frauenfeindliche Politik der DKP enthüllt. So schreckt die DKP nicht davor zurück, in ihrer Presse und auf Plakaten mit nackten oder halbnackten Frauen für ihre Politik zu werben.

Ein besonders starkes Stück leistete sich die „Unsere Zeit" (Zeitung der DKP) in einem Artikel über Cuba, in dem hauptsächlich für Reisen von Hansa-Tourist nach Cuba geworben wird. Dort heißt es:

„*Jeden Abend scheint sich die halbe Einwohnerschaft der Insel auf den Hauptstraßen und Marktplätzen der Städte und Dörfer zu treffen, flaniert hin und her, trinkt Kaffee und Bier, ißt Eis, und das junge Cuba flirtet und tanzt.*

Die jungen Cubanerinnen werfen verführerische Blicke und die Männer wissen nicht, ob sie zuerst auf diese Blicke oder auf die kürzesten Mini-Röcke, die es je gegeben hat, achten sollen".

Die cubanischen Frauen werden sich bedanken! Die cubanische Revolution hat doch gerade in Havanna mit der bürgerlichen Lasterhöhle, die viele cubanische Frauen in die Prostitution trieb, den nordamerikanischen „Kultur"einflüssen usw.usf. sehr schnell Schluß gemacht, und für die Frauen Bedingungen geschaffen, daß diese ihre Situation radikal verändern konnten.

Folgendes sollten sich die DKP-Reiseführer hinter die Ohren schreiben:

„*Machten unsere schöne Küste zur Kloake ihrer Lüste, doch oweh, da kam Fidel*". ●



1961: Cubanische Frauenkompanie im Einsatz gegen die Invasion des CIA

Frauenfeind Idi Amin



Idi Amin: „Schwangere Pilotinnen können keine guten Leistungen bringen ..."

Selbst Vater von zahlreichen Kindern, hat Idi Amin mehrere Frauen auf dem Gewissen. Sein neuestes frauenfeindliches Verhalten ist seine maßlose Empörung über schwangere weibliche Pilotinnen der ugandischen Luftwaffe:

„Die Disziplin ist schlecht ... Schwangere Pilotinnen können keine guten Leistungen bringen"!!

Demagogisch fügt er hinzu: „Ir Zukunft werdet ihr auch an Empfängnisverhütung ausgebildet" („Bild" vom 9.3.76). ●

KONTAKTADRESSEN des KB

Bielefeld: Jeden Sonnabend von 10-13.30 Uhr Bahnhofstraße

Braunschweig: 3300 Braunschweig Postlagerkarte 081378 A

Bremen: Arbeiterkampf-Vertriebsbüro 28 Bremen, Fedelhören 77 Öffnungszeiten: mittw. 16-19 Uhr freitags 15-19 Uhr sbds. 10-14 Uhr

Bremerhaven: 285 Bremerhaven 1 Postlagerkarte 00 31 60

Eutin: H.Lankau 242 Eutin Postlagerkarte A 022854

Flensburg: Peter Petersen 239 Flensburg Postlagerkarte A 02 25 83

Geesthacht: Jeden Sonnabend von 10-12 Uhr vor Hertie

Frankfurt: Arbeiterkampf-Vertriebsbüro 6 Frankfurt/M. 90 Kurfürstenstraße 8 Öffentl. Bürostunde: Mittwoch 16.30 - 19.30 Uhr

Göttingen: KB/Gruppe Göttingen Kontakt über Buchladen Rote Str. 10

Hamburg: ARBEITERKAMPF Literatur-Vertrieb + Büro 2 Hamburg 6 Susannenstraße 41 Tel.: 040/439 38 15

Hannover: Arbeiterbuch z.Hd. KB 3 Hannover Rehbockstr. 3

Hildesheim: 32 Hildesheim Postlagerkarte A 019075

Kappeln: Dagmar Schneider 234 Kappeln/Schlei Postlagernd

Kassel: Florian Rohs 35 Kassel Goethestr. 31

Kiel: W.D.Scheel 23 Kiel 1 Postlagerkarte 098 831 A

Landshut: SSB (Sozialistischer Schülerbund) 83 Landshut Postlagerkarte A 041181

Lüneburg: KB/Gruppe Lüneburg Samstag 11-13 Uhr in der Bäckerstraße

Lübeck: c/o Arbeiterbuch 24 Lübeck 1 Hüxstraße 68

Mölln/Ratzeburg: M. Below Postfach 1111 2410 Mölln

Nürnberg: G.N.K. Thomas Gradl 85 Nürnberg 16 Postfach 16 03 65

Oldenburg: AK-Vertriebsbüro 29 Oldenburg Nadorster Str. 190

Kreis Pinneberg/Steinburg: 208 Pinneberg Postlagerkarte A 022926

Reinbek: Jeden Sonnabend von 10-12 Uhr Kaufzentrum Reinbek/West

Stade: Jeden Sonnabend von 9-12 Uhr am Pferdemarkt

Westberlin: A.Radtke 1 Berlin 21 Thomasiusstr. 2 Freitag 16-19 Uhr

Redaktion und Verlag:
2 Hamburg 13, Rutschbahn 35, Telefon 040/45 38 91



Putsch in Argentinien

Fortsetzung von S.1

Die bürgerliche Presse bejubelt den Putsch

Die bürgerlichen Zeitungen berichten über die Machtübernahme der Militärs mit unverhohlener Zufriedenheit. Dies war der einfachste und am wenigsten überraschende Putsch, den es je in Lateinamerika gab, stellt die „FAZ" befriedigt fest, oder die „FR": *„Den Militärs fiel die Macht zu wie eine reife Frucht"* („FR", „FAZ", 25.3.). *„Die Militärs leisten präzise Arbeit"* („NZZ", 27.3.). Seit Monaten wird Argentinien dargestellt als ein Land, das vom Wirtschaftschaos und dem „Terror von links und rechts" zerrissen ist, und daß der Militärputsch den einzigen Ausweg aus dem Chaos weisen könne. „Der Argentinier" wünsche nichts anderes als endlich wieder Ruhe und Ordnung. So berichteten auch alle Zeitungen, daß nach dem Putsch überall Ruhe herrschte und es kaum Zwischenfälle gab. Das ist offenbar Beweis genug für die Berechtigung der Militärs, ihre faschistische Diktatur zu errichten. Das sind dieselben Kommentatoren, die sich über die breiten Kämpfe der argentinischen Arbeiterklasse in den letzten Jahren ausgeschwiegen oder bestenfalls in einigen Dreizeilern berichtet haben, die andererseits über die zu-

falls in einigen Dreizeilern berichtet haben, die andererseits über die zu-

nehmende Stärke der revolutionären Bewegung und der Guerilla ihre ganze Hetze losließen. Man erinnere sich z.B. der westdeutschen Presse zu Portugal: Gegen jede demokratische Äußerung oder Aktion eines fortschrittlichen Militärs zur Zeit der Linksentwicklung wurde eine systematische Hetzkampagne entfaltet, während in Argentinien die endgültige – und auch von der Presse lange herbeizitierte – Einrichtung einer blutigen faschistischen Diktatur als „präzise" und „besonnene" Tat gelobt wird. Das Ziel ist dabei unter anderem, die argentinische Militärjunta nicht in dem allzu blutigen chilenischem Licht erscheinen zu lassen und ihr damit günstigere Startbedingungen zu schaffen.

Vorbereitung des Putsches durch die Militärs und die Regierung Isabel

Spätestens seit dem Tode Perons haben die Militärs eine erneute Machtübernahme in Argentinien sehr langfristig und intensiv vorbereitet. Die Erfahrungen der argentinischen Militärdiktaturen in den Jahren 1955 -73 hatten gezeigt, daß die „Dauerkrise" der argentinischen Bourgeoisie und die Kampfbereitschaft und Stärke der Arbeiterbewegung nicht durch blutige Unterdrückung allein zu bewältigen sind.

Der jetzige Juntachef Videla wurde im August 75 zum Oberkommandierenden der Streitkräfte ernannt. Er löste Numa Laplane ab, einen Anhänger der Rechtsperonisten und Freund von Lopez Rega, dessen Absetzung die Massen in gewaltigen Kämpfen und einem Generalstreik erkämpften. Videla vertrat den Kurs – und setzte ihn auch auf zahlreichen Reisen und Verhandlungen in den Streitkräften durch – , daß die Militärs zunächst politische Zurückhaltung und scheinbare Neutralität und Verfassungstreue zeigen müßten. Die peronistische Regierung sollte gründlich abwirtschaften, damit die Generäle bei einer Machtübernahme sich auf möglichst breite Zustimmung aus dem bürgerlichen Lager berufen konnten und auch nicht gleich – wie in den früheren Militärdiktaturen – mit einer breiten peronistischen Massenbewegung zu kämpfen hatten:

„Sie mußten zögern, wollten sie sich nicht der Gefahr aussetzen, der Entstehung eines neuen peronistischen „Erlösung"-Mythos Vorschub leisten." („Neue Zürcher Zeitung", 26.3.76).

Dem widerspricht nicht, daß die Generäle zugleich ihre legale Machtposition ausbauten. Isabel übertrug ihnen hochoffiziell die Aufgabe, den Kampf gegen die „Subversion" zu führen. Ende '75 wurde der Nationale Verteidigungsrat gebildet, der den Militärs erlaubte, Militärgerichte einzusetzen, in Notstandsgebieten die zivilen Verwaltungen abzulösen usw. In Tucuman kämpfen die Militärs schon seit Januar 75 mit Flächenbombardements und ungeheurem Terror gegen die Bevölkerung und ihre Guerilla.

Willkürliche Hausdurchsuchungen, Verhaftungen ohne Prozesse und Urteil, Straßenkontrollen und Razzien sind seit der Verhängung des Ausnahmezustandes legal und werden von den Militärs, vor allem in Tucuman, Buenos Aires und Cordoba massenhaft durchgeführt. Auch direkte militärische Interventionen gegen kämpfende Arbeiter waren schon lange vor dem Putsch gesetzlich und wurden durchgeführt. Die Arbeiter der Eisenerzmine Sierra Grande z.B. streikten sieben Wochen, bis die Militärs intervinierten und 70 „Rädelsführer" festnahmen. Diese Arbeiter sitzen jetzt im Zuchthaus von Videma, das vor Jahren wegen „Unbewohnbarkeit" geschlossen wurde – aber die Gefängnisse des Landes sind mit über 3.000 politischen Häftlingen (nach den sicherlich stark untertriebenen offiziellen Angaben!) überfüllt. („Frankfurter Rundschau", 1.3.76).In Tucuman richteten die Militärs schon im vorigen Jahr in der

Militärs schon im vorigen Jahr in der

Schule von Famaila ein KZ ein.

Die Zusammenarbeit von faschistischen Banden, Polizei und Militär wurde bereits in den letzten Monaten immer offensichtlicher. Ein Chilene, der auf offener Straße von „Unbekannten" entführt wurde, wurde auf ein Polizeirevier geschleppt. Von dort wurde er in einem Privatwagen an den Stadtrand gebracht, zwei Polizeioffiziere gaben Schüsse auf ihn ab und ließen ihn am Straßenrand liegen. („FR", 1.3.76).

Die faschistische AAA (Antikommunistische Allianz Argentiniens) konnte in Buenos Aires ungehindert Flugblätter verteilen, in denen allen *„vaterlandsfeindlichen, marxistischen, freidenkerischen ...Individuen"* angedroht wird, daß man sie *„rücksichtslos eleminieren"* werde: Allein 500 Menschenleben kostete der AAA-Terror in den letzten vier Monaten („FR" 1.3.76).

Als das Revolutionäre Volksheer ERP (bewaffneter Arm der revolutionären Partei PRT) im Dezember ein Waffendepot in der Nähe von Buenos Aires angriff, bombadierte das Militär ohne Rücksicht das Elendsviertel, das die Guerilleros zum Rückzug benutzten. Über 100 Bewohner wurden dabei getötet (vergl. dazu AK 75).

Alle diese Aktionen der Militärs fanden bereits unter der Regierung Isabel völlig legal und mit ihrer offiziellen Billigung statt.

D.h., die Streitkräfte führten den Terror gegen die Linke bereits praktisch durch, ihre Machtübernahme ist lediglich die völlige Institutionalisierung dieses Terrors.

Im Dezember putschte ein rechtsextremer Teil der Luftwaffe – dies war damals eine noch nicht koordinierte Aktion, die aber für die Militärs den Charakter eines Testputsches hatte: Sie zeigte das weitgehende Abwirtschaften der Regierung auch vor den Massen, die keine Verteidigungsmaßnahmen ergriffen:

„Die Einkommensverteilung war wohl noch nie ungerechter als am Ende iher knapp dreijährigen Herrschaft, die wirtschaftliche Abhängigkeit des Landes selten größer und der Klassenkampf kaum jemals schärfer. Aber all das mußten die peronistischen Massen am eigenen Leib erfahren, um es zu glauben." („FR",26.3.).

Die Aufgaben des Militärregimes

Die argentinische Bourgeoisie hatte Juan Peron zurückgeholt, um seinen Kredit und sein Ansehen in den Massen für die Eindämmung der

Massen für die Eindämmung der

Klassenkämpfe zu nutzen. Peron sollte den Arbeitern die Notwendigkeit, die Krise der Bourgeoisie auf ihrem Rücken auszutragen, schmackhaft machen. Als dieser Versuch nicht zuletzt an der Kampfkraft der argentinischen Arbeiterklasse scheiterte (siehe auch Extra-Artikel in diesem AK zum Peronismus), setzte die Bourgeoisie wieder auf die Militärs. Nicht zuletzt der Unternehmerboykott vom Februar – alle größeren Betriebe in der Region Buenos Aires sperrten ihre Belegschaften für 24 Stunden aus – zeigt, daß die Bourgeoisie die Zuspitzung des Chaos' vorantrieb und den Boden für die Rettung der Nation durch die Generäle mit vorbereitete. (Die „NZZ' berichtete z.B. am 27.3., daß seit Monaten „verschwundene" Waren in den Auslagen der Lebensmittelläden auftauchten.)

Internationale Banken und Institutionen verweigerten der Regierung Isabel aufgrund des Chaos im Lande Kredite, um die sich die Militärs jetzt mit mehr Erfolg bemühen werden. Die Investitionsbedingungen für die Imperialisten waren wegen der massiven Streiks und nicht zuletzt auch durch zahlreiche Entführungen von Managern sehr ungünstig geworden. *„Für die in Argentinien arbeitenden ausländischen Unternehmen kann es eigentlich nur besser werden"*, freut sich die großbürgerliche „Frankfurter Allgemeine Zeitung", vom 25.3.76.

Videla versucht, das faschistische Militärregime möglichst legal, korrekt und als Übergangslösung darzustellen, um eine außenpolitische Isolierung und die schnelle Radikalisierung der Kleinbourgeoisie nach links zu verhindern – Erfahrungen, die nicht zuletzt aus dem Chile Pinochets erwachsen sind.

Der Volkswiderstand

Bei der Ablösung der letzten Militärdiktatur Lanusse durch die Rückkehr Perons riefen die Massen in riesigen Kundgebungen: „Sie gehen, sie gehen (die Militärs) – auf Nimmerwiedersehen." Die Tatsache, daß wenige spontane Aktionen gegen den Putsch stattfanden, bedeutet nicht, daß die Arbeiterbewegung das faschistische Regime kampflos hinnehmen wird.

Vielmehr kämpfen die bewußtesten und kämpferischsten Teile der Arbeiterbewegung bereits seit zwei Jahren unter faschistischen Bedingungen für ihre Rechte. Die Montoneros und PRT/ERP betonen beide die

ros und PRT/ERP betonen beide die

Notwendigkeit des langdauernden Krieges und haben in ihren zahlreichen bewaffneten Aktionen der letzten Jahre ihre Stärke und Widerstandskraft bewiesen.

Die ERP schrieb am 3o.1. zur Einschätzung des bevorstehenden Putsches:

„In der letzten Zeit hat der Druck der putschistischen Teile innerhalb der konterrevolutionären Armee stark zugenommen. Die Bedingungen, für die Konkretisierung eines Staatsstreiches mit repressivem Charakter, die eine militärisch-polizeiliche Regierung in unserem Land installieren soll sind somit endgültig geschaffen.

Angesichts der sich verschärfenden Krise des abhängigen Kapitalismus Argentiniens und angesichts der starken und ununterbrochenen Entwicklung der revolutionären Kräfte, die tatsächlich imstande sind, diesen Kapitalismus in Gefahr zu bringen, hat sich das gesamte Offizierkorps vereint, im Bewußtsein, daß sie die einzigen sind, die einerseits den Kapitalismus stützen und retten können, und andererseits das Voranschreiten der revolutionären Bewegung bremsen können. Sie sind der Meinung, daß es nicht mehr möglich ist, tatenlos zuzusehen, wie sich die Krise verschärft. Sie folgern, daß es keine Möglichkeiten innerhalb des Parlamentarismus gibt – d.h. der Peronismus, der Radikalismus (bezüglich der Radikalen-Partei) und noch viel weniger eine progressive demokratische breite Front-, die die Niederlage der Guerilla garantieren können.

Also hat das Offizierkorps beschlossen, die Macht durch einen repressiven Staatsstreich direkt zu übernehmen, um sich somit in ein blindes Abenteuer zu stürzen, ohne jegliche Unterstützung. Es ist ein Zug, der von vorherein verloren ist und das Land zu einem offenen Bürgerkrieg führen wird. Wichtige Teile der Bourgeoisie, des Imperialismus, der Gewerkschaftsbürokratie, die politischen Parteien, die Kirche unterstützen dieses Abenteuer nicht. Sie wollen keinen Krieg, sie bevorzugen ein Handeln, daß das Schlimmste verhindern soll.

Die Militärs wissen, daß sie allein sind; sie glauben, daß sie trotzdem schnell einige Erfolge erzielen können, die auf einer verallgemeinerten und brutaleren Repression gegen die Massen und die revolutionäre Bewegung basieren. Sie erhoffen sich als Folge die Unterstützung des Imperialismus, Kredite usw. die die rezessive Wirtschaft reaktivieren können.

Obwohl die Militärs entschlossen Wirtschaft reaktivieren können.

Obwohl die Militärs entschlossen sind, den Staatsstreich durchzuführen, kann seine konkrete Durchführung noch ein oder zwei Monate dauern. Die wirtschaftliche Situation des Landes ist katastrophal und die Militärs sind gezwungen, Pläne zu erarbeiten, um so die Regierung mit einem Minimum an Vorbereitungen zu übernehmen. Dies kann noch etwas dauern.

Die Konkretisierung des Staatsstreiches, ein qualitativer Wechsel in der Entwicklung des Krieges, bedeuten: es wäre der Schritt zur Generalisierung des Bürgerkrieges, die Einbeziehung der Massen in den Krieg und die Polarisierung der beiden kämpfenden Kräfte."

(Quelle: „APAL" · Presseagentur Lateinamerika – 16.2.1976).

Die Einschätzung der PRT/ERP bezüglich des zu erwartenden Militärputsches, ist – wie sich heute zeigt – ziemlich genau eingetroffen. Wir meinen, daß die PRT die Frage der Isolierung der Junta etwas zu optimistisch sieht, es scheint doch fraglich, daß sich *„wichtige Teile der Bourgeoisie"* und vor allem *„wichtige Teile des Imperialismus"* gegen die Junta stellen. Gegenüber dem Volk ist die faschistische Junta sicher völlig isoliert. Die revolutionäre Bewegung wird – erheblich schneller als z.B. in Chile – anwachsen, und sich gemeinsam mit einer breiten antifaschistischen Bewegung entfalten. Die Revolutionäre Argentiniens waren lange auf die Machtübernahme der Militärs vorbereitet und verfügen, ebenso wie die Arbeiterbewegung insgesamt, über langjährige Erfahrungen im illegalen Kampf – Erfahrungen, die die chilenische Arbeiterbewegung nach dem Sturz Allendes zunächst sammeln mußte.

Außerdem hatten PRT/ERP und auch die kämpferischen Peronisten und Montoneros die Regierungszeit Perons und Isabels zu einer relativ breiten legalen Agitationsarbeit benutzt, so z.B. durch die den Aufbau der antiimperialistischen Front für den Sozialismus (FAS).

Die Aussichten für die Militärjunta sind von daher erfreulicherweise nicht sehr günstig. *„Argentinien ist nicht zuletzt aus geographischen Gründen kaum ebenso leicht in eine Kaserne zu verwandeln wie Chile'"* Und *„ohne erfolgversprechende wirtschaftliche Lösungsvorschläge"* ... kann auf Dauer *„weder die Guerilla noch die ... Gewerkschaftsbewegung unter Kontrolle gebracht oder zur Mitarbeit bewegt werden"* schreibt selbst die großbürgerliche „NZZ" skeptisch. („NZZ", 26.3.) Nach dieser wirtschaftlichen Lösung sucht die argentinische Bourgeoisie aber schon seit über 20 Jahren. ●

Lateinamerika-Kommission

Militärdiktatur und Volkswiderstand

Die „Dauerkrise" der argentinischen Bourgeoisie drückt sich unter anderem in dem ständigen Wechsel von zivilen Regierungen und Militärdiktaturen seit dem Ende von Perons erster Regierungszeit 1955 und in den zahlreichen Kämpfen der Arbeiterbewegung aus.

Hier ein kurzer Überblick:

1955-1958

Militärdiktaturen unter Lonardi und Aramburu; sie vertraten u.a. die Interessen der Landoligarchie, konnten die Arbeiterbewegung trotz blutiger Repression nicht zerschlagen.

1958

„Freie" Wahlen, unter Ausschluß der Peronisten. Frondizi, Kandidat einer Abspaltung von der Radikalen Partei, wird mit großer Mehrheit gewählt, weil er demokratische Freiheiten verspricht. Frondizi öffnet Argentinien für das US-Kapital, die Befriedigung der Arbeiterbewegung gelingt ihm nicht. Argentinien war 1959 das meistbestreikte Land der Welt.

1963

Erneute Wahlen, wieder unter Ausschluß der Oppositionsparteien. Präsident wird Illia, er schränkt Auslandsinvestitionen ein, läßt KP und Peronistische Partei, die bis dahin verboten waren, wieder zu.

1966

Militärputsch unter General Ongania. Ongania macht Argentinien wieder zum völlig freien Feld für die Imperialisten.

1969

Wochenlange Massenkämpfe und Generalstreik gegen die Unterdrückung, tagelange Barrikadenkämpfe in Cordoba (Cordobazo) werden blutig niedergeschlagen. Die Massenbewegung wird dadurch nicht eingedämmt.

1970

finden mehrere Generalstreiks statt, an denen zwischen 4 und 10 Mio Menschen beteiligt sind, trotz Streikverbot und Einsatz von schwerbewaffneter Polizei.

Organia wird durch General Levingston und dieser selbst später durch Lanusse ersetzt.

1971

General Lanusse bereitet die Rückkehr Perons und die Bildung einer peronistischen Regierung vor.

1973

Hector Campora (der jetzt auch von den Militärs verhaftet wurde) gewinnt als Statthalter Perons die Wahlen, gewährt – für den Geschmack der Bourgeoisie – den Linken zu viel Spielraum und entwikkelt vorsichtig eine nationale Politik. Peron selber übernimmt nach neuen Wahlen die Macht. Schon bei seiner Ankunft auf dem Flughafen, wo sich Hunderttausende seiner Anhänger zur Begrüßung versammelt haben, wird deutlich, daß jetzt ein „anderer Wind" weht. Rechte Privatmilizen (vor allem der peronistischen Gewerkschaftsmafia) eröffnen das Feuer auf die Montoneros und andere Linksperonisten, es gibt über hundert Tote und Verletzte. Als Perons massenfeindliche Politik deutlich wird, gehen die Montoneros erneut in den Untergrund, die ERP kündigt den Waffenstillstand gegenüber der Regierung auf. (Die ERP hatte zuvor bewaffnete Aktionen gegen die Regierung – nicht gegen Kapitalisten und Militärs – vorübergehend eingestellt.)

1974

Nach Perons Tod am 1.7.74 spitzen sich die Klassenkämpfe weiter zu. Die größten Kämpfe waren der Generalstreik Mitte 1975 gegen Isabels wirtschaftliche Schockprogramme auf Kosten des Volkes und für die Absetzung von Lopez Rega, der sich am deutlichsten vor den Massen entlarvt hatte. In Villa Constitucion streikten die Stahlarbeiter für die Freilassung ihrer gewählten Gewerkschaftsvertreter, die von der peronistischen Gewerkschaftszentrale abgesetzt und verhaftet worden waren.

Die Reihe läßt sich beliebig fortsetzen, noch einen Tag vor dem Putsch streikten die Metallarbeiter im ganzen Land, in La Plata fand ein mehrstündiges Gefecht zwischen Polizei und Montoneros statt („SZ", 26.3.76).

Kampf gegen die Stillegung von „Heidenreich & Harbek“!

Seit Januar 1976 ist bei der alteingesessenen Hamburger Firma „Heidenreich & Harbek" von Entlassungen die Rede. Erst sollten 111, dann 250 Kollegen entlassen werden. Gegen diese Absichten der Konzernleitung drohte die Hamburger IGM-Führung zunächst wortradikal mit der Organisierung einer „Demonstration aller Barmbeker Metaller", was jedoch wie üblich nach der Ankündigung nur sehr, sehr schleppend in Angriff genommen wurde (s. AK 76).

Inzwischen haben sich die Dinge drastisch zugespitzt:

Auf einer außerordentlichen Betriebsversammlung am Montag, 15. 3.76, kündigte der Vorstandsvorsitzende Barthelmeh an, daß der Betrieb bis zum Jahresende nahezu vollständig stillgelegt werden soll! Von den ca. 1.000 Kollegen, sollen 800 - 900 entlassen werden, lediglich eine „Service-Abteilung" von etwa 100 Mann soll nachbleiben - wobei auch das wohl mehr ein taktisches Manöver, denn ernstzunehmen ist.

Die Heidenreich-Arbeiter reagierten auf diese Nachricht im Anschluß an die Betriebsversammlung mit einer Demonstration und anschließender Besetzung der naheliegenden Kreuzung Wiesendamm/Saarlandstraße für die Dauer von ca. 25 Minuten, um die Bevölkerung auf ihre Situation aufmerksam zu machen. Unter den Parolen: „Geh, geh, geh, Barthelmeh !", „Heidenreich darf nicht aus

den Parolen: „Geh, geh, geh, Barthelmeh !", „Heidenreich darf nicht aus

Hamburg weg!" und „Alle Räder stehen still, wenn Dein starker Arm es will!" marschierten die Kollegen anschließend zum Betrieb zurück - nahmen die Arbeit jedoch nicht mehr auf.

Am Donnerstag darauf, dem 18.3. 1976 folgte dann die lange versprochene IGM-Demonstration. Etwa 2.500 Demonstranten, darunter zahlreiche „Abordnungen" anderer Betriebe. Während der Demonstration setzten sich anfangs vereinzelt, später immer stärker kämpferische Parolen durch, wie etwa: *„Gegen die Konzernpiraten helfen nur entschlossene Taten!"* oder *„Mitbestimmung hat kein Zweck - Das Kapital muß restlos weg."* Dennoch war eine gewisse resignative Tendenz während der ganzen Aktion nicht auszutreiben. Daran änderten auch die radikalen Phrasen der örtlichen Gewerkschafts-Prominenz wie Jonni Müllner, Engelmann und etwas stockend der DGB-Vorsitzende Saalfeld (schließlich hat er die letzten Jahre ja auch nur bestenfalls Tischreden gehalten!) nichts, die anstelle k o n k r e t e r Vorschläge, Floskeln wie *„Wir müssen wieder kämpfen lernen!"* u.ä. von sich gaben. Trotzalledem ist diese Demonstration als ein Erfolg, als ein erster Schritt in die richtige Richtung zu bewerten. Vor allem auch deshalb, weil die breite Solidarisierung anderer Hamburger Betriebe, die die DGB-Führung nicht breit initiiert

rer Hamburger Betriebe, die die DGB-Führung nicht breit initiiert







hatte, von den aktiven Kollegen selbst ausging. Während die Gewerk-

Sie ist vielmehr die hauptsächlichere Ursache der gegenwärtigen Rationali-

hatte, von den aktiven Kollegen selbst ausging. Während die Gewerkschaftsführung lieber eine begrenzte Aktion unter ihrer Kontrolle gesehen hätte, ist hier ansatzweise die Entschlossenheit zum selbständigen Kampf zum Ausdruck gebracht worden. So heißt es z.B. in einer Solidaritätserklärung der Valvo - Vertrauensleute: *„Diese Entwicklung (die Rationalisierung - Red.) können nur wir, die Betroffenen, im gemeinsamen Handeln stoppen! Ein Einsatz zum gemeinsamen Handeln soll diese Demonstration sein. Euer Kampf ist auch unser Kampf !"*

Gildemeister - Konzern: Skrupellose Rationalisierung !

In einer am 15.3. (Tag der außerordentlichen BV) veröffentlichten Pressenotiz „begründet" der Gildemeister-Konzern seine Stillegungsabsicht mehr als spärlich mit Absatzeinbrüchen der westdeutschen Werkzeugmaschinenindustrie auf dem Weltmarkt. Was nun konkret H & H angeht, das 1972 vom Gildemeister-Konzern „geschluckt" wurde, so heißt es heuchlerisch: *„Programmbereinigung, Produktionsverbesserungen, organisatorische Maßnahmen zur Reduzierung der Personal- u. Sachkosten (!) ..."* etc. *„....konnten nicht verhindern, daß das Werk Hamburg in steigendem Maße... subventioniert werden muß."*

Schon eine halbe Seite weiter aber lassen die Gildemeister-Kapitalisten, um derzeitige und künftige Kunden nicht zu vergraulen, die Katze aus dem Sack: *„Gildemeister versichert, alle Kundenaufträge weiterhin zuverlässig auszuführen, ... Der reduzierte Markt an Universaldrehmaschinen soll durch bereits eingeleitete Maßnahmen (!) mit der bekannten ‚Heidenreich & Harbek' Spitzenqualität (!!) bedient werden."*

Der Konzern hat H & H von Anfang an nur zum Zwecke der Beseitigung von Konkurrenz, sowie um die wertvollen Produkte und Technologien abzuziehen, aufgekauft. Von bisher 41 aufgekauften Betrieben der Branche hat Gildemeister bereits 26 (!) stillgelegt. Finanziert durch die westdeutsche Landesbank soll hier ein Monopol auf dem Kreuz der Arbeiter entstehen, was die angekratzte Dominanz westdeutscher Werkzeugmaschinen auf den internationalen Märkten wieder stabilisieren soll.

Entsprechend baut Gildemeister, parallel zu den Stillegungen, seine Hauptwerke in Bielefeld-Sennestadt und Hannover aus.

Hierhin wurde auch die Produktion der profitträchtigsten Produkte von H & H verlegt (z.B. Flaschenblasmaschine, Tiefbohrsystem, Bohrbank).

IGM - Führung und SPD auf Rennomierkurs ...

Derartige Monopolisierung ist beileibe kein „Einzelfall", oder Ergebnis „unternehmerischer Fehlplanung".

Sie ist vielmehr die hauptsächlichere Ursache der gegenwärtigen Rationalisierungs- und Entlassungswelle. So ist es wohl alles andere als ein Zufall, daß sich die IGM-Führung und ihre sozialdemokratischen Hintermänner schon s e i t A n f a n g d e s J a h r e s , a l s o f f i z i e l l das Ausmaß der Entlassungen noch nicht bekannt war, offen auf „Kampf um die Arbeitsplätze" eingestellt hat. Gänzlich unglaubwürdig allerdings ist es, wenn sich ein Mann wie SPD-Wirtschaftssenator Kern auf der außerordentlichen BV vom 15.3.76, zu der er als „Stargast" geladen war, hinstellt, und mit großer Gestik und Sprüchen wie: *„Das ist ein Hammer, große Scheiße!"* etc. erklärt, er hätte erst am selben *„ ... Morgen von den Entlassungen erfahren."* („Hamburger Abendblatt", 16.3.76).

Kern erlaubte sich anschließend an seine deftige Rede, sich in die erste Reihe der Demonstration der H&H-Arbeiter zu schieben, was zur sozialdemokratischen Imagepflege in der SPD-„Morgenpost" am nächsten Tag mit der Hauptüberschrift: *„Senator Kern geht auf die Straße!"* „gebührend" gewürdigt wurde.

Dafür, daß angesichts einer bevorstehenden Welle von Entlassungen in der g e s a m t e n Hamburger Industrie, von den Sozialdemokraten in Senat und DGB bei H & H eine „Vorzeigeaktion" organisiert werden soll, spricht vor allem noch die Orientierung, die die IGM-Führung in ihrer Presseerklärung vom 15.3.1976 ausgibt: Nach der Darstellung der Konzern-Politik wird nicht etwa gerügt, daß die A r b e i t e r im Unklaren gelassen werden, sondern es heißt: *„Der S e n a t wurde bis heute über die folgenschwere Entscheidung des Gildemeister-Vorstandes im Unklaren gelassen. Dieses Schweigen gegenüber dem Wirtschaftssenator ist ein Skandal. Der Vorstandsvorsitzende Barthelmeh hatte in vielen Gesprächen* (!! aha!) *mit Senator Kern zugesagt, ihn über jeden weiteren Schritt zu informieren ... "*

Danach heißt es weiter, daß die IGM *„ ... sich zwar ihrer begrenzten Möglichkeiten (?!) in diesem Wirtschaftssystem zur Verhinderung von geplanter Arbeitsplatzvernichtung bewußt ... "* ist, aber dennoch folgende drei Punkte „durchsetzen" will:

- einen *„überdurchschnittlich guten Sozialplan" ...*,
- *„Direkte und massive Einwirkung auf die verantwortlichen Politiker in Hamburg ... "*
- *„Protestdemonstrationen und weitere öffentlichkeitswirksame Maßnahmen .. "*

Endgültig entlarvt sind u. E. die wirklichen Absichten von IGM-Führung und SPD, wenn man ihre Geschäftigkeit bei H & H mit ihrer b i s h e r i g e n Haltung zur kapitalistischen Rationalisierung vergleicht.

FORTSETZUNG SEITE 26

Kampf gegen die Stillegung von „Heidenreich & Harbek"!

FORTSETZUNG VON SEITE 25

Wo war denn Herr Kern, der Senator mit dem plötzlich entdeckten „Herz für die Arbeiter", als HDW-Finkenwerder stillgelegt wurde und über 1.000 Arbeiter ihren Arbeitsplatz verloren? Und wo s i n d die IGM-Führer, die angeblich wieder „kämpfen lernen" wollen (nur bei H & H versteht sich!), mit ihren Aktivitäten zu den M a s s e n e n t l a s s u n g e n in anderen Hamburger Metallbetrieben ?!!! So stehen z. B. bei

– SE-Jarrestr. Entlassungen von 600 Kollegen an,
– bei HDW 800 Entlassungen im Verlaufe dieses Jahres, die „Hamburger Morgenpost" sprach sogar von 3.000 Werftarbeitern,
– bei MBB ist mit ca. 600 Entlassungen bis zum Jahresende zu rechnen,
– 1000 Kollegen arbeiteten bei MAN im Januar kurz,
– bei Spaeter haben Betriebsverlegungen bereits stattgefunden usw., usf. ...

Bereits im letzten Jahr waren Betriebe wie Demag-Conz, Hamburger Stahlwerke, Rheinstahl, Phillipps-Pei etc. von Kurzarbeit und Massenentlassungen betroffen.

Was tun ?

Die Sozialdemokraten haben sich H & H für ihre Rennomier-Aktion wohl auch gerade deswegen ausgesucht, weil hier die Gefahr relativ gering gesehen wird, daß die Arbeiter von sich aus ü b e r den abgesteckten Rahmen mit ihren Aktionen hinausgegen. So beträgt z. B. die durchschnittliche Betriebszugehörigkeit des „Familienbetriebes" H & H 17 Jahre, verfügen die Sozialdemokraten über einen festen Kaderstamm, und haben die Heidenreich-Arbeiter nicht gerade die besten Erfahrungen mit den Linken, bzw. mit solchen, die sich dafür halten. Seit Jahren treibt z. B. die „KPD/ML" ihr Unwesen, was im Zusammenhang mit den jüngsten Ereignissen unglaubliche Blüten trieb. So schrieb die „ML" z. B. über die außerordentliche Betriebsversammlung vom 15.3. und die anschließende Demonstration in einem Flugblatt: *„Um die Wut auf der Betriebsversammlung abzuwürgen, inszenierte der IGM-Apparat ein besonderes Manöver: Die Vertrauensleute wurden angewiesen, auf ein Stichwort von Engelmann die Betriebsversammlung aufzulösen durch Zwischenrufe wie: ‚Jetzt gehen wir durchs Tor!'. Kein Kollege kam zu Wort. Keine Kampfmaßnahme konnte abgestimmt werden. Wir sollten auf der Demonstration Luft ablassen und anschließend wieder nach Hause gehen. Deutlicher kann der DGB-Apparat seinen wahren Charakter als Unterdrückungsapparat der Kapitalisten wohl kaum mehr zeigen."*

Was hier in niederträchtigster Weise begeifert wird, ist die völlig normale Vorbereitung einer Kampfmaßnahme durch die Vertrauensleute!

Auch der KBW quält die H&H-Arbeiter mit seinen hochgeistigen Ergüssen, darüber *„Was man ... an den Tarifrunden sehen kann: Die Arbeiterklasse ist den Angriffen der Kapitalisten keineswegs wehrlos ausgeliefert. Die Arbeiterklasse besitzt die Fähigkeit zu produzieren, also verfügt sie auch über die Fähigkeit zu streiken, das kann ihr niemals genommen werden ... "*

Logisch, nicht?

Es dürfte also wenig Wunder nehmen, daß angesichts der katastrophalen „Politik" solch' prächtiger „Kommunisten" die Sozialdemokraten derzeit keine große Mühe haben, den Ton anzugeben, sowie die fortschrittlichen, linken Kräfte, die für einen energischeren, verbreiterten Kampf eintreten, von der Masse der Kollegen zu isolieren. *„Politik raushalten!"*, *„Nichts gemeinsam mit den Kommunisten"* etc. ist eine weit verbreitete Haltung – das Einsammeln von Roten Fahnen vor dem Abmarsch zur Demonstration am 18.3. das unmittelbare Ergebnis davon. Es wird eine systematische, beharrliche Überzeugungsarbeit nötig sein, um die gegenwärtige Resignation, teilweise Konfusion etc. zu überwinden. Es gilt erst einmal, die aktivsten Kollegen zu regelmäßigen Treffen an einen Tisch zusammenzubringen, um gemeinsam Tag für Tag die anstehenden Aufgaben zu besprechen und zu organisieren. Wichtig wird ersteinmal eine Informationsarbeit sowohl nach innen, wie nach außen sein, um der Illusionsmache (Sozialplan etc.) wirksam entgegentreten zu können. Ferner sollte man nicht vergessen, die IGM-Führer beizeiten bei ihren radikalen Worten zu nehmen, die Durchführung weiterer Protestkundgebungen zu verlangen, Verbindungen zu den anderen Metallbetrieben aufzunehmen, um gegebenenfalls auch ohne diese Leute Aktionen organisieren zu können. Aber tionen organisieren zu können. Aber nicht nur die aktiven Vertrauensleute und Kollegen von H&H allein, sondern a l l e aktiven Hamburger Metaller werden sich Schritte überlegen müssen, um den anstehenden Rationalisierungen wirksam entgegentreten zu können! ●

aus Betrieb und Gewerkschaft

METALL

Spaeter-Hamburg: Kriminelle Praktiken der Kapitalisten!

Obgleich es in der Metallindustrie einen Tarifvertrag über die Arbeit der gewerkschaftlichen Vertrauensleute im Betrieb gibt, wollen die Spaeter-Kapitalisten unbedingt eine Wahl der Vertrauensleute i m B e t r i e b verhindern! Dies stellt einen eindeutigen Bruch der geltenden tarifvertraglichen Bestimmungen dar!

Auf den Druck der Vertrauensleute von Spaeter hat die IG-Metall-Gewerkschaftsführung daraufhin zu einer Protestaktion am 30.3. zwischen 11 und 17 Uhr aufgerufen. Während dieser Zeit sollen die Kollegen ihre Vertrauensleute im Betrieb wählen. Zugleich sind die Kollegen anderer Betriebe am selben Tag aufgerufen, ihre Solidarität mit den Spaeter-Kollegen zu demonstrieren. Diese Praktiken der Kapitalisten sind bei Spaeter nicht neu: Schon einmal hatten die Kapitalisten der IG-Metall Werksverbot erteilt (was einen klaren Verstoß gegen das Betriebsverfassungsgesetz bedeutet), *„damit der gewerkschaftliche Einfluß auf den Betriebsrat endet"*. Anlaß für diese Maßnahme der Kapitalisten war, daß es der BR „gewagt" hatte, sich bei anstehenden Entlassungen Rat über die Aufstellung eines „Sozialplans" bei der IG-Metall zu holen. ●

Blohm + Voss: Bürokratischer geht's nimmer

Die VLK-Wahlen werden bei B&V stur nach dem Kostenstellenprinzip – also der Organisationsstruktur der Kapitalisten – durchgeführt.

Das bedeutet, daß die Vertrauensleute-Leitung die Kostenstellen den Wirkungs- und Arbeitsbereichen der Vertrauensleute gleichsetzt, ohne zu berücksichtigen, daß durchaus Kollegen verschiedener Kostenstellen einen Arbeitsbereich haben können.

Daß dieses Vorgehen außerdem die gute Möglichkeit bietet, unbequeme Vertrauensleute auf die kühle Tour loszuwerden, berichtete eine Vertrauensfrau auf der Betriebsversammlung am 24.3.: Obwohl sie von verschiedenen Kollegen als Kandidatin ihres Arbeitsbereiches vorgeschlagen wurde, „durfte" sie lt. Wahlausschuß nicht kandidieren, weil sie eben auf einer anderen Kostenstelle ist. Stattdessen wurde von der Leitung die Kandidatur eines Kollegen gefördert, der erst seit 2 1/2 Wochen in der Abteilung ist.

Die IGM-Mitglieder zeigten ihren Unwillen hierüber deutlich: der Kollege bekam 2 Ja-Stimmen, 4 x Nein und 2 Enthaltungen. Trotzdem gilt er als „gewählt" (!).

Wenn es darum geht, fortschrittliche Kollegen auszubooten, dann sind die Betriebsräte durchaus einfallsreich. ●

B&V-Zelle

Philips, Hamburg: Liste ALTERNATIVE gestärkt

Ein Mitglied der Betriebsräte-Liste „Alternative" bei Philips-Meßtechnik (vormals PEI) war zum Jahresende gekündigt worden. Zum Anlaß hierfür nahmen die Kapitalisten die Aufteilung des PEI-Betriebes in drei Betriebsteile, da durch die Verlagerung seiner Abteilung nach Kassel für ihn kein Arbeitsplatz mehr geblieben sei. Der „Alternative"-Betriebsrat focht nun vor Gericht erfolgreich diese Kündigung an. Er hat nun das Recht, den Betrieb jeden Tag zur Ausübung seiner Betriebsratsfunktion zu betreten.

Ein weiterer Betriebsrat der Liste „Alternative" verlor sein Mandat ebenfalls durch die Betriebsteilung. Auch in seinem Fall hofften die Kapitalisten und rechten Betriebsräte, ihn so ausschalten zu können. Trotz massiver Angriffe von dieser Seite wurde dieser Kollege im neuen Betriebsteil von den Kollegen wieder zum Betriebsrat gewählt.

Diese Erfolge werden zur Stärkung der Liste „Alternative" gegen die rechte Betriebsratspolitik beitragen! (Die Liste „Alternative" erhielt im letzten Jahr bei den Betriebsrätewahlen 36% der Stimmen.). ●

Betriebszelle Philips-Werk für Meßtechnik
KB/Gruppe Hamburg

Metalltarifrunde: 5,4 % auch in Norddeutschland!!

Nach dem Tarifabschluß in Nordbaden/Nordwürttemberg wurde am 23. März auch für die norddeutsche Metallindustrie abgeschlossen:

– 5,4% Tariflohnerhöhung ab 1.4.
– 330 DM Pauschale für die Monate Januar bis März
– einen Tag mehr Urlaub ab 1.1.77.

Über die endgültige Annahme dieses Abschlusses müssen am 29./30. und 31.3. noch die Tarifkommissionen der vier Bezirke entscheiden (Nordwestliches Niedersachsen, Unterweser, Hamburg und Schleswig-Holstein).

Damit ist der Lohnraubabschluß aus Nordbaden/Nordwürttemberg auch für dieses Tarifgebiet perfekt – niemand zweifelt daran, daß die Tarifkommissionen dem „Ergebnis" zustimmen werden.

Die örtliche IGM-Führung in Hamburg tut jetzt so, als sei die Übernahme des Nordbadener Abschlusses ein Erfolg, als hätte man die Kapitalisten damit in die Knie gezwungen: *„Das Verhandlungsergebnis von Nordbaden/Nordwürttemberg kann (!) auf die norddeutsche Metallindustrie übertragen werden"*, heißt es in den „Metall-Nachrichten" vom 24.3.76. Gegen Proteste auf der Hamburger Funktionärsversammlung am 25.3. wurde wieder einmal die „Schlappheit" der süddeutschen Kollegen gebracht. *„Man kann doch jetzt nicht gegen Steinkühler* (Bezirksleiter Nordbaden/Nordwürttembergs) *streiken"* hieß es beispielsweise. So wird wieder einmal versucht, den verschaukelten Kollegen des ersten abgeschlossenen Tarifbezirkes die Schuld in die Schuhe zu schieben. ●

Metall-Genossen

IG-Metallführer kommen mit neuer Ausschluß-„Begründung"

Nachdem die Ortsverwaltung der IGM-Hamburg mit ihrem Versuch, die Kollegen der „Alternative" (Hanomag-Henschel) wegen der Betriebsräte-Veranstaltung aus der Gewerkschaft zu schmeißen, in die Hose gegangen ist, haben sie nun einen neuen Dreh gefunden:

Angeblich liegt die eidesstattliche Aussage eines „Kollegen" vor, der die beiden Betriebsräte beim Verkauf des ARBEITERKAMPF beobachtet haben will. Und – so schließen die IGM-Führer messerscharf – damit ist ihr gewerkschaftsfeindliches Verhalten „bewiesen". So einfach geht das, wenn man im Vorstand sitzt und bestimmt, was Recht und Gesetz ist!

Die Kollegen werden sicherlich auch vor diesem neuerlichen Versuch der IGM-Führung, eine aktive gewerkschaftliche Arbeit bei Hanomag zu sabotieren, nicht kapitulieren. ●

Bochum: Rationalisierungserfolg für die Kapitalisten

Laut offiziellem Bericht der Industrie- und Handelskammer Bezirk Bochum steigerten die 402 produzierenden Industriebetriebe ihren Umsatz um 21,3% (Dezember 1975 im Vergleich Dezember 1974).

Diese enorme Umsatzsteigerung wurde mit 2,9% weniger Arbeitskräften bei 0,9% weniger Arbeitsstunden erzielt. Besondere Rationalisierungserfolge auf dem Rücken der Arbeiter erreichten die Kapitalisten der Elektroindustrie, die aus 6,7% weniger Arbeitskräften ein Umsatzplus von 37,7% herauspreßten!

Die kapitalistische Krise hat neben den „Verlierern" auch immer ihre Gewinner – allerdings sind das immer die Kapitalisten. ●

Ein Genosse aus Wanne-Eickel

VFW Speyer: Frauen kämpfen mit!

Der Kampf für die Erhaltung der Arbeitsplätze bei VFW in Speyer läßt nicht nach (vgl. Bericht im ARBEITERKAMPF).

Am 12.3. fand auf Einladung der katholischen und evangelischen Frauenbewegung in Speyer eine Protestkundgebung von etwa 1.000 Hausfrauen und Kolleginnen statt, auf der beschlossen wurde:

„Wir werden uns nicht damit begnügen, unsere Solidarität zu erklären, wir werden sie in wirkungsvollen Aktionen zum Ausdruck bringen. Wir werden an der Seite unserer Männer, wenn notwendig mit unseren Kindern, an ihrem Arbeitsplatz die unsozialen Pläne der VFW-Manager durchkreuzen helfen!"

Eine Arbeiterfrau erklärte dazu: *„Wir werden vor die Werkstore ziehen! Wir werden sogar ins Werk ziehen! Wir werden jeden daran hindern, den Abbau der Fertigungsstraße zu vollenden!"*

Am darauffolgenden Samstag wurde zeitweilig die Hauptstraße von Speyer abgesperrt, um gegen die geplante Betreibsschließung zu protestieren. Am Sonntag wurde Herbert Wehner von 1.000 Speyerern empfangen und zur Stellungnahme gefordert. Ein Transparent lautete: „CDU und SPD/FDP tun dem Kapital nicht weh". Die Frauenbewegungen, die in der Stadt ein Informationsnetz aufgebaut haben und auch weiter in den Wohnvierteln mobilisieren, hatten großen Anteil an der Mobilisierung zu dieser Kundgebung.

Die Geschäftsleitung erklärte nun, daß sie die Ankündigung der Entlassung von 900 Kollegen zurückzieht. Von den 1.350 Beschäftigten sollen nun doch „ungefähr 900" übrigbleiben. Das darf nichts an dem Kampf um die Erhaltung aller Arbeitsplätze ändern. ●

Metaller-Genossen
KB/Gruppe Hamburg



Siemens, Gladbeck: Gewerkschaftsführer decken Mauscheleien der Betriebsräte

Bei Siemens Gladbeck hatten fortschrittliche Betriebsräte erfolgreich die Betriebsrätewahlen vom letzten Jahr angefochten. Rechte Betriebsräte hatten die Wahlen manipuliert, indem sie Kollegen (vor allem ausländische) unter ihrer Aufsicht die Kreuze machen ließen (siehe auch AK 68).

Ende Februar bestätigte das Oberlandesgericht Hamm, daß es mehrere Verstöße gegen die Pflicht „der geheimen Wahl" gegeben habe.

Auf der Vertreterversammlung der IGM-Ortsverwaltung Gelsenkirchen am 17. März mußte die örtliche IGM-Führung zugeben, daß sie den Prozeß – den sie für die rechten Mauschel-betriebsräte führte! – verloren hat. Das bedeutet bei Siemens: Einleitung von Neuwahlen.

Ein Kollege der „Gruppe aktiver Gewerkschafter" (GAG) berichtete auf der Vertreterversammlung von den Mauscheleien und wie mit Hilfe der Gewerkschaftsführung die oppositionellen Gewerkschafter ausgeschaltet werden sollen:

Ortsleitung, Betriebsrat und VK-Leitung ernannten einfach Kollegen zu Vertrauensleuten, um so Kollegen der GAG auszuschalten. Dabei kam es zu solchen „Kuriositäten", daß ernannte Kollegen erst durch Zusendung des Funktionärsausweises hiervon erfuhren, andere lehnten die übertragene Aufgabe ab.

Vom so zurechtgezimmerten Vertrauenskörper ist mittlerweile die neue, offizielle IGM-Liste für die Betriebsrätewahlen erstellt worden.

Bei dem Bericht des GAG-Kollegen gab es erhebliche Unruhe unter den anwesenden Vertretern, die zum Teil zum erstenmal die Hintergründe erfuhren.

Die IGM-Ortsleitung aber denkt nicht im Traum daran, ihr Verhalten zu ändern. Sie kündigte eine „scharfe Überwachung" der Wahl an. Den Kollegen der GAG wurde ausdrücklich verboten, auf Flugblättern oder in anderer Form die Mauscheleien bekannt zu machen, sonst „würde es Ausschlüsse hageln" (IGM-Bevollmächtigter Karl Ernst, SPD). So wurde der GAG vorgeworfen, bereits „gewerkschaftsschädigend" gehandelt zu haben, als sie auf Flugblättern Redebeiträge von Vertreterversammlungsmitgliedern der Belegschaft bekannt machte.

Die IGM-Ortsverwaltung scheint entschlossen, mit allen Machtmitteln die rechten Mauschelbetriebsräte wieder in den Sattel zu heben. Für die Kollegen der GAG wird es darauf ankommen, ihre gewerkschaftsoppositionelle Arbeit trotzdem fortzusetzen und die Mauscheleien der Belegschaft breit bekannt zu machen. ●

Ein KB-Genosse aus Bochum

Wanzen-Grundig

Seit vielen Jahren verfügt der Werkschutz im Grundig-Werk 7 (Nürnberg) über eine Abhöranlage, die es ihm ermöglicht, Gespräche des Betriebsrats und anderer Kollegen abzuhören.

Dies brachte die DKP-Betriebszeitung bei Grundig ans Licht. Wie verzweifelt müssen diese Kapitalistenlauscher wohl gewesen sein, als sie vor zwei Wochen erlauschten, daß die Kollegen in Warnstreik zu treten gedachten ... ●

Mitglied der Gruppe Nürnberger Kommunisten

chte + Streikberichte + Streikberichte + Streikberichte + Streikberichte + Strei

Lohnauszahlung durch Werksblockade erzwungen

Möbelkonzern Kreft Pleite – kaum Hoffnung für 130 Arbeitsplätze

Mit einer Blockade der Werksausfahrten der Werke Primavera und Elementa in Münden verhinderten die Arbeiter, daß die noch vorhandenen Sachwerte abtransportiert werden konnten. Zuvor hatte Kreft allerdings schon einmal einen großen Teil der Maschinen und Möbel beiseite geschafft. Mit ihren entschlossenen Maßnahmen unterstrichen die Kollegen, daß sie ihren Anspruch auf die ausstehenden Löhne auf jeden Fall durchsetzen wollten. Nach einer Woche Blockade rund um die Uhr erreichten die Arbeiter, daß ihnen die Februar-Löhne von der Gewerkschaft und dem Hauptgläubiger, der gewerkschaftseigenen Bank für Gemeinwirtschaft ausgezahlt wurden.

Sämtliche Werke der Kreft-Gruppe mit einer Ausnahme hatten am 5.3. Vergleich angemeldet. Damit verlieren 2.000 Kollegen ihren Arbeitsplatz. Die beiden Mündener Werke hatten erst 1973 mit 7,5 Mio. DM Zuschüssen aus Landes- und Bundesmitteln die Produktion aufgenom-

Zuschüssen aus Landes- und Bundes-

mitteln die Produktion aufgenommen. Heute sind sie bei der BfG mit 24 Mio. DM verschuldet. Die BfG war es auch, die nach einer Überprüfung der Kreft-Bilanzen keine weiteren Wechsel mehr auszustellen bereit war. Trotzdem wurden die Kollegen von Primavera noch am 8.3. auf einer Betriebsversammlung aufgefordert weiterzuarbeiten. Der Bezirksleiter der Gewerkschaft Holz und Kunststoff riet den Kollegen, bis zur Auszahlung der Löhne Urlaub zu nehmen, im übrigen seien Löhne und Gehälter gesichert. Bei Elementa waren die Angestellten aber schon zwei Tage vorher mit ungedeckten Schecks bezahlt worden. Auf der erneuten Betriebsversammlung am 11.3. bei Primavera teilte die Firmenleitung den Kollegen die fristlose Kündigung mit (die natürlich rechtlich gar nicht zulässig ist). Die Kollegen beschlossen auf dieser Versammlung, vom nächsten Tag ab das Werk zu bewachen. Abends gelang es der Geschäftsleitung allerdings noch, mit Polizeischutz einen beladenen LKW aus dem Werk zu schaffen. Die Polizei war vom Betriebsrat – wie es hieß – zur „Unterstützung" der Kollegen (!) gerufen worden. Ein zweiter LKW konnte aber von den Arbeitern gestoppt werden, indem sie die Luft aus den Reifen ließen.

Ab 22 Uhr klappte dann die Bewachung. Auch bei Elementa wurden Wachen eingeteilt. Der Betriebsleiter durfte nur noch in Begleitung von Kollegen das Werk betreten, und der Betriebsbus war für ihn tabu erklärt.

SPD-MdL Fiege spielt sich als Kämpfer auf

Obwohl selbst an den vorangegangenen Sanierungsverhandlungen beteiligt, tat der DGB-Kreisvorsitzende und SPD-MdL Fiege zunächst sehr überrascht. Er sparte nicht mit kämpferischen Redensarten („Solange wir noch keine Einstweilige Verfügung haben, nehm' ich die Blockade auf meine Kappe"). Den Arbeitern wollte er erzählen, wie sie die Wachen einzuteilen hätten, was die allerdings schon längst in eigener Regie erledigt hatten. Dann wiederum sprach er sich zunächst gegen eine von Kollegen vorgeschlagene Protestdemonstration mit dem geistreichen

von Kollegen vorgeschlagene Protest-

demonstration mit dem geistreichen Argument aus, es würden dann sicher Hunderte von „roten Studenten" kommen, die die Demonstration für ihre Zwecke ausnutzen würden ...

Die Demonstration fand schließlich am 20.3. statt. Es beteiligten sich ca. 60 Kollegen. Die recht geringe Beteiligung ist sicher darauf zurückzuführen, daß mit der Auszahlung der Februar-Löhne gerade am Tag vorher eine der wichtigsten Forderungen erfüllt worden war.

Anschlußkonkurs abgelehnt

Auf welch üble Weise Kreft seine Werke ausgelaugt hat, wird allein daran deutlich, daß das zuständige Amtsgericht einen Antrag auf Anschlußkonkurs inzwischen abgelehnt hat, da keine entsprechenden Werte mehr vorhanden sind. Damit haftet der Eigentümer wieder persönlich. Es heißt, daß ein Strafantrag wegen Konkursvergehens nicht völlig auszuschließen ist. Wir hoffen, daß die Strafe so saftig ausfällt (insbesondere finanziell), daß Kreft für den Rest seines Lebens gezwungen ist, von eigener Arbeit zu leben anstatt von der Arbeit anderer. Bergwerk wäre angemessen! ●

Metaller demonstrieren Kampfbereitschaft

Auch in den letzten vierzehn Tagen demonstrierten die Metallarbeiter in zahlreichen Warnstreiks ihre Bereitschaft für höhere Löhne und gegen den Lohnraub zu k ä m p f e n. Trotzdem die Metalltarifrunde mit der Übernahme des Lohnraubabschlusses von Nordbaden praktisch abgeschlossen ist, bringen wir hier noch einmal eine (unvollständige) Aufstellung der Streiks:

10. März
In Bayern streikten AEG-Kanis und Siemens in Nürnberg

11. März
In Nordrhein-Westfalen (NRW) streikten die Kollegen von Hoesch in Schwerte (800), im Raum Hagen die Hoesch Rothe Erde/ Schmiedag AG (100), Hoesch Haspe, Orenstein & Koppel (350), Varta (350), in Düsseldorf die Waggonfabrik Uerdingen (1000) und die DÜWAG (700).

12. März
Es streikten VW Emden und Abteilungen von VW Hannover und VW Wolfsburg (einige Tausend) gegen das 2%-Angebot des VW-Vorstands. In Hessen streikten die Tübinger Himmelswerke und in NRW Garbe, Lahmeyer & Co. (600) in Aachen.

15. März
In Bayern streikten die Münchener Kollegen von BMW (18.000), Zündapp (500) und Rathgeber (700), außerdem MAN Augsburg und Kollegen aus Nürnberg und Erlangen.

In Südbaden streikten 2.000 Kollegen aus drei Reutlinger Betrieben, in NRW 8.000 Kollegen von Klöckner-Humboldt-Deutz. Etwa 4.000 Bremer Kollegen der Vulkan-Werft führten vormittags während der Arbeitszeit eine Demonstration in Vegesack durch.

16. März
Am 16. und 17.3. streikten 650 Kollegen aus Mülheim in NRW.

17. März
In NRW streikten ARBED (400) und Metallwerke Vulkan (250) in Köln, 1.200 Kollegen aus Krefeld, drei Betriebe in Aachen, darunter die Waggonfabrik Talbot (1000).

Und wieder Garbe, Lahmeyer & Co. (700) und Klöckner-Humboldt-Deutz Isselburg (600), außerdem in Hessen 1000 Kollegen von Fritz Werner aus Wiesbaden.

18. März
In NRW streikten die Westfälischen Metallwerke in Paderborn (800), die Nadelfabrik Lammertz in Aachen (250), die Achsenfabrik Kotz und Söhne in Wiehl (450), 600 Kollegen aus Emsdetten streikten am 18. und 19.3., darunter 180 von Behälterbau Jansky.

Nachdem bereits am 18.2. und 9.3. mehrere Tausend Kasseler Metallarbeiter die Arbeit niederlegten, traten am 18.3. erneut 11.640 Kollegen aus 12 Metallbetrieben in und um Kassel in einen Warnstreik, darunter die AEG-Fabriken und Rheinstahl-Henschel. In Wiesbaden streikten die Rheinhütte (450) und Glyco (900).

19. März
In Herne, NRW, streikten die Kollegen von Flottmann und den Westdeutschen Getriebewerken.

22. März
600 Kollegen der Ludwigshütte in Amberg in Bayern streikten.

23. März
450 Kollegen der Klöckner-Ferromatik in Herne, NRW, streikten

Berichtigung: Laut Mitteilung der IGM und des Betriebsrates von Opel-Rüsselsheim streikten am 9.3. nicht, wie berichtet, 900, sondern 4 - 5.000 Kollegen. ●

Warnstreik und Demonstration der Bremer Werftarbeiter

Eine besonders kämpferische Aktion führten die Kollegen vom Bremer Vulkan durch.

Am Montag, dem 15.3. traten fast 4000 Kolleginnen und Kollegen in einen mehrstündigen Warnstreik. Anlaß zu dieser Aktion war das provokatorische 4-Prozent-„Angebot" der Kapitalisten.

Begonnen hatte der Streik damit, daß sich einige Kollegen beim Betriebsrat nach dem Stand der Tarifverhandlungen erkundigt hatten. Innerhalb kürzester Zeit verbreitete sich dann im Betrieb die Nachricht, daß die Kapitalisten nicht bereit sind, über die vier Prozent hinauszugehen. Nach der Frühstückspause wurde dann die Arbeit nicht wieder aufgenommen. Es kam zu einer spontanen Versammlung, auf der zwei Betriebsräte, die Mitglieder in der Tarifkommission sind, über den Stand der Verhandlungen berichteten. Einhellig wurde von den Kollegen das 4%-„Angebot" abgelehnt und die Entscheidung der Tarifkommission gebilligt, die Verhandlungen für gescheitert zu erklären.

Einer zunächst nur kleinen Gruppe kämpferischer Kollegen gelang es dann, aus dieser Versammlung heraus eine Protestdemonstration durch Vegesack zu initiieren. An dieser Demonstration beteiligten sich nach Angaben des Betriebsrats 3500 bis 4000 Kollegen (die Geschäftsleitung des Vulkan sprach von 1000, die Polizei von 2500 Kollegen).

Ziel der Demonstration war die Lürssen-Werft. Von dort ging es an zwei Schulen vorbei auf Umwegen zurück zur Werft. Hier löste sich die Demonstration kurz vor der Mittagspause auf. Die Aktion dauerte über drei Stunden.

Maßregelung nach Warnstreiks

Aus Anlaß der Warnstreiks wurden schon wieder Betriebsräte gemaßregelt. Drei Betriebsräte der Wilhelm Taschner KG in Krefeld wurden ohne Anhörung des Betriebsrates widerrechtlich fristlos entlassen, da sie der Aufforderung nicht nachkamen, *„innerhalb von fünf Minuten Ruhe zu schaffen"*. Dies wurde inzwischen in eine „fristlose Beurlaubung" umgewandelt.

Es sind diese Streiks der Kollegen, die die Gewerkschaftsführer Lügen strafen, wenn sie behaupten, es wäre nicht mehr „rauszuholen" gewesen. Die Metallarbeiter jedenfalls haben bewiesen, daß sie bereit sind, trotz Krisengerede, gegen den Lohnraub zu kämpfen. Allein die kapitalistische Tarifpolitik der Gewerkschaftsführer muß dafür verantwortlich gemacht werden, daß diese Kampfbereitschaft nicht genutzt wurde und die Arbeiter erneut einen Lohnraubabschluß hinnehmen mußten.

Metaller-Genossen

Die „Streikbereitschaft" der Gewerkschaftsführer

Wie ernst es den Gewerkschaftsführern tatsächlich beim Demonstrieren der Kampfbereitschaft der Metaller war, zeigt folgendes Beispiel aus einem Frankfurter Metallbetrieb, das sicherlich nicht alleine steht:

In den Adler-Werken sollte in ausgesuchten (!) Abteilungen ein Warnstreik um 11 Uhr stattfinden.

Aufgrund des provokatorischen Auftretens der Metallkapitalisten bei den Tarifverhandlungen streikten jedoch – ohne Wissen und „Duldung" der Rechten – ca. 120 zumeist ausländische Kollegen in einigen anderen als den „ausgesuchten" Abteilungen und zu einer anderen Zeit, als „vorgesehen". Sofort liefen einige rechte Betriebsräte herum, die die Kollegen wieder an die Arbeit zurückschicken wollten, unter dem Hinweis darauf, dies sei alles ein Mißverständnis; nicht sie sondern eine andere Abteilung solle streiken. Das gleiche Argument, nur etwas deutlicher als Drohung formuliert, kam von den Meistern. Der Gipfel ist nun, daß gegen die Kollegen, die ohne den Segen der Rechten streikten, vorgegangen werden soll und zwar auch von den rechten Betriebsräten.

Da streiken zwei Bereiche am selben Tag, für das selbe Ziel, einigen Kollegen klopft man auf die Schulter, die anderen schmeißt man raus und nach der Tarifrunde lügen die Gewerkschaftsführer, ein besserer Abschluß sei wegen mangelnder Kampfbereitschaft der Kollegen nicht zustande gekommen.

KB/Gruppe Frankfurt

20 Kündigungen nach Streik

Vom 19. bis 25. Februar streikten die Kollegen von Kast und Ehinger in Stuttgart, einer Tochter des BASF-Konzerns, für bessere Löhne (vgl. AK 76). Nun will die Geschäftsleitung 20 Kollegen kündigen, die sich an dem Streik beteiligt haben, obwohl sie den Streik nur mit der Zusage hatte beenden können, keinen Kollegen aufgrund des Streiks zu entlassen. Die Geschäftsleitung bestreitet, daß die Entlassungen als Sanktionen gedacht seien und behauptet, keine derartigen Zusagen gemacht zu haben! ●

Metaller-Genossen
KB / Gruppe Hamburg

Medicus-Kollegen gegen Lohnraub

Mitte März streikten die 400 Kollegen der Nürnberger Schuhfabrik „Medicus" gegen den Versuch der Geschäftsleitung, von den Kollegen ein schriftliches Einverständnis zu einer Kürzung der Vorgabezeiten um 4,7 % (etwa 60,– DM im Monat) zu erpressen. Außerdem sollte ihnen die vor vier Jahren von den Kollegen erkämpfte Stundenlohnvergütung gestrichen werden. Beides wurde verhindert. ●

Gegen Produktionsverlagerung nach Südkorea

Mitte März demonstrierten 1.000 von 1.300 Kollegen der Uhrenfabrik Kienzle unter der Parole „Bei Kienzle ist die Uhr daheim – sie braucht nicht in Korea sein" durch die Stadt Schwenningen. Sie protestierten damit gegen die geplante Verlagerung der Teileproduktion nach Südkorea. Bezeichnenderweise hat die Firma erst vor kurzem eine Landesbürgschaft über 8 Mio. DM „zur Sicherung der Arbeitsplätze" erhalten.

Streik bei Stahlwerke Neviges

Zum zweiten Mal protestierten die Arbeiter mit einem Streik gegen die beabsichtigte Schließung des Zweigwerks der Stahlwerke Bochum (vgl. AK 75). Am 17.3. ruhte im gesamten Werk für zwei Stunden die Arbeit. Am 18.3. fand eine außerordentliche Betriebsversammlung statt.

Der Plan der Geschäftsleitung ist es, das Werk bis zum Jahresende stufenweise zu schließen. Den Kollegen werden jetzt ersatzweise Arbeitsplätze in den Werken in Oberhausen, Bochum und Hamborn angeboten. Eine Einigung über einen Sozialplan zwischen Geschäftsleitung und Betriebsrat ist nicht zustande gekommen, so daß jetzt vor der Einigungsstelle verhandelt wird. ●

Ein KB-Genosse aus Bochum

CHEMIE

— Betriebe —

Colgate-Palmolive, Hamburg:
Anfang März verschärften Kapitalisten und rechter Betriebsrat ihren Kurs gegen die linken Betriebsrätinnen bei Colgate.

Nachdem bereits vor fünf Monaten die bekannte Betriebsrätin Anna W. fristlos gefeuert wurde, stellte der Betriebsrat am 3.3. Antrag auf fristlose Kündigung gegen die Betriebsrätin Karin M. bei der Geschäftsleitung. Die reaktionären Betriebsräte der DAG und IG Chemie berufen sich auf § 104 des Betriebsverfassungsgesetzes, nachdem die „Entfernung betriebsstörender Elemente" vom Betriebsrat verlangt werden kann.

Auf diesen Paragrafen greifen reaktionäre Betriebsräte zunehmend zurück, um fortschrittliche Kollegen zu feuern!

Karin M. hat gegen die Kündigung Klage erhoben. Gegen den Betriebsratvorsitzenden Abe (DAG) ist wegen falscher eidesstattlicher Aussage Strafantrag gestellt worden.

Die Betriebsrätinnen der „Liste Frauen" haben inzwischen in einer „Öffentlichen Erklärung" die Angriffe gegen sich zusammengestellt und rufen zu Solidaritätsbekundungen, insbesondere von betrieblichen und sonstigen Frauengruppen, mit ihrem Kampf um die Verbesserung der Lage der Kollegen und besonders der Kolleginnen bei Colgate-Palmolive auf.

***

Kast und Ehinger:
Nach Beendigung des Streiks am 25. Februar (siehe letzten AK) sind fünf Kollegen entlassen worden, darunter alle vier Kollegen der Streikleitung. Ursprünglich hatte die Werksleitung des zum BASF-Konzern gehörenden Betriebes alle 300 am Streik beteiligten Kollegen entlassen. Nach Beendigung des Streiks wandelte sich diese Kündigung in Verwarnungen um und drohte gleichzeitig weiteren 20 Kollegen mit Rausschmiß.

Die Entlassung der aktivsten Kollegen ist von der BASF-Geschäftsleitung provoziert worden. Die Kollegen hatten zunächst überhaupt keine Streikleitung gewählt, sondern der Betriebsrat hat sämtliche Verhandlungen geführt. Bis dahin war der Geschäftsleitung offensichtlich unbekannt, wer die Streikführer waren. Um das herauszubringen, schickte sie extra einen als Arbeiter verkleideten Manager (!), der sich unter die Streikenden mischte und diese aufforderte, eine Streikleitung zu wählen! Durch diesen üblen Trick konnte sie die aktivsten Kollegen jetzt nach Beendigung des Streiks aus dem Betrieb kanten (nach „Rote Fahne" v. 18.3.76 des KAB „D").

***

Bayer AG:
Der Konzern verfügte die kurzfristige Produktionseinstellung bei der Kunstlederfabrik Molti in Linz/Rhein. 200 Kollegen werden entlassen (n. „Extra Dienst" Nr. 23/76).

***

Beiersdorf, Hamburg:
Bei den vorgezogenen Jugendvertreterwahlen bei Beiersdorf kandidierte erstmals neben einer Reihe gewerkschaftlicher Kollegen eine Gruppe unorganisierter kaufmännischer Auszubildender des ersten Lehrjahres. Es wird angenommen, daß diese Auszubildenden besonders von der CDU-nahen „Unabhängigen"-Gruppe unterstützt wird.

Darauf deutet auch ihr verteiltes Flugblatt hin, indem sie demagogisch die Jugendlichen auffordern, sich nicht länger durch einen DKP'ler vertreten zu lassen.

Die Unterstützung der Jugendlichen zumindest erhielten sie nicht.

Dafür gelang es zum ersten Mal einer linken Kandidatin, in die seit Jahren von der SDAJ/DKP beherrschte Jugendvertretung einzuziehen. Dazu kommt ebenfalls neu ein Laboranten-Auszubildender. Der SDAJ/DKP gelang es nur, den Vorsitzenden der JV durchzubekommen. •

Tarifrunde 1976

Hoechst, Bobingen:
Auf der Jugendvertrauensleutesitzung bei Hoechst am 18.3.76 diskutierten die Gewerkschafter über ihre Forderung zur Tarifrunde in der chemischen Industrie. Dabei wurde mit Mehrheit 700 DM für alle Auszubildenden gefordert.

• •

IG Chemie, Hessen:
Mitte März stellte die Große Tarifkomission der IG Chemie in Hessen ihre Forderung für die 100.000 Beschäftigten auf. Danach wird 5% plus einem Sockelbetrag von 50,- DM bei den Angestellten und 5% zuzüglich 29 Pfennig pro Stunde für Arbeiter gefordert.

***

Am 15. 3. 76 vereinbarte die IG Chemie mit den Kapitalisten der **Vulkaniseur- und Reifenhandelsbranche** eine Lohnerhöhung von 6% rückwirkend ab 1. März.

***

Norddeutsche Affinerie, Hamburg:
Auf der Vertrauensleutesitzung der Affi am 23.3.76 stimmte die Mehrheit für Edgar Engelmohrs (Leiter des Bezirks Nordmark) Vorschlag von 8,5%. Für die Auszubildenden wird 100,– DM gefordert. Fortschrittliche kollegen hatten in beiden Fällen höhere Forderungen gestellt, konnten sich aber gegen die Mehrheit der sozialdemokratischen Funktionäre nicht durchsetzen. Engelmohr pöbelte erneut eine fortschrittliche Kollegin aus der Tarifkommission an, daß sie es gewagt hatte, auf der Funktionärskonferenz öffentlich einen Brief Engelmohrs zu verlesen, in dem alle Tarifkommissionsmitglieder davor gewarnt werden, höhere Forderungen als 8,5% aufzustellen!

***

IG Chemie, Rheinland:
Im Rheinland forderte die IG Chemie 5,4% plus 50,– DM. Für Auszubildende 50,– DM im Monat mehr.

***

IG Chemie, Nordrhein:
Im Tarifbezirk Nordrhein wurde von der großen Tarifkommission eine Forderung nach 5% und 45,– DM aufgestellt.

***

Beiersdorf AG, Hamburg:
Auf der Vertrauensleutesitzung am 23.3.76 wurde eine Forderung von 8,8%, mindestens 125,– DM aufgestellt. Damit setzte sich die Gewerkschaftsführung durch, nachdem anfänglich eine Forderung nach 9%, mindestens 130,– DM diskutiert wurde.

***

Noblee und Thörl, Hamburg:
Bei der diesjährigen Tarifrunde in der Ölmühlenindustrie forderten die Vertrauensleute von Noblee und Thörl 7%, mindestens 120,– DM. Nur zwei Kollegen stimmten für eine höhere Forderung.

Festgeldbeträge gefordert:
Bei **Ellen Betrix (Neu Isenburg)** wurden 170 DM gefordert.

Bei **Schering AG (Wolfenbüttel)** 120,– DM.

Bei **Röhm (Darmstadt)** haben die 60 anwesenden Vertrauensleute gegen wenige Stimmen die Forderung von 150,– DM aufgestellt.

Darmstadt. Die anwesenden 160 Vertrauensleute der Verwaltungsstelle beschlossen eine 170,– DM Forderung.

Im **Bezirk Hessen** lagen die Mischforderungen bei 70,– DM plus 4% und 80,– DM plus 5%.

BASF (Ludwigshafen) stellte die Forderung von 8%, mindestens aber 130,– DM auf. •

Hemmoor Zement: Nach 20 Jahren einen Tritt

Die Stillegung bei Hemmor-Zement geht immer schneller voran. Bis zum 30.9.76 wird jetzt auch die Klinker-Produktion eingestellt.

Die Zementherstellung in Hemmor war für die Zementkapitalisten (Alsen-Konzern) nicht mehr profitträchtig genug. Zwar wurden noch von 1972 bis 1974 rund 21 Millionen DM aus den Kollegen herausgeholt, doch die neuen Zementwerke arbeiten mit Trockenverfahren, so daß sehr viele Heizkosten eingespart werden. Die Tonne Zement wird so 12,– DM billiger.

Auf die Entlassenen kommt in den meisten Fällen Arbeitslosigkeit zu. Bei den Arbeitern liegt das Durchschnittsalter bei 47 Jahren und die durchschnittliche Betriebszugehörigkeit bei 21 Jahren!

Die Hemmorarbeiter demonstrierten am 16. 3. 76 nach Schichtschluß vor dem Eingang des Verwaltungsgebäudes. Auf ihren Transparenten prangerten sie ihren Anschiß und den Abzug der 21 Millionen DM an. Sie demonstrierten für einen sozialen Ausgleich.

Bei den Verhandlungen um einen Sozialplan sind durchschnittliche Abfindungen von 16.000 DM herausgekommen. Das bringt die Arbeitsplätze allerdings auch nicht wieder her. Und auf 21 Jahre Betriebszugehörigkeit bezogen ist diese Summe ein Hohn. •

KB/ Gruppe Stade

Bau

Holzmann AG, Frankfurt: Wirbel um ein Flugblatt

Zur Betriebsversammlung bei der Baufirma Philipp Holzmann in Frankfurt hatte der KB ein Flugblatt verteilt, in dem die Rationalisierung, Entlassung und Ausquetschung der Kollegen angeprangert wurden.

Dies Flugblatt zirkulierte sehr schnell in vielen Baukolonnen und wurde weitergegeben und diskutiert.

Entsprechend war auch die Reaktion der Geschäftsleitung und der mit ihr zusammenarbeitenden Berufsbetriebsräte: sie bedrohten die Flugblattverteiler, Betriebsrat Heibel schlug mit dem Schirm auf einen Verteiler ein und versuchte, Flugblätter zu klauen. Vor dem Holzmann-Hochhaus wurde die Polizei zur Hilfe geholt. Ein Kollege, der in der Versammlung der Arbeiter ein paar Flugblätter weitergab, wurde von Betriebsräten mit polizeilichem Rausschmiß bedroht.

Gegen die Informanten des KB-Flugblatts wurden Maßnahmen angekündigt.

Hintergrund dieses aufgeregten Vorgehens der Geschäftsleitung und ihrer Helfer ist der zunehmende Druck auf die Kollegen, sind weitere Entlassungen:

- 1.500 Arbeiter und Angestellte (10 % der Gesamtbelegschaft) wurden im letzten Jahr entlassen.
- der Krankenstand wurde durch die Bedrohung der Arbeitsplätze um 10 % gesenkt.
- das Weihnachtsgeld wurde – mit

die Bedrohung der Arbeitsplätze um 10 % gesenkt.
- das Weihnachtsgeld wurde – mit

Zustimmung des Betriebsrates – um 40 - 65 % gesenkt
- Lehrlinge sind voll in die Kolonnen eingegliedert
- Poliere und Hilfspoliere werden zurückgestuft, um Löhne einzusparen.

Dazu kommt beispielsweise immer niedrigere Löhne am Bau und die zum Jahresanfang erfolgte starke Kürzung des Schlechtwettergeldes (vgl. AK 75).

Demgegenüber steht, daß Holzmanns Umsatz 1975 bei 10 % verringerter Belegschaft mit 2,2 Mio. DM genauso hoch war wir im Vorjahr. Für 1976 liegen jetzt bereits Aufträge im Wert von 2,9 Mio. DM vor.

Alle Maßnahmen der Holzmann-Geschäftsleitung wurden von der rechten Betriebsrats-Clique unter Führung des BR-Vorsitzenden Avemaria (seit 20 Jahren Berufsbetriebsrat!) abgesegnet. Derselbe Avemaria ließ sich kürzlich von der Geschäftsleitung das von der Bundesregierung verliehene Bundesverdienstkreuz aushändigen.

So steigert sich auch die Wut der Kollegen gegen diese Arbeiterverräter. Auf der Betriebsversammlung sind erstmals eine größere Anzahl von Kollegen zu Wort gekommen und haben Kritik angemeldet.

Die Holzmann-Geschäftsleitung steigert zur Zeit ihre Hetze und Einschüchterung gegen die fortschrittlichen Kollegen. Sie will verhindern, daß die Kollegen nicht mehr stillschweigend auf ihrem Rücken die Rationalisierung ertragen.

Die begonnenen Schritte, den Widerstand der Kollegen zu entwikkeln, müssen weitergeführt werden

Rationalisierung ertragen.
Die begonnenen Schritte, den Widerstand der Kollegen zu entwikkeln, müssen weitergeführt werden

hin zu einer starken Arbeitervertretung. •

Genossen von Holzmann
KB/Gruppe Frankfurt

Chemische Werke, München:

Chemische Werke, München: Kein Platz für diesen Gift-Blei-Produzenten!

Die Chemischen Werke München (CWM) sind der zweitgrößte Bleiproduzent der BRD. Bekannt geworden sind die Werke durch ihre bislang vergeblichen Versuche, in der BRD ein zweites Bleiwerk aufzubauen. Zunächst sollte das Zweigwerk in Marckolsheim (Elsass/Frankreich) entstehen. Dieser Plan scheiterte, weil die Marckolsheimer Bevölkerung gemeinsam mit anderen Bürgerinitiativen des Raumes Elsass/Baden dagegen ankämpfte und den vorgesehenen Bauplatz besetzte. (Diese Bauplatzbesetzung war Vorbild für die Bauplatz-Besetzung des geplanten Atomreaktors in Whyl, die von den gleichen Bürgerinitiativen getragen wurde). Ebenfalls scheiterte der Bau des Bleiwerkes in Saint-Avolt (Frankreich), Ramstein, Worms, Kaiserslautern, Braunschweig, Kiel, Lüneburg und Plattling. Auch in diesen Orten protestierten Bürgerinitiativen gegen die Umweltverschmutzer, bzw. die Regierungen lehnten gleich ab, weil sie Proteste aus der Bevölkerung erwarten mußten. Der Protest richtet sich gegen die Umweltverschmutzung durch Bleistaub, den die Bleifabriken ausspucken. Chronische Bleivergiftungen durch dauernde Aufnahme von kleineren Mengen äußern sich u. a. duch folgendes: Störung der Nervenfunktion, Kribbeln, Lähmungen, Gehstörungen, Sehstörungen, Gedächtnisschwäche, Schwindelanfälle, Potenzverlust bei Männern und Fehlgeburten bei Frauen. Größere Bleimengen im Körper führen zum Tod. Es wurde festgestellt, daß in der Muttermilch von Frauen, die in einer „Bleistadt" wohnen, 42 bis 50 Mikrogramm Blei enthalten sind, gegenüber einem „normalen" Wert von drei Mikrogramm. In Nordenhamm, Stolberg (beide BRD) und in Hoboken (Belgien) – drei typische „Bleistädte" – stirbt das Vieh massenweise durch vergiftete Wiesen. Die Bleikonzentration in Pflanzen in der Nähe einer bleiverarbeitenden Industrie betrug das 20-fache (!) der „normalen" Menge. Das gilt auch für Getreide.

Daß die Verfahren der Chemischen Werke München nicht sauberer sind geht daraus hervor, daß Dr. Clarmann, leitender Arzt an der toxikologischen Abteilung des „Klinikums rechts der Isar" in München, angibt, daß in den letzten drei Jahren 35 Arbeiter der CWM wegen einer Bleivergiftung oder eines dringenden Verdachts darauf in Behandlung waren.

Die CWM hat mittlerweile doch noch einen Bauplatz gefunden, in Töging am Inn. Die Gemeindeverwaltung des Ortes hat der CWM die Baugenehmigung erteilt. Die Folge für die Bevölkerung (abgesehen von späterer Bleiverschmutzung): Verlegung des Schwimmbades, der Wanderwege, Umquartierung der Bewohner einer Siedlung (oh, welch Fortschritt) der Bau eines Krankenhauses mit (natürlich!) einer Entgiftungsabteilung. Man weiß also, welche Folgen die eigenen Bleiöfen haben. Gegen dieses Vorhaben ist jetzt in Töging ein Flugblatt erschienen, aus dem die obigen Fakten entnommen wurden. Dieses Flugblatt ist aufgemacht als fiktives Schreiben der CWM an die Töginger Bevölkerung, mit dem Ziel einer Rechtfertigung. Hoffen wir, daß dieses Flugblatt sein Ziel nicht verfehlt und der CWM auch in Töging der Garaus gemacht wird.

In München selber ist im November die sogenannte Veränderungssperre für das Münchner CWM-Werk aufgehoben worden, so daß CWM jetzt auch dort erweitern kann, nachdem dies bereits in den sechziger Jahren illegal geschehen ist (n. „Informationsdienst..." Nr. 117 v. 19.3.76). •

Chemie-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Pharma-Kapitalisten gegen Arzneimittelgesetz

Das „reformierte" Arzneimittelgesetz hat am 17. März den Rechts- und Wirtschaftsausschuß passiert und ist damit „reif" für die Verabschiedung im Parlament. Das Gesetz enthält nach wie vor die sogenannte „Gefährdungshaftung", die den Unternehmer verpflichtet, auch dann für Schäden zu haften, die seine Arzneimittel verursachen, wenn diese Schäden nicht „grob fahrlässig" herbeigeführt wurden. Gegen diese Regelung hat der Verband der pharmazeutischen Industrie scharf protestiert und Verfassungsklage angedroht, falls das Gesetz – so wie es jetzt gefaßt ist – vom Bundestag verabschiedet wird. Diese Absicht war schon länger bekannt und die Politiker bemühten sich daher, die Gefährdungshaftung den Pharmaindustriellen mit einer besonders günstigen Versicherung schmackhaft zu machen. Danach soll sich jeder Pharmaproduzent gegen Arzneimittelschäden mit einer Decksumme von 200 Millionen DM versichern. Das entspricht einer jährlichen Prämie von 40 Millionen DM. Natürlich ist das den Pharmakapitalisten zu viel und so argumentieren sie mit einer „Unverhältnismäßigkeit", mit der sie gegenüber anderen Industrien belastet seien. Daß ihre Schundwaren die Menschen unverhältnismäßig hoch belasten (wie der Contergan-Fall krass zeigt), interessiert sie nicht (nach „FR", 18.3.76). •

Chemie-Komitee
KB/ Gruppe Hamburg

Arbeitslosigkeit bei Architekten

Die gegenwärtige Krise führte im Baugewerbe nicht zu 200.000 Arbeitslosen sondern auch dazu, daß seit 1973 350.000 Beschäftigte aus diesem Bereich der Produktion verdrängt wurden. Die Ursachen dieser Entwicklung – Kapazitätsabbau und Rationalisierung – führten auch zu einer Verschärfung der Situation von Architekten und Planern. Im Mai 75 waren 5.239 Ingenieure und Diplomingenieure dieser Fachrichtung arbeitslos gemeldet. Allein in Hamburg wurde seit 1973 56 % aller Angestellten gekündigt. Zwar sind sie materiell auch mit der Arbeitslosenunterstützung besser gestellt als die Mehrzahl aller 1,3 Millionen Arbeitslosen in der BRD, aber langsam fällt auch für sie der ideologische Schleier der angeblichen Privilegiertheit. Das Haushaltsstrukturgesetz vom 1.1.76 brachte wie für die Bauarbeiter (siehe AK 75) auch für die lohnabhängigen Architekten Verschlechterungen. Kollegen sollen vom Arbeitsamt zur Umschulung als Busfahrer gezwungen werden und sie sollen sich bundesweit vermitteln lassen, selbst wenn z.B. die Frau als Lehrerin ortsgebunden ist. Bei Ablehnung solcher „zumutbarer" Arbeiten wird mit dem Entzug der Arbeitslosenunterstützung gedroht.

Auch die Kollegen, die noch Arbeit haben, werden von den Rationalisierungen hart getroffen. Unbezahlte Überstunden auch am Wochenende, Gehaltskürzungen (bis zu 1.000 DM in einem Jahr), Streichung von Urlaubs- und Weihnachtsgeld sind an der Tagesordnung. Mit Drohungen wie „200 Leute warten auf ihren Platz" versuchen die Architekten-Unternehmer, die Kollegen zu spalten und solidarisches Handeln zu verhindern.

Die sogenannten strukturellen Veränderungen im Baugewerbe werden dazu führen, daß auch nach einem wirtschaftlichen „Aufschwung" der Arbeitskräftebedarf höchstens die Hälfte des Standes von 1973 erreichen wird. Dazu kommt der umfassende Einstellungsstopp im öffentlichen Dienst. Plätze im Referendariat sind nicht zu erhalten, auf die wenigen Stellenausschreibungen von Gemeinden bewerben sich bis zu 200 Kollegen. Besonders betroffen sind auch hier die Frauen. Eine Kollegin mußte nach 35 erfolglosen Bewerbungen froh sein, als Verkäuferin arbeiten zu dürfen, eine andere Kollegin wurde nach 2-jähriger Arbeitslosigkeit die Umschulung als Packerin vorgeschrieben.

Die Situation wird noch dadurch verschärft, daß pro Jahr ca. 1.200 Architekten die Hoch- und Fachhochschulen verlassen. Wie alle Schul- und Hochschulabsolventen müssen sie durch das Haushaltsstrukturgesetz mit dem Existenzminimum (der Sozialhilfe) auskommen.

Der Beitrag der Gewerkschaften zur Verbesserung der Lage der Architekten: Arbeitslose werden nicht aufgenommen. •

Ein arbeitsloser Architekt

ÖTV

Personalratswahlen im Öffentlichen Dienst

Vom 1. März bis zum 31. Mai finden im Bereich des Öffentlichen Dienstes und der öffentlich-rechtlichen Einrichtungen Personalratswahlen statt. Grundlage für diese alle drei Jahre stattfindenden Wahlen bilden das 1974 verabschiedete Bundespersonalvertretungsgesetz (BPersVG) bzw. die Landespersonalvertretungsgesetze, wie z.B. das Hamburger Personalvertretungsgesetz.

Diese Wahlen fallen in eine Zeit, die gekennzeichnet ist durch

- hohe Arbeitslosigkeit, insbesondere unter den Frauen und Ausländern;
- unzureichende Tarifabschlüsse;
- Einsparungen in sämtlichen Bereichen des Öffentlichen Dienstes, wie rigorose Streichung von Krankenhausbetten, verbunden mit Stellenstop und Personalkürzungen;
- Schließung von Kindertagesheimen;
- verschärfte Arbeitshetze durch Rationalisierungsmaßnahmen und „systematische Arbeitsplatzbewertung";
- Ausgliederung von Teilbereichen des Öffentlichen Dienstes an private Unternehmen (z.B. Reinigungsfirmen usw.).

Das geltende Personalvertretungsgesetz ist nicht nur nicht geeignet den im öffentlichen Dienst Beschäftigten Schutz zu gewähren, sondern erweist sich in allen wesentlichen Bestimmungen als Fessel der Belegschaftsvertreter. So verpflichtet es die Personalräte praktisch, die dem Öffentlichen Dienst vom Staat zugedachten Pflichten und Aufgaben aktiv mitzutragen: *„Dienststelle (Arbeitgeber) und Personalvertretung arbeiten unter Beachtung der Gesetze und Tarifverträge vertrauensvoll und im Zusammenwirken mit den in der Dienststelle vertretenen Gewerkschaften und Arbeitgebervereinigungen zum Wohle der Beschäftigten und zur Erfüllung der der Dienststelle obliegenden Aufgaben (!) zusammen"* (§ 2 des BPersVG).

Damit diese „vertrauensvolle Zusammenarbeit" auch möglichst reibungslos, d.h. von der Belegschaft unkontrollierbar abläuft, sind die Sitzungen des Personalrats nicht öffentlich und die Mitglieder werden einer strengen Schweigepflicht unterworfen (§ 10, BPersVG). Zuwiderhandlungen können mit Geldstrafen und mit Freiheitsstrafen bis zu fünf Damit geht das Personalvertretungsgesetz noch weit über die Bestimmungen des Betriebsverfassungsgesetzes (BVG) hinaus. Während im BVG festgelegt ist, daß Schweigepflicht ausdrücklich von der Geschäftsleitung ausgesprochen werden muß — was natürlich auch bei allen wesentlichen Sachen gemacht wird — gilt die **Schweigepflicht** im BPersVG

der Geschäftsleitung ausgesprochen werden muß — was natürlich auch bei allen wesentlichen Sachen gemacht wird — gilt die **Schweigepflicht** im BPersVG

von vornherein. Ein Verstoß gegen die „Schweigepflicht" im BVG kann auch „nur" mit betrieblichen Maßnahmen wie Verwarnung, Rausschmiß etc. geahndet werden, nicht jedoch mit Freiheitsstrafen!

Natürlich hat die Personalvertretung *„alles zu unterlassen, was geeignet ist, die Arbeit und den Frieden der Dienststelle zu beeinträchtigen, insbesondere... Maßnahmen des Arbeitskampfes"* (§ 66,2 des BPersVG).

Außerdem wird dem Personalrat insgesamt eine eigenständige Politik im Betrieb verboten (§ 87,2 des Hamburger PersVG) und letztlich auch in keiner Sache eine Entscheidung zugebilligt.

Das bestehende Gesetz wird sehr oft den Handlungsspielraum eines fortschrittlichen Personalrats einschränken. Wir halten es für eine wichtige Aufgabe, längerfristig die engen Grenzen, die der Personalvertretung gesetzt sind, zu überwinden, damit gewährleistet ist, daß sie eine Arbeit leisten kann, die allein von den Interessen der Arbeiter und Angestellten bestimmt ist.

Dennoch halten wir es für wichtig, schon heute die wenigen bestehenden Möglichkeiten dieses Gesetzes so weit wie möglich im Interesse der Kollegenschaft zu nutzen und auch dementsprechend aktive fortschrittliche Kollegen zu wählen.

Welche Aufgaben hat der Personalrat nach dem Gesetz?

- Er hat darauf zu achten, daß geltende Tarifverträge (Arbeitszeiten, Leistungen ...) eingehalten werden (§ 80,3, hier und im folgenden nach dem Hamburger PersVG);
- er soll Beschwerden der Kollegenschaft entgegennehmen und sie an den „Arbeitgeber herantragen" (§ 80,4);
- er soll insbesondere für ein gutes Verhältnis zwischen uns und unseren ausländischen Kollegen sorgen (§ 80,6).

Der Personalrat soll darüber hinaus in folgenden Angelegenheiten „mitbestimmen":

- Einführung neuer technischer Einrichtungen (Rationalisierungsmaßnahmen usw.) (§ 88,4);
- Dienstzeiten, Überstundenregelung, Pausenzeiten (§ 88,1);
- Berufsaus- und Fortbildung (§ 88,6).

In Personalangelegenheiten soll der Personalrat mitbestimmen bei:

- Einstellungen und Versetzungen (§ 89,2,8) sowie Eingruppierungen, Änderungen des Arbeitsvertrages (§89,4 und 7);
- Entlassungen, Kündigungen sowie bei der Aufstellung von Sozialplänen, z.B. bei der Schließung von Krankenhäusern (§ 88,15).

Gleichzeitig mit der Wahl der Personalräte werden auch die Gesamt- und Hauptpersonalräte gewählt.

Hat eine Dienststelle mehrere Außendienststellen, so wird neben den Personalräten in den einzelnen Außendienststellen ein Gesamtpersonalrat für den gesamten Geschäftsbereich der Dienststelle gewählt, es werden *„bei den Behörden der Mittelstufe Bezirkspersonalräte, bei den obersten Dienstbehörden Hauptpersonalräte gebildet"*. Zwar werden im Gegensatz zum alten BPersVG diese Gesamtpersonalräte und Stufenvertretungen von den jeweils im Geschäftsbereich Beschäftigten gewählt, zumeist aber ohne den Betreffenden zu kennen. Mit den Hauptpersonalräten hat sich der Staat ein Instrument geschaffen, mit dem er auf kürzestem Wege in die verschiedenen Bereiche hineinregieren kann, um seine Pläne umsetzen zu können.

Wesentliche Funktion dieser übergeordneten Personalräte ist es, wichtige Entscheidungen noch weiter weg von

Wesentliche Funktion dieser übergeordneten Personalräte ist es, wichtige Entscheidungen noch weiter weg von

den Kollegen zu verhandeln. Sämtliche Angriffe, wie z.B. die „Spar"maßnahmen, also Dinge, die über den Bereich der einzelnen Dienststelle und des einzelnen Personalrats hinausgehen, werden in der Regel von diesem gar nicht mehr diskutiert, sondern gleich im Hauptpersonalrat verhandelt. Ähnlich wird verfahren, wenn sich Dienststelle und Personalrat nicht einigen. Die Entscheidung wird der Einigungsstelle zugewiesen, die sich aus Vertretern der obersten Dienstbehörde, der zuständigen Stufenvertretung und einem „Unparteiischen" zusammensetzt. Die direkt Beteiligten und ihre Personalräte sind überhaupt nicht mehr vertreten! — Die Beschlüsse dieser Einigungsstelle sind bindend — also Zwangsschlichtung — abgesehen von Personalangelegenheiten bei Beamten, wo die Einigungsstelle sowieso nur Empfehlungen aussprechen kann. Die Entscheidung liegt bei der obersten Dienstbehörde (§§ 69 und 71 des BPersVG). ●

ÖTV-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Uni Hamburg

Zur Vorbereitung der Personalratswahlen hatte der Vertrauensleutekörper (VLK) Anfang Februar beschlossen, eine „Kandidaten-Findungskommission" zu bilden. Dieser Beschluß war mit einer Gegenstimme zustande gekommen; die Kritik an diesem Verfahren und der Vorschlag, die Kandidaten auf einer Mitgliederversammlung wählen zu lassen, wurden nicht berücksichtigt. Einzelne Kollegen wurden telefonisch gefragt, ob sie kandidieren wollten, aber nicht alle, die sich bereit erklärten, kamen auf die Vorschlagsliste. Die Kandidatenliste der „Findungskommission" wurde dann an den VLK weitergegeben, der sich das „Recht" herausnahm, Streichungen vorzunehmen und die „vorläufigen" Listenplätze festzulegen. Durch dieses Verfahren wurden einige fortschrittliche Kollegen gar nicht erst aufgestellt. Die so zensierten Listen wurden den ÖTV-Mitgliedern ausgehändigt, die die Listen nach ihren Vorstellungen ändern und unterschrieben zurücksenden sollten.

Mit diesen Mitteln versuchte man offensichtlich, einer Gruppe von fortschrittlichen Kollegen von vornherein das Wasser abzugraben. Diese Kollegen hatten sich mit einem Flugblatt an die Mitglieder gewandt und ihre Vorstellungen über eine fortschrittliche Personalratsarbeit bekannt gemacht. *„Keine Kündigungen im Universitätsbereich"*, *„Ablehnung jeder Stellenstreichung"*, *„Gegen die Privatisierung der Gebäudereinigung"* und *„Für den Aufbau eines Uni-Kindergartens"* waren ihre zentralen Forderungen. Weiter schrieben die Kollegen: *„Der größte Teil der Beschäftigten an der Uni sind Frauen. Damit sind auch besondere Probleme*

schäftigten an der Uni sind Frauen. Damit sind auch besondere Probleme

und Forderungen verbunden: z.B. gibt es keine Ruheräume, die besonders für Schwangere oder ältere Kolleginnen in den Wechseljahren benötigt würden. Auch werden Schwangere im allgemeinen nicht darüber informiert, welche Arbeiten (z.B. beim Umgang mit Chemikalien) besonders gefährlich für sie sind. Soweit uns bekannt ist, gibt es keine speziellen Arbeitsplätze für schwangere Frauen (d.h. zum Beispiel leichtere Arbeit, geringere Gefährdung)."

Darüber hinaus setzte sich diese Gruppe für eine Persönlichkeitswahl und für ein schriftliches Vorstellen jedes Kandidaten ein.

ALTERNATIVEN

zur Personalratsarbeit an der Universität Hamburg

Zwischen dem 1. März und 31. Mai finden an der Universität die Personalratswahlen statt. — —nalvertretungsge-

Dies allein reicht jedoch nicht aus. Wir sind der Meinung, daß der PR seine Arbeit auf Personalversammlun— — — —

Letzte Meldung:

Auf einer Mitgliederversammlung am 3.3.76 konnten sich die fortschrittlichen Kollegen mit ihren Vorstellungen zur PR-Wahl nicht durchsetzen. Die Gewerkschaftsführer ließen sich ihre eigene Liste, die sogenannte Vorschlagsliste, absegnen, ohne daß eine inhaltliche Diskussion über die Vorstellungen dieser Kandidaten geführt wurde. ÖTV-Gewerkschaftssekretär Gehricke machte zudem deutlich, daß die Mitgliederversammlung sowieso nicht über die Reihenfolge der Kandidaten auf der ÖTV-Liste entscheiden könne, *„da in der Gewerkschaft das Delegiertenprinzip gelte. Die Mitgliederversammlung könne nur Vorschläge machen, zu entscheiden haben die Vertrauensleute"* (nach einem Flugblatt „Alternativen"). Das ist bestes „Demokratieverständnis" a la Gewerkschaftsführer. Daraufhin beschlossen acht Angestellte, auf einer eigenen Liste zu den Personalratswahlen zu kandidieren. ●

eigenen Liste zu den Personalratswahlen zu kandidieren. ●

Hapag-Lloyd will Massen–entlassungen!

Nachdem die Renomierreederei Hapag-Lloyd in den letzten fünf Jahren mehr als 3.000 Seeleute um ihren Arbeitsplatz gebracht hat, zerbrechen sich die „Planer" des Unternehmens wieder den Kopf, wie die Personalkosten in den kommenden Jahren zu senken sind. Ihr Augenmerk galt diesmal den Kollegen der konzerneigenen Werft in Bremerhaven und den Kollegen der Tochterfirma OSR (Ocean-Service-Reparatur).

Bei der Werft in Bremerhaven soll es zu einer „dosierten" Massenentlassung von 150 Arbeitern kommen (aber ja nicht mehr als 49 zur Zeit, denn dann müßte diese Massenentlassung ja beim Landesarbeitsamt gemeldet werden und ein Sozialplan wäre zu erstellen). Den Kollegen in Bremerhaven gab man den „klugen" Rat, zu OSR im 50 km entfernten Bremen zu „gehen". In der Hinterhand behalten die Konzernherren natürlich, daß der Bremer Betrieb, in dem die Kollegen arbeiten sollen, aufgelöst werden soll! So sehen es zumindest die gegenwärtigen Pläne der Kapitalisten vor. Danach werden alle 40 Arbeiter von OSR in Bremen „freigesetzt". Damit aber nicht genug – auch der Hamburger Hauptbetrieb soll um ca. 60 Kollegen verkleinert werden!

Der Betriebsrat von OSR und der Konzernbetriebsrat versuchen, die geplante Stillegung von OSR in Bremen hinauszuzögern, nicht aber zu verhindern. Erklärtes Ziel ist es, die Schließung bis 1979 zu verzögern!

Trotz der „schlechten" Wirtschaftslage ist es der Hapag-Lloyd (Bereich Seefahrt) auch 1975 gelungen, über 150 Mio. DM Gewinn zu machen. Das sind kaum zehn Prozent weniger, als im „Rekordjahr" 1974! Das ist doch bemerkenswert, denn es sind weniger Schiffe für Hapag-Lloyd gefahren und das Ladungsaufkommen war geringer als im Vorjahr. ●

Amt für Jugend

Zu den Personalratswahlen legte die *„Arbeitsgruppe Freizeitstätten"* *„Diskussionsmaterial"* vor. Die Kollegen gehen zuerst auf die allgemeine wirtschaftliche Lage der werktätigen Bevölkerung ein und schreiben dann zu ihrem Arbeitsbereich: *„Im Bereich Freizeitstätten wurde in den letzten 3 Jahren der Etat der Häuser nicht erhöht. Selbst von Heimleitern wird darin eine stillschweigende Kürzung von 30% gesehen. Geplant sind vom Referat Kürzungen für '76 von 15% bei Interessengruppen. Verschiedene neu geplante Häuser sollen gar nicht erst gebaut werden. Fristverträge, immer häufiger eingesetztes Mittel, um kurzfristige Löcher zu stopfen, führen zu Bodenlosigkeit in der pädagogischen Arbeit und zur notwendigen Schweigsamkeit und Kritiklosigkeit an den durchgeführten Sparmaßnahmen... Gerade in dieser Situation, ist unerläßlich und notwendig eine wirksame Interessenvertretung der Kollegen zu haben, die in der Lage ist:*

1. *die unmittelbaren Forderungen derjenigen, die sie gewählt haben, durchzusetzen;*
2. *feste und dauerhafte Verbindungen zu den Kollegen in den Heimen zu halten;*
3. *ständig Rechenschaft über die Verwirklichung eines gemeinsam zu entwickelnden Arbeitsprogrammes abzulegen;*
4. *seine Tätigkeit auf die gesamte Belegschaft insbesondere auf die gewerkschaftlich organisierten Kollegen zu stützen und zu diesem Zweck eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den gewerkschaftlichen Vertrauensleuten anstrebt, um den Aufbau einer lebendigen gewerkschaftlichen Organisation im Amt für Jugend (AfJ) nach Kräften zu fördern."*

Folgende Forderungen werden zur Diskussion gestellt:

„Kostenlose, qualifizierte Fortbildung"; *„bei Ausländerintensiver Arbeit: Sprachunterricht"*, *„Erhöhung der Planstellen in Spielplatzheimen"*; *„Vergütung für Dienst zu ungünstigen Zeiten"* und *„Gegen jede Art und Form der Sparpolitik"*; *„Gegen Kündigungen, insbesondere politische und Ersparnis-Kündigungen"*. ●

ÖTV-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Amt für Schule, Verwaltung und

Amt für Schule, Verwaltung und Berufsbildung

ÖTV, GAB (Beamtenbund) und die DAG machen je eine Liste; diese Listen sind noch einmal in die Gruppen Angestellte, Beamte und Arbeiter unterteilt.

Die Kandidaten der ÖTV wurden auf einer Mitgliederversammlung Anfang Januar gewählt. Für die ÖTV-Führer standen sie im wesentlichen schon vorher fest. Da die Kollegen in den einzelnen Abteilungen ziemlich isoliert sind, kennen sie die meisten Personalratskandidaten nicht, und haben auch nur wenig eigene Vorstellungen von der zukünftigen Arbeit.

Nur eine gute Ausnahme: Als die ÖTV-Führer auf der letzten Mitgliederversammlung damit prahlen wollten, daß sie auf der Arbeiterliste diesmal sogar eine Frau (Putzfrau) aufgestellt hatten, auf dem zweiten Platz, stellte daraufhin ein Kollege die Forderung, diese Kollegin in Anbetracht der schlechten Arbeitssituation auf Platz 1 der Liste zu setzen. Dieser Vorschlag wurde mit großer Mehrheit angenommen! ●

Personalratswahlen in Hamburg angelaufen

Universitätskrankenhaus Eppendorf

Es gibt eine Personenwahl. Die jetzigen Personalräte haben bisher eher die Interessen der Krankenhausleitung als die der Kollegen vertreten. Gerade bei den so einschneidenden „Spar"maßnahmen hatten sie durch Desinteresse „geglänzt". Eine fortschrittliche Kollegengruppe, die auch Kandidaten für den PR stellt, hat in einer „Information" dargelegt, wie sie sich *„eine Personalratsarbeit in unserem Interesse"* vorstellt:

- *Alle gesetzlichen Möglichkeiten ausschöpfen,*
- *sich besonders der Frauenarbeit annehmen,*
- *ständigen Kontakt zu den Kollegen halten und ausführliche Information über alle anliegenden Probleme,*
- *sich einsetzen für eine Erweiterung des Kindergartens unter Berücksichtigung der ausländischen Kolleginnen,*
- *mindestens halbjährlich eine Personalversammlung abhalten,*
- *bessere Hygienebedingungen für Kollegen, z.B. Transportarbeiter durchsetzen,*
- *Rechtsinformationen für Kollegen herausgeben,*
- *jede Entlassung und versteckte Kündigung, z.B. Auslaufen des Arbeitsvertrages, ablehnen".* ●

Allgemeines Krankenhaus Altona

Auf der relativ gut besuchten Mitgliederversammlung der ÖTV zu den Personalratswahlen sprachen sich alle Kollegen für die Durchführung einer Persönlichkeitswahl aus! Es gibt jeweils für den Arbeiter- und Angestelltenbereich eine Liste. Eine Diskussion über die Inhalte einer künftigen Personalratsarbeit wurde nicht zugelassen. Stattdessen „einigte" man sich darauf, daß die Kandidaten sich unter Angabe ihres Alters, ihrer Beschäftigung und der Zugehörigkeit zu Betrieb und ÖTV vorstellen sollten.

Außer den von dem ÖTV-Vertrauensleutekörper vorgeschlagenen Kandidaten wurde nur noch eine Kollegin im Laufe der Mitgliederversammlung für eine Kandidatur vorgeschlagen. Eine gute Initiative ergriffen einige Vertreter der Schülervertretung: Sie machten Interviews mit den neuen und unbekannten Kandidaten, um die Schwesternschülerinnen über deren Vorstellungen zur Personalratsarbeit zu informieren und ihnen damit Kriterien für die Wahl an die Hand zu geben. ●

Niedersachsen: 8.000 Krankenhausbetten sollen weg!

Noch von der SPD/FDP-Regierung stammt der Krankenhausbedarfsplan. Er sieht vor, daß 5 000-8 000 Krankenhausbetten von 1977-1980 schrittweise abgebaut werden sollen. Ziel ist es, die Verweildauer der Patienten zu kürzen und die durchschnittliche Bettenbelegung von 85% auf 87,5% zu steigern. Auf der Strecke bleiben soll bei dieser Rationalisierung die dringend notwendige bessere Versorgung der Patienten.

Der neue CDU-Sozialminister Schnipkoweit hat sich mittlerweile zum Fürsprecher des Plans seiner Vorgänger gemacht. ●

KB/Gruppe Göttingen

Kundgebung und Demonstration Frankfurter Postkollegen

Bereits am 9.3. nahmen einige Hundert Postkollegen an einem Demonstrationszug durch die Frankfurter Innenstadt teil, der von der Deutschen Postgewerkschaft (DPG) veranstaltet wurde. Die Kollegen setzten sich für die Durchsetzung der 135-Mark-Forderung ein und protestierten auf Transparenten gegen die immer schärfer werdenden Rationalisierungen bei der Bundespost.

Am 16.3. rief die DPG erneut zu einer Kundgebung vor dem Frankfurter Fernmeldehochhaus – und zu einer Demonstration durch die Innenstadt auf. Die Kollegen wandten sich gegen das provokatorische 3,8-Prozent-Angebot der Bundesregierung und forderten nachdrücklich die Durchsetzung der 135-Mark-Forderung.



An dieser Aktion beteiligten sich rund 2.000 Postkollegen, so daß der Betrieb in einer Reihe von Post- und Fernmeldeämtern etwa eine Stunde lang ruhte.

Am gleichen Tag versammelten sich 550 Delegierte und Vertrauensleute aus dem Bereich der ÖTV-Kreisverwaltung Frankfurt und begrüßten die Entscheidung der ÖTV-Führung, die Tarifverhandlungen für gescheitert zu erklären. Gleichzeitig betonten die Gewerkschafter, daß die 135-Mark-Forderung eine Mindestforderung sei, die es gelte durchzusetzen. Darüberhinaus forderten sie den Bezirksvorstand Hessen und den Kreisvorstand Frankfurt der ÖTV auf, in Kürze auf dem Römerberg eine zentrale Protestkundgebung gemeinsam mit der DPG und der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands zu organisieren. ●

Metall-Komitee
KB/Gruppe Frankfurt

Eingesessene Personalräte mußten zurückstecken

Bei der Aufstellung der Kandidatenliste der Postgewerkschaft (DPG) zur Personalratswahl erlitt der Klüngel des bisherigen Personalrats und des Amtsgruppenvorstandes (vergleichbar einer Vertrauenskörperleitung) eine leichte Niederlage. Er mußte es hinnehmen, daß die Mehrheit einer DPG-Mitgliederversammlung seine vorbereitete Liste etwas durcheinanderbrachte und einige Kollegen auf vordere Plätze setzte, die vorher weit unten auf der Liste oder gar nicht aufgeführt waren.

Dies war vor allem den Kollegen zweier Abteilungen zu verdanken, die äußerst zahlreich erschienen waren. Diese Kollegen bewiesen, daß es auch bei der Post sehr wohl möglich ist, viele Kollegen zu den sonst nur spärlich besuchten Gewerkschaftsversammlungen zu mobilisieren – eben dann, wenn vorher unter den Kollegen eine ausführliche Diskussion und Auseinandersetzung stattfindet und wenn sie mit klaren Zielvorstellungen in die Gewerkschaftsversammlung gehen.

Die – entgegen dem Willen der alteingesessenen Personalräte und Amtsgruppenvorstandsmitglieder – auf vorderen Listenplätzen aufgestellten PR-Kandidaten stammen alle aus den beiden stark vertretenen Abteilungen. Sie haben teilweise in der vergangenen Gewerkschaftsarbeit am Amt gezeigt, daß sie gewillt sind, die Gewerkschaftsarbeit zu aktivieren und die Interessen ihrer Kollegen zur Sprache zu bringen. Die jetzige Liste ist zwar nicht mit dem demokratischten aller Verfahren, der Persönlichkeitswahl, vergleichbar, auf jeden Fall ist ein Schritt nach vorn dadurch getan, daß die Kollegen Kandidaten ihres Vertrauens auf die Liste setzten. Die Entscheidung der Mehrheit der Mitgliederversammlung wurde vom Amtsgruppenvorsitzenden Grote übrigens als „abteilungsborniert" und „undemokratisch" diffamiert, was sich die Kollegen allerdings nicht gefallen ließen. Auch veränderte der Amtsgruppenvorstand im Einvernehmen mit der Ortsverwaltung in einem Fall die Entscheidung der Mitgliederversammlung. Er brachte eine runtergesetzte Kollegin (die bei den Frauen im Amt keinesfalls als gute Interessensvertreterin bekannt ist) wieder auf die 2. Stelle (laut Satzung darf er das Votum der Mitgliederversammlung umwerfen)! In der Begründung dazu zeigte der Amtsgruppenvorstand auf einmal ein sonst nie vorhandenes Interesse an der Notwendigkeit, die „Probleme der Kolleginnen" stärker zu berücksichtigen und mehr Frauen in den Personalrat zu wählen. ●

Postzelle
KB/Gruppe Hamburg

co op-Mitbestimmung: Jeder Kollege kontrolliert sich künftig selbst!

Wie es sich für ein „mitbestimmtes" Unternehmen gehört, kann ein guter Betriebsrat (hierzu ist natürlich ein abgeschlossenes Studium „Sozialpartnerschaft" Grundvoraussetzung) bei der Unterstützung zur Erreichung der Unternehmerziele nicht tatenlos abseits stehen und die Hände in den Schoß legen; schließlich ist der Betriebsrat ja nach dem Gesetz verpflichtet, stets die Belange des Unternehmens nicht aus den Augen zu verlieren.

In diesem Sinn verabschiedete der Konzernbetriebsrat (KBR) auf seiner letzten Sitzung, gegen die Stimmen der hageba-Vertreterin, einmütig die sogenannten „Grundsätze der Zusammenarbeit", die von Vertretern des co op-Vorstandes und des Konzernbetriebsrats ausgearbeitet wurden.

Bei diesen Grundsätzen handelt es sich um Bestimmungen, wie sich Kollegen und Vorgesetzte verhalten sollen, angeblich ein Beitrag zur „Humanisierung" der Arbeit. Dabei gewähren die Grundsätze keinerlei Rechte, die nicht sowieso schon im Betriebsverfassungsgesetz enthalten sind, sondern bringen stattdessen eine Reihe von Verschlechterungen.

Zunächst hat selbstverständlich jeder Kollege die „anspruchsvollen" und „realistischen" Ziele des Vorstandes zu akzeptieren (zu den Zielen in den letzten Jahren gehörten drastische Kostensenkung, wie Personalabbau und Entlassungen immer umschrieben werden). Wie die Kollegen die Arbeit schaffen sollen, ist dem Vorstand egal, denn „nur die Ergebnisse werden kontrolliert." Die „Selbstverantwortung", der die Kollegen jetzt ausgesetzt sind, geht so weit, daß jeder für die reibungslose Erledigung der Arbeit während seiner Abwesenheit selber verantwortlich ist!

Die Vorgesetzten haben natürlich weiter die Kontrolle, ihnen müssen alle Abweichungen und die ihnen zugrunde liegenden Ursachen gemeldet werden. Der Vorgesetzte entscheidet dann, ob der Kollege für die Arbeit geeignet ist. Wenn nicht, entscheidet die Personalabteilung, „ob ein Einsatz auf einem anderen Arbeitsplatz möglich ist."

Damit den Vorgesetzten der Kontakt zu den Kollegen nicht verloren geht, sollen sie möglichst oft mit ihnnen sprechen und dabei
Kontakt zu den Kollegen nicht verloren geht, sollen sie möglichst oft mit ihnnen sprechen und dabei
„Anerkennung und Kritik" üben. In diesem Zusammenhang wird auch erwähnt, daß es künftig ein einheitliches Beurteilungssystem geben wird. Bisher sind die co op-Kollegen von Beurteilungen weitgehend verschont geblieben.

Es bleibt zu hoffen, daß die Kollegen diesem mitbestimmungsdurchtränkten Gewäsch nicht auf den Leim gehen und es als das bezeichnen was es ist: Ein großer Beschiß! ●

co op-Zelle und HBV-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Spekulationsverluste bei der Stadtsparkasse Hannover

Der Stadtsparkasse Hannover fehlen mindestens 40 Millionen DM, um das Geschäftsjahr 1975 „sauber" abzuschließen. Wie die „Frankfurter Allg. Zeitung am 16.3.76 meldete, ist das Minus, das im Geschäftsdeutsch höflich als Wertberichtigungsposten umschrieben wird, möglicherweise durch Inmobilienspekulationen entstanden. Die Stadtsparkasse hatte sich 1973 an einem sog. Kroepcke-Center beteiligt. Mitten in Hannover wurde ein 100 Millionen-Geschäftsbau hingepflanzt, dem heute die Auslastung fehlt. Einen größeren Teil Büroraum hat bereits die Stadt Hannover übernommen, es fehlen aber selbst noch ca.8 bis 12 Millionen DM zur Finanzierung.

Besonders die Stadtsparkasse hat neben der Norddeutschen Landesbank (als Gründergesellschaften des Kroepcke-Baus) die Finanzierungsschulden und Auslastungsschwierigkeiten zu tragen. Man geht aber in Hannover schon geschickter ran als bei der Hessischen Landesbank (s. letzten AK). Zwar wird wohl die Stadt Hannover oder das Land Niedersachsen die Schulden übernehmen, von den privaten Bereicherungsversuchen der Bankkapitalisten und des Staates wird aber nichts mehr berichtet. ●

HBV-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Kurioses von der Barmer Ersatzkasse

Die Barmer Ersatzkasse hat den Schuldigen für die „zu hohen Krankheitskosten" gefunden:
Westdeutschlands Versicherte gehen angeblich „beim Schnupfen" zu schnell zum Arzt, obwohl es auch anders und – für die Kassen – billiger ginge. Dr. med. Robert Falk empfiehlt in der neuesten Ausgabe der „barmer brücke" das zwar alte aber immer noch gute Schwitz-Rezept.

Zur Schwitzkur benötigt man nämlich nur einige Tabletten eines herkömmlichen Fiebermittels (kann man sich selbst kaufen),
nämlich nur einige Tabletten eines herkömmlichen Fiebermittels (kann man sich selbst kaufen),
Lindenblütentee und ein Gläschen (aber nur eines bitte!) Schnaps, Kognak oder Whisky. Und wenn man dann noch einige Stunden im Bett liegenbleiben kann, ist die Erkältung weg, der Patient geheilt, die Krankenkasse von einem neuen Kostenfaktor befreit.

Es ist natürlich ein Witz, daß so etwas auch noch in der DGB-Angestelltenzeitung „Wirtschaft und Wissen" nachgedruckt wird. ●

HBV-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

HBV

Minus-Abschluß für Versicherungsangestellte fast perfekt!

Der Verband der Versicherungskapitalisten hat in einer vorgezogenen zweiten Verhandlungsrunde am 18.3.76 den Gewerkschaften DAG und HBV 4,5% Gehaltserhöhung angeboten. HBV und DAG haben das Angebot „selbstverständlich" scharf kritisiert.

Der Clou ist nur der, daß beide gleichzeitig angekündigt haben, zur dritten Runde am 26.3.76 ihre Forderungen herunterzuschrauben!

Inzwischen haben weitere Versicherungsgesellschaften ihren Geschäftsbericht für 1975 vorgelegt. Die Hermes Kreditversicherungs-AG in Hamburg konnte ein Mehr an Prämieneinnahmen gegenüber 1974 von 19,1% vermelden! Über ihre Dividendenzahlung mochte der Vorstand keine Angaben machen.

Die Sparkassenversicherung Stuttgart hat ihre Vermögensanlagen (nach Handelsblatt v.10.3.76) um 10%, ihr Prämieneinkommen um 7% steigern können.

Insgesamt meldet die Versicherungswirtschaft ein Ansteigen ihrer Kapitalanlagen um 12,2% auf 158,5 Mrd. DM (lt. Handelsblatt v.17.3.76)! ●

HBV-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

HBV-Jugendmitgliederversammlung

Auf der alljährlich stattfindenen Jugendmitgliederversammlung der HBV-Jugend Hamburg, die am 20.3. stattfand, wurde der Antrag gestellt, eine Frauenveranstaltung der Gewerkschaft noch vor dem 1. Mai zu organisieren, damit auch gerade die Kolleginnen zum 1. Mai mobilisiert werden können. Schnell erinnerte sich die SDAJ'lerin Stürmann an einen Kreisfrauenausschuß, der ja auch schon angeblich eine Veranstaltung zur Scheidungsreform „plane."

Man solle, so die SDAJ'lerin, nicht die Frauen gegen die Männer ausspielen, im übrigen sei man mit den Planungen zum 1. Mai beschäftigt. ●

HBV-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Jetzt wird's bei Edeka erst richtig sozial

Das Edeka-Kapital wendet seit dem Februar dieses Jahres eine systematische Mitarbeiterbeurteilung an. Dem Boß des Betriebsrates der Edeka-Zentrale, Wollenhaupt, fiel die Aufgabe zu, das neuerliche Kontrollsystem zu verkaufen. Er brachte dann Schnacks wie, dies sei eine, *„Basis für die Karriere und Gehaltserhöhungen"* und *„Durch die Beurteilung besteht eine bessere Aussprachmöglichkeit mit dem Vorgesetzten in Krisenzeiten."*

Dumm für Wollenhaupt ist nur, daß nicht alle Betriebsräte des Edeka-Verbandes dermaßen bestochen sind wie er. Der Konzernbetriebsrat gab die Empfehlung heraus, die Beurteilungen nicht zu unterschreiben; die Bedenken wurden zusätzlich am „Schwarzen Brett" veröffentlicht.

Auch Wollenhaupts Gejammer, daß doch die Beurteilung rechtlich abgesichert ist und überhaupt zu den normalsten Dingen der Welt gehört, kann derzeit nicht verhindern, daß Betriebsräte und Kollegen recht mißtrauisch bleiben.

So werden z.B. die Locherinnen bei Edeka nach einer sehr niedrigen Gehaltsgruppe bezahlt und sind von den Zulagen (bis zu 250.-DM) abhängig. Die Edeka-Kapitalisten planen anläßlich der Tarifrunde, die Zulagen rigoros zusammenzustreichen. Durch die Beurteilungen wird es noch leichter sein, einen angeblichen „Leistungsabfall" zu begründen, denn sie werden von den Vorgesetzten angefertigt und den Kollegen in Einzelgesprächen mitgeteilt. Darüberhinaus sind die Beurteilungen in einer Sprache abgefaßt, die an Doppeldeutigkeiten nichts zu wünschen übrig läßt. Außerdem müssen sich die Kollegen noch selbst beurteilen („Wo sieht er seine Schwächen?!").

Für die Kapitalisten sind die Beurteilungssysteme ein Glied in der Kette der Rationalisierungen und Disziplinierungen. Es ist zu erwarten, daß damit eine zweite Kündigungswelle bei Edeka vorbereitet wird. (Die erste Kündigungswelle erfolgte anläßlich des Umzuges nach City-Nord in Hamburg.) ●

Betriebszelle Edeka
HBV/Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Bank-Kapitalisten machen das große Geschäft

Minimalangebote an Tariferhöhungen auf der einen Seite (s. letzten AK) – Riesendividendenzahlungen an die Aktionäre, so sieht die wirtschaftliche Landschaft im Bankenbereich aus. Laut Frankfurter Allg. Zeitung (zwischen dem 4.3. und 22.3.76) zahlen folgende Banken für das Geschäftsjahr 1975 an Dividenden:

+ Norddeutsche Hypotheken- und Wechselbank 12%
+ National-Bank AG, Essen 20%
+ Westfälische Hypothekenbank AG Düsseldorf 14%
+ Simonbank AG, Düsseldorf 10%
+ Deutsche Hypothekenbank Bremen Hannover 20%

●

HBV-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Kampf der Radio- und Fernsehtechniker gegen den Einzelhandelsverband

Seit nunmehr über einem halben Jahr kämpfen die Radio- und Fernsehtechnikerlehrlinge in Schleswig-Holstein um Anerkennung der bestehenden Tarifverträge des Einzelhandels für ihren Arbeitsbereich.

Insbesondere der Kampf um Anerkennung des Manteltarifvertrages ist in eine entscheidende Phase getreten. Der Manteltarifvertrag des Einzelhandels sieht für jeden Kollegen ein Urlaubsgeld von 420 DM und 21 Tage Urlaub im Jahr 1975 vor. Nur ein (!) Kollege aus ganz Schleswig-Holstein hat entsprechendes Urlaubsgeld und Zeit bekommen.

Die HBV-Führung ist von über 100 Kollegen eines Kurses beauftragt worden, unverzüglich mit dem Einzelhandelsverband in Verhandlungen zu treten, damit für alle Kollegen der Manteltarifvertag zur Anwendung kommt. Diese Verhandlungen haben auch am 22.12.75 stattgefunden.

Der Vorsitzende des Einzelhandelsverbandes Schlue schlug daraufhin folgende Taktik ein: zunächst erkannte er die Berechtigung der Forderung der Kollegen formal an und versprach sogar, durch einen Artikel im „Einzelhandelsblatt" die Kleinkapitalisten darüber zu informieren. Als daraufhin in 10 verschiedenen schleswig-holsteinischen Betrieben die Kollegen ihre Forderungen gegenüber ihren Bossen anmeldeten, setzte eine offensichtlich vom Vorsitzenden Schlue angeheitzte Einschüchterungskampagne gegen die betroffenen Kollegen ein.

Schlues „Aufklärungsartikel" erschien natürlich nicht! Stattdessen wurde den Kollegen mit Anwälten, Entlassungen, Klau des bereits gezahlten Urlaubsgeldes gedroht, die Forderung nach Einhaltung des Tarifvertrages als „Erpressungsversuch" (??) bezeichnet.

Schlue persönlich intervenierte, als ein Kleinkapitalist die Zahlung des restlichen Urlaubsgeldes tätigen wollte.

Die Begründung: Der Kollege sei eben nicht der einzige, der die Einhaltung seiner tarifvertraglichen Rechte beanspruche.

Inzwischen versucht Schlue folgende Masche: Er erklärte seinen Einzelhandelsverbandsmitgliedern, sie seien gar keine richtigenMitglieder, sondern Handwerksbetriebe, folglich hätten auch die Tarifvereinbarungen mit der HBV für sie gar keine Gültigkeit.

Kollegen aus zunächst 10 schleswig-holsteinischen Betrieben haben die HBV veranlaßt, beim Arbeitsgericht Klage wegen Nichteinhaltung der Tarifverträge einzureichen.

Die Kollegen werden sich bemühen, sich auch in der konkreten Prozeßführung nicht die Initiative von jenen Gewerkschaftsführern abkaufen zu lassen, die von den Kollegen seit einem halben Jahr getreten werden mußten, bevor sie sich überhaupt um die Frage der Einhaltung der von ihnen ausgehandelten tarifverträge „gekümmert" haben. ●

HBV-Zelle
KB/Gruppe Kiel

DRUCK

Hannoversche Allgemeine Zeitung:

Trotz massiver Angriffe – die Kollegen stecken nicht auf!

Am 15. März fand bei der „HAZ" die jüngste Betriebsversammlung (BV) statt, die ganz im Zeichen der Auseinandersetzung zwischen einer Gruppe fortschrittlicher Kollegen aus der Montage und den rechten sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern sowie dem zweiten Betriebsratsvorsitzenden stand.

Diese hatten die BV mit einer Provokation gestartet, indem sie ausgerechnet den SPD-Oberbürgermeister von Hannover, Schmalstieg, eingeladen hatten (die SPD hatte die Fusion von „HAZ" und „NHP" maßgeblich mitbetrieben und damit viele Kollegen arbeitslos gemacht).

Die Kollegen der Montage hatten sich gemeinsam auf diese BV vorbereitet und unter anderem eine Kritik an dem Auftreten Schmalstiegs formuliert, die bei der Geschäftsleitung, Betriebsrat, Gewerkschaftssekretär Baumann und beim größten Teil der Angestellten großes Entsetzen erzeugte.

Nach den Beiträgen der Kapitalisten und des Betriebsrates wagte es keiner, die Diskussion zu eröffnen. Nur die Kollegen der Montage hatten offensichtlich Beiträge vorbereitet und stellten Forderungen auf wie z.B. 35 Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich.

Nach dem dritten Beitrag sprang der stellvertretende BR-Vorsitzende auf und hetzte gegen die Redner, sie würden die Diskussion zerstören (!!), hier gäbe es eine radikale Gruppe, die alles umstürzen wolle und an dem Ast säge, auf dem doch „wir" alle säßen, nämlich an der Sicherheit der Arbeitsplätze. Für diesen Schweinkram bekam er auch noch Beifall.

Als ein weiterer Kollege der Montage dieses Manöver als Hetze und Spalterei entlarvte, um dann selbst auf die noch große Isolierung und Zersplitterung der Kollegen untereinander einzugehen, und am Ende die Kollegen aufforderte, bei den Vertrauensleutewahlen fortschrittliche Kandidaten zu wählen, starteten die Rechten ihre wohl vorbereiteten Aktionen:

die Angestellten verließen gruppenweise den Saal und eine Direktionssekretärin beantragte, dem Kollegen das Wort zu entziehen.

Der zweite BR-Vorsitzende ließ sofort über den Antrag abstimmen – und mußte eine Niederlage hinnehmen. Mit 2/3 Mehrheit wurde der Antrag abgelehnt. Damit ist es den rechten Sozialdemokraten vorerst nicht gelungen, sich die noch starke Isolierung der fortschrittlichen Montage-Kollegen zu Nutze zu machen und diesen eine Niederlage zu bereiten. Das offensive Auftreten dieser Kollegen hat ihnen einen Strich durch die Rechnung gemacht.

Zweiter Versuch: Gewerkschaftsführer blockieren Vertrauensleutewahl in der Montage

Für die am 24. März bei der „HAZ" durchgeführten Vertrauensleutewahlen der DruPa hatten die Kollegen der Montage Vorwahlen angesetzt. Pro Schicht galten zwei Mann als aufgestellt, die die meisten Stimmen auf sich vereinigen konnten.

Der Ortsvereinsvorstand der DruPa lehnte dann die Anerkennung der vier von den Kollegen vorgeschlagenen Kandidaten ab und teilte mit, daß er die Entscheidung an den Landesbezirksvorstand weitergegeben habe, die endgültig am 27. März gefällt würde.

Damit haben die Gewerkschaftsführer faktisch die Vertrauensleutewahlen in der Montage verhindert, um die Wahl fortschrittlicher Kollegen zu hintertreiben. Dagegen wurde eine Unterschriftenliste organisiert, in der es u.a. heißt:

„Es steht in krassem Gegensatz zu den bisherigen Aktivitäten der Abteilung und der in Frage gestellten Kandidaten, die sich in der Vergangenheit für die Interessen der Kollegen und damit für gewerkschaftliche Ziele am meisten eingesetzt haben...

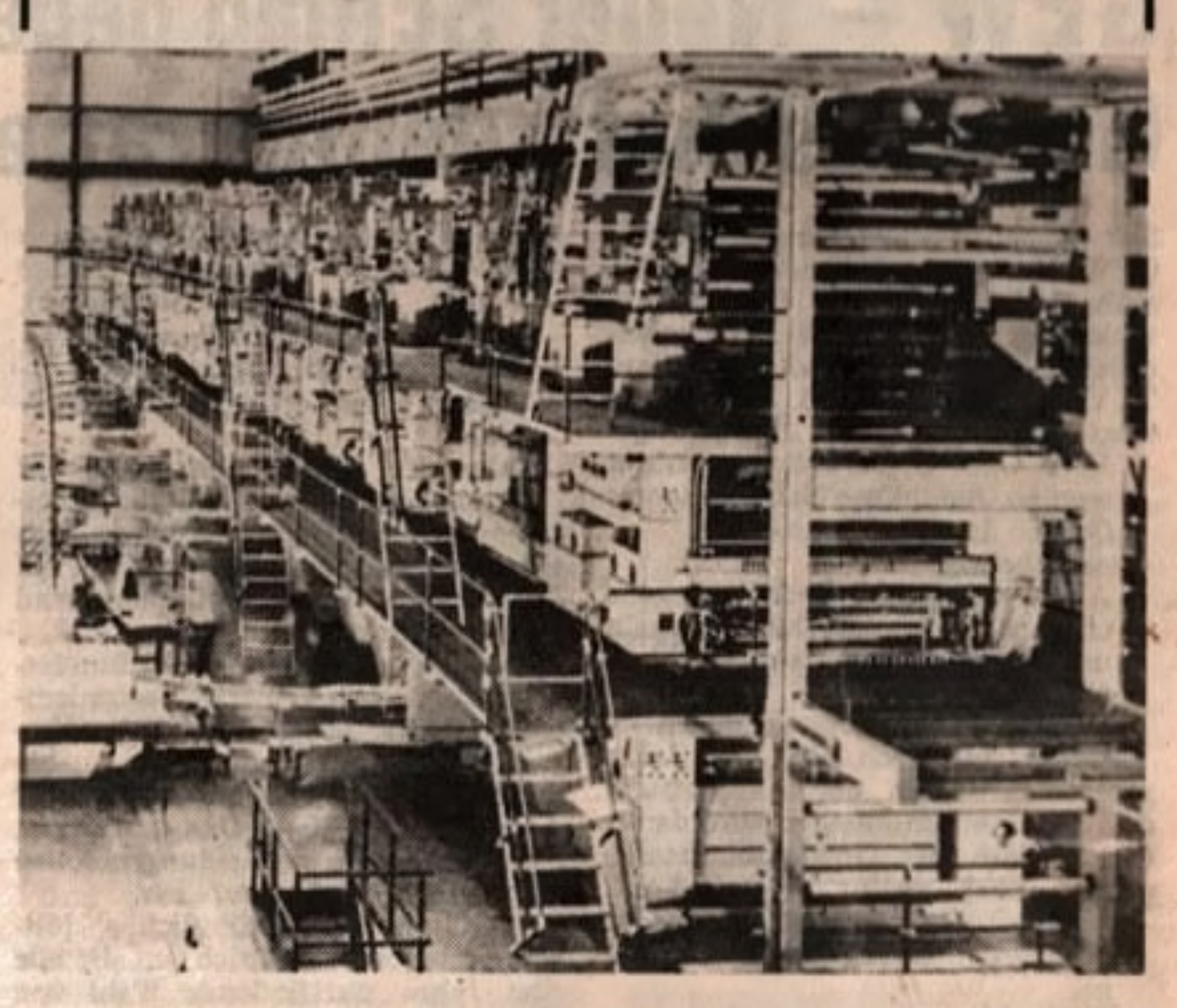
In diesem Sinne haben die von uns vorgeschlagenen Kollegen unser vollstes Vertrauen, und wir erwarten die sofortige Anerkennung unserer Kandidaten, um eine korrekte Wahl zu gewährleisten und die Vertrauensleute-Arbeit in ‚unserem' Betrieb endlich aufnehmen zu können!"

Diese Resolution wurde mit über 50 Unterschriften dem Gewerkschaftsführer Baumann übergeben.

Kampf dem Abbau innergewerkschaftlicher Demokratie!
Machen wir die Gewerkschaften zu Kampforganisationen der Arbeiterklasse! ●

nach Berichten von Druckergenossen aus Hannover

Rationalisierung und Massenentlassungen



Offset-Rotationsanlage im Springer Druckzentrum Kettwig mit neun Sechsertürmen, von 60 Meter Länge. Täglich wird hier eine 16-seitige Zeitung mit 1,3 Millionen Auflage gedruckt. Die Bedienung dieser Maschinen erfordert äußerste Konzentration von den Arbeitern. Der Lärmpegel liegt bei gesundheitsgefährdenden 95 Phon.

1975 wurden 71 Druckereien im gesamten Bundesgebiet geschlossen („Handelsblatt", 10.3.76). Laut IG Druck und Papier waren es „nur" 52. Das entspricht ca. einem Prozent der insgesamt 6.800 Druckbetriebe. 15.313 Arbeitsplätze wurden jedoch wegrationalisiert (laut „Handelsblatt", 10.3.76), d.h. mindestens 6,4 %.

wegrationalisiert (laut „Handelsblatt", 10.3.76), d.h. mindestens 6,4 %.

Investitionen = Rationalisierung: Mit steigenden Investitionen der Druckkapitalisten seit 1969 (vorher bewegte sich die jährliche Investitionssumme recht konstant um die 400 Millionen DM), nahm auch die Arbeitsplatzvernichtung einen enormen Aufschwung:

1970 740 Mio Inv. – 691 Arb.pl.
1971 800 Mio Inv. – 3.134 Arb.pl.
1972 800 Mio Inv. – 1.053 Arb.pl.
1973 820 Mio Inv. – 9.412 Arb.pl.
1974 ? Mio Inv. – 11.459 Arb.pl.
1975 ? Mio Inv. – 15.313 Arb.pl.

Neuer Arbeitslosenhöchststand: Im Dezember 1975 erreichte die Arbeitslosenzahl in der Druckindustrie 9.226 gegenüber 2.333 im Dezember 1974. Diese Zahlen sind insofern irreführend, weil sie nur die arbeitslosen Facharbeiter berücksichtigen und nicht die in der Regel stärker betroffenen Hilfskräfte.

Lohnkosten gesunken, Pro-Kopf-Umsatz gestiegen: Von 1969 bis 1975 stieg der Pro-Kopf-Umsatz der in der Druckindustrie Beschäftigten von DM 37.722,- auf DM 67.804,-. Entsprechend der Rationalisierung und steigenden Arbeitshetze gelang es den Kapitalisten, den Lohnkostenanteil stetig zu senken:

1973 : 37,7 % des Gesamtumsatzes
1974 : 36,5 % des Gesamtumsatzes
1975 : 35,4 % des Gesamtumsatzes
(nach Druck + Papier, 15.3.76).

1974 : 36,5 % des Gesamtumsatzes
1975 : 35,4 % des Gesamtumsatzes
(nach Druck + Papier, 15.3.76).

Axel Springer-Verlag: In mehreren Städten der BRD laufen jede Nacht 50 Rotationsmaschinen des Springer-Verlages, die in der Lage sind, 64 Seiten gleichzeitig zu drucken.

Mit der Anfang 1973 aufgebauten Offset-Rotation in Kettwig hat Springer den Weg zu neuen Profiten geöffnet. Da die Druckerei jetzt schon völlig ausgelastet ist, soll diese ohnehin einzigartige Rotation von 54 auf 72 Druckwerke erweitert werden. Gleichzeitig gab der Verlag die Umstellung sämtlicher Zeitungsrotationen von Buch- auf Offsetdruck innerhalb der nächsten fünf bis zehn Jahre bekannt.

Damit drohen für die 1.000 Beschäftigten in der Betriebsstätte Essen Massenentlassungen. In Kettwig beispielsweise ist die Rationalisierung so weit fortgeschritten, daß die gesamte Satzherstellung von zwei Fotosatzmaschinen hergestellt wird. Dadurch werden ganze Berufsgruppen wie Setzer, Perforator etc. überflüssig! ●

SPD-Betriebszeitungen:

SPD-Betriebszeitungen:

Zu den Bundestagswahlen auf Wählerstimmenfang

Auf dem Mannheimer SPD-Parteitag betonte Willi Brandt, daß zu den Bundestagswahlen die „ständige Vertrauensarbeit" besonders in den Betrieben verstärkt werden müsse. SPD-Geschäftsführer Börner gab daraufhin die Parole aus, vor allem in den Großbetrieben SPD-Betriebszeitungen herauszugeben („Spiegel", 9.2.).

Vor Hamburgs Druckbetrieben sind in der letzten Zeit mehrere SPD-Zeitungen aufgetaucht:

- „Auer-Echo" vor Auer-Druck („Morgenpost")
- „Zur Sache" vor Springer
- „Einblick" vor Broschek
- „Vogelbauer-Post" vorm Bauer-Verlag.

Alle diese Zeitungen sind nach dem gleichen Strickmuster gemacht: scharfe Hetze gegen die „Chaoten" einerseits, Aufgreifen betrieblicher Mißstände und der Versuch, deren Lösung in SPD-Partei- bzw. Gewerkschaftshände zu legen.

So veröffentlicht beispielsweise das „Auer-Echo" eine Serie *„Die RADIKALEN: die Braunen, die Roten und die Chaoten"*, die sich trotz irreführendem Titel natürlich nur mit antikommunistischer Hetze befaßt. In der „Vogelbauer-Post" und im „Einblick" wird vor „Chaoten" und „Sektierern" in Betriebsrat und Vertrauenskörper gewarnt.

Geht es darum, konkrete Mißstände anzupacken, haben die sozialdemokratischen Schreiber als Patentrezept anzubieten: bloß nicht selber handeln, Willi und die in Bonn werden das schon machen. So weiß zum Beispiel die „Vogelbauerpost" von einem Gespräch von fünf SPD-Betriebsräten mit führenden SPD- und AfA- (Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen der SPD) Vertretern zu berichten, in dem es um die Entlassung von 350 Bauer-Arbeitern ging. Tip des SPD-Schreibers: abwarten: *„Wir oder unsere Parteifreunde in Bonn werden uns daher in den nächsten Wochen und Monaten öfters an euch wenden, liebe Kollegen, um euch über den Stand der Dinge auf dem laufenden zu halten."*

Noch deutlicher wird das „Auer-Echo" in Abgrenzung zur Demonstration der Hamburger Druckarbeiter Anfang März: *„Wer ist denn nun die viel berufene ‚Öffentlichkeit', die man durch Demonstrationen auf seine Probleme aufmerksam machen will?* **Dies können nur noch die Parteien sein.** *Nur sie haben, falls sie die Regierung stellen, die Macht und die Möglichkeiten, Änderungen herbeizuführen. Die von Unternehmensspenden geförderte CDU wird sich wohl kaum gegen die Interessen der Unternehmen einsetzen. Die FDP stützt sich auf die leitenden Angestellten und betrachtet ansonsten das Tun der Arbeitgeber mit großzügiger liberaler Toleranz.* **Was bleibt, ist die SPD. Ihre Politik hat schon zur Genüge bewiesen, daß sie gewillt ist, den Arbeitnehmer-Interessen mehr Geltung zu verschaffen... Uns braucht niemand durch Demonstrationen die Wünsche der Arbeitnehmer nahezubringen. Wir wissen, wie einer Willkür der Arbeitgeber Einhalt geboten werden kann. Nur die Verhältnisse ändern, das können wir erst dann, wenn uns die Arbeitnehmer bei der Wahl den Auftrag dazu geben"** (März 1976).

Nicht kämpfen, nicht für die eigenen Interessen eintreten, sondern der SPD hierfür den Auftrag geben, (den sie allerdings weder erfüllen wird, noch überhaupt will) das ist der gesamte Tenor dieser SPD-Wahlwerbeblätter. Sicherlich ist das hier angeführte Zitat im Hinblick auf das Ziel des Schreibers sehr offen und plump formuliert, aber es sind halt die ersten Versuche, über solche Betriebszeitungen stärkeren SPD-Einfluß bei den Arbeitern in den Betrieben zu gewinnen.

Im Hinblick auf die Bundestagswahlen müssen wir diesem Werbefeldzug der SPD die gebührende Aufmerksamkeit schenken und die Lügen, Demagogien und Versprechungen der sozialdemokratischen Schreiberlinge mit den harten Tatsachen sozialdemokratischer, arbeiterfeindlicher Politik konfrontieren. ●

Druck-Komitee,
KB/Gruppe Hamburg

– Betriebe –

Bauer, Hamburg
Bei Bauer werden 1977 400 Kollegen auf die Straße gesetzt werden. Besonders davon sind die Frauen im Versand betroffen. Laut Vorstellungen der Sozialdemokraten im Vertrauensleute-Körper soll dort überhaupt kein Vertrauenskörper mehr gewählt werden, das lohne angeblich nicht mehr, so ihre Stellungnahme auf der Vertrauensleutekörpersitzung 14 Tage vor den Wahlen, die am 31.3.76 durchgezogen werden.

„Offenburger Tageblatt" (A. Reiff & Cie): Diese Zeitung (ca. 60.000 Auflage) soll durch Umstellung auf elektronische Satzherstellung die „modernste Zeitung Deutschlands" werden. Für die Kollegen heißt das 30 bis 35 Entlassungen. Die Mehrheit des Betriebsrates stimmte ohne jegliche Diskussion und Information mit der Belegschaft der von der Geschäftsleitung vorgeschlagenen Farce eines Sozialplans zu. Dieser sieht eine Abfindung von 1.000 DM für Kollegen, die 30 oder älter sind und 1.500 DM für solche über 40 Jahre vor. Jüngere Kollegen gehen leer aus und auf langjährige Betriebszugehörigkeit wird ebenfalls keine Rücksicht genommen. („Druck und Papier", 15.3.76)

Julius Springer Verlag, Westberlin: Im Rahmen einer Zentralisierung des Verlages wollen die Springer-Kapitalisten verschiedene Betriebsbereiche in erster Linie die Werbeabteilung nach Heidelberg verlagern. Davon sind kurzfristig 40 und langfristig 400 bis 500 Arbeitsplätze gefährdet, nachdem bereits 1975 30 Arbeitsplätze wegrationalisiert wurden. Weitere 48 Kollegen werden durch die Auflösung des Auslieferungslagers Bielefeld arbeislos werden.

Die Westberliner Kollegen – hauptsächlich aus der vorrangig betroffenen Werbeabteilung, die zu 60 % gewerkschaftlich organisiert ist und von der bereits in früheren Jahren zwei Warnstreiks zu Tarifverhandlungen ausgingen – sind jedoch nicht tatenlos. In verschiedenen Resolutionen forderten sie die Aufgabe der Verlagerungspläne und riefen insbesondere Käufer der Springer-Bücher (vorwiegend an der Universität, da es ein wissenschaftlicher Verlag ist) zur Solidarität auf. Über 500 Angehörige der Universitäten haben sich durch Unterschriften mit den Kollegen solidarisiert (nach „Informationsdienst für unterbliebene Nachrichten" („ID") Nr. 113, 13.3.76 und Berichten Westberliner Genossen).

Axel Springer Verlag, Hamburg: Auf der Betriebsversammlung im März sprach auch ein Vertreter des „Deutschen Handels- und Industrieangestelltenverbandes" (DHV). Dieser vom Konzernboß geförderte Verband gewann bei den letzten Betriebsrätewahlen fünf der 18 Angestellten-Sitze. Was für ein reaktionärer Verband der DHV ist, offenbarten die Ausführungen:

- die hohen Krankenkassenkosten liegen daran, daß „Oma Angora-Wäsche auf Krankenschein bekommt"
- auf die Fließbandarbeit stieß dieser Angestelltenvogel Lobeshymnen aus
- schließlich forderte er dazu auf, statt um Tariferhöhungen zu kämpfen, lieber den Artikel von Karl Schiller in der „Welt" zur „Vermögensbildung" zu studieren. ●

Tarifrunde

Papier-, Pappe- und Kunststoffkapitalisten: „Vor dem Komma muß eine 4 stehen", das ist bislang die einzige allerdings monoton wiederholte Antwort des Kapitalistenverbandes der Papier, Pappe und Kunststoffe verarbeitende Industrie auf die 8%-Forderung der DruPa für diesen Sektor.

Druckerei Bechauf, Bielefeld: Ein besonders schweinisches Erpressungsmanöver anläßlich der Tarifrunde startete die Druckerei Robert Bechauf, Bielefeld. Folgender Brief wurde an die DruPa und an das Arbeitsamt geschickt: *„Sehr geehrte Damen und Herren, nachdem wir heute die Lohnforderungen der IG Druck und Papier erhalten haben, ziehen wir unseren Auftrag auf Vermittlung von zwei Auszubildenden zurück. Unsere Bereitschaft, etwas gegen die Arbeitslosigkeit zu unternehmen, müßten wir zu teuer bezahlen"* (Druck und Papier, 15.3.76).

Berichtigung: Im ARBEITERKAMPF 76 wurde über den Stand der Drucktarifrunde 76 berichtet. Dabei ist uns ein Fehler unterlaufen. Und zwar beträgt die momentane Ausbildungsbeihilfe DM 360,- im ersten und DM 432,-, DM 554,- und DM 655,- in den folgenden Lehrjahren und nicht wie berichtet DM 400,- im ersten und DM 430,- im zweiten Lehrjahr. ●

BERGBAU

Das Zechensterben geht weiter !!

Die über 60 Jahre alte Zeche „Sachsen" in Hamm-Heesen wird zum 31.7.76 stillgelegt. *„Ein auf Initiative des Betriebsrates erstattetes Gutachten... habe das Ergebnis früherer Untersuchungen bestätigt, daß unter Berücksichtigung der Aufschließungskosten die Lagerstätte einen wirtschaftlich vertretbaren Abbau in den Reservefeldern nicht zuläßt"* („Westdeutsche Allgemeine Zeitung" vom 17.3.76).

Den von der Schließung betroffenen 2200 Beschäftigten wurden „sichere Arbeitsplätze" auf benachbarten Zechen versprochen, so der Vorstand der Bergbau AG, eine Tochtergesellschaft der Ruhrkohle AG. Doch selbst dies ist nicht sicher. Denn *„der Aufsichtsrat wird der Schließung zustimmen, sobald ein Sozialplan (!) für die 1600 Bergleute erstellt ist"* („WAZ" vom 17.3.76).

Sozialplan heißt doch erst einmal Abfindung und damit Verlust des Arbeitsplatzes. Das heißt für einen Teil der Kollegen Arbeit auf anderen Zechen, für den anderen Arbeitslosigkeit!!! ●

Ein Bochumer KB-Genosse

GEW

GEW – Neuer Schlag gegen Gewerkschaftsdemokratie

Seit einigen Wochen kursieren in der GEW Exemplare einer neuen bundeseinheitlichen Satzung. Ihre Verabschiedung ist im Herbst 1977 vorgesehen. Sie wurde erarbeitet von dem 2. Vorsitzenden Sigfrid Vergin und trägt seine reaktionäre Handschrift:

– Jedes GEW-Organ soll verpflichtet werden, Beschlüsse übergeordneter Organe durchzuführen (nicht umgekehrt).
– Alle wesentlichen Rechte (Organe ernennen, das „Nähere" regeln usw.) werden dem Hauptausschuß übertragen.
– Landesvertreterversammlungen treten nur noch alle drei Jahre zusammen! Nach der Abschaffung der Hauptversammlungen wird damit der Einfluß der Gewerkschaftsmitglieder noch weiter eingeschränkt.
– Antragsberechtigt sind nicht mehr Mitglieder, sondern nur noch Organe.
– Die Landesvertreterversammlungen werden drastisch verkleinert, so hätte Hamburg jetzt eine LVV von 100 Mitgliedern (bisher ca. 600 für 10.000 Mitglieder).
– Landesvorstände können sich durch Kooption ergänzen.
– Alle Wahlen erfolgen als Urnenwahl.
– Alle drei Jahre ‚darf' auch auf Kreisebene eine Mitgliederversammlung stattfinden, sonstige Mitgliederversammlungen etwa auf Schulebene (Betriebsgruppen) sind nicht vorgesehen.
– Folglich sind in der neuen Bundessatzung auch keinerlei Vertrauensleute mehr vorgesehen. Die Vertrauensleutevollversammlung beschließt z.B. in Hamburg noch über Aktionen der GEW (Demonstration, Streik) Diese Entscheidungen sollen allein dem Vorstand zufallen.

Aktivitäten der „gewöhnlichen" Mitglieder beschränken sich auf die alle drei Jahre stattfindende Wahl von Delegierten und die Durchführung von Beschlüssen übergeordneter Organe!

Mit diesem Plan soll die einstmals noch relativ demokratisch organisierte GEW entgültig dem Beisspiel der Industriegewerkschaften folgen: alle Macht den Gewerkschaftsführern, keinerlei Rechte für die Mitglieder.

Vor den Linken steht jetzt die Aufgabe den Kampf um die innergewerkschaftliche Demokratie zu forcieren. Insbesondere müssen dabei diejenigen angesprochen werden, die sich von der Zentralisierung der GEW (Aufbau eines einheitlichen Bundesverbandes) tatsächlich eine Stärkung der Kampfkraft der GEW versprochen hatten.

Auf jeden Fall muß verhindert werden, daß die GEW-Führer mit ihrem Plan, keine Diskussion um „innergewerkschaftliche Angelegenheiten," durchkommen. •

Lehrerkomitee
KB/Gruppe Hamburg

Kiel: GEW-Führer mit CDU-Minister unter einer Decke

Am 9. 3. wurde von der GEW in Kiel ein Hauptschulkongreß durchgeführt, zu dem sie als „Ehrengast" (!) CDU-Kultusminister Braun, einer der Hauptverantwortlichen für die Situation an den Schulen, eingeladen hatte.

Gegen diesen Auftritt mobilisierte eine Aktionseinheit bestehend aus dem AStA der Pädagogischen Hochschule (PH), dem Arbeitskreis arbeitsloser Lehramtsanwärter, der Initiative der Examenskandidaten des Sommersemesters 76, der GEW-Studentengruppe Flensburg, den Roten Zellen (KBW) und der Studentengruppe des KB zu einer Protestkundgebung, an der sich ca. 150 Studenten beteiligten. Diese Studenten wollten vom Kultusminister konkrete Auskunft darüber haben, wie die Situation der Lehrerstudenten und der Lehrer in der nächsten Zeit ausssehen wird. Bezeichnend ist das Verhalten der GEW-Führer. Sie hatten nichts eiligeres zu tun, als zu versichern, daß sie mit den protestierenden Studenten „nicht das geringste zu tun hätten". Wegen der Teilnahme des AStA der PH entzogen sie diesem auch gleich noch einen versprochenen Redebeitrag auf der Eröffnungsveranstaltung.

Vollends ließen sie die Hosen herunter, als sich Braun genötigt sah, seine Rede abzubrechen: in trauter Eintracht mit dem Braun zogen sie aus, um den Kongreß unter Ausschluß der Studenten und unter Polizeischutz (!) fortzusetzen.

Wie sehr dieses Vorgehen auch dem Willen der Mehrheit der Mitglieder der GEW ins Gesicht schlägt, zeigte sich am nächsten Tag, als auf zwei Veranstaltungen des Kongresses von ca. 1.000 Lehrern eine Resolution verabschiedet wurde, die zum Kampf gegen die von der Landesregierung betriebene Bildungspolitik aufruft. •

GEW Hamburg: Reaktionäre auf Spalterkurs Linke Sozialdemokraten stellen sich blind

In den letzten beiden Jahren gab es in mehreren Landesverbänden der GEW ein Anwachsen linkssozialdemokratischer Strömungen (so in Westberlin, Hamburg, Hessen, Bayern). Begünstigt wurde diese Entwicklung durch die starke Zunahme junger Lehrer, deren Studium noch zum Teil von der linken Studentenbewegung beeinflußt worden ist. Der ständisch ausgerichtete reaktionäre Flügel der GEW geriet daher häufig auf Mitgliederversammlungen in eine deutliche Minderheit.

Über diese innerorganisatorische Entwicklung wird gerade von fort-

lungen in eine deutliche Minderheit.
Über diese innerorganisatorische Entwicklung wird gerade von fort-
schrittlichen Kollegen oft vergessen, daß der rechte Flügel der GEW starke Bundesgenossen hat: den Staat und seinen ganzen Beamtenapparat und alle reaktionären Kräfte in dieser Gesellschaft. Und diese rechte Maffia formiert sich jetzt auch in der GEW zu einer neuen Offensive – nachdem die erste Schlacht (der Abbau innergewerkschaftlicher Demokratie durch die Mainzer und Kölner Beschlüsse) zwar planmäßig aber noch nicht mit dem gewünschten Erfolg abgeschlossen wurde.

Im Landesverband Hamburg setzen die Rechten bei den Personalratswahlen der Lehrer im Mai an. Wie wir schon berichtet haben (siehe AK 75), waren die langjährigen Vorstandsmitglieder Koppe und Co. nicht bereit, gemeinsam mit einem DKP-Mitglied zu kandidieren. Mittlerweile haben diese „Kollegen" eine Spalterliste eröffnet und sammeln dafür fleißig Unterschriften an den Schulen. In einem Flugblatt, mit dem die Rechten für ihre Liste werben, heißt es:

„Weiterer großer Schaden wird der GEW durch den starken Einfluß der DKP-Vertreter und ihrer Anhänger (!) auf den Fachgruppenvorstand VR zugefügt ... Unter diesen Umständen dürfte die GEW nur noch als Splittergruppe in den zukünftigen Personalrat VRSo (Volks-, Real- und Sonderschulen) einziehen. ... Wegen der späteren Gefahr, sich ständig mit den von außen (!) gesteuerten Direktiven der DKP auseinandersetzen zu müssen, sehen wir uns außerstande, auf einer„Einheitsliste" zu kandidieren."

Die Marschroute der Rechten ist damit klar: Herausdrängen der DKP und ihrer „Anhänger" unter den linken Sozialdemokraten aus der GEW. Es handelt sich keineswegs um ein isoliertes Handeln einiger in Panik geratener Rechter – wie manche fortschrittliche Kollegen meinen. Vielmehr ist genau dieses Vorgehen vom GEW-Vorsitzenden Frister in seiner berüchtigten porgrammatischen Rede am 1. Februar 1975 (siehe ‚Erziehung und

Frister in seiner berüchtigten porgrammatischen Rede am 1. Februar 1975 (siehe ‚Erziehung und
Wissenschaft' 2/75) angekündigt worden.

Man darf sich nicht täuschen lassen durch die scheinbare Erfolglosigkeit der rechten Spalter- und Wühltätigkeit. Sicherlich wird bei diesen Personalratswahlen die GEW-Liste die meisten Stimmen erhalten: aber die Polarisierung des Verbandes in solche Kollegen, die bereit sind, mit DKP- und linken SPD-Kollegen zusammenzuarbeiten, und solche die es nicht sind, wird vorangetrieben.

Das Schädliche ist nicht diese Polarisierung, sondern, daß sie a k t i v und o f f e n s i v von den R e c h t e n betrieben wird und die Linken wieder einmal zum Teil unschlüssig und defensiv dastehen. So sehen die „linken" Sozialdemokraten um den Landesvorsitzenden Lemke nicht, daß langfristig auch ihre eigne Position gefährdet ist. Sie waren bereit, für Koppe und Co die DKP-Kollegen zu opfern; sie unternehmen so gut wie nichts, um den von den Mitgliedern geforderten Ausschluß der Rechten aus der GEW durchzuführen; und sie trösten sich damit, daß das Ganze ein Altersproblem sei und 1980 die Rechten eh ausgestorben seien!

Angesichts dieser Tatsachen wird deutlich, daß die linken Sozialdemokraten, insbesondere die Exponenten dieser Positionen, mit der Verharmlosung der reaktioären Offensive, ob gewollt oder ungewollt, die Aufgabe übernehmen, den Rechten das Feld zu bereiten.

Die fortschrittlichen Kräfte in der GEW haben die dringende Aufgabe, noch stärker als bisher, auf das gemeinsame der Politik der Rechten und der verschärften Bildungs- und Unterdrückungspolitik des Staates hinzuweisen und die Kollegen für eine kompromißlose Haltung dagegen zu gewinnen. •

Lehrerkomitee
KB/Gruppe Hamburg

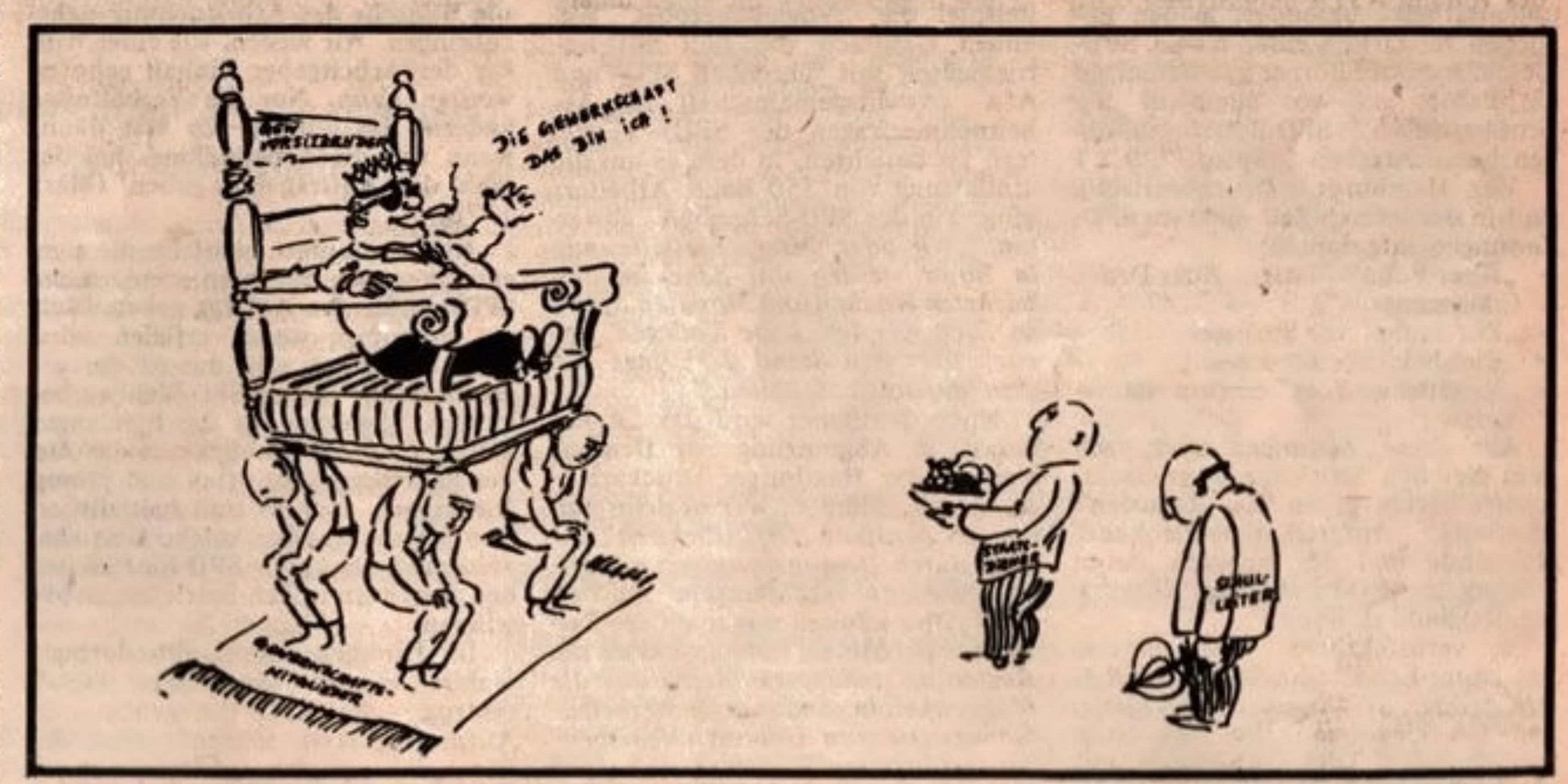
GEW Hessen: Warnstreiks nicht ausgeschlossen

Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit dem Landeselternbeirat und dem Deutschen Lehrerverband drohte der GEW-Landesvorsitzende Ludwig mit „landesweiten Protestaktionen, Urabstimmungen und eventuellen Warnstreiks". („Hessisch-Niedersächsischer Anzeiger" (HNA) 16. 3. 76). Anlaß derfür ist der Plan des Kultusministers 20.000 Entlastungsstunden (das entspricht ca. 800 arbeitslose Lehrer) ab Sommer 76 zu streichen.

Es hat den Anschein, daß der GEW-Vorstand in Hessen sich nicht länger dem Willen der Kollegen nach aktivem Widerstand widersetzen kann. Auf einer Mitarbeiterkonferenz der GEW-Hessen am 20. 2. 76 war von den Kollegen kritisiert worden, daß vom Vorstand außer Verhandlungen u. ä. keine Maßnahmen geplant sind. Sie forderten Demonstrationen und Warnstreiks. Auf einer Wandzeitung des Kreisvorstands Groß-Gerau wird unter der Überschrift „E i n e G e w e r k s c h a f t o h n e S t r e i k b e r e i t s c h a f t i s t e i n P A P I E R T I G E R" für die Durchführung eines Streiks geworben. In Frankfurt hat am 6. 3. eine Demonstration mit ca. 2.500 Teilnehmern stattgefunden unter Parolen wie „Krollmann, daß du's weißt: der Frühling, der wird heiß" (vgl. AK 76).

Es ist zu hoffen, daß die Kollegen auch weiterhin ihrem Landsvorstand Dampf machen werden. •

der GEW-Hessen am 20. 2. 76 war Dampf machen werden. •



Bremerhaven: GEW–Führer blasen Veranstaltung ab

Auf Initiative der Betriebsgruppen Gymnasium und des AjLE sollte die Bremerhavener GEW eine Veranstaltung gegen die Schulmisere und die Jugendarbeitslosigkeit durchführen. Da hier nur ein Vertreter des Schulamtes, der Referendare und der GEW auftreten sollten, forderte der „Klushofkreis", ein Zusammenschluß von Referndaren und Schülern, vom GEW-Vorstand, unmittelbar Betroffene zu Worte kommen zu lassen. Reaktion der GEW-Führung: die Veranstaltung wurde aus formalen „Gründen" abgeblasen. Daß der GEW nicht viel an der Interessenvertretung der Betroffenen liegt, wurde auch bei einem anderen Anlaß deutlich: Auf die Forderung der Bremerhavener Lehrer im Vorbereitungsdienst nach Einstellung a l l e r Lehrer nach Ausbildungsende und nach Übernahme ins Beamtenverhältnis reagierte der GEW-Ortsvorsitzende Werner Ihnen voll im Sinne der „Sparpolitiker": Man müsse die Bewerber für den Schuldienst auswählen, und zwar nach einem „differenzierten Katalog" von Kriterien. Die Forderung nach Einstellung aller Lehrer überging er gleich. Vielleicht gibt's demnächst noch eine Überraschung, wenn Ihnen seinen „differenzierten Katalog" der Öffentlichkeit vorstellt. •

SSB Bremerhaven

GEW-Hamburg: Linker Vorsitzender deckt Spitzel

In AK 76 berichteten wir über die Entlarvung des Vorstandsmitglieds der Hamburger GEW, Petersen, der auf linken Versammlungen GEW-Mitglieder notiert, um sie für einen Gewerkschaftsausschluß freizugeben. In diesem Fall notierte er sich vermeintliche „Störer" auf einer Sitzung des Fachbereichsrates (Selbstverwaltungsorgan der Uni). Daraufhin angesprochen schrie er einen Studenten an: „Das gebe ich Ihnen schriftlich – Sie kommen nie in die GEW!" Gegen diese „Störer" wurde von der Univerwaltung Strafanzeige erstattet, weil es zu Rangeleien, die von P. provoziert wurden, kam, als er mit seinen Notizen abziehen wollte.

Vom Fachschaftsrat (FSR) des Pädagogischen Instituts (PI) wurde daraufhin eine breite Veröffentlichung über diesen Spitzel eingeleitet, um die Studenten vor solchen Leuten zu schützen. Insbesondere wurde die GEW aufgefordert, sich von solchen Methoden zu distanzieren und sich von P. zu „trennen".

Interessant ist, wie jetzt der Vorstand der GEW auf diese Vorfälle reagierte. Ihr Vorsitzender Lemke, der als „Linker" gewählt wurde, sah sich veranlaßt *„im Interesse unseres Kollegen Jürgen Petersen"* an den FSR einen Brief zu schreiben.

Mit keinem Wort wird in diesem Brief zu den konkreten Vorwürfen Stellung genommen. Er zeigt zwar *„Verständnis für die Unruhe unter den Studenten in einer Situation"*, die durch die Einstellungspraktiken des Senats entstanden sei und die zu einer *„Atmosphäre der allgemeinen Verunsicherung, teilweise des gegenseitigen Mißtrauens und der Verdächtigungen"* geführt habe. Aber „eine Flugblattaktion ... mit der Sie die berufliche Tätigkeit des Kollegen Petersen behindern, ist ... in keiner Weise gerechtfertigt." Daß das Mißtrauen gegen P. nicht aus der Luft gegriffen ist, sondern er konkrete Anlässe dafür lieferte, dazu schweigt der GEW-Vorsitzende.

Zum Schluß fordert er den FSR auf, die *„Kampagne unverzüglich einzustellen."*

Man liest es überall zwischen den Zeilen heraus: der Vorsitzende will es auf jeden Fall verhindern, daß die GEW mit dem Geruch der Spitzeltätigkeit in Berührung kommt. Würde sie doch dadurch viel von ihrem Kredit unter den Studenten verlieren. Mit den konkreten Vorwürfen will er sich aber auch nicht befassen, müßte er sich doch dann gegen die reaktionäre Mafia im Vorstand stellen. Also alles unter den Tisch kehren, auf die Tränendrüse drücken („die berufliche Tätigkeit wird behindert", was bei diesem Spitzel auch der Fall sein muß) usw.

Vom linken Image dieses Vorsitzenden bleibt nur, daß er selbst diese Methoden nicht anwendet. Durch seine Untätigkeit deckt er allerdings das Treiben der Rechten.

Für die fortschrittlichen Kräfte in und außerhalb der GEW bleibt die Aufgabe diesem Herrn endgültig das Handwerk zu legen, oder will sich die GEW nachsagen lassen, Spitzel zu decken?! •

Arbeitsgruppe Studenten
KB/Gruppe Hamburg



lateinamerika aktuell

Cuba: Castros Besuche in Jugoslawien, Algerien und Guinea

Zwei Beispiele cubanischer Außenpolitik

Im Anschluß an den KPdSU-Parteitag führte der cubanische KP-Vorsitzende F. Castro „Freundschaftsbesuche" in Jugoslawien, Bulgarien, Rumänien und einigen afrikanischen Ländern durch.

Beim Jugoslawien-Besuch fiel auf, daß dieser als Ausdruck der *„Förderung der langjährigen freundschaftlichen Beziehungen beider Länder"* („Granma") betrachtet wird. Diese Kennzeichnung ist Ausdruck eines massiven Rechtsschwenks in der cubanischen Außenpolitik gegenüber dem internationalen Revisionismus und eine Anpassung an letzteren.

Hatte doch Castro 1968 in seiner berühmten Rede zum Einmarsch der Warschauer Pakt-Truppen in die CSSR gerade die Jugoslawische Regierung scharf angegriffen und den Ausschluß des „Bundes Jugoslawischer Kommunisten" aus der kommunistischen Weltbewegung gefordert:

„... So stimmen auch all die politischen Anschauungen, die sich völlig vom Marxismus abkehren, all die ökonomischen Theorien bestens mit der Ideologie des Bundes der Kommunisten von Jugoslawien überein. Unser Land aber hat nie aufgehört, ein Ankläger dieser Organisationen zu sein. Aber Sie wissen, wie in letzter Zeit viele sozialistische Parteien, unter ihnen auch die des Warschauer Paktes, angefangen haben, die Rolle und das Wesen des Bundes der Kommunisten in Jugoslawien zu vergessen. Man hat begonnen, Jugoslawien ein sozialistisches Land zu nennen, man hat begonnen, die Partei als eine kommunistische zu bezeichnen, und man hat den Bund der Kommunisten von Jugoslawien zu Treffen der Massenorganisationen und kommunistischen Parteien eingeladen ...

Das kommunistische Lager ächtete jene Partei gerechterweise für viele Jahre. Und unzählige Zeitungsartikel sind von jeder Partei gegen jene Organisation veröffentlicht worden, in denen sie angeklagt und kritisiert wurde. Später vergaßen einige Parteien natürlich all dies, und ihre Freunde, ihre Anhänger, die Bedingungslosen, begannen es auch zu vergessen unter dem Einfluß all der politischen Predigten zur ideologischen Schwächung der revolutionären Bewegung, was jetzt zu dieser höchst schmerzlichen Situation geführt hat.

Und wir fragen uns, ob nicht vielleicht diese bittere Erfahrung der CSSR zur Berichtigung dieser Fehler Anlaß geben wird, und daß man vielleicht aufhört, den Bund der Kommunisten von Jugoslawien als kommunistische Partei, als revolutionäre Partei zu akzeptieren und daß man aufhört, ihn zu den Treffen der Massenorganisationen und politischen Organisationen des sozialistischen Lagers einzuladen ..." (F. Castro, 23.8. 1968).

Die andere Seite der cubanischen Außenpolitik – ein militanter Internationalismus und weitgehend selbstlose Unterstützung von Befreiungskämpfen in der „Dritten Welt" – kamen bei Castros Besuchen in Algier und Conakry zum Ausdruck:

Bei Castros Treffen in der Hauptstadt von Guinea mit dem angolanischen Staatspräsidenten Agostino Neto wurde ein Communique herausgegeben, nach dem von Cuba für den *„Aufbau Angolas und die endgültige Befreiung des Territoriums"* („Süddeutsche Zeitung", 17.3.76) weiter Hilfe gegeben wird.

In einem Gespräch Castros mit dem Staatspräsidenten Guineas, S. Toure, dem Staatspräsidenten Guinea-Bissaus, L. Cabril, und A. Neto wurde versichert, daß alle vier Länder *„dem Kampf gegen Apartheid, Rassismus, Kolonialismus und Neokolonialismus alle nur erdenkliche, uneingeschränkte Hilfe zukommen lassen"* werden.

In Algerien erklärte Castro, daß die cubanische Regierung die Befreiungsbewegung der Westsahara, Frente POLISARIO *„ebenso unterstützen"* werden *„wie die MPLA in Angola"*. Gleichzeitig nahm Castro noch einmal *„mit Gelassenheit Stellung zu den mehrfach von Präsident Ford und Außenminister Kissinger geäußerten Warnungen wegen der cubanischen Intervention im Bürgerkrieg in Angola. Castro meinte: ,Ford ist nicht mein Vater. Die Politik der Drohungen ist eine Gewohnheit dieser ebenso wichtigen wie ohnmächtigen Leute geworden. Die Cubaner werden deshalb nicht den Schlaf verlieren'"*(nach „SZ").

Nur ein rasches Fortschreiten der Befreiungskämpfe in der „Dritten Welt" kann Cuba aus der extremen ökonomischen und militärischen Abhängigkeit der Sowjetunion befreien, die heute noch – weitgehend allein – Cubas Überleben, trotz imperialistischer Wirtschaftsblockade und ständiger militärischer Bedrohung duch den US-Imperialismus, garantiert. ●

Lateinamerika-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Pharmazeutische Zeitung und Asta-Werke im Bündnis mit den chilenischen Faschisten

In der „Pharmazeutischen Zeitung" (PZ) Nr.4 wurde ein Protestschreiben der Fachschaft Pharmazie der Universität Freiburg an die Vertriebsabteilung der ASTA-Werke veröffentlicht. Der Grund ist die Verwendung des von der ASTA hergestellten Antikrebsmittels „Edoxan" (Cyclophosphamid) in chilenischen KZ s zur langsamen und qualvollen Tötung von unliebsamen Junta-Gegnern. Endoxan wird in hohen Konzentrationen in die Harnblase gespritzt, was ein langsames Schrumpfen der Harnblase bewirkt. Die Häftlinge können nicht mehr urinieren und sterben unter starken Schmerzen, meistens an einer Nierenvergiftung (Untersuchungsergebnisse eines Arztes, der ehemalige Häftlinge in Santiago behandelt – veröffentlicht im Londoner „Observer" vom 26.10.75, siehe auch ARBEITERKAMPF Nr.71).

Aufgrund anderer bekannter und gefährlicher Nebenwirkungen, wie Lungenentzündung, Dickdarmentzündung, Übelkeit, Haarausfall etc. (Forschungsstelle Vereinigung Deutscher Wissenschaftler) darf dieses Krebsmittel nur bei außerordentlich strenger Indikation angewendet und nur bei Erfolglosigkeit anderer Behandlungsmethoden verabreicht werden. Die Fachschaft Pharmazie forderte die ASTA-Werke auf, ihre Lieferungen nach Chile einzustellen.

In dem Antwortschreiben der ASTA-Werke (veröffentlicht in der „PZ" Nr.6) leugnen sie die Forschungs- und Untersuchungsergebnisse als *„unglaubwürdige Behauptungen"* ab. Nach ihren vorliegenden medizinischen und pharmakologischen Untersuchungsergebnissen seien weder *„Sofort- noch Späteffekte"* zu erwarten, *„wenn Cyclophosphamid durch ein Rohr in überhöhter Konzentration in die Blase gespritzt wird"*, sondern der Wirkstoff *„werde in kürzester Zeit wieder ausgeschieden"*. Kein Wort darüber, daß ein unmittelbar beteiligter Arzt die Verwendung von „Endoxan" und die lebensgefährlichen Folgen aufgezeigt hat.

Ignoriert werden auch die Ergebnisse der wissenschaftlichen Untersuchungen, die von der „Forschungsstelle Vereinigte Deutsche Wissenschaftler" veröffentlicht wurden. Die ASTA-Werke tun die gegen sie erhobenen Vorwürfe als *„absolut hypothetische Überlegungen"* ab und pakken ihre ganze Menschenfeindlichkeit zynisch in humanitäre Phrasen: *„Bei der Versorgung der Bevölkerung mit lebenswichtigen Medikamenten müssen politische Entscheidungen eine untergeordnete Rolle spielen. Wir können und dürfen die Versorgung krebskranker Patienten in Chile mit dem für sie lebenswichtigen Medikament Endoxan nicht davon abhängig machen, ob die Regierungsgeschäfte in Chile von der Regierung Pinochet oder der Regierung Allende wahrgenommen werden. Die Überlegung, krebskranken Menschen eine Überlebenschance zu geben, nimmt in unseren Entscheidungen einen hohen Stellenwert ein."*

Gleichzeitig behaupten sie, *„seit 1972 keine Lieferung mehr getätigt zu haben"*. Besonders zynisch ist ihr Hinweis, daß Cyclophosphamid auch in Finnland und einigen Ostblockstaaten hergestellt würde und daß sie der Fachschaft Pharmazie vorschlagen, *„Recherchen auch auf diese Staaten auszudehnen"*.

Bezeichnend für eine unmenschliche und reaktionäre Haltung ist auch die Anmerkung der Redaktion der „PZ". Sie habe den Leserbrief deshalb abgedruckt, *„um zu zeigen, mit welchen Problemen die Fachschaft sich anscheinend befaßt"*. Und die Bemerkung, daß man ebensogut die Schließung der psychiatrischen Kliniken in der Sowjetunion fordern könnte, weil in ihnen u.a. auch gesunde, aber mißliebige Kritiker festgehalten würden, zeigt deutlich, daß diesen Herren Schreiberlingen der pharmazeutischen Industrie Westdeutschlands jedes Mittel recht ist, um gegen fortschrittliche Studenten zu hetzen. ●

Gesundheitsgruppe
KB/Gruppe Westberlin

Bolivien:

Erschließung des Urwalds auf Kosten der armen Bevölkerung

Seit einigen Jahren unterstützt die bolivianische Militärdiktatur Initiativen, das sehr fruchtbare Urwaldgebiet am Alto Beni, zwischen Bellavista und Covendo, stärker zu bevölkern.

Die Urbewohner des Gebiets zogen sich in die Wälder zurück und schlossen sich – so der Stamm der „Mosetenes" – in kleinen abgeschiedenen Dörfern zusammen, um dort vor den Eindringlingen sicher zu sein.

Den größten Teil der neuen Siedler bilden die „Quechua"- und „Aymara"-Indios aus dem kargen und dichtbesiedelten Altiplano (peruanisch-bolivianische Hochebene).

Ein Grund für die breite Unterstützung des Projekts durch Banzer ist sicherlich die Hoffnung, auf diese Weise die arbeitslosen, „aufsässigen" Bergarbeiter aus dem Altiplano auf billige Weise loszuwerden und ihre Arbeitskraft zudem noch für die Urbarmachung eines neuen Gebietes ausnutzen zu können.



Zur Erschließung dieses Gebietes wurde 1969 speziell ein „Koordinationskomitee für die Entwicklung des Alto Beni" gegründet. In diesem Komitee sind alle Institutionen vertreten, die *„an der Entwicklung des Alto Beni in irgendeiner Weise beteiligt sind"* („Neue, Zürcher Zeitung", 14./15.3.76). Das heißt, alle diejenigen, die hoffen, später aus dem Projekt profitieren zu können. Es sind die katholische und methodistische Kirche, Leitung des lokalen Krankenhauses, Vertreter der Schule, „Institut für nationale Kolonisierung" (INC), die Angestellten des deutschen Entwicklungsdienstes DED, der staatliche Straßenbaudienst, die in der Region stationierten Militärposten (!) und um sich den Schein einer allseitig verankerten Institution zu geben, neuerdings eine Delegation der „Mosetenes" als Vertreter der Urbevölkerung.

Die arme Bevölkerung des Altiplano wird mit dem Versprechen in das Gebiet gelockt, daß dort jeder Siedler Anrecht auf eine „Lote", ein mehrere Hektar großes Stück Land, hat, das er nach eigenem Gutdünken bepflanzen und ausnutzen kann.

Diese Versprechen existieren für die meisten Zuwanderer jedoch nur auf dem Papier. Teile des INC, das selbst für die „Überwachung" der Landverteilung zuständig ist, hohe Offiziere und reiche Stadtbewohner nutzen die Unwissenheit der armen Landarbeiter aus, indem sie sich die für die Zuwanderer reservierten „Lotes" unter den Nagel reißen. Sie lassen die ankommenden Arbeiter dann auf ihrem Boden für sich arbeiten oder lassen das Land brach liegen, in der Gewißheit, daß die Bodenpreise mit zunehmender Infrastruktur steigen werden. Diese Spekulanten, die vom „Koordinationskomitee" sicher nichts zu befürchten haben, legen sich auf die faule Haut, während die armen Zuwanderer unentgeltlich ihre Arbeitskraft für den Bau von Sanitätsposten, für die Vergrößerung des Krankenhauses und für andere Projekte zur Verfügung stellen müssen (Informationen nach „NZZ", 14/15.3.76).

Vergleichbar, wenn auch in kleinerem Maße, ist diese Politik mit der Erschließung des Amazonasgebiet im Nachbarstaat Brasilien. Dort werden *„landlose und Kleinstbauern aus dem Dürregebiet im brasilianischen Nordosten (...) in den Dschungel gelockt. Gleichzeitig sollte diese Wanderung den Norden von Menschen entlasten und das soziale Klima dort ,entspannen'"* (ARBEITERKAMPF Nr. 75). ●

Lateinamerika-Kommission

Keine Visaverlängerungen für 3500 Exilchilenen

Die Regierung Costa Ricas, die erst vor wenigen Wochen Pascal Allende, dem Generalsekretär des MIR, die Einreise erlaubte, hat Anfang März verkündet, daß sie keine verfolgten Chilenen mehr unterstützen würde.

Es würden keine neuen Visa für chilenische Flüchtlinge gewährt und auch nicht die Visa der 3.500 im Lande befindlichen Chilenen verlängert. („Monitor-Dienst", 9.3.).

Das bedeutet für die Flüchtlinge, daß sie in einem anderen Land Zuflucht suchen müssen, sonst droht ihre Abschiebung in die chilenischen Folterzentren! Für die einzelnen Flüchtlinge wirft die Entscheidung der US-hörigen Regierung kaum zu bewältigende Probleme auf: In den meisten Nachbarländern wie z.B. Nicaragua oder Guatemala herrschen blutige Diktaturen; viele weitere Staaten, die anfangs Chile-Flüchtlinge unter dem Druck des internationalen Protestes aufgenommen haben, sind heute nicht mehr dazu bereit; hinzu kommen organisatorische und finanzielle Probleme (Einreiseerlaubnis, Aufenthaltsgenehmigung, Wohnnachweis, Flugkarten usw.).

Interessant ist an der Zahl von 3.500 Chile-Flüchtlingen allein in Costa Rica noch, daß dies die SPD/FDP-Regierung Lügen straft: Vor wenigen Wochen behauptete sie frech auf den Vorwurf mangelnder Unterstützung chilenischer Flüchtlinge (Einreiseverbot für Gladys Diaz, Bespitzelung der Flüchtlinge, ungenügende Aufnahmequoten usw.), in der BRD seien mit ca. 1.000 Flüchtlingen die meisten aufgenommen worden! In Costa Rica kommt – derzeit noch – ein chilenischer Flüchtling auf ca. 500 Einwohner. Rechnet man dieses Verhältnis auf Westdeutschland um, so hätten hier ca. 130.000 verfolgte Chilenen Platz. ●

Lateinamerika-Kommission

Regierungsumbildung in Chile

Junta-Chef Pinochet hat Anfang März das chilenische (Schatten-)Kabinett umgebildet. Einige Generale wurden von ihren Ministerposten enthoben, und zwar in den Bereichen des Arbeits-, Gesundheits- und Verkehrsministeriums. Der Arbeitsminister, General Diaz Estrada, trat zurück, weil er zunehmend von den Gewerkschaften wegen der Wirtschaftspolitik kritisiert worden war – so jedenfalls die offizielle Begründung.

In Wirklichkeit nahm Pinochet weitere Säuberungen vor, da General Estrada allgemein als Anhänger des „zweiten Mannes" nach Pinochet, General Leigh, galt. Der Faschist Leigh, der häufig als „Kopf" des faschistischen Putsches in Chile bezeichnet wird, hat Differenzen mit Pinochet. So duldete Leigh – in Abwesenheit Pinochets – den Druck des Frei-Buches (siehe AK 76, „Lateinamerika aktuell").

Pinochet ernannte einen Zivilisten, Sergio Fernandes, zum neuen Arbeitsminister. Fernandes war früher schon Adjutant Pinochets und gilt als Anhänger des Franco-Faschismus („Chile-Nachrichten", 20.3.76). Die anderen beiden Ministerposten erhielten zwei Generale (nach: „Neue Zürcher Zeitung", 11.3.76).

Parallel dazu verschärfte Pinochet den Kurs gegenüber der Frei-Kritik. Belisario Velasco, der Generaldirektor des in den letzten Monaten häufiger für mehrere Tage verbotenen Rundfunksenders der Christdemokratie, Radio „Balmeceda", wurde am 24.3. verhaftet. Der Sender habe eine *„systematische Kampagne"* gegen die Wirtschaftspolitik der Junta geführt, die *„Angstkäufe"* der Bevölkerung zur Folge gehabt habe, erklärte ein Sprecher Pinochets. („Frankfurter Rundschau", 26.3.). ●

Lateinamerika-Kommission

Repression und faschistischer Terror in Lateinamerika

– Überblick –

Uruguay: In Uruguay werden politische Häftlinge von Polizei und Militär bestialisch gefoltert. Ein uruguayischer Offizier schickte an Amnesty International heimlich aufgenommene Fotos von Folterungen an Gefangenen. Er schrieb dazu:

„ ... *Diese Fotos zeigen zwei Arten der Folterung, die eine heißt ‚bandera' und die andere ‚cabellete' ... Das Foto, das die ‚bandera' zeigt, wurde gemacht, als der Gefangene schon drei Stunden hing und der Sommerhitze von 28 Grad ausgeliefert war; er mußte noch Stunden in dieser Position verbringen.*

Zur Foltermethode ‚cabellete': Der nackte Gefangene sitzt auf einer Eisenstange, stundenlang mit gespreizten Beinen. Es gibt andere Arten der Folterung mit widerwärtigen Namen: Das ‚U-Boot' – in Wasser untertauchen bis zur (axpyxic?) oder dasselbe mit einem Plastiksack – hat schon mehrere Menschen zu Tode gebracht, darunter junge Menschen; das ‚Kapuzenaufsetzen', das uneingeschränkt bei allen Gefangenen gemacht wird; die ‚plantones': Die Gefangenen, Männer und Frauen, alle völlig nackt, werden geschlagen und müssen im Stehen ihre Notdurft verrichten.

Es gibt darüber hinaus noch verschiedene Arten der Folter durch elektrischen Strom. Diese Folter wird bis an die Grenzen des menschlichen Widerstandes angewendet: Ich habe Menschen mit Verbrennungen an Prostata und Hoden gesehen. Das ‚Telefon' ist die Anwendung eines elektrischen Drahtes, der in beide Ohren gesteckt wird. Ich habe gesehen, daß die stärksten Offiziere und Unteroffiziere ausgewählt wurden, damit sie die Gefangenen mit Holzknüppeln, Karateschlägen oder Plastikrohren schlugen. Und ich kann versichern, daß alle Gefangenen, ohne Unterschiede an Alter, Männer oder Frauen, so behandelt werden...

Die Frauen sind in besonderem Maße Opfer: Die Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten zeigen ihre Freude, wenn junge gefangene Frauen ankommen. Sie werden verhaftet – selbst wenn überhaupt keine Anklage gegen sie vorliegt – um herauszubekommen, wo sich ihr Vater, Mann oder Bruder aufhält ...

Bei Hausdurchsuchungen habe ich Häuser gesehen, die fürchterlich verwüstet wurden, alles wurde zerstört, man stritt sich sogar um einen Fernsehapparat oder eine Jacke. Der Vorwand, unter dem das alles geschieht, ist, den ‚Kommunisten' die Basis und Unterstützung zu entziehen ...

All dieser Dinge wegen habe ich diesen Brief geschrieben: Ich schicke ihn an alle, die etwas unternehmen können, uns von diesem Monstrum zu befreien, dessen Gefangene wir alle sind ...

Ein uruguayischer Offizier".

(Übersetzt aus „Rouge", 17.3.76).

Im Vorwort sagt „Rouge", daß in Uruguay 737.000 Uruguayer in die benachbarten Länder emigrierten, d.h. 26% der Bevölkerung Uruguays. Für Westdeutschland wären 26% der Bevölkerung ca. 17 Millionen.

* * *

Studenten müssen sich in einer „Ehrenerklärung" verpflichten, keine politische, gewerkschaftliche und religiöse Aktivität zu entfalten. Bärte und lange Haare wurden verboten („Süddeutsche Zeitung", 23.3.76).

* * *

Raul Sendic, der Führer der MLN (Tupamaros), wurde in eine Garnison der 4. Armee-Division in Paso de lo Toros überführt. Der Genosse ist 49 Jahre alt und wurde am 1.9. 1972 nach einem Schußwechsel mit der Polizei im Gesicht schwer verwundet und verhaftet. Anschließend wurde Raul Sendic gefoltert, u.a. durch dreijähriges Einsperren in einem geschlossenen Wasserbehälter. In Uruguay darf nichts über den Genossen in der Presse berichtet werden („Granma", 12/76).



„Caballete"-Folter in Uruguay



„Bandera"-Folter in Uruguay

* * *

Brasilien: Die Journalistenunion von Sao Paulo wies die offizielle Version zurück, daß der Journalist Herzog in seiner Zelle Selbstmord begangen habe. Es sei „mehr als genug" offenbar geworden, daß er ermordet wurde.

In den letzten Wochen wurden zahlreiche Verhaftungen vorgenommen, darunter 27 Menschen, die in Curitiba gefoltert wurden, weil sie „Beziehungen zur cubanischen KP" hätten. Auf die Verhaftung zweier Universitätslehrer in Rio protestierten über 100 Universitätslehrer. Die Regierung von Geisel hatte zunächst versucht, die Inhaftierungen zu leugnen. („Granma", 12/76).

* * *

Paraguay: 1975 wurde der Vorsitzende der illegalen revisionistischen KP, Angel Soler, klammheimlich verhaftet. Die Behörden bestätigten dies nicht, um Soler in aller Stille fertig machen zu können, ganz nach Pinochets Art („Granma", 7/76).

Auch Amnesty International führte im letzten Rechenschaftsbericht aus, daß die Faschisten des deutschstämmigen Generals Stroessner „in den seltensten Fällen" Auskunft über politische Gefangene geben.

* * *

Guatemala: Die verworrene Situation unmittelbar nach dem Erdbeben in Guatemala nutzten der Präsident Laugerud Garcia und die faschistische Terrororganisation MANO (Weiße Hand), um sich politisch nicht genehmer Menschen ungestört zu entledigen.

So meldete das „Neue Deutschland" vom 3.3.76, daß *„in jenen Tagen zahlreiche Gefangene, ohne irgendwelche Spuren zu hinterlassen, verschwanden".* Die MANO selbst teilte mit, sie habe nach dem Beben 27 „Plünderer" hingerichtet.

Einen Massenmord befürchtet auch „Amnesty", die gleichzeitig daran erinnert, daß vor drei Jahren nach dem schweren Erdbeben im Nachbarstaat Nicaragua in einem Ge-

fängnis in Managua sämtliche Ge-
daran erinnert, daß vor drei Jahren nach dem schweren Erdbeben im Nachbarstaat Nicaragua in einem Ge-

fängnis in Managua sämtliche Gefangene erschossen wurden.

Auf das Konto der MANO geht auch die erst kürzlich geschehene Ermordung von Bauern, gegen die sogar verschiedene kirchliche Persönlichkeiten aus Guatemala protestierten. Wenige Tage darauf wurde eine Schuldirektorin von der MANO entführt und am nächsten Tag mit Foltermerkmalen ermordet aufgefunden.

Ende Februar erschoß die faschistische Todesschwadron den Führer der „Vereinigten Revolutionären Front" Guatemalas, Rolando Andrade, in der Hauptstadt („Frankfurter Rundschau", 23.2.76). ●

Lateinamerika-Kommission

Landarbeiter in den USA

Der US-Imperialismus ist nicht nur nach außen der raubgierigste und brutalste Unterdrücker der Menschen, ebenso skrupellos betreibt er die Ausbeutung im eigenen Land. Das wird an der Situation der amerikanischen Landarbeiter besonders deutlich.

Zwei Drittel der Landarbeiter in Kalifornien sind Mexikoamerikaner, gegenüber einem Anteil von zehn Prozent der Gesamtbevölkerung. Das weitere Drittel stellen zum größten Teil andere Minderheiten wie z.B. die Philippinos. Die wenigen weißen Nordamerikaner nehmen selbstverständlich die Vorarbeiterposten ein.

Der Grund für den großen Anteil der Mexikoamerikaner liegt in der beschissenen Situation in Mexiko, die viele Mexikaner zur Emigration zwingt. Arbeit gibt es für sie zur Erntezeit dann nur in den großen landwirtschaftlichen Anbaugebieten in den USA. Nach der Ernte werden sie gefeuert und müssen der Ernte in den Norden folgen: Sie sind zum ständigen Umherziehen gezwungen. Viele kommen aufgrund scharfer Einwanderungsbestimmungen illegal in die USA. Dies ist den Kapitalisten nur zu lieb, da sie so leichter auszubeuten sind. Wer aufmuckt, wird gefeuert.

Allein in Kalifornien wurden 1972 84.000 Landarbeiter abgeschoben.

Angeheuert werden die Landarbeiter von den „Arbeitsvermittlern", von ihnen treffend als „Coyotes" bezeichnet. Diese übernehmen das Einstellen und Entlohnen der Arbeiter, vielfach „sorgen" sie auch noch für die Unterkunft und die Verpflegung der Arbeiter, insbesondere bei den Illegalen. Die Unternehmer zahlen den „Coyotes" dann nur eine Pauschale für das Abernten der Felder, für den Rest sorgen die „Coyotes" – und das sieht so aus:

„Meine Familie und ich leben in Guana Chico, Mexiko. Ein Mann namens Alberto besuchte uns und fragte meine Familie und mich, ob ich in den USA arbeiten wollte... Um zwei Uhr morgens wurden wir in zwei Lastwagen zur Grenze gefahren, wo man uns absetzte. Wir sprangen über den Zaun und folgten A. vier Tage und Nächte lang durch die Wüste ... Ein kleiner Junge verletzte sich am Bein. Das Bein schwoll so stark an, daß er nicht mehr gehen konnte ... Als der Verletzte nicht mehr aufstehen konnte, wollte A. uns nicht erlauben, ihn zu tragen, sondern er befahl uns, den Jungen zurückzulassen. Der Junge wurde mit einer Gallone Wasser zurückgelassen ...

Auf dem Pfad durch die Wüste sahen wir viele menschliche Skelette und einzelne Knochen zusammen mit leeren Wasserkanistern ..." (zitiert nach „Progrom", 31/75).

Oder:

- **15.1.74, Kalifornien:**
  Ein Bus stürzt in einen Entwässerungsgraben. 19 Landarbeiter ertrinken, 28 schwerverletzt.
- **7.1.74, Florida:**
  Ein Lastwagen überschlägt sich in einer Kurve, 86 (!) Verletzte, ein Toter.
- **Eine Woche zuvor, gleicher Ort:**
  In ähnlicher Situation überschlägt sich ebenfalls ein Lastwagen, 39 Landarbeiter sind betroffen. Alle Fahrzeuge gehörten „Arbeitsvermittlern", alle waren überbesetzt, alle entsprachen nicht den Sicherheitsbestimmungen.

Mörderische Arbeitsbedingungen

Im Durchschnitt arbeiten die Landarbeiter sechs Monate auf den Feldern, den Rest des Jahres sind sie arbeitslos. Doch in diesen sechs Monaten müssen sie derartig schuften, daß schon wenige Jahre genügen, um die Arbeiter physisch kaputt zu machen:

Ein Arbeiter schneidet in den Kopfsalatfeldern bis zu 4,6 t Salat täglich! Ein Arbeitstag beträgt zehn bis zwölf Stunden.

Dieser unmenschliche Akkord führt u.a. auch dazu, daß die Unfallrate bei den Landarbeitern um 300 % höher liegt als bei den Industriearbeitern.

Der Lohn für diese Plackerei liegt bei zwei Dritteln der Landarbeiter unter dem Existenzminimum.

Alters- und Krankenversorgung sind unbekannt.

Die Wohnungslage ist verheerend: Die meisten leben mit ihren Familien in Barackensiedlungen ohne sanitäre Anlagen: Die durchschnittliche Landarbeiterfamilie mit sechs Personen hat nur ca. zwei Räume zur Verfügung, 95 % ohne eigenes WC, 90 % ohne fließend Wasser.

Folge: Starke Schäden an der Gesundheit der Landarbeiter.

- Die Lebenserwartung beträgt 49 Jahre.
- Die Kindersterblichkeit ist um 125 % höher als im US-Durchschnitt.
- Die Tuberkuloseerkrankungen liegen um 260 % höher.
- Von 250 untersuchten Vorschulkindern litten 49% an funktioneller Anämie (Blutarmut, hervorgerufen durch Protein- und Vitamin(!)-mangel).
- Verheerende Wirkung auf die Gesundheit der Landarbeiter hat auch die Anwendung von Pestiziden, mit denen die Pflanzen gegen Insektenbefall etc. gespritzt werden: Jährlich sterben 850 – 1.000 Arbeiter an den Einwirkungen dieser Gifte, wie z.B. Phosdrin, ein Nervengift, bekannt aus dem Zweiten Weltkrieg. ●

USA-Kommission
KB Gruppe Hamburg

Oder:
► 15.1.74, Kalifornien:
USA-Kommission
KB Gruppe Hamburg



Streiks gegen die unmenschlichen Lebensbedingungen der Landarbeiter werden von den Bullen mit Schlagstöcken, Tränengas, Hubschraubern und Massenverhaftungen unterdrückt.

Zwei Kapitalisten entführt

1. In Bogota, der Hauptstadt Kolumbiens, entführten Genossen der „Revolutionären Bewaffneten Streitkräfte" den „reichen" Geschäftsmann Octavio Echaverria („Süddeutsche Zeitung", 23.3.76).
2. In Caracas (Hauptstadt von Venezuela) wurde Ende Februar Bill Niehous, Vizepräsident des US-Konzerns „Owens Illinois of Venezuela", von sechs bewaffneten Genossen entführt („Neue Zürcher Zeitung", 2.3.76). ●

USA: Wer zahlt die Steuern?

Daß die großen Konzerne kaum Steuern zahlen, während die grosse Last der Steuern von der werktätigen Bevölkerung gezahlt wird, bestätigte eine kürzlich in den USA erschienene Studie eines Kongreßausschusses, der mit einer Untersuchung über die Steuerzahlungspraktiken in den USA beauftragt war.

So ermittelte der Ausschuß, daß der bezahlte Steueranteil der grossen Konzerne 1974 nur noch 14,8% vom Gesamt-Steueraufkommen betrug, gegenüber 22,7% 1967. Auf der anderen Seite stieg der Steueranteil der Werktätigen von 63,4% auf 76,5%. Außerdem wurde bei 26 von 102 Konzernen festgestellt, daß sie im Steuerjahr 74 keine oder weniger als 10% der Steuern zahlten – vorgeschrieben sind 48%. Zudem erhielten einige Firmen noch steuerliche Begünstigungen für die nächsten Jahre. Unter den Firmen, die hier ihren Reibach machten, waren u.a.:

- Ford Motor Co.
- Lockheed
- Honeywell
- American Electric
- American Insurance
- Eastern Airline

Alle hatten 1974 keine Steuern gezahlt und so insgesamt 2,9 Mrd. Dollar an Steuern zurückbehalten. (alle Zahlen nach „Guardian USA") ●

USA-Kommission
KB/Gruppe Hamburg



asien aktuell

Indira Gandhis „Neue Ordnung"

„Saubere" Städte

Als *„die größte und schnellste 'Umsiedlungsaktion in Friedenszeiten"* bezeichnete Indira Gandhis Sohn Sanjay Gandhi zynisch die brutale Aussiedlungsaktion gegen Bettler und Straßenhändler, die in mehreren indischen Großstädten durchgeführt wurde („Neue Zürcher Zeitung", 12.3.76). Was sich in Delhi abspielte, beschreibt die „NZZ" folgendermaßen: *„Nach zumeist nur eintägiger Vorankündigung rückten Räumungsbrigaden an und walzten buchstäblich alles nieder, was den Altstadtsanierern im Wege schien* – *Wellblechhütten, Teestuben und selbst aus Stein gemauerte Häuser, die nicht selten vor Jahrzehnten gebaut worden waren"* (ebenda). Die Bewohner dieser Slums wurden zwangsweise aus der Stadt vertrieben und *„erhielten dreißig Kilometer außerhalb ein paar Quadratmeter Bauland zugeteilt, ansonsten fanden sie in der Regel nicht einmal das Notdürftigste an Infrastruktur vor, so daß nun außerhalb der Stadt noch weitaus größere Slums zu entstehen drohen"* („FAZ", 17.3.76). Die Stadt und damit die Möglichkeit sich durch Betteln, Straßenhandel und durch den Abfall der Reichen am Leben halten zu können, sind den Ärmsten der Armen jetzt genommen. Um überleben zu können, müssen sie zwangsläufig versuchen, sich wieder im Zentrum der Großstädte anzusiedeln, wo ihnen allerdings erneute Vertreibung und strengere Maßnahmen drohen. In der neueren Geschichte hat es schon einige dieser „Umsiedlungsaktionen" gegeben, alle mit dem „Erfolg", daß die Slum-Bewohner sich erneut am Rande der Großstädte ansiedelten. Jetzt aber hat die Regierung gezeigt, daß sie gewillt ist, das Elend dieser Menschen durch härtere Maßnahmen noch zu erhöhen. So ließ die Landesregierung in Bombay Anfang März in einer groß angelegten Verhaftungsaktion *„zunächst einmal hinter Schloß und Riegel (setzen), was sie der Zunft der Bettler zuzurechnen glaubte. Seitdem sind die Behörden mit dem 'Aussieben' beschäftigt"* („FAZ", 17.3.76)! Einige tausend Bettler sitzen noch immer im Gefängnis („Extra-Dienst", 19.3.76).



Demonstration in Neu Delhi kurz vor der Ausrufung des Ausnahmezustandes



Mit ihren Maßnahmen macht die Gandhi-Regierung deutlich, daß sie gewillt ist, den Slum-Bewohnern die „Lebens"grundlage zu entziehen und sie dem sicheren Hungertod auszuliefern. Wahrscheinlich ist das die zynische und menschenverachtende Auslegung ihres eigenen Wahlmottos: *„Garibi hatao – Die Armut muß verschwinden"*!!

Selbst die indischen Revisionisten – und das will schon was heißen – da sie die Regierungspolitik bedingungslos unterstützen, sprachen von einem „Skandal" und *„warnten die Regierungschefin Indira Gandhi davor, die 'Neue Ordnung' ausgerechnet gegen die Ärmsten der Armen zu richten"* („FAZ", 17.3.76).

Das hinderte allerdings die hiesigen Revisionisten nicht, auch noch in diesen Maßnahmen einen „guten Kern" zu entdecken: *„Die indische Regierung scheint ernst zu machen, mit ihrem Vorhaben, mit der 'Neuen Ordnung' nach dem Ausnahmezustand einige Probleme lösen (!?) zu wollen. Die dabei angewandten Methoden werden freilich teilweise heftig kritisiert, wenn auch die Kritiker keine anderen Vorstellungen als die nunmehr angewandten vorweisen können (!)"* schrieb der „Berliner Extra-Dienst" vom 19.3.76! Und dann kommt's noch schlimmer: *„Die Kritik von links"*, schreibt bemerkenswerterweise der „Extra-Dienst", *„richtet sich gegen die rüde Aussiedlungsmethode und gegen die Tatsache, daß in den Neusiedlungsgebieten kaum Infrastruktur vorhanden ist. Dabei muß angemerkt werden, daß es auch in den Slums kein fliessendes Wasser und keine Elektrizität gab"* („ED", 19.3.76). Na also, die Slum-Bewohner sollen sich nicht so anstellen!?

Es ist wirklich immer wieder verblüffend, zu welchem Zynismus und welchen Sauereien die Revisionisten fähig sind.

Aber keine Sorge: Im Gegensatz zu den Revisionisten haben die „Kritiker ... andere Vorstellungen als die nunmehr angewandten" – nämlich den Kampf des indischen Proletariats und der subproletarischen Massen Indiens gegen die reaktionären Maßnahmen der indischen Bourgeoisie und ihrer Regierung zu unterstützen! •

Indien-Kommision
KB/Gruppe Hamburg

Aufschwung für die indischen Kapitalisten

Die indische Regierung hat für das am 1. April beginnende Rechnungsjahr 1976/77 ein Budget vorgelegt, das den Vergleich mit den „Spar-" programmen imperialistischer Staaten nicht zu scheuen braucht. *„Grünes Licht"* heißt in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" am 17.3.76, wurde *„zur Wiederankurbelung der Wirtschaft gegeben." „Offenbar ermutigt durch eine Rekordernte und durch die nach dem Ausnahmezustand zu beobachtende bessere Arbeitsdisziplin* (u.a. durch totales Streikverbot! – Anm. AK), *hat Finanzminister Subramaniam wieder auf Wachstum umgestellt"* (ebenda). *„Wachstum"* – ja; aber nur für die Kapitalisten. So wurde der Höchstsatz in der Einkommensteuerveranlagung von 77 auf 66 Prozent gesenkt. *„Die Steuerfreigrenze ist um zweitausend auf zehntausend Rupien im Jahr erhöht worden"*. (Zum Vergleich: Das jährliche Pro-Kopf-Einkommen liegt unter 386 Rupien – Anm. AK) *.Reduziert wird zugleich die Vermögenssteuer generell und die Verbrauchsteuer für Produkte wie Fernsehgeräte, Kühlschränke und Personenautos"* („FAZ", 17.3.76).

Niedrige Importzölle werden für Maschinen gewährt, die zum Ausbau der Papier- und Kunstdüngerindustrie beitragen. Sogenannten „Prioritätsindustrien" werden Investitionsrabatte von 25 Prozent auf neue Maschinen und Ausrüstungen gewährt. Um die heimische Metallindustrie zu fördern und schützen, werden für solche Produkte die Importzölle erhöht.

Für das kommende Rechnungsjahr werden im „Budget" 129,7 Milliarden Rupien als Gesamtausgaben veranschlagt; davon 56 Prozent für die landwirtschaftliche und industrielle Entwicklung, knapp 20 Prozent für die „Verteidigung" und etwas über 10 Prozent für die Tilgung staatlicher Schulden (Schulden, die die indische Regierung bei den in- und ausländischen Kapitalisten zur Finanzierung der bisherigen Haushalte machte). Diese Posten zusammengenommen machen 86 Prozent des gesamten „Budget" aus!

Beifall bekam die indische Regierung vom BRD-Imperialismus und der inländischen Bourgeoisie. Gön-
rung vom BRD-Imperialismus und der inländischen Bourgeoisie. Gön-
nerhaft schreibt die „FAZ": *„Da das neue Budget eine deutliche Abkehr von früheren Versuchen sozialistischer (? ?) Reglementierung zeigt, ist es von der Privatindustrie und dem bürgerlichen Mittelstand begrüßt worden"* (17.3.76). Dem ist nichts hinzuzufügen. •

Indien-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

In Indiens Knast: Die Linken werden zugrundegerichtet, die Rechten gepflegt!

Inzwischen ist jeder vierhundertste Inder, das sind 150.000 Menschen, aus politischen Gründen inhaftiert („NZZ", 11.3.76). Während die Linken, insbesondere die „Naxaliten" (eine revolutionäre Landarbeiterbewegung), von Aufsehern und Polizisten durch Elektroschocks, Zigaretten auf die Haut brennen, an den Füßen aufhängen, durch Nägel und andere scharfe Gegenstände unter Fingernägel und in empfindliche Körperteile drücken usw. grausam gefoltert werden, führen prominente Rechte ein bequemes Leben im Knast. Der während des Ausnahmezustandes verhaftete Rechtspolitiker und Führer der Regierungskoalition in Gujarat, Morarji Desai, wird täglich von 386 Rupien verpflegt, *„eine Summe, die noch über dem jährlichen Pro-Kopf-Einkommen in Indien liegt"* („NZZ" 10.3.76)! *„Einige andere Oppositionsführer befinden sich in einem Gefängnis, das erst vor vier Jahren gebaut worden ist und als das beste im ganzen Land gilt. Es ist mit Radio und Fernsehen ausgestattet, verfügt über eine Bibliothek und einen hervorragenden Rasen, der Spaziergänge in frischer Luft erlaubt. Diese Führer erholen sich praktisch auf Regierungskosten und haben nur die eine Schwierigkeit, nicht in die Vereinigten Staaten reisen zu können"* („NZZ", 10.3.76).

Der erste prominente „Oppositionsführer", der Vorsitzende der „konservativen" Bharatiya Lok Dal (indische Volkspartei), Charan Singh, der seit der Verhängung des Ausnahmezustandes im Zentralgefängnis von Delhi saß, ist inzwischen freigelassen worden (ebenda).

Wir sind gespannt, wann die Revisionisten... wie bei vergleichbaren Maßnahmen üblich auch diese Entwicklung als „Schritt zur Demokratisierung des Landes" etc. feiern... •

Indien-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Fortgesetzter faschistischer Terror in Indonesien

Seit dem faschistischen Militärputsch 1965, bei dem in Indonesien nahezu eine halbe Million demokratisch und kommunistisch gesinnter Menschen abgeschlachtet wurde, hat sich die Ausbeutung und Unterdrückung der Massen noch erheblich verschärft.

„Nach zuverlässigen Angaben (befinden sich) allein auf der Strafgefangeneninsel Buru 200.000 (!) kommunistisch verdächtigte (?) Häftlinge (der A- und B-Kategorie), denen immer noch kein Prozeß gemacht wurde" („Frankfurter Rundschau", 26.3.76). Tagtäglich werden „Verdächtige" festgenommen und *„ohne Prozeß in Lager gebracht, die auf indonesisch 'kamp konzentrasi' heissen"* (ebenda). Im letzten Jahr wurden lediglich 1000 dieser „Verdächtigen" entlassen. Sie mußten sich allerdings meist für einen „Kopfpreis" von umgerechnet 3.000 Mark „freikaufen". (Ein Bauer verdient im Monat 36 Mark).

Ist man erst einmal in diese Mühle geraten, ist man gleichzeitig seiner Existenz beraubt. *„Entlassene Häftlinge finden heute keine Arbeit"* (Ebenda).

In Indonesien gibt es heute zwanzig Millionen Arbeitslose, bei einer Gesamtbevölkerung von 130 Millionen. Die Bevölkerung bestand größtenteils aus Bauern, vierzig Prozent der Bauern wurde inzwischen landlos und mußten sich hoch verschulden.

Die „Soldatenverwaltung" ist korrupt und repressiv.

Zur Unterdrückung des Widerstands gegen die faschistische Unterdrückung unterhält die Suharto Clique einen umfassenden Spitzeldienst und einen ausgedehnten Polizei- und Militärapparat.

Um seinen Repressionsapparat aufrecht erhalten zu können, verhandelt die faschistische Suharto Clique derzeit über eine Verdoppelung der US-Militärhilfe von bisher 20 bis 30 Mio. Dollar jährlich.

Auch der BRD-Imperialismus beteiligt sich an der Stärkung des faschistischen Regimes: **„Als erste Hilfe erhält Suharto aus der Bundesrepublik im April 20 BO-105 Kurierhubschrauber, denen weitere folgen werden, die im Lande montiert werden. Ferner ist eine Anzahl von Herkules-Transportflugzeugen vorgesehen, die über Spanien (!) geliefert werden sollen" („FR", 26.3.76).** •

Thailand:
Yankee Go Home!

Der 20. März dieses Jahres war Stichtag für den Abzug aller US-Truppen und Militäreinrichtungen aus Thailand. Nachdem bereits vorher von Vereinbarungen über einen weiteren Verbleib der US-Soldaten berichtet wurde, bekamen die USA am 20. März überraschend die Aufforderung, innerhalb von vier Monaten Thailand zu verlassen. „Lediglich" 270 Militärberater sollen weiterhin in Thailand ihr Unwesen treiben dürfen. Vorangegangen waren diesem offiziellen Rausschmiß der US-Truppen erhebliche Auseinandersetzungen im Land. Ständig fanden Demonstrationen gegen die Anwesenheit der US-Besatzer statt, bewaffnete Einheiten im Norden Thailands griffen US-Stützpunkte an! Zum 20. März hatten der Studentenverband NSCT und der Gewerkschaftsverband CLUT zu Demonstrationen aufgerufen, falls die US-Einheiten nicht vollständig abziehen.



Thailändische Militärs in trauter Eintracht mit den US-Offizieren

Offensichtlich saß Thailands Herrschenden noch die Furcht von 1973 im Nacken, als 400.000 Demonstranten (vom NSCT mobilisiert) das faschistische Militärregime wegfegten. Aufgrund der Demonstrationsankündigungen wurde das Militär in und um Bangkok in volle Alarmbereitschaft gesetzt.

„Das Militär werde das Kriegsrecht über Bangkok verhängen, wenn es klare Anzeichen dafür gäbe, daß dem Land und der Öffentlichkeit Gefahr von der anderen Seite drohe" („SZ",19. 3. 76). Die Vorbereitungen für das Kriegsrecht über Bangkok wurden voll durchgeführt. Um entscheidende Einrichtungen wurden starke Polizeikräfte zusammengezogen, so um die US-Botschaft und vor allem um das Universitätsviertel!

Thailands Regierung hatte sich auf massivste Proteste bei einem weiteren Verbleib der US-Truppen eingerichtet!

Trotz des Zugeständnisses der Regierung an den antiimperialistischen Widerstand in Form des geforderten bis heute aber nicht durchgeführten Truppenabzugs, kam es am Sonntag, den 21. 3. zu erheblichen Auseinandersetzungen in Bangkok.

„Etwa 6.000 Studenten und ihre Anhänger (?) hatten einen Protestmarsch zur amerikanischen Botschaft organisiert, um den sofortigen Abzug der US-Soldaten zu fordern" („NZZ", 23. 3. 76). Die Demonstranten richteten sich auch gegen die Verschleierung der auch weiterhin vorhandenen US-Militärpräsenz in Thailand. Kurz bevor die Demonstration die US-Botschaft erreichte, wurde von faschistischen „Kommando-Einheiten" eine Bombe in die Demonstration geworfen – vier Menschen wurden dabei ermordet, über 82 (lt. „NZZ", 21. 3. 76) z. T. schwer verletzt!

Dieser feige Mordanschlag ist die in der letzten Zeit brutalste Aktion der faschistischen Terrorstrategie!

US-Imperialismus – auch nach Truppenabzug in Thailand aktiv

Offiziell wurden zwei Abkommen mit den USA für nichtig erklärt, die den weiteren Verbleib von ca. 4.000 Soldaten und den weiteren Betrieb der Stützpunkte erlaubte.

Nun sollen neben dem Abzug der 4.000 Soldaten auch mehrere Stützpunkte dichtgemacht werden:

- das Geheimdienstzentrum Ramusen, eine hochmodern ausgerüstete Zentrale, mit der der gesamte Flugverkehr über China und Indochina bespitzelt wird;
- der Luftwaffenstützpunkt Utapao, der speziell für B-52–Bomber ausgerüstet ist;
- sowie verschiedene kleinere Radar- und Nachrichtenstationen.

Es ist jedoch zur Zeit kaum damit zu rechnen, daß diese Einrichtungen tatsächlich stillgelegt werden, vielmehr ist zu erwarten, daß sie „offiziell" von Thailand weiter betrieben werden. In diesem Fall würde die Stunde der verbleibenden 270 „Militärberater" und anderem „diplomatischen" Personal schlagen.

Diese Leute, im wesentlichen CIA-Agenten, sind vielfach Kontrolleure und sogar Befehlshaber von Militäreinheiten Thailands: *„Laut einem Zeitungsartikel von J. D. koordinieren diese Konsuln Geheimdienstaktivitäten aller Art und jeder hat einen Offizier zum Stellvertreter. Sie besuchen Einheiten der thailändischen Streitkräfte und fungieren in ihrem jeweiligen Sektor auch als Militärberater. (!...) Die US-Berater kontrollieren die (thailändische) Armee bis in die einzelnen Kompanien hinein"*. („Vietnam Kultur- und Befreiungskampf", Nr. 24).

Es sind überdies Fälle bekannt, wo US-Berater direkt Aktionen gegen Befreiungskräfte leiteten!

Hieraus wird schon deutlich, daß die USA auch ohne eigene Truppen – nur über Berater und „Diplomaten" ohne weiteres die thailändische Armee kontrollieren können!

Dazu kommt, daß die thailändische Armee ein ausgemachter faschistischer Sumpf ist. Die Armeeführung gehört zu den reaktionärsten Kreisen Thailands – bereits zweimal unterdrückten sie das thailändische Volk durch eine Militärdiktatur (1958 und 1971).

Noch heute besteht in 28 Provinzen das Kriegsrecht! In diesem Sinne sprach schon im letzten Mai Kissinger davon, daß man sich *„wegen der Politiker keine Sorgen machen brauche, sondern auf die Militärs achten (solle), und das thailändische Militär sei über die US-Militäranwesenheit in Thailand glücklich"* („Monitordienst", 29. 5. 75).

Mit dieser über 300.000 Mann starken, hochmodern ausgerüsteten Armee haben die USA zweifellos eine höchst aggressive Macht in ihren Händen.

Doch nicht nur indirekt ist der Einfluß der USA gesichert: Nach wie vor bestehen Vereinbarungen, nach denen innerhalb kürzester Zeit 100.000 US-Soldaten nach Thailand eingeflogen werden können. Nach wie vor haben die USA das „Recht" die thailändischen Flughäfen für Bomben- und Spitzelflüge zu benutzen. So gibt die USA auch heute ihre *„Zuversicht"* an, *„weiter von dem Recht Gebrauch machen zu können, daß Maschinen der US-Luftwaffe in Thailand zwischenlanden"* („SZ", 23. 3. 76).

US-Imperialisten setzen auf Militärputsch!

Ganz offensichtlich setzen die USA auf die faschistischen Militärs Thailands, die bereits seit einiger Zeit auf einen erneuten Putsch hinarbeiten. So schreibt die „SZ" am 22. 3. 76, *„vielen Beobachtern drängt sich der Eindruck auf, daß die USA auf einen Militärputsch spekulieren, der – vor oder nach den Wahlen – wieder die Generäle an die Macht bringt, mit denen Amerika seit 15 Jahren Partnerschaft betreibt"*. Vieles deutet darauf hin. So wird offen zugegeben, daß *„Amerika zu hart verhandelt"* hat („SZ", 22. 3. 76), daß bei Einlenken auf unbedeutende Kompromisse (wie Aufgaben des exterritorialen Status der US-Einrichtungen) ohne weiteres die thailändische Regierung auf die Schließung der Stützpunkt etc. verzichtet hätte. Offensichtlich lag den USA jedoch selber an einer derartigen Zuspitzung, da die das faschistischen Generäle in ihren Putschvorbereitungen nur ermuntert. Unbestritten ist, daß das thailändische Militär für den Fall, daß nach den Wahlen eine rechte Koalition zustande kommt, einen Putsch plant. Wozu Ministerpräsident Kukrit Pramjoi erklärte, daß er *„jederzeit bereit sei, sein Büro zu räumen, sollten die Militärs es als ihre Pflicht erachten (!), die Regierung zu übernehmen"* („FAZ", 20. 3. 76 und „Time" 15. 3. 76)

Indochina-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Die Thailändische Regierung sieht Gespenster

Der stellvertretende thailändische Premierminister Pramarn Adireksan machte vor kurzem folgende „sensationelle" Mitteilung: *„. . . 28 Bataillone Pathet Lao und 17 nordvietnamesische Bataillone stünden mit schwerer Artillerie und Panzern an den Grenzen. Vor dem Senat teilte Pramarn weiter mit, daß seit Kriegsende in Indochina mehr als 500 Guerilla-Kader aus Laos und Nordvietnam über den Mekong nach Thailand infiltriert seien. . . Außerdem seien 100 Pionier-Spezialisten und 60 Mann einer nordvietnamesisch-Laotischen Spezialeinheit zum Teil schon bis Bangkok gelangt"*, („SZ", 19.3. 76). Nun denn, wo immer ein reaktionäres Regime mit seinen Feinden nicht fertig wird, müssen neuerdings wohl kubanische oder vietnamesische Genossen herhalten. Die DRV selber erklärte zu diesen Vorwürfen: *„Dies ist der bisher schmutzigste und gemeinste Akt der rechtsgerichteten reaktionären Militaristen in Thailand, der darauf abzielt, die thailändische Öffentlichkeit irrezuführen und aufzuhetzen und die langjährige Freundschaft zwischen den Völkern Vietnams und Thailands zu untergraben"* („Neue Zürcher Zeitung", 21.3.76).

In der Tat sind im konkreten Fall Thailand die Vorwürfe nichts als Zweckpropaganda, um davon wegzulenken, daß die thailändische Befreiungsfront zusehends stärker wird!

Indochina-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Letzte Meldung: Faschistischer Terror in Thailand fordert weitere Opfer!

Der Wahlkampf für die am 4. April bevorstehenden Parlamentswahlen hat erste Opfer gefordert. In Wat Sinh, der nördlich von Bangkok gelegenen Provinz, warfen Faschisten Handgranaten in eine Wahlversammlung. Sie ermordeten acht Menschen, zehn weitere wurden zum Teil schwer verletzt.

Ohne Rücksicht auf Menschenleben und Umwelt
Wie Japans Reeder Profite scheffeln

Innerhalb kürzester Zeit verunglückten im letzten Jahr japanische Supertanker serienweise auf der Route Japan – Naher Osten.

Der 238.000 Tonnen-Tanker „Showa Maru" lief in der Straße von Malakka (Indonesien) auf ein Riff. 4,5 Mio. Liter Rohöl ergossen sich ins Meer.

Unweit derselben Stelle rammten sich drei Monate später zwei andere Riesenschiffe, der 73.000 Tonnen-Tanker „Tosa Maru" und das 152.000 Tonnen Containerschiff „Cactus Queen". Die „Tosa Maru" sank. 2.100 Tonnen Bunkeröl wurden an die Strände Singapur gespült.

Wenig später rauschte der 231.000 Tonnen Tanker „Eiko Maru" auf eine Untiefe und wieder ergossen

wenig später rauschte der 231.000 Tonnen Tanker „Eiko Maru" auf eine Untiefe und wieder ergossen
sich über eine Mio. Liter Öl ins Wasser.

Erst vor kurzem ist südlich der Philippineninsel Mindanao die „Berge Istra", ein norwegischer Riesentanker, explodiert. Es gab 30 Tote.

Nach massiven Vorwürfen der japanischen Seemannsgewerkschaft ließ sich der Verdacht nicht mehr entkräften, daß die Reederkapitalisten aus wirtschaftlichen Erwägungen die Schiffe aus minderwertiger Qualität gebaut hatten. *„Denn die Riesenschiffe mit den Ausmaßen eines achtzehnstöckigen Hochhauses halten ihre Ölladung wie ein wassergefüllter Luftballon mit einer vergleichsweise hauchdünnen Außenhaut zusammen, die nur aus 22 bis 30 mm (!) dickem Stahlblech besteht. Sie ist nicht stark genug. Das Amt für Seefahrtssicherheit faßte schließlich die vielfältigen Vorwürfe zusammen: Die Schiffe zeigten Schwächen in der Konstruktion der Trennwände und der Außenhaut! Das unzureichende Rahmenwerk ist auf wirtschaftliche Erwägungen zurückzuführen"*.(„FR", 21.2.76).

kapitäne werden in ihren Personalpapieren nach der Menge des Öls beurteilt, die sie pro Dienstjahr verschifft haben. Ihre Verantwortung für die sichere Führung des Schiffes liegt daher ständig im Widerspruch mit der Versuchung, noch bessere Transportleistungen zu erzielen.

Doch nicht nur grobe Unzulänglichkeiten im Material führen zu ein für Menschen und Umwelt gleichermaßen katastrophalen Unfällen. In der Malakkastraße, dem Nadelöhr des Schiffsverkehrs zwischen Europa, Afrika und Asien, gilt der Grundsatz, daß ein Riesentanker 2,50 m Wassertiefe unter seinem Kiel benötigt. Dieser Sicherheitsgrundsatz wird von Japans Kapitänen oft sträflich vernachlässigt. *„Japans Tanker Eine japanische Untergrundzeitschrift stellte dazu fest: Nicht wenige der Tankerkapitäne mußten uns gestehen, daß sie bei ihren Fahrten durch die berüchtigte Malakkastraße ihr Schiff schon mindestens ein- oder zweimal über Untiefen schleifen ließen, weil sie zu viel geladen hatten."*

ihr Schiff schon mindestens ein- oder zweimal über Untiefen schleifen ließen, weil sie zu viel geladen hatten."
(„FR", 21.2.76)!

Die japanischen Reederkapitalisten erpressen ihre Kapitäne aber nicht nur durch Liefermengen, sondern auch durch Lieferzeiten! „In den Frachtverträgen zwischen den Schiffahrtsunternehmen und den Ölfirmen sind Garantien für die Frachtzeit enthalten, deren Nichteinhaltung die Personalpapiere eines Kapitäns schwer belastet. Die japanischen Supertanker brechen daher schon in frühestem Morgengrauen zu einem Wettrennen durch die Malakkastraße auf" (ebenda).

Für die Reederkapitalisten ist es ein Rennen um maximale Profite, für die Seeleute auf den Schiffen ein Rennen um Leben oder Tod! Die Brutalität der Reederkapitalisten ist grenzenlos! Sie bauen schlechte Schiffe und erpressen ihre Kapitäne zu unglaublichen Vernachlässigungen von Sicherheitsbestimmungen. Die Folgen – Ölpest, Vernichtung von Fischgründen und Algenplantagen, vor allem aber der Tod von 52 Seeleuten in dieser Region – werden Seeleuten und Fischern eine Verpflichtung sein, den Kampf gegen die Reederkapitalisten verstärkt zu führen!

Japan-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Studentenkämpfe in Burma

Die Kämpfe gegen die Militärdikatur in Burma haben sich erneut verschärft. Nach Meldungen der bürgerlichen Presse scheinen die Universitäten die Zentren der Auseinandersetzungen zu sein. Studenten hätten *„regierungsfeindliche Demonstrationen"* durchgeführt. *„Rund 2.000 Studenten hatten, wie Radio Rangun meldete, eine Versammlungshalle in Rangun besetzt, dort 'Streiklager' aufgeschlagen, Parolen gegen die Regierung verbreitet und Unruhe (?) gestiftet"* („Süddeutsche Zeitung", vom 25.3.76).

Die Halle ist daraufhin von der Polizei geräumt worden. Alle Universitäten des Landes wurden wie schon im vergangenen Jahr geschlossen. Die letzte Schließung dauerte bis Januar dieses Jahres an.

In der Nacht vom 25.3. wurden zahlreiche Studenten, darunter auch drei Studentenführer, verhaftet.

Die Auseinandersetzungen werden scheinbar nicht nur von Studenten geführt, da auch die Streitkräfte in Alarmbereitschaft versetzt wurden („SZ", 26.3.76). Der Flughafen von Rangun wurde bis auf weiteres geschlossen.



afrika aktuell

Tunesien

Die Studentenunruhen sind nur die Spitze des Eisberges

Seit Ende 1975 macht sich in Tunesien die Opposition gegen das reaktionäre Bourgiba-Regime verstärkt bemerkbar. Besonders an der Universität von Tunis gab es Zusammenstöße zwischen streikenden Studenten und dem Polizeiapparat: Ein Student wurde getötet, eine Studentin erlitt nach Mißhandlungen eine Fehlgeburt, -zig Studenten wurden verwundet, verhaftet und von der Universität geworfen. Die Ordnungsrechte der Fakultätsräte wurden vorerst dem Erziehungsministerium übertragen. In drei Prozessen wurden fünf Studenten zu 40 bis 76 Monaten, zwölf Studenten zu 44 Monaten und vier Studenten zu 3 1/2 bis 16 (!) Jahren (für den Versuch, Flugblätter zu verteilen) Gefängnisstrafe verurteilt. An den Universitäten herrscht ein Terror-Klima, von rechten Kräften werden ständig Provokationen gestartet („Afrique-Asie", 9.2.76).

In einer Erklärung tunesischer Studenten in Algier wurden die Forderungen der Studenten klar formuliert: *„für Demokratie und gegen die Unterwerfung unseres Landes und seiner Reichtümer unter den Imperialismus und seine hiesigen Knechte"*. Die Konfrontationen fänden in einer Zeit statt, in der die tunesische Regierung – *„ausgehöhlt durch innere Streitigkeiten und Spiegelbild der imperialistischen Rivalitäten um die Ausbeutung unseres Landes"* – eine Reihe von Säuberungsaktionen durchführt. Betroffen sind die Neo-Destour („sozialistische" Staatspartei), die Nationalversammlung, die Generalunion der tunesischen Arbeiter, die Nationalunion der tunesischen Frauen und sogar das Militär (lt. „El Moudjahid", 18./19.1.76).

Konkreter Anlaß der Studentenstreiks war der Versuch der Reaktion, in den Ferien die regimetreuen Studenten zusammenzutrommeln und Leute von der Destour-Partei in die Leitung der UGET (Studentenunion) zu hieven. Die Studenten fordern schon seit Jahren eine Demokratisierung dieses Verbandes. Sie erkennen die „Destour-Marionetten" nicht an und organisieren sich lieber im CUP (Provisorisches Universitätskomitee).

Dazu kam eine Universitätsreform, die in den Ferien durchgezogen wurde. An den Unis findet eine strengere Kontrolle statt: Der Erziehungsminister, die Professoren und bestimmte Dozenten bekommen mehr Rechte. Der Zugang zur Hochschulbildung, die bisher unentgeltlich und für alle Abiturienten offen war, wird durch Zulassungstests geregelt. Von den Studenten können Kosten für Versicherung, Laboratoriums- und Bibliotheksbenutzung abverlangt werden etc. ... Die Studenten sehen darin eine Eliteauswahl. Die Auslese bestand allerdings schon: Im 1. Jahr haben 4.000 Studenten das Medizinstudium aufgegeben, trotzdem wurden nur 300 Studenten neu zugelassen (in den entwickelteren Gebieten Tunesiens kommt ein Arzt auf 12.000 Einwohner, in den ländlichen Gebieten ein Arzt auf 20.000 bis 40.000 Einwohner!). In den Naturwissenschaften besteht eine Zulassungs-Beschränkung von 900 Studenten, die doppelte Anzahl hatte sich beworben.

Die materielle Versorgung der Studenten ist vollkommen unzureichend: In den Zimmern der Uni-Viertel, die für drei bis vier Personen vorgesehen sind, wohnen bis zu acht Studenten; Hunderte finden keine Unterkunft. An der Literatur-Fakultät studieren über 4.000 Leute, obwohl sie für die Hälfte eingerichtet ist. Die Stipendien reichen bei weitem nicht aus.

Zur gleichen Zeit wie an den Universitäten wurde auch an den Gymnasien wegen verschärfter Abiturbestimmungen gestreikt.

Die Bildung bleibt in Tunesien nur einer Elite vorbehalten. – Eine Schulpflicht gibt es nicht. Der Schulbesuch ist sogar zurückgegangen. 1972 wurden noch 72% der infrage kommenden Kinder eingeschult, 1973/74 waren es nur noch 62,2%. Ein Teil der Schüler verläßt schon nach sechs Jahren die Schule, so daß ca. 40% der Jugendlichen zum Analphabetentum verdammt sind.

Diese Bildungspolitik hängt mit einer Politik der „Liberalisierung" seit 1969 zusammen. Nachdem Mitte der 60-er Jahre der „konstitutionelle Sozialismus" praktiziert wurde, wurde ab 1969 der Spielraum des Privatkapitals wieder vergrößert, besonders der des ausländischen Kapitals. Die Produktionsgenossenschaften wurden aufgelöst.

„Konstitutioneller Sozialismus"

Eine Wirtschaftsplanung und Bildung von Genossenschaften war eingeführt worden, nachdem der kapitalistische Weg die tunesischen Probleme nicht hatte lösen können; eingeführt wurde die „Sozialisierung" per Gesetz, ohne jeden Umerziehungsprozeß. Die Genossenschaften beruhten auch nie auf der Selbstverwaltung durch die Arbeiter, sondern waren ein Teil der Staatsverwaltung. Neben einer Generalversammlung, einem Verwaltungsrat und einem Verwaltungspräsidenten aus Mitgliedern der Kooperative gab es den Generaldirektor, der nur dem Staat verantwortlich war und unbeschränkte Rechte hatte.

Der einheimische Großgrundbesitz mit den besten Bodenflächen blieb von der Kollektivierung ausgespart. Die Großgrundbesitzer hetzten die Bauern gegen Ben Salah (den Verantwortlichen für diese Politik) auf. Aus Angst vor der Zwangskollektivierung verkauften schon damals viele Bauern ihren Boden an die Großgrundbesitzer.

Festigung des kapitalistischen Weges

Nach der Auflösung der Genossenschaften haben nicht alle Bauern ihr Land zurückbekommen, so daß sie jetzt noch ärmer als vorher sind. Viele haben sich so verschuldet, daß sie ihren Besitz jetzt verkaufen müssen. Dadurch entsteht eine noch größere Konzentration – 1,6% der in der Landwirtschaft Tätigen besitzen ein Drittel des Bodens, 83% besitzen ebenfalls nur ein Drittel – und eine Proletarisierung der Bauern. Die meisten wandern ab in die Städte. Weil den Großgrundbesitzern so ihre billigen Dattelpflücker verloren gehen, macht die Nationalgarde Jagd auf die Abwandernden. 3,5% der Landarbeiter haben versucht, nach Libyen zu gehen, von Militärlastwagen wurden sie zurückgeholt. Insgesamt sind allein 1969 bis '72 auf diese Weise 11% der Landarbeiter zurückgeschickt worden. Der Staat versucht, die Landbevölkerung mit Entwicklungsplänen zu halten. Das sieht dann allerdings so aus, daß in den errichteten Handwerkszentren siebenjährige Mädchen Teppiche knüpfen – acht Stunden täglich bei einem Lohn von einem Dinar, 200 Millimes monatlich (die Teppiche werden für 150 bis 200 Dinar verkauft) – die Männer bleiben trotzdem arbeitslos. Die Mitarbeit der Kinder ist notwendig, weil 55% der Bevölkerung sich an der Armutsgrenze bewegen und die Arbeitslosigkeit ständig steigt.

Nach dem Vierjahresplan 1973/76 sollten 89.000 Arbeitsplätze geschaffen werden, die Zahl der Arbeitsfähigen nahm aber in dieser Zeit um etwa 163.000 zu (die Geburtenrate beträgt 2,6%), so daß heute über 50% arbeitslos sind.

Davon profitieren die Kapitalisten, die schon eine Reihe von steuerlichen und finanziellen Vorteilen genießen, wenn sie durch Investitionen für zehn Dauerarbeitsplätze sorgen. Durch die hohe Arbeitslosigkeit können sie den Arbeitern alles abverlangen: Sicherheitsvorkehrungen wurden wegen Behinderung der Produktion teilweise wieder entfernt, die Arbeitsunfälle nehmen jährlich um neun Prozent zu. Die Arbeiter leisten bis zu 72 Wochenstunden; der gezahlte Normallohn ist so gering, daß die Arbeiter ohne Überstunden und Prämien nicht auskommen. Die Prämien gibt es je nach Lust und Laune des Werkleiters – die Arbeiter sind also zur Kuscherei gezwungen.

Bei einer jährlichen Inflation von acht Prozent und geringen Löhnen von 40 bis 45 Dinar im Durchschni. ist es immer weniger Familien möglich, dringendste Bedürfnisse wie Wohnen, Essen, Kleidung etc. zu bezahlen. Um die Situation nicht zu verschärfen, hat die Regierung Maßnahmen zur Geburtenregelung getroffen. Abtreibung ist erlaubt, die Pille gibt es kostenlos. Nach der vierten Schwangerschaft wird bei der Frau in der Regel eine Sterilisation vorgenommen, für ihr „staatsbürgerliches Pflichtgefühl" bekommen die Frauen eine Prämie von fünf Dinar, was den Monatseinkünften der Armen entspricht. (Man sieht: Wenn es dem Staat nützt, sind Abtreibung etc. absolut nicht unmoralisch!).

Durch die Handelsstockung, den Verlustverkauf von Olivenöl und Phosphat, den Auswanderungsstopp nach Europa hat sich die wirtschaftliche Situation enorm verschärft, Spekulation und Korruption haben ihren Teil dazu getan.

Dies hat zu einer neuen Tatsache in Tunesien geführt: zu Arbeitskämpfen, die aber noch nicht koordiniert sind. Es vergeht keine Woche ohne einen Streik. Das Anti-Streik-Gesetz von 1973 hat daran nichts geändert. Im Februar 1975 z.B. streikten die Arbeiter einer Zellulosefabrik in Kasserine, einer Bauerngegend ohne Kampftradition. Dem Streik schlossen sich andere Arbeiter an. Die Armee, die gegen die Streikenden eingesetzt wurde, solidarisierte sich mit ihnen und versorgte sie mit Lebensmitteln! Die Forderungen der Arbeiter wurden größtenteils erfüllt. Die Gewerkschaftsführung der UGTT war oft gezwungen, die Forderungen der Basis zu übernehmen. Die Führung, die eng mit der Staatspartei verflochten ist und zur Beschwichtigung der Arbeiter eingesetzt wird, sitzt zwischen zwei Stühlen. Zwischen der Führung der UGTT und der Parteiführung hat sich ein schwerer Streit entzündet. Auf die Versuche der Partei, Habib Achour im Generalsekretariat der UGTT durch „ihren" Mann Farhat Dachraoui zu ersetzen, hat die Gewerkschaft Dachraoui und sieben andere Gewerkschafter von ihren Posten abgesetzt. In Sfax haben Demonstranten im November '75 gegen die Kaltstellung des Parteiführers Mohamed Sayah protestiert. Leute wie Sayah werden je nach Gelegenheit benutzt (Sayah konnte die Partei relativ gut führen; Masmoudi hatte gute Beziehungen zu den arabischen Staaten ...) und wieder abgesetzt, entweder wenn sie ihre Funktion erfüllt haben oder wenn innere Schwierigkeiten auftreten.

... durch Repression

Bourgiba hat seine Leute, auf die er sich noch verlassen kann, in Schlüsselpositionen untergebracht; nachdem er seine langjährigen Mitarbeiter Ben Youssef, Ladgham, Masmoudi, Ben Salah etc. abgesetzt hat, bleibt kaum einer übrig. So muß er sich auf seinen Unterdrückungsapparat verlassen. Die Presse wird von der Partei und dem Informationsministerium kontrolliert; viele Theaterstücke verschwinden nach einer Aufführung. Studenten, die sich treffen, um ideologische Fragen zu diskutieren, werden verhaftet, weil sie „ein Komplott gegen den Staat schmieden". Wer Bourgiba oder ausländische befreundete Staatschefs in Flugblättern angreift, muß mit Gefängnisstrafen rechnen. Folter in den Gefängnissen ist an der Tagesordnung (vgl. AK 75). Die Kommunistische Partei wurde 1963 verboten. Sämtliche Parteien außer der Neo-Destour sind verboten.

Die Opposition

Die Opposition ist sehr schwach. Die Gruppe „Perspektiven" löst nur punktuelle Kämpfe aus und spielt keine große politische Rolle. Die Mitglieder dieser Gruppe sind aber die aktivsten und sind daher am stärksten der Repression ausgesetzt. Die Bewegung der Volkseinheit (MUP) läßt heimlich ein Programm kursieren. Sie wollen eine *„Reform der wirtschaftlichen und politischen Machtstrukturen"*; sie sind überzeugt, daß *„Besitz nicht die Sache einer Minderheit von Reichen oder die Sache des Staates ist, weil das den Weg zur Bürokratie öffnet"*. Sie will die Klassenausbeutung abschaffen und eine Gesellschaft ohne Privilegien aufbauen. Ben Salah (!) wird als Führer dieser Bewegung angesehen. 1957 bis 1969 war Ben Salah einer der wichtigsten Männer des Staates und damals mitverantwortlich für die Repression gegen die Bevölkerung und besonders die Studenten, die sich nicht von der heutigen unterscheidet! Die „Bewegung" hat zwar viele Anhänger, besonders unter der Arbeiterschaft, hat aber noch keine konkreten Aktivitäten entwickelt.

Daneben gibt es noch die GMLT (Tunesische marxistisch-leninistische Gruppe), die Trotzkisten und eine große Zahl aktiver, aber unorganisierter Marxisten. In den letzten Monaten hat angeblich eine Annäherung der verschiedenen Gruppen stattgefunden, um eine gemeinsame – reformistische – Front aufzubauen. (Nach: „Jeune Afrique" vom 5.2.76 und „Bulletin d'Information", Dez. 75/Jan. 76). ●

**Nahost-Kommission
KB/Gruppe Hamburg**

Tunesiens Opposition fordert demokratische Freiheiten

Die verschiedenen Oppositionsbewegungen Tunesiens haben sich zum ersten Mal versammelt. Anläßlich des 20. Jahrestages der Unabhängigkeit Tunesiens trafen sich Vertreter der „Union der tunesischen eingewanderten Arbeiter", der französischen Sektion der „Generalunion tunesischer Studenten" (UGET), der tunesischen marxistisch-leninistischen Organisation, der „Bewegung der Volkseinheit" und der demokratischen Organisation „Al Horreya" in Paris.

Sie forderten von der Regierung in Tunis Generalamnestie und Freiheit für alle politischen Gefangenen sowie die Grantie für demokratische Rechte und Freiheiten.

In Tunis übergaben 17 Oppositionelle, darunter vier ehemalige Minister, der Presse ein Manifest, in dem sie die gleichen Forderungen aufstellten. Die „Arbeitsgruppe für Menschenrechtsfragen" der SPD hat den tunesischen Staatspräsidenten Bourgiba aufgefordert, den „schwerwiegenden und langandauernden Menschenrechtsverletzungen" in seinem Land ein Ende zu setzen. Die Praxis der SPD-Regierung sieht allerdings anders aus: Minister Egon Bahr wurde als Vertreter der BRD zu den Feiern des 20. Jahrestages nach Tunesien geschickt und unterzeichnete ein Wirtschaftshilfeabkommen über 20 Mio DM.

**Nahost-Kommission
KB/Gruppe Hamburg**

Algerien Massenmobilisierung gegen

Algerien

Massenmobilisierung gegen Angriffe von rechts

In Algerien wurde vor kurzem ein Aufruf verteilt, in dem „vier Bürger des Landes" freie Wahlen, Meinungs- und Gedankenfreiheit und einen „geeinten islamischen und brüderlichen Maghreb" (Südwestteil Algeriens, auf den Marokkos König und US-Statthalter Hassan scharf ist) forderten. Die staatliche Nachrichtenagentur APS sagt dazu: *„Gewisse Stimmen von rechts predigen heute die Konterrevolution. Diese Männer sind gut bekannt. Zu einer Zeit, da unser Land und seine Revolution vom Imperialismus bedroht ist, nutzen erwartungsgemäß reaktionäre Elemente die Gelegenheit, um die fundamentalen Ziele der algerischen Bevölkerung zu gefährden."*

Zu diesen „Gutbekannten" gehören u. a. Ferhat Abbas und Ben Youssef Ben Khedda. Beide haben eine üble Rolle im algerischen Befreiungskrieg gegen Frankreich gespielt.

Daß ihre Kritik aus der rechten Ecke kommt, wird auch daran deutlich, daß sie die Unterstützung Algeriens für die Frente Polisario, die für die Unabhängigkeit der Westsahara kämpft, verurteilen. Hauptsächlich geht es aber um die Innenpolitik: Für 1976 hat Boumedienne „den endgültigen Übergang zum Sozialismus" angekündigt, im Moment wird eine „Sozialistische Charta" erarbeitet und Boumedienne hat dem Großhandel und der Privatindustrie gedroht, daß es für sie in einem sozialistischen Algerien auf die Dauer keinen Platz mehr geben werde.

Gegen die verstärkten Angriffe von rechts (dazu gehören auch die faschistischen Bombenanschläge der letzten Zeit) läuft in ganz Algerien eine Massenmobilisierung. In den Massenorganisationen wird die Unterstützung für die Politik der Regierung Boumedienne und die Verabschiedung der Nationalcharta bekräftigt.

Ein Beispiel ist der politische Streik der 350 Arbeiter von „Inovac Afrique". Am 16. März 1976 beschlossen die Arbeiter, den Betrieb zu besetzen und verboten dem Direktor den Zutritt. Sie forderten, daß ihrem Chef, der die Unternehmensgewinne auf ausländische Banken brachte, statt sie in Algerien zu investieren und anderen Reaktionären das Handwerk gelegt würde. Weiter forderten sie die Verstaatlichung ihres Betriebes und die Vergrößerung des „sozialistischen Sektors". Nach vier Tagen, in denen ihr Fall im ganzen Land bekannt wurde, hatten sie erreicht, daß ihr Betrieb der staatlichen Gesellschaft SONATRACH angeschlossen wurde. ●

**Nahost-Kommission
KB/Gruppe Hamburg**

Republik Sahara

F. POLISARIO beklagt mangelnde internationale Unterstüztung

Als erster nicht afrikanischer Staat hat die VR Korea die Unabhängigkeit der Republik Sahara anerkannt. Zusätzlich zu Madagaskar, Burundi, Algerien und der VR Benin sind die afrikanischen Staaten VR Angola, Mosambique, Guinea-Bissao und Togo diesem Schritt gefolgt (Stand lt. „El Moudjahid", 17.3.76).

Für Marokko und Mauretanien, die inzwischen ihre diplomatischen Beziehungen zu Algerien abgebrochen haben, zeichnet sich eine zunehmende Isolierung ab, da ein militärischer Sieg über die Kämpfer der F. POLISARIO trotz aller Massaker an der Zivilbevölkerung nicht zu erreichen sein wird.

Ein Sonderbeauftragter der Republik Sahara (RASD), betonte anläßlich eines Besuches in Luanda noch einmal die Notwendigkeit der internationalen Solidarität als wichtige Bedingung für den Sieg des saharischen Volkes, und ließ erkennen, daß die Unterstützung bisher nur spärlich geleistet worden ist. Daher erklärte er noch einmal im Namen der RASD: *„Wir erwarten und wünschen von den sozialistischen Staaten, namentlich von der Sowjetunion, daß uns wirksame militärische Hilfe und Unterstützung gebracht wird"* („El Moudjahid", 18.3.76).

Die RASD drückte weiter ihre Hoffnung aus, daß sowjetische Versprechungen auf Militärhilfe sich „bald konkretisieren" werden.

Auch Fidel Castro erklärte anläßlich eines Treffen zwischen ihm und dem Präsidenten der RASD, Lamani, das in Algier stattgefunden hatte, seine *„volle Unterstützung für das saharische Volk"*. („El Moudjahid", 17.3.76). ●

Afrika-Kommission

Angola: Aufbau der Volksmacht



Nach der Vertreibung des Kolonialismus und der imperialistischen Marionettenbewegungen geht das angolanische Volk unter der Führung der MPLA energisch daran, die Kriegsschäden zu beseitigen und die Errungenschaften der neudemokratischen Revolution zu festigen und auszubauen. Um Manipulationen und Sabotage des internationalen Finanzkapitals zuvorzukommen, hat die Regierung der VR Angola jetzt die Kontrolle über zwei wichtige Privatbanken übernommen. *„Eine Anweisung des Staatssekretärs sieht darüberhinaus vor, daß die Banken und Kreditinstitute der VR Angola keine Operationen mehr vornehmen dürfen, die von im Ausland lebenden Direktoren oder Vorstandsmitgliedern angewiesen wurden"* („Neues Deutschland", 12.3.76).

Um jeden Versuch von Warenhortung und Preisspekulation von vornherein zu unterbinden, hat die Regierung außerdem drei Kaufhallenverbände nationalisiert.

Eine große Anzahl von Betrieben wird in Luanda bereits von Arbeiterkommissionen selbst verwaltet, darunter die größte von den Portugiesen verlassene Brauerei in Luanda („Newsweek").

wird in Luanda bereits von Arbeiterkommissionen selbst verwaltet, darunter die größte von den Portugiesen verlassene Brauerei in Luanda („Newsweek").

Die Regierung hat in ihrem „Gesetz zur staatlichen Intervention in den privaten Sektor der Wirtschaft" klargelegt, daß sie gewillt ist, alle „strategischen Bereiche" der Wirtschaft zu kontrollieren. Die Existenz kapitalistischer Strukturen in der Wirtschaft Angolas wird sicher erst in einem langfristigen Prozeß der revolutionären Entwicklung zu überwinden sein. Doch schon jetzt kommt es darauf an – und darin liegt die besondere politische Bedeutung der Maßnahmen – diesem Sektor jede Möglichkeit zu nehmen, die neudemokratische Revolution zu sabotieren, sondern ihm im Gegenteil für den nationalen Aufbau auszunutzen. Besondere Gefahren liegen in dieser Phase des revolutionär-demokratischen Prozesses in der Herausbildung neuer parasitärer Bürokratien, die das Volk um seine aktive Teilnahme an der Leitung des Staates betrügen könnten. Schließlich beinhaltet das Klassenbündnis zur Durchführung der revolutionären Demokratie auch Teile der nationalen Bourgeoisie, deren revolutionärer Elan nur allzu leich einem bourgeoisen Klassenverhalten und Lebensstil Platz macht, sobald sie wichtige Positionen im Staatsapparat und in der Wirtschaft einnehmen. Um diese Möglichkeit nach Kräften zu verhindern, hat die Regierung in Luanda zunächst verfügt, daß für alle führenden Dienstränge im angolanischen Staatsapparat Gehaltskürzungen vorzunehmen sind! Dies sei *„eine notwendige Forderung zur sozialen Gerechtigkeit"*, alle Regierungsmitglieder hätten sich bereits zuvor ähnliche Kürzungen ihrer Gehälter auferlegt. Dagegen wird die Höhe der Gehälter der Hauptmasse der Beamten des Landes als „notwendig und vernünftig" bezeichnet. Der Ministerpräsident erklärte außerdem warnend, falls es dazu kommen sollte, daß Staatsbedienstete in größerem Umfang ihre Stellungen verlassen, um in private Firmen einzutreten, werde die Regierung intervenieren und die führenden Privatfirmen zwingen, ähnliche Gehaltskürzungen wirksam werden zu lassen. (Radio Luanda, 26.2.76, nach „Monitor-Dienst").

RSA verläßt Angola

Die RSA, die in Angola bisher ihre einzige militärische Niederlage in Afrika erlitten hat, will bis zum 27.3.76 Angola endgültig verlassen. Um das Eingeständnis der Niederlage zu verschleiern, behaupten RSA-Kreise, sie hätten von der MPLA alle Garantien erhalten, die sie forderten: Sicherung des Kraftwerk-Projektes, keine Gefährdung der dort Beschäftigten und Respektierung der völkerrechtlich anerkannten (?!) Grenze (nach „FAZ", 26.3.76). Seitens der MPLA gibt es dafür keinerlei Bestätigung. Im Gegenteil: Der Verteidigungsminsiter der Volksrepublik Angola, Carreira, erklärte in einem Interview mit dem „Neuen Deutschland" (4.3.76): *„Was nun den Cuene Staudamm anbelangt, dessen ‚Verteidigung' die Rassisten als Vorwand benutzen, so muß folgendes gesagt werden: Der Fluß Cuene und die Stadt Calueque liegen in Angola – und nicht in Südafrika, das ja erst hinter Namibia beginnt. Die Wasserkraft des Staudamms wird z. Z. in Namibia genutzt. Ob das weiterhin möglich ist, kann nur Angola entscheiden. Das ist eine Frage der Souveränität. Theoretisch könnten wir jederzeit das Wasser des Cuene stauen und stoppen, den Fluß vollständig kontrollieren."*

Wenn es auf der einen Seite auch wahrscheinlich ist, daß die VR Ango-

wir jederzeit das Wasser des Cuene stauen und stoppen, den Fluß vollständig kontrollieren."

Wenn es auf der einen Seite auch wahrscheinlich ist, daß die VR Ango-

la zunächst keine unmittelbaren Maßnahmen gegen den Cuene-Staudamm geplant hat (auch in Mosambique liefert der Cabora-Bassa-Staudamm Strom für die RSA), so ist nichtsdestoweniger klar, daß die VR Angola der RSA gegenüber ihre staatliche Souveränität niemals preisgeben würde.

UNITA-Führer für Apartheid und Homeland-Politik

Wie weit die politischen Vorstellungen der UNITA mit denen der RSA-Faschisten identisch sind, beweisen Äußerungen des ehemaligen UNITA-Gouverneurs für den Bezirk Cuene, Nicola Marcos, in Namibia (!). Er betonte, *„wenn die portugiesische Regierung in Angola eine Politik der getrennten Entwicklung angewandt hätte* (Apartheid), *im Rahmen derer sich jede Nation in ihrem eigenen Heimaltland* (Homeland) *hätte entwickeln können, wäre der gegenwärtige offene Konflikt vermieden worden"* (Radio Johannesburg, 2.3. nach „Monitor-Dienst"). Diese ungeheuerliche Unterstützung und Rechtfertigung der faschistischen Rassentrennungs- und Homelandpolitik (unfruchtbare Gebiete, in der die völlig rechtlose afrikanische Bevölkerung zwangsangesiedelt wird, damit die RSA-Regierung sie gezielter unterdrücken kann) zeigt zeigt drastisch, in welche Gesellschaft sich die Kreise der westdeutschen Linken (?!) begeben haben, die bis heute ihre Forderung nach einer Beteiligung von Typen des Schlages von Marcos an einer angolanischen „Regierung der nationalen Einheit" nicht zurückgenommen haben!

Noch immer keine Anerkennung der VR Angola durch Sambia

Die reaktionäre Rolle Sambias gegenüber den Befreiungsbewegungen im südlichen Afrika setzt sich in der Weigerung fort, die VR Angola anzuerkennen. Sambia ist nicht einmal bereit, ca. 12.000 angolanische Flüchtlinge nach Angola ausreisen zu lassen! Stattdessen ist eine Zwangsansiedlung in Sambia an der Westgrenze zur VR Angola beabsichtigt. Sollte dieses Vorhaben tatsächlich ausgeführt werden, hätte sich damit die sambesische Regierung langfristig die Möglichkeit verschafft, die durch die UNITA-Hetze verunsicherten und desorientierten Flüchtlinge zu Störaktionen gegenüber der VR Angola zu mißbrauchen (ähnlich wie der Bakongo-Stamm in Zaire und Nordangola gegen die MPLA aufgehetzt wrude).

Daß sich die VR Angola keinerlei Illusionen über den Charakter des Kaunda-Regimes hingibt, wird an dem Vorschlag des angolanischen Außenministers deutlich, zwischen den Staaten eine militärisch neutrale Zone einzurichten. Solche Einrichtungen sind nur zwischen Staaten üblich, die nicht gerade freundschaftlich miteinander verbunden sind ...! (nach „Neue Zürcher Zeitung" vom 21.3.76).

Insgesamt aber muß eingeschätzt werden, daß sich über kurz oder lang auch Sambia nicht dem veränderten Kräfteverhältnis zwischen Revolution und Reaktion im südlichen Afrika entziehen kann.

Afrika-Kommission

Währungsreform in Guinea-Bissao

Währungsreform in Guinea-Bissao

Gleichzeitig mit der Einführung einer Währungsreform in Guinea-Bissao, die in erster Linie den durch die portugiesische Banco National gedruckten Guinea Escudo durch den Peso ersetzt, wurden am 1.3. die Guthaben der portugiesischen Überseebank eingefroren.

Damit hat Guinea-Bissao einen weiteren Schritt zum Aufbau einer unabhängigen nationalen Wirtschaft eingeleitet. Die portugiesische 6. Regierung reagierte auf die Sperrung der Gelder der Banco National in Guinea-Bissao, die bisher immer noch ein wichtiges Mittel der ehemaligen Kolonialherren zur Sabotage des nationalen Wirtschaftsaufbaus war, mit der Drohung auf „Vergeltung". Angesichts der realen Unmöglichkeit, dies in die Tat umzusetzen, erklärte Portugal jedoch gleichzeitig kleinlaut, man sei zur Zusammenarbeit auch weiterbin bereit ...

Nigeria: Todesurteile gegen Rechtsputschisten

Nach dem gescheiterten Rechtsputsch in Nigeria (Siehe AK 75) hat der neue Staatspräsident Absanjo erklärt, daß an dem bisherigen, mehr auf Eigenständigkeit gegenüber dem Imperialismus orientierten Kurs festgehalten wird.

32 Beteiligte an dem Putschversuch wurden nach detailierten Untersuchungen, Verhandlungen und Zeugenvernehmungen zum Tode verurteilt und hingerichtet. Darunter befanden sich ein Generalmajor, vier Oberstleutnants und sechs Majore (nach „Monitor-Dienst", vom 12.3.76). Diese Anzahl höherer Offiziere weist einmal mehr darauf hin, daß es dem Imperialismus gelungen war, innerhalb der korrupten Teile der Armee einen gewissen Anhang zu finden, zudem wurde das Zusammengehen mit dem Imperialismus durch die Furcht bei Teilen der Armee vor Privilegienverlust (Verkleinerung der Armee) gefördert.

Daß der Imperialismus durchaus Anlaß hat, die Entwicklung in Nigeria zu sabotieren, wird aus der Antwort des nigerianischen Außenministeriums an Präsident Ford deutlich, der in seinem Brief die afrikanischen Führer massiv einzuschüchtern versuchte, um die Anerkennung der MPLA zu verhindern. Dieses Dokument liegt uns jetzt vor, wir wollen es auszugsweise zitieren, weil es deutlich macht, wie die Regierung in Lagos versucht, sich selbstbewußt gegenüber den Manövern des Imperialismus mehr Ellbogenfreiheit zu verschaffen.

„Präsident Ford hat nicht nur einen Gesandten auf eine erpresserische Mission nach Afrika geschickt, sondern auch anmaßende Rundschreiben an alle Staatschef afrikanischer Länder. (...) Die Militärregierung des Bundes weist diesen Versuch der Ford-Administration, die Intelligenz der afrikanischen Nationen zu beleidigen und die Würde des schwarzen Mannes zu verspotten, scharf zurück. Sie weist die falsche Logik, die die Anwesenheit von kubanischen und sowjetischen Beratern mit der der südafrikanischen regulären Truppen und ihrer Glücksritter und Söldnerkameraden gleichsetzt, zurück. (...) Während der Dauer des heldenhaften Kampfes der angolanischen Brüder unterstützte die US-Administration vorbehaltlos – moralisch, materiell und auf andere Weise – die faschistische, repressive und grausame portugiesische Regierung und ganz plötzlich hört man, daß Krokodilstränen um den Frieden in Angola vergossen werden." („3. Welt Magazin", Jan./Febr. 76).

Afrika-Kommission

RSA: ANC mobilisiert Widerstand

Daß nach den Siegen der Völker Angolas und Mosambiques, dem verstärkten Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe nun auch der Widerstand im „Mutterland" der weißen Faschisten wächst, machten Pressemeldungen der letzten Tage deutlich.

In der Hauptstadt Johannesburg verteilte der ANC tausende von Flugblättern, in denen er die schwarze Mehrheit des Landes auffordert, das „Monstrum Apartheit" zu zerschmettern. Der ANC forderte alle Afrikaner auf, sich zu organisieren, um der Politik Vorster Widerstand entgegenzusetzen.

In dem Flugblatt wurde darauf hingewiesen, daß auch *„die MPLA und die FRELIMO mit der Unterstützung des gesamten Volkes siegen konnte."*

Nach der Verteilung der Flugblätter kam es in Johannesburg zu ersten größeren Demonstrationen seit Jah-

stützung des gesamten Volkes siegen konnte."

Nach der Verteilung der Flugblätter kam es in Johannesburg zu ersten größeren Demonstrationen seit Jah-

ren:

– Vor einem Gerichtsgebäude demonstrierten etwa tausend Menschen gegen eine Gerichtsverhandlung, in der sieben Afrikaner aufgrund der „Terroristengesetze" verurteilt werden sollten. Als die Menschenmenge revolutionäre Lieder anstimmte, schritt die Polizei mit Schlagstöcken und Hunden ein.

– Auf einem Bahnhof kam es zu größeren Auseinandersetzungen zwischen der faschistischen Polizei und mehreren tausend Schwarzen, als die Polizei versuchte, einen Flugblattverteiler festzunehmen.

Das zeigt, daß die Flugblattaktion des ANC – die immerhin unter Bedingungen, die denen des Hitlerfaschismus ähneln, stattfand – nicht isoliert war, sondern die Zustimmung und Unterstützung der Massen findet.

Überrascht stellt daher auch die bürgerliche Presse fest: *„Die Aktivitäten des ANC lösten bei politischen Beobachtern Überraschung aus. Das dichte Netz des südafrikanischen Geheimdienstes hatte den ANC veranlaßt, fast ausschließlich im Exil zu arbeiten."* (Welch alter Wunschtraum des Imperialismus, durch Repression den revolutionären Widerstand ins „Exil" verbannen zu können). Der ANC kündigte gleichzeitig einen verstärkten bewaffneten Kampf gegen das Faschistenregime an!

Gleichzeitig meldete sich auch ein bisheriger Komprador der Faschisten zu Wort. Der von den RSA-Faschisten eingesetzte „Regierungschef" des „Homeland" Kwazulu, Buthelezi, stellte fest, daß in der RSA seit über 100 Jahren *„Menschen ständig ihrer Menschlichkeit beraubt wurden, die Mehrheit brutal gezwungen wird, Reichtum für die Minderheit zu produzieren. Die gesamte Gesellschaft ist so konstruiert, daß sie die nackte*

Menschlichkeit beraubt wurden, die Mehrheit brutal gezwungen wird, Reichtum für die Minderheit zu produzieren. Die gesamte Gesellschaft ist so konstruiert, daß sie die nackte

Ausbeutung des Menschen durch den Menschen schützt und verstärkt."

Das Minderheitenregime wird nicht mehr lange andauern, *„weil die Millionen Armen Südafrikas für sich selbst jene Befreiung verlangen, die sie bei ihren Brüdern in den Nachbarstaaten entdeckt haben."*

Hält man sich vor Augen, daß der gleiche Buthelezis vor Jahresfrist im Auftrag der RSA-Faschisten als „Befürworter der weißen Minderheitsregierung" durch West-Europa tingelte, dann wird schlaglichtartig das sich wandelnde Kräfteverhältnis in der RSA deutlich. Selbst die Kompradoren versuchen Schritt zu halten!!

Unsere Solidarität gilt dem entschlossenen Kampf der Schwarzen in der RSA um ihre Befreiung! (Alle Zitate und Angaben aus „FR", 10.3.76 und 20.3.76 und „SZ", 20.3.76).

Afrika-Kommission

Namibia: Rassistische Bettelbriefe

In Namibia sind bekanntlich die faschistischen deutschen Siedler eine der Hauptstützen des Terror-Regimes der RSA. Zu ihrem Herrenmenschendasein gehören u. a. eigene Schulen, die die rassistischen „Traditionen" der „Pioniere" an die Kinder weitervermitteln sollen.

Für diese Schulen nun wird in der BRD mit schleimigen, chauvinistischen Bettelbriefen um Spenden geworben. Beigefügt: ein Foto mit deutschen Erstklässlern (blond, pausbäckig) auf der Rückseite: „Bitte helfen Sie mir und meinen Klassenkameraden! Ihre Linda". Die Spenden sind zu überweisen an die „Gesellschaft für kulturelle Auslandsarbeit e. V.", und, wie der Absender betont, „steuerabzugsfähig"! In dem Bettelbrief heißt es unter anderem:

„Ganz vorne rechts (auf dem Foto) ist zum Beispiel die zehnhährige Linda Meyer. Ihr Ur-Ur-Großvater wanderte 1857 in einer Zeit großer Not aus Deutschland aus. Aber Familie Meyer hat trotz langer Zeit ihre Herkunft nicht vergessen. Deshalb hat Vater Meyer nach dem 2. Weltkrieg als ganz junger Mann viele Päckchen mit Liebesgaben nach Deutschland geschickt und deshalb schicken die Meyers ihre Kinder zur Deutschen Schule. Und Linda, die eine sehr gute Schülerin ist, möchte (vielleicht) Deutschlehrerin werden."

Trotz der ausdrücklich genannten Buchspenden der Bundesregierung BRD für die „notleidenden" Rassisten sieht der „Deutsche Schulverein" der „Deutschen Schule Durban" bei einem Ausbleiben der Spenden keine andere Wahl, *„als die Deutsche Schule für Linda Meyer und die anderen deutschen Kinder in Afrikas größter Hafenstadt für immer zu schließen"*.

Nicht nur die Schule, hoffentlich ...!

Afrika-Kommission



Namibia: „Verfassungsgespräche" in der zweiten Runde

Die „Verfassungsgespräche" in Namibia zwischen den RSA-Faschisten und einigen von ihnen ausgesuchten Kollaborateuren (siehe AK 69) finden seit Anfang März wieder statt und machen „phänomenale Fortschritte" (RSA-Vertreter; „Monitor-Dienst", 12.3.76).

Den weißen Faschisten geht es bei den Gesprächen darum, einen „friedlichen Übergang zu einem föderalistischen Staat" zu schaffen, in dem die Bevölkerungsgruppen (sprich Schwarz und Weiß) in getrennten Ländern „selbst"bestimmen können. Die Föderation soll sich weiterhin der RSA anschließen! Das geplante Ergebnis:

- Die Weißen sollen einen „Staat" bekommen, der ca. 60 % des Landes umfaßt und in dem „zufällig" auch beinahe alle Bodenschätze vorhanden sind.

Die Schwarzen werden den Rest bekommen. Sie werden weiterhin als Arbeitskräftereservoir der Weißen zur Verfügung stehen.

In diesem Sinne hat die „Verfassungskonferenz" tatsächlich „Fortschritte" gemacht:

- Der Komprador, Herero Häuptling Capuro, legte einen Verfassungsentwurf vor, „*der ein einziges Parlament mit 100 Abgeordneten vorsieht. Es sollen zwei Kammern mit je 50 Mitgliedern gebildet werden. Sie sollen gewählt werden von zwei gleichen Wahlbezirken (Schwarz und Weiß) und zwar einen für jede Kammer mit fast (!) gleicher Stimmenzahl.*" („Monitor-Dienst")

Das würde heißen, daß die Schwarzen (Anteil der Bevölkerung 88 %) nicht alle wählen dürfen, sondern nur ein kleiner Teil bekäme das Wahlrecht!!

Gleichzeitig schlägt Capuro in seinem Entwurf eine föderative Verfassungsform vor. Denn auch ihm kommt es darauf an, „*daß jede unterschiedliche Bevölkerungsgruppe innerhalb ihres eigenen regionalen Bereiches möglichst viel zu sagen hat*" („Monitor-Dienst").

Das sind beinahe wörtlich die Vorschläge, die von den weißen Faschisten zur weiteren Begründung ihrer Apartheidpolitik gebracht werden.



Die SWAPO – die Befreiungsorganisation des Volkes von Namibia – charakterisiert die schwarzen Teilnehmer der „Verfassungsgespräche" daher auch allesamt „*als ausgewählte Agenten des Rassistenregimes*", die nur die Aufgabe haben, die Herrschaft der weißen Minderheit zu kaschieren! („FR", 22.10.75).

Die SWAPO selber – die nicht an der Konferenz teilnimmt – hat angekündigt, den bewaffneten Kampf bis zur völligen Befreiung Namibias weiterzuführen! Für sie gibt es Verhandlungen nur über die „*Modalitäten der Unabhängigkeit*" („revolutionäres Afrika" 4/75). „*Nach der Unabhängigkeit muß die gesamte wirtschaftliche, soziale und politische Struktur des Landes im Hinblick auf die Abschaffung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen verändert werden*" („Afrika-Zeitung", Nov. 74).

In diesem Sinne hat die SWAPO einen Verfassungsentwurf vorgelegt, der derzeit vom Volk in Namibia diskutiert wird!

Hierin wird festgestellt, „*das Volk wird letztlich seine eigene Freiheit schützen und entscheiden, welchen Charakter und welchen Sinn seine Verfassung hat*" („issa", 1/76).

Bei der Einschätzung der derzeitigen „Verfassungsgespräche" kommt SWAPO zu folgendem Schluß:

„Unser Volk läßt sich von solchen Manövern der Rassisten nicht täuschen. Es weiß, daß wir ein freies und geeintes Namibia nicht wählen können oder geschenkt bekommen, sondern daß wir es uns erkämpfen müssen" („revolutionäres Afrika", 4/75). ●

Afrika-Kommission



SWAPO-Genossen bei der Planung eines Guerilla-Einsatzes



naher osten

Demonstrationen im besetzten Westjordanland

Fast täglich fanden in den letzten Wochen militante Demonstrationen tausender Araber in den besetzten Gebieten statt. Ausgelöst wurden die Demonstrationen durch zionistische Provokationen vor einem der größten Heiligtümer des Islam, durch die Beschlagnahme von 1.000 bis 2.000 Hektar Land in Galiläa für den Bau von „Wehrdörfern" und durch Siedlungsversuche rechtsradikaler Zionisten in Kadum. Für Ende März hat deshalb auch das „Komitee zur Verteidigung des arabischen Landes" zu einem Generalstreik aufgerufen.

Nachdem am 7. März israelische Soldaten in die Qadri-Schule in Nablus eingedrungen waren und nach einer Prügelei 10 Schüler verhafteten, fand ein Schulstreik statt, an dem sich später auch die Schüler der Unrwa-Schule in Ramallah beteiligten. Am nächsten Tag brach dann ein Generalstreik aus, der durch große Demonstrationen unterstützt wurde. Auch am 9. März wurde in Nablus gestreikt und gegen die andauernde zionistische Besetzung demonstriert. „Neues Deutschland" v. 11.3. meldete, daß die israelischen Besatzer mit Panzern und schweren Waffen gegen die Demonstranten vorgingen, wobei sieben Araber ermordet und 64 schwer verletzt wurden. Am 10. März waren dann zwar in Nablus die Läden wieder geöffnet und die Arbeit wurde wieder aufgenommen, aber die Schüler streikten weiter. Zu Demonstrationen und Schulstreiks kam es auch in Tulkarem, Bir Zayt und Jericho (Israelischer Rundfunk nach Monitor Dienst, 12.3.76). In Jerusalem wurden mehrmals tausende Demonstranten mit Tränengas bekämpft.

Nachdem der Stadtrat und der Bürgermeister von Nablus ihren Rücktritt eingereicht hatten, erklärten am 11. März auch die Bürgermeister von Ramallah, Al Bireh und Bir Zayt ihren Rücktritt. Inzwischen haben alle Bürgermeister der wichtigen Städte Westjordaniens den Rücktritt eingereicht.

Zwar haben diese Rücktritte ihren Grund mehr darin, daß zum Teil recht zwielichtige Gestalten – der Bürgermeister von Nablus ist der reichste Mann der Stadt – sich für die Wahlen im April aufbauen wollen, sie unterstützen aber gegenwärtig doch die Aktionen der Massen.

Die Zionisten mußten angesichts der ständig anwachsenden Unruhen einige Zugeständnisse machen. So wurden die zionistischen Provokationen auf dem Tempelberg von Amts wegen gestoppt. Als aber die Unruhen – die sich gegen die israelische Besetzung insgesamt richten – weiter zunahmen, wurde über einige Städte Ausgehverbot verhängt, so über Nablus, Ramallah und Albera. Dennoch gingen die Kämpfe weiter! Auf den Straßen von Jerusalem nach Jericho und von Ramallah nach Nablus wurden Barrikaden aus brennenden Reifen etc. gebaut zum Schutz gegen das israelische Militär.

Bei der Räumung einer Barrikade am 17. März in Al Asarieh bei Jerusalem wurde ein elfjähriger Schüler von Soldaten so angeschossen, daß er am 22. März starb!.

In Bethlehem verbarrikadierten sich Schüler in ihrer Schule und hißten die Flagge der PLO.

Nachdem der Rabbiner M. Leoinges seine 1.400 Gläubigen (!) aufgefordert hatte, bei „Aufläufen" oder „Angriffen" von Arabern die Gewehre zu benutzen, kam es am 17. März zu Unruhen in Hebson. Der Militärkommandant mußte dem Rabbiner das Betreten von Hebson verbieten!

Obwohl die israelischen Truppen „mögliche Unruhestifter vorsorglich verhafteten" („Süddeutsche Zeitung" 23.3.76) und die Ausgangssperre nur kurz unterbrochen wurde, fanden auch während und nach der Sondersitzung des Weltsicherheitsrats weitere Demonstrationen statt. Die Bewohner Westjordaniens ließen sich auch nicht durch massive Drohungen von „Verteidigungsminister" Peres und die ständige Anwesenheit schwerbewaffneter Militäreinheiten einschüchtern. ●

Nahost-Kommission
KB/Gruppe Hamburg



Steine – „Waffen" der Demonstranten

Zensur in Israel

Die arabische Zeitung Al Schaab wurde in Jerusalem erneut für zwei Wochen mit Erscheinungsverbot belegt. Erst vor kurzem war die Zeitung für eine Woche verboten worden (s. AK 75). Als Grund wurde angegeben, daß die Zeitung ein Interview mit einem PLO-Führer veröffentlichen wollte („SZ", 23.3.76).

Tatsächlich wird durch das erneute Verbot der Zeitung Al Schaab bewiesen, daß die von der Regierung geplante Ausdehnung der „militärischen" Zensur auf eine politische Zensur nur formal auf Eis gelegt wurde, in bestimmten Fällen jedoch bereits angewendet wird. ●

Nahost-Komission
KB/Gruppe Hamburg



In Jerusalem wurde Tränengas eingesetzt – Andernorts schoß israelisches Militär scharf!

Einmischung und Hetze gegen die Völker Afrikas

Im reaktionären Chor des „ML"-Klüngels („KPD", KBW, „KPD/ML") zu Angola hat jetzt auch der vor allem in Schwaben angesiedelte KAB„D" seine Stimme hören lassen.

Er regt sich in seiner „Roten Fahne" vom 18.3. schrecklich darüber auf, daß die kubanischen Soldaten noch immer in Angola sind und sich dort angeblich sogar schon *„häuslich einrichteten"*. Der KAB„D" schlußfolgert daraus allen Ernstes, die *„kubanischen Truppen"* würden **„dem angolanischen Volk ... als Statthalter für die sowjetischen Interessen im Nacken"** sitzen.

Dabei ist die Sache doch ganz einfach: Angola ist ein souveräner Staat, dessen Regierung mittlerweile von weit mehr als 100 Staaten der Welt anerkannt ist. Und was noch wichtiger ist: Diese Regierung hat die offene Sympathie von antiimperialistischen Staaten wie den beiden Vietnam, Korea, Guinea/Bissao, Mosambique u. a. Und diese souveräne Regierung von Angola wird darüber entscheiden, wie lange sie die Anwesenheit kubanischer Soldaten im Lande für notwendig und nützlich hält.

Gerade das will aber den „ML"ern partout nicht in den Kopf. Indem sie die Souveränität Angolas total ignorieren, schwingen sie sich zum Vormund des anscheinend für unmündig gehaltenen angolanischen Volkes auf: Sie erklären mit unverschämter Arroganz die kubanischen Soldaten in Angola zu „Besatzungstruppen" und „Statthaltern", was ja wohl nur den Schluß zuläßt, daß sie die Regierung von Angola für ein koloniales Marionettenregime halten! Mit „guten" Beispiel geht den „ML"ern bei dieser unverschämten Einmischung in die Sache des angolanischen Volkes die Außenpolitik der VR China voran. Und das alles unter scheinheiligem Geschrei über die angebliche Verletzung der Souveränität Angolas. Als ob es nicht zu den Rechten eines souveränen Staates gehört, sich d e r Hilfe zu bedienen, die er für notwendig hält! ...

Der KAB„D" geht aber noch einen Schritt weiter: Er ängstigt sich, daß **„die Kubaner als verlängerter Arm Moskaus in immer mehr afrikanische Länder vordringen"** könnten. Und hier wird der KAB„D" um einiges ehrlicher und plumper als beispielsweise der KBW. Während der KBW lügnerisch es so hindreht, als würde sich jetzt die Sowjetunion an die afrikanischen Befreiungsbewegungen „heranmachen", sie „erpressen" und weiß der Teufel was noch, schreibt der KAB„D" ganz offen: „... **Auf jeden Fall hat Ugandas Präsident, Idi Amin, die Sowjetunion und Kuba aufgerufen, ihre Hilfe für die Befreiungskämpfe von Zimbabwe zu intensivieren. Tatsache sind weiter Erklärungen von Vertretern der SWAPO, der Unabhängigkeitsbewegung von Namibia (Südwestafrika), die den Einsatz von kubanischen Truppen in ihrer Heimat ankündigen".**

Das ist wenigstens mal ein ehrliches Wort! Es geht diesen Leuten eben n i c h t darum, die afrikanischen Befreiungsbewegungen oder Staaten vor irgendeiner Art von „sozialimperialistischer Einmischung" oder sonstwas in Schutz zu nehmen! Oh nein, vielmehr geht es ganz einfach darum, daß diese Herrschaften den afrikanischen Völkern vorschreiben möchten, welche Hilfe sie zu ihrer Befreiung annehmen dürfen und welche nicht! Demnächst wird das „ML"-Gesindel womöglich noch auf den Einfall kommen, vom vietnamesischen Volk zu verlangen, es sollte gefälligst jede sowjetische Unterstützung („Einmischung") ablehnen!? ...

Es ist im Übrigen schon eine seltsame Sache mit der großen Fürsorge der „ML"er (und gewisser chinesischer Regierungspolitiker!) für Afrikas Unabhängigkeit, Einheit etc. Den Idi Amin haben sie ja alle heiß und innig geliebt, solange er die ihnen genehmen Schnacks zu Angola losgelassen hat. Aber seine letzten Äußerungen – siehe oben – sind von diesen Herrschaften, vom KAB„D" mal abgesehen, wohlweislich mit Schweigen übergangen worden.

Und die OAU (Organisation Afrikanischer Staaten) haben sie zitiert wie den Heiligen Vater in Rom – solange die Äußerungen der OAU zu Angola ihnen in den Kram paßten. Wenn man aber annehmen würde, daß sie jetzt auch die Entscheidung der OAU respektieren, die Regierung Angolas anzuerkennen und Angola in die OAU aufzunehmen, läge man natürlich total schief: Die OAU ist j e t z t für sie total uninteressant geworden. Sie s a g e n zwar „Afrika den Afrikanern", aber das einzige, was sie in Wirklichkeit interessiert, sind Ja-Sager zu i h r e n politischen Vorstellungen, die sie dann als „Stimme der afrikanischen Völker" präsentieren können.

Einen Hammer von ganz besonderem Kaliber hat man sich in „Peking Rundschau" Nr. 10 (9.3.76) geleistet; das überbietet wirklich alles bisher dagewesene, einschließlich der Springerschen Hetztiraden! Die Überschrift verrät schon, worum es geht: **„Sowjetische Söldnertruppen massakrieren 150.000 Angolaner"**. Da erfährt man dann, daß *„mehr als 10.000"* kubanische *„Söldner"* in Angola mit **„Brandstiftungen, Plünderungen und Massaker"** ihr Unwesen treiben. Beispiellose Lügenmärchen finden sich da, wie z. B. ein Angriff von *„sowjetischen Flugzeugen"* auf zwei nordangolanische Städte mit *„mehreren Tausend"* (!) Toten. Weiter erfährt der an „normale" bürgerliche Maßstäbe gewähnte Leser, daß als **„Ergebnis der sowjetischen Intervention und Aggression in Angola"** sich **„jetzt mehr als eine Million auf der Flucht befindet, ohne Dach über dem Kopf"**. Wahrhaft tollkühn, wenn man bedenkt, daß der „Rekord" der bürgerlichen Presse bisher bei 250.000 Flüchtlingen stand („Frankfurter Allgemeine", 14.2.)!

Abschließend behauptet die „Peking Rundschau", die *„Kriegsgreuel der sowjetischen Sozialimperialisten"* hätten **„den Zorn der Angolaner hervorgerufen"**. Anonyme Stimmen werden zitiert, die jetzt angeblich *„den Kampf in Wäldern, Gebirgen und Tälern fortsetzen"* wollen, bis die *„sowjetischen Eindringlinge ... dasselbe Schicksal erleiden, wie die portugiesischen Kolonialisten"*. Kommentar der „Peking Rundschau" dazu: **„Das ist die beste Antwort, die das angolanische Volk den sowjetischen Neokolonialisten geben kann"**.

Nun ist ja allgemein bekannt, daß 1. die sowjetische und kubanische Unterstützung seitens der legitimen Regierung Angolas keineswegs „Zorn" in irgendeiner Form hervorgerufen haben, sondern im Gegenteil Worte des Dankes und der Anerkennung, und 2. daß diejenigen, die jetzt angeblich den Kampf in „Wäldern" usw. usf. fortsetzen wollen, die pro-imperialistischen Banditen wie Holden Roberto (FNLA) und Savimbi (UNITA) sind. Einen Kampf, der sich zwar in Worten gegen angebliche „sowjetische Eindringlinge" richten soll, in Wirklichkeit aber gegen die angolanische Regierung und die MPLA!

Schlußfolgerung: Die verantwortlichen chinesischen Politikr ignorieren nicht nur die legitime Regierung Angolas, sondern sie deklarieren außerdem die FNLA/UNITA-Banden samt deren Hilfstruppen aus faschistischen Söldnern als „angolanisches Volk", und sie geben den Versuchen der Konterrevolution in Angola zumindest **moralische** Schützenhilfe – es wäre kein Wunder, wenn die **materielle Hilfe** bald folgt ! ... •

KBW in Bremen: Schlägerei statt Argumente

Auf der Veranstaltung des KBW mit der ZANU am 22. 3. verkauften wir den ARBEITERKAMPF. Wir taten dies im Vorraum des Universitätsgebäudes, in dem sich auch der Veranstaltungsraum befand. Nach kurzer Zeit ließ uns KBW-Ortsleiter W.M. mitteilen, daß unser Verkauf nicht geduldet würde und wir uns vor die Tür scheren sollten, da

- die Positionen des KB entgegen gesetzt zu denen der Veranstaltung seien
- und man eine Verwechlung zwischen KB und dem KBW vermeiden wolle!

Daß beide „Argumente" des KBW-Führers natürlich ausgemachter Stuß sind, sieht jeder, der unsere Politik auch nur einigermaßen kennt.

Wir weigerten uns natürlich, diesem Verkaufsverbot des KBW nachzukommen. In den sich dann anschließenden heftigen Diskussionen wurden wir dann von mehreren KBWlern nicht nur als *„Trotzkisten"*, *„Schaden für die marxistisch-leninistische Beweguhg"* etc. bezeichnet, sondern in bester Vaterlandsverteidiger-Manier sogar als *„Agenten des Sozialimperialismus"*. Der Angriff auf die „Agenten" wurde dann gewaltsam. Nach heftiger Gegenwehr wurden wir rausgeprügelt.

Zur selben Zeit, in der sich dies abspielte, verkauften Leute von der „Liga für den Imperialismus" („KPD") unbehelligt im Vorraum ihre Zeitungen. Ein „Liga"-Vertreter konnte sogar auf der Veranstaltung sprechen und bekam für seine „antisozialimperialistische" Hetzrede von einem großen Teil der über 500 Veranstaltungsteilnehmer Beifall!

Dieser Vorfall zeigt nur, wie tief der KBW bereits gesunken ist, wie sehr er die politische Auseinandersetzung scheut, wie weit er bereits mit den Vaterlandsverteidigern zusammengerückt ist.

In Bremen verschärft er diese Form der Auseinandersetzung auch deshalb, weil alles Verschweigen unserer Aktivitäten am Ort, jede Umgehung der Auseinandersetzung nichts daran ändern, daß beispielsweise unsere Veranstaltungen steigende Besucherzahlen aufweisen, während es mit dem KBW merklich bergab geht.

Bereits auf unserer Frauenveranstaltung am 4.März mit 300 Teilnehmern versuchte ein Trupp KBWler mit Pöbeleien zu stören.

KB/ Gruppe Bremen

Vaterlandsverteidiger in der Bundeswehr

„KPD" übernimmt Truppenbetreuung

Mit den Vaterlandsverteidigern von der „KPD" wird es immer toller! Es hat ganz den Anschein, als ob diese Leute bestrebt wären, selbst der übelsten Hetze der DKP gegen „die Maoisten" noch den Anschein von Berechtigung zu geben.

Da berichtet in der „Roten (nanu?) Fahne" der „KPD" vom 17.3. so ein schräger Vogel voller Stolz, wie er *„eigenständig"* vor 120 Rekruten eine *„politische Truppeninformation"* abhalten konnte, *„was unter nomalen Umständen sehr schwierig ist."* Und der Vaterländler kriegte diese Chance nicht etwa versehentlich, denn seine *„politische Einstellung"* ist – wie er schreibt – beim Bund *„weitgehend bekannt."* Aber heutzutage scheint beim Bund die Mitgliedschaft in der „KPD" geradezu eine Empfehlung zu sein. Vor allem, wenn man, wie hier der Fall, einen *„antihegemonistischen"* Kompaniechef hat, der *„die Gefahr durch den russischen Sozialimerialismus sehr realistisch einschätzt."*

Und so konnte denn der „KPD"ler den Rekruten mit freundlichem Auftrag seines Kompaniechefs eine „Truppeninformation" abhalten, die sich nach seinen eigenen Angaben aus Artikeln von „Rote Fahne" und „Peking Rundschau" zusammensetzte. Und selbstverständlich ging es *„hauptsächlich um die Frage, welche Gefahr heute tatsächlich vom Sozialimperialismus ausgeht und ob das Verteidigungskonzept der Regierung geeignet ist, dieser Gefahr entgegenzutreten."*

Mit sicherem Gespür merkte der Vaterländler in der folgenden Diskussion auch gleich, *„welche Kameraden der pazifistischen und revisionistischen Ideologie aufsitzen und welche sie bewußt verbreiten."* Vor allem zwei Soldaten fielen dem Vaterländler bös auf, weil sie einfach nicht an das Märchen von der großen „Gefahr aus dem Osten" glauben wollten... **Man kann sich ohne weiteres ausmalen, wie solche rechten Vögel von der „KPD" und ähnlichen Vereinen zukünftig auch mit Wonne die Rolle von Aushorchern und Denunzianten unter den Soldaten der Bundeswehr übernehmen werden!**

Der Vaterlänlder schließt seinen Artikel mit der zuversichtlichen Meinung, daß sich die Soldaten beim Bund *„sehr ernstahft Gedanken über die heutige Weltlage und über die Verteidigung unseres Landes machen. In diesem Sinne müssen wir verstärkt in die aktuelle Truppeninformation eingreifen, dort die Diskussion bestimmen und unsere antihegemoniale Linie tiefer verankern..."*

Am Rande bemerkt: Die Führer des KBW's sind immer noch der Meinung, daß die „KPD" zur **„marxistisch-leninistischen Bewegung"** der Bundesrepublik gehört! Ein Glück für Schmierer&Co. daß sich Lenin, der stets **einen erbitterten Kampf gegen die Linie der Vaterlandsverteidigung** geführt hat, gegen derartige Beleidigungen nicht mehr wehren kann! •

Antifa-Komission
KB/Gruppe Hamburg



Das Kunststück, in den USA Vaterlandsverteidiger zu sein

„Die internationale Arbeiterklasse muß die Ursachen ihres Rückfalls (der Sowjetunion) verstehen, diese Lehren auf ihren Kampf anwenden, den sowjetischen Herrschern die Maske abreißen und den sowjetischen Sozialimperialismus als den Erzfeind der Arbeiterklasse und der unterdrückten Völker behandeln".

Wer ist das wohl? Ernst Aust? Falsch! Das Zitat stammt aus der Zeitung „Revolution" der US-amerikanischen „Revolutionary Communist Party". Ja, das gibst: Vaterlandsverteidigung in der Hochburg des Imperialismus. Die „Peking Rundschau" („PR") Nr. 1/76 erfreut uns mit diesem und noch anderen Zitaten, welche sie begeistert aus der November-Ausgabe der „Revolution" abdruckte.

Man muß sich die Verkommenheit dieser Vögel einmal vergegenwärtigen: Im stärksten imperialistischen Bollwerk, den USA, diesem Paradies der Ausbeuter und Unterdrücker aller Länder, diesem „Hauptfeind der Menschheit" (Mao Tsetung), dem Hauptunterdrücker der Völker der „Dritten Welt", führen diese „Kommunisten" und „Revolutionäre" ihren Hauptkampf gegen den „Sozialimperialismus".

In der „Revolution" vom 15. Januar 76 beschäftigen sie sich mit Angola. In einem seitenlangen Artikel betrauern sie erstmal die Aufspaltung der OAU aufgrund der Angola-Frage, denn das schade der nationalen Befreiung (heiliger Idi Amin!), kommen über eine bedauernswerte Schilderung der Verluste des US-Imperialismus dann zum kühnen Schluß, daß die UdSSR im Vormarsch sei: *„Im Gegensatz zu den USA hat die Sowjetunion größere Freiheit, das zu tun, was die USA 1960 tat, als sie tiefer in Afrika vorstießen, und sich als Gegner des alten europäischen Imperialismus ausgaben ..."*

Ihre Sozialimperialismusthese läuft ganz nach dem Strickmuster: *„Überall, nicht nur in Europa, sondern in der ganzen Welt, sind die Sozialimperialisten in der Offensive, aber die US-Imperialisten ihrerseits haben das ebenso hemmungslose Bedürfnis, ihre Einflußsphäre zu verteidigen ... Dieses immer heftiger werdende Ringen treibt alles auf einen Dritten Weltkrieg zu."* („PR", 1/76)

Ihr Konkurrenzpartner um die Gunst der chinesischen Anerkennung als „Bruderpartei", „October League", gibt das Blättchen „Call" heraus und kommt auch in der „Peking Rundschau" eifrig zu Wort:

„Als der Tag der Unabhängigkeit Angolas anbrach, befand sich Angola aufgrund dieser Supermachtintrigen praktisch im Zustand eines Bürgerkrieges. Viele afrikanische Länder, ebenso wie die OAU, erkannten ihre Pflicht, dem Volk von Angola zu helfen, und den ausländischen Interessen einen Riegel vorzuschieben, verurteilten die sowjetische (!!!) Einmischung und forderten alle fremden Mächte auf, die Waffenlieferungen in Angola einzustellen." („PR", 5/76)

Das ist gekonnt, die tatsächliche Verurteilung der Einmischung Südafrikas als Verurteilung der Sowjetunion auszugeben und nebenbei alle Differenzen in der OAU unter den Tisch zu wischen. Aber sie bringen es noch besser: In bezug auf Puerto Rico geben sie die Parola aus: *„Supermächte raus aus Puerto Rico"*, und das, wo jedes Kind in den USA weiß, wer dort der Ausbeuter ist (siehe AK 73-75).

Diese seltsamen Herren sollten sich langsam dazu entschließen, dem CIA beizutreten, der ja bekanntlich den Kampf „insbesondere" gegen die eine Supermacht führt. •

USA-Kommission
KB / Gruppe Hamburg

Der 25. Parteitag der KPdSU:

Ein „historisches Ereignis" nicht gerade ... (2. Teil)

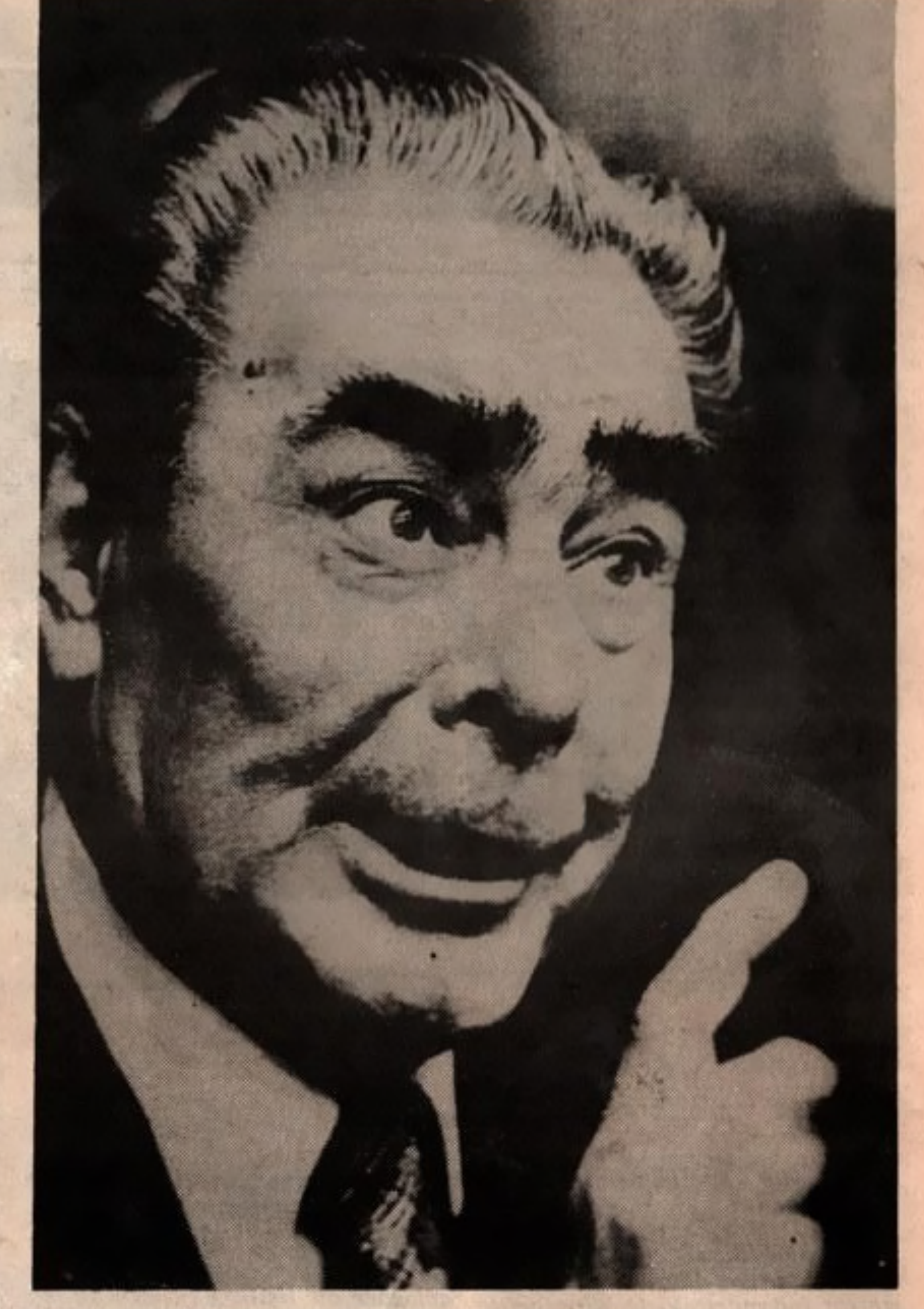
Im ersten Teil des Artikels haben wir uns mit den außenpolitischen Positionen der sowjetischen Revisionisten, mit den wachsenden Differenzen innerhalb der „sozialistischen und Arbeiterparteien" Europas (soweit diese sich auf dem Parteitag äußerten), sowie mit der Art, wie solche Fragen „diskutiert" worden sind, auseinandergesetzt (siehe AK 76). In diesem zweiten und letzten Teil wollen wir näher auf die innen- und wirtschaftspolitischen Ausführungen eingehen, die im wesentlichen natürlich von Leonid Breshnew in seinem Rechenschaftsbericht gemacht wurden.

Diese Ausführungen sind entgegen den langjährigen Gepflogenheiten der sowjetischen Revisionisten von erstaunlicher „Offenheit" und haben einiges über den gegenwärtigen Zustand der Sowjet-Gesellschaft zutage gefördert.

Natürlich sind über diese „kritischen Passagen" des Rechenschaftsberichts die Kommentatoren der imperialistischen Presse hergefallen und haben versucht, für ihre Zwecke daraus Stoff zu beziehen. So schrieb z.B. die großbürgerliche „Frankfurter Allgemeine Zeitung" :„Wer heute noch die Vorzüge der zentralen Planwirtschaft preist, dem sei die Lektüre dieser Rede ans Herz gelegt" (2.3. 76).

Der Witz besteht nun aber gerade darin, daß die Mängel und Rückschläge in der UDSSR-Wirtschaft gerade n i c h t in der „zentralen Planwirtschaft" begründet sind, sondern in der Aushöhlung, in der Umgehung etc. des „Plans" Darüber legt auch Breshnevs Rechenschaftsbericht ein Teilgeständnis ab.

Die Propagandisten des Imperialismus scheinen dies einerseits nicht verstehen zu wollen – und andererseits wollen sie über den schlichten Tatbestand hinwegtäuschen, daß die „Planwirtschaft" der Sowjetunion immerhin noch eine jährliche industrielle Wachstumsrate von 7,4% (von 1971 - 75) hatte, während in den USA und den Ländern der EG mickrige 1,5% herauskamen!



Parteichef Breschnew

„Nicht immer haben wir so gearbeitet, wie das unsere Beschlüsse verlangen"

Breshnew schilderte dem Parteitag die Ergebnisse des letzten Planjahrfünfts sowie allgemeine Fragen der Innenpolitik im zweiten Teil des Rechenschaftsberichtes (alle nichts anders gekennzeichneten Zitate aus „Monitor-Dienst", 26.2. 76 und der sowjetischen Zeitschrift „Neue Zeit", Februar 1976).

Er führte zunächst aus, daß „ ..*das neunte Planjahrfünft nicht seinesgleichen hat ..*" was das „*Wachstum des Industriepotentials des Landes angeht..*" Der Umfang der Industrieproduktion vergrößerte sich nach seinen Angaben um 43%. Aber: „*Nicht immer und nicht überall haben wir so gearbeitet, wie das unsere Beschlüsse der Planung, die Neugestaltung des Wirtschaftsmechanismus, der Kurs auf die Intensivierung der Produktion wurden langsamer verwirklicht als beschlossen worden war. Ein Teil der Produktionskpazitäten wurde nicht termingerecht seiner Bestimmung übergeben oder voll in Betrieb genommen. Ein Engpaß bleibt in vielen Zweigen – obwohl diese Frage wiederholt und nachdrücklich gestellt wurde – die Überleitung der wissenschaftlichen technischen Erkenttnisse in die Produktion. Es ist noch nicht gelungen, Verletzungen der Plan- und der Arbeitsdisziplin zu verhindern.*"

Vor dem 25. Parteitag haben die Parteitage der einzelnen Republiken schon einiges an derartigen Mißständen zu Tage gefördert. So ist in der Ukraine „*der Plan für die Beschaffung von Zuckerrüben und einiger anderer Erzeugnisse nicht erfüllt*" worden. Der neue Vorsitzende der ukrainischen KP, Schtscherbitzki, führte weiter aus, es sei „ .. *besonders beunruhigend, daß manche Maschinen, Ausrüstungen und Instrumente, die von unseren Unternehmern produziert werden, nicht den modernen Anforderungen in ihren technischen und wirtschaftlichen Eigenschaften entsprechen.*"

Ferner würden „ .. *nicht alle bestehenden Möglichkeiten für die Steigerung der Konsumgüterproduktion voll eingesetzt.*" Schtscherbitzki kritisierte die Leiter jener Unternehmen wegen ihrer „*Trägheit und Unbeholfenheit.*" Darüberhinaus begründete er die Ablösung des ehemaligen Ersten Sekretärs des ZK der ukrainischen KP, Schelest, der „*wegen ernsthafter Mängel in der Leitung der Parteiorganisation der Republik ..*" abgelöst wurde, was natürlich nicht weiter konkretisiert wurde.

Mit Schelest mußte auch der frühere Sekretär des Donezker Gebietsparteikommitees, Deghtjarow, wegen „*Mangel am Disziplin bei der Durchführung der Beschlüsse*" gehen. Insgesamt wurden dann bei den Wahlen zum ZK der Ukraine 40% der ehemaligen ZK-Mitglieder nicht wiedergewählt (Angaben nach „Monitor-Dienst, 13.2. 76).

Auch auf den ZK-Plenum Kasachstans Ende 1975 sind deutliche Kritik-Töne laut geworden. Der erste Sekretär Kasachstans und Mitglied des Politbüros der KPdSU, Kunajew, zitierte Breshnevs unveröffentlichte Rede vor dem obersten Sowjet im Dezember 1975 bezüglich der Situation in der Landwirtschaft: „*Heute, da wir in den ländlichen Gebieten über hochqualifizierte Kader, erstklassige Ausrüstungen und eine beträchtliche fortgeschrittene Erfahrung verfügen, können wir die Verantwortung nicht allein dem Wetter anlasten.*"

Mit erstaunlicher Offenheit schilderte er die Situation in dem neben der Landwirtschaft am meisten unterentwickeltem Gebiet, der Konsumgüterindustrie:

„*Der Hauptmangel (der Konsumgüterproduktion) besteht darin, daß neu errichtete Fabriken nicht schnell genug die volle Produktionskapazität erreichen. Zweitens bleibt jedes Jahr Kapital ungenutzt, das jährlich den Konsumgüter produzierenden Zweigen zugeteilt wird ... Drittens produzieren viele Unternehmen Güter von minderer Qualität ...*" Er führt dann eine Reihe von „*schlimmsten Fabriken*" auf, und fährt fort: „ ... *Es bestehen bedeutende Schadensforderungen gegenüber der Möbelfabrik von Alma-Ata und den Möbelfabriken von Semipalatinsk und Toldy-Kurgan. Es bestehen viele Schäden und Mängel bei den Fabriken der Nahrungsmittel-Fleisch- und Molkerei-Industrie. Die daraus resultierenden Folgen verursachen nicht nur materiellen, sondern auch riesigen moralischen Schaden*" (Monitor-Dienst, 18.12. 75).

In Kasachstan wurden nach Angaben des „Spiegel" die Hälfte der einstigen ZK-Mitglieder nicht wiedergewählt (Spiegel, 10/75).

So oder ähnlich wie oben geschildert, wird es auch in den anderen Sowjetrepubliken aussehen.

Im wesentlichen drei Bereiche tauchen auch in Breshnews Rechenschaftsbericht – immer wieder auf:

- Mängel in der Planung und Leitung der Industrie; Trägheit und offensichtlich Faulenzertum in der Funktionärsriege,
- Planeinbrüche in der Landwirtschaft und
- eine verkümmerte Konsumgüterindustrie.



Arbeitspause in einem sowjetischen Industriewerk

Das System der „ materiellen Anreize" blockiert den Fortschritt in der Industrie!

In dem vom Ministerpräsident Kossygin dem Parteitag vorgetragenen Entwurf der „Hauptrichtungen der Entwicklung der Volkswirtschaft der UDSSR in den Jahren 1976 - 1980" ist u.a. die Rede davon, daß 1975 *18% der sowjetischen Industriebetriebe den Gewinnplan nicht erfüllt'* haben. Weiter heißt es daß nur 60 - 80% des „*Solls der Inbetriebnahme neuer Produktionskapazitäten* " erfüllt sei. Dazu „... *erhalten sich ... in den verschiedenen Verwaltungsinstanzen der Volkswirtschaft ... zahlreiche Mängel ... Ungeachtet der Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts befriedigt das heutige Tempo der Einführung wissenschaftlich-technischer Errungenschaften uns nicht*" (Entwurf, „Prawda, 14.12. 75).

Als Gründe für diese Entwicklung kommt neben dem von Breshnew zitierten „Schlendrian", der Faulenzerei der ‚neuen Bourgeoisie', der Verbürokratisierung etc. nicht zuletzt das durch Kossygins 'Wirtschaftsreform' 1965 stark ausgebaute System der „materiellen Anreize" selbst in Betracht. Im Rahmen der „Aussprache", dem die sowjetische Presse relativ offen vor dem Parteitag ihre Spalten öffnete, kam dies verschiedentlich zum Vorschein.

Dort sind eine Reihe von Fällen bekannt geworden, wo Wirtschaftsfunktionäre die sog. „Kennziffern", die die Grundlage des Planes bilden, gefälscht haben, wo z.B. bei Zulieferungen extra lange Anlieferungswege gewählt wurden, oder neue Produktionsverfahren nicht eingeführt wurden, weil das mit Einbußen an der produzierten Gesamtmenge, und somit möglicherweise an der Jahresendprämie verbunden sein könnte etc. . .

Breshnew führt in diesem Zusammenhang aus:„*Es gibt noch Erzeugnisse, die in den Berichten als ‚neu' angeführt wurden, in Wirklichkeit aber nur ihrem Herstellungstermin, nicht aber ihrem technischen Niveau nach neu sind. Das gilt unter anderem für die Erzeugnisse einer Reihe von Betrieben, die Bau- und Straßenbaumaschinen, Ausrüstungen für die Leicht- und Lebensmittelindustrie, Baustoffe, Gießmaschinen und einige andere Erzeugnisse herstellen.*"

Die direkten und indirekten Folgen der bürgerlichen Versumpfung der sowjetischen Wirtschaft, der

Forts. Seite 42

Forts. von S. 41

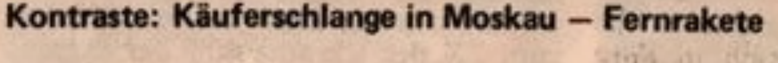
Ersetzung von revolutionärem Elan, kollektiver Leitung und Initiative der Massen durch das System des „materiellen Anreizes" etc., beschreibt Breshnew so:

„Angesichts der unvollständigen Auslastung der Produktionskapazitäten beträgt der Produktionsausfall bei uns viele Mrd. Rubel. (!) *Das sind sozusagen die direkten Verluste. Wahrscheinlich geht aber nicht weniger auch dadurch verloren, daß bei weitem nicht alle Ministerien und Ämter die Spezialisierung aktiv vorantreiben . . .*

. . . Derartige Tendenzen führen zu beträchtlicher Verschwendung von Ressourcen aller Arten. So geschieht folgendes: Viele Wirtschaftsfunktionäre sind bemüht, sich beinahe mit allem selbst zu versorgen, das sei sicherer, insofern die ‚fremden' Lieferanten einen sitzen lassen können. Diese Psychologie hat sich dadurch herausgebildet, daß bei uns noch in vielen Bereichen die Plan- und Vertragsdisziplin häufig verletzt wird. Man muß das aber bekämpfen, nämlich die Disziplin heben, und nicht die Tendenzen zur Naturalwirtschaft und ressortmäßigen Beschränkung fördern."



Kontraste: Käuferschlange in Moskau — Fernrakete


Kontraste: Käuferschlange in Moskau — Fernrakete

Breshnew empfiehlt zur Lösung dieser Aufgabe natürlich nicht die Hebung des Niveaus und der politischen Bewußtheit der Massen, ihre Befähigung und Heranziehung zur Leitung von Wirtschaft und Staat, er empfiehlt vielmehr eine *„Vervollkommnung (?) des gesamten Systems von Kennziffern"*, eine Verbesserung des *„Systems der Entlohnung und Normung"*, sowie ein „wirksameres System der materiellen und moralischen Stimulierung in Verbindung mit strengen und unabwemdbaren Sanktionen bei Verstößen gegen die Plan- und Vertragsdisziplin."

Bei dieser Ausrichtung muß nach seiner Auffassung *„der Z e i t f a k t o r in vollemMaße berücksichtigt werden"*, was auf „ ..dem Gebiet des Anreizes (heißt): Belohnung der Zeiteinsparung und strenge Sanktionen bei Zeitvergeudung(!)".

Er konkretisiert das Ganze noch: *„Angesichts des Gesagten sind solche Mängel besonders untragbar wie Arbeitszeitverluste, Stillstandszeiten, Unregelmäßigkeiten in Arbeitsrythmus (!), schwache technologische - und Arbeitsdisziplin... Genau jeden Rubel, jede Arbeitsstunde, jede Tonne Erzeugnisse zu berechnen und effektiv zu nutzen, Mißwirtschaft und Schlendrian restlos auszurotten – das ist unsere hohe Parteipflicht."*

Aus der Tatsache, daß das ganze System des „materiellen Anreizes" Ressortgeist, Eigennutz etc in erster Linie bei den F u n k t i o n ä r e n hervorgerufen hat, „folgert" Breshnew also den Ausbau der Kontrolle, Sanktionen und der Antreiberei des werktätigen Volkes! Was nicht aus „politischer Einsicht" geschieht, (und beim derzeitigen Zustand der sowjetischen Gesellschaft wohl auch kaum geschehen kann!) werden wir eben administrativ mit Bestrafung etc; e r z w i n g e n – das ist der Tenor des Rechenschaftsberichtes!

90% des gesamten Produktionszuwachses sollen so durch Erhöhung der „Effektivität" erzielt werden. Daneben geht es noch darum, „saumseligen Wirtschaftsfunktionären ... sämtliche Hintertürchen (zu) verschließen" – aber das erscheint gegenüber den exakten Vorstellungen Breshnews zur „Stimulierung" der werktätigen Massen nur als ein sehr, sehr untergeordneter Aspekt ...

Verkümmerte Konsumgüterproduktion . . .

„Auf dem 24. Parteitag war die Rede von der Notwendigkeit, entschieden die Haltung zu allem zu verändern, das mit der Befriedigung der täglichen Bedürfnisse des Menschen verbunden ist. Es sind g r u n d l e g e n d e V e r ä n d e r u n g e n sowohl in der Q u a l i t ä t der Waren, als auch in der M e n g e der produzierten Waren zu erreichen. Wir müssen zugeben, daß wir mit dieser Aufgabe in vollem Umfang nicht fertig werden konnten . . . Verantwortlich dafür sind viele. Man muß klar sagen, daß unsere zentralen Plan- und Wirtschaftsorgane ungenügende Sorge um die Leicht- und Nahrungsmittelwirtschaft und um die Dienstleistungssphäre gezeigt haben." So weit Breshnew im Rechenschaftsbericht.

Wir haben im 1. Teil dieses Artikels schon einiges über die klägliche Situation in der sowjetischen Konsumgüterindustrie gesagt, obwohl die Verbesserung gerade auf diesem Gebiet ein ganz z e n t r a l e s Element in der Propaganda der revisionistischen Führung der Sowjetunion nach Stalin ist.

Für 1976 sind wiederum nur 2,7% Zuwachs in diesem Bereich geplant, gegenüber 4,3% in der Schwerindustrie (siehe dazu ausführlich AK 71, „Sowjetunion am Ende des neunten Fünf-Jahresplanes"). Und das trotz aller – heuchlerischen, muß man wohl sagen – „Selbstkritik" des Herrn Breshnew! Früher war es immerhin so, daß mehr geplant wurde, um dann schließlich doch wieder der Schwerindustrie klammheimlich den Vorrang einzuräumen, heute wird „Reue" gezeigt, und es werden gleich von vornherein die Prioritäten zu ungunsten der Konsumgüterindustrie gesetzt! Hören wir Breshnew:„*Die Partei hat nicht die Absicht, von dem beschlossenen Kurs abzugehen . . . Das Herzstück der Wirtschaftsstrategie der Partei, das sowohl das zehnte Planjahrfünft als auch die langfristige Perspektive* (! 15 Jahre-Perspektivplan!) *prägt, ist die weitere Steigerung des Wirtschaftspotentials des Landes, die Erweiterung und grundlegende Erneuerung der Produktionsfonds, die Sicherung des stabilen, ausbalancierten Wachstums der Schwerindustrie, des Fundaments der Wirtschaft."* (!)



Er gibt an anderer Stelle dann den heißen Tip:„*Wir haben es bisher noch nicht gelernt, bei G e w ä h r l e i s t u n g eines h o h e n Tempos der Schwerindustrie b e s c h l e u n i g t* (??!) *auch die Gruppe B und die Dienstleistungssphäre zu entwickeln."* Ja, sollen die Leute vielleicht zaubern lernen??

Landwirtschaft – nicht das Gelbe vom Ei!

Die Situation in der sowjetischen Landwirtschaft ist, das ist schon auf der Tagung des Obersten Sowjet im Dezember 1975 deutlich geworden, nicht gerade rosig. Obwohl hier in den letzten zehn Jahren enorm viel investiert wurde, ist das Resultat unverhältnismäßig schlecht:

„Von 320 Mrd. Rubel, die die Landwirtschaft in allen Jahren der Sowjetmacht erhalten hat, wurden 213 nur allein in den letzten (beiden) Fünfjahrplänen bereitgestellt." Und trotzdem:„*Innerhalb von zwei Fünfjahrplänen sind die Erträge bei Getreide um das 1,4fache gestiegen."* Einigermaßen realistisch formuliert Breshnew weiter:„ . . . *sehen wir klar: Um das erforderliche Niveau der Versorgung mit Technik, mineralischen Düngern und Anlagen zu gewährleisten, ist noch viel zu tun."*

Die Mißernte 1975 war der schwerwiegendste Fehler im Verlaufe des neuen Fünfjahresplanes. 1975 wurden lediglich 137 Millionen Tonnen Getreide eingebracht, sowie lediglich 66 Millionen Tonnen Zuckerrüben, die Planziffern waren 215 Millionen und 94 Millionen Tonnen („Handelsblatt", 3.3.76). Durchschnittlich wurden im neunten Planjahrfünft 180 Millionen Tonnen Getreide jährlich erzielt. Angesichts dieser Zahlen mutet die Planung für die nächsten fünf Jahre etwas utopisch an: Durchschnittlich sollen 215 bis 220 Millionen Tonnen eingebracht werden!

Auch wenn wiederum mit 172 Mrd. Rubel die Investitionen erheblich gesteigert werden (um 41 Mrd. Rubel), wird ein solches Ergebnis wohl kaum erzielt werden können. Im vergangenen Planjahrfünft ist vergleichsweise der Ertrag nur ein einziges Mal (1973) über 200 Millionen Tonnen gekommen. (siehe zur Situation in der sowjetischen Landwirtschaft ausführlich AK 71)

Breshnew formuliert schließlich für die Landwirtschaft zwei zentrale Ziele:„*Erstens: Die zuverlässige Versorgung des Landes mit Nahrungsmitteln und landwirtschaftlichen Produkten zu erreichen und dazu immer die erforderlichen Reserven zu besitzen. Zweites Ziel: Immer weiter zu gehen auf dem Wege der Annäherung der materiellen und Lebensbedingungen der Werktätigen in Stadt und Land – was eine programmatische Forderung für uns ist."*

Wieviel für die Realisierung dieser angeblichen „Ziele" tatsächlich bleibt, kann man unschwer den Äußerungen Breshnews über die künftige Entwicklung der Konsumgüterindustrie (siehe oben) entnehmen.

In seiner „Kritik" am Zustand der Landwirtschaft (wie auch der Konsumgüterproduktion) spricht Breshnew zwar davon, daß „ . . . *wir noch des öfteren auf administrative Zersplitterung und Fehlplanungen* (stoßen werden), *die beträchtliche Verluste zur Folge haben."* Er sagt weiter:„*Wir sind berechtigt, die M i n i s t e r, denen die Leitung dieser Zweige anvertraut wurde, sowie diejenigen, die ihre Verpflichtungen hinsichtlich der Inbetriebnahme neuer Kapazitäten nicht erfüllt und diese Zweige mit hochwertigen Ausrüstungen und Rohstoffen nicht beliefert haben, zur Rechenschaft zu ziehen."*

Und tatsächlich wird der bisherige Landwirtschaftsminister Poljanski seines Amtes entbunden und nicht wieder in das Politbüro der KPdSU gewählt – jedoch wohl mehr „zum Vorzeigen", da eine k o n k r e t e Kritik seiner bisherigen Arbeit unseres Wissens nicht geführt wurde. Insgesamt müht sich Breshnew allerdings sichtlich, die „Kritik" an s e i n e s g l e i c h e n nicht ausufern zu lassen, und er gibt seinen Ausführungen immer wieder eine übel-demagogische Wende, indem er wiederholt versucht, die von ihm beschriebene Misere als Verschulden der A r b e i t e r und B a u e r n erscheinen zu lassen.

Zum Beispiel:„*In der Produktion von Zuckerrüben, Baumwolle, Obst und Gemüse muß ein beträchtliches Wachstum gesichert werden. Hier gibt es keine Kleinigkeiten – Zwiebeln lassen sich nicht durch Kartoffeln ersetzen und Pflanzenöl nicht durch Tomatensaft; alles gehört auf den Tisch des sowjetischen Menschen. Das zu gewährleisten, ist aber direkte Pflicht der W e r k t ä t i g e n der Landwirtschaft."* (!)

An anderer Stelle heißt es noch: *„Doch wir sollten nicht, wir dürfen nicht, die Augen davor verschließen, daß wir immer noch Fällen eines respektlosen Verhaltens gegenüber dem Grund und Boden und schlechter Nutzung der Landmaschinen und Düngemittel begegnen müssen. Das ist von der Tribüne des Parteitages zu sagen, damit das Verantwortungsbewußtsein a l l e r Werktätigen der Landwirtschaft steigt."*

Über die Konsumgüterindustrie heißt es gar:„*In der Konsumgüterindustrie, im Handel, im Gaststättenwesen und in der Dienstleistungssphäre arbeiten mehr als 1,5 Millionen Kommunisten und über 3 Millionen Komsomolzen; insgesamt sind dort rund 40 Millionen Personen beschäftigt. An sie appellierend, möchte ich sagen: Genossen, von Ihnen, von Ihrer Arbeit hängen maßgeblich Wohlstand und Stimmung* (!) *des sowjetischen Menschen ab. Denken Sie daran. Arbeiten Sie besser und mit Initiative, eifern Sie den Schrittmachern nach. Dazu fordert Sie die Partei auf, das erwartet sie von Ihnen."*

Beschwörende Apelle dieser Art finden sich auch noch an mehreren anderen Stellen des von Breshnev vorgetragenen Rechenschaftsberichtes.

Dabei fällt auf, daß neben den eindringlichen Appellen an die Werktäigen (mehr und besser zu arbeiten) das Versprechen abgegeben wird, die *„Organisationsstruktur und ... Leitungsmethoden"* der Wirtschaft zu verbessern und diejenigen *„Wirtschaftsfunktionäre"*, die sich des *„Ressortgeistes und des Lokalpatriotismus"* schuldig machen und *„gegen die Plan- und Vertragsdisziplin"* verstoßen, zu bestrafen.

Es ist offensichtlich, daß die KPdSU-Führung die zum großen Teil schon seit Jahren existierenden Wirtschaftsprobleme und Engpässe in der Versorgung der Bevölkerung auf diesem Parteitag deshalb relativ „offen" angesprochen hat, weil diese Schwierigkeiten zugenommen haben Teil schon seit Jahren existierenden Wirtschaftsprobleme und Engpässe in der Versorgung der Bevölkerung auf diesem Parteitag deshalb relativ „offen" angesprochen hat, weil diese Schwierigkeiten zugenommen haben und wahrscheinlich von den werktäigen Massen stärker empfunden werden – und nur durch eine „große Kraftanstrengung des gesamten Volkes" gelöst werden können.

Da die KPdSU-Führer weder den Weg zurück zur Klassenherrschaft der Arbeiter gehen, noch den radikalen „Reformkurs" zu kapitalistischen Produktionsverhältnissen einschlagen können (wie dies Chrustschow gegen Ende seiner Amtszeit auf Anraten von ‚Wirtschaftsexperten' wie Liberman, Sik etc. versucht hat), ohne ihre eigene Existenz als ‚neue Bourgeoisie' in Frage zu stellen, predigen sie, daß *„wir alle, Genossen"* (Breshnev) zusammenstehen mögen, um die Schwierigkeiten zu meistern und *„die riesigen neuen Möglichkeiten"* der Zukunft auszuschöpfen.

Angesichts des gigantischen Rüstungswettlaufs mit den USA – in den die Sowjetunion mit schwächeren wirtschaftlichen Potenzen hineingeht und in den sie größere Anstrengungen stecken muß als der US-Imperialismus, weil sie diesen in Menge und Qualität des militärischen Potentials auf fast allen Gebieten unterlegen ist – läßt sich leicht ausmalen, was der von Breshnev so oft wiederholte Appell zu „größeren Anstrengungen" für die Arbeiterklasse der Sowjetunion bedeutet... ●

RGW-Komission
KB/Gruppe Hamburg

Neue „Galauniformen" in der DDR!

Nach einer Meldung der „Frankfurter Rundschau" (5.3.76) hat die „Nationale Volksarmee" der DDR für Offiziere aller Waffengattungen **„Gesellschaftsjacken"** eingeführt. Und zwar sollen diese prächtigen Jäckchen streng militär-hierarchisch für Generale und Admirale hellgrau, für Offiziere der Land- und Luftstreitkräfte graugrün und für Offiziere der DDR-Volksmarine cremefarbig sein. Dazu erhalten die Herrschaften für *„feierliche Anlässe"* noch knackige Halbschuhe aus Lackleder (!), sowie für ganz *„große militärische Zeremonien"* noch *„Repräsentationsschnüre"*!

„Kleider machen Leute!" sagt ein Sprichwort. Und wer steckt schon in Lackschuhen? ... ●

RGW-Kommission
KB-Gruppe Hamburg

Den „Maoismus" verteidigen, den Revisionismus bekämpfen!

Seit mehr als zehn Jahren führen die Revisionisten eine massive Hetzkampagne gegen die VR China und den „Maoismus". Das geht vom Vorwurf, China wolle einen atomaren Weltkrieg entfesseln, über die Erfindung von Hungersnöten in China bis zur Behauptung, China werde von einem „militärbürokratischen Regime" beherrscht, das jede Opposition mit brutalem Terror unterdrückt.
Seit einigen Jahren hat diese aufwendig betriebene Hetzkampagne durch tatsächlich konterrevolutionäre Positionen in der chinesischen Außenpolitik (Angola als aktuelles Beispiel) willkommene Nahrung erhalten. Umso notwendiger wird es für uns zukünftig sein, der revisionistischen Hetze entgegenzutreten, ihren verlogenen, reaktionären und chauvinistischen Charakter aufzuzeigen und eindeutig klarzumachen, daß die Angriffe der Revisionisten auf Positionen der chinesischen Außenpolitik nichts anderes als Steine aus einem Glashaus sind.
Von revisionistischer Seite sind eine Unzahl antichinesischer Broschüren und Bücher auf dem Markt, meist aus der Sowjetunion stammend bzw. in den Grundzügen von sowjetischen Pamphleten abgeschrieben. Diese Broschüren sind sich inhaltlich alle ziemlich ähnlich: Seicht im Inhalt, dafür reich an unbewiesenen Behauptungen und Beschimpfungen, außerdem häufig in sich selbst bis zur Lächerlichkeit widersprüchlich. Dieser Artikel stützt sich im Wesentlichen auf die Beilage zur in deutscher Sprache erscheinenden sowjetischen Zeitschrift „Sozialismus – Theorie und Praxis" vom Januar 1976. Andere Broschüren haben wir zur Ergänzung herangezogen.

Chauvinismus als Grundlage

Fast alle revisionistischen Hetzschriften gegen die VR China beginnen mit einer ausführlichen Aufzählung aller Wohltaten, die angeblich die KP Chinas und das chinesische Volk von seiten der Sowjetunion erfahren haben. *„Das Sowjetvolk teilte alle seine langjährigen Erfahrungen beim sozialistischen Aufbau, die Erfolge von Wissenschaft und Technik großzügig mit seinen chinesischen Brüdern. Unser Land leistete und leistet bei der Entwicklung der Wirtschaft Volkschinas bedeutende Hilfe ..."* (Anm. 1). Dabei wird dann gern verschwiegen, daß es mit der „Großzügigkeit" vorbei war, sobald die KP China es „wagte", gegen die von der KPdSU unter Führung Chruschtschows ausgegebene revisionistische „Generallinie der kommunistischen Weltbewegung" Front zu machen.

Da wurden nämlich auf einen Schlag die sowjetischen Berater und Experten aus der chinesischen Wirtschaft abgezogen, da war es aus mit den Krediten usw.!

Nun ist es sicher eine Tatsache, daß die Sowjetunion der VR China in der ersten Phase des sozialistischen Aufbaus eine bedeutende Hilfe gegeben hat. Das ist von chinesischer Seite auch nie bestritten worden und von daher gäbe es eigentlich auch keinen Grund, in jeder Broschüre gegen die VR China immer wieder die „großzügige Hilfe" etc. breitzutreten. Das Motiv für die ständige Erwähnung dieser „großzügigen Hilfe" ist aber ganz einfach – und äußerst schäbig: Dem chinesischen Volk wird vorgerechnet, daß es seine Erfolge eigentlich (fast) nur der Sowjetunion zu verdanken habe, und daß es daher höchst „undankbar" sein, die sowjetische Politik zu kritisieren.

Innerhalb der kommunistischen Bewegung ist gegenseitige Hilfe eine Selbstverständlichkeit, und der Stärkere hilft in erster Linie dem Schwächeren. **Darüber viele Worte zu verlieren oder gar eine kleinliche Aufzählung der geleisteten Hilfe als Mittel der politischen Auseinandersetzung einzusetzen, verrät deutlich, daß die Sowjetunion heute nicht dem proletarischen Internationalismus folgt, sondern daß ihre Hilfe Teil von großmachtpolitischer Geschäftemacherei ist.**

Leider muß man sagen, daß das chauvinistische Herabblicken der KPdSU auf andere Parteien eine lange Tradition hat. So findet sich in einer etwa 1951 oder 1952 erschienenen Broschüre der KPD im Artikel eines sowjetischen Verfassers der denkwürdige Satz: *„Die Kommunistische Partei Chinas spielte und spielt deshalb mit so großem Erfolg die Rolle eines Führers und Organisators der Massen, der bei ihnen eine unbestrittene Autorität besitzt,* **weil die Partei die Antworten auf die grundlegenden Fragen der chinesischen Revolution in den genialen wissenschaftlichen Werken J.W. Stalins findet"** (Anm. 2).

In der erwähnten Beilage zu „Sozialismus – Theorie und Praxis" vom Januar 1976 wird beispielsweise behauptet: *„In allen Etappen ihres Kampfes erhielten die chinesischen Kommunisten vielseitige brüderliche Hilfe von der Sowjetunion, die ... die einheimische wie die ausländische Reaktion daran hinderte, die chinesische Revolution abzuwürgen"* (S. 5). Also wäre das Überleben der chinesischen Revolution nur der sowjetischen „brüderlichen Hilfe" zu verdanken?! Tatsächlich hat aber die chinesische Revolution sich in entscheidenden Phasen (Aufbau der „Roten Stützpunktgebiete" Ende der 20-er Jahre, „Langer Marsch" in den 30-er Jahren), als es wirklich um das Überleben ging, fast ausschließlich auf die eigenen Kräfte gestützt.

Auch hier muß man wieder sagen, daß insgesamt die politisch-moralische und auch materielle Hilfe der kommunistischen Weltbewegung (und nicht etwa nur der Sowjetunion!) für die chinesische Revolution sicher ein wertvoller Faktor war. Die sowjetische Hilfe aber als e n t s c h e i d e n d für Überleben und Sieg der chinesischen Revolution hinzustellen, ist eine krasse Geschichtsfälschung, und vor dem Hintergrund der laufenden Polemik eine ausgesprochen miese Lüge.

Ebenso, wenn nicht noch ärger, steht es mit der Behauptung einige Absätze später: *„Zuverlässig schützte die Sowjetunion mit ihrer ganzen wirtschaftlichen und militärischen Macht die junge chinesische Republik vor einer möglichen imperialistischen Aggression"* (S. 6). Aber die „junge chinesische Republik" war in Wahrheit nicht nur sehr gut in der Lage, sich aus e i g e n e r Kraft s e l b s t zu schützen, sondern sie entsandte auch noch hunderttausende von Freiwilligen nach Korea, um gemeinsam mit den koreanischen Genossen die US-imperialistischen Aggressoren zurückzuschlagen – während die Sowjetunion damals bekanntlich, trotz ihrer weitaus besseren wirtschaftlichen und militärischen Möglichkeiten, dem koreanischen Volk nicht mit Freiwilligen zu Hilfe kam. Vor diesem historischen Hintergrund wird die ganze Unverschämtheit des obigen Zitates deutlich!

Man wundert sich dann auch nicht mehr über die Behauptung, daß in erster Linie *„die allseitige wirtschaftliche, wissenschaftlich-technische, kulturelle und diplomatische Unterstützung der Sowjetunion und der anderen Bruderländer ... dem chinesischen Volk eine weite sozialistische Perspektive"* eröffnet hätten (S. 5). Nebenbei bemerkt sind die standardmäßig auftauchenden Formulierungen wie **„die Sowjetunion und die anderen Bruderstaaten"** und ähnlich auch wieder typisch für die chauvinistische Grundeinstellung der sowjetischen Revisionisten: Alle Staaten des „sozialistischen Lagers" sind natürlich gleich, aber die Sowjetunion ist immer etwas gleicher als die anderen ...

Was die „allseitige Unterstützung der Sowjetunion und der anderen Bruderländer" für die VR China angeht, so haben wir schon gesagt, daß sie zeitweise eine reale Bedeutung hatten und daß dies von chinesischer Seite auch niemals bestritten worden ist. Nützlich ist es aber doch, sich einen klaren Blick für das tatsächliche Ausmaß dieser Unterstützung zu verschaffen. Nach offiziellen Angaben der Revisionisten hat die VR China in den ersten zehn Jahren ihres Bestehens K r e d i t e in einer Gesamtsumme von 2,2 Mrd. Dollar (zum damaligen Kurs) erhalten. **Das ist wahrscheinlich weniger, als Ägypten von der Sowjetunion allein an Waffenlieferungen erhalten hat** ... Und China hat diese Kredite selbstverständlich in den 60-er Jahren bis auf den letzten Pfennig zurückgezahlt.

Während die VR China rund 2,2 Mrd. Dollar an K r e d i t e n von der Sowjetunion erhielt, hat sie aber selbst beispielsweise in Nordkorea – abgesehen von der brüderlichen Waffenhilfe gegen die US-Aggression – eine u n e n t g e l t l i c h e Hilfe von rund 340 Mio. Dollar (auch zum damaligen Kurs gerechnet) gegeben. Nordvietnam erhielt in den 50-er Jahren von der VR China gleichfalls u n e n t g e l t l i c h e Hilfe in Höhe von rund 380 Mio. Dollar, sowie einen Kredit (verzinsbar mit einem Prozent) von 127,5 Mio. Dollar. Ferner erhielt die Volksrepublik Mongolei von der VR China im selben Zeitraum u n e n t g e l t l i c h e Hilfe in Höhe von 40 Mio. Dollar sowie Kredite im Gesamtwert von 75 Mio. Dollar. Albanien erhielt in dieser Zeit von der VR China Kredite im Gesamtwert von etwa 25 Mio. Dollar und Ungarn (!!) von 57,5 Mio. Dollar. Dazu kamen Kredite und unentgeltliche Hilfeleistungen an zahlreiche Länder der „Dritten Welt".

Es ist also offensichtlich, daß die VR China in der ersten Phase des sozialistischen Aufbaus nicht nur Unterstützung e r h i e l t, sondern – womöglich sogar in noch größerem Maße – auch selbst g e g e b e n hat!

Ein revisionistischer Verfasser hat die Hilfe verglichen, die in den 50-er Jahren Nordvietnam (DRV) und Nordkorea (KVDR) einerseits von der Sowjetunion und andererseits von der VR China erhielten. Er kam zu folgender bemerkenswerten Feststellung: „ ... **daß in der Periode des Wiederaufbaus unmittelbar nach Ende des Korea- beziehungsweise in der Zeit des Vietnam-Krieges das Volumen der chinesischen Wirtschaftshilfe an die KVDR um 15 Mio. US-Dollar und an die DRV um 240 Mio. US-Dollar größer war als die von der Sowjetunion gewährte Summe"**. Giftig behauptet der revisionistische Verfasser daraufhin, es sei *„klar ersichtlich, daß die chinesische Führung das politische Prestige der VR China in den benachbarten sozialistischen Ländern überwiegend auf Kosten der Sowjetunion und der übrigen sozialistischen Länder zu steigern trachtete"* (Anm. 3).

„Klar ersichtlich" wird aus dieser Giftspritzerei aber wohl eher, welche Funktion die Revisionisten s e l b s t ihrer „uneigennützigen Hilfe" an andere Staaten geben.


Schmähliches Ende der sowjetrevisionistischen Eindringlinge in der VR China

Das Märchen von der „militär-bürokratischen Diktatur" in China

Sehen wir nun, wie die Revisionisten die innenpolitische Situation Chinas darstellen. Wir halten uns dabei an die erwähnte Beilage zur „Sozialismus – Theorie und Praxis", die für die revisionistische Darstellungsweise sehr typisch ist.

Demnach herrscht in China eine **„militär-bürokratische Diktatur"** des **„maoistischen Regimes"** (z.B. S. 24). Diese **„militärbürokratische Diktatur"** sei im Wesentlichen das Ergebnis der Großen Proletarischen Kulturrevolution, die nach revisionistischer Lesart ein **„konterrevolutionärer Putsch"** war. Dieser „Putsch" habe *„ein n e u e s Regime"* (Hervorhebung von uns – AK) mit einem *„von ihm ins Leben her gerufenen Zwangsapparat"* hervorgebracht (S. 21 und sinngemäß nochmals S. 22). Die weitere Politik der „Maoisten" habe dann dazu gedient, *„den Kult der Gewalt und Brutalität im Lande zu befestigen, unbedingten und blinden Gehorsam der ganzen Bevölkerung gegenüber der Führungsspitze und deren volksfeindlicher Politik zu sichern"* (S. 17). Es herrsche in China *„eine Atmosphäre geistigen Terrors"* (S. 21) und *„zügelloser Repressalien gegen beliebige Gegner des jetzigen Regimes"* (S. 24). *„Der Unterdrückungsapparat gegen alle Andersdenkenden (wurde) wesentlich verstärkt"* (S. 43). *„Die potentiellen Gegner des Maoismus werden im voraus für vogelfrei erklärt. Im Kampf gegen sie werden alle Methoden geheiligt und gefördert"* (S. 21), und noch mehr Dreck von dieser Sorte.

Mit derselben Frechheit und Hemmungslosigkeit, mit der die Revisionisten j e d e Kritik am Sowjetrevisionismus als „antisowjetisch" (= antikommunistisch) abzustempeln versuchen, greifen sie tief ins Jauchefaß, wenn es um tatsächlich a n t i c h i n e s i s c h e Hetze geht, die bar jedes konkreten Arguments und Beweises ist.

Beim Versuch, das ganze Gehetze von der „Unterdrückung Andersdenkender" (diese Formulierung ist ja im Munde von angeblichen Kommunisten schon ein Witz für sich!) irgendwie glaubwürdig zu machen, schrecken die Verfasser vor den kuriosesten Einfällen nicht zurück: In der neuen chinesischen Verfassung von 1975 seien *„solche Initiativen der Volksmassen verankert wie „breite Diskussionen" und Großwandzeitungen, die es den Maoisten ermöglichen, sie zum Druck auf den Staats- und Parteiapparat zur Erhaltung der ‚Linie Maos' zu verwenden"* (S. 23), worauf scharfsinnig geschlußfolgert wird: **„Die Verfassung von 1975 stellt einen bedenklichen Rückschritt gegenüber der Verfassung von 1954 auch auf dem Gebiet der Regelung der Bürgerrechte dar"** (S. 23). Die Verfasser haben bloß noch vergessen zu erwähnen, daß das „maoistische Regime" aus lauter Gemeinheit auch noch das Streikrecht der Werktätigen in der neuen Verfassung garantiert hat – was ja ganz sicher auch nur ein übles „Zwangsmittel" zur „Unterdrückung Andersdenkender" sein soll!! ...

In der Sowjetunion, die ja nach Meinung der Revisionisten das sozialistische Musterländle aller Zeiten ist, herrscht natürlich Demokratie: So arg „undemokratische" Sachen wie Wandzeitungen, breite öffentliche politische Diskussionen oder Streikrecht gibt es da natürlich gar nicht erst. Es sollte mal in der Sowjetunion ein schlichter Arbeiter auf den Einfall kommen, eine Wandzeitung gegen seinen Chef oder gar gegen einen höheren Funktionär zu schreiben! Ihm würde t a t s ä c h l i c h all das an Repressalien etc. blühen, was sich die Revisionisten an Verleumdungen über die angebliche Unterdrückung in der VR China zusammenphantasieren! In der Sowjetunion herrscht eben w a h r e „sozialistische Demokratie" ...

Im Übrigen hindert ihre schwachsinnige Hetze gegen die Verankerung der Wandzeitungen etc. in der chinesischen Verfassung die revisionistischen Witzbolde nicht einmal, wenig später zu triumphiren: *„In den zahlreichen Großwandzeitungen werden bessere Lebensbedingungen gefordert und Proteste gegen Willkür und Gesetzlosigkeit erhoben"* (S. 33), was sie nun wieder als Beweis der *„Unzufriedenheit unter den breiten Schichten des chinesischen Volkes"* interpretieren (S. 33) – wo man sich aber wieder fragen muß, wie es so etwas bei der angeblich herrschenden „Atmosphäre geistigen Terrors" (S. 21) und „zügelloser Repressalien gegen beliebige Gegner des jetzigen Regimes" (S. 24) überhaupt geben kann?

Im Übrigen fehlen natürlich nicht die bekannten antikommunistischen Ladenhüter: *„Die Intelligenz ist zum Dahinvegetieren in der Atmosphäre geistiger Knechtschaft verdammt und hat keine Möglichkeit, schöpferisch zu arbeiten"* (S. 35) oder *„Die Jugend ist betrogen und der freien Wahl des Lebenswegs beraubt"* (S. 35/36) – was ganz fatal an Artikel der Springer-Presse über die DDR oder die Sowjetunion erinnert.

Nicht weniger witzig sind die Einfälle der Verfasser zur „maoistischen" Wirtschaftspolitik. Angeblich dient diese ganz und gar der Rüstungsproduktion. Die *„zivilen Produktionszweige"*, insbesondere die Landwirtschaft, seien *„ohne nennenswerte Hilfe durch den Staat"* und *„das darin erarbeitete Mehrprodukt wird in militärische Zweige übergeleitet"* (S. 26). W e n n das tatsächlich so wäre, könnte es in diesen Produktionsbereichen also weder Investitionen noch Zuwachsraten geben!...

Forts. Seite 44

Forts. von S. 43

Witzbolde wie sie sind kommen die Verfasser dann sogar noch – nach diversen Horror-Meldungen über „*Ernährungsschwierigkeiten*" und „*jäh gesunkene Produktionsdisziplin und Arbeitsproduktivität*" in China – ganz überraschend zu der durchaus realistischen Einschätzung: „**In den kommenden Jahrzehnten kann China in der Entwicklung der Wirtschaft erheblich vorankommen**" (S. 27). Wie das möglich sein soll, wenn angeblich das ganze Mehrprodukt in die Rüstung gepulvert wird, ist schleierhaft – wie so manches an den verschlungenen Wegen der revisionistischen „Argumentation".

Kreuz und quer geht es auch bei der Schilderung der angeblichen Reaktion der chinesischen Volksmassen auf die „militärbürokratische Diktatur" zu.

Da ist die Rede von „*zimlich stark verbreiteten Oppositionsstimmungen*" (S. 18), von „*Sabotage und Streiks*" (S. 27), es wird gar behauptet: „*Unter den breiten Schichten des chinesischen Volkes nimmt die Unzufriedenheit mit dem niedrigen Lebensniveau und den antidemokratischen Zuständen zu*" (S. 33) und „*Es gelingt den Linksgruppierungen* (?! – Anm. AK) *der Maoisten vorerst nicht, den Widerstand zu überwinden ... Diesen Widerstand legen sowohl Werktätige als auch Wirtschaftsfunktionäre an den Tag*" (S. 32). Sogar in der Bauernschaft seien „*in einzelnen Gegenden offene Bekundungen der Unzufriedenheit registriert*" worden (S. 33).

Trotz der Phantasie-Geschichten von „*wachsender Unzufriedenheit des Volkes*" (S. 36) kommen die Verfasser schließlich doch zur Meinung, das „maoistische Regime" könne noch „*im Laufe einer längeren Zeit die gesellschaftliche Entwicklung der VR China*" bestimmen (S. 36). Zur Erklärung dieses Widerspruchs soll die „**spezifische** chinesische soziale **Situation**" herhalten (S. 36), die „**politische Unreife und Rückständigkeit eines beachtlichen Teils der Bevölkerung**" (S. 36), und wenn das noch nicht reicht, dann muß nach guter alter antikommunistischer Art die „**ideologische Bearbeitung der Bevölkerung im maoistischen Geiste**" als Grund herhalten, die von den Verfassern sogar an zwei verschiedenen Stellen ins Feld geführt wird (S. 24 und 43).

Bemerkenswert ist, daß man in diesen hemmungslosen antichinesischen Haßtiraden vielfach nur das Wort „China" durch „Sowjetunion"

Bemerkenswert ist, daß man in diesen hemmungslosen antichinesischen Haßtiraden vielfach nur das Wort „China" durch „Sowjetunion" bzw. „Sozialimperialismus" sinngemäß ersetzen müßte – und man könnte meinen, einen astreinen Artikel aus dem „Roten Morgen" vor sich zu haben. Es ist auch gar kein Wunder, daß sich die gängigen Schemata der Verhetzung bei Revisionisten und Vaterlandsverteidigern so fatal bis aufs Haar gleichen – denn beide schöpfen aus derselben „Quelle": Der Jauchegrube des bürgerlichen Antikommunismus!

Zugleich birgt die revisionistische Demagogie gegen China aber noch einen sehr interessanten Aspekt. Bekanntlich treten die Revisionisten der Kritik am politisch-ökonomischen System der Sowjetunion stets mit dem dummlichen „Argument" entgegen, in der Sowjetunion seien die Produktionsmittel schließlich gesellschaftliches Eigentum, also sei die Sowjetunion sozialistisch, und also könne es dort auch keine „neue Bourgeoisie" geben.

Nun kommen aber dieselben Demagogen und behaupten, China werde von einer „militärbürokratischen Diktatur" beherrscht. Ja, wie denn das? Sind denn in China nicht a u c h die Produktionsmittel staatliches bzw. genossenschaftliches Eigentum? Die Revisionisten sagen ja sogar, daß China ein **sozialistisches** Land sei, wenn auch inzwischen etwas „*deformiert*" (S. 43), und sie reden scheinheilig davon, es gehe ihnen „*selbstverständlich nicht darum ... die VR China aus dem Sozialismus auszuschließen*" (S. 71).

Da ist das Land also sozialistisch, die Produktionsmittel vergesellschaftet – und es herrscht eine „militärbürokratische Diktatur" ...! Wie reimt sich das zusammen? Die Revisionisten behaupten, die **Kulturrevolution** habe „**zur Ablösung der volksdemokratischen Macht durch die Diktatur der militär-bürokratischen Gruppe**" geführt (S. 42). Aber welche Veränderungen in den Eigentumsverhältnissen an den Produktionsmitteln sollen dem zugrunde liegen?!

Es ist also offensichtlich: Die Revisionisten erkennen – wenn es um H e t z e gegen C h i n a geht – auf einmal sehr wohl an, daß auf der formalen Grundlage des „gesellschaftlichen Eigentums" an den Produktionsmitteln dennoch die Herrschaft und gar „Diktatur" einer „bürokratischen Gruppe" möglich ist. Sie behaupten sogar, „**daß die maoistische Führung gezwungen (!!) ist, bei der Ausnutzung der Vorzüge des Sozialismus die gesellschaftlichen Eigentumsformen und die äußeren Formen der sozialistischen Organisation des gesamten gesellschaftlichen Lebens aufrechtzuerhalten**" (Anm. 4).

Mit derartigen Thesen führen sie ihre eigenen Verteidigungsreden für das politsch-ökonomische System der revisionistischen Staaten ad absurdum!

Hetze gegen Volkskrieg und Revolution

Besonders übel ist auch auf außenpolitischem Gebiet die Hetze der Revisionisten gegen die VR China.

Für K o m m u n i s t e n gibt es natürlich gerade auf diesem Feld vieles an der chinesischen Politik zu kritisieren. Sei es nun die Haltung zum Putsch im Sudan (Juli 1971), die Haltung zum faschistischen Regime in Chile, die Position zu Angola etc.

Aber gerade h i e r a u f gehen die revisionistischen Polemiken „seltsamerweise" nur am Rande ein. **Offenbar ist es der Gedanke an ihren e i g e n e n dutzendfachen Verrat am proletarischen Internationalismus, der die Revisionisten veranlaßt, ihre Stimme zu d i e s e n Fragen nicht allzu laut zu erheben.**

Erinnert sei beispielsweise an die Tatsache, daß die sowjetische Regierung den kambodschanischen Genossen in ihrem heldenhaften Befreiungskampf – durch den im letzten Jahr der vollständige Sieg errungen wurde – keinerlei materielle Unterstützung gab, und daß die sowjetische Regierung bis zur letzten Stunde die diplomatischen Beziehungen zum faschistischen Lon Nol-Regime nicht abreißen ließ. Auch das Massaker an h u n d e r t t a u s e n d e n Kommunisten in Indonesien war für die Revisionisten kein Anlaß, die Beziehungen abzubrechen – im Gegenteil, sie setzten sogar die Lieferung von Waffen und Ersatzteilen an das faschistische Regime fort, griffen ihm mit Wirtschaftskrediten weiter unter die Arme usw. Auch die Abschlachtung zahlreicher Führer und Kader der sudanesischen Arbeiterbewegung durch das Numeiri-Regime 1971 war für die Sowjetunion nicht etwa Anlaß, ihre diplomatischen Beziehungen zu diesem Regime abzubrechen.

In dieser Weise ließen sich tatsächlich dutzende von Beispielen aufführen. **Wer soll denn den Revisionisten Glauben schenken, wenn sie jetzt plötzlich ein scheinheiliges Getue inszenieren, weil China die Beziehungen zum faschistischen Regime Chiles aufrecht erhält?**

Daher ist es kein Wunder, daß sich die revisionistische Polemik gegen die chinesische Außenpolitik im Wesentlichen an a n d e r e n Punkten festmacht, und daß sie vor allem sehr stark auf nackten Lügen aufbaut und von offen konterrevolutionären Positionen ausgeht.

So wird z.B. in der zitierten Beilage zu „Sozialismus – Theorie und Praxis" die Lüge aufgestellt, China stelle „**Gebietsansprüche an die Sowjetunion, die Mongolei, Indien, Burma, Vietnam, Japan und andere Länder**" (S. 8). Tatsache ist jedoch, daß der Genosse Lin Biao bereits auf dem IX. Parteitag der KP Chinas (1969) offiziell erklärte, daß „**die Grenzfrage mit solchen Ländern wie Burma, Nepal, Pakistan, der Mongolischen Volksrepublik und Afghanistan erfolgreich gelöst**" seien und nur die Grenzprobleme mit der Sowjetunion und Indien noch ungelöst seien. Diese Tatsache wird sogar in revisionistischen Broschüren z.T. zugegeben! (Anm. 5).

Mit den Grenzfragen gegenüber der Sowjetunion und Indien verhält es sich folgendermaßen:

– **An die Sowjetunion hat die VR China, im Gegensatz zu den ständigen Lügen der Revisionisten, k e i n e** Gebietsansprüche erhoben. Vielmehr geht es darum, daß sich das zaristische Rußland im vorigen Jahrhundert durch Diktat-„Verträge" große Teile Chinas einverleibte, und daß die VR China heute von der sowjetischen Regierung verlangt, die damaligen Diktate als „ungleiche Verträge" anzuerkennen. Diese Forderung ist in der Tat vollauf berechtigt, weil die revisionistische Geschichtsschreibung schon seit längerem dazu übergegangen ist, die zaristische Eroberungspolitk offen zu glorifizieren und die Geschichte grob zu verfälschen (siehe dazu auch UNSER WEG Nr. 19, Seite 25: Wie die „neuen Zaren" den alten Zarismus rechtfertigen).

Außerdem gibt es Probleme an der chinesisch-sowjetischen Grenze, weil die Sowjetrevisionisten den Versuch unternommen haben, über die Diktat-„Verträge" aus dem vorigen Jahrhundert h i n a u s chinesisches Territorium zu besetzen, insbesondere einige Inseln in den Grenzflüssen.

Was Indien angeht, so ist dies der e i n z i g e Fall chinesischer Gebietsansprüche an einen anderen Staat. Und diese Ansprüche rechtfertigen sich vollauf daraus, daß in der Zeit der britischen Kolonialherrschaft über Indien größere Gebiete Chinas im Himalaya-Gebiet geraubt wurden. Aber auch gegenüber Indien hat die chinesische Regierung die Politik verfolgt, den Verhandlungsweg zu suchen. Es war das i n d i s c h e Regime, das ständig militärische Konflikte suchte, um die hungernden Volksmassen von den inneren Probemen abzulenken, und das zweimal (1959 und 1962) kriegerische Auseinandersetzungen vom Zaun brach. Beide endeten damit, daß die chinesische Volksbefreiungsarmee die Aggressoren zurückschlug und sich dann wieder sofort hinter die heute bestehende – von China bestrittene – Grenze zurückzog.

Die Revisionisten e r f i n d e n chinesische „Gebietsansprüche" gegenüber Staaten wie Burma (mit dem die VR China schon 1960 die Grenze vertraglich vereinbarte!), um glauben zu machen, die VR China bilde eine Gefahr für ihre Nachbarstaaten und hege in Asien „**hegemonistische Großmachtbestrebungen**" (S. 45). Zum selben Zweck stellen sie – ohne die geringsten konkreten Beweise – Behauptungen über eine „**Verstärkung des Expansionismus gegenüber den Nachbarländern der VRCh, in erster Linie Südostasien**" (S. 44) auf. Sie behaupten sogar: „**In letzter Zeit greift ... die chinesische Führung immer häufiger zum direkten Einsatz von Streitkräften zu Expansionszwecken**" (S. 57). – Was mit dieser Behauptung k o n k r e t gemeint sein soll, mag der Teufel wissen!

Vor dem Hintergrund derart faustdicker Märchen und Verleumdungen gegen die VR China ist es auch unzweifelhaft, daß das von der Sowjetunion vorgeschlagene sogenannte „Kollektive Sicherheitssystem in Asien" nichts anderes darstellen soll als eine Allianz zur Isolierung und Einkreisung Chinas. – Bisher ist es allerdings den Revisionisten noch nicht einmal gelungen, ihre Intim-Freunde, das indische Regime, zur offenen Unterstützung ihres „Sicherheits"-Vorschlags zu bewegen!

allerdings den Revisionisten noch nicht einmal gelungen, ihre Intim-Freunde, das indische Regime, zur offenen Unterstützung ihres „Sicherheits"-Vorschlags zu bewegen!

Um den angeblichen „Expansionismus" (Ausdehnungs- und Eroberungspolitik) der VR China in Asien zu „beweisen", sind die Revisionisten schließlich gezwungen, die scheinheilige Maske völlig abzulegen und offen konterrevolutionäre Positionen zu beziehen. Konkret: **Sie werfen der VR China vor, daß sie immer noch in einigen Ländern Asiens revolutionäre und Befreiungsbewegungen unterstützt!!!**

„*Obwohl Peking formell eine bestimmte Normalisierung der Beziehungen zu seinen südöstlichen Nachbarn anstrebt, unterstütz es gleichzeitig die subversive Tätigkeit der pro-chinesischen Spaltergruppen und sogar* (!) *die aufständischen Kräfte in diesen Ländern*" (Anm. 6). An anderer Stelle wird darüber geklagt, daß seitens der VR China „**auch mit Hilfe bewaffneter promaoistischer aufständischer Gruppen in einer Reihe von Ländern Südostasiens nach wie vor Druck ausgeübt wird (Burma, Indien, Indonesien, Malaysia, Thailand, Philippinen)**" (Anm. 7). Damit beziehen die Revisionisten offen Stellung gegen die Befreiungskämpfe sogar in Ländern wie Indonesien und Thailand !!! Somit wird auch klar, was sich hinter den revisionistischen Vorwürfen verbirgt, die VR China sei bestrebt, „**Herde von Spannungen, Kriegen und Konflikten zu schaffen**" (Anm. 8), betreibe „**ideologische Expansion**" (Anm. 9), „**Wühltätigkeit**" (Anm. 10), „**Subversivtätigkeit**" (Anm. 11) usw.

Die Revisionisten wenden sich gegen die „*eindeutig abenteuerlichen Appelle an die Völker der drei Kontinente ... sich zum Volkskrieg zu erheben*", von denen die VR China inzwischen allerdings – l e i d e r, sagen wir als Kommunisten!! – „*abgegangen*" sei (Anm. 12). Die VR China habe früher versucht, den „*Entwicklungsländern*" ein bestimmtes Schema „aufzuzwingen". „**Das Kernstück dieses Schemas war die Verabsolutierung des bewaffneten Kampfes und die Proklamierung der Gewalt**" (Anm. 13).

An anderer Stelle sagen die Revisionisten: „*Einige kommunistische Parteien Südostasiens gerieten unter dem Einfluß der Gruppe Mao Tsetungs in Isolierung von der internationalen kommunistischen Bewegung.*

Forts. Seite 45



Stellen sich die Revisionisten so die „Lösung" des „akuten chinesischen Problems" vor?! – – „Brüderliche Hilfe" in der CSSR 1968

Stellen sich die Revisionisten so die „Lösung" des „akuten chinesischen Problems" vor?! – – „Brüderliche Hilfe" in der CSSR 1968



„Nieder mit der sowjetrevisionistischen Renegatenclique!" – Shanghais Arbeiter demonstrieren gegen die Grenzprovokationen am Ussuri

Forts. von S. 44

Bis vor kurzem befolgten diese Parteien vorbehaltlos die Konzeption der Pekinger Führer, insbesondere die Linie auf einen ‚Volkskrieg' in ihren Ländern ... In letzter Zeit entfaltet sich jedoch in diesen kommunistischen Parteien unter dem Einfluß der Siege in Indochina, besonders in Vietnam, der Kampf um die Fragen ihrer weiteren Orientierung" (Anm. 14).

Es wird nicht gesagt, welche Parteien konkret gemeint sind – offenbar aber solche wie die KPs von Thailand, Burma, Malysia und vor allem Indonesien. Es ist allerdings nicht bekannt – und wird natürlich von den Revisionisten auch mit keinerlei Fakten belegt – daß in irgendeiner dieser Parteien ausgerechnet die Orientierung auf den Volkskrieg in Frage geraten sein könnte. **Der Hinweis auf den „Einfluß der Siege in Indochina" ist in diesem Zusammenhang der reine Hohn, denn gerade diese Siege sind natürlich ein großartiger Beweis für die Richtigkeit der Orientierung auf den Volkskrieg in diesen Ländern und eine ungeheure Ermutigung für die Befreiungskämpfe dort!!**

Aber daß in Vietnam und ganz Indochina sich die Linie des Volkskriegs durchgesetzt hat, hat den Revisionisten noch nie geschmeckt, weil das für sie eine „maoistische" Theorie ist (womit sie wohl nicht unrecht haben! ...). So war es gang und gebe in der westdeutschen Vietnam-Solidaritätsbewegung vor einigen Jahren, daß Vertreter der DKP und ihrer Ableger wie MSB und SDAJ öffentlich gegen die Parole „Für den Sieg im Volkskrieg" anstänkerten.

Vor dem Hintergrund der hier dargestellten, konterrevolutionären Hetze insbesondere gegen die Befreiungsbewegungen Südasiens (Burma, Indonesien, Thailand etc.) ist es purer Zynismus, wenn die Sowjetrevisionisten ihre massives Engagement in Angola als einen Ausdruck von proletarischem Internationalismus hinstellen. Die Sowjetrevisionisten engagieren sich, weil sie sich davon einen Nutzen versprechen; unter veränderten Bedingungen wären sie mit Sicherheit auch bereit, gegen die Befreiungsbewegungen der Völker Afrikas zu hetzen, wie sie es aus machtpolitischen Gründen in Asien bereits tun.

Das geradezu verbrecherische der gegenwärtigen chinesischen Außenpolitik besteht darin, durch ihre perverse Allianz mit der äußersten Reaktion und mit den Agenten des Imperialismus in Afrika dem Sowjetrevisionismus überhaupt die Rolle zu ermöglichen, die er dort heute spielt – sich nämlich als scheinbarer „natürlicher Verbündeter" der afrikanischen Völker hinzustellen. Da nützt es auch nichts, wenn in den Veröffentlichungen der chinesischen Presse (und ihres internationalen Nachbeter-Kartells) unermüdlich der angebliche „Zorn der afrikanischen Völker über die Greueltaten des Sozialimperialismus", der „Kampf der afrikanischen Völker gegen die sozialimperialistische Aggression und Einmischung" usW. usf. beschworen

Völker über die Greueltaten des Sozialimperialismus", der „Kampf der afrikanischen Völker gegen die sozialimperialistische Aggression und Einmischung" usW. usf. beschworen

wird – Fakt ist, daß sich die chinesische Außenpolitik in Afrika in eine Sackgasse hineinmanövriert hat und daß auf der anderen Seite die Einflußmöglichkeiten des Sowjetrevisionismus unter den afrikanischen Völkern und ihren Befreiungsbewegungen noch nie so groß waren wie heute!

Kriegshetze gegen die VR China

Die Revisionisten sind bemüht, die VR China als „*Gefahr für die Völker aller Staaten*" (15) hinzustellen – mal, indem sie gegen chinesische „Wühltätigkeit" und „Unterstützung aufständischer Kräfte" hetzen; dann wieder mit der Behauptung, „*die chinesischen Führer versetzen ... der nationalen Befreiungsbewegung einen Schlag*" (16).

Im Zentrum aller Verleumdungen steht aber die ungeheuerliche Behauptung, China steuere „*den Kurs zur Provozierung eines Weltkrieges*" (17), sei „*Apologet* (=Verteidiger, Befürworter! Anm.AK) *eines neuen Weltkrieges*" (18).

Bei allem vordergründigen „antiimperialistischen" Geschrei der Revisionisten ist absolut klar, daß für sie nicht etwa der US-Imperialismus, sondern die VR China der Hauptfeind Nr.1 ist. Dies ergibt sich aus folgendem:

Die revisionistische „Einschätzung" der Weltlage lautet: „*Die Entspannung wird zu einer dominierenden Tendenz, und die Prinzipien der friedlichen Koexistenz werden zu einer anerkannten Norm der internationalen Beziehungen der Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung*" (19). Sie behaupten, „*daß die gegenwärtige internationale Entwicklung in Richtung auf Entspannung und Schaffung eines Systems der kollektiven Sicherheit in verschiedenen Regionen der Welt*" gehe (20). „*Entspannungsprozeß*" sei Trumpf und „*jetzt muß dieser Entspannungsprozeß unumkehrbar gemacht werden*" (21). Denn: „*Das veränderte Kräfteverhältnis in der Welt ermöglichte die Einleitung einer Wende in den internationalen Beziehungen vom kalten Krieg zur Entspannung, von der militärischen Konfrontation zur Sicherheit und friedlichen Zusammenarbeit*" (22).

Die Folge ist angeblich, daß es „*dem gemeinsamen Kampf der friedliebenden Kräfte gelang und gelingt, Gefahrenherde für Konflikte zu überwinden und die agressiven imperialistischen Kräfte an Provokationen zu hindern*" (23). „*Die ständig wachsende Macht des sozialistischen Weltsystems gestattet es zu vermeiden, daß Widersprüche zwischen den beiden gegensätzlichen sozialen Systemen auf militärischem Wege gelöst werden*" (24). „*Heute sind die Möglichkeiten für die Abrüstung gerade durch die Veränderung des Kräfteverhältnisses unvergleichlich größer geworden*" (25).

Da wir auf die revisionistische „Entspannungs-", „Friedens"- und „Sicherheits"demagogie noch zu einem späteren Zeitpunkt ausführlicher eingehen wollen, beschränken wir uns für diesmal mit den obigen Zitaten und stellen nur die wichtigsten Punkte in Kürze dagegen:

1. Die Realität zeigt, daß die internationalen „Spannungen" im letzten Jahrzehnt nicht etwa **abgenommen haben, sondern sich ausgebreitet und verschärft haben.** Ob man Angola nimmt, Westsahara, Nahost, Libanon, Zypern, Indien/Pakistan, Ost-Timor, die neuen Drohungen des US-Imperialismus gegen Kuba, den gerade erst beendeten mörderischen Indochina-Krieg des US-Imperialismus usw.usf. - **weltweit zeigt sich eine Verschärfung internationaler „Gefahrenherde für Konflikte"** (um im Revi-Jargon zu bleiben). Alle diese Konflikte sind durch ein starkes Engagement des imperialistischen Lagers einerseits und des revisionistischen Lagers andererseits gekennzeichnet. Es ist auch nicht zufällig, daß sich in den letzten Jahren die Waffenlieferungen beider Seiten an andere Länder - **und zwar insbesondere an „Gefahrenherde für Konflikte"** - enorm gesteigert haben.

Das ganze verlogene Gerede vom „internationalen Entspannungsprozeß" ist z.B. auch vor dem Hintergrund zu sehen, daß allein auf Vietnam in den letzten Jahren mehr Bomben geworfen wurden als auf Deutschland während des gesamten 2.Weltkriegs. Man kann nur zu der zynischen Schlußfolgerung kommen, daß für die Sowjetrevisionisten der „Entspannungsprozeß" darin besteht, daß andere Völker die imperialistischen Bomben abbekommen, während sie selbst als Waffenlieferant in „Frieden" und „Sicherheit" leben.

Wir sind weit davon entfernt, in den internationalen „Konflikten" nur etwas Schlechtes zu sehen, denn

lieferant in „Frieden" und „Sicherheit" leben.

Wir sind weit davon entfernt, in den internationalen „Konflikten" nur etwas Schlechtes zu sehen, denn

sie sind in allererster Linie Ausdruck des immer stürmischeren antiimperialistischen Befreiungskampfes der Völker und der zunehmenden Krise der imperialistischen Herrschaft. Aber angesichts des Völkermords in Ost-Timor und Westsahara, angesichts der vom Imperialismus und Zionismus im Libanon inszenierten Massaker, angesichts faschistischer und reaktionärer Putsche in vielen Teilen der Welt, angesichts des eben erst zu Ende gegangenen US-Völkermords in Indochina usw. - **angesichts all dieser Tatsachen von „Entspannungsprozeß" und der „Überwindung von Gefahrenherden für Konflikte" zu schwätzen, verrät eine Skrupellosigkeit, hinter der sich nicht Naivität, sondern böse Absichten verbergen!**

2. Daß die „Möglichkeiten" einer Abrüstung „***unvergleichlich größer geworden***" sein sollen (25), ist wahrlich ein schlechter Trost angesichts der Tatsache, daß insbesondere US-Imperialismus und der Sowjetrevisionismus ihr Wettrüsten immer fieberhafter steigern und daß sich im letzten Jahrzehnt das beiderseitige Arsenal an Atomwaffen vervielfacht hat. Dabei hatten die Revisionisten vor nunmehr dreizehn Jahren behauptet, es sei möglich, „*die imperialistischen Regierungen (zu) zwingen ..., auf die Abrüstung einzugehen*" und „*die agressiven Kräfte des Imperialismus zu zügeln, den Kriegsanhängern den Frieden aufzuzwingen*" (26). Im Schatten derartiger Schnacks vollzog sich ein in der Geschichte beispielloses Wettrüsten, vollzog sich die mörderische „Eskalation" der US-Agression in Indochina usw.

Wenn die Möglichkeiten für eine Abrüstung angeblich immer günstiger werden, und wenn die internationale Entwicklung in Richtung „Entspannung", „Frieden", „Sicherheit" etc. geht, müßten die Revisionisten erklären, warum es in rund 15 Jahren „*Entspannungsprozeß*" (seit der Ära Chruschtschow-Kennedy) **keinen einzigen konkreten Abrüstungs-Schritt gegeben hat, sondern stattdessen Vervielfachung der Rüstung, Entwicklung immer mörderischerer Waffen, mehr als zehn Jahre Krieg in Vietnam, zwei Kriege im Nahen Osten etc.!**

Die „Argumentation" der Revisionisten ist ebenso unverschämt wie dumm: Wer als Kommunist bestreitet, daß es sich bei alledem um „Entspannung" handelt, ist ganz einfach ein „Entspannungsfeind"! Wer als Kommunist das Wettrüsten zwischen imperialistischem und revisionistischem Lager, insbesondere USA und Sowjetunion, beim Namen nennt, ist ein „Gegner der Abrüstung" usw. usf.! ... Und dann darf natürlich das freche „Argument" nicht fehlen: Der Strauß (der Ford etc.) sind ja auch gegen die „Entspannung", also steht ihr „***bereits mit mehr als einem Bein im Lager des Gegners***" (27).

Wir haben immer gegen jede Tendenz in der chinesischen Außenpolitik - oder bei unseren heimischen Vaterländlern - Front gemacht, sich bei den imperialistischen Gegnern der „Entspannungs"-Demagogie anzubiedern. Denn gerade diese imperialistischen Kräfte sind es ja, die am meisten an der Schürung von „Spannungen", das heißt an weltweiter imperialistischer Einmischung, an Expansion, Zurückdrängung der antiimperialistischen Befreiungsbewegungen usw. interessiert sind. **Sich ausgerechnet diesen Kräften anzubiedern, heißt in der Tat, den kommunistischen Klassenstandpunkt völlig aufzugeben und den proletarischen Internationalismus zu verraten.**



Ernst Thälmann spricht auf einer internationalen Kundgebung 1926 in Hamburg, links von ihm ein sowjetischer Seemann und rechts ein chinesischer Arbeiter.

Ernst Thälmann spricht auf einer internationalen Kundgebung 1926 in Hamburg, links von ihm ein sowjetischer Seemann und rechts ein chinesischer Arbeiter.

Ebensowenig werden wir aber die geringste Gemeinsamkeit mit den revisionistischen Verleumdern der VR China dulden, auch wenn wir scheinbar in der Beurteilung mancher Züge der chinesischen Außenpolitik zu einigen „Übereinstimmungen" kommen. Wenn die Revisionisten behaupten, China wolle die „*Aufhetzung anderer Staaten und Völker zu militärischen Konflikten*" betreiben (28), wolle „*Herde von Spannungen, Krisen, Kriegen und Konflikten schaffen*" (29), wolle „*den Prozeß der internationalen Entspannung torpedieren*" (30), wolle „*die Welt zu einem Krieg drängen*" (31) und letztlich die „***Provozierung eines Weltkrieges***" (32), so ist das ein sehr plumpes Ablenkungsmanöver angesichts der Tatsache, daß nicht etwa die VR China, sondern die Sowjetunion selbst und die USA an der Spitze des internationalen Wettrüstens stehen, daß sie allein über gigantische Mengen atomarer Massenmordwaffen verfügen usw. Während die Revisionisten sich dem US-Imperialismus offen anbiedern und erklären „***Peking gelingt es nicht, den Prozeß der internationalen Entspannung zu torpedieren und eine Zuspitzung der Beziehungen der UdSSR zu den führenden kapitalistischen Staaten, vor allem zu den USA, herbeizuführen***" (33), stellen sie praktisch die VR China als Hauptkriegstreiber in der heutigen Welt hin (es ist nicht bekannt, daß die Revisionisten Vorwürfe wie „***Kurs zur Provozierung eines Weltkrieges***" auch gegen den US-Imperialismus erheben würden!).

Die Revisionisten behaupten, die VR China bilde „***eine zunehmende Gefahr***" für „***alle friedliebenden Staaten, ganz gleich welcher Gesellschaftsordnung***" (34), der „***Maoismus***" sei „***heutzutage eine Gefahr für die Völker aller Staaten ... - unabhängig von ihrer Gesellschaftsordnung***" (35), und sie mahnen unüberhörbar: „***Das chinesische Problem*** (!!) ***wird immer mehr zu einer der akutesten politischen Fragen der Gegenwart***" (36). Die Tendenz liegt auf der Hand: Angeblich ist international der „*Entspannungsprozeß*" Trumpf, die friedliche Koexistenz ist eine allgemein „*anerkannte Norm der internationalen Beziehungen*" - nur die VR China legt sich quer, schürt „Spannungen", will die „Entspannung" zwischen USA und Sowjetunion „torpedieren", ist praktisch heute angeblich der Hauptkriegstreiber. „***Alle Staaten, unabhängig von ihrer Gesellschaftsordnung***" sind aufgerufen, sich um das „akute chinesische Problem" zu kümmern. **Wie sich die Revisionisten die „Lösung" des „chinesischen Problems" vorstellen, kann man sich ausmalen!...**

Die revisionistischen Bemühungen, eine weltweite Front „aller Staaten, unabhängig von ihrer Gesellschaftsordnung" zur „Lösung" des „chinesischen Problems" zustande zu bringen, sind praktisch das genaue Gegenstück zu aktuellen chinesischen Parolen von der „internationalen Einheitsfront gegen die Supermächte, vor allem gegen den Sozialimperialismus". Allerdings sind die sowjetischen Drohungen und Manöver ungleich gefährlicher, weil sich hinter ihnen die zweitgrößte Militärmaschinerie der Welt verbirgt, mit einem ungeheuren Arsenal an atomaren Waffen.

Außerdem werden wir, bei aller Empörung angesichts der immer tolleren Eskapaden der chinesischen Außenpolitik, niemals vergessen, daß es die KPdSU war, die damit begonnen hat, zu diesen Formen der Auseinandersetzung zu greifen, die zuerst imperialistische Politiker als „einsichtsvoll" usw. anpries und sich bei ihnen anbiederte. Wir vergessen nicht, daß schon 1963 die KPdSU gegen die KP Chinas den ungeheuerlichen Vorwurf erhob, sie strebe die „Entfesselung eines Weltkriegs" an (36b). Wir vergessen nicht, **wer die kommunistische Weltbewegung mit derartigen Verleumdungen und einer umfassenden Hetzkampagne gespalten und zugrunde gerichtet hat!**

Warum fürchten die Revisionisten den „Maoismus"?

Angesichts der offenkundigen geistigen Verwirrung der Verfasser der mehrfach erwähnten Beilage zu „Sozialimus - Theorie und Praxis" nimmt es nicht Wunder, daß sie sich auch beim Thema „***Konfrontation der Maoisten mit der kommunistischen Weltbewegung***" (S.60ff.) in allerlei Widersprüche verstricken und krauses Zeug zum Besten geben.

Sie stellen zwar ausdrücklich fest: „*Heutzutage wagt sich keine einzige ernste politische Partei oder Gruppe, keine einzige renommierte* (?) *Persönlichkeit des öffentlichen Lebens, von ihren Beziehungen zum Maoismus zu sprechen*" (S.68). Das ist zweifellos richtig, wenn man unter „Maoismus" in Wirklichkeit die Politik der „ML"er und der Vaterlandsverteidigung versteht. Das hindert die Revisionisten freilich nicht, sich gleich wieder zu ängstigen, die „Maoisten" seien eine „*Quelle der Desorganisierung, Desorientierung und Spaltung der revolutionären Kräfte*" (S.67) und sie würden von der „*chinesischen Führung*" dazu „*benutzt, in die marxistisch-leninistischen* (d.h. revisionistischen - Anm.AK) *Parteien Spaltung hineinzutragen*" (S.66). Und: „*Unter gegenwärtigen Verhältnissen, da immer neue Länder den Sozialismus als ihr Ziel verkünden, kann der Maoismus diese Länder desorientieren*" (S.70). Und obwohl die Verfasser behaupten, „*die meisten vernünftig denkenden Politiker*" der „Dritten Welt" seien „*sich über den konjunkturbedingten und spekulativen Charakter des Kurses Pekings im klaren und wollen nicht in seinem Fahrwasser segeln*" (S.54), jammern sie gleich darauf: „*Die Evolution* (=Entwicklung, Anm.AK) *der Entwicklungsländer zum wissenschaftlichen Sozialismus, zur Festigung der Zusammenarbeit mit der sozialistischen Staatengemeinschaft, würde viel schneller vor sich gehen, wenn nicht die Desorientierungstätigkeit Pekings wäre*"; z.B. würde die VR China „*den Entwicklungsländern maoistische Konzeptionen der Wirtschaftsentwicklung aufzuzwingen*" versuchen (S.55).

Hier liegt der erste Grund für die Angst der Revisionisten vor dem „Maoismus". Wäre der „Maoismus" nur das, als was die Revisionisten ihn darstellen (und was er in der gegenwärtigen chinesischen Außenpolitik teilweise auch zu sein scheint), dann würde in der Tat in der „Dritten Welt" der „Maoismus" garantiert keinerlei Anklang finden. Tatsächlich ist es aber das reale Vorbild der großen chinesischen Revolution, des Aufbaus des Sozialismus, der großen wirtschaftlichen und sozialen Fortschritte, die historische Solidarität des chinesischen Volkes mit den Völkern der „Dritten Welt", die „maoistische" Theorie und Praxis des Volkskrieges und vieles mehr, was in der „Dritten Welt" die „Gefahr" des „Maoismus" aus der Sicht der Revisionisten ausmacht. Daß diese Erfahrung auch durch zeitweise negative Erscheinungen der chinesischen Aussenpolitik nicht zu erschüttern ist, zeigt am eindrucksvollsten das Beispiel der MPLA, die noch heute ihre freundschaftlichen Gefühle gegenüber dem chinesischen Volk und der VR China betont.

Der zweite Grund, warum die Revisionisten die „Gefahr" des „Maoismus" beschwören, liegt in den Schwierigkeiten, die sie heute haben, ihre sogenannte „kommunistische Weltbewegung" halbwegs zusammenzuhalten. So wettern die Verfasser der Beilage zu „Sozialismus - Theorie und Praxis" heftig gegen die „*neutralistische Einstellung zum Maoismus*". „*Gewollt oder ungewollt helfen jene den Pekinger Spaltern, die sich gegen die Entlarvung der Schädlichkeit des Maoismus, gegen die Kritik der prinzipiellen Fehler der Pekinger Führer, gegen die Ausarbeitung einer gemeinsamen Strategie und Taktik, gemeinsamer Zielsetzungen im Kampf für die Einheit und den Zusammenschluß des Weltsystems des Sozialismus und der kommunistischen Bewegung wenden.*" „*Unter diesen Verhältnissen gewinnt der Kampf gegen die Verbreitung der Ideen des ‚Neutralismus', faktisch aber gegen den promaoistischen Opportunismus (!!!) in der kommunistischen Bewegung ganz besonders an Bedeutung.*" (alle Zitate S.63).

tralismus', faktisch aber gegen den promaoistischen Opportunismus (!!!) in der kommunistischen Bewegung ganz besonders an Bedeutung." (alle Zitate S.63).

Hier geht es also offenkundig gegen Parteien wie die Revisionisten Italiens (PCI), Frankreichs (PCF), Spaniens (PCE) u.a., die zu der von den Sowjetrevisionisten geforderten „offiziellen Verurteilung" der KP Chinas durch die „kommunistische Weltbewegung" nicht bereit sind, die sich eine größere Unabhängigkeit von der KPdSU (im Sinne einer engeren Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Parteien ihrer eigenen Länder) sichern wollen usw.

Das lächerliche Gespenst eines „*pro-maoistischen* (!) *Opportunismus*" wird beschworen, um diese Entwicklung aufzuhalten. Dabei verfallen die sowjetrevisionistischen Verfasser unvermeidlich wieder in den chauvinistischen „Vater"-Ton, der der KPdSU im Umgang mit den „Bruderparteien" nun einmal eigen ist.

Das dritte Motiv der Revisionisten, die „Gefahr" des „Maoismus" zu beschwören, ist die Angst vor der Entwicklung der revolutionären Linken. So behaupten sie: „*Die maoistischen Ausfälle gegen den wissenschaftlichen Sozialismus und den proletarischen Internationalismus tragen zur Aktivierung der Antikommunisten, der Abtrünnigen verschiedener Schattierungen, Trotzkisten, Anarchisten, Extremisten sowie rechten und ‚linken' Opportunisten bei, die sich in ihren Attacken gegen den Marxismus-Leninismus häufig mit den Maoisten zusammentun*" (S.63/64). Und sie sprechen sogar von einer „***geistigen Verwandschaft der Pekinger Führung mit den Gruppierungen terroristischen und anarchistischen Charakters***" (S.65). Auf Feinheiten kommt's offensichtlich dabei nicht an!

Forts. Seite 46

Forts. von S. 45

Wenn man den „Maoismus" mit der heutigen Außenpolitik der VR China identifiziert und die „Maoisten" mit „ML"ern und Vaterlandsverteidigern gleichsetzt, dann liegt es auf der Hand, daß diese Leute in fast allen Ländern bedeutungslose Sekten sind, mit denen kein Revolutionär verwechselt werden will. Beispielsweise ist auch klar, daß sich die Trotzkisten **n i e m a l s** mit den „Maoisten" zusammentun, sondern daß sie diese - egal was man unter „Maoisten" verstehen mag - erbittert bekämpfen, wie im übrigen ja auch die trotzkistischen Angriffe gegen die VR China den revisionistischen Verleumdungen aufs Haar gleichen.

Die Revisionisten brauen dieses ganze Sammelsurium von „Abtrünnigen verschiedener Schattierungen", „Trotzkisten", „Anarchisten", „Extremisten", „Terroristen", weil es für sie sehr bequem ist, alle diese Gruppen zusammen in einen Topf zu werfen. So zubereitet ist dann sogar noch der allerdümmste DKP-Funktionär in der Lage, ein paar Schnacks gegen die „Chaoten" abzulassen. Jede größere Differenzierung würde womöglich das Fassungsvermögen dieser Funktionäre überfordern und die Verhetzung der Mitgliedschaft unnötig komplizieren. Und wenn sich gewisse Differenzierungen gar nicht mehr vermeiden lassen, sind die Revisionisten sogleich bestrebt, doch gleich wieder alles in den großen „Chaoten"-Topf zu wischen. So weiß heute z.B. jeder DKPler, daß sich der KB in vielen Fragen, z.B. auch der Haltung zur chinesischen Außenpolitik, von den „ML"ern unterscheidet. Daher wurde eigens vor einiger Zeit ein großes Tribunal inszeniert (siehe auch Notiz in diesem AK), wo der „Beweis" geführt werden sollte, daß der KB im Grunde „antisowjetisch" und sonst alles mögliche sei (immer nach der geistreichen Devise: Der KB kritisiert die Sowjetunion, die „ML"er kritisieren die Sowjetunion, Strauß kritisiert die Sowjetunion - also alles eine Soße!...). Am Ende kam heraus, daß die offenkundigen Differenzen des KB gegenüber den „ML"ern ein besonders tückischer Trick der *„KB-Führer"* seien, um *„dem wachsenden Druck und der Stimmung der Mitglieder und Anhänger des KB"* Rechnung zu tragen (37), weil es viele *„ehrliche KB-Mitglieder"* gebe, ***„die unter dem Eindruck der konterrevolutionären chinesischen Außenpolitik am Maoismus zu zweifeln beginnen"*** (38). Innerhalb des KB ist über solche Zweifel nichts bekannt, aber einige DKP-„Theoretiker" hören anscheinend das Gras wachsen!...

Den „Maoismus" verteidigen!

Für uns ist der „Maoismus" (ein Ausdruck, den wir selbst nicht verwenden, aber auf den wir uns hier beziehen) zu identifizieren mit der in erster Linie vom Genossen Mao Tsetung geprägten revolutionären chinesischen Theorie und Praxis der chinesischen Revolution. Das heißt, wir identifizieren den „Maoismus" zum einen mit den in den „Ausgewählten Werken" und den darüber hinausgehenden authentischen Schriften des Genossen Mao Tse-tungs entwickelten Vorstellungen, mit der „Polemik über die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung" u.a.; wir identifizieren den „Maoismus" zum anderen mit rund zwei Jahrzehnten revolutionärer chinesischer Innen- und Außenpolitik, insbesondere auch mit der Großen Proletarischen Kulturrevolution.

In diesem Sinne sind und bleiben wir selbstverständlich „Maoisten", d.h. der „Maoismus" ist für uns ein Bestandteil des Marxismus-Leninismus, der die orientierende Ideologie unserer Organisation ist.

Die Revisionisten hingegen versuchen, den „Maoismus" zu verteufeln, indem sie ihn zum einen mit Erscheinungsformen der gegenwärtigen chinesischen Außenpolitik gleichsetzen, die für uns einen krassen **B r u c h** mit den „Mao-Tse-tung-Ideen" und mit zwei Jahrzehnten chinesischer Politik darstellt, und sie versuchen, den „Maoismus" außerdem anzuschwärzen, indem sie die kühne Behauptung aufstellen, Mao Tse-tung sei überhaupt **n i e** ein Marxist-Leninist gewesen!

So heißt es beispielsweise in einem revisionistischen Broschürchen aus der Sowjetunion:

„Was ist der Maoismus eigentlich vom ideologisch-theoreschen, philosophischen, soziologischen und taktischen Auffassungen Maos und seiner Anhänger deutlich den Einfluß und das eklektische Gemisch verschiedenster Doktrinen, Ansichten, Theorien und Konzeptionen [e]rkennen: der feudalen chinesischen [Phi]losophie (vorwiegend Konfuzia[nismu]s und Taoismus), des kleinbür[gerlich]en Sozialismus, Ansichten [klein]bürgerlich-bäuerlicher, bürgerlich-nationalistischer, großmachtchauvinistischer, trotzkistischer, anarchistischer Prägung u.dgl.m.

Durch dieses Prisma eben hatte Mao Tse-tung denn auch gewisse Ideen des Marxismus-Leninismus aufgenommen. Mao hat nie eine in sich geschlossene marxistisch-leninistische Weltanschauung besessen" (Anm. 39).

Man kann sicher sein, daß der „durchschnittliche" polititsch interessierte sowjetische Leser, für den solche Broschüren gemacht werden (die dann z.B. auch in deutschen Übersetzungen in der DDR verbreitet werden), niemals eine authentische Schrift Mao Tse-tungs zu sehen bekommen wird (das ist eine wesentliche Voraussetzung für die revisionistischen Verleumdungen!), und daß er mit Begriffen wie „Konfuzianismus" und „Taoismus" inhaltlich überhaupt nichts konkretes anfangen kann, daß dieses pseudo-wissenschaftliche Geschwätz und die Aneinanderreihung irgendwelcher -ismen nur zur Einschüchterung der Leser dienen soll.

Denn es gibt absolut **k e i n e** inhaltliche Auseinandersetzung der Revisionisten mit den „Mao Tse-tung-Ideen"; es gibt **k e i n e** revisionistische Schrift, in der die Behauptung wie „eklektisches Gemisch verschiedenster Doktrinen" usw. jemals inhaltlich belegt worden wären. Die unseres Wissens **e i n z i g e** Ausnahme, - d.h. der **e i n z i g e** Versuch, den „Maoismus" wirklich **anhand der Schriften des Genossen Mao Tse-tung** zu widerlegen, findet sich in dem heute längst vergessenen Buch **„Chinas Weg - Marxismus oder Maoismus"** (Anm. 40), 1969 von der DKP herausgebracht. Die Verfasser dieses Buches verblüfften damals durch Ahnungslosigkeit und Frechheit. So warfen sie dem Genossen Mao Tsetung z.B. vor: **„Das Vertrauen in die Massen bzw. der Glaube, daß es genüge, sie zu mobilisieren, läßt ihn alle objektiven Schranken vergessen.... Geringschätzung gegenüber dem durch Jahrtausende hindurch geprägten (!!) chinesischen Volk und elitär-idealistische Ansicht, daß man den Menschen ändern könne, wie man wolle, fließen hier mit paternalistischen Zügen zum Zynismus (!) zusammen"** (Anm. 41). Bei der „Widerlegung" des Genossen Mao stützen sich die Verfasser jenes Buches vor allem auf die Schriften des französischen Rechtsrevisionisten Roger Garaudy, der kurz darauf aus der PCF flog, nachdem er seine antikommunistische Dreckschleuder nicht nur (wie erwünscht) gegen die VR China, sondern auch gegen die Sowjetunion gewendet hatte. Nicht zuletzt deshalb ist dieser DKP-Schmöker, der **seinerzeit zentrales „Schulungsmittel" zur Aufhetzung gegen den „Maoismus"** war, von den Revisionisten schon lange aus dem Verkehr gezogen worden.

Nicht zuletzt sei erwähnt, daß in den 50er Jahren die Gesammelten Schriften des Genossen Mao Tsetung in der DDR in deutscher Übersetzung erschienen sind.

Texte von Mao Tse-tung wurden im übrigen auch von der KPD nachgedruckt. So beispielsweise in „Wissen und Tat" („Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur" der KPD) vom Februar 1949 der Artikel des Genossen Mao Tse-tung „Ein Wendepunkt in der Geschichte" (25.12.47). Im redaktionellen Vortext dazu heißt es: **„Wir empfehlen unseren Lesern ein gründliches Studium des hier wiedergegebenen Referats.... Abgesehen davon, daß das Referat einen ungewöhnlich klaren Einblick in die besonderen Probleme des Kampfes des chinesischen Volkes vermittelt, besteht seine Bedeutung vor allem in der Darlegung der theoretischen Grundlagen und Perspektiven des Kampfes der kolonialen und halbkolonialen Völker"** !! Man vergleiche dies mit den heutigen Verleumdungen!! – **Der Text des Genossen Mao „Über den Widerspruch" gehörte in den 50er Jahren zum zentralen Kader-Schulungsmaterial der KPD, als anerkannt ausgezeichnete Darlegung der marxistisch-leninistischen Dialektik!**

Noch 1959 (!!) erschien in der DDR die Dokumentation „Aus dem Kampf der deutschen Arbeiterklasse zur Verteidigung der Revolution in China" (hrg. von der Parteihochschule „Karl Marx" beim ZK der SED, Dietz Verlag Berlin 1959). Der Dokumentation vorangestellt sind zwei große Fotos von Mao Tse-tung und Lenin! Im Vorwort wird Walter Ulbricht zitiert, der vom *„Sieg der Volksrevolution in China unter Leitung des weitblickenden Führers Mao Tse-tung"* sprach.

Heute nachträglich mit der Behauptung zu kommen, Mao Tse-tung sei „eigentlich" überhaupt nie Marxist-Leninist gewesen, sondern habe den Kopf voller verrückter kleinbürgerlicher Ideen gehabt, nimmt sich vor diesem Hintergrund reichlich merkwürdig aus. Ganz offensichtlich können es die Revisionisten der KP China einfach nicht verzeihen, daß sie es „gewagt" hat, die revisionistische Entwicklung der KPdSU zu kritisieren und anzugreifen?!

Jedenfalls steht eine theoretische Auseinandersetzung der Revisionisten mit den „Mao Tse-tung-Ideen" noch aus. Wir sind sicher, daß die Revisionisten gute Gründe haben, wenn sie diese Auseinandersetzung bisher vermieden haben und weiter vermeiden wollen. Sie würden dabei nämlich „ziemlich alt aussehen"!

Anmerkungen

1) Offener Brief des ZK der KPdSU vom 14.7.1963, zitiert nach „Polemik über die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung", Peking 1965, S. 595

2) „Wissen und Tat", Schriftenreihe der KPD für den innerparteilichen Gebrauch, Sondernummer „Über die Volksrepublik China", ohne Datum (etwa 1951/52), S. 59 - es handelt sich bei den Artikeln dieser Sondernummer durchweg um Übersetzungen der sowjetischen Verfasser, in diesem Fall ein gewisser N. Sudarikow

3) Sämtliche Angaben und Zitate über Höhe und Zeitpunkt der Kredite sowie Kommentare aus: G. Hidasi (Ungarn), „Die Widerspiegelung der außenpolitischen Bestrebungen der chinesischen Führung in der Wirtschaftspolitik der VR China", im Sammelband „Die antisozialistische, entspannungsfeindliche Außenpolitik der Pekinger Führer", Berlin/DDR 1974, S. 228-29

4) G.W. Astafjew (Sowjetunion), „Die Entstellung der Leninschen Prinzipien der Außenpolitik in den theoretischen Konstruktionen und in der außenpolitischen Praxis der VR China in den Jahren 1958 bis 1972", im Sammelband, siehe Anm. 3, S. 34

5) Zitate Lin Biao s nach „Die territorialen Ansprüche Mao Tse-tungs", Moskau 1971, S. 6

6) N. Dagdan (VR Mongolei), „Einige Aspekte des außenpolitischen Kurses der chinesischen Führer in Asien", im Sammelband, siehe Anm. 3, S. 278

7) W. N. Matwejew (Sowjetunion), „Die antisozialistische Politik der Maoisten in der ‚dritten Welt' ", im Sammelband, siehe Anm. 3, S. 215

8) Beilage zu „Sozialismus - Theorie und Praxis", Januar 1976, S. 14

9) Beilage ..., S. 57

10) gleichfalls

11) Beilage ..., S. 15

12) siehe Anm. 7

13) ebenso, S. 212

14) Beilage..., S. 64-65

14) Beilage..., S. 64-65

15) Beilage..., S. 70

16) siehe Anm. 4, S. 43

17) Beilage..., S. 13

18) Beilage..., S. 14

19) Beilage..., S. 11

20) Beilage..., S. 9

21) Günter Weiss, „KB gegen Entspannung und Abrüstung", in „Materialien einer Veranstaltung der DKP am 8. Januar 1976 im Hamburg", S. 25

22) Sammelband ..., siehe Anm. 3, Vorbemerkung S. 5

23) siehe Anm. 21

24) Beilage ..., S. 11

25) siehe Anm. 21

26) siehe Anm. 1, S. 618 und 615

27) siehe Anm. 21, S. 24

28) Beilage ..., S. 7

29) Beilage ..., S. 14

30) Beilage..., S. 66

31) Beilage..., S. 67

32) Beilage..., S. 13

33) Beilage ..., S. 66

34) Beilage ..., S. 14

35) Beilage..., S. 70

36) Beilage..., S. 14

36 b) siehe Anm. 1, S. 610

37) siehe Anm. 21, S. 23

38) Willi Gerns, „Opportunismus unter ‚linker' Flagge", in: „Materialien ..., siehe Anm. 21, S. 5

39) „Worüber Peking schweigt", Moskau 1972, S. 3-4

40) Robert Farle/Peter Schöttler, „Chinas Weg - Marxismus oder Maoismus", Verlag der Marxistischen Blätter, Frankfurt 1969

41) siehe Anm. 40, S. 112-113

Krise im RBJ/BDJ (III) Schwamm drüber?

Im AK 75 und 76 hatten wir über die Auseinandersetzungen im Hamburger RBJ/BDJ berichtet. Mehrere Mitglieder hatten ein Papier veröffentlicht, in dem sie vor dem Versuch einer *„Gruppe von BDJ-Führern"* warnten, *„den Verband in ein Anhängsel des Reformismus umzufunktionieren"*. Ein maßgeblicher Führer des Hamburger RBJ/BDJ hatte daraufhin erklärt, dieser Vorwurf müßte „zurückgenommen" werden, sonst sei für diese Mitglieder „im BDJ kein Platz". Eben dieser BDJ-Führer forderte kurz darauf in einem „Diskussionspapier" *„innerhalb der Plattform des BDJ"* müßte *„auch der Reformismus einen Platz"* bekommen; in diesem Sinne sollte der RBJ/BDJ *„bewußt und zielstrebig seine Plattform ausbauen und konkretisieren"*, um aus dem *„politischen Abseits"* herauszukommen.

Nach einer derartigen Konfrontation der Auffassungen im RBJ/BDJ hätte man eigentlich einen offenen Meinungskampf um die aufgebrochenen Differenzen erwarten sollen. Zumal, da inzwischen ein Mitglied des Gesamtvorstands Hamburg/Schleswig-Holstein und mehrere weitere Mitglieder des RBJ/BDJ die Konsequenz gezogen haben, mit Erklärungen gegen die reformistische Strömung innerhalb des Verbandes und die opportunistische Behandlung innerer Widersprüche aus dem RBJ/BDJ auszutreten.

Wer eine offene und ehrliche Diskussion dieser Auseinandersetzungen erwartet hatte, sieht sich allerdings vorerst getäuscht: So beschloß der Gesamtvorstand Hamburg/Schleswig-Holstein beispielsweise, die ausführliche Erklärung des ausgetretenen Vorstandsmitglieds sei es nicht wert, überhaupt auf die Tagesordnung gesetzt und diskutiert zu werden, „weil da doch nichts drin steht".

Nach diesem bezeichnenden Vorspiel brachte auch die neueste Nummer der „Kämpfenden Jugend"(Zeitung des RBJ/BDJ) Nr. 3/76 lediglich eine aus einem Satz (!) bestehende Nebenbemerkung über die Austritte, aber k e i n Wort über die politischen Hintergründe, geschweige denn eine Veröffentlichung der Austrittserklärung des Vorstandsmitglieds. Das Kritikpapier mehrerer Mitglieder am Versuch, „den Verband in ein Anhängsel des Reformismus umzufunktionieren", wird in der neuen „KJ" überhaupt nicht erwähnt. Andererseits ist auch die Aufforderung des erwähnten maßgeblichen Vorstandsmitglieds, daß der Reformismus „innerhalb der Plattform des BDJ Platz" haben müßte, in der „KJ" nicht veröffentlicht und nicht einmal erwähnt worden!

Stattdessen hat sich der Gesamtvorstand des RBJ/BDJ Hamburg/Schleswig-Holstein auf eine Erklärung *„Die Krise nach vorn überwinden"* vereinheitlicht, in der zwar wortreich eine *„breite Diskussion um die politischen Aufgaben"* angekündigt wird, aber wo in Wahrheit ganz offensichtlich versucht werden soll, die aufgebrochenen Widersprüche zu verkleistern.

Wenn beispielsweise als quasi „wesentliche Schlußfolgerung" gesagt wird: *„Es geht vor allem um die Herausbildung einer programmatischen Position zum Reformismus und zur Mitbestimmung und um die praktische Hinwendung zu einer konsequenten Politik in der demokratischen Jugendpolitik"*, dann kann sich darunter wohl jeder vorstellen, was er gerade möchte. Welche „programmatische Position" soll eingenommen und „konsequent" vertreten werden? Hierzu gibt es bereits alternative Vorstellungen (auch innerhalb des Gesamtvorstands!), die aber in der „KJ" überhaupt nicht erwähnt werden, geschweige denn, daß der Gesamtvorstand dazu Stellung beziehen würde.

Es wäre nicht einmal verblüffend, wenn jetzt das erwähnte maßgebliche Mitglied des Gesamtvorstands sein allzu offenherziges „Diskussionspapier" zum Reformismus wieder in die Schublade steckt. Genauso, wie bereits ein Papier zur Mitbestimmung anscheinend stillschweigend aus dem Verkehr gezogen wurde! ...

Zwei inhaltlich nichtssagende Bemerkungen enthält die Erklärung des Gesamtvorstands Hamburg/Schleswig-Holstein des BDJ in der „KJ" 3/76 zu unserem Artikel in AK 75:

– 1. Es wird unsere Meinung erwähnt, dem RBJ/BDJ sei es nicht gelungen, seinem Selbstverständnis entsprechend eine **a u t o n o m e** demokratisch-antifaschistische Massenarbeit zu entwickeln. Dazu heißt es in der „KJ" 3/76 lediglich: *„Was denn unter autonomer demokratisch-antifaschistischer Arbeit zu verstehen sei, wird im AK-Artikel selbst nicht weiter ausgeführt".* – Offenbar soll der Eindruck erweckt werden, der KB könnte auch nur „kluge Sprüche" machen, aber keine konkreten Alternativen aufzeigen. Dies wäre eine Unverschämtheit, da seit nunmehr mehr als anderthalb Jahren die maßgeblichsten Mitglieder des Gesamtvorstands Hamburg/Schleswig-Holstein in einer ständigen Diskussion gerade über diese Frage mit beauftragten Genossen des KB gestanden haben und ihnen unsere Auffassungen und vielfachen konkreten Vorschläge wohlbekannt sind. Offenbar spekuliert man auf die Unkenntnis „einfacher" RBJ/BDJ-Mitglieder, die über den Inhalt dieser Gespräche nicht informiert worden sind!

– 2. Am Schluß der Erklärung heißt es: *„Abschließend kritisieren wir an dem AK-Artikel, daß er sich in seiner Kritik nicht auf die Haupttatsachen unserer Politik stützt, sondern auf vereinzelte Beispiele unserer Praxis und sogar Gerüchte zurückgreift".*

Angesichts der Tatsache, daß über diesen nur aus Behauptungen bestehenden, in keinem Punkt belegten Satz hinaus in der gesamten „KJ" Nr. 3 keinerlei Auseinandersetzung mit dem Artikel in AK 75 vorliegt (AK 76 erschien erst kurz vor Redaktionsschluß der „KJ"), ist das eine weitere Unverschämtheit.

Das bereits mehrfach erwähnte maßgebliche Vorstandsmitglied (derselbe, der dem Reformismus „einen Platz in der Plattform" verschaffen will oder wollte – so genau ist uns der augenblickliche Stand nicht bekannt) hatte zuvor dem Gesamtvorstand des RBJ/BDJ Hamburg/Schleswig-Holstein mehrere sehr „deftige" Entwürfe zu einer Entgegnung auf unseren Artikel in AK 75 vorgelegt, die aber der Mehrheit des Vorstands offenbar als zu scharf oder zu gewagt erschienen. Die Folge war eine Vereinheitlichung auf die zitierte nichtssagende Behauptung, wir hätten uns nicht an die „Haupttatsachen" (welche?) gehalten, sondern an „vereinzelte Beispiele" – um damit jeder Notwendigkeit zu einer Antwort auf unsere Stellungnahme enthoben zu sein. Hierin zeigt sich die selbe opportunistische Grundhaltung wie in dem Beschluß, über die Stellungnahme des ausgetretenen Vorstandsmitglieds nicht zu diskutieren, „weil da doch nichts drin steht".

Die Mehrheit des RBJ/BDJ-Gesamtvorstands Hamburg/Schleswig-Holstein scheut sich offenbar davor, in der gegenwärtigen Auseinandersetzung eindeutig Stellung zu beziehen. Wir glauben allerdings, daß ihnen die Mitglieder des RBJ/BDJ dies letztlich nicht ersparen werden. ●

Erfolgreiche Portugal-Veranstaltungen

In einigen westdeutschen Städten wurden in der Zeit vom 15. bis 26. März von unseren Ortsgruppen recht erfolgreiche Portugal-Veranstaltungen durchgeführt. Die Veranstaltungen standen im Zeichen der Solidarität mit dem Kampf der portugiesischen Arbeiter und revolutionären Linken und – in der Regel – auch im Zeichen der Freude über den Sieg der angolanischen MPLA über die Marionetten des Imperialismus dort.

Außer Reden und z.T. öffentlichen Auseinandersetzungen (z.B. mit dem SB in Hannover) zur politischen Lage in Portugal (und Angola), wurde der Film „Poder Popular" („Die Macht des Volkes") gezeigt und der populäre, revolutionäre Volkssänger aus Portugal, José Afonso, trat mit klassenkämpferischen Liedern auf.

Diese Veranstaltungen in sieben westdeutschen Städten wurden von insgesamt fast 2.700 Menschen besucht, was zeigt, daß auch in Phasen, in denen die portugiesische Revolution empfindliche Niederlagen einstecken muß, immer noch sehr viele Menschen hier in der BRD mit dem Kampf der portugiesischen Arbeiterklasse solidarisch sind. Im einzelnen ergibt sich folgendes Bild:

Bremerhaven	280 Besucher
Bremen	420 Besucher
Lüneburg	120 Besucher
Hannover	200 Besucher
Westberlin	700 Besucher
Frankfurt	800 Besucher
Karlsruhe	140 Besucher.

Unter den Veranstaltungs-Teilnehmern waren auch relativ viele portugiesische Arbeiter: so über 100 in Frankfurt und jeweils 30 bis 40 in Bremen und Bremerhaven.

Insgesamt zeigen die Teilnehmer-Zahlen eine für einige unserer Ortsgruppen ungewöhnlich hohe Mobilisierung, was in erheblichem Maß zweifellos auf den zugkräftigen Namen von Afonso zurückgeht. Andererseits zeigen die hinter den Erwartungen zurückgebliebenen Teilnehmerzahlen in Hannover und Lüneburg, daß ohne tatkräftige Mobilisierung und intensive politische Diskussion der Genossen in ihren Arbeitsbereichen nichts sozusagen „automatisch" läuft.

So vermerkt der Lüneburger Auswertungs-Bericht selbstkritisch, daß in vielen Initiativen, Frauen- und Jugendgruppen unsere Genossen kaum oder gar nicht eine entsprechende politische Diskussion führten, und daß so nicht einmal alle politischen Kontakte und Sympathisanten zur Veranstaltung mobilisiert werden konnten.

In der Regel versuchten unsere Ortsgruppen mit anderen politischen Gruppen am Ort Aktionseinheiten zur Veranstaltung einzugehen. Dies gelang aber nur in den seltensten Fällen: In Bremen riefen zusätzlich noch GARM (MIR-Sympathisanten), Portugal-Komitee, GIM und Spartacusbund, in Hannover noch das SB (ohne eigene Mobilisierungs-Anstrengungen allerdings) auf.

Auf den sieben Veranstaltungen konnten insgesamt etwa 8.500 DM für diverse Land-Kooperativen gesammelt werden (vgl. Spendenliste), die José Afonso direkt mitgegeben werden konnten. ●

Eine sehr kämpferische Veranstaltung fand gleich zu Beginn der Rundreise am 15.3. in Bremerhaven statt. Mit 280 Teilnehmern war dies die seit Jahren größte politische Veranstaltung einer linken Organisation am Ort.

Ägypten: Freundschaftsvertrag mit der Sowjetunion aufgekündigt

Präsident Sadat und die ägyptische „Volksversammlung" haben am 14./15.3. den ägyptisch-sowjetischen Freundschaftsvertrag gekündigt. Obwohl seit Abschluß des Vertrages 1971 sich die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Ägypten ständig verschlechtert haben, ist die Kündigung des Vertrages doch ein wichtiger Schritt, der einen Markstein in der politischen Entwicklung im Nahen Osten bedeutet. Die Kündigung des Vertrages ist nämlich andererseits verbunden mit einem sich ständig ausweitenden Einfluß der US-Imperialisten, der europäischen Imperialisten und der reaktionären arabischen Regimes in Ägypten.

In seiner Rede vor der Volksversammlung sagte Sadat, die Sowjetunion versuche, im arabischen Raum Achsen des sowjetischen Einflusses zu schaffen. *„Dieses Vorgehen basiert tatsächlich nicht auf revolutionärem Geist und Teilnahme am Kampf gegen den Imperialismus, sondern vielmehr auf den Interessen der Sowjetunion in ihrer Eigenschaft als einer Großmacht."* Als Beispiel für den Druck, den die Sowjetunion auf Ägypten ausgeübt habe, führte Sadat an, daß sich die SU geweigert habe, Ersatzteile für die Unterhaltung der MIG-21-Flugzeuge der ägyptischen Luftwaffe zu liefern. *„Es ist mithin deutlich, wie ich bereits gesagt habe, daß diese Maßnahme eine Blockade ist, um wirtschaftlichen und militärischen Druck auf mich auszuüben, wirtschaftlichen Druck, weil die Sowjetunion unsere wirtschaftlichen Verhältnisse kennt, und militärischen Druck, weil in einem Jahr alle meine Waffen zu Schrott werden. All dies sollte mich auf die Knie zwingen. Ich werde nicht auf die Knie gehen, ich knie nur vor Gott."* Dies sei die Art, in der die SU den Vertrag einhalte, deshalb müsse er gekündigt werden. (alles nach Radio Kairo vom 14.3.76)

Sadat stellt hier die wahren Zusammenhänge auf den Kopf. Der von der Sowjetunion angewandte Druck ist in Wirklichkeit die Folge der ägyptischen Politik, die mindestens seit Sadats Amtsantritt 1970 auf eine Ausschaltung der SU aus der Nahost-Politik gezielt hat.

Die SU andererseits rechtfertigt ihr Vorgehen damit, daß es im Interesse der arabischen Völker liege, wenn die arabischen Staaten feste Beziehungen zur SU unterhalten. Die SU-Ideologen begründen diese Haltung mit ihrer Theorie des „nichtkapitalistischen Weges", der unter dem Einfluß der SU solche Länder wie Ägypten „gesetzmäßig zum Sozialismus führt", unter Vermeidung des Kapitalismus und unter Ausschaltung von weltpolitischen Krisen.

Die Niederlage der revisionistischen Außenpolitik ist kein Grund zum Jubeln

Folgerichtig warnt die SU deshalb vor den Folgen der Vertragskündigung für die Sache der arabischen Revolution. Sie sei ein Ausdruck der Bemühungen der Imperialisten und der Reaktion, die fortschrittlichen Errungenschaften des ägyptischen Volkes zunichtezumachen (nach Radio Moskau, 15.3.76).

Die Revisionisten haben den Vertrag mit Ägypten als eines der *„zweifellos bisher bedeutsamsten Ereignisse hinsichtlich der Gestaltung politischer Beziehungen zwischen Ländern der sozialistischen Staatengemeinschaft und afro-asiatischen Staaten"* bezeichnet (Grundfragen des antiimperialistischen Kampfes ..., DDR 1974, S. 191). Die SU hatte ab 1956, nachdem die imperialistischen Staaten die relativ fortschrittliche Nasser-Regierung erpressen wollten (Suez-Krise), die wirtschaftliche und militärische Entwicklung Ägyptens massiv unterstützt. Vor und nach dem Junikrieg 1967 hatten sie Ägypten mit modernsten Waffen ausgerüstet und die ägyptische Armee ausgebildet. Große Industrieprojekte und der Assuan-Staudamm kamen mit Hilfe der SU zustande. Auf diese Weise wurde eine vom Imperialismus weitgehend unabhängige Entwicklung Ägyptens ermöglicht. Die SU hatte dabei kaum politisch Einfluß genommen, bzw. nehmen können. Selbst das Verbot der Kommunistischen Partei Ägyptens konnte die Beziehungen nicht trüben. Als jedoch Anfang der 70er Jahre die ägyptische Bourgeoisie begann, die Früchte dieser Entwicklung zu ernten und sich – politisch und wirtschaftlich gestärkt – wieder mehr den Imperialisten zuzuwenden (was ein gesetzmäßiger Vorgang ist), wurden die Widersprüche der Haltung der SU deutlich. Der Abschluß des Freundschaftsvertrages 1971 erfolgte zu einer Zeit, als das Sadat-Regime bereits dabei war, Verstaatlichungen rückgängig zu machen und sich auf eine Beilegung des Konflikts mit dem Zionismus – mit Hilfe der Imperialisten und ohne die SU – vorzubereiten. Es folgte der Herauswurf der sowjetischen Militärberater, der begrenzte Krieg mit Israel vom Oktober 1973 und schließlich das Sinai-Abkommen. Die SU hatte mit ca. acht Milliarden Dollar Verlust (nicht bezahlte Waffenhilfe und Kredite) das Nachsehen.

Während die revisionistische Theorie behauptete, daß der Freundschaftsvertrag *„eine Barriere gegen die Umtriebe des Weltimperialismus im Nahen Osten"* sei, *„neue Möglichkeiten für die Beseitigung der Folgen der israelischen Aggression"* schaffe, und *„die Positionen der fortschrittlichen Kräfte in diesem Raum stärkt"* (Grundfragen ..., S. 474), ging in Wirklichkeit das Gegenteil vor sich. Unter einer Ausweitung des Einflusses des Imperialismus wurden die Folgen der israelischen Aggression festgeschrieben (Kissinger-Mission und Sinai-Vertrag), während die SU aus dem Raum verdrängt wurde.

Die Ursache dafür ist, daß die SU sich bewußt an die Bourgeoisie und Kleinbourgeoisie der arabischen Länder wendet, statt an die revolutionären Kräfte der arabischen Massen. Sie tritt damit in Konkurrenz mit dem Imperialismus um dessen eigenem Feld. Zwar wird diese Konkurrenz von der arabischen Bourgeoisie zeitweise liebendgern in Anspruch genommen, um ihre Interessen der nationalen Unabhängigkeit gegenüber dem Imperialismus zu fördern, letztendlich jedoch zieht die (von der SU einige Jahre gemästete) Bourgeoisie es vor, erneut mit dem Imperialismus zu paktieren. So durfte die SU Waffen und Industrie liefern, die der US-Imperialismus Ägypten nicht zugestehen wollte. Währenddessen wurden aber die wirklichen revolutionären Kräfte in Ägypten verboten, verfolgt und zerschlagen. Die Hilfe der SU half also beim Ausbau der Herrschaft des Kapitalismus in Ägypten auf wirtschaftlicher und politischer Ebene.

Nach revisionistischer Theorie sollte Ägypten eine nichtkapitalistische Entwicklung durchmachen. Sie wäre vor allem durch folgende Faktoren gekennzeichnet:

- *Schaffung eines staatlichen Sektors*
- *Agrarreform*
- *Entwicklung der Arbeiterklasse und der Schicht der Genossenschaftsbauern*
- *Zurückdrängung des Einflusses des Imperialismus und des nationalen Kapitals*
- *Machtübernahme der Kräfte der revolutionären Demokratie*
- *Bündnis mit den sozialistischen Staaten*

(nach Grundfragen ..., S. 470 ff)

Über die tatsächliche Entwicklung in Ägypten haben wir schon in AK 37 berichtet. Deshalb hier nur einige Fakten. Selbst das „Neue Deutschland" berichtete am 17.12.75 über die „ständig wachsenden Probleme" der ägyptischen Wirtschaft:

- Im ersten Halbjahr 1975 lag die Zuwachsrate der Produktion im privaten Wirtschaftssektor bereits um 4 % höher als im staatlichen Sektor. Im Jahr 1976 sollen die Investitionen in Privatbetrieben um weitere 22 % wachsen. Diese Investitionen liegen dabei vor allem in den traditionellen Bereichen kolonialer Länder: Handel, Bau und Dienstleistungen.
- Erhöhung der Pachtzinsen in der Landwirtschaft.
- Inflation, rasende Verteuerung der Grundnahrungsmittel, Wegfall staatlicher Preisstützung für Grundnahrungsmittel, so daß *„die Massen des Volkes unter schrecklichen wirtschaftlichen Schwierigkeiten leiden, während in ständig neu entstehenden Exklusivläden immer mehr importierte Luxusartikel angeboten werden. Die gegenwärtige Entwicklung kommt höchstens zwei Millionen von 38 Millionen Einwohnern des Landes zugute."*
- Wachsendes Defizit der Handelsbilanz, 1974: 600 Millionen Pfund, 1975: 800 Millionen Pfund (ca. 1,8 Milliarden Dollar). Steigerung der Produktion von Exportwaren durch eine „Politik der offenen Tür" für ausländisches Kapital.
- Wichtige Nahrungsmittel müssen eingeführt werden (Weizen, Öl, Fleisch).

Die Beziehungen zwischen Ägypten und der SU waren für die Theoretiker des „nichtkapitalistischen Entwicklungsweges" ein Beispiel von strategischer Bedeutung:

„... gesetzmäßig haben ihre Beziehungen in den letzten Jahren eine qualitativ neue Stufe erreicht. Das war und ist von weitreichender Bedeutung für den gesamten revolutionären Weltprozeß." (Grundfragen ..., S. 179). Es ist bisher nicht klar, wie die SU ihre Niederlage im Nahen Osten verarbeiten wird. Es liegt im Wesen des Revisionismus, daß trotz der Bedeutung der Angelegenheit die Stellungnahmen bisher sehr zurückhaltend waren. Die SU erklärte, die Aufkündigung des Vertrages spiele in die Hände der Kräfte des Imperialismus, des Zionismus und der Reaktion („Süddeutsche Zeitung" – „SZ" – 23.3.76).

Eine besonders üble Rolle hat offenbar wieder einmal die chinesische Außenpolitik gespielt. Die Aufkündigung des Vertrages wurde von der VR China begrüßt: „Bankrott der sowjetischen Hegemonie in Ägypten" (nach „Frankfurter Rundschau", 17.3.76). Dabei hatte die VR China nach Kräften nachgeholfen: Schon vor sechs Monaten erhielt Sadat offenbar in Peking die Zusage, daß die fehlenden Ersatzteile für die MIG-21-Flugzeuge aus China bezogen werden können („FR", 27.3.76). Dadurch wurde sowohl die Voraussetzung für den Bruch mit der SU als auch für die folgende Propagandakampagne geliefert, in der Sadat u.a. Indien als abhängig von der SU darstellte, weil es sich weigerte, aus seiner Produktion die Teile für die MIG-21 zu liefern! Inzwischen ist eine erste große Lieferung aus China als Geschenk eingetroffen.

Verschärfung der Widersprüche im arabischen Raum

Westliche Zeitungen sprachen von *„einem mutigen Schritt Sadats"* („Neue Zürcher Zeitung", 17.3.76), Kissinger lobte *„die staatsmännischen Qualitäten und den Mut"* von Sadat.

Die Aufkündigung des Vertrages mit der Sowjetunion war aber keine moralische Frage, sondern ein Posten des Gesamtgeschäftes, das Ägypten z.Zt. abzuschließen versucht. Es ist kein Zufall, daß Sadat kurz vorher eine Rundreise durch verschiedene arabische Staaten unternommen und dabei Geldzusagen in Höhe von 500 Millionen Dollar erhalten hatte. Hier nur einige Punkte der sogenannten „Öffnung" des Landes:

- Ägypten erhielt im Januar eine weitere Kapitalhilfezusage aus der BRD, wodurch die gesamte Kapitalhilfe, seit Ägypten 1972 seine Beziehungen zur BRD wieder aufnahm, auf den Betrag von 840 Millionen DM steigt.
- Sadat kam im Gegenzug den Wünschen der BRD-Imperialisten entgegen und erklärte mehrfach, die BRD müsse als Garantiemacht für eine Friedensregelung im Nahen Osten eine Rolle spielen.
- Die EG wird an Ägypten Agrarüberschüsse, u.a. eine Million t Weizen, verkaufen, wobei Ägypten mindestens die festgelegten Mindestpreise zahlen muß.
- Die „Deutsche Welle" und der ägyptische Rundfunk wollen Runfunkprogramme und Personal „austauschen", d.h. die BRD errichtet in Ägypten einen Stützpunkt ihrer imperialistischen Propaganda.
- Die Hoechst AG errichtet in Kairo ein Produktionswerk für Pharma-Erzeugnisse.
- Die USA werden Ägypten 750 Millionen Dollar Finanzhilfe geben, für 250 Millionen Dollar Nahrungsmittel liefern und sechs Transportflugzeuge sowie weiteres halbmilitärisches Gerät liefern. Dies ist der erste Schritt zum Einkauf von Kriegsmaterial in den USA. Diese Dinge sollen in neunzehn Raten bezahlt werden, wobei natürlich auch Zinsen berechnet werden.
- Beim Besuch Sadats in Bonn ist geplant, ein Abkommen über den Ausbau der ägyptischen Militärindustrie und über die Lieferung von Panzern zu schließen.
- Unter Beteiligung der Commerzbank und anderer imperialistischer Banken wurde die Ägyptische Internationale Bank in Kairo gegründet, die das Auslandsgeschäft erleichtern soll.

Es ist klar, daß die ungeheure Gesamthöhe der Kredite und Zinsen, die aus diesen Geschäften entstehen, die ägyptische Bourgeoisie dauerhaft mit dem Imperialismus verbinden wird. Diese Last soll dabei das ägyptische Volk tragen. Die Entwicklung bedeutet einen Sieg der Kräfte der Kompradoren in Ägypten, die eine weitere endlose Ausplünderung des Landes zulassen und sich daran bereichern wollen.

Hinsichtlich der Waffenlieferungen der USA an Ägypten erklärte Radio Damaskus am 7.3.76: *„Ägypten wird amerikanische Waffen unter der Bedingung erhalten, daß es diese Waffen nicht gegen Israel einsetzt. ... Tatsächlich hat es Präsident Sadat auf seiner Pressekonferenz in Kuwait will gewagt anzudeuten, daß sich Ägypten nicht an einem kommenden Krieg zwischen Syrien und Israel beteiligen werde. ... So wird uns die Gefahr klar, die die ägyptische Politik in der gegenwärtigen Phase für die arabische Solidarität darstellt und die Schwächung, die sie für die arabische Kampfbewegung bedeutet. Die ägyptischen Führer haben die Rolle des Trojanischen Pferdes akzeptiert."*

Zusammen mit der rasanten Aufrüstung Israels (wir werden demnächst darüber berichten) soll dadurch der Druck auf Syrien und Irak, auf die nationale fortschrittliche arabische Bewegung und vor allem auf die revolutionären Bewegungen in Libanon, Palästina, Oman und allen anderen arabischen Ländern verstärkt werden. Die Entwicklung in Libanon zeigt jedoch, daß sich diese Bewegungen schnell und unaufhaltbar entwickeln! ●

Nahost-Kommission KB/Gruppe Hamburg

GEGEN RASSISMUS UND KOLONIALISMUS
DER SIEG IST GEWISS!



Es kommen Vertreter von:

MPLA + OMA
(direkt aus Luanda)

F.POLISARIO
(direkt aus DR Sahara)

ZANU, PAIGC, SWAPO, FRELIMO

zu einer von KB + MPLA organisierten

VERANSTALTUNG am 10. April, HAMBURG
Beginn 17 Uhr Messehalle 8/ Eingang VIII
Information-Diskussion-Film-Musik

Eintritt: 3 DM

Inhalt

Aus Betrieb und Gewerkschaft

Innenpolitik

Imperialismus

Internationales

Zimbabwe:
"Friedlicher Weg" gescheitert!

Am 19. März wurde das offenbar endgültige Scheitern der sogenannten „Verfassungsgespräche" zwischen dem schwarzen Kollaborateur und ZAPU-Führer Nkomo und dem „weißen" Rassisten-Regime in Rhodesien (Zimbabwe) bekanntgegeben. Die Verhandlungen scheiterten nicht an „zu extremen Forderungen" der Nkomo-Delegation, sondern an der absoluten Sturheit der Rassisten, überhaupt über irgendwelche Zugeständnisse auch nur ernsthaft zu verhandeln. Rassisten-Boß Smith war erwartungsgemäß nicht einmal bereit, sogenannte Schein-„Zugeständnisse" zu machen, sondern kehrte – entsprechend der rhodesischen Staatsideologie vom „weißen Herrenmenschen" – allein die knallharte Seite des Rassisten-Regimes hervor: „ ... *in tausend Jahren wird es hier in Rhodesien keine schwarze Mehrheit geben*" und „ ... *solange ich lebe, wird es keine schwarze Mehrheits-Regierung geben*", erklärte Smith nach dem Scheitern der Verhandlungen mit demonstrativer Arroganz und Selbstsicherheit („Kurier am Mittag", NDR II, 20.3.76).

Damit setzt die Smith-Administration auf Krieg und Terror gegen die sechs Millionen schwarzen Menschen in Zimbabwe. Die öffentliche Kriegserklärung von Smith mußte auch Nkomo akzeptieren, und er beeilte sich zu erklären, daß jetzt nur noch ein „blutiger Krieg" gegen das Smith-Regime die brutale Unterdrückung der schwarzen Massen beenden könnte. Diese Tatsache galt allerdings auch schon vorher.

Das Scheitern der Verhandlungen hat als positive Kehrseite die weitere Zerstörung von gefährlichen Illusionen über einen unblutigen Verhandlungs-Erfolg der schwarzen Bevölkerungs-Mehrheit in Zimbabwe und die jetzt sicherlich noch massiver werdende Unterstützung des bewaffneten Befreiungskampfes durch die schwarzen Massen.

Smith hätte sich ohnehin keinen Kompromiß, oder auch nur Schein-„Kompromiß" mit der schwarzen Bevölkerung leisten können, da dies zweifellos zum Zusammenbruch der herrschenden Staatsideologie (vom alles überragenden „weißen Herrenmenschen" und seinem „schwarzen Diener") und damit zum „Anfang vom Ende" der Terror-Herrschaft der nur rund 200.000 Köpfe zählenden weißen Oberschicht des Landes geführt hätte.

Mit der Eröffnung von „Verhandlungen" vor einigen Monaten beabsichtigte das Smith-Regime ohnehin kein Arrangement mit der schwarzen Bevölkerungs-Mehrheit, sondern bloß die Spaltung des schwarzen Widerstandes in Opportunisten (Nkomo) und Revolutionäre (ZANU etc.) und damit dessen Schwächung insgesamt. Wie gegenüber dem palästinensischen Widerstand ist diese imperialistische Taktik aufgegangen, die beabsichtigte Schwächung ist aber nur vorübergehender Natur.

Andererseits deuten der spektakuläre Verhandlungs-Abbruch und das überaus selbstsichere Auftreten von Smith und Konsorten einwandfrei darauf hin, daß diese Herrschaften sich mit Erfolg bei ihren imperialistischen Gönnern und Finanziers in den USA, England und BRD Rückendeckung und Garantien eingeholt haben. Zwar werden alle imperialistischen Regierungen nicht müde, heuchlerische „Ermahnungen" an das Smith-Regime und „Neutralitäts"erklärungen im Falle eines „neuen Rassenkrieges in Rhodesien" abzugeben. Solche Erklärungen haben aber vor allem die Aufgabe, die schwarzafrikanischen Geschäftspartner der Imperialisten nicht zu verprellen und die anti-imperialistischen Bewegungen in den eigenen Ländern zu beruhigen.

Im Gegensatz zu den offiziellen Regierungs-Erklärungen trommelt die gesamte bürgerliche Presse – mehr oder weniger, zum Teil nicht einmal verhüllt – für das Rassisten-Regime in Rhodesien. In diesen Artikeln und „Kommentaren" dürfte der Wille der imperialistischen Bourgeoisien der USA, BRD und Großbritanniens sehr viel besser zum Ausdruck kommen, als in den scheinheiligen Regierungs-Verlautbarungen.

Die Katze aus dem Sack ließ dann Ende März der englische Außenminister (und favorisierte Wilson-Nachfolger), als er erklärte: „ ... *Rhodesien (sei) rechtlich noch immer britisches Territorium, weshalb auch nur eine indirekte* (!!) *sowjetische oder cubanische Intervention als Übergriff auf Großbritannien selbst zu betrachten wäre*" („SZ", 25.3.76). – Unter „indirekter Intervention" kann zweifellos nur eine Unterstützung der Befreiungskräfte (ZANU und „Auslands"-ANC/ZLC) verstanden werden, die „indirekt", nämlich über die FRELIMO in Mosambik, schon lange läuft. Die Erklärung des englischen Außenministers zeigt die Absicht des Imperialismus, unter Umständen und dem Vorwand, „britisches Territorium" zu schützen, jederzeit und massiv – auch militärisch! – in Zimbabwe zugunsten der Rassisten einzugreifen.

Unsere anti-imperialistische Solidarität gehört den Freiheitskämpfern von Zimbabwe, die politisch und militärisch die Rechte ihres Volkes gegen Rassismus und Imperialismus verteidigen!

Afrika-Kommission
KB/Gruppe Hamburg